Polyester contra Pulver

Zur Geschichte des
VEB Chemiefaserwerk
»Friedrich Engels«
Premnitz

PREMNITZ

Verlag Tribüne Berlin

Polyester contra Pulver

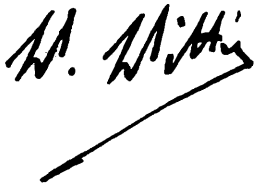
Zur Geschichte
des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels",
Premnitz

Herausgegeben von der Kommission für Betriebsgeschichte im Auftrage der Betriebsparteiorganisation

1. Auflage · 1.–5,3. Tausend
Redaktionsschluß: 31. Dezember 1969
Alle Rechte vorbehalten · Verlag Tribüne Berlin
1193 Berlin, Am Treptower Park 28–30
Printed in the German Democratic Republic
Lektor: Irmgard Thiemann
Korrektor: Hildegard Waesch
Hersteller: Ulli Noack
Typografie: Helmut Stamm / Rolf Kampa
Umschlaggestaltung und Einband: Gerd Semder
Fotos: Archiv des CFW Premnitz und privat
Reproduktion, Satz und Druck: Tribüne Druckerei Leipzig
Buchbinderische Verarbeitung:
Großbuchbinderei Paul Altmann, Leipzig
Lizenz 2 – 221/71 – ES-Nr. 14 E
Bestell-Nr. 685 349 8

Geleitwort

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die Quelle der Kraft und der Zuversicht, der historischen Erfahrungen und der Lehren für den Kampf unserer Zeit.
Wer die Geschichte seines Volkes und die Geschichte seiner Klasse nicht kennt, so sagt eine alte Volksweisheit, lebt wie ein Mensch, der sein Gedächtnis verloren hat. W. I. Lenin schrieb: „Die klassenbewußten Arbeiter blikken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann."
Das Anliegen der vorliegenden Geschichte des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels", Premnitz, besteht darin, einen Teil des Weges deutlich zu machen, den die deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, gegen Krieg und Verderben, bis hin zur Macht der Arbeiterklasse und zur sozialistischen Gesellschaft zurückgelegt hat.
Im Mittelpunkt des Buches stehen die Werktätigen, die nach der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als freie Menschen den Wohlstand der ganzen Gesellschaft schaffen. Die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse wird deutlich, die unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei vorwärtstreibender Keil der Gesellschaft ist.
So hat das Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" eine stürmische Entwicklung durchgemacht, seit es von einem Betrieb des I.G.-Farben-Konzerns zu einem leistungsstarken sozialistischen Großbetrieb geworden ist, der die Struktur unseres Bezirks mitbestimmt.
In jahrelanger Arbeit haben die Betriebsparteiorganisation, die Gewerkschaftsorganisation, die Jugendorganisation und die Werkdirektion das Material zu diesem Buch zusammengetragen. Sie haben sich dabei von den guten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung leiten lassen, in der Untersuchungen der Geschichte und der revolutionären Kämpfe immer als wichtiger Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit betrachtet wurden, weil das sozialistische Bewußtsein nicht zuletzt durch ein richtiges Geschichtsbild geformt wird.
Die jungen Arbeiter, die Lehrlinge und Jugendlichen können aus den revolutionären Traditionen der Premnitzer Arbeiterbewegung neue Kraft und Initiative schöpfen für ihr Leben in der sozialistischen Gesellschaft.
Das Buch zeigt allen Arbeitern, Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren des Werkes:
Unser Weg war richtig, unser Weg ist richtig, unser Weg führt in die lichte Zukunft des Sozialismus. Dafür alle Kraft und alle schöpferischen Fähigkeiten einzusetzen ist eine lohnende Aufgabe im Dienste unserer sozialistischen Gesellschaft.



Erster Sekretär der Bezirksleitung Potsdam
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Vorwort

Das vorliegende Buch ist die Geschichte unseres Werkes und seiner Menschen in ihrer mehr als fünfzigjährigen Entwicklung. Sie begann 1915 im Kaiserreich, führte über die Weimarer Republik, blieb vom Faschismus nicht verschont und erlebt seit dem Mai 1945 ihr erstes eigentliches Aufblühen.

Viel ist in den Jahren seit Gründung des Werkes geschehen. Die Autoren haben versucht zu schildern, welche Hauptmerkmale für die Entwicklung des Werkes von der Pulverfabrik kapitalistischer Konzerne bis zum sozialistischen Großbetrieb im Arbeiter-und-Bauern-Staat Gültigkeit haben. Viele einzelne Begebenheiten konnten in diesem Buch nicht berücksichtigt werden.

In der Darstellung wird gezeigt, welche Entwicklung die Produktivkräfte im Zusammenhang mit dem politischen Geschehen durchgemacht haben und welche Haltung die Menschen des Werkes zu den nationalen und internationalen Ereignissen eingenommen haben. Im Laufe der Werksgeschichte entwickelte sich die Arbeiterklasse von der nichtbesitzenden zur besitzenden Klasse, nachdem sie gegen Ausbeutung, Krieg und Faschismus gekämpft hatte. Durch die Sowjetunion vom Faschismus befreit, baute sie gemeinsam mit allen antifaschistischen und demokratischen Kräften ihren Staat auf, der unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erstmalig auf deutschem Boden den Sozialismus verwirklicht.

Die Geschichte unseres Werkes soll nicht nur zum Nachlesen vergangener Ereignisse dienen, sondern sie soll anregen, aus der Vergangenheit Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Dabei soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß eigentlich – und besonders nach 1945 – jeder Werksangehörige die Geschichte des Betriebes selbst mitgeschrieben hat, auch wenn in der Darstellung nicht jeder namentlich genannt werden kann.

In ihren Ausführungen stützen sich die Autoren vor allem auf die Darstellung der Entwicklung unserer Produktionsbereiche REGAN und synthetische Fasern. Dabei spielen die vielseitigen Wechselbeziehungen zwischen politischen Entscheidungen, ökonomischen Anforderungen und den Arbeits- und Lebensbedingungen eine wichtige Rolle. Einen breiten Raum in der Betriebsgeschichte nimmt die Arbeit mit den Menschen ein, die sich in den Ergebnissen des Wettbewerbs widerspiegelt.

Klar wird bewiesen, daß die Haupttriebkraft beim Aufbau und bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft die Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen und den persönlichen Interessen ist.

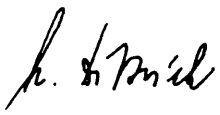
Wir hoffen, daß die Geschichte des Chemiefaserwerkes viele Freunde finden wird. Vor allem bei den Angehörigen unseres Werkes möchten wir erreichen, daß über die Geschichte der eigenen Produktionsstätten auch das Geschichtsbild über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung allgemein vertieft wird und neue Initiativen für die Lösung unserer Aufgaben ausgelöst werden.

Dieses Buch ist besonders auch für unsere Jugend gedacht, die nur wenig aus dem Leben und dem Kampf der Aktivisten der ersten Stunde, der Schrittmacher, ihrer Mütter und Väter, weiß. Wir hoffen, daß die Jugendlichen die richtigen Schlußfolgerungen für die weitere Gestaltung des Chemiefaserwerkes ziehen und bereitwillig Verantwortung übernehmen für die Lösung der politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und militärischen Aufgaben der Zukunft.

Die Betriebsparteileitung, die Betriebsgewerkschaftsleitung, die FDJ-Leitung und die Betriebsdirektion sprechen allen, die an der Gestaltung der Betriebsgeschichte mitgewirkt und dazu viel Freizeit verwandt haben, den herzlichsten Dank aus. Besonders gilt dieser Dank den federführenden Genossen Werner Dittrich und Karl-Heinz Müller, aber auch den vielen Parteiveteranen, von denen die erste In-

itiative ergriffen wurde und die in mühevoller Kleinarbeit zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte beigetragen haben. Außerdem danken wir dem Verlag Tribüne, dem Gesamtgutachter Dr. Czihak und den wissenschaftlichen Betreuern Dr. Nelles und Dr. Urban für ihre Hilfe.

Die Kenntnis und das Wissen über den geschichtlichen Weg, den wir bisher zurückgelegt haben, werden uns auch helfen, die Aufgaben des VIII. Parteitages der SED im Prognosezeitraum und darüber hinaus noch besser zu lösen. Die Fortsetzung dieser Arbeit aus der Sicht der Jahre 1985/90 wird beweisen, wie wir heute unsere gemeinsame Verantwortung zur ständigen Stärkung des ersten sozialistischen Friedensstaates deutscher Nation wahrgenommen haben.

BPL	BGL	FDJ	Betriebsdirektor
			

Erster Teil 1914 bis 1945

Premnitz in der Zeit des ersten imperialistischen Weltkrieges (1914 bis 1917/18)

Die Pulverfabrik entsteht

Wer kannte schon zu Beginn dieses Jahrhunderts den Ort Premnitz zwischen Rathenow und Brandenburg (Havel)? Im Jahre 1905 hatte Premnitz nur 635 Einwohner, überwiegend Bauern und Handwerker. Nur wenige Arbeiter gab es, die in der Ziegelei beschäftigt waren. Auch in den folgenden Jahren stieg die Einwohnerzahl nicht wesentlich an.

Der Bau der Brandenburgischen Städtebahn und ihre Eröffnung am 25. März 1904 verbanden Premnitz erstmalig in moderner Weise mit der Außenwelt. 1913 brannte im Ort zum ersten Mal elektrisches Licht.

Zu jener Zeit ahnten die wenigsten Menschen in Premnitz, daß sich die Gewitterwolken eines neuen Krieges am Himmel der internationalen Politik zusammenballten.

Der deutsche Imperialismus und Militarismus als der aggressivste Räuber unter den imperialistischen Mächten der Welt strebte seit langem die Zerschlagung der Vormachtstellung Englands und die Errichtung seiner eigenen Hegemonie auf dem Weltmarkt an. Er wollte vor allem den Einfluß des englischen Imperialismus in Europa, Afrika und im Nahen Osten brechen und dort die Vorherrschaft erobern. Aber auch die anderen imperialistischen Staaten verfolgten imperialistische Kriegsziele, wollten ihre Herrschaftsgebiete und Einflußsphären vergrößern. So war der erste Weltkrieg, der am 1. August 1914 ausbrach, von vornherein ein allseitig imperialistischer Krieg. Er war kein Deutschland aufgezwungener Verteidigungskrieg gegen seine imperialistischen Rivalen, sondern ein „kapitalistischer Angriffs- und Eroberungskrieg", wie Karl Liebknecht treffend feststellte.

Der Krieg griff in alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens ein und brachte eine Wende im Klassenkampf der Arbeiter. Sie konnten den Krieg nicht verhindern, weil ihre Kampfkraft durch die Schuld der opportunistischen Führer der Sozialdemokratie geschwächt war. Deshalb konnten bei Kriegsbeginn zunächst Chauvinismus und Sozialchauvinismus die Oberhand gewinnen. Die Selbstbestimmung und Sammlung der revolutionären Kräfte war unter diesen Umständen sehr erschwert; sie war ein komplizierter, langwieriger Prozeß.

Was für Deutschland insgesamt zutraf, kam in Premnitz besonders augenfällig zum Vorschein. Die Bevölkerung hier war arm, lebte kärglich und war politisch weitgehend unmündig. Sie ließ sich deshalb zu Beginn des Krieges leicht für die verbrecherische Politik der deutschen Imperialisten mißbrauchen. Dazu trug die Verherrlichung des preußischen Militarismus und des Krieges in der Schule und im öffentlichen Leben wesentlich bei. So meldeten sich zu Beginn des Krieges auch in Premnitz zahlreiche Einwohner als Kriegsfreiwillige.

Doch bald kam durch wachsende Not und Ausbeutung die Ernüchterung. Bereits im September 1914 wurden im Kreisblatt für das Westhavelland die ersten amtlichen Vermißtenlisten veröffentlicht.

Dort können wir nachlesen:

„Krull, Bernhard
Gefreiter aus Premnitz, Reserveinfanterieregiment 35 – vermißt.

Gohlke, Wilhelm
Reservist aus Döberitz, Reserveinfanterieregiment 35 – tot.

Genz, Friedrich
Unteroffizier aus Premnitz vom Infanterieregiment Nr. 12 – verwundet.

Zietemann, Emil
Wehrmann aus Premnitz, Reserveinfanterieregiment 35 – schwer verwundet.

Bliß, Wilhelm
Reservist aus Premnitz, Reserveinfanterieregiment 48 – vermißt.

Käpernick, Paul
Füsilier vom Füs.-Regiment 35 – schwer verwundet." [1]

Von der Gemeinde Premnitz kamen 30 Männer nicht aus dem ersten Weltkrieg zurück. Für das deutsche Volk waren die Kriegsjahre mit unermeßlichen Opfern, unsagbarer Not und großem Elend verbunden. Die Imperialisten und Militaristen setzten sich verbrecherisch über die Lebensinteressen des Volkes hinweg und stürzten es in den Abgrund einer nationalen Katastrophe; sie selbst jedoch schlugen aus dem Krieg Riesenprofite.

Schon im September 1914 war mit der Niederlage an der Marne die abenteuerliche Blitzkriegsstrategie des deutschen Militarismus gescheitert. Trotzdem wurde der Krieg fortgesetzt. Bedenkenlos wurden Gesundheit und Leben von Millionen Menschen geopfert, und Deutschland wurde in ein Militärzuchthaus zur Knebelung und Niederhaltung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes verwandelt. Der bisher völlig unbedeutende Ort Premnitz sollte in dieser Zeit bald eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Im Frühjahr des Jahres 1915 verhandelte der Beauftragte der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Prahst aus Rathenow, mit Premnitzer Bauern und dem Besitzer der Ziegelei. Es ging um den Ankauf von Land. In den ersten Sommermonaten wurde der Handel perfekt. Insgesamt wurden etwa 2000 Morgen Land, einschließlich der ehemaligen Ziegelei, von den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken gekauft. Der Krieg zog damit in Gestalt einer Kerntruppe des deutschen Imperialismus und Militarismus unmittelbar in Premnitz ein.

Wer waren die „Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken"?

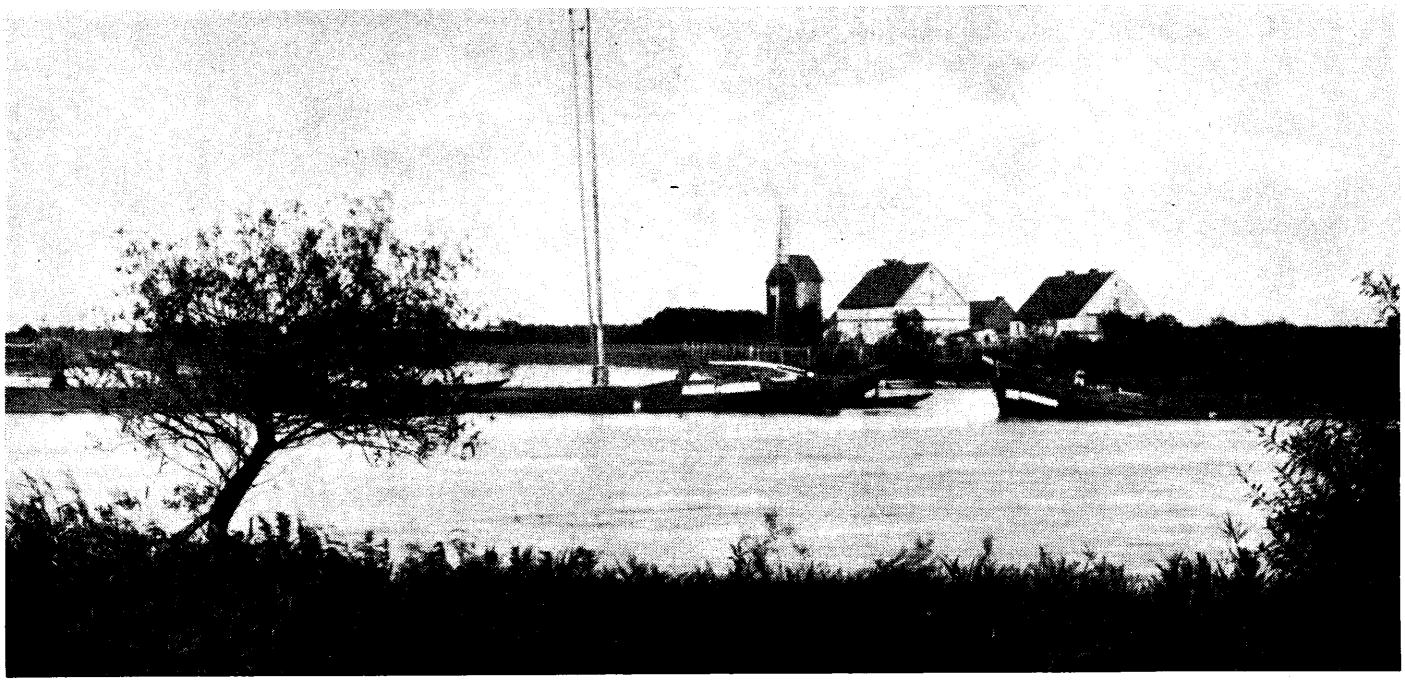
Aus zwei unabhängig voneinander gegründeten Aktiengesellschaften, die Schießpulver erzeugten, entstand 1890 durch Verschmelzung die Firma „Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken".

Eine der beiden Aktiengesellschaften, die Pulverfabrik Rottweil-Hamburg, verfügte über jahrhundertealte Traditionen in der Pulvergewinnung. Im Jahre 1863 übernahm Max von Duttenhofer, von Beruf Apotheker, die Leitung der Rottweiler Pulvermühle. Die Erzeugnisse wurden hauptsächlich nach dem Elsaß und nach Tirol verkauft. Schon 1867 lieferte die Rottweiler Pulvermühle, die die größte ihrer Art in Württemberg war und sechs bis acht Arbeiter beschäftigte, etwa 150 000 Kilogramm Militär- und Sprengpulver. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges war für von Duttenhofer Anlaß, zwei weitere Pulvermühlen aufzukaufen. In jener Zeit wurde vorrangig prismatisches Pulver gefertigt, ein besonderes Artilleriepulver, das hauptsächlich in Deutschland, aber auch in China und Nordamerika Verwendung fand. Besonders bewährte sich die Sorte C 82, die aus 79 Prozent Salpeter, 3 Prozent Schwefel und 18 Prozent einer „notgebrannten", das heißt nicht vollständig durchgekohlten Holzkohle bestand. Dieses Pulver übertraf alle seine Vorgänger. Länder wie China, Japan, Rumänien, Griechenland, Peru und Chile erteilten Aufträge.

Die Firma L. Ritter in Hamm erzeugte neben Spreng- und Jagdpulver gekörntes Geschütz- und Gewehrpulver, das bis nach Italien exportiert wurde. Seit 1865 arbeitete diese Firma mit Krupp in Essen zusammen und war maßgeblich an der Vervollkommnung der Geschütztechnik und an der Entwicklung neuer Einrichtungen beteiligt. Im Jahre 1873 gelang dem Geheimen Kommerzienrat Johann Nepomuk Heidemann ein Zusammenschluß von 27 Pulverfabriken zu den „Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken". Die Finanzierung dieser Aktiengesellschaft übernahm der A. Schaffenhausensche Bankverein in Köln. 1889 wurde unter maßgeblichem Einfluß von Heidemann zwischen den „Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken", der „Pulverfabrik Rottweil-Hamburg", dem „Nobelkonzern" und der „Rheinischen Dynamitfabrik" sowie weiteren vier Pulverfabriken ein Generalkartellvertrag abgeschlossen, der dem Einfluß schwankender Konjunkturen entgegenwirken sollte. Ein Delegationsrat aus sämtlichen Gesellschaften nahm die gemeinsamen Interessen wahr. Damit war ein Sprengstoffsyndikat entstanden, in dem sich die Interessen aller Werke

Der Ort Premnitz
bei Havelhochwasser,
von der Milower Landstraße aus gesehen (1893)

Tongrube – im Hintergrund die Ziegelei.
Die Arbeiter der Tongrube
mußten die vollen Loren bis zur Umladestelle
an der Drahtseilbahn schieben.
Später wurden dann Pferde
vor die Loren gespannt.



zusammenfanden. Die bereits bestehenden Verbindungen zu Krupp wurden weiter gefestigt und vertieft. [2]
Im Juni 1890 beschlossen die Generalversammlungen der beiden Aktiengesellschaften den Zusammenschluß zur Firma „Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken". Aufsichtsratsvorsitzender war von der Gründung bis zum Jahre 1903 der Geheime Kommerzienrat Max von Duttenhofer, in den Jahren von 1903 bis 1913 der Geheime Kommerzienrat Johann Nepomuk Heidemann.
Von Duttenhofer war außerdem Direktionspräsident der russischen Gesellschaft für Pulverfabrikation in St. Petersburg, Vorsitzender des Kuratoriums der Zentralstelle für wissenschaftlich-technische Untersuchungen in Neubabelsberg und Aufsichtsratsvorsitzender der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Cannstatt.
Heidemann war von 1890 bis 1901 Generaldirektor der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken; er war Aufsichtsratsvorsitzender der Waffen- und Munitionsfabriken, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff AG und anderer Gesellschaften.
Bis zum Jahre 1915 hatte sich das Aktienkapital der Köln-Rottweiler Pulverfabriken auf 16 500 000 Mark erhöht, die in 13 750 Aktien vergeben waren.
Die ausgezahlten Dividenden stiegen in den Jahren von 1890 bis 1915 von 13 auf 35 Prozent. Im Jahre 1898 betrug die Gesamterzeugung an Pulver 4,8 Millionen Kilogramm. Bis zum Jahre 1910 wurde sie auf 5,2 Millionen Kilogramm gesteigert. [3]
Die Vorbereitung auf den ersten Weltkrieg läßt darauf schließen, daß die Gesamterzeugung an Pulver in den Jahren nach 1910 weit die Fünfmillionengrenze überstieg.
Der Umsatz des Konzerns steigerte sich von 9,37 Millionen Mark im Jahre 1898 bis zum Jahre 1910 auf 25,79 Millionen Mark. [4]
Aus den Zahlen läßt sich ablesen, daß es sich bei den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken um keinen kleinen Konzern handelte, sondern daß er in der damaligen Zeit ein Hai unter Haien war.

Pulver für den Krieg

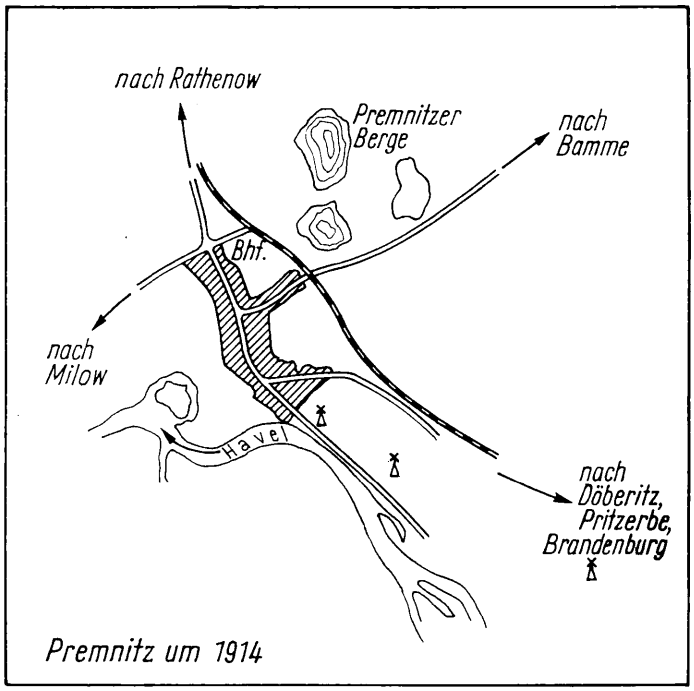
Nachdem der Konzern in Premnitz größere Ländereien aufgekauft hatte, begannen die Vorbereitungen zum Bau einer Pulverfabrik. Erst im Juli 1915 wandte sich der Konzern an die königliche Feldzeugmeisterei, Inspektion der technischen Institute der Artillerie in Berlin, und gab ihr Kenntnis vom Erwerb des Geländes.
In dem Schreiben heißt es: „Die Erfahrungen dieses Krieges haben gezeigt, daß die geographische Lage unserer größeren Fabriken, namentlich die der Pulverfabrik Rottweil, wenig günstig ist. Durch die Erwerbung eines Geländes an der Havel und durch Erbauung einer Fabrik im Herzen Deutschlands wollen wir Besorgnisse in dieser Beziehung beseitigen. Des weiteren sind unsere sämtlichen Fabriken bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angespannt, so daß wir keinerlei Reserve mehr haben, um einen durch Unglücksfälle oder sonstige Ereignisse eintretenden Ausfall in der Pulvererzeugung ausgleichen zu können. Wir erachten es deshalb als ein dringendes Gebot der Vorsicht, eine größere Sicherung nach dieser Richtung hin zu schaffen."
Bereits am 23. Juli 1915, also vier Tage nach dem Schreiben des Konzerns, wurde von der Feldzeugmeisterei der Bau dieser Pulverfabrik folgendermaßen befürwortet:
„Die im vorstehenden Schreiben aufgeführten Gründe für die Notwendigkeit, in Mitteldeutschland eine Pulverfabrik zu bauen, sind zutreffend. Bei dem fortwährenden steigenden Bedarf an Pulver liegt es in dringendem militärischen Interesse, daß die Fabrik unverzüglich gebaut wird, ohne daß die Konzessionserteilung abgewartet wird. Der Antrag der Firma wird dringend befürwortet. Die Feldzeugmeisterei bittet, dem Regierungspräsidenten in Potsdam mitzuteilen, daß die Inbetriebnahme der zu schaffenden Anlage militärischerseits angeordnet werden müsse und daß das nach der Gewerbeordnung vorgeschriebene Konzessionsverfahren von der Firma nachträglich beantragt wurde." [5]
In diesem Beispiel manifestiert sich die Einheit der Inter-

Die Havel, von der Milower Flur aus gesehen

Der Ort Premnitz,
vom nahegelegenen Berg aus gesehen.
Im Hintergrund die Havel
und die Bützer-Berge (Bild unten)

Premnitz um 1914

(nach Karte Kreis Rathenow M, VEB H. Haack, Geogr.-Kartograph. Anstalt Gotha, Mdl der DDR, Nr. 103/71)



essen zwischen dem preußisch-deutschen Militarismus und dem deutschen Großkapital, die schließlich zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland führte. Die enge Verbindung zum preußisch-deutschen Militarismus gab dem deutschen Imperialismus sein besonders aggressives und reaktionäres Gepräge.

Der Aufbau der Pulverfabrik Premnitz wurde schnell vorangetrieben. Im Kantinengebäude der Ziegelei wurden im August 1915 die Verwaltungsbüros, das Kasino und zwei Beamtenwohnungen eingerichtet. Im September 1915 traf Dr. Blacke in Premnitz ein und übernahm die Leitung der Anlage. Den größten und leistungsfähigsten Baufirmen wurden Aufträge für den Bau der Pulverfabrik erteilt. Darunter waren die Firmen Wayss und Freitag, Dykerhoff und Widmann, Philipp Holzmann, Aktiengesellschaft für Bauausführungen, Union Berlinische Baugesellschaft, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin, sowie Brown, Boveri & Cie.

Aus Rathenow waren die Baufirmen Adolf Wodke, Franz Rüthning und Hermann Gäding am Bau beteiligt, die sich zu einem Konsortium zusammenschlossen. Tagelang rollten die Eisenbahnzüge mit Material, Betonmaschinen und anderen Baumaschinen nach Premnitz. Viele Bauarbeiter trafen ein. Ende des Jahres 1915 waren es etwa 4000. Für die Unterbringung und Verpflegung der Arbeiter waren die Baufirmen selbst verantwortlich.

Gleichzeitig begann der Bau einer Arbeiterkolonie am damaligen Ausgang des Dorfes. 50 Familienwohnhäuser für Arbeiter entstanden. Später kamen noch heizbare Steinbaracken, die als Ledigenheime dienten, hinzu.

Ein Teil der Eisenbahnlinie Premnitz – Brandenburg mußte mehr zur Chausee hin verlegt werden, um das frei werdende Gelände für die Pulverfabrik zu nutzen. Die Eisenbahnlinie führte früher durch das jetzige Fabrikgelände, zwischen dem Tor II und dem Verwaltungsgebäude.

Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken errichteten den Bahnhof Premnitz-Süd. Außerhalb der Fabrik, am Tor I, wurde ein Gebäude gebaut und als Krankenstation eingerichtet. Weiterhin entstanden dort zwei Bürogebäude (Arbeiterannahme, Lohnbüro, Verwaltung, kaufmännische und technische Abteilung) und das Pförtnerhäuschen. Die Unfallstation fand ihren Platz in der Mitte der Pulverfabrik. Für Angestellte wurden 1915 an der ehemaligen Tongrube (heutiger See) ein Einfamilienhaus und fünf Doppelwohnhäuser gebaut.

Zur Inbetriebnahme der Pulverfabrik war es notwendig, viele Arbeiter einzustellen. So entstand in Rathenow, Bahnhofstraße 23, ein Büro, das die Aufgabe hatte, Arbeitskräfte für das Werk anzuwerben. Zusätzlich schickte die Betriebsleitung Werber aus. Diese „Kopfjäger" bekamen, wenn sie mindestens 10 Personen mitbrachten, je Kopf eine Mark Prämie. Hunderte von Menschen wurden in Großtransporten aus dem Erzgebirge, dem Vogtland, aus Berlin und anderen Gegenden Deutschlands nach Premnitz geschafft. Trotzdem reichten die Arbeitskräfte noch nicht aus. Der Staat sorgte durch Dienstverpflichtungen für weitere Arbeiter, denen Löhne nahe dem Existenzminimum gezahlt wurden.

Im Juli 1914 betrugen die monatlichen Grundkosten für Nahrungsmittel je Kopf der Bevölkerung

in Berlin 23,45 Mark,
in Sachsen 24,30 Mark,
in der Rheinprovinz 25,78 Mark.

Von 1900 bis 1913/14 waren sowohl die Lebenshaltungskosten als auch die Nominallöhne um rund 30 Prozent gestiegen. Das hieß, daß die Reallöhne stagnierten. Im Durchschnitt verdiente zwischen 1900 und 1914 ein Industriearbeiter wöchentlich 28 Mark. Das amtlich errechnete Existenzminimum betrug in der gleichen Zeit 31 Mark.

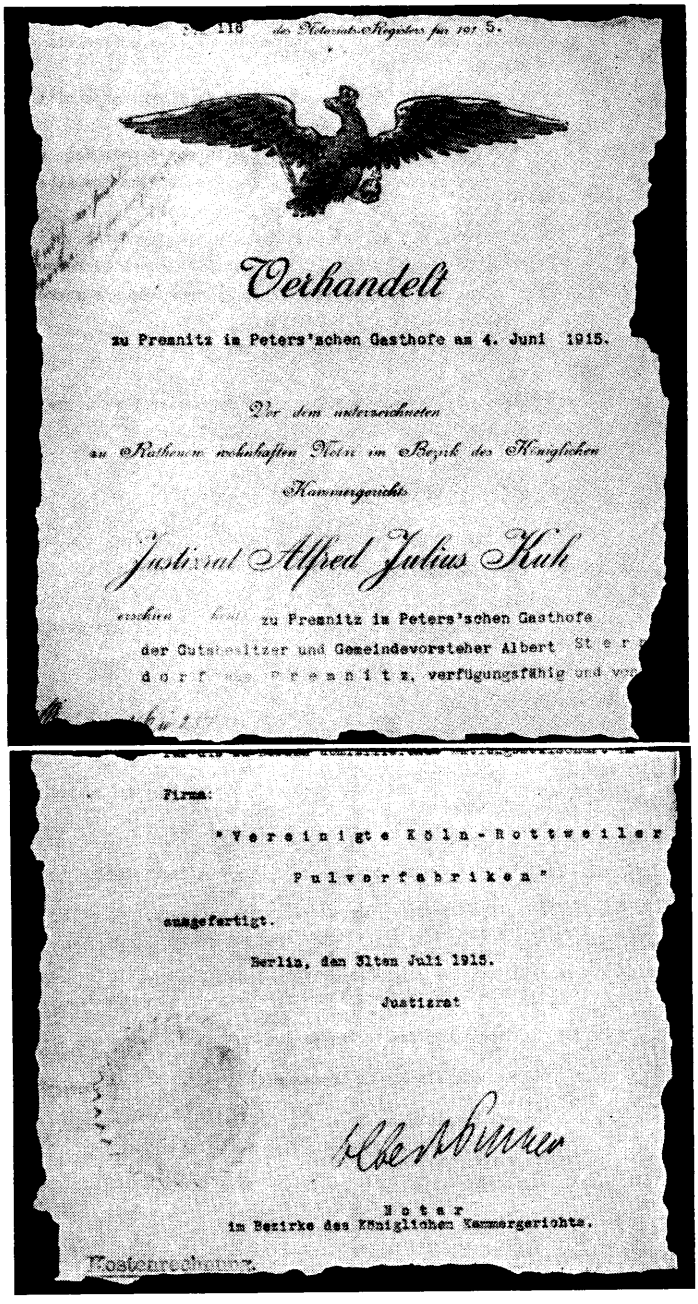
Im Juli 1915 waren die Nahrungsmittelkosten je Kopf der Bevölkerung in Berlin auf 39,83 Mark und in der Provinz Sachsen auf 38,60 Mark angestiegen.

Die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel je Kilogramm verhielten sich im Mai 1916 zum gleichen Monat des Vorkriegsjahres wie folgt:

Urkunde, aus der hervorgeht,
daß Albert Sternsdorf am 4. Juni 1915
an die „Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken"
Acker und Waldungen verkaufte.
Mit anderen Gutsbesitzern
wurden ebenfalls solche Verträge
abgeschlossen.

	Mai 1913	Mai 1916
Erbsen	39,4 Pfennig	104,5 Pfennig
Bohnen	45,1 Pfennig	112,9 Pfennig
Kartoffeln	7,6 Pfennig	13,4 Pfennig
Butter	269,6 Pfennig	532,1 Pfennig
Roggenbrot	29,0 Pfennig	39,2 Pfennig
Buchweizengrieß	54,3 Pfennig	118,4 Pfennig
Weizengrieß	48,7 Pfennig	92,6 Pfennig
Gerstengraupen	42,7 Pfennig	102,7 Pfennig

Im April 1917 schließlich wurden die Lebensmittel rationiert. Erwachsene erhielten je Woche 1190 Gramm Brot, 2500 Gramm Kartoffeln, 80 Gramm Butter, 250 Gramm Fleisch, 180 Gramm Zucker, ein halbes Ei.
Der Kalorienwert dieser Ration betrug nur etwa ein Drittel dessen, was ein Arbeiter bei durchschnittlicher Belastung zur normalen Reproduktion seiner Arbeitskraft benötigt. Hinzu kam, daß die rationierten Lebensmittel häufig nicht geliefert wurden, weil sie von Spekulanten zu Schwarzmarktpreisen verschoben wurden. [6]



Verhandelt

zu Premnitz im Peters'schen Gasthofe am 4. Juni 1915.

Justizrat Alfred Julius Kuh

zu Premnitz im Peters'schen Gasthofe

Firma:

"Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken"

ausgefertigt.

Berlin, den 31ten Juli 1915.

Justizrat

Notar

im Bezirke des Königlichen Kammergerichts.

Kostenrechnung.

Lage und Kampf der Arbeiter in der Pulverfabrik

Im Frühjahr 1916 konnte in der Pulverfabrik bereits produziert werden. Ursprünglich war die Anlage für eine Belegschaftsstärke von etwa 500 Mann gedacht. Doch bei Aufnahme der Produktion waren rund 9000 Menschen auf dem Gelände der Pulverfabrik tätig. Die hohe Zahl von Arbeitskräften erklärt sich daraus, daß beim Anlauf der Produktion das Werk noch nicht vollständig aufgebaut war und eine ganze Anzahl von Fremdfirmen, vor allen Dingen Bau- und Montagefirmen, mit eigenen Kräften hier arbeiteten. Um alle diese Menschen unterzubringen, beschlagnahmten die Behörden in Premnitz und in den umliegenden Ortschaften Mögelin, Milow, Döberitz, Pritzerbe und Rathenow Tanzsäle und belegten sie. Die Mehrzahl der Arbeitskräfte vegetierte jedoch in Baracken.

Der Aufbau der Pulverfabrik vollzog sich in großer Hast unter Einsatz Hunderter von Bau- und Montagearbeitern und gewaltiger Mengen an Material. (Bild links)

Noch im Aufbau befindlich, wurde die Fabrik durch das Hindenburgprogramm vergrößert. Im Hintergrund die ebenfalls erst errichtete Schwefelsäurefabrik in Döberitz (Bild rechts)

Ein großer Teil der Arbeiter kam in dieser Zeit der Aufbauperiode aus Berlin und Umgebung. Sie konnten nur zum Wochenende nach Hause fahren. Am späten Sonnabend fuhren sie von Premnitz ab und mußten am Sonntagabend wieder an Ort und Stelle sein. Die Arbeiter fuhren mit dem sogenannten Balkanzug, der eigens zu diesem Zweck von Premnitz-Süd bis Berlin, Lehrter Bahnhof, verkehrte. Diese Arbeiter erhielten lediglich ein Mittagessen im Werk. Die übrigen Mahlzeiten mußten sie sich selbst besorgen. Ihre knapp bemessenen Lebensmittel konnten sie im sogenannten Werkkonsum kaufen, der sich im heutigen Stadtambulatorium in der Liebigstraße befand. Aus diesem Verkaufssystem zogen die Konzernherren einen zusätzlichen Profit.

Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger wurde es, das Notwendigste für den Lebensunterhalt zu bekommen. Die Arbeiter aber mußten immer größere Leistungen vollbringen. Die Ausbeutung wurde verschärft, und der Profit der Konzernherren stieg an. Wie zum Hohn für die hungernden Menschen konnte man in der Kantine, im Gebäude der heutigen Berufsausbildung, folgenden Spruch lesen: „Wer trocken Brot mit Lust genießt, dem wird es wohl bekommen, wer Sorgen hat und Braten ißt, dem wird das Mahl nicht frommen."

Während der Lebensstandard der Arbeiter ständig sank, blieb das Wohlleben der Mitglieder der Unternehmensleitung bestehen. Sie hatten hohe Gehälter und lebten unbekümmert in ihren Villen am See, in die ihnen die Lebensmittel „frei Haus" geliefert wurden. Wer es wagte, gegen diese Zustände zu protestieren, erhielt sofort den Einberufungsbefehl und kam an die Front.

Doch nicht nur in Premnitz, sondern generell verschlechterte sich die Lage des werktätigen Volkes ständig. An allem mangelte es. Selbst an der Front machte sich als Folge dessen mehr und mehr eine Kriegsmüdigkeit bemerkbar. Um das Massenmorden dennoch weiterzuführen, wurden die Rüstungsbetriebe durch das „Hindenburgprogramm" [7] erweitert.

Der Bau neuer Anlagen zur Erweiterung der Produktion der Pulverfabrik in Premnitz war verhältnismäßig einfach, weil große Ländereien außerhalb des Werkzaunes vom Konzern bereits aufgekauft waren.

Am 5. Oktober 1916 wurde in Premnitz über die Erweiterung der Pulverproduktion verhandelt. Die Oberste Heeresleitung hielt eine Ausdehnung der Produktion auf das Fünffache für erforderlich. An dieser Beratung nahmen als Vertreter der Obersten Heeresleitung Hauptmann Gräfe, Oberleutnant Heimsott und Leutnant Raabe teil. Vertreter des Konzerns waren der Betriebsleiter von Premnitz, Dr. Kämpf, sowie der Bausachverständige der Köln-Rottweiler Pulverfabriken und der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff AG, Müller-Erkelenz; ferner Direktor Weidert von der Baufirma Wayss und Freytag und Regierungsbaumeister Joseph von der Brandenburgischen Städtebahn.

Die Konzernvertreter verfaßten einen Aufruf an die Belegschaften der beteiligten Firmen, in dem es unter anderem hieß: „. . . die enorme Höhe der Forderungen bedingt, daß alle zuständigen Stellen, sowohl die Firmen selbst, wie die Behörden, in engstem Einvernehmen arbeiten, um das große Ziel zu erreichen. Nur wenn mit einem Minimum von Arbeitskraft ein Maximum an Arbeitsleistung erzielt wird, wird die Durchführung gelingen." [8] Sie beschlossen, zusätzlich in kurzer Frist eine Schießbaumwollefabrik zu errichten, um die zur Erzeugung des Pulvers benötigte Schießwolle selbst herstellen zu können. Selbst während des strengen Winters 1916/17 ging die Bautätigkeit weiter, auch nachts, bei Scheinwerferlicht.

Die Fabrik produzierte nach Fertigstellung 60 Tonnen reines Pulver je Tag, ohne Schießbaumwolle. Letztere wurde im Werk als Rohstoff für die weitere Verarbeitung zu Pulver produziert. Täglich verließen jetzt fünf bis sechs Waggons mit Pulver die Fabrikhallen.

Die 1916 aus dem „Dreibund" und dem „Dreiverband" gebildete Interessengemeinschaft schloß Ende Mai 1917 mit sieben deutschen Sprengstoff- und Pulverfabriken den sogenannten Sprengstoffvertrag ab.

Die Interessengemeinschaft wurde vorwiegend aus kriegswirtschaftlichen Gründen gebildet. Im I.G.-Taschenkalender von 1934 heißt es dazu: „Auch hier waren es in stärkstem Maße volkswirtschaftliche, vor allem auch kriegswirtschaftliche Erwägungen, die zum Zusammenschluß führten. Die Front brauchte die deutsche Chemie nicht minder wie Stahl und Eisen." [9]

Für die ständig neu ankommenden Arbeiter entstanden weitere 31 Baracken, die 1200 Männer und 1100 Frauen aufnahmen. Für die Beamten wurden weitere zehn Wohnungen am See, für die Meister 22 in einer extra vom Konzern angelegten Straße errichtet.

Die Höchstbeschäftigungsziffer bei voller Auslastung der Kapazität betrug Anfang 1917 einschließlich der damals noch im Werk tätigen Montagekräfte 7500 Arbeiter und Angestellte. In der Pulverfabrik gab es rund 4100 Beschäftigte, darunter viele Jugendliche und sogar Kinder. Der Augenzeuge Walter Bleiß berichtet:

„Wir waren zu Hause fünf Kinder. Morgens um $^3/_4$4 Uhr mußten wir aufstehen und der Mutter helfen, ihre täglichen Arbeiten zu verrichten, bevor sie zur Arbeit zu einem Bauern ging. Viele Kinder aus dem letzten Schuljahr, vom Unterricht freigestellt, arbeiteten als Hilfskräfte in der Fabrik. 1917 kam ich aus der Schule und habe in der Pulverfabrik meine Arbeit begonnen. Damals war Dr. Kämpf als Betriebsleiter tätig. Zuerst mußte ich als Kontorbote 10 Stunden am Tag arbeiten. Nach etwa einem halben Jahr ging dann mein Wunsch in Erfüllung, und ich durfte Dreher lernen. Ich war der erste Lehrling im Werk, ein sogenannter Arbeitsbursche." [10]

Die Löhne in der Pulverfabrik waren sehr niedrig. Sie deckten oft nicht das offiziell errechnete Existenzminimum der Arbeiter. Aus einer Tabelle der Lohnsätze in der Pulverfabrik Premnitz geht hervor, daß Arbeiterinnen 30 Pfennig Stundenlohn und zusätzlich 15 Pfennig Kriegszulage, Arbeiter zwischen 16 und 18 Jahren 40 Pfennig Stundenlohn, zwischen 18 und 20 Jahren 45 Pfennig und über 20 Jahre 50 Pfennig Stundenlohn mit zusätzlich 20 Pfennig Kriegszulage erhielten. [11] Viele der in Premnitz ansässigen Arbeiter hatten einige Morgen Land gepachtet und konnten sich Vieh halten. Dieses Halbproletariat war, wie sich späterhin zeigen sollte, schwer für einen Streik zu gewinnen, da es den größten Teil seines Lebensunterhalts aus persönlichem Besitz bestritt und deshalb nicht so entscheidend auf die Löhne in der Fabrik angewiesen war.

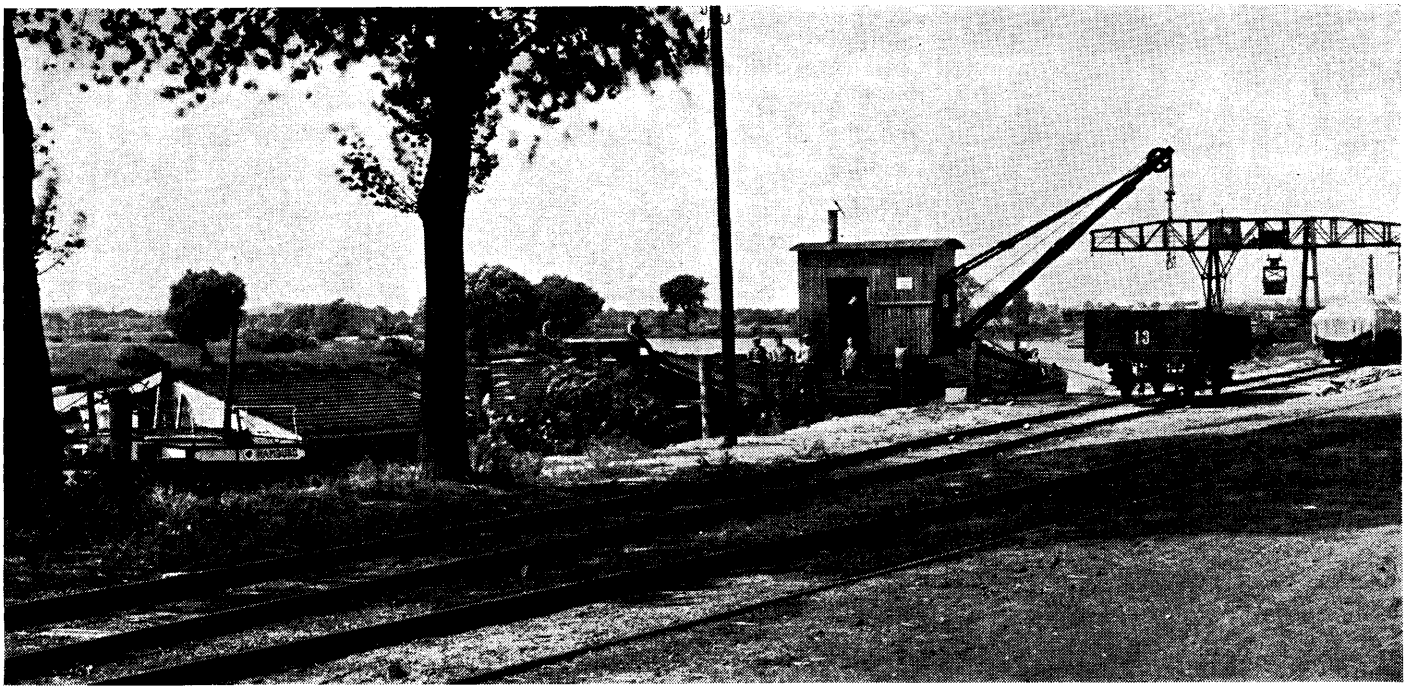
Die Leitung des Konzerns versuchte mit Macht und List zu verhindern, daß sich die Arbeiter der Pulverfabrik politisch und gewerkschaftlich organisierten. Besonders tätig wurde sie, als sich die Bewegung gegen den Krieg in allen Teilen Deutschlands spürbar verstärkte. In Premnitz und Umgebung war während des Krieges das Proletariat noch nicht politisch organisiert. Das machte sich besonders in den Jahren 1916 und 1917 nachteilig bemerkbar. Zwar stellten die Arbeiter soziale Forderungen, doch nicht mit dem Nachdruck, der die Konzernherren gezwungen hätte, die Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar zu verändern.

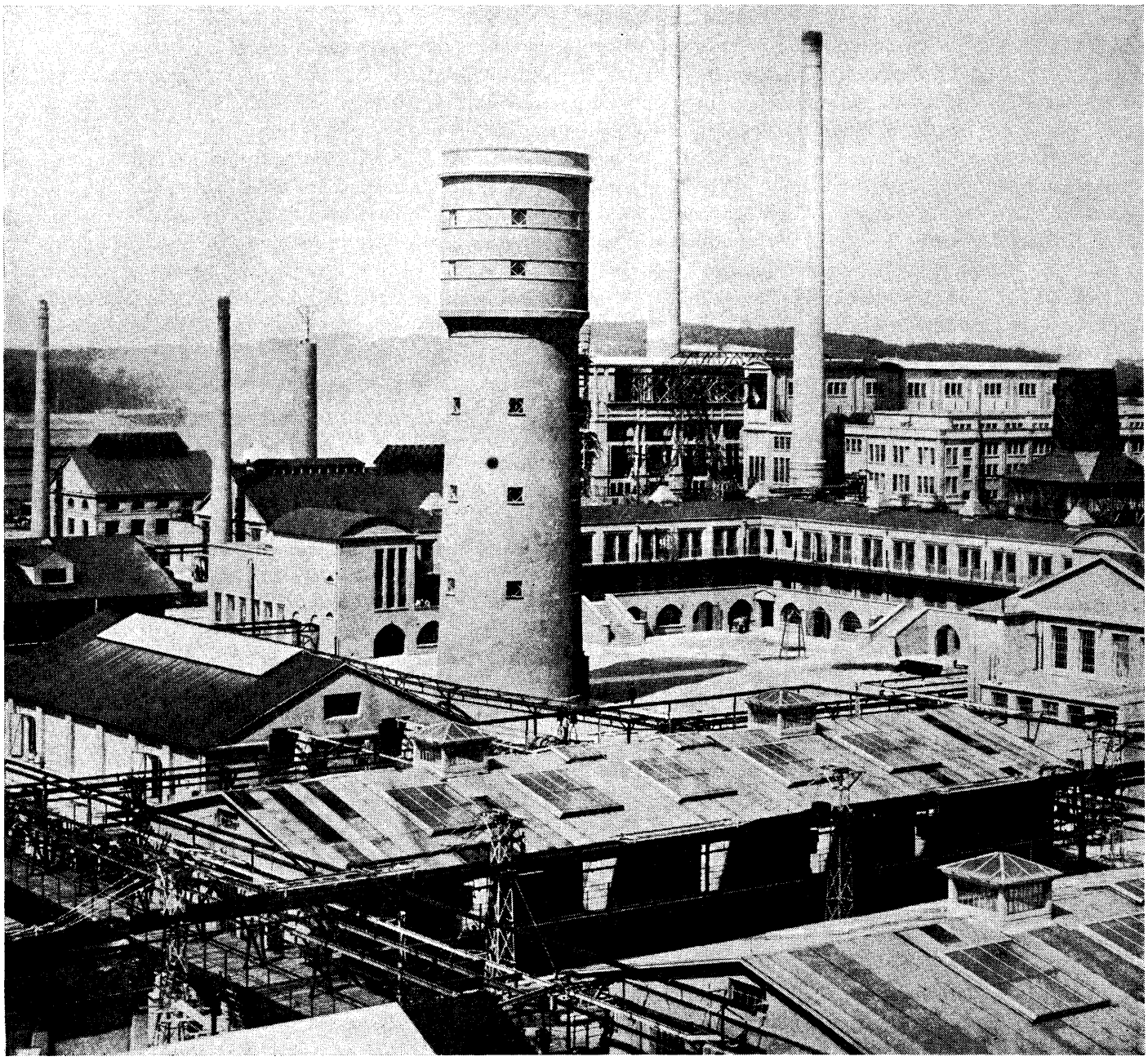
Anfang Dezember 1917 rief ein Flugblatt des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes erstmals die Belegschaft der Pulverfabrik auf, an einer allgemeinen Betriebsversammlung in Rathenow, im Restaurant zur Goldenen Sonne, Berliner Straße 21, teilzunehmen.

Als Tagesordnung war angegeben:

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter der Pulverfabrik Premnitz, Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken
   Referat: Arbeitersekretär C. Bruns, Berlin
2. Freie Aussprache
3. Verschiedenes

Die Westhavelländische Tageszeitung vom 10. Dezember 1917 berichtete über die Versammlung. Etwa 350 Personen waren zusammengekommen. Der Redner veranschaulichte die großen Unterschiede in der Entlohnung zwischen den staatlichen Betrieben in Spandau und Plaue und der Premnitzer Pulverfabrik und führte diesen Umstand auf das Fehlen einer Arbeiterorganisation innerhalb des Premnitzer





Zum Umschlag der Waren und Materialien hatte die Fabrik einen Hafen an der Havel errichtet. (Bild links)

Blick auf die Pulverfabrik und das erste Kraftwerk mit der dazugehörigen Energiezentrale (Bild links unten)

In solche Baracken wurden die aus allen Teilen Deutschlands zusammengeholten Arbeiter gepfercht.

Betriebes zurück. Er forderte die Anwesenden auf, Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes zu werden.
Die Fabrikleitung hatte sofort, als sie von der bevorstehenden Betriebsversammlung erfuhr, eine Lohnzulage mit Wirkung vom 2. Dezember 1917 verkündet. Für Arbeiterinnen betrug sie 15 Pfennig je Stunde, bei Arbeitern zwischen 10 und 15 Pfennig. Dennoch lagen die Löhne auch weiterhin noch weit unter denen der benachbarten Pulverfabriken von Plaue und Spandau. Hinzu kam, daß gleichzeitig mit der Lohnerhöhung das Essengeld in der Fabrik um 20 Pfennig je Mahlzeit erhöht wurde. So kann man wohl folgern, daß die Konzernleitung nur nach außen hin dokumentieren wollte, daß sie zu Zugeständnissen bereit war.
Die Betriebsversammlung in Rathenow war eine der ersten Regungen des Premnitzer Proletariats gegen die Kriegsgewinnler. Im allgemeinen aber war die Lage noch so, daß die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes aus den verschiedensten Teilen Deutschlands nach Premnitz verpflichteten Arbeiter selbst noch kein so gefestigtes Klassenbewußtsein besaßen, um einen wesentlichen politischen Einfluß auf die Premnitzer Arbeiter ausüben zu können. Nach Premnitz kamen überwiegend junge Menschen, insbesondere Frauen, die noch keine politischen Erfahrungen besaßen. Die besten Söhne der Arbeiterklasse standen zu dieser Zeit an der Front, um dem Profitstreben der deutschen Imperialisten geopfert zu werden. Die verfügbaren Arbeitskräfte teilten sich unter den Bedingungen des Krieges in drei Gruppen: Arbeiter unter 17 Jahre, zwischen 17 und 47 und über 47 Jahre. In der zweiten Gruppe gab es viele kriminelle Elemente, die vom Wehrdienst ausgeschlossen waren und natürlich ihrerseits den Weg zur Organisiertheit und Bewußtheit der Premnitzer Arbeiter ungünstig beeinflußten.
So kam es also zunächst im Premnitzer Gebiet zu keinen organisierten Aktionen gegen Ausbeutung und Krieg. Erst als sich 1917 in Rathenow unter dem Einfluß der deutschen Linken eine Spartakusgruppe bildete, war der Grundstein für eine bewußte politische Arbeiterbewegung gelegt. Zur Spartakusgruppe gehörten die Genossen Karl Gehrmann, Otto Weber, Friedrich Förmann und andere. Die kleine Gruppe versuchte immer wieder, die Rathenower und Premnitzer Arbeiter aktiv für den Kampf gegen den Krieg zu gewinnen. So wurde zum Beispiel im April 1917 ein Flugblatt unter der Überschrift: „Die Lehren des großen Massenstreiks" verteilt, das zur Arbeitsniederlegung am 1. Mai aufforderte. Für die Namhaftmachung der Verfasser und Verbreiter des Flugblattes setzte die Regierung 3000 Mark aus.

Kriegswirtschaft fordert Menschenopfer

Die fehlende Organisiertheit und Bewußtheit der Arbeiter in Premnitz wirkte sich besonders nachteilig aus, als im Werk Brände und Explosionen auftraten, die mehrere Menschenleben forderten. Unter Mißachtung jeglicher Menschenwürde beutete der Konzern die Arbeiter aus. Arbeitsschutzbestimmungen und Vorschriften standen zwar auf dem Papier, wurden aber in der Praxis völlig außer acht gelassen. Entscheidend für den Konzern war der Profit, nicht der Mensch. Doch von seiten der Arbeiter gab es noch keine Kraft, die zu Protesten aufrief, um Sicherheit am Arbeitsplatz zu fordern und sie auch durchzusetzen. So ereigneten sich in kurzen Abständen einige folgenschwere Unfälle:
Am 19. Oktober 1916, kurz nach 7.00 Uhr, brannte das Wässerungshaus an der Hauptstraße während der Beschikkung dreier Wässerungsbottiche aus. Neun Menschen wurden Opfer dieser Katastrophe. Zwei Arbeiterinnen, Else Kühne und Lisbeth Freidank, kamen mit leichten Verletzungen davon.
Frau Freidank sagte darüber aus:
„Ich stand im Wässerungsbau ... und ging nach der Tür T 3 zu, währenddessen im Bottich 7 zwei Frauen Pulverbündel einsetzten, womit sie anscheinend bald fertig waren. Eine der Frauen stand hierbei noch im Bottich. Ich hörte einen Schrei der letzteren, drehte mich um, sah eine Feuererscheinung und wurde im selben Augenblick von einer

Achtung! **Achtung!**

An die

Arbeiterinnen und Arbeiter der Premnitzer Pulverfabrik!

Am Sonntag, den 9. Dezember 1917, nachmittags 5½ Uhr, findet im Lokale des Herrn Waschke, Restaurant zur goldenen Sonne" zu Rathenow, Berlinerstr. 21, eine

Allgemeine Betriebs-Versammlung

der obengenannten Arbeiterinnen und Arbeiter statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. **Die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter der Pulverfabrik Premnitz, Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken.**
   Referent: Arbeitersekretär C. Bruns, Berlin.
2. Freie Aussprache.
3. Verschiedenes.

Werte Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Verhältnisse in unserem Betriebe einerseits und der allgemeinen Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Pulverfabriken andererseits ist es dringend notwendig, daß einmal eine Aussprache unter den Beschäftigten stattfindet und erwarten wir bestimmt, daß die Kolleginnen und Kollegen vollzählig erscheinen werden.

Im Auftrage vieler Beschäftigten:
E. Bennewitz.

Mit diesem Flugblatt wurden die Arbeiter der Pulverfabrik aufgefordert, sich an der angekündigten Versammlung zu beteiligen.

So versuchte man den Forderungen der Arbeiter auszuweichen. (Bild unten)

Premnitz, den 7. Dezember 1917.

Bekanntmachung!

Neuregelung der Arbeitslöhne.

Sämtliche Löhne werden mit Wirkung vom 2. Dezember 1917 erhöht. Der Lohn selbst wird von jetzt ab der vereinfachten Rechnung wegen in einer Summe ausgedrückt. Der bisherige Modus, den Lohn in Grundlohn und Kriegszulage zu zerlegen, kommt in Fortfall.

Infolge der immer höher werdenden Unkosten der Kantinenbetriebe sehen wir uns gezwungen, anläßlich der Lohnerhöhung eine Erhöhung des Essenpreises von 20 Pfg. pro Mahlzeit eintreten zu lassen.

Die Löhne gestalten sich wie folgt:

	Stundenlohn
Arbeiter bis 18 Jahre	-.70 Mark
" über 18 "	-.80 "
Arbeiterinnen	-.60 "
Vorarbeiter	1.10 "
Aufseher	1.30 "
Platzarbeiter bis 18 Jahre	-.80 "
" über 18 "	-.90 "
Pulvertransportarbeiter bis 18 Jahre	-.80 "
" " über 18 "	-.90 "
Temperisten	1.-- "

Arbeiter der Schießwollfabrik!

a. Arbeiter im Holländerbau.

Arbeiter bis 18 Jahre	-.90 "
" über 18 "	1.-- "
Arbeiterinnen	-.80 "

starken Luftwelle durch den Mittelgang des Wässerungshauses zur Tür T 3 getragen. Dort schlug mir eine Flamme hinten nach, die mir eine leichte Verbrennung an Ohren und Nacken verursachte." [12]

Im Bericht der Betriebsleitung über den Brand finden sich mehrere Varianten über mögliche Ursachen. Gestützt auf die Aussage von Frau Freidank wird einer Arbeiterin die Schuld zugeschoben, die beim Verlassen des Bottichs auf das noch warme Pulver getreten sei, dabei ins Rutschen kam und durch Reibung das Pulver entzündete.

Allerdings kam die Betriebsleitung nicht umhin, auf die bestehenden Mängel im Arbeitsschutz einzugehen. Sie räumte die Möglichkeit ein, daß vor längerer Zeit Pulverteile durch den Rost auf die Heizschlange gefallen seien, die infolge zu tiefer Lage des Ablaufes nicht fortwährend unter Wasser stand.

Nach dem 19. Oktober gab es einige Anweisungen, die bestimmte technische Mängel beseitigen sollten. Was aber zur Unterstützung der Hinterbliebenen der neun Todesopfer getan wurde, das war nirgends zu erfahren. An diesem Oktobertag fielen dem Profitstreben der Konzernherren zum Opfer: der Vorarbeiter Wilhelm Stelle, die Arbeiter Johann Bareuter (Vater) und Paul Bareuter (Sohn), die Arbeiterinnen Frieda Bugge, Ida Rogge, Grete Schulze und Meta Simon. Schwerverletzt wurden die Arbeiterinnen Lene Krüger und Hedwig Haflischek ins Rathenower Krankenhaus gebracht. Im Verlauf des folgenden Tages verstarben auch sie.

Am 29. Juli 1917 gab es einen Unfall auf dem werkseigenen Schießplatz, als die Qualität des produzierten Pulvers geprüft wurde. Am 26. Oktober 1917 brannte eine Poliertrommel aus, und danach erfolgte eine Explosion. Am 8. November 1917 explodierte ein Pulverpressentopf.

Bei der Vernehmung über eine der Explosionen sagte Dr. Kämpf, einer der Betriebsleiter, wörtlich: „Bei der gegenwärtigen Hochproduktion an Pulver ist selbstverständlich die möglichste Ausnutzung der Wannen unumgänglich notwendig. Dies bedeutet an sich aber keineswegs eine Gefähr-

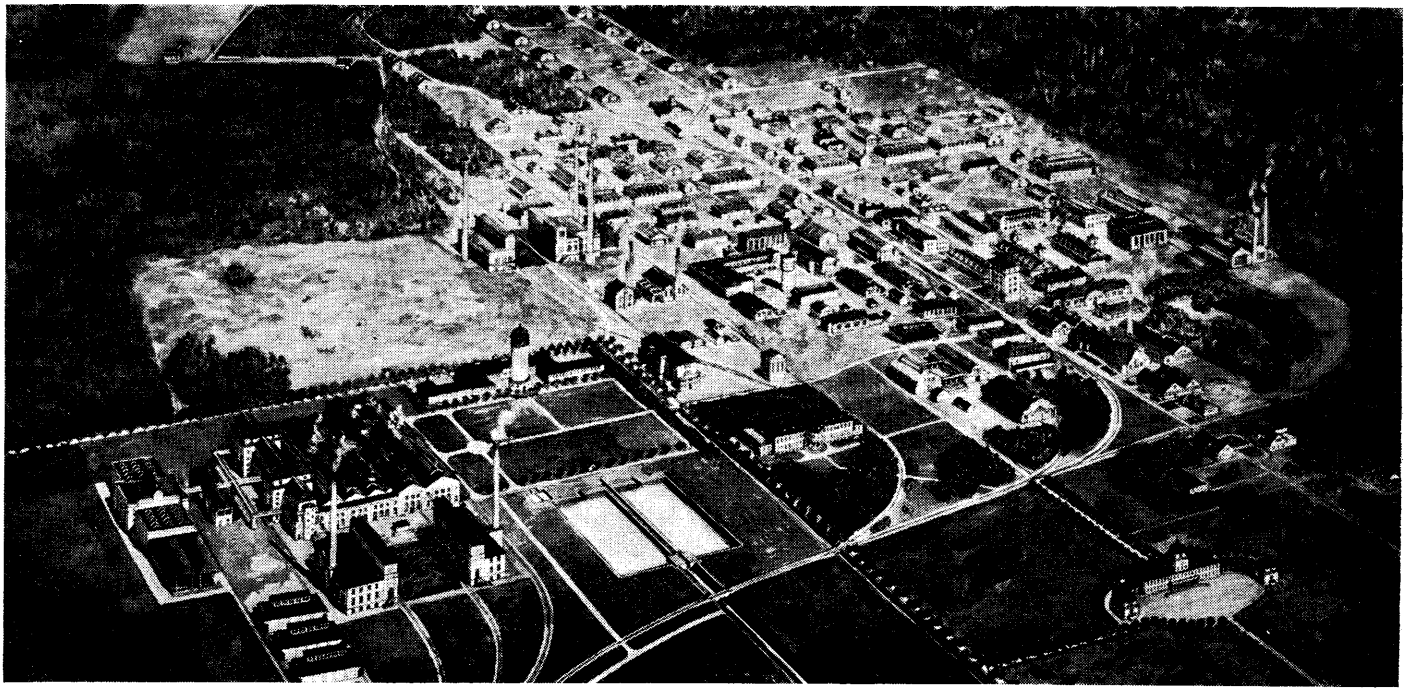
dung des Betriebes." [13] In einem vom Überwachungsausschuß bei der Kriegsamtsstelle Berlin angeforderten Bericht wird die lakonische Frage gestellt, ob durch die Vorkommnisse in der Pulverfabrik Verluste an Kriegsmaterial, Gebäudeschaden, Produktionsausfall oder Betriebsstörungen eingetreten seien. Keine Frage bezog sich auf die ums Leben gekommenen oder verletzten Menschen. Auch die Aussagen des Dr. Kämpf über ein anderes Unglück, bei dem mehrere Arbeiter getötet oder verletzt wurden, enthielt kein Wort über dieses Thema. Walter Bleiß, der Augenzeuge des Unfalls war, erzählte, daß beim Abrutschen der Wannen vom Wagen und bei der folgenden Explosion die beiden den Wagen begleitenden Mädchen sofort von den Flammen erfaßt wurden. Sie erlitten schwere Verbrennungen. Ein Mädchen starb am gleichen Tag.

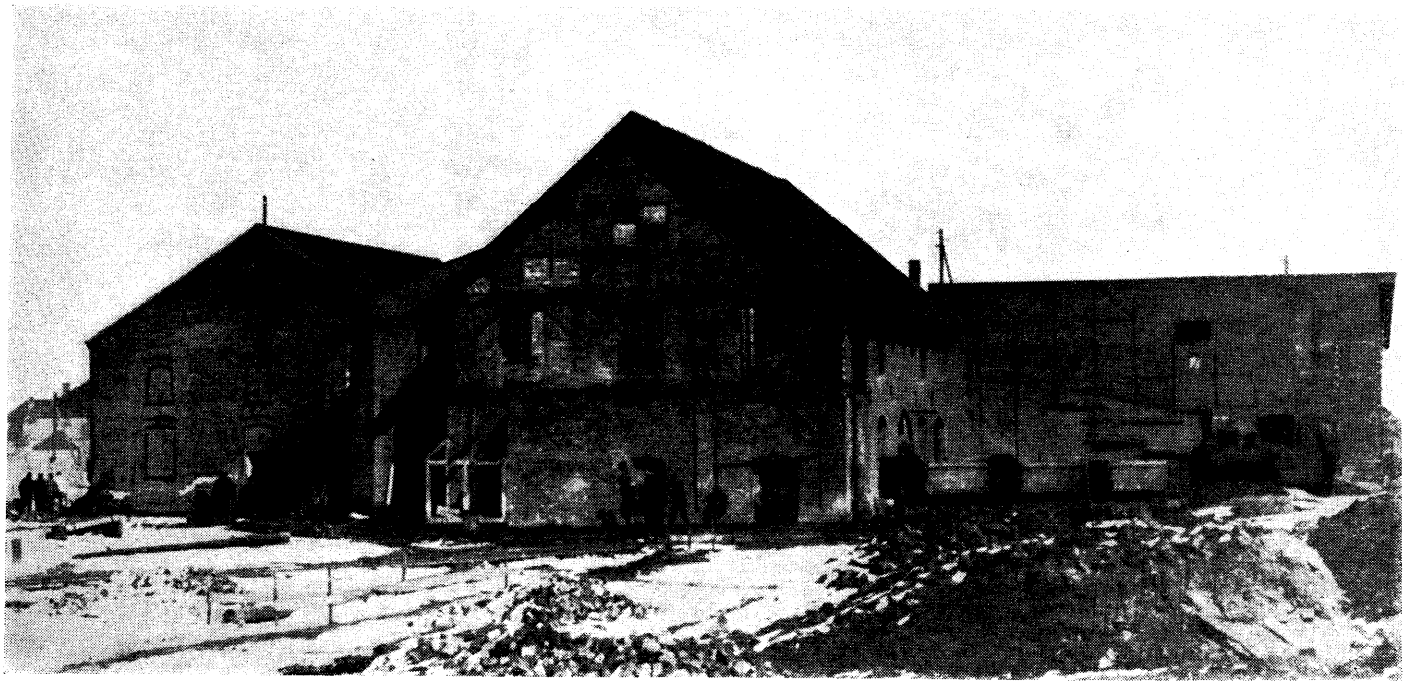
Für die Konzernherren war jedoch lediglich die Pulverproduktion interessant. Im Jahre 1916 wurde in Premnitz etwa ein Zehntel des in Deutschland hergestellten Pulvers erzeugt. Im Laufe des Jahres 1917 stieg in ganz Deutschland die Pulverproduktion um das Dreifache. Premnitz konnte jetzt bereits einen Anteil von 34 Prozent bestreiten. [14] In diesem Zusammenhang muß noch einmal betont werden, daß zu jener Zeit noch immer nicht die Bau- und Betriebserlaubnis für die Herstellung von Schießwolle und Armeepulver in der Premnitzer Fabrik seitens der Regierung erteilt war. Das war erst im Januar 1918 der Fall. Die Erlaubnis galt für die Dauer des Krieges. Die Konzernleitung unternahm jedoch die größten Anstrengungen, um eine besondere Genehmigung für die Produktion von Pulver auch nach Beendigung des Krieges zu erhalten. Die Voraussetzungen dafür waren günstig, da die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken mit der Regierung den Vertrag eingingen, die Fabrik Premnitz auch nach dem Kriege mehrere Jahre lang in betriebsfertigem Zustand zu halten.

Im Januar 1918 führte ein empfindlicher Kohlenmangel zu erheblichen Produktionseinschränkungen. Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, Arbeitskräfte heranzuschaffen. Um dem Dilemma abzuhelfen, forderte der Konzern im April 1918 100 Soldaten für die Pulverfabrik Premnitz an. Auch Kriegsgefangene wurden beschäftigt. Nach Aussagen von Premnitzer Einwohnern, die sich noch an jene Zeiten erinnern, war die Lage dieser Menschen noch weit elender als die Bedingungen, die für die deutsche Bevölkerung am Ende des ersten Weltkrieges herrschten.

So erinnern sich ältere Arbeiter daran, daß die Kriegsgefangenen eigentlich ständig auf dem Fabrikgelände waren. Für sie gab es keine geregelte Arbeitszeit. Fünfzehn bis achtzehn Stunden täglich wurden sie zu harter Arbeit gezwungen.

War die Ernährungslage für die deutsche Bevölkerung schon äußerst gespannt, so erhielten diese gepeinigten und geschundenen Menschen nur Abfallwertiges zu essen. Ähnlich waren ihre Wohnverhältnisse. Die Unterkünfte für Kriegsgefangene glichen eher Ställen als menschlichen Behausungen.



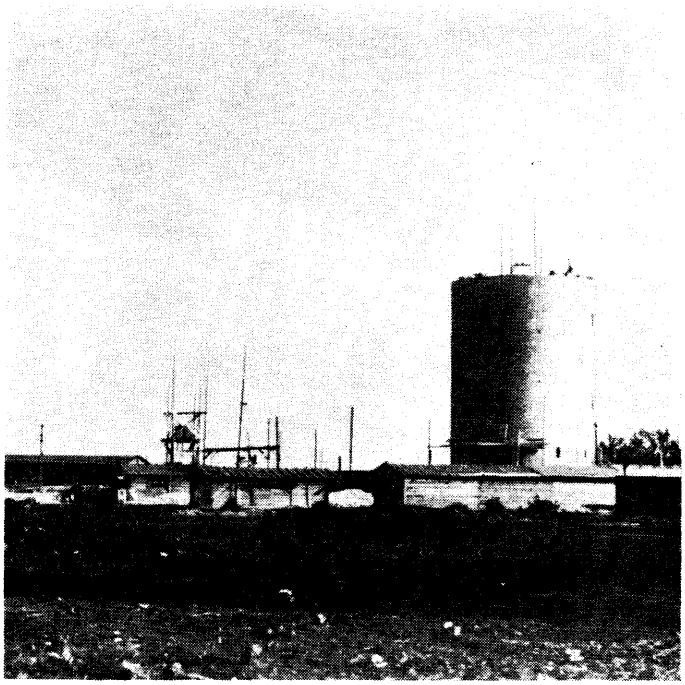


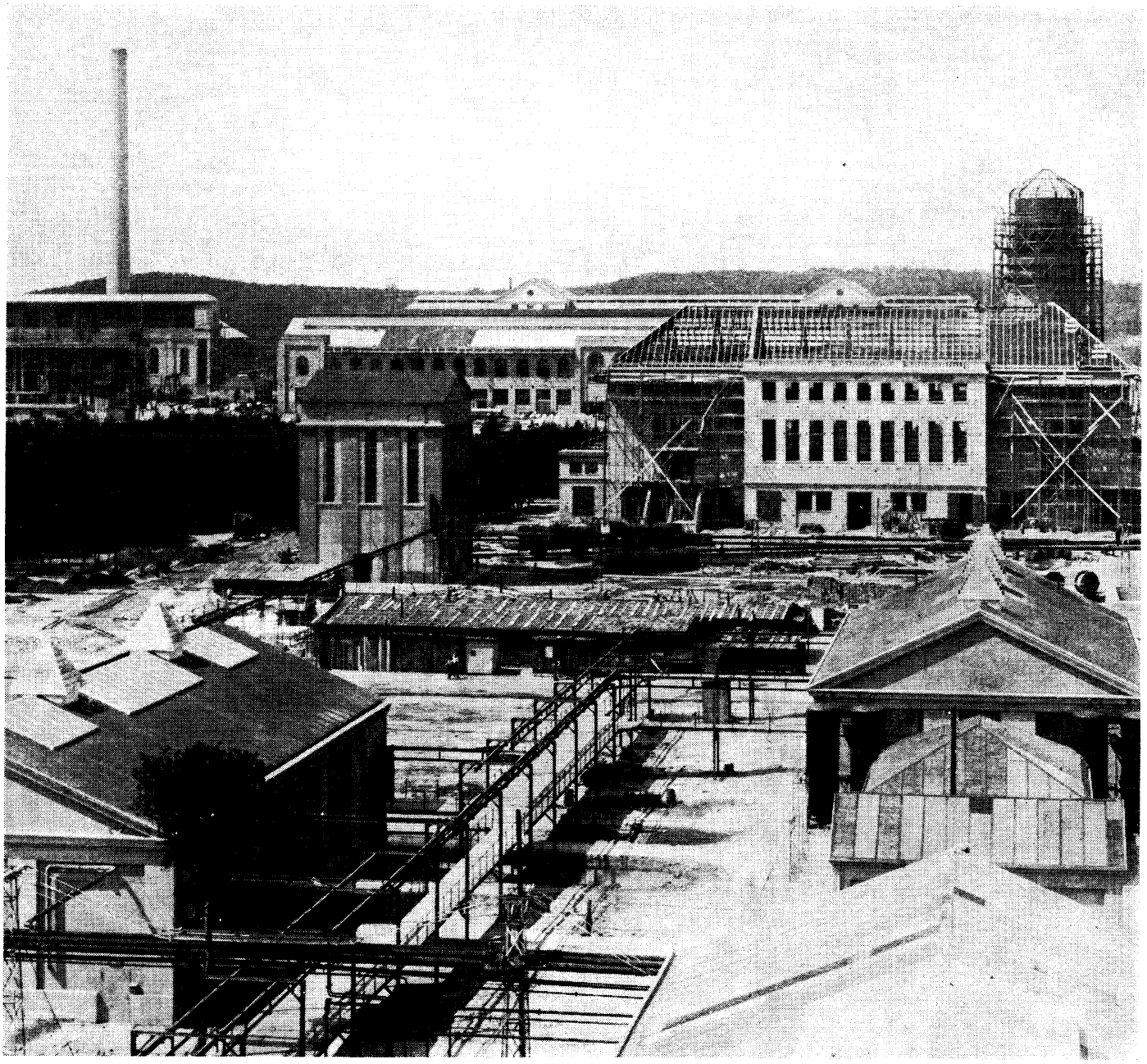
Dieses Gemälde
entstand nach den bestehenden Anlagen
und den noch vorliegenden Plänen (Ausschnitt).
(Bild ganz oben)

Teile der alten Ziegelei wurden 1915 abgebrochen.
(Bild oben)

Für die Trinkwasserversorgung
war der Bau eines Wasserturmes
erforderlich.
(Bild rechts oben)

1916 wurde eine Ätherfabrik errichtet.
Das neue Kraftwerk und der Wasserturm
waren ebenfalls bereits im Bau.
(Bild rechts)





Kampf für die Aktionseinheit, gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung durch die Konzernherren und gegen die wachsende faschistische Gefahr 1917/18 bis 1933)

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution – Vorbild für die deutsche Arbeiterklasse

Zu der Zeit, als die deutschen Imperialisten erhöhte Anstrengungen unternahmen, den Krieg trotz ihrer gescheiterten Blitzkriegsstrategie zu gewinnen, um die Rüstungsprofite der Konzerne zu erhöhen, brach in Rußland die Große Sozialistische Oktoberrevolution aus. Die Arbeiter und Bauern Rußlands entmachteten unter Führung der Bolschewiki die Großgrundbesitzer und Kapitalisten und errichteten die Arbeiter-und-Bauern-Macht. Sie bewiesen damit der Arbeiterklasse der Welt, daß es möglich war, sich aus eigener Kraft von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien und die Geschicke des Volkes in die eigenen Hände zu nehmen. Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution brach ein Sechstel der Erde aus dem kapitalistischen System aus. Auf Vorschlag Lenins erließ der Sowjetkongreß am 8. November 1917 das Dekret über den Frieden. Alle kriegführenden Staaten wurden darin aufgefordert, einen Waffenstillstand abzuschließen und Verhandlungen über einen Frieden ohne Annexionen aufzunehmen. Der Sieg der Oktoberrevolution und das Dekret über den Frieden hatten erhebliche Auswirkungen auf die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse. Im Januar 1918 kämpften mehr als eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg und die Raubpläne gegenüber der jungen Sowjetmacht.

In Rathenow und Premnitz wurde für das Gefangenenlager in Havelberg Kleidung gesammelt, um das Los der dortigen russischen Kriegsgefangenen zu erleichtern. Daraus geht hervor, daß sich auch bei den Arbeitern im Kreis Rathenow der Gedanke der Solidarität mit der Sowjetmacht immer mehr vertiefte.

Die Spartakusgruppe bemühte sich im Januar 1918 in Rathenow und Premnitz, die Beteiligung der Arbeiter am großen Munitionsarbeiterstreik zu erreichen. Am 27. Januar sprach in Rathenow auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Müller, der spätere Reichskanzler. Ihm ging es darum, den Streik zu verhindern, denn er war einer der heftigsten Vertreter der Durchhaltepolitik. Genosse Gehrmann, der Leiter der Rathenower Spartakusgruppe, hatte den Genossen Kahlert vom Berliner Spartakusbund als Gegenredner eingeladen. Viele Rathenower, Premnitzer und einige Brandenburger Genossen wurden mobilisiert, um die Antikriegsposition der Werktätigen zu verstärken. Doch Genosse Kahlert konnte nicht rechtzeitig eintreffen, weil der Zug über zwei Stunden Verspätung hatte. An seiner Stelle sprach Genosse Karl Gehrmann zu den zahlreich versammelten Arbeitern über den Charakter des imperialistischen Krieges. Er kritisierte Hermann Müller, der am Vorabend des großen Munitionsarbeiterstreiks kein Wort gegen Krieg und Ausbeutung gesagt hatte. Genosse Gehrmann war sich darüber im klaren, daß diese Aktion nur mit dem Gestellungsbefehl für ihn enden konnte. Nach kurzer Zeit schon war es so weit. In seinem Militärpaß war mit roter Tinte vermerkt: „Parole 1918." Genosse Gehrmann wurde aber bald „fahnenflüchtig" und arbeitete im Auftrag der Partei illegal.

Nach Schluß der Versammlung traf Genosse Kahlert ein. Er brachte Flugblätter und Handzettel mit, die zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg in Form des Streiks aufriefen. Mitglieder der Spartakusgruppe verteilten diese Flugblätter und Handzettel auch in Premnitz.

Aus den Erzählungen älterer Arbeiter geht hervor, daß an der Kundgebung in Rathenow auch Arbeiter der Pulverfabrik teilnahmen. Trotz der aufklärenden und aufrüttelnden Worte des Genossen Gehrmann und der zusätzlich verteilten Flugblätter gelang es der Spartakusgruppe nicht, die Premnitzer Belegschaft zum Streik zu bewegen. Nur in einigen Abteilungen wurde eine sogenannte Arbeite-langsam-Bewegung organisiert. In den benachbarten Pulverfabriken Kirchmöser und Spandau waren die Bemühungen der Spartakusgruppe erfolgreicher. Die Belegschaft dieser Betriebe gehörte zu den mehr als eine Million Arbeiterinnen und Arbeitern der Rüstungsindustrie, die im Januarstreik gegen den imperialistischen Krieg und die Raubpläne des

Auf dem Dach der Schießwollfabrik brachten revolutionäre Arbeiter während der Novemberrevolution die rote Fahne an.

deutschen Imperialismus gegenüber der jungen Sowjetmacht für einen sofortigen demokratischen Frieden und für den Sturz der kaiserlich-imperialistischen Regierung kämpften. An der Spitze der Streikbewegung stehend, verband die Spartakusgruppe den Kampf gegen den Krieg mit der Vorbereitung auf den revolutionären Aufstand, der zur Errichtung einer deutschen Volksrepublik führen sollte.

Zur Leitung des Streikkampfes schlugen die Spartakisten vor, in jedem Betrieb eine „freigewählte Vertretung nach russischem und österreichischem Muster" zu schaffen, die sich als „Arbeiterrat konstituieren" [15] sollte.

Der Januarstreik erschütterte die Grundlagen des monarchistischen und militaristischen Deutschlands. Es war die größte Friedensaktion der deutschen Arbeiterklasse während des ersten Weltkrieges. Lenin bezeichnete „diese Aktion des Proletariats in einem vom Taumel des Nationalismus erfaßten und vom Gift des Chauvinismus verseuchten Land" als einen „Wendepunkt in den Stimmungen des deutschen Proletariats" [16].

In den Tagen der Novemberrevolution

Am 3. November 1918 begann mit dem Aufstand der Kieler Matrosen die Revolution in Deutschland. Trotz aller Versuche der rechten SPD-Führer, die revolutionäre Bewegung aufzuhalten, breitete sie sich schnell über ganz Deutschland aus. Im Kreis Westhavelland begannen die revolutionären Ereignisse mit einer großen Kundgebung auf dem jetzigen Dunckerplatz in Rathenow. Zu den Arbeitern sprach als Vertreter der rechten SPD-Führung Karl Priefert, der gleichzeitig Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes im Kreis Westhavelland war. Er forderte die Arbeiter zur Ruhe und Ordnung auf, sprach sich für Wahlen aus und verwies auf die Verhandlungsbereitschaft der Fabrikherren, die angeblich aus dem Sturz der Monarchie gelernt hätten. An einem der folgenden Tage sprach Priefert auch in der Werkkantine der Premnitzer Pulverfabrik. Mit revolutionär klingenden Phrasen wollte er die Arbeiter von Aktionen abhalten.

Am 12. November 1918 wurde von den revolutionären Arbeitern auf dem Schießwollegebäude die rote Fahne gehißt. Die Fabrikleitung bekam es mit der Angst zu tun. Sie entließ die in der Kriegsproduktion beschäftigten Arbeiter und schickte sie in ihre Heimatorte zurück. Um die Arbeiter recht schnell los zu werden, bezahlte man ihnen sogar das Fahrgeld und gab ihnen ein Zehrgeld bis zum Betrag von zehn Mark, das jedoch vorsichtshalber erst im Heimatort ausgezahlt wurde. Die Mehrheit der Arbeiter wurde entlassen; insgesamt verblieben nur noch 574 Beschäftigte im Betrieb, um solche Arbeiten ausführen zu können, die zur Aufrechterhaltung der Fabrik unbedingt notwendig waren. Doch das Ende des Krieges hatte sich schon in den Monaten vorher abgezeichnet, indem die Produktion und die Anzahl der Arbeitskräfte stark reduziert worden waren. [17]

Nachdem am 10. November 1918 in Rathenow ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden war, wurde auf seine unmittelbare Anweisung auch in der Pulverfabrik ein Arbeiterausschuß ins Leben gerufen.

Die Wahl fand am 16. November 1918 statt, und am 22. November führte der Arbeiterausschuß seine erste Sitzung durch. Er war jedoch völlig abhängig von den Beschlüssen, die in Rathenow gefaßt wurden. Da dort solche Leute wie Priefert, Rohde und andere einen entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates ausübten, wurden revolutionäre Aktionen der Arbeiterklasse verhindert. So wurde zum Beispiel die Durchsetzung des Achtstundentages von diesen Funktionären benutzt, um den Arbeitern weiszumachen, daß der Sturz der Monarchie und die errungenen demokratischen Freiheiten ausreichten, um durch Verhandlungen mit den Unternehmern bessere Bedingungen für alle Werktätigen erreichen zu können. Damit wurde natürlich der revolutionäre Elan der Arbeiter wesentlich gedämpft. Die Arbeiter waren wohl empört darüber, daß die Führer der USPD für die Entmachtung

Nr. 45 — Jahrgang 1918 Dienstag, 31. Dezember 1918 Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Schriftleitung: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Konstituierung der Kommunistischen Partei.

Der Berliner Soldatenrat.

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919.

der Räte zugunsten der Nationalversammlung eintraten und duldeten, daß sich konterrevolutionäre Freikorps bildeten und sich die antisowjetische Hetze ausbreitete, doch sie waren nicht bewußt und organisiert genug, um der organisierten Konterrevolution in den Arm zu fallen. So zeigten auch die Ereignisse in unserer engeren Heimat, daß die Schaffung einer selbständigen marxistisch-revolutionären Partei immer dringender wurde, um die Massen führen zu können. Doch dieses wichtige Ereignis ließ noch bis Ende Dezember auf sich warten.

Am 29. Dezember 1918 beschloß die Zentrale des Spartakusbundes auf ihrer Konferenz die Trennung von der USPD und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Am 30. Dezember 1918 trat der Gründungsparteitag der KPD zusammen. Unter den 83 Delegierten waren auch Vertreter aus Rathenow und Brandenburg; es waren die Genossen Karl Gehrmann und Friedrich Huxdorf. In ihrer Rede zum Parteiprogramm sagte Rosa Luxemburg: „Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können, wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als ... den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren." [18]

Die Gründung der KPD bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Das vom Gründungsparteitag angenommene Programm war „das erste Programm der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, das – entsprechend dem Inhalt der neuen Epoche und in Übereinstimmung mit den Lehren der deutschen Geschichte – den Weg zur Überwindung des volksfeindlichen deutschen Imperialismus und Militarismus, zu einem Deutschland wies, dessen Größe auf seinen friedlichen Leistungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet beruht" [19].

Vom ersten Tage an war die junge KPD fest mit der Sowjetmacht verbunden und trat für ein enges Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion ein.

Mit der Gründung der KPD begann auch ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Premnitzer Arbeiterschaft.

Im Frühjahr 1919 wurden durch Mitglieder der KPD aus Rathenow und Brandenburg in Premnitz Flugblätter verteilt, in denen auf die Machenschaften der Regierung Ebert/Scheidemann gegenüber Sowjetrußland aufmerksam gemacht und gefordert wurde, Frieden mit Rußland zu machen und friedliche Handelsbeziehungen zu pflegen. Im gleichen Flugblatt wurden die Arbeiter aufgefordert, Mitglieder der KPD zu werden.

Anfang Juni 1919 wurden erneut durch die Mitglieder der KPD in Premnitz Flugblätter verteilt, die aus Anlaß der Beerdigung von Rosa Luxemburg die Arbeiter aufforderten, sich am 13. Juni zu Ehren der Toten und zur Mahnung an die Lebenden zur gemeinsamen Tat zusammenzufinden. Doch die bisherigen Nachforschungen ergaben, daß die in der Fabrik verbliebenen Arbeitskräfte auf diese Aufrufe wenig oder überhaupt nicht reagierten. Die meisten von ihnen waren froh darüber, zu denen zu gehören, die noch Arbeit hatten. Nur ganz wenige nahmen solche Nachrichten bewußt auf und fanden den Mut, mit ihren Arbeitskollegen darüber zu sprechen.

Der Aufbau der Kunstfaserfabrik

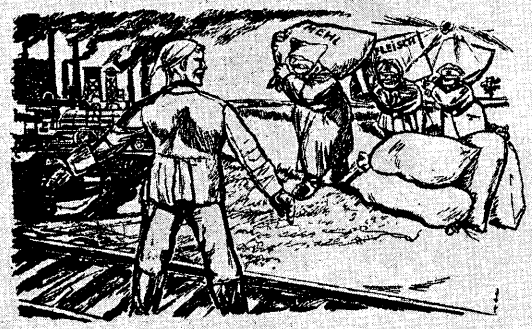
Zu Beginn des Jahres 1919 waren nur noch etwa 100 Arbeiter in der Pulverfabrik beschäftigt, um abschließende Vermengarbeiten durchzuführen. Die Waffenstillstandsbedingungen sahen vor, daß auch die Pulverfabrik Premnitz als Kriegsmittelproduzent stillgelegt wurde. Im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 war dann festgelegt, daß die Pulverfabrik teilweise demontiert werden sollte. Bis zum Jahre 1922 wachte eine Kommission der Entente in Premnitz darüber, daß dieser Prozeß durchgeführt wurde.

„Die Rote Fahne" gibt die Konstituierung der Kommunistischen Partei bekannt.

Diese beiden Flugblätter wurden von Mitgliedern des Spartakusbundes und der jungen Kommunistischen Partei in Premnitz verteilt. (Bild rechts)

Krieg mit Rußland!

Das wollen die Kapitalisten!
Das will die Regierung Ebert-Scheidemann!



Frieden mit Rußland,
und Austausch aller Lebensgüter,
Das will Spartakus.

Darum, Arbeiter, werdet Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

An die

Arbeiter der ganzen Welt!

Arbeiter! Genossen!

Das Wasser, in dem die deutschen Gegenrevolutionäre, die Ebert-Scheidemann und ihre Hintermänner, ihre Schande versenken wollten, hat die Leiche Rosa Luxemburgs wiedergegeben.

Die Ebert-Scheidemann haben die Mörder freigesprochen und entlaufen lassen: Das Wasser aber bringt ihr Opfer und die Zeugen ihrer Verbrechen zutage.

Arbeiter! Genossen!

Wir sprechen nicht zu Euch, um dieser Eurer großen Toten Willen. Wir sprechen um des großen Gedankens willen, für den sie lebte und für den sie starb.

Arbeiter in Deutschland!

Sie starb für Euch, starb für Eure Revolution, starb als sichtbares Zeichen, daß die Mächte der Gegenrevolution über Euch gesiegt und daß, so Ihr leben wollt, Ihr weiter von neuem kämpfen müßt für die Revolution, für den Kommunismus.

Arbeiter in der Weiten Welt!

Diese große Tote starb als Opfer auch Eurer Sache. Sie kämpfte für Euch während des Krieges, sie kämpfte, daß nicht ein neuer deutscher Militarismus das Proletariat der Welt knechte. Sie starb den Heldentod in diesem Kampfe gegen die Mächte der kapitalistischen Gegenrevolution.

Arbeiter! Proletarier!

Fünf Jahre sind es nun, daß über alle Schützengräben und Landesgrenzen hinweg Eure Seelen sich suchen.

In Eure Hand ist jetzt das Schicksal der Welt, in Eurem Zusammenwirken die Zukunft der Welt beschlossen.

Findet Euch zum ersten Male zu einer einigen Tat zusammen.

Am nächsten Freitag, den 13. Juni werden wir in Berlin Rosa Luxemburg zur Erde bestatten.

Arbeiter der Welt!

Wir fordern Euch auf: Laßt an diesem Tage Eure Hände ruhen!

Zeigt der Welt, daß Ihr Euch finden könnt zu gemeinschaftlicher Tat.

Ehret so die Toten!
Mahnet so die Lebendigen!
Wecket so den Glauben an die Zukunft!
Es lebe der Kommunismus!
Es lebe die Weltrevolution!
Es lebe die proletarische Internationale!

Die Kommunistische Partei Deutschlands.
(Spartakusbund.)

Der Vorsitzende der Abrüstungskommission, General Nollet, kam selbst einige Male nach Premnitz, um den Fortgang der Demontagearbeiten zu kontrollieren. Sein Ausspruch war: „... Doit être totalement rase ... doit être detruit" (alles muß dem Erdboden gleichgemacht werden, alles muß zerstört werden). So wurden zum Beispiel Spandauer Pioniere eingesetzt, die mit Dynamitladungen Schornsteine stürzten, Maschinen und Kessel zerschmetterten und die gesamte Kraftzentrale zertrümmerten.

Am 25. April 1919 war die neue Firmenbezeichnung „Köln-Rottweil-Aktiengesellschaft, Fabrik Premnitz" eingeführt worden.

Der Konzern unternahm alle Anstrengungen, um zu verhindern, daß die größte seiner Fabriken, die in Premnitz lag, völlig dem Erdboden gleichgemacht wurde. Ein Ausweg lag darin, den Betrieb mit den wenigen verbliebenen Arbeitskräften auf Kunstseidenproduktion nach dem Viskoseverfahren umzustellen.

Doch mit der Herstellung von Kunstseide allein konnte die Köln-Rottweil-Aktiengesellschaft nicht konkurrenzfähig bleiben. Deshalb begannen bereits gegen Ende des Jahres 1918 in den Räumen der Direktion der Aktiengesellschaft in der Dorotheenstraße in Berlin erste Besprechungen über die Produktion einer neuartigen Kunstfaser. Diese sollte nicht wie Seide oder Kunstseide ein endloser Faden sein, sondern ähnlich der Wolle oder Baumwolle eine verhältnismäßig geringe Länge aufweisen. Der neue Faserstoff mußte auch einen bestimmten „Stapel" besitzen, um auf den vorhandenen Spinnmaschinen mit Wolle oder Baumwolle verarbeitet zu werden. (Als „Stapel" bezeichnet der Textilfachmann die Durchschnittslänge der natürlichen Fasern.) Die Arbeiten an einer Versuchsanlage zur Herstellung von Stapelfasern waren schon so weit fortgeschritten, daß bereits Anfang März 1919 der Betrieb aufgenommen werden konnte. Ein an den Entwicklungsarbeiten beteiligter Chemiker schrieb später: „Die hierbei zu Beginn eingesetzten technischen Hilfsmittel und Methoden waren vom heutigen Entwicklungsstandpunkt aus gesehen naturgemäß primitiv,

Auf Beschluß der Entente wurden die Premnitzer Anlagen teilweise zerstört. Auf unseren Bildern die Lufttrockenhäuser und das zerstörte Kesselhaus.

und die ersten Erzeugnisse hatten mehr den Charakter von Stroh, im besten Falle von schlechtem Roßhaar, als dem der Wolle oder Baumwolle." [20]

Als Name für den neuen Kunstfaserstoff wurde „Vistra" gewählt. „Die Silbe ‚Vis' stammt aus der Telegrammadresse der Köln-Rottweil-AG, diese lautet: ‚Sivispacem' (nach dem lateinischen Satz ‚Si vis pacem para bellum', das heißt ‚Wenn du den Frieden willst, so bereite dich auf den Krieg vor') und die Silbe ‚tra' aus der Telegrammadresse der mit der Köln-Rottweil-AG in Verbindung stehenden Dynamit AG, vormals Alfred Nobel und Co. ‚Astra' (nach dem lateinischen Satz ‚Per aspera ad astra', das heißt ‚Durch die Wolken zu den Sternen')." [21]

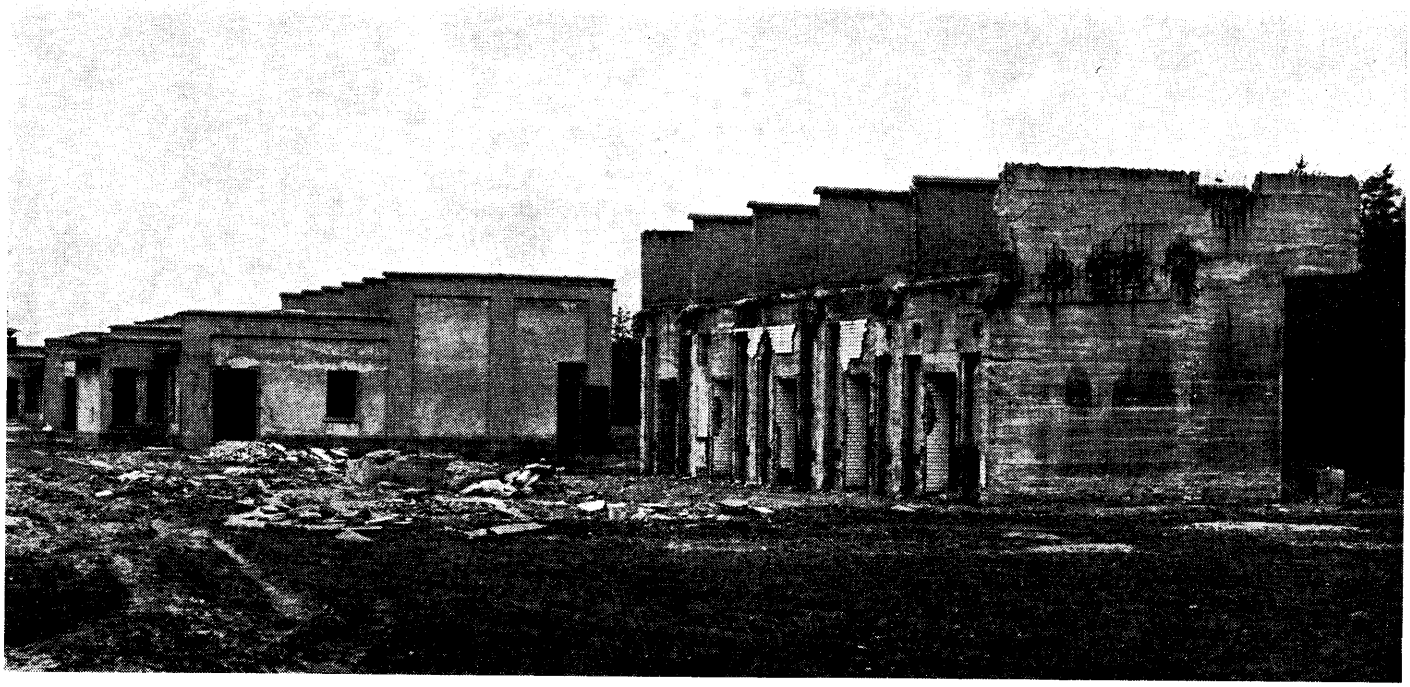
Das Reichswirtschaftsministerium sagte dem Köln-Rottweil-Konzern zu Beginn des Jahres 1919 seine Unterstützung für den neuen Faserstoff zu. Außerdem besaß der Köln-Rottweil-Konzern ein Patent auf ein Viskoseverfahren zur Herstellung eines neuartigen Faserstoffes, das er von der Glanzfäden-AG übernommen hatte. Das zunächst angewandte Minckverfahren erwies sich als völlig unzureichend. Bisher war das Minckpatent nur im Labor, noch nicht im Großverfahren erprobt worden. Nach wissenschaftlichen und technischen Vorarbeiten wurde schließlich in der Pulverfabrik mit der Erzeugung von „Vistra" begonnen.

Bedeutungsvoll am Minckverfahren war der Verzicht auf die Reife. Man behandelte bislang die Zellulose mit Natronlauge, ließ sie längere Zeit stehen, wobei chemische Umsetzungen stattfanden, die eine Aufspaltung des ursprünglich großen Zellstoffmoleküls in kleinere zur Folge hatten. Die nach dem Zusatz von Schwefelkohlenstoff entstandene Viskose mußte dann noch einige Tage reifen. Bei dem Versuch, den letzteren Punkt zu umgehen, tauchten immer wieder neue Fragen auf, ergaben sich neue Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Ein kleiner Überblick soll zeigen, welche Probleme zu lösen waren, bevor das Minckverfahren in die Großproduktion überführt werden konnte. Aus einer Aufstellung der Mitarbeiter des Labors geht hervor, welche Gebiete ab Februar 1919 in Spezialuntersuchungen und Berichten bearbeitet werden mußten: Zellstoffe, Zusammensetzung der Tauch-, Löse- und Gelblaugen, Reifung von Viskosen, Entschwefelungsprozeß der Kunstfasern, Viskositätsmessungen, Lösungsvorgänge und Viskosität, Regenerierung von Säuren und von Spinnsäuren, Sulfitierungsgeschwindigkeiten, Beseitigung der beim Spinnen entstehenden gesundheitsschädigenden Abgase, Strukturuntersuchungen an den Spinnfasern, Quellungsvorgänge an Zellstoffen und Fasern, Knitterfestigkeit von Fäden und Filmen und viele andere Themen mehr.

Danach wurde zunächst eine Anlage für zwei Tonnen Tagesproduktion gebaut. Sie nahm im Jahre 1920 die Produktion auf und brachte auch die projektierte Leistung. Im Jahre 1933 erreichte das Premnitzer Werk eine Tagesproduktion von etwa 12 Tonnen, und bis zum Jahre 1945 stieg sie auf etwa 42 Tonnen täglich.

Die Arbeiter im Kampf um die Erhaltung ihrer errungenen Rechte

Im Betrieb gab es neben dem im November 1918 gebildeten Arbeiterausschuß noch einen Angestelltenausschuß. Beide stellten Anfang 1919 ihre Tätigkeit ein. Am 28. April 1919 erfolgten Neuwahlen zum Arbeiter- und Angestelltenausschuß in der Fabrik. Diesmal kam eine im Interesse der Arbeiter günstigere Zusammensetzung zustande. Zum Beispiel forderte der Arbeiterausschuß am 15. September 1919 von der Direktion, nur noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einzustellen. Die Forderung war von der Erkenntnis diktiert, daß auf diese Weise Arbeiteraktionen wesentlich erleichtert würden. Die Direktion wandte sich an den Arbeiterverband der Chemischen Industrie Berlin um Rat, ob sie dieser Forderung nachkommen müßte. Offensichtlich befriedigt vom Verhalten der Berliner Gewerkschaftsbeamten, teilte sie dann in einem Antwortschreiben dem Arbeiterausschuß mit: „Weder der Unternehmer oder dessen Angestellte noch die Arbeiter oder deren Verbände dürfen



die Koalitionsfreiheit des einzelnen Arbeiters beeinträchtigen. Insbesondere darf die Koalitionsfreiheit nicht dadurch geschmälert werden, daß einem Arbeiter wegen Nichteintritt in einen Arbeiterverband oder in einen bestimmten Arbeitnehmerverband irgendwelche Nachteile angedroht oder zugefügt werden." [22] Man darf daraus wohl folgern, daß die Interessengemeinschaft zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und den Konzernherren ausgezeichnet funktionierte. Ein weiteres Beispiel dafür sei aus dem Protokoll einer Sitzung beim Arbeitgeberverband in Berlin, Siegismundstraße 3, vom 15. Mai 1919 [23] entnommen.

An dieser Sitzung nahmen teil:

Dr. Bauer vom Arbeitgeberverband; Dr. Flechtheim von der Generaldirektion der Köln-Rottweil-AG, Berlin; Direktor Dr. Frauenberger von der Köln-Rottweil-AG, Premnitz; die Gewerkschaftsführer Lemm, Bennewitz, Bruns, Knuepfer; ferner die Mitglieder des Arbeitsausschusses Premnitz Meinecke, Weckwerth, Guenther, Peters, Kretschmar.

Als Punkt 1 der Tagesordnung wurden die Löhne der ungelernten Arbeiter behandelt. Professor Flechtheim betonte, daß die Verhältnisse der Köln-Rottweil-AG besonders schwierig seien, da es in keinem einzigen der 30 Betriebe des Konzerns eine Friedensfabrikation gäbe.
Er wolle nicht damit drohen, daß die Fabrik geschlossen werde, doch eine Lohnerhöhung sei mit Rücksicht auf die benachbarten Betriebe ausgeschlossen, da sonst auch dort die Arbeiter höhere Löhne fordern würden. Das war die Antwort der Konzernleitung auf die vom Premnitzer Arbeiterausschuß erhobene Forderung, die Löhne der Arbeiter in den verschiedenen Lohngruppen bis zu 50 Prozent zu erhöhen.
Da die Gewerkschaftsführer den Bedenken der Konzernleitung zustimmten und so dem Arbeiterausschuß in den Rücken fielen, kam für die Arbeiter schließlich nur ein Almosen heraus. Der Stundenlohn von einer Mark blieb bestehen, der für ungelernte Arbeiter wurde um 0,22 Mark auf 1,35 Mark je Stunde erhöht. Arbeiterinnen erhielten einen Stundenlohn von 0,90 Mark.
Für die Facharbeiter kam nicht mehr als 0,22 Mark Lohnerhöhung heraus. Damit erhielten die Facharbeiter nun zwischen 2 und 2,25 Mark Stundenlohn.

Arbeitereinheit gegen Kapp-Putsch

Durch eigene Erfahrungen sowie durch die Tätigkeit der KPD vollzog sich allmählich unter der Arbeiterschaft eine spürbare politische Bewußtseinsentwicklung. Ihre große Bewährungsprobe kam, als am 13. März 1920 die deutschen Imperialisten mit Hilfe der Freikorps und von Teilen der Reichswehr unter der Führung von Kapp, Lüttwitz und anderen einen Putschversuch machten, der die völlige Beseitigung der Errungenschaften der Novemberrevolution und die Errichtung einer offenen Militärdiktatur zum Ziel hatte. Zum Schutz der Republik erhob sich die deutsche Arbeiterklasse in einem machtvollen Generalstreik. Etwa 12 Millionen Werktätige legten tagelang die Industrie, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen in fast ganz Deutschland still. In Premnitz bildete sich unter der Leitung von Kommunisten ein proletarischer Selbstschutz aus bewaffneten Arbeitern des Dorfes und der Fabrik. Im Betrieb wurde ein Streikkomitee von zwölf Mitgliedern gewählt. Die gesamte Arbeiterschaft der Fabrik schloß sich dem Generalstreik an. Die Leitung des proletarischen Selbstschutzes stellte in der Wohnung von Dr. Kämpf sowie im Werkskasino Waffen sicher und verteilte sie an die Arbeiter; insgesamt kamen 22 Gewehre und ein Maschinengewehr zusammen. Von der Konzernleitung war vorgesehen, diese Waffen für eine blutige Auseinandersetzung mit den Arbeitern einzusetzen.
Die Leitung des proletarischen Selbstschutzes sicherte den Ort und die Fabrik durch bewaffnete Arbeiter. Das Streikkomitee des Betriebes forderte die Angestellten auf, sich ebenfalls am Generalstreik zu beteiligen. Doch ergab eine Abstimmung, daß die Mehrheit der Angestellten die Teil-

nahme am Streik ablehnte. Von der Betriebsleitung wurden sie als Technische Nothilfe im Werk eingesetzt. Daraufhin ließen die Streikposten auch die Angestellten nicht mehr in den Betrieb, so daß in den Märztagen die Arbeit vollkommen zum Erliegen kam. In dieser Zeit brachen in Brandenburg Straßenkämpfe zwischen streikenden Arbeitern und konterrevolutionären Potsdamer Truppen aus. In Premnitz gab es keine bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die Arbeiterklasse ganz Deutschlands hatte durch ihr einheitliches und geschlossenes Handeln in den Märztagen 1920 bewiesen, daß sie in der Lage ist, die Konterrevolution abzuwehren, Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu organisieren und siegreich zu beenden. In Premnitz zwangen die Arbeiter die Fabrikdirektoren, die Tage des Streiks zu bezahlen. Selbst die beiden Mitglieder der Werksicherheit, Mahnkopf und Vollenschier, hatten als Streikposten fungiert. Beide wurden deswegen nach Beendigung des Streiks von der Betriebsleitung gemaßregelt.

Die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse im März 1920 verhinderten die Errichtung einer offenen Militärdiktatur in Deutschland. Durch die einheitliche Aktion der Arbeiter konnten einzelne demokratische und soziale Errungenschaften der Novemberrevolution erfolgreich verteidigt werden. Die Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Kapp-Putsch beschleunigten den revolutionären Reifeprozeß der Arbeiterklasse.

Um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter

Ab Mitte 1920 zeichnete sich immer deutlicher eine Offensive des deutschen Monopolkapitals gegen elementare Lebensrechte der Werktätigen ab. Die rechten sozialdemokratischen Führer ermunterten die Konzernherren, zum Angriff überzugehen, um die Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Der Unternehmerdruck auf die Betriebsarbeiter nahm ständig zu. Das wurde auch in Premnitz immer spürbarer.

Die Werkleitung setzte für ihre Interessen vor allem den Werksicherheitsdienst ein, den Rohde leitete. Er denunzierte die Arbeiter und erlaubte sich Übergriffe, die seine Kompetenzen weit überschritten. Mit vorgehaltener Pistole nahm er Arbeiter auf der Straße fest. Gegen solche Übergriffe protestierte der Arbeiterausschuß des Betriebes: „Es liegen genaue Berichte vor, daß der R. bei seinen Amtshandlungen in sittlicher Beziehung nicht ganz einwandfrei ist. Da er eine Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft bedeutet . . ., fordern wir seinen sofortigen Ausstoß . . . und Abnahme jeglicher Befugnisse eines Sicherheitsbeamten. Die Arbeiterschaft ist gewillt, alles daranzusetzen, um ihren berechtigten Forderungen Gehör zu verschaffen und evtl. in einen Proteststreik zu treten." [24] In einer Resolution der Betriebsversammlung am 17. Januar 1921 wurde dieser Forderung mit 678 gegen 3 Stimmen zugestimmt. Ferner wurde festgelegt, „daß der Arbeiterrat bei der Direktion vorstellig wird, um die sofortige Entlassung des Herrn Rohde zu erwirken. Falls dieses nicht bis Dienstag, dem 18. dieses Monats, mittags 12.00 Uhr, geschehen ist, soll die Arbeit so lange ruhen, bis die Entlassung erfolgt ist." [25]

Die Stellungnahme der Direktion zu den Forderungen der Arbeiter lautete:

„Wir können Ihrer Forderung, der sofortigen Entlassung des Sicherheitsbeamten, nicht stattgeben. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir für den Fall der Arbeitsniederlegung die fristlose Entlassung aussprechen müssen." [26]

Das war nur ein Beispiel von vielen, wie mit Drohungen und Zwang die Forderungen der Arbeiter zur Sicherung ihrer Interessen mißachtet wurden. Viele Arbeiter, die bis dahin die Lage noch nicht richtig einschätzen konnten, beurteilten in der Folgezeit die Entwicklung in der Fabrik mehr und mehr vom Klassenstandpunkt aus. Deshalb waren solche Aktionen wie im Fall Rohde keineswegs sinnlos. Sie trugen viel dazu bei, den Arbeitern die Augen über die wirklichen Verhältnisse in der Fabrik zu öffnen und ihnen zu zeigen, daß es keine Versöhnung zwischen den Klassen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten geben kann.

Die Kräfte, die sich in Premnitz im Kampf gegenüberstanden, waren noch ungleich in ihren Möglichkeiten. Unter den Arbeitern gab es noch keine so straffe und konsequente Führung, daß sie sich mit ihren Forderungen gegenüber der Werkleitung durchsetzen konnten. Die gewaltige Macht des Monopolkapitals, das den gesamten Staatsapparat für sich einsetzen konnte, stand ihnen gegenüber. Der Betriebsrat konnte als politisches Kampforgan der Arbeiterklasse kaum wirksam werden. So nahm zum Beispiel der Betriebsrat bei Einstellungen oder Entlassungen lediglich das Recht der nachträglichen Beschwerde wahr. Ein Mitbestimmungsrecht, wie es im Betriebsrätegesetz garantiert war, gab es faktisch nicht.

Die Monopolherren torpedierten zunehmend die in der Novemberrevolution errungene 48-Stunden-Woche bzw. den Achtstundentag. Um die Begrenzung der Arbeitszeit zu umgehen, wurden die verschiedensten Methoden angewandt. So befragte die Werkdirektion zunächst einige andere Betriebe, in welcher Form diese über die 48-Stunden-Woche hinaus arbeiten ließen. Darauf antwortete zum Beispiel die Leitung der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt (Main): „Wir haben nach der Revolution zunächst einige Jahre mit unseren durchlaufenden Betrieben dreimal 8 Stunden gearbeitet. Dieses erreichten wir dadurch, daß wir gewisse Reserveleute und Ersatzmänner einschoben. Dieser Zustand war aber weniger befriedigend, da die Leistungen der Ersatzleute nicht den Anforderungen des Betriebes entsprachen.

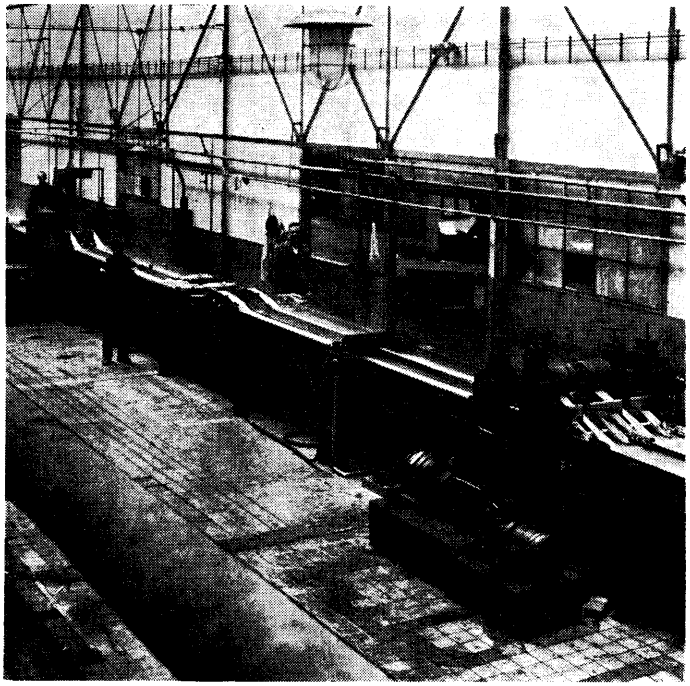
Wir sind deshalb 1922 dazu übergegangen, die Schichteinteilungen anders aufzuziehen. Und zwar derart, daß der einzelne Mann zwei Wochen à 60 Stunden und eine Woche à 48 Stunden arbeitet, so daß im Durchschnitt auf eine Woche 56 Arbeitsstunden kommen. Dieser Zustand hat sich durchaus bewährt. Die Gewerkschaften waren damit einverstanden, und wir werden daran festhalten." [27]

Solche Erfahrungen wurden von der Premnitzer Fabrikleitung prompt übernommen und darüber hinaus noch weitere Überstunden angeordnet.

Da es der Fabrikleitung gelungen war, den Betriebsrat weitgehend lahmzulegen, versuchten einige Genossen der KPD immer wieder, die gerechten Forderungen ihrer Arbeitskollegen durchzusetzen. Sie waren deshalb ganz besonders den Schikanen der Betriebsleitung ausgesetzt. In einem Bericht an die Generaldirektion in Berlin wurde von der Fabrikleitung angefragt, ob politisch unbequeme Leute nicht einfach aus dem Werk entlassen werden könnten. Die Antwort lautete, man überlasse es dem Geschick der Betriebsleitung, wie sie mit derartigen Elementen fertig würde. [28]

Die Betriebsleitung hatte es zunächst auf die Genossen Otto Weckwerth und Gustav Boddin abgesehen. Der schon erwähnte Rohde wurde mit der Aufgabe betraut, den Genossen Weckwerth mit einer stichhaltigen Begründung aus dem Werk zu entfernen. Da die politischen Gründe nicht ausreichten, suchte man nach zusätzlichen anderen Vorwänden. Als Genosse Weckwerth auf dem Nachhauseweg vom Wiesenrand eine Handvoll Grünes für seine Ziege mitgenommen hatte, wurde daraus ein Diebstahl gemacht, der nun den erwünschten Vorwand für eine Entlassung bot. Das war nicht der einzige Fall, in dem Genossen als kriminelle Elemente hingestellt und als unbequeme Arbeiter aus der Fabrik entlassen wurden. Dem Betriebsrat wurde klargemacht, daß er, sollte er den Entlassungen nicht zustimmen oder fordern, daß die Leute an anderer Stelle im Betrieb eingesetzt würden, sie dann auch aus eigener Tasche bezahlen müßte. Das erhellt ein wenig die Zwangslage, in der sich der Betriebsrat befand. Im Ernstfall beugte er sich noch immer der Macht der Konzernleitung. Die Arbeiter aber gaben sich damit keineswegs zufrieden. So wurde zum Beispiel im August 1921 auf einer Betriebsversammlung zur Entlassung des Kollegen Weckwerth folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Betriebsversammlung hat von der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, Kollegen Weckwerth, Kenntnis genommen. Sie verurteilt es aufs schärfste, wenn von der Direktion die kleinlichen Fälle benutzt werden, um gegen Mitglieder des Arbeiterrates, die unbeliebt geworden sind,

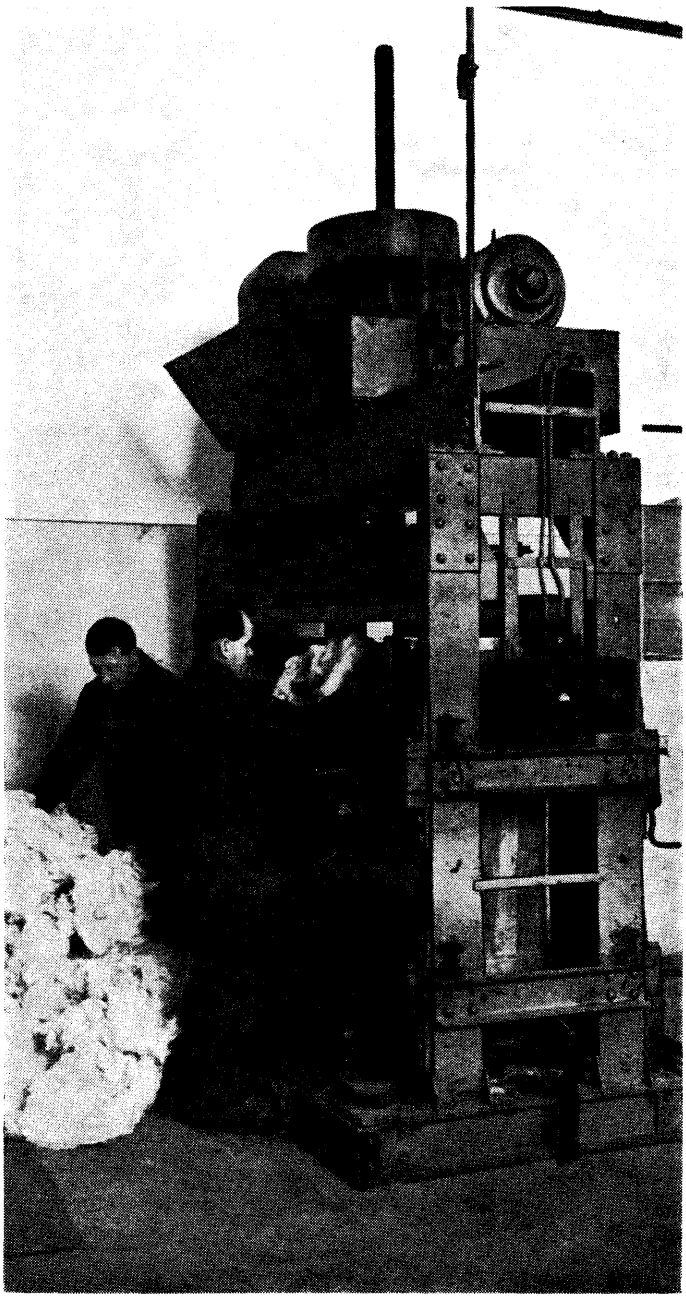


vorzugehen. Die Betriebsversammlung verurteilt nach wie vor jede wirkliche strafbare Handlung und hat keine Ursache, strafbare Handlungen in Schutz zu nehmen. Im Falle Weckwerth aber hat es den Anschein, als wenn er, von welcher Seite sei dahingestellt, mit Beobachtern umstellt worden ist, die genau über seine Bewegungen unterrichtet waren und die ihn bei gegebener Zeit, selbst wegen einer kleinlichen Sache denunzieren mußten, um so einen Grund zu haben, ihn aus seinem Wirkungskreis zu entfernen. Die Betriebsversammlung verurteilt nochmals sehr scharf das Vorgehen der Direktion, da dieses nur dazu dienen kann, das Denunziantensystem in Premnitz zu stärken und zu züchten." [29]
Trotz der Proteste der Arbeiter wurde die Entlassung des Kollegen Weckwerth nicht rückgängig gemacht.

Einen Tagelohn für ein Brot

Inzwischen war die Versuchsproduktion in Premnitz zur Großproduktion entwickelt worden. Am 1. März 1922 wurden 1544 Beschäftigte gezählt. Immer noch kamen die Arbeiterinnen und Arbeiter von sehr weit her. Aus einem Bericht der Fabrikleitung und des Betriebsrates über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft der Köln-Rottweil-AG, Fabrik Premnitz, vom 2. März 1922 geht hervor, daß die Arbeiter aus Berlin, Stendal, Magdeburg und anderen Städten nach Premnitz zur Arbeit kamen. Über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft heißt es darin:
„In Werkswohnungen sind 137 Mann untergebracht. Die Wohnungen sind mit elektrischer Beleuchtung und Kanalisation eingerichtet. Der Mietspreis für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung beträgt monatlich 18,– bis 22,– Mark. Strom für Beleuchtungszwecke wird zum Selbstkostenpreis geliefert. Zur Zeit pro Kilowattstunde 0,82 Mark. Das Mittagessen in der Werkskantine kostet zur Zeit 3,– Mark (je Mahlzeit, d. Verf.). Als Selbstversorger, das heißt, Leute, die Eigentümer von Haus, Land und Vieh sind, kommt etwa ein Sechstel der Belegschaft in Frage. Sie besitzen durchschnittlich dreieinhalb Morgen Land und einen Viehbestand von ein bis zwei Schweinen, zwei bis drei Ziegen und 10 bis 12 Hühnern. Vereinzelt tritt anstelle der Ziegen eine Kuh. Der Besitz dieser Leute ist aber durchschnittlich von 8000 bis 9500 Mark belastet an Hypotheken. Landpächter sind im Werk etwa 300 Mann, und zwar hat der einzelne im Durchschnitt einen halben bis zwei Morgen Land oder Wiese. Der Mietpreis für auf dem Land wohnende Arbeiter beträgt für die Stube, Kammer und Küche durchschnittlich 290,– bis 325,– Mark jährlich. Die Wohnungsmieten in den Städten Brandenburg und Rathenow betragen durchschnittlich für zwei Stuben mit Küche 420,– Mark bis 450,– Mark pro Jahr." [30]
Aus diesem Bericht ist ersichtlich, daß es für die Arbeiterschaft in Premnitz nicht zum besten bestellt war. Er zeigt aber auch, daß die Unternehmer über die Lebenslage der Werktätigen Buch führten, diese Lage bis ins Detail kannten und so die Werte ermitteln konnten, die das Existenzminimum der Arbeiter ausmachten.
Nicht nur die Premnitzer Fabrik, sondern auch die Dynamit AG, vormals Alfred Nobel und Co. in Hamburg, sowie die Deutsche Sprengstoff AG Hamburg, die mit der Köln-Rottweil-AG in enger Verbindung stand, befaßten sich mit der Herstellung der neuen Faser. Mit der Köln-Rottweil-AG wurde ein Abkommen geschlossen, nach dem die Dynamit AG in ihrem Werk Krümmel in Lauenburg und die Deutsche Sprengstoff AG in Güsen bei Magdeburg die Produktion der neuen Faser aufnahmen. Um geschlossen gegenüber der Textilindustrie auftreten zu können, gründeten die drei Firmen die Vistra-Textil-Gesellschaft m.b.H. Sie hatte ihren Sitz im Verwaltungsgebäude der Köln-Rottweil-AG in Berlin, Hindersinstraße.
Die Gesellschaft hatte zwei Aufgaben zu erfüllen. Nach außen hin sollte sie den Verkehr mit der Textilindustrie regeln und den neuen Faserstoff einführen. Das heißt, sie wurde der Wegbereiter der Vistra-Faser in der Textilindu-

Ansichten von der Bandstraße
aus dem ehemaligen Zellwollbetrieb (Vistra)



strie. Nach innen hatte sie den einzelnen Werken die Höhe der Produktion vorzuschreiben sowie die Verrechnungen und dergleichen mehr vorzunehmen.

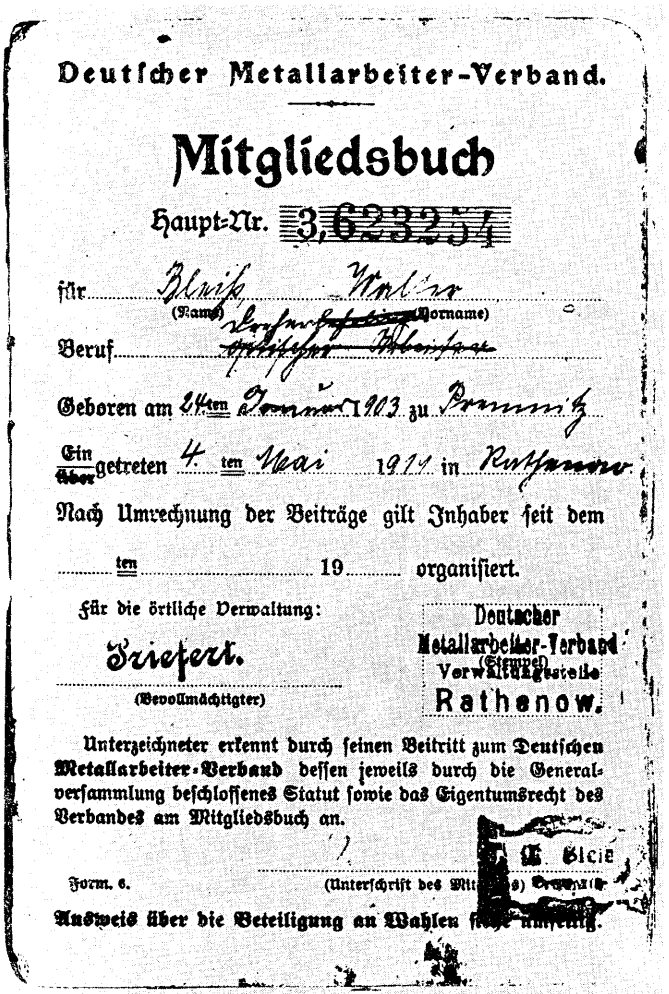
Zunächst war es sehr schwierig, die Vistra-Faser in die Textilindustrie einzuführen, da sowohl breite Kreise der Bevölkerung als auch Textilfachleute der weiterverarbeitenden Industrie glaubten, daß Vistra nur ein Ersatzstoff sei, und weil überdies damit während der Kriegsjahre schlechte Erfahrungen gemacht worden waren. In einem Bericht der I.G. Farben vom 28. Juni 1934 wird unter anderem dazu gesagt:

„Als die Rohstoffnot der Kriegszeit dazu zwang, die knappen Bestände Deutschlands an Wolle und Baumwolle zu strecken, stellte die Kunstseidenindustrie die sogenannte ‚Stapelfaser' zur Verfügung, die praktisch nichts anderes war, als eine kurzgeschnittene Kunstseide. Aber diese ‚Notfaser' genügte in keiner Beziehung den Anforderungen, die man an einen Textilrohstoff stellen muß. Daher verschwand diese Stapelfaser aus der Textilindustrie, sobald nach dem Kriege Wolle und Baumwolle wieder zur Verfügung standen." [31]

Da kam die Inflation dem Konzern zu Hilfe. Von Monat zu Monat wurde es wegen der Entwertung des Geldes schwerer, ausländische Naturfaserstoffe zu kaufen und andererseits die Garne und Gewebe zu nutzbringenden Preisen im Inland abzusetzen. [32]

Trotzdem ließen die Köln-Rottweil-AG und später die I.G. Farben nicht nach, die Vistra-Faser verstärkt einzusetzen. Noch einmal sei aus dem Bericht der I.G. Farben zitiert: „Nach dem Übergang der Köln-Rottweil-AG auf die I.G.-Farben-Industrie-Aktiengesellschaft erkannte diese alsbald die große wirtschaftliche Bedeutung der in der Vistra steckenden Möglichkeiten. ... Die I.G.-Farben-Industrie-AG setzte daher ihre ganze Kraft und erhebliche Mittel für die Vervollkommnung der Vistra ein. ... Die I.G. ... hat als erste in der Welt bewiesen, daß die Kunstspinnfaser in Wettbewerb zur Naturfaser treten kann. Sie hat mit der Lösung dieser Aufgabe in dem Bestreben, die deutsche Industrie vom

Auslande unabhängig zu machen, . . . einen weiteren Schritt größter Tragweite getan. . . . Von einer bestimmten Produktionshöhe ab müßte die I.G. . . . bei weiteren Investierungen für Vergrößerungen die Möglichkeit des Absatzes für eine Reihe von Jahren gesichert bekommen. . . . Entsprechend ihrer Pionierarbeit, . . . sollte die I.G.-Farben-Industrie-AG an der Entwicklung des Marktes bevorzugt teilnehmen." [33]
Die Inflation half dem Konzern, die neue Faser besonders im Inland umzusetzen und daraus hohe Profite zu erzielen. Andererseits bedeutete sie für die Arbeiter auch in Premnitz neue, tiefe Not.
Ihren Höhepunkt erreichte die Inflation im Herbst 1923. Die Preise kletterten in schwindelerregende Höhen. Millionen, Milliarden und Billionen waren die Beträge, die in den Geschäften auf den Tisch gelegt wurden. Die Löhne wurden täglich ausgezahlt. Doch oftmals erhielten die Arbeiter für ihren Lohn, den sie täglich nach der Arbeit ausgezahlt bekamen, kaum noch etwas zu kaufen, weil die Preise in der Zwischenzeit bereits wieder gestiegen waren. Zu jener Zeit kam es vor dem Werkkonsum in Premnitz zu einem großen Tumult. Der Konsum schloß mit der Begründung, die Preise müßten erst dem neuen Stand angepaßt werden. Doch die Arbeiter hatten ja ihre Löhne noch nach dem alten Preisstand erhalten. Trotz der Drohung des Verkaufsstellenleiters, er würde die Polizei holen, ließen sich die Arbeiter nicht einschüchtern und setzten durch, daß der Laden geöffnet und die Waren zum alten Preis abgegeben wurden. Die Inflation war ein Teil der Offensive, die das Monopolkapital gegen die Lebensrechte der Werktätigen führte, um die Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der arbeitenden Menschen abzuwälzen.
Hatten im September 1923 einer Goldmark noch 23,5 Millionen Mark entsprochen, so war es im Dezember 1923 bereits eine Billion Mark. [34] Oft hatten die Arbeiter durch die galoppierende Geldentwertung am Tage nicht einmal ein Brot verdient. Die Monopolkapitalisten bezahlten die Arbeiter mit wertlosem Inflationsgeld, ihre Waren aber verkauften sie im Ausland gegen gute Valuta.



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mitgliedsbuch

Haupt-Nr. 3,623254

für Bleiß Walter
(Name) (Vorname)

Beruf ~~Optischer Arbeiter~~

Geboren am 24ten Januar 1903 zu Premnitz

Ein ~~Aber~~ getreten 4. ten Mai 1911 in Rathenow

Nach Umrechnung der Beiträge gilt Inhaber seit dem

..... ten ..... 19..... organisiert.

Für die örtliche Verwaltung:

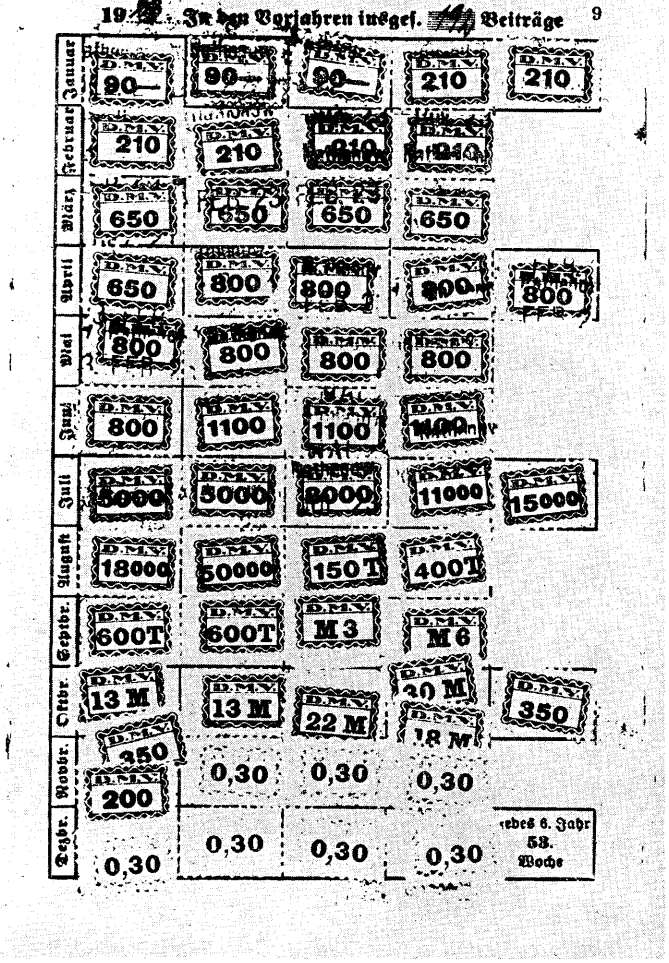
Priefert.
(Bevollmächtigter)

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Stempel) Verwaltungsstelle Rathenow.

Unterzeichneter erkennt durch seinen Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband dessen jeweils durch die Generalversammlung beschlossenes Statut sowie das Eigentumsrecht des Verbandes am Mitgliedsbuch an.

Form. 6. (Unterschrift des Mit[illegible]s) [illegible]

Ausweis über die Beteiligung an Wahlen [illegible]



19[illegible] In den Vorjahren insges. [illegible] Beiträge 9

Januar	D.M.V. 90—	D.M.V. 90—	D.M.V. 90—	D.M.V. 210	D.M.V. 210
Februar	D.M.V. 210	D.M.V. 210	D.M.V. 210	D.M.V. 210	
März	D.M.V. 650	D.M.V. 650	D.M.V. 650	D.M.V. 650	
April	D.M.V. 650	D.M.V. 800	D.M.V. 800	D.M.V. 800	D.M.V. 800
Mai	D.M.V. 800	D.M.V. 800	D.M.V. 800	D.M.V. 800	
Juni	D.M.V. 800	D.M.V. 1100	D.M.V. 1100	D.M.V. 1100	
Juli	D.M.V. 5000	D.M.V. 5000	D.M.V. 8000	D.M.V. 11000	D.M.V. 15000
August	D.M.V. 18000	D.M.V. 50000	D.M.V. 150 T	D.M.V. 400 T	
Septbr.	D.M.V. 600 T	D.M.V. 600 T	D.M.V. M 3	D.M.V. M 6	
Oktbr.	D.M.V. 13 M	D.M.V. 13 M	D.M.V. 22 M	D.M.V. 30 M / D.M.V. 18 M	D.M.V. 350
Novbr.	D.M.V. 350 / D.M.V. 200	0,30	0,30	0,30	
Dezbr.	0,30	0,30	0,30	0,30	jedes 6. Jahr 53. Woche

Besonders schlecht ging es den in der Fabrik arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern und ihren Familien. In einem Schreiben der Fabrikleitung an Frau Martha Manuschak aus Rathenow, Große Burgstraße 15, heißt es zum Beispiel:
„Im Verfolge Ihres Schreibens vom 27. 6. dieses Jahres haben wir uns entschlossen, Ihnen bis auf weiteres und widerruflich eine Zusatzrente von Mark 5 000 000 monatlich zu gewähren. Diese Rente läuft ab 1. August dieses Jahres, wird gemäß dem Dollarstand vom 18. dieses Monats gleich Mark 3 200 000 wertbeständig erhalten und Ihnen am 15. jeden Monats überwiesen werden." [35] Der Tochter des in der Premnitzer Fabrik verunglückten Arbeiters Stelle, Fräulein Marie Stelle in Rathenow, gewährte die Fabrikleitung eine „freiwillige Rente" in Höhe von 2 000 000 Mark monatlich. [36] Da man für ein Pfund Fleisch 2 500 000 Mark, für ein Pfund Butter 4 500 000 Mark und für eine Straßenbahnfahrt in Berlin 100 000 Mark bezahlen mußte, waren solche Beträge keinen Pfifferling wert.
In dieser schweren Zeit bewiesen viele Arbeiter ihre Treue zur Sache der Arbeiterklasse. Obwohl der Kurs der Währung sich täglich veränderte und schwindelerregende Höhen erreichte, zahlten sie von dem kärglichen Verdienst regelmäßig ihre Beiträge zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisation.
Das Gewerkschaftsbuch von Walter Bleiß, damaliges Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, beweist uns das deutlich. Während in den Monaten Februar und März 1922 wöchentlich sechs Mark Beitrag gezahlt wurden, mußten in den Monaten Juli, August und September des gleichen Jahres bereits 24 Mark wöchentlich gezahlt werden. Im Jahre 1923 stieg der wöchentliche Beitrag rapide an. Im Februar waren es 210 Mark, im März 650 Mark und im Mai 800 Mark. Dann stieg der wöchentliche Beitrag sprunghaft auf 8000, 18 000, 400 000, drei, sechs und dreizehn Millionen und in der vierten Woche im Oktober 1923 auf 48 Millionen Mark.
Die regelmäßig gezahlten Gewerkschaftsbeiträge in dieser schweren Zeit sind um so höher zu werten, wenn man weiß, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter im Sommer und Herbst des Jahres 1923 auf ein bis zwei Drittel der Vorkriegsreallöhne fiel.

Kommunisten an der Spitze des Abwehrkampfes

In diese Zeit fiel ein Ereignis, das den Klassenkampf in Premnitz auf eine qualitativ höhere Stufe hob. Die erste kommunistische Betriebszelle in Premnitz wurde gebildet. Sie organisierte im Herbst 1923 Aktionen zur Unterstützung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen sowie des Hamburger Aufstands. Unter ihrem Einfluß nahm die Kritik der Arbeiter am opportunistischen Verhalten des Betriebsrats an Schärfe zu. Als der Betriebsrat wieder einmal politische Aktionen gegen die Unternehmerwillkür ablehnte, entzogen ihm die Arbeiter in einer Betriebsversammlung das Vertrauen. [37] Daraufhin legten die Mitglieder des Betriebsrats ihre Funktion nieder.
In den Märztagen des Jahres 1924 fand die Wahl für den neuen Betriebsrat statt. Zum erstenmal wurden zwei Wahllisten im Betrieb aufgestellt, eine Liste der SPD und eine, auf der Kommunisten und Unionisten gemeinsam kandidierten.
Aus einem Bericht an den Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Berlin W 9, vom 31. Mai 1924 ist die Zusammensetzung und die politische Zugehörigkeit zu ersehen. Dort heißt es:

„1. Betriebsrat:
a) Angestellte
1 Deutsch-Nation. Handlungsgehilfen-Verband
1 nicht org.
b) Arbeiter
1 Metallarbeiter-Verband
1 Zimmerer
2 Fabrikarbeiter
3 Union der Hand- und Kopfarbeiter

2. Arbeiterrat:
1 Metallarbeiterverband
1 Zimmerer
5 Fabrikarbeiter
4 Union der Hand- und Kopfarbeiter

3. Angestelltenrat:
4 Deutsch-Nation. Handlungsgehilfen-Verband
1 Deutscher Werkmeister-Bund
1 nicht org.

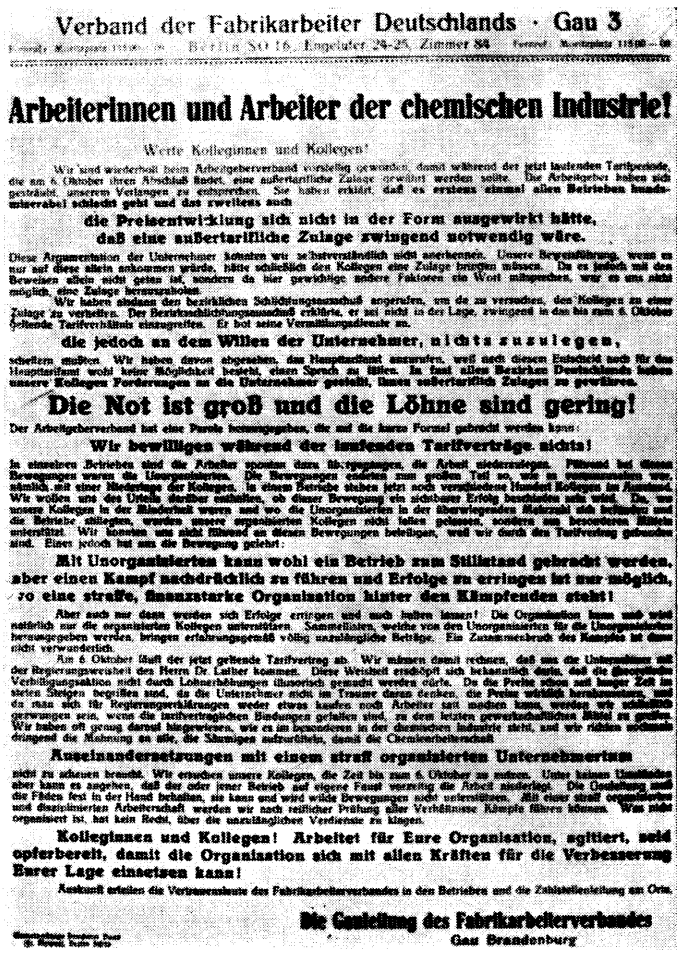
Politische Einstellung:

Arbeiterrat:
7 Mehrheitssozialisten
4 Kommunisten

Angestelltenrat:
1 Mehrheitssozialisten
5 Deutschnationale" [38]

Sowohl in der Wahlvorbereitung als auch in ihrem Verlauf spiegelte sich das nach der Bildung der Betriebsgruppe der KPD entstandene neue Kräfteverhältnis wider. Im Ergebnis der Wahlen wurden vier Kandidaten der Kommunisten und Unionisten in den Betriebsrat gewählt.
Der neue Betriebsrat nahm wesentlich konsequenter die Interessen der Arbeiter gegenüber der Fabrikleitung wahr. Dafür sollen folgende Beispiele stehen:
Ab 16. April 1924 wurde die Arbeitszeit willkürlich verlängert. Als die Arbeiter sich wehrten, drohte die Fabrikleitung mit der fristlosen Entlassung von 180 Handwerkern und verlangte vom Betriebsrat, er solle die Verlängerung der Arbeitszeit anerkennen. Doch der Betriebsrat weigerte sich, diese Unternehmerwillkür zu unterstützen. Daraufhin wurden die Entlassungen ausgesprochen. Am 17. April 1924 schrieb die Fabrikleitung an den Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie, Berlin: „Wir waren gezwungen, heute ca. 180 Werkstättenarbeiter (Handwerker und angelernte Arbeiter) wegen Tarifbruch in Verbindung mit § 123, 3 der Gewerbeordnung fristlos zu entlassen." [39] Auf Beschluß des Betriebsrats traten alle Handwerker in einen Streik, der vom 16. bis 24. April dauerte. Damit waren mit Hilfe des Betriebsrats die Streikforderungen durchgesetzt. Die Fabrikherren hatten die erste größere Niederlage erlitten. Mitte April des gleichen Jahres gab die Fabrikleitung bekannt, daß sie am 1. Mai keine Arbeitsruhe gewähren würde. Doch die Premnitzer Arbeiter waren fest entschlossen, den internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse zu feiern und gegen alle Machenschaften der Monopolisten zu verteidigen. So beschloß der Betriebsrat, den 1. Mai nach alter Tradition zu begehen. Am 23. April fand über diesen Punkt eine geheime Abstimmung unter den Arbeitern statt. Von 924 abgegebenen Stimmen hatten sich 746 für den Beschluß des Betriebsrats entschieden. So wurde der 1. Mai erstmalig in Premnitz zu einem Kampftag gegen Unternehmerwillkür und für internationale Solidarität. [40]
Die immer stärker werdende Autorität und der wachsende Einfluß der Kommunisten unter den Arbeitern waren auch den Monopolherren bekannt. So schickte der Arbeitgeberverband in Berlin eine Mitteilung an alle Fabriken. Sie trug den Vermerk „streng vertraulich" und warb dafür, eine reaktionäre Organisation mit Geld zu unterstützen, damit diese in der Lage sei, Redner in Versammlungen zu entsenden, um dort eine antikommunistische Propaganda zu betreiben.
Am 6. Oktober 1924 lief der geltende Tarifvertrag für die Arbeiterinnen und Arbeiter der chemischen Industrie ab. Bei der Vorbereitung des neuen Tarifvertrages fand ein harter Kampf zwischen dem Fabrikarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband statt. Auch in Premnitz wurden die Forderungen nach höheren Löhnen immer entschiedener erhoben. In einem Flugblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, vom Betriebsrat unter der Arbeiterschaft in Premnitz verteilt, wurden die Arbeiter aufgefordert, den Kampf geschlossen, einheitlich und organisiert zur Erhöhung der Löhne und für den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu führen. Die Arbeiterschaft der Fabrik stand einheitlich und geschlossen hinter diesen Forderungen.

Den Arbeitern der Premnitzer Fabrik wurde mit diesem Flugblatt die Situation im Kampf um höhere Löhne dargelegt. Sie wurden aufgerufen, ihre Organisation zu stärken und zu unterstützen.



Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands · Gau 3

Berlin SO 16, Engelufer 24-25, Zimmer 84

Arbeiterinnen und Arbeiter der chemischen Industrie!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind wiederholt beim Arbeitgeberverband vorstellig geworden, damit während der jetzt laufenden Tarifperiode, die am 6. Oktober ihren Abschluß findet, eine außertarifliche Zulage erwirkt werden sollte. Die Arbeitgeber haben sich geweigert, unserem Verlangen zu entsprechen. Sie haben erklärt, daß es erstens einmal allen Betrieben handelsunterwegs schlecht geht und das zweitens auch

die Preisentwicklung sich nicht in der Form ausgewirkt hätte, daß eine außertarifliche Zulage zwingend notwendig wäre.

Diese Argumentation der Unternehmer konnten wir selbstverständlich nicht anerkennen. Unsere Begründung, wenn sie nur auf diese allein anerkannt würde, hätte schließlich den Kollegen eine Zulage bringen müssen. Da es jedoch mit den Beweisen allein nicht getan ist, sondern da hier gewichtige andere Faktoren ein Wort mitsprechen, war es uns nicht möglich, eine Zulage herauszuholen.

Wir haben sodann den betrieblichen Schlichtungsausschuß angerufen, um da zu versuchen, den Kollegen an einer Zulage zu verhelfen. Der Betriebsschlichtungsausschuß erklärte, er sei nicht in der Lage, zwingend in den bis zum 6. Oktober laufende Tarifverhältnis einzugreifen. Er bot seine Vermittlungsdienste an.

die jedoch an dem Willen der Unternehmer, nichts zuzulegen,

scheitern mußten. Wir haben davon abgesehen, den Hauptausschuß anzurufen, weil nach diesem Entscheid auch für das Hauptschiedsamt wohl keine Möglichkeit besteht, einen Spruch zu fällen. In fast allen Bezirken Deutschlands haben unsere Kollegen Forderungen an die Unternehmer gestellt, ihnen außertarifliche Zulagen zu gewähren.

Die Not ist groß und die Löhne sind gering!

Der Arbeitgeberverband hat eine Parole herausgegeben, die auf die kurze Formel gebracht werden kann:

Wir bewilligen während der laufenden Tarifverträge nichts!

In einzelnen Betrieben sind die Arbeiter spontan dann in den Streik getreten, die Arbeit niederzulegen. Während bei diesen Bewegungen waren die Unorganisierten. Die Bewegungen endeten zum großen Teil so, wie es vorauszusehen war, nämlich mit einer Niederlage der Kollegen. In einem Betriebe stehen jetzt noch verschiedene Hundert Kollegen im Ausstand. Wir wollen uns den Urteile darüber enthalten, ob dieser Bewegung ein sichtbarer Erfolg beschieden sein wird. Da, wo unsere Kollegen in der Minderheit waren und wo die Unorganisierten in der überwiegenden Mehrzahl sich befanden und die Betriebe stillegten, wurden unsere organisierten Kollegen nicht selten gezwungen, weiterzugehen. Hätten unterstützt. Wir konnten uns nicht führend an diesen Bewegungen beteiligen, weil wir durch den Tarifvertrag gebunden sind. Einen jedoch hat uns die Bewegung gelehrt:

Mit Unorganisierten kann wohl ein Betrieb zum Stillstand gebracht werden, aber einen Kampf nachdrücklich zu führen und Erfolge zu erringen ist nur möglich, wo eine straffe, finanzstarke Organisation hinter den Kämpfenden steht!

Aber auch nur dann werden sich Erfolge erringen und auch halten lassen! Die Organisation kann auch wohl natürlich nur die organisierten Kollegen unterstützen. Sammellisten, welche von den Unorganisierten für die Unorganisierten herausgegeben werden, bringen erfahrungsgemäß völlig unzulängliche Beträge. Ein Zusammenbruch des Kampfes ist dann nicht verwunderlich.

Am 6. Oktober läuft der jetzt geltende Tarifvertrag ab. Wir müssen damit rechnen, daß uns die Unternehmer mit der Regierungsweisheit des Herrn Dr. Luther kommen. Diese Weisheit erschöpft sich bekanntlich darin, daß die [illegible] Verfügungsaktion nicht durch Lohnerhöhungen illusorisch gemacht werden dürfe. Da die Preise schon auf hoher Zeit in steten Sätzen begriffen sind, da die Unternehmer nicht im Traume daran denken, die Preise wirklich herabzusetzen, und da man sich für Regierungsverhältnissen wieder etwas kaufen kann, werden wir schließlich gezwungen sein, wenn die tarifvertraglichen Bindungen gefallen sind, zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel zu greifen. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, wie es im besonderen in der chemischen Industrie steht, und wir rufen nochmals dringend die Mahnung an alle, die Säumigen aufzurütteln, damit die Chemiearbeiterschaft

Auseinandersetzungen mit einem straff organisierten Unternehmertum

nicht zu scheuen braucht. Wir ersuchen unsere Kollegen, die Zeit bis zum 6. Oktober zu nutzen. Unter keinen Umständen aber kann es angehen, daß der oder jener Betrieb auf eigene Faust vorzeitig die Arbeit niederlegt. Die Gesamtheit muß die Fäden fest in der Hand behalten, sie kann und wird wilde Bewegungen nicht unterstützen. Mit einer straff organisierten und disziplinierten Arbeiterschaft werden wir nach reiflicher Prüfung aller Verhältnisse Kämpfe führen können. Wer nicht organisiert ist, hat kein Recht, über die unzulänglichen Verdienste zu klagen.

Kolleginnen und Kollegen! Arbeitet für Eure Organisation, agitiert, seid opferbereit, damit die Organisation sich mit allen Kräften für die Verbesserung Eurer Lage einsetzen kann!

Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Fabrikarbeiterverbandes in den Betrieben und die Zahlstellenleitung am Orte.

Die Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes

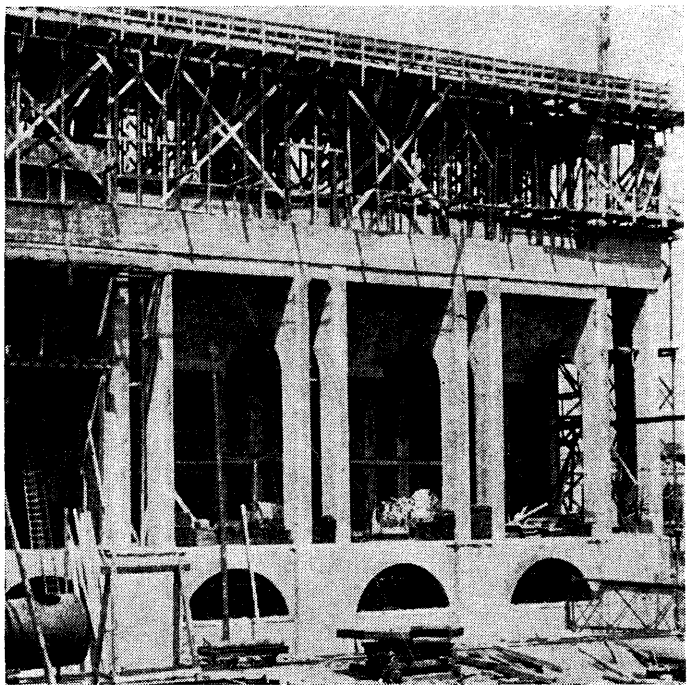
Gau Brandenburg

Eine wesentliche Unterstützung fand der Betriebsrat in seinen Bemühungen, die Arbeiter der Fabrik geschlossen zu formieren, durch die drei Gruppen der Kommunistischen Partei, die im Verlaufe des Jahres 1924 im Betrieb entstanden.

Wie in ganz Deutschland, so war auch in der Premnitzer Fabrik die zunehmende Ausbeutung der Werktätigen mit den Methoden der kapitalistischen Rationalisierung die Hauptquelle für die relative Stabilisierung der Herrschaft des Finanzkapitals. Sie wurde durch die amerikanischen Monopolherren mit Hilfe des Dawesplanes unterstützt, durch den die deutschen Konzernherren Dollaranleihen zur Verfügung gestellt bekamen. Damit wurde der Prozeß der Kapitalkonzentration, der Profitbildung und der Entwicklung mächtiger Monopole vor allem in der Schwerindustrie und der chemischen Industrie beschleunigt.

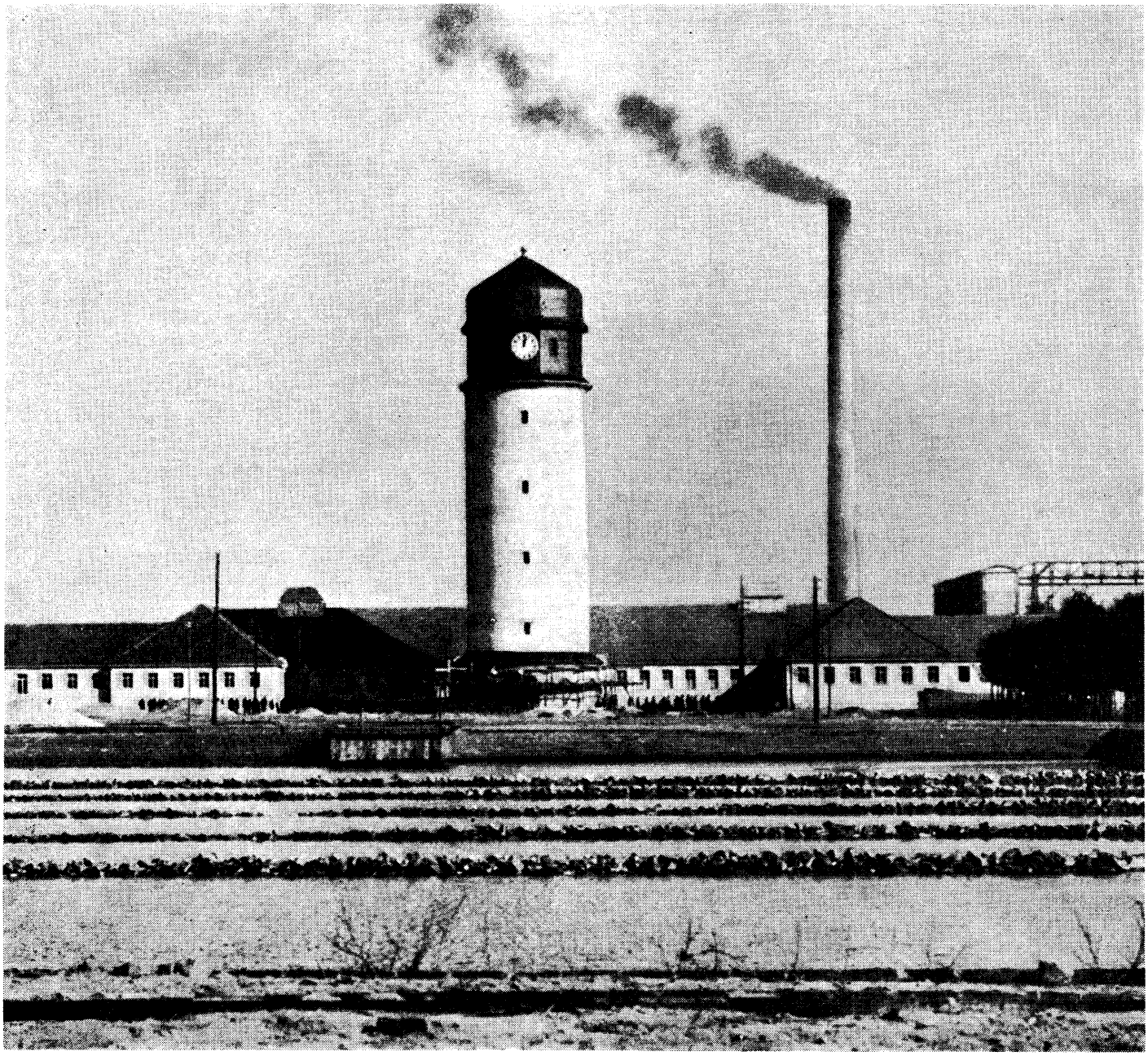
Die auf Kosten der Werktätigen durchgeführte kapitalistische Rationalisierung wurde zur Hauptquelle der Produktionssteigerung und der Modernisierung der Anlagen. Die Arbeitsintensität, die Unfallhäufigkeit und einige andere Erscheinungen der kapitalistischen Ausbeutung stiegen gewaltig an. Durch die Rationalisierung wuchs auch die industrielle Reservearmee stark an. 1926 wurden mehr als zwei Millionen, 1928 rund 1,35 Millionen Arbeitslose registriert. Mit den Methoden der kapitalistischen Rationalisierung verschafften sich die deutschen Monopolisten im Innern des Landes eine starke Ausgangsposition für den internationalen Konkurrenzkampf. Die dabei von den I.G. Farben erzielten Erfolge förderten wesentlich das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Die noch vorhandenen zugänglichen Akten der I.G. Farben geben allerdings wenig Aufschluß über die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung im Werk. Eine Maßnahme im Zusammenhang damit war auch die Ausschaltung von Arbeiterfunktionären, die die Wahrheit über die Machenschaften des Konzerns verbreiteten. Besondere Vorschläge über das Vorgehen und Handeln des Konzerns gegen solche Vertreter der Arbeiterinteressen machte dabei Professor Dr. Curschmann.



Das Kesselhaus
des neuen Kraftwerkes im Bau (Bild links)

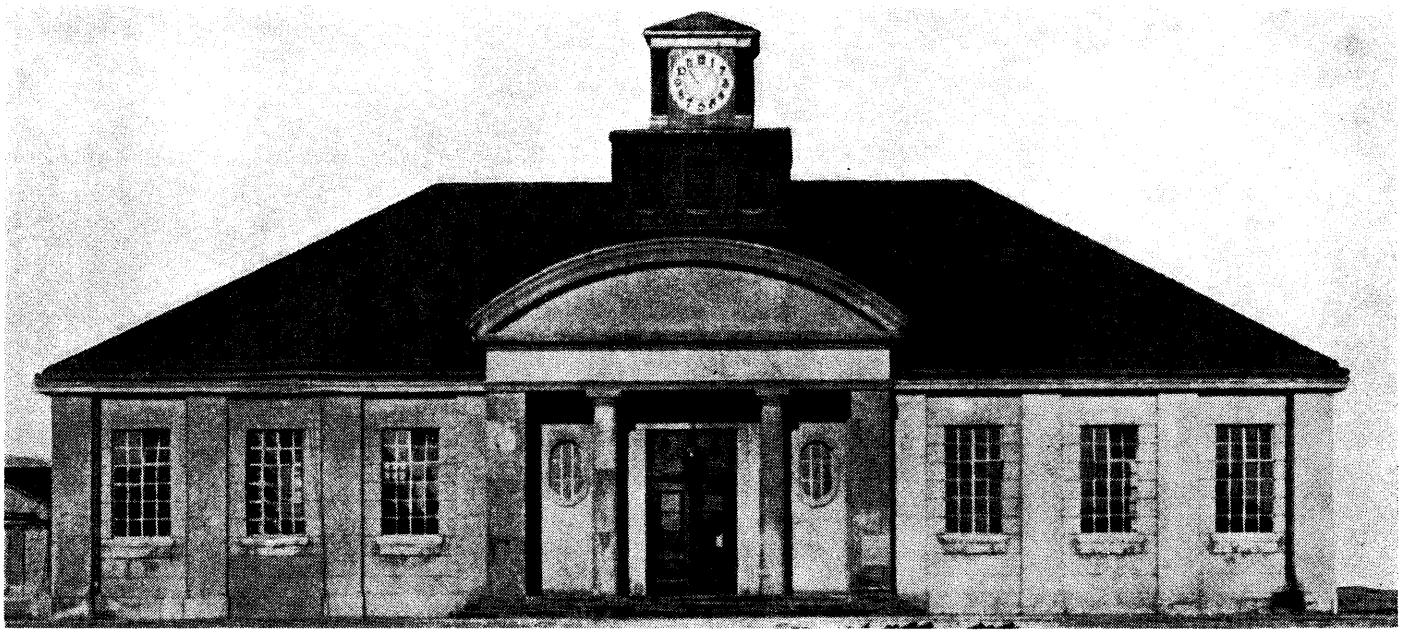
1916 wurde das zentrale
Verwaltungsgebäude errichtet.
Auf diesem Bild sind deutlich das alte Dorf
und die von der Pulverfabrik
errichteten Häuser und Baracken zu erkennen.
Jenseits der Havel
das damals relativ große Milow

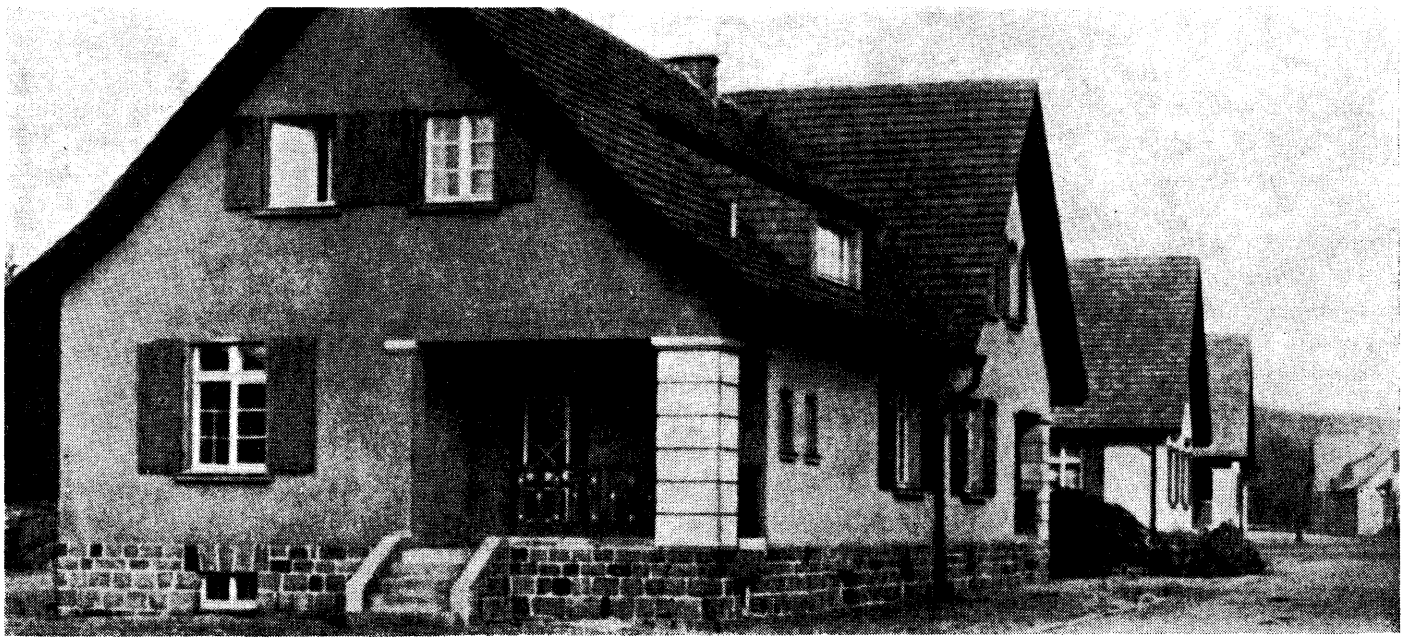


Der neue Wasserturm
mit der Kantine (Bild links)

In der Verlängerung der Straße
zum Tor I stand eine gesonderte Kantine,
die nur von Frauen
betreten werden durfte. (Bild unten)

Im Gegensatz zu den Arbeitern
lebten die höheren Angestellten
und einige Meister in solchen
recht geräumigen Häusern.
(Bild ganz unten)





Der Betrieb als Teil des I.G.-Farben-Konzerns

Von den deutschen Monopolkapitalisten wurden während der Inflation auf Kosten der Volksmassen riesige Profite eingestrichen. Die Jahresabschlüsse der Vistra-Textil-Gesellschaft weisen aus, daß der Inlandabsatz im Jahre 1922 192 000 Kilogramm und der Auslandsabsatz 160 000 Kilogramm Vistra betrug. Das Jahr 1923 endete für die Textilgesellschaft mit einem Auslandsabsatz von 160 000 Kilogramm und einem Inlandabsatz von 140 000 Kilogramm. Am 1. August des Jahres 1923 konnte ein großer Abschluß mit Amerika über 150 000 Kilogramm Vistra zu 62 Cents je Kilogramm getätigt werden. Valutamäßig waren das etwa zweieinhalb Goldmark je Kilo. Außerdem hatte die Vistra-Textil-Gesellschaft Absatz für ihre Erzeugnisse in Italien, Frankreich, England und in der Schweiz.

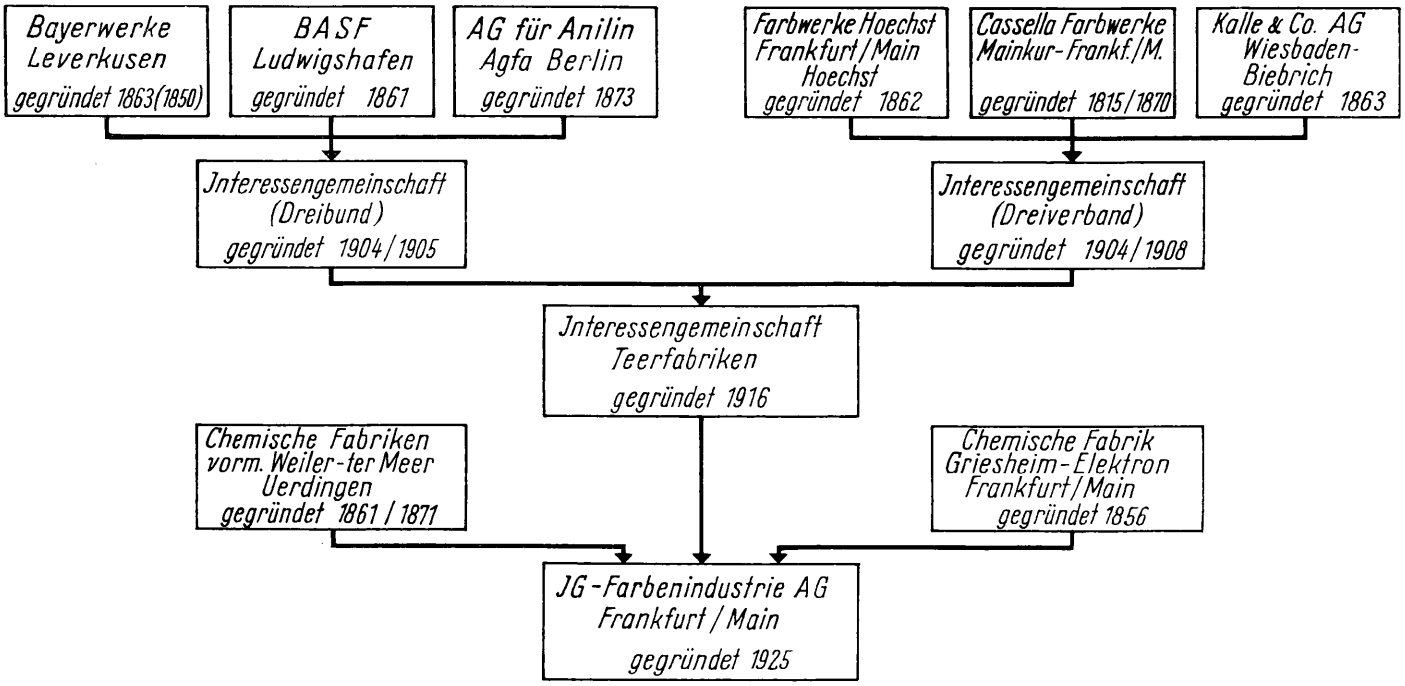
An der Gewerbeschau in München 1922 beteiligte sich die Köln-Rottweil-AG, Werk Premnitz, mit der neuen Faser „Vistra" und führte die verschiedensten Verarbeitungsmöglichkeiten vor. Dekorationsstoffe, Wirk- und Strickwaren, Teppiche, Pelzimitationen und Samte waren ausgestellt und wurden zu den ersten stark beachteten Produkten der Vistra-Verarbeitung. In der Frankfurter Zeitung vom 27. Oktober 1922 hieß es darüber in einem Artikel über die Vistra-Ausstellung: „... was aber ist Vistra? Vistra ist der Rohstoff für Gespinste aller Art, Velvet, Wollrips, Spannstoffe, Kreton, Velour, Atlas und Gobelinstoffe. ... Es ist in der Ausstellung Gelegenheit, die unverarbeitete Vistra zu sehen. Sie gleitet seidig durch die Finger und sieht glänzend und silbrig aus. Die Stoffe aber, zu denen sie verarbeitet wird, sind von echten Stoffen nicht zu unterscheiden ... Fast möchte man angesichts der Ausstellung glauben, daß die ausstellenden Werke nur an die mondäne Konfektion liefern. Warum wird nicht auch die Verwendung des Stoffes zur Herstellung von Massenartikeln, Strümpfe, Wäsche und dergleichen, zur Schau gestellt?" [41] 1923 stellte allein die Premnitzer Fabrik 198 000 Kilogramm Vistra-Fasern her. [42] Das war jedoch weit weniger als vorgesehen. Erst bei einer Produktion von 2000 Kilogramm je Tag wäre der Betrieb wirtschaftlich. Es war also vorauszusehen, daß der Vistra-Betrieb geschlossen werden mußte. Während am 1. Januar 1923 noch insgesamt 1524 Beschäftigte im Werk waren, ging ihre Zahl bis zum 31. Dezember 1923 um 425 zurück. Bis zum September 1924 wurden weitere Arbeiter entlassen, und schließlich erreichte die Belegschaft mit 740 Beschäftigten einen Tiefstand.

Neben der Vistra-Anlage hatte der Konzern aber noch eine Kunstseidenanlage in Betrieb. Unter der Bezeichnung Travis-Seide erschien das Produkt auf dem Markt. Bis Ende 1924 war eine neue Anlage errichtet worden, die täglich 1000 Kilogramm produzieren sollte. Bereits im Oktober 1919 war zwischen Dr. Schulz, Potsdam, der Firma Karl Franke, Bremen, und der Fabrik in Premnitz ein Übereinkommen getroffen worden, das den Aufbau einer leistungsstarken Schwefelkohlenstoffanlage vorsah. In 24 Stunden sollten 22 Tonnen Schwefelkohlenstoff produziert werden. Bis 1924 jedoch stieg die Produktion nicht über zehn Tonnen je Tag.

Während sich im Verlauf der nächsten Jahre, etwa bis Mitte 1926, die Entwicklung der Kunstseidenproduktion (Travis) durch die verstärkte Nachfrage besser gestaltete, mußte im März 1926 die Vistra-Anlage vollständig stillgelegt werden.

Im Februar 1926 wurde die Kantine geschlossen, Anfang März die Arbeiterbadeanstalt. Durch die finanzielle Lage der Firma wurden weitere einschneidende Sparmaßnahmen durchgeführt, die in erster Linie wiederum die Arbeiter zu spüren bekamen. Arbeiteten im Mai 1925 noch insgesamt etwa 1700 Menschen im Werk, so wurden bis zum März 1926 bis auf 550 Beschäftigte alle entlassen.

Am 2. Dezember 1925 wurde in der chemischen Industrie eine Fusion von bis dahin in Deutschland unbekannter Größe vollzogen. Es bildete sich die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft. Dieser neue Konzern war für die Köln-Rottweil-AG ein unüberwindbarer Konkurrent. Die Badi-

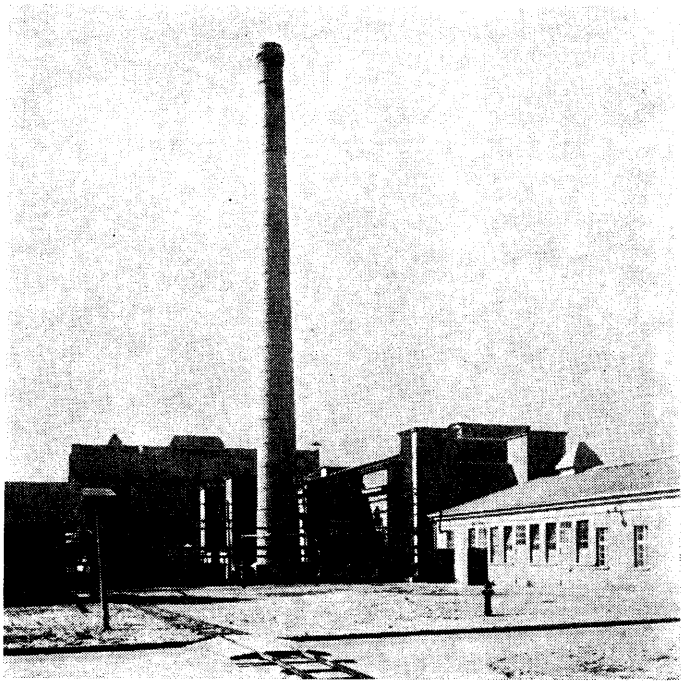


sche Anilin- & Soda-Fabrik AG (BASF) erhöhte ihr Aktienkapital auf 646 Millionen Mark und übernahm das Buchvermögen der bisher in der Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen Gesellschaften. Danach bestand der neue Konzern außer der BASF aus den Großunternehmungen Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co., Leverkusen; Farbwerke vormals Meister Lucius & Brüning, Hoechst; Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin; Chemische Fabriken vormals Weiler ter Meer, Uerdingen, und Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt (Main).

Die Gründerfirmen besaßen weitere größere Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. In der Bilanz der I.G. Farben vom 31. Dezember 1925 wurden diese mit einem Buchwert von 237 Millionen Mark aktiviert. Vorsitzender des Konzerns wurde Professor Dr. Carl Bosch, als Aufsichtsratsvorsitzenden benannte man Professor Dr. Carl Duisberg. Unter seiner Leitung erledigte der Verwaltungsrat die Geschäfte des Aufsichtsrats. Bosch bildete aus dem Vorstand einen Arbeitsausschuß, aus dem er wiederum einen Personalausschuß siebte, der später den Namen Zentralausschuß erhielt. Regional wurde die I.G. Farben in fünf Betriebsgemeinschaften untergliedert. Fachlich wurde der Konzern in drei Sparten organisiert. Das Werk Premnitz gehörte zur Sparte III, die unter der Leitung von Fritz Gajewski stand. Seit 1912 arbeitete er als Chemiker in der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik. 1917 wurde er von der Front abgezogen und übernahm die Leitung der Gasfabrik Oppau. Von 1919 bis 1926 arbeitete er im Leunawerk und erfüllte von 1926 bis 1928 Sonderaufgaben beim Aufbau des I.G.-Farben-Konzerns. Am 15. August 1929 bekam er die Leitung der Sparte III und im Juli 1931 die technische Leitung aller Agfa-Betriebe übertragen.

Bereits im Mai 1931 wurde Gajewski Vorstandsmitglied und ab März 1933 Mitglied des Zentralausschusses der I.G. Farben. Er war Vorsitzender des Technischen Ausschusses, Mitglied der Vermittlungsstelle W und saß im Beirat der Wirtschaftsgruppe chemische Industrie. „Gajewski gehörte zum Führungsgremium der I.G.-Farben-Zentrale ‚Büro Berlin NW 7' und entschied hier bereits vor der offiziellen Proklamierung der allgemeinen Wehrpflicht mit, welche Konzernbeschlüsse in staatliche Direktiven umzuwandeln waren, ... wann die Herausgabe der Mobilmachungskalender und -pläne vorzusehen war und wann die Termine der Überfälle auf andere Länder gesetzt wurden. Aber Gajewski hatte nicht nur Anteil an der ‚zentralen Bearbeitung der Mobilmachungspläne', den Fragen der Umstellung der Produktion, der Sicherstellung von Rohstoffen, der Lagerhaltung, des Transportes, der Sicherstellung und Verschiebung von Arbeitskräften – alles Maßnahmen für den Tag X –, sondern er besaß darüber hinaus Sondervollmachten hinsichtlich der Kriegsaufgaben. So wurden entscheidende Geheimverhandlungen mit dem Oberkommando der Wehrmacht über Kriegsproduktion der gesamten I.G. Farben von Gajewski persönlich geführt ... Als Schlüsselfigur zwischen I.G. Farben und Hitlerwehrmacht konnte Gajewski zahlreiche gewinnbringende kriegswichtige Forschungs- und Entwicklungsaufgaben seiner Sparte ... zuschanzen. Unter seiner Regie standen auch neu errichtete Tarnfirmen, die geheimzuhaltende Kriegsprodukte herstellten. Nicht zuletzt pflegte Gajewski mit ‚maßgebenden Führern' der Reichsführung SS, dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) – das für sämtliche Konzentrationslager verantwortlich war und besonders die Interessen der I.G. Farben im KZ Auschwitz förderte – enge persönliche und wirtschaftliche Kontakte." [42a]

Den Absatz steuerten sechs große Verkaufszentralen. [43] Die Bildung des I.G.-Farben-Konzerns war ein Ausdruck der Machtzunahme des deutschen Monopolkapitals, nicht nur in ökonomischer, sondern vor allem in politischer Hinsicht. Zur I.G. Farben gehörten bereits bei der Gründung 78 Betriebe, zum Teil in Frankreich, Spanien, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Im Jahre 1929 entfielen auf die I.G. Farben 80 Prozent der deutschen und 40 Prozent der Weltstickstoffproduktion sowie beinahe 100 Prozent der Produktion von synthetischem Benzin, Spreng- und Farb-



stoffen in Deutschland. Die Verbindung zum Staatsapparat wurde immer enger. Das Mitglied des Aufsichtsrates Professor Dr. Paul Moldenhauer war zeitweise deutscher Wirtschaftsminister, Professor Dr. Hermann Warmbold, Vorstandsmitglied der I.G., bekleidete diesen Posten sogar in drei Kabinetten der Weimarer Republik. Mit Hilfe des Staatsapparates erschlossen sich der I.G. Farben weitere Profitquellen. So wurde zum Beispiel erreicht, daß die Zölle für Benzin erhöht wurden. Dadurch konnten die I.G. Farben ihr Produkt zu höheren Preisen im Inland verkaufen. [44]

Im Sommer 1926 gestalteten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Köln-Rottweil-Aktiengesellschaft dermaßen angespannt, daß sie einer Fusion mit der I.G. Farben nicht widerstehen konnte. In der Generalversammlung vom 1. September 1926 wurde beschlossen, daß das Vermögen der Köln-Rottweil-Aktiengesellschaft unter Ausschluß der Liquidation mit Wirkung vom 1. Januar 1926 von der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zu übernehmen sei. Der Aktienumtausch erfolgte im Verhältnis von 2000 Reichsmark Köln-Rottweil-Stammaktien gegen 1000 Reichsmark I.G.-Stammaktien. Die Vorzugsaktien wurden im Verhältnis 1 : 1 getauscht.

Die Köln-Rottweil-AG hatte sich auf die Fabrikation und den Handel mit Jagd- und Sportmunition, Schwarzpulver sowie ganz besonders auf die Herstellung von Kunstseide, Zellstoff, Vulkanfiber und Triolin spezialisiert. Ihre bedeutendsten Fabrikationsstätten waren die Werke Rottweil, Düneburg bei Hamburg, Premnitz an der Havel, Bobingen bei Augsburg, Zell in Wiesenthal und Hamm an der Sieg. [45]

Bevor es aber zur Fusion mit der I.G. Farben kam, wurden die einzelnen Werke der Köln-Rottweil-Aktiengesellschaft durch Beauftragte der I.G. besichtigt und überprüft. Auch in Premnitz erschien eine Abordnung unter Leitung von Dr. Carl Bosch. Die Anlage in Premnitz wurde als gut befunden, doch erschien sie für die Zukunft als zu klein.

So wurde nach der Übernahme des Premnitzer Werkes durch die I.G. in flottem Tempo gebaut und erweitert. Bereits im Dezember 1926 erreichte die Zahl der Arbeitskräfte wieder eine Höhe von 1104, und im Februar 1927 betrug sie 1360.

Das Werk führte nunmehr den Namen I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Werk Premnitz.

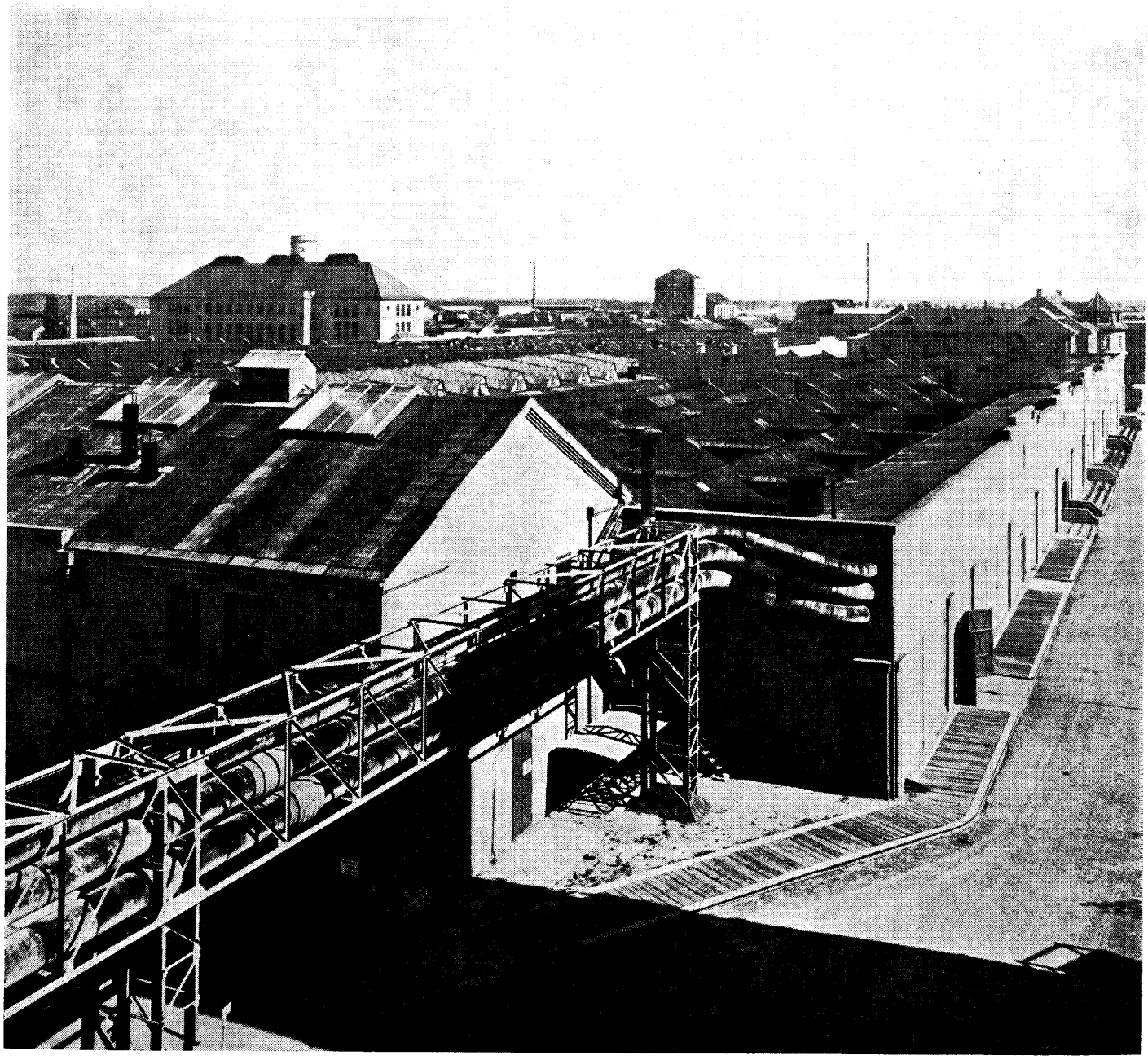
An der Straße zum Kraftwerk entstand 1927/28 im Gebäude 022 eine Neuanlage zur Produktion von Kunstseide. Die Produktion wurde im Januar 1929 aufgenommen und erreichte eine Kapazität von sieben bis acht Tonnen je Tag. Im Zusammenhang mit dem Neubau dieser Kunstseidenanlage wurde an der Ecke der Klärweiher, schräg gegenüber dem Verwaltungsgebäude, vergrabene Schießbaumwolle entdeckt. In einem Schreiben des Gewerbeaufsichtsrats Potsdam vom 28. November 1927 an die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Werk Premnitz, wurde angefragt: „Nach einer hierher erfolgten Anzeige soll dort noch Schießbaumwolle lagern. Ich darf um gefällige möglichst baldige, ausführliche Mitteilung bitten, ob die Angabe auf Wahrheit beruht oder ob bestimmt feststeht, daß sich Schießbaumwolle nicht mehr dort befindet. gez. Dr. Bender – Gewerberat." [46] In der Antwort der Fabrikleitung vom 29. November 1927 heißt es: „... daß hier zwar keine Schießbaumwolle, aber schießbaumwollartige Ablagerungen lagern. Wir haben diese Masse, die zum Teil aus den Klärteichen, zum Teil aus dem Keller des Schießbaumwollgebäudes stammt, mit Ätzkalk durchschichtet, in tiefe Erdgruben vergraben und mit Erde überdeckt, so daß die Masse dauernd feucht bleibt. Im feuchten Zustand ist sogar reine Schießbaumwolle ungefährlich und fällt unseres Wissens nicht unter das Sprengstoffgesetz ... Das Gelände, auf dem diese Massen vergraben sind, ist markiert und wird ausdrücklich von jeder Bebauung ausgeschlossen." [47]

Dies war bewußte Irreführung.

Aus einem Gutachten, angefertigt von Professor Dr. Lenze aus Berlin-Wilmersdorf, ging hervor: „Berechnet man die Werte aber auf aschefreie Substanz, so erhält man Zahlen, die ... zwischen 12,34 Prozent und 13,24 Prozent liegen.

Teilansicht des neu errichteten
Schwefelkohlenstoffbetriebes (Bild links)

Teilansicht des neuen
Kunstseidenbetriebes (Travis) 1930



Der Stickstoffgehalt bewegt sich also zwischen den beiden Werten, die einerseits der Kollodiumwolle und andererseits der Schießwolle zukommen, die für die Herstellung der deutschen Militärpulver üblich waren und es auch heute noch sind. ... Ein Abbau der Nitrozellulosen durch den zugesetzten Kalk hat danach nicht stattgefunden, jedenfalls auch nicht annähernd in dem Maße, daß man daraufhin auf eine Gefahrlosmachung der Nitrozellulose sprechen könnte." [48]

Abgesehen von der großen Gefahr für die Arbeiter war also Tatsache, daß neun Jahre nach dem Kriege im Betrieb fertige, jederzeit einsetzbare Schießbaumwolle, Jagdpatronen und Pulver lagerten, und das mit Wissen der Behörden. Der Landrat in Rathenow hatte bereits am 27. Dezember 1920 die Genehmigung zur Lagerung von Schießbaumwolle und Pulver erteilt. [49] Im Gebäude 210 durften 100 Tonnen Schießbaumwolle in Kisten, in den Gebäuden 211, 214, 220 und 221 je 150 Tonnen gelagert werden. Ab 1. Oktober 1921 wurde erlaubt, im Gebäude 38 rund 100 Tonnen aufzubewahren; ab 9. März 1921 wurde die Genehmigung für 5 Millionen Jagdpatronen im Gebäude 178 erteilt; ab 28. Februar 1923 für 10 000 Kilogramm Jagdpulver und für 5 Millionen Jagdpatronen im Gebäude 178 und ab 2. Mai 1923 für 10 000 Kilogramm Pulver im Gebäude 166.

Über den Verbleib der gelagerten Schießbaumwolle, der Patronen und des Jagdpulvers sagen die Akten nichts mehr aus.

Nach der Übernahme der Premnitzer Betriebsanlagen durch die I.G. Farben wurde der weiteren Veredelung der Vistra-Faser wiederum Aufmerksamkeit zuteil. Es wurden Eigenschaften der Faser entwickelt, die den spinntechnischen Anforderungen der Textilindustrie weitgehend Rechnung trugen.

Unter den Besitzern der Baumwollspinnereien wurde durch die I.G. Farben der Boden für eine Vereinigung insoweit vorbereitet, als alle die zusammengeschlossen werden sollten, die die neue Vistra-Faser verarbeiteten. Am 9. November 1928 entstand so die Vistra-Vereinigung, der schon bald danach Besitzer von Baumwollspinnereien angehörten, die insgesamt rund zwei Millionen Spindeln in Betrieb hatten. [50] Die Vistra-Vereinigung regelte bald nicht nur das Verhältnis zu den Baumwollspinnern im Inland, sondern auch zu den umliegenden Textilländern, beispielsweise Holland, Schweiz und Tschechoslowakei. Somit wurde die Vistra-Vereinigung zu einem internationalen Kartell.

Die alte Textilgesellschaft war mit der Übernahme der Köln-Rottweil-AG in die I.G. Farben liquidiert worden.

Mit dem Jahr 1928 ging die Hochkonjunktur des Kapitalismus zu Ende. Das Werk Premnitz verkaufte noch einmal Waren in Höhe von 244 Tonnen an das Ausland und 94 Tonnen im Inland. Die Beteuerungen der rechten SPD-Führung, der Kapitalismus sei jetzt krisenfrei, erwies sich als falsch. Der sogenannte Silberstreifen am Horizont, die Prosperität, von der die bürgerliche Presse immer wieder schrieb, war verschwunden.

Aktionseinheit der Arbeiter bricht sich Bahn

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus erforderte immer dringender die Einigung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte. In einem offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) an alle Organisationen und Mitglieder der KPD, den „Die Rote Fahne" am 1. September 1925 veröffentlichte, wurde die Lage in Deutschland gründlich analysiert und der KPD der Weg zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei gewiesen. Der offene Brief betonte, daß „das Problem der Eroberung der Massen und besonders der Massen der sozialistischen Arbeiterschaft" [51] die wichtigste Frage sei, vor der die KPD stehe.

Die Entwicklung der KPD unter Führung Ernst Thälmanns zu einer revolutionären Massenpartei wirkte sich besonders in den Betrieben aus. Die Betriebszellen wuchsen an und verstärkten ihren Einfluß auf die Arbeiter und Angestellten.

Reichstagswahl 7.12.24
Wahlkreis Potsdam I, Premnitz.

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Wissell — Dr. Breitscheid — Juchacz — Staab	1	488
2	**Deutschnationale Volkspartei** Stubbendorff — Dr. Steiniger — Giese — Budjuhn	2	233
3	**Deutsche Zentrumspartei** Dr. Schmidt — Michel — Koch — Freiherr von Gagern	3	18
4	**Kommunisten** Scholem — Schlecht — Weber — Redlich	4	63
5	**Deutsche Volkspartei** Dr. Schnee — von Holtzendorff — Grützke — Dr. Hille	5	27
6	**Nationalsozialistische Freiheitsbewegung** Ahlemann — Becker — Bartz — Warner	6	24
7	**Deutsche Demokratische Partei** Dr. Bergsträßer — Fisch — Dr. Schwarz — Dr. Aßmus	7	54
9	**Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes** Holzamer — Petzold — Dr. Sturm — Heinrich	9	37
13	**Haeussler-Bund** Haeussler — Olga Haeussler — Juels — Kapphahn	13	—
14	**Deutsch-Soziale Partei und Reichsbund für Aufwertung** Kunze — John — Honnette — Hans	14	4
15	**Freiwirtschaftsbund F.I.F. (Freiland-Freigeld)** Beckmann — Graske — Dr. Krause — Fuchs	15	—
16	**Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Liebknecht — Schallwich — Ludwig — Kühne	16	—
17	**Polnische Volkspartei** Karólczak — Grzesiak — Ledwolorz — Wieczorek	17	1
18	**Aufwertungs- und Wiederaufbaupartei** Brenneisen — Grosse — Marschner — Dr. Fratzscher	18	3
19	**Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei** Kuhn — Schallert — Ginschel — Dr. Heine	19	1

Landtagswahl 7.12.24
Wahlkreis Potsdam I Premnitz

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Siering — Dr. Haenisch — Krüger — Richter	1	482
2	**Deutschnationale Volkspartei** Lübicke — von Winterfeld — Ebersbach — Günther	2	232
3	**Deutsche Zentrumspartei** Dr. Schmidt — Herzig — Zimmermann — Mertens	3	18
4	**Kommunisten** Scholem — Gehrmann — Sellheim — Dr. Ausländer	4	63
5	**Deutsche Volkspartei** Hollmann — Dr. Spickernagel — Lohmann — Fahlberg	5	21
6	**Nationalsozialistische Freiheitsbewegung** Schultze — Dr. Zillessen — Jäger — Heyse	6	22
7	**Deutsche Demokratische Partei** Wiglow — Hauff — Dr. Hirschfeld — Franke	7	52
9	**Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes** Holzamer — Bischoff — Heinrich — Leow	9	32
13	**Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Liebknecht — Hoffmann — Preushoff — Julke	13	1
15	**Polnische Volkspartei** Karólczak — Grzesiak — Ledwolorz — Wieczorek	15	—
17	**Deutsch-Soziale Partei und Reichsbund für Aufwertung** Kunze — Honnette — Hans — Pawlak	17	1
18	**Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei** Kuhn — Ginschel — Dr. Heine — Wüst	18	3

Ergebnisse der Land- und Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 in Premnitz

Sie lernten es, die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Werktätigen des Betriebes mit dem politischen Kampf gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus zu verbinden. Auch in Premnitz entwickelte sich die Einheitsfront der Arbeiterklasse. Dafür gab es insofern günstige Bedingungen, als die hiesige Sozialdemokratie von linken Kräften geführt wurde, die für die Aktionseinheit mit den Kommunisten eintraten. Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei 488 Stimmen, die der Kommunistischen Partei 63 Stimmen. Der große Einfluß der SPD war in erster Linie auf die Tätigkeit von Richard Meschkat zurückzuführen. Genosse Meschkat war ein fortschrittlicher und hochgeachteter Lehrer, der besonders unter der Jugend einen großen Einfluß hatte. Er stand auf dem linken Flügel der SPD und trat konsequent für die Aktionseinheit mit den Mitgliedern der KPD ein. Er sah seine Aufgabe darin, die SPD zu einer revolutionären Partei zu machen, die imstande war, den Opportunismus in der Führung zu verdrängen und eine Verständigung mit der KPD zu erreichen. Zunächst vereinigte er die in Premnitz bestehenden Arbeitergruppen in einer Kulturgemeinschaft. Dazu gehörten unter anderem der Arbeitergesangverein, der Arbeiterradfahrverein, der Arbeiterschachklub und die Arbeitersamariter.

Die Zusammenarbeit, die auch in gemeinsamen Schulungen zum Ausdruck kam, hat wesentlich dazu beigetragen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter in der Fabrik und ihr Gefühl der Solidarität zu erhöhen. Unter der Leitung des Genossen Meschkat wurde auch eine zielstrebige Arbeit mit der Arbeiterjugend geleistet. Ihr Ziel bestand darin, der Jugend ein hohes Wissen zu vermitteln und ihnen die politischen Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse zu erklären. Richard Meschkat interessierte darüber hinaus Genossen und Parteilose für die allgemeine Bildung und die Berufsausbildung. Die Schulverhältnisse in Premnitz waren katastrophal und wurden durch die ständig wachsende Einwohnerzahl immer unerträglicher. Der Unterricht wurde in zwei Räumen gegeben. Der eine Raum lag neben der

Wohnung des Schulleiters in der Bergstraße und der andere in einer Holzbaracke in der Döberitzer Straße. Bereits 1924 hatten die Genossen der SPD und der KPD den Bau eines neuen Schulgebäudes gefordert, 1926 setzten sie ihn durch, und 1927 konnten die Lehrer und Schüler in ihre neue Schule einziehen. Die Aula wurde dann auch für die Übungsstunden des Arbeitergesangsvereins genutzt, der ebenfalls vom Genossen Meschkat geleitet wurde. Hinter dem damaligen Gemeindeamt lag die Turnhalle. Hier kamen die Mitglieder des Arbeiterturnverbandes zu ihren sportlichen Übungen zusammen. Veranstaltungen der Partei und der Arbeitervereine mußten teilweise als Familienfeste getarnt werden, um sie der Kontrolle der immer stärker gegen die Arbeiter vorgehenden Organe des Staates und des Konzerns zu entziehen. In einer Genehmigung, die von der Fabrikleitung für eine „Familienfeier" des Arbeiterturnvereins erteilt wurde, heißt es: „Wir sind bereit, Ihnen für den 30. August den Platz auf dem Berge zur Abhaltung eines Familienfestes Ihres Verbandes zur Verfügung zu stellen. Indessen müssen wir hieran Bedingungen knüpfen, daß eine einseitige politische Demonstration etwa durch Halten politischer Reden oder Absingen der Internationale nicht stattfindet. Wir sind dazu gezwungen, damit der Charakter eines Familienfestes gewahrt bleibt." [52]

Obwohl aus dieser Genehmigung hervorgeht, daß der Charakter solcher Familienfeste auch der Betriebsleitung bekannt war, wagte diese es nicht, die Veranstaltung einfach zu verbieten. Das bezog sich allerdings nur auf die gesellschaftliche Betätigung der Arbeiter außerhalb des Betriebes. Im Werk selbst herrschte seit der Übernahme in den I.G.-Farben-Konzern ein schärferer Ton. So besagte die Arbeitsordnung der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Werk Premnitz, vom Jahre 1928:

„Jede politische oder gewerkschaftliche Betätigung in den Fabrikräumen, das Sammeln von Unterschriften oder Beiträgen, Verbreitung von Druckschriften in der Fabrik während der Arbeitszeit ist untersagt." [53]

Die Arbeitsordnung war ein Bestandteil des Arbeitsvertrages. Eine politische Betätigung im Betrieb war also auch ein Verstoß gegen den Arbeitsvertrag und konnte eine fristlose Entlassung zur Folge haben. Das gleiche traf auf Streiks zu. Praktisch war es den Arbeitern bei Strafe der fristlosen Entlassung untersagt, für die Wahrung ihrer Rechte und Forderungen einzutreten.

Die Konzernleitung rüstete sich auch für den Fall eines Streiks. In einer Anweisung an die Betriebsleitung schrieb sie: „Die Betriebsleitung hat festzustellen, welche Leute freiwillig Notstandsarbeiten verrichten wollen. Die Zahl der freiwilligen Arbeiter haben die Betriebe sofort dem Sozialbüro telefonisch mitzuteilen. Die Entlassungspapiere für die Streikenden werden mit dem Stempel ‚gez. Dr. Curschmann' und ‚gez. Dr. Mendelson-Bartholdy' versehen." [54]

Mit allen Mitteln versuchte die Fabrikleitung, die Einheit der Arbeiter in Premnitz zu hintertreiben, um sie besser in Schach halten und willkürlich ausbeuten zu können. Bewußt wurde eine Arbeiteraristokratie herangebildet, die dem Konzern auf Gedeih und Verderb ergeben war. Die Fabrikleitung zahlte an die konzernhörigen Arbeiter und Angestellten Dividenden und Prämien und benutzte sie bei Aktionen der Arbeiter gegen die Fabrikleitung als Streikbrecher und Denunzianten.

Doch Rationalisierung und wachsende Ausbeutung ließen die Unzufriedenheit unter den Arbeitern ständig wachsen. Besonders am Ende der zwanziger Jahre fiel es den Monopolherren immer schwerer, ihre Macht aufrechtzuerhalten. Sie waren bestrebt, alle politischen Aktionen schon im Keim zu ersticken. Aus einem „streng vertraulichen" Schreiben, das der deutsche Industrieschutz an die Direktoren der Premnitzer Fabrik am 13. August 1928 richtete, geht hervor, zu welchen Maßnahmen die Konzernherren damals gegen die Arbeiter griffen. Es heißt darin:

„Wie unser dortiger Vertrauensmann feststellen konnte, befindet sich auch in Ihrem Betrieb eine kommunistische Betriebszelle, welche ihre Zersetzungstätigkeit unter der Belegschaft ausübt. Zweck der Zelle ist eine restlose Organisierung der Belegschaftsmitglieder, Terror gegen Anders-

Der Arbeiterradfahrverein
im Kreis Westhavelland,
dem auch Premnitzer Bürger angehörten

denkende, Sabotage der Betriebseinrichtungen, Hervorrufung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir sind in der Lage, Ihnen alle Mitglieder der Zelle, die illegal aufgebaut ist, in kurzer Zeit festzustellen, damit Sie dieselben in besonderen Fällen verfolgen bzw. bei passender Gelegenheit aus dem Betrieb entfernen können. Einige Namen der Zellenmitglieder und die getroffenen Beschlüsse der letzten Zellensitzung sind uns bereits bekannt. Es wird Sie besonders interessieren, den Schriftführer der Zelle, der auch gleichzeitig die Artikel über Betriebsvorkommnisse in der kommunistischen Presse veröffentlicht, zu erfahren. Unsere Ermittlungen erstrecken sich gleichzeitig auf das Versammlungslokal der Zelle und Zellensitzungen, so daß wir Sie rechtzeitig von den getroffenen Beschlüssen in Kenntnis setzen können. Für unsere Tätigkeit berechnen wir eine äußerst geringe Pauschalsumme, und wir hoffen, auch Sie zu unseren Auftraggebern zu zählen." [55]
Aus diesem Dokument ist die Angst der Monopolherren vor der geeinten Arbeiterklasse deutlich zu erkennen, insbesondere aber die Angst vor den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands, deren Einfluß auf die Werktätigen immer größer werden sollte.

Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung während der Weltwirtschaftskrise

Mit dem großen Börsenkrach von New York in den letzten Oktobertagen des Jahres 1929 begann eine Weltwirtschaftskrise, die der konjunkturellen Entwicklung ein jähes Ende bereitete. Da das deutsche und das amerikanische Finanzkapital durch den Dawesplan eng miteinander verknüpft waren, wurde Deutschland rasch in den Strudel des wirtschaftlichen Verfalls hineingerissen.
Die Weltwirtschaftskrise, die von 1929 bis 1932 anhielt, entwickelte sich auf der Grundlage der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu der schwersten gesellschaftlichen Erschütterung, von der die kapitalistische Ordnung bis dahin betroffen war. In Deutschland stieg die Arbeitslosenziffer auf mehr als sechs Millionen. Die Bestrebungen der Monopolkapitalisten liefen darauf hinaus, den wirtschaftlichen Ruin auf die Massen des Volkes abzuwälzen und die politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu bekämpfen. Spürbar wurden die demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen eingeschränkt und abgebaut.
Den Auftakt gab zu Beginn der Krise der Reichsverband der deutschen Industrie auf seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1929. Karl Duisberg formulierte in seiner Eröffnungsrede als Vorsitzender des Präsidiums des Unternehmerverbandes dessen Programm mit folgenden Worten: „Es darf nicht halbe, es muß ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System." [56] In der Diskussion forderte dann unter anderem der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Industrieller, Wittke, die Schaffung „einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist. ... Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben, als wieder einmal, wie es ja bereits 1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben. ... Muß man versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann. – Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage, ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt." [57]
Wer heute noch Arbeit hatte, mußte damit rechnen, daß er morgen schon auf der Straße lag. Die Zahl der Arbeitslosen vor den Fabriktoren wuchs, und viele waren bereit, für den geringsten Lohn zu arbeiten. Kurzarbeit war an der Tagesordnung. Die wöchentliche Unterstützung für Arbeitslose betrug etwa 15 Mark. Nach 26 Wochen bekamen sie Krisenunterstützung, die noch weit niedriger lag. Die Reserven der Erwerbslosenversicherung waren bald aufgebraucht,

und die Reichskasse mußte Zuschüsse zahlen. Die Unternehmer forderten, die Unterstützung zu kürzen und nur noch Zahlungen an „Bedürftige" zu leisten.
Hand in Hand mit der sozialen Knebelung der Werktätigen ging der Abbau der bürgerlich-demokratischen und verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Volkes, der politisch-staatliche Terror. Am 30. März 1930 wurde die Koalitionsregierung unter Leitung des Sozialdemokraten Hermann Müller durch das Kabinett Brüning abgelöst. Der neue Kanzler, einer jener konterrevolutionären Offiziere, die noch im November 1918 die Monarchie retten wollten, betonte in seiner Regierungserklärung, er werde autoritär regieren. Mit Hilfe des berüchtigten Artikels 48 der Weimarer Verfassung, der dem Reichspräsidenten im Notfall faktisch unumschränkte Macht zubilligte, wurden unter Ausschaltung des Parlaments eine ganze Reihe von Notverordnungen in Kraft gesetzt. Als im Reichstag ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit knapper Stimmenmehrheit angenommen wurde, löste Hindenburg auf Ersuchen Brünings am 18. Juni 1930 den Reichstag auf. [58] Schon die ersten Notverordnungen Brünings brachten eine Senkung der Löhne, der Renten und der Arbeitslosenunterstützung sowie eine Erhöhung der Steuern für die Werktätigen, während gleichzeitig die Steuern der Unternehmer herabgesetzt wurden. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auch auf das Werk Premnitz. Mit Wirkung vom 15. April 1931 wurden von der Fabrikdirektion die Arbeiterlöhne um etwa 20 Prozent gesenkt. Der Stundenlohn betrug danach für Arbeiter

über 14 Jahre 22 Pfennig
über 15 Jahre 26 Pfennig
über 16 Jahre 33,5 Pfennig
über 17 Jahre 40,5 Pfennig
über 18 Jahre 51,5 Pfennig
über 19 Jahre 59 Pfennig
über 20 Jahre 66,5 Pfennig und
über 21 Jahre 74 Pfennig.

Bei den Frauen in der Produktion betrug der Stundenlohn für Arbeiterinnen

über 14 Jahre 22 Pfennig
über 15 Jahre 25,5 Pfennig
über 16 Jahre 30 Pfennig
über 17 Jahre 37,5 Pfennig
über 18 Jahre 45,5 Pfennig und
über 19 Jahre 50,5 Pfennig.

Der höchste Stundensatz für Handwerker betrug 95 Pfennig und für ungelernte Handwerker 81 Pfennig. Für Lehrlinge wurde im ersten Lehrjahr ein Stundensatz von 12,5 Pfennig, im zweiten Lehrjahr von 16 Pfennig, im dritten Lehrjahr von 19,5 Pfennig und im vierten Lehrjahr von 31 Pfennig gezahlt. Gefahren- und Schmutzzulagen machten je Stunde zwei bis drei Pfennig aus. Für nichterwerbstätige Ehegatten oder für Kinder wurde eine Familienzulage von 80 Pfennig je Woche gewährt.
Zu dieser Lohnsenkung schrieb die „Rote Spule", die Betriebszeitung der Zelle der KPD in der Premnitzer Fabrik: „Immer mehr versucht die kapitalistische Ausbeutermeute eure Lebenslage von Tag zu Tag zu verschlechtern, um einen Ausweg aus der Krise zu finden und den Profit zu sichern. In eurem Betrieb sind die Verhältnisse katastrophal. Immer raffiniertere Methoden der Ausbeutung macht man ausfindig und kümmert sich den Teufel darum, daß eure Gesundheit dabei vernichtet wird." Die „Rote Spule" geißelte die Ausbeutung der im Werk beschäftigten Frauen und Mädchen und besonders die Zustände in den Wohnbaracken: „Hier geht die Verwaltung der I.G. Farben von dem Grundsatz aus, nur nicht dem Proleten genügend freie Zeit lassen, sonst könnten sich die Arbeiterinnen eventuell darüber unterhalten, wie man auch bei I.G. Farben gegen die Ausbeutungsmethoden ankämpfen kann. Nicht genug damit, daß diese jungen Proletarierinnen den ganzen Tag über in einem ungeheuren Hetztempo schuften müssen, damit an die Aktionäre hohe Dividenden gezahlt werden können, müssen

So sahen die neuen Löhne
für die Arbeiter aus.
Sie veränderten sich bis 1945 nicht mehr.

Arbeiterlöhne

der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Werk Premnitz.

Ortsklasse C — Gültig ab 15. 4. 1931 — Fachgruppe II

Von 1. April 1929 ab werden in Premnitz die Stundenlöhne der Ortsklasse B gezahlt.

Arbeiter	R.Pfg.
über 14 Jahre	22
„ 15 „	26
„ 16 „	33,5
„ 17 „	40,5
„ 18 „	51,5
„ 19 „	59
„ 20 „	66,5
„ 21 „	74
Arbeiterinnen (Produktion)	
über 14 Jahre	22
„ 15 „	25,5
„ 16 „	30
„ 17 „	37,5
„ 18 „	45,5
„ 19 „	50,5
Arbeiterinnen (nicht Produktion)	
über 14 Jahre	21,5
„ 15 „	25
„ 16 „	29,5
„ 17 „	37
„ 18 „	44,5
„ 19 „	49
Geprüfte Maschinisten und Heizer und alle gelernten Handwerker	
unter 19 Jahre	66,5
über 19 „	76
„ 20 „	85,5
„ 21 „	95
Angelernte Handwerker	
unter 19 Jahre	57
über 19 „	65
„ 20 „	73
„ 21 „	81

Hilfspersonal der Heizer und Maschinisten	R.Pfg.
unter 19 Jahre	56,5
über 19 „	64
„ 20 „	72
„ 21 „	80
Lehrlinge	
im 1. Lehrjahr	12,5
„ 2. „	16
„ 3. „	19,5
„ 4. „	31

Für Laufjungen und Mädchen gelten im Alter von 14 bis 18 Jahren die gleichen Lohnsätze wie für die nicht in der Produktion beschäftigten weiblichen Arbeitnehmer.

Vorarbeiter	81,5
Vorarbeiterinnen	56
Aufseher	86
Aufseherinnen	59
Aufseher aus Handwerkern hervorgegangen	110
Vorarbeiter in Travis-, Vistra- u. S.K.Betrieb	84
Aufseher in Travis-, Vistra- u. S.K.Betrieb	90
Vorarbeiterinnen in Travis- und Vistra-Betrieb	57
Aufseherinnen in Travis- und Vistra-Betrieb	61

Die in Wechselschicht tätigen Arbeiterinnen des Travis- und Vistra-Betriebes erhalten die ½stündige Pause bezahlt.

Gefahren- und Schmutzzulage pro Stunde 2—3 Pfg.

Familienzulage von 0,80 Rm. pro Woche wird gewährt:

a) für den nicht erwerbstätigen Ehegatten oder für eine nicht erwerbstätige im Haushalt des Arbeitnehmers lebende Person, die den Haushalt führt, und welche der Arbeitnehmer zu unterhalten gesetzlich verpflichtet ist, oder für eine Person, den zur Erhaltung der vorhandenen Wirtschaft in seinem Haushalt lebt oder die Erziehung der Kinder leitet.

b) für jedes Kind unter 14 Jahren, oder, wenn es darüber hinaus die Schule besucht, bis zur Vollendung des 18 Lebensjahres.

Die unehelichen Kinder sind den ehelichen gleichzustellen, sofern sie sich in demselben Haushalt befinden.

Bei Erkrankung des Arbeitnehmers werden die Familienzulagen für die Lohnwoche, in der er erkrankt ist, und die darauf folgende Woche unabhängig vom Lohn gezahlt.

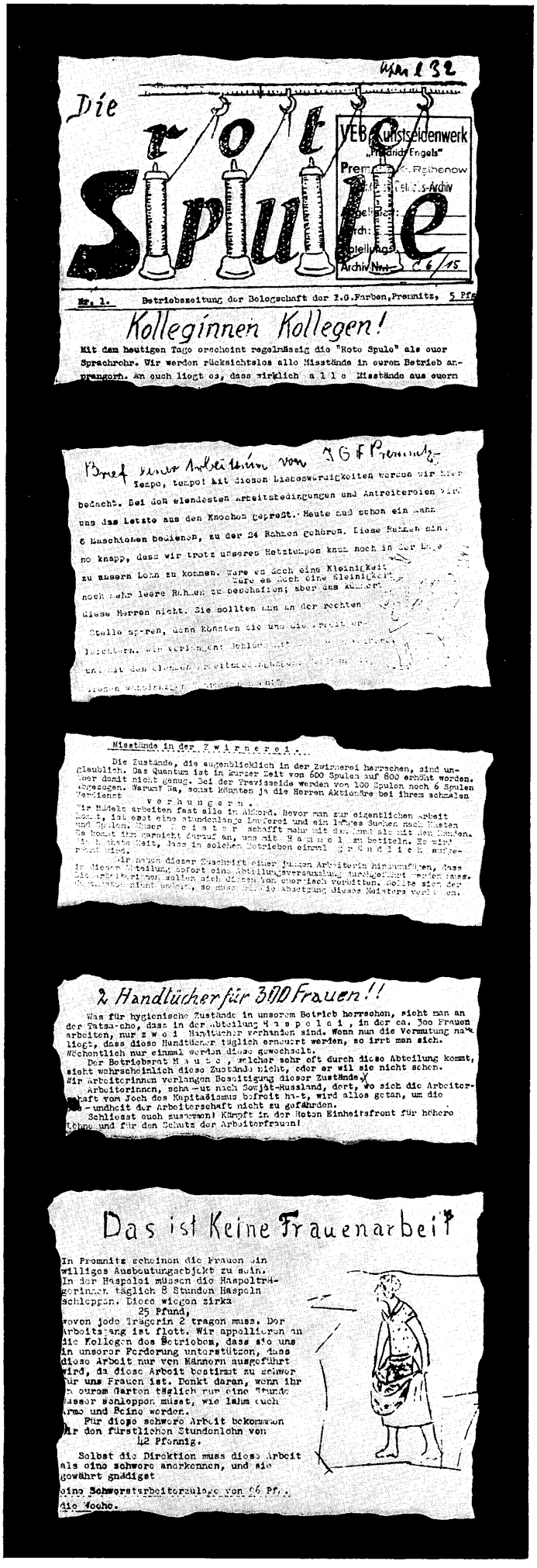
Premnitz, den 23. 4. 1931.

Fabrikdirektion

sie auch noch nach Arbeitsschluß, mittwochs und sonnabends, die Baracken selber scheuern. . . . Das Wasser zum Scheuern müssen sie sich selbst in kleinen Töpfen bereiten. Die Ausgabe von warmem Wasser aus einem größeren Kessel würde ja bedeuten, daß die Verwaltung dafür Geld ausgeben müßte. Ein ähnliches Kapitel ist die Kochangelegenheit. Wenn die Arbeiterinnen müde und abgespannt von der Arbeit kommen, müssen sie noch stundenlang warten, bis sie ihr Essen bereiten können, weil die Kochstellen auf den Herden bei weitem nicht ausreichen. Es kommt daher des öfteren vor, daß die Mädchen in Streit geraten. Aber daran hat der Unternehmer ja ein Interesse. Wenn ihr euch zankt, hat er es viel leichter, euch auszubeuten. Laßt euch nicht durch solche Methoden zersplittern, sondern macht Front dagegen und verlangt eine Verbesserung.

Die Einrichtung der Zimmer gleicht der Einrichtung ehemaliger preußischer Militärkasernen. Heizung scheint für die Mädchen Luxus zu sein, aber für die sportliche Betätigung während der Nacht sorgt der I.G.-Farben-Konzern. Die Heime sind völlig verlaust, so daß die Mädchen noch nachts um ihre wohlverdiente Ruhe gebracht werden. Wir raten der Verwaltung noch einmal, ihr feudales Heim mit dem der Mädchen zu tauschen. Es ist übrigens ein Skandal, was diese Löcher der I.G. Farben noch für Geld einbringen. Die Heime sind von ca. 100 Mädchen belegt, die pro Tag und Person 15 Pfennig zahlen. Man muß hier eine kleine Rechnung aufstellen, um zu beweisen, was die Mädchen der I.G. Farben bringen. 100 Mädchen je 15 Pfennig, das macht pro Tag 15,00 Mark, pro Woche 105,00 Mark, pro Monat 420,00 Mark und pro Jahr 5 040,00 Reichsmark." [59]

Die „Rote Spule" prangerte rücksichtslos die Methoden der Konzernherren in der Premnitzer Fabrik der I.G. Farben an. Deshalb fand sie auch unter der Arbeiterschaft große Zustimmung. Den Konzernherren der I.G. Farben waren solche Artikel sehr unangenehm. Eine Aktennotiz der Sozialabteilung sagt darüber folgendes aus: „An der Besprechung mit dem Herrn Regierungspräsidenten am 7. November 1932, die unter Bezugnahme auf unsere Eingabe, ob eine



Die Rote Spule

VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" Premnitz

Nr. 1. Betriebszeitung der Belegschaft der I.G.Farben,Premnitz, 5 Pfg

Kolleginnen Kollegen!

Mit dem heutigen Tage erscheint regelmässig die "Rote Spule" als euer Sprachrohr. Wir werden rücksichtslos alle Missstände in eurem Betrieb anprangern. An euch liegt es, dass wirklich a l l e Missstände aus eurem

Brief einer Arbeiterin von IGF Premnitz

Misstände in der Zwirnerei.

Die Zustände, die augenblicklich in der Zwirnerei herrschen, sind unglaublich. Das Quantum ist in kurzer Zeit von 600 Spulen auf 800 erhöht worden. Aber damit nicht genug. Bei der Traviseide werden von 100 Spulen noch 6 Spulen abgezogen. Warum? Ha, sonst könnten ja die Herren Aktionäre bei ihrem schmalen Verdienst

Wir Akkordarbeiter arbeiten fast alle im Akkord. Bevor man zur eigentlichen Arbeit kommt, ist erst eine stundenlange Lauferei und ein langes Suchen nach Kasten und Spulen. Unser Meister schafft mehr mit den Füssen als mit den Händen. Es kommt ihm garnicht darauf an, uns mit Hammel zu betteln. So wird manche Zeit, lasse in solchen Betrieben einmal [illegible]

2 Handtücher für 300 Frauen!!

Was für hygienische Zustände in unserem Betrieb herrschen, sieht man an der Tatsache, dass in der Abteilung Haspelei, in der ca. 300 Frauen arbeiten, nur zwei Handtücher vorhanden sind. Wenn nun die Vermutung naheliegt, dass diese Handtücher täglich erneuert werden, so irrt man sich. Wöchentlich nur einmal werden diese gewechselt.

Der Betriebsrat Hautsch, welcher sehr oft durch diese Abteilung kommt, sieht wahrscheinlich diese Zustände nicht, oder er will sie nicht sehen.

Wir Arbeiterinnen verlangen Beseitigung dieser Zustände.

Arbeiterinnen, schaut nach Sowjet-Russland, dort, wo sich die Arbeiterschaft vom Joch des Kapitalismus befreit hat, wird alles getan, um die Gesundheit der Arbeiterschaft nicht zu gefährden.

Schliesst euch zusammen! Kämpft in der Roten Einheitsfront für höhere Löhne und für den Schutz der Arbeiterfrauen!

Das ist Keine Frauenarbeit

In Premnitz scheinen die Frauen ein williges Ausbeutungsobjekt zu sein. In der Haspelei müssen die Haspelträgerinnen täglich 8 Stunden Haspeln schleppen. Diese wiegen zirka 25 Pfund, wovon jede Trägerin 2 tragen muss. Der Arbeitsgang ist flott. Wir appellieren an die Kollegen des Betriebes, dass sie uns in unserer Forderung unterstützen, dass diese Arbeit nur von Männern ausgeführt wird, da diese Arbeit bestimmt zu schwer für uns Frauen ist. Denkt daran, wenn ihr in eurem Garten täglich nur eine Stunde Wasser schleppen müsst, wie lahm euch Arme und Beine werden.

Für diese schwere Arbeit bekommen wir den fürstlichen Stundenlohn von 42 Pfennig.

Selbst die Direktion muss diese Arbeit als eine schwere anerkennen, und sie gewährt gnädigst

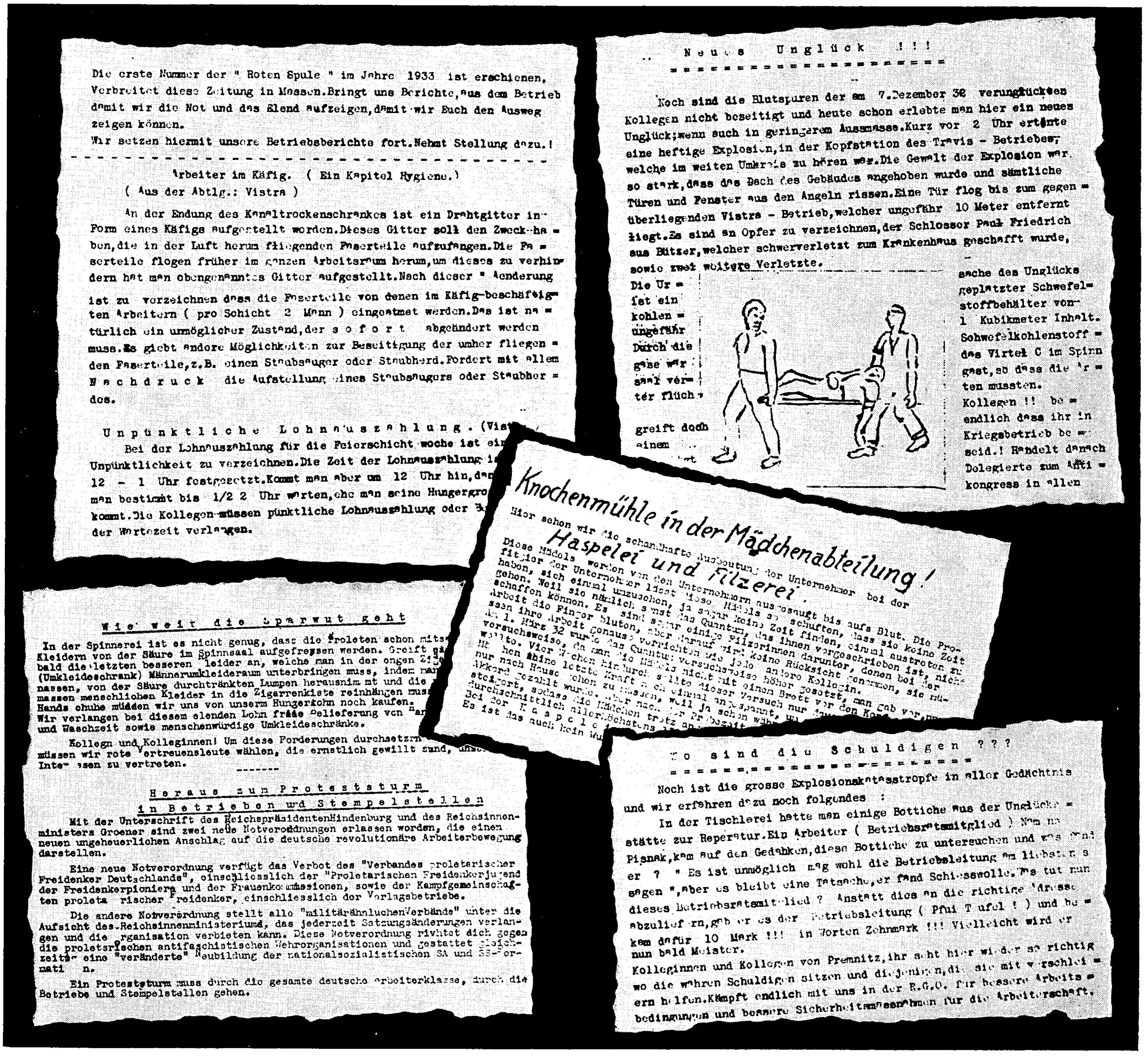
eine Schwerstarbeiterzulage von 66 Pf. die Woche.

„Die Rote Spule" –
die Betriebszeitung der Zelle der KPD
Schonungslos stellte sie
die Unternehmerwillkür in der Fabrik bloß.

staatliche Bekämpfung der Kommunistischen Zellenzeitung nicht möglich sei, stattfand, wurde von den Vertretern der Regierung (es nahm außer dem Regierungspräsidenten noch der Vizepräsident der Regierung teil) betont, daß die Regierung irgendeine Handhabe zur Bekämpfung dieser Zeitung auch nicht sehe. Solange in diesen Zeitschriften nicht Aufsätze, die als Hochverrat oder als Hochverratsversuch angesehen werden können, abgedruckt werden, bestehe keine Möglichkeit, sie zu verbieten oder gegen die Herausgabe vorzugehen. Es verbleibe dem in der Zeitung Beleidigten oder Angegriffenen nur der Weg der Beleidigungsklage. . . . Im großen und ganzen bedauerte aber der Regierungspräsident, uns in der Angelegenheit wenig helfen zu können, da die gesetzliche Lage dies zur Zeit nicht zulasse. Wolfen, 8. November 1932, gez. Dr. Curschmann." [60]

Diese Zeilen zeigen die gemeinsamen Interessen zwischen den Monopolen und dem Staat, wenn dieser auch infolge des Aufschwungs der revolutionären Bewegung zum Taktieren gezwungen war und nicht mehr ohne weiteres gegen die KPD vorgehen konnte. Am 6. November 1932 hatte die KPD bei den Reichstagswahlen rund sechs Millionen Stimmen und 100 Mandate im Reichstag erhalten. Jeder sechste Wähler hatte für die KPD gestimmt. Zu diesem Wahlerfolg schrieb „Die Rote Fahne": „Unser Wahlerfolg ist das Resultat eines zähen, rücksichtslosen Kampfes um die geringsten und kleinsten Lebensinteressen der Arbeiter und die Verteidigung der Lebenshaltung aller Werktätigen gegen die faschistischen Notverordnungen. . . . Bei der Betrachtung einzelner Wahlresultate zeigt sich deutlich, daß wir dort über den Durchschnitt gewannen, wo unsere unteren Parteieinheiten es verstanden haben, die Massen zum Kampf für die Verteidigung ihrer Lebensrechte zu mobilisieren. . . . In den Städten, in denen wir die Industriehandwerker gegen den Lohnabbau führten, sind unsere Wahlerfolge ganz bedeutend. So in Brandenburg 52,1 Prozent, Rathenow 35,4 Prozent . . ." [61]

Im Jahre 1932 besaß die KPD 37 Tageszeitungen. Bis 1931 war die Anzahl der Betriebs- und Häuserblockzeitungen



Die erste Nummer der " Roten Spule " im Jahre 1933 ist erschienen. Verbreitet diese Zeitung in Massen.Bringt uns Berichte,aus dem Betrieb damit wir die Not und das Elend aufzeigen,damit wir Euch den Ausweg zeigen können.
Wir setzen hiermit unsere Betriebsberichte fort.Nehmt Stellung dazu.!

- -

Arbeiter im Käfig. (Ein Kapitel Hygiene.)
(Aus der Abtlg.: Vistra)

An der Endung des Kanaltrockenschrankes ist ein Drahtgitter in Form eines Käfigs aufgestellt worden.Dieses Gitter soll den Zweck haben,die in der Luft herum fliegenden Faserteile aufzufangen.Die Faserteile flogen früher im ganzen Arbeitsraum herum,um dieses zu verhindern hat man obengenanntes Gitter aufgestellt.Nach dieser " Aenderung ist zu verzeichnen dass die Faserteile von denen im Käfig-beschäftigten Arbeitern (pro Schicht 2 Mann) eingeatmet werden.Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand,der s o f o r t abgeändert werden muss.Es giebt andere Möglichkeiten zur Beseitigung der umher fliegenden Faserteile,z.B. einen Staubsauger oder Staubherd.Fordert mit allem N a c h d r u c k die Aufstellung eines Staubsaugers oder Staubherdes.

U n p ü n k t l i c h e L o h n a u s z a h l u n g . (Vist[…]

Bei der Lohnauszahlung für die Feierschicht woche ist ein[…] Unpünktlichkeit zu verzeichnen.Die Zeit der Lohnauszahlung i[…] 12 - 1 Uhr festgesetzt.Kommt man aber um 12 Uhr hin,da[…] man bestimmt bis 1/2 2 Uhr warten,ehe man seine Hungergro[…] kommt.Die Kollegen müssen pünktliche Lohnauszahlung oder B[…] der Wartezeit verlangen.

N e u e s U n g l ü c k ! ! !

= = = = = = = = = = = = = = = = = = =

Noch sind die Blutspuren der am 7.Dezember 32 verunglückten Kollegen nicht beseitigt und heute schon erlebte man hier ein neues Unglück;wenn auch in geringerem Aussmasse.Kurz vor 2 Uhr ertönte eine heftige Explosion,in der Kopfstation des Travis - Betriebes, welche im weiten Umkreis zu hören war.Die Gewalt der Explosion war so stark,dass das Dach des Gebäudes angehoben wurde und sämtliche Türen und Fenster aus den Angeln rissen.Eine Tür flog bis zum gegenüberliegenden Vistra - Betrieb,welcher ungefähr 10 Meter entfernt liegt.Es sind an Opfer zu verzeichnen,der Schlosser Paul Friedrich aus Bützer,welcher schwerverletzt zum Krankenhaus geschafft wurde, sowie zwei weitere Verletzte.

Die Ur = | sache des Unglücks
ist ein | geplatzter Schwefel=
kohlen = | stoffbehälter von
ungefähr | 1 Kubikmeter Inhalt.
Durch die | Schwefelkohlenstoff =
gase war | das Virtel C im Spinn
saal ver= | gast,so dass die Ar =
ter flüch = | ten mussten.
| Kollegen !! be =
greift doch | endlich dass ihr in
einem ... | Kriegsbetrieb be =
| seid.! Handelt danach
| Delegierte zum Anti =
| kongress in allen

Knochenmühle in der Mädchenabteilung!

Hier sehen wir die schandhafte Ausbeutung der Unternehmer bei der

Haspelei und Filzerei.

Diese Mädels werden von den Unternehmern ausgesaugt bis aufs Blut. Die Profitgier der Unternehmer lässt diese Mädels so schuften, dass sie keine Zeit haben, sich einmal umzusehen, ja sogar keine Zeit finden, einmal austreten zu gehen. Weil sie nämlich sonst das Quantum, das ihnen vorgeschrieben ist, nicht schaffen können. Es sind sogar einige Filzerinnen darunter, denen bei der Arbeit die Finger bluten, aber darauf wird keine Rücksicht genommen, sie müssen ihre Arbeit genauso verrichten wie jede andere Kollegin.
Am 1. März 32 wurde das Quantum versuchsweise höher gesetzt, man gab vor, [illegible] wollte. Vier Wochen hindurch sollte dieser Versuch nur dauern [illegible] [illegible] Mädels nicht mit einem Brett vor den Kopf [illegible] nur nach Hause gehen zu müssen, weil ja schon während [illegible] Akkord bezahlt wurde. Aber nach der Probezeit [illegible] gesteigert, sodass die Mädchen trotz an[illegible] durchschnittlich allerhöchstens [illegible]
Bei der H a s p e l e [illegible]
Es ist das auch kein Wu[illegible]

W i e w e i t d i e S p a r w u t g e h t

In der Spinnerei ist es nicht genug, dass die Proleten schon mit s[…] Kleidern von der Säure im Spinnsaal aufgefressen werden. Greift gä[…] bald die letzten besseren Kleider an, welche man in der engen Zig[…] (Umkleideschrank) Männerumkleideraum unterbringen muss, indem man […] nassen, von der Säure durchtränkten Lumpen herausnimmt und die […] massen menschlichen Kleider in die Zigarrenkiste reinhängen muss[…] Handschuhe müssen wir uns von unserm Hungerlohn noch kaufen.
Wir verlangen bei diesem elenden Lohn freie Belieferung von Ha[…] und Waschzeit sowie menschenwürdige Umkleideschränke.

Kollegn und Kolleginnen! Um diese Forderungen durchsetzen […] müssen wir rote Vertreuensleute wählen, die ernstlich gewillt sind, unse[…] Interessen zu vertreten.

H e r a u s z u m P r o t e s t s t u r m
i n B e t r i e b e n u n d S t e m p e l s t e l l e n

Mit der Unterschrift des Reichspräsidenten Hindenburg und des Reichsinnenministers Groener sind zwei neue Notverordnungen erlassen worden, die einen neuen ungeheuerlichen Anschlag auf die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung darstellen.

Eine neue Notverordnung verfügt das Verbot des "Verbandes proletarischer Freidenker Deutschlands", einschliesslich der "Proletarischen Freidenkerjugend der Freidenkerpioniere und der Frauenkommissionen, sowie der Kampfgemeinschaften proletarischer Freidenker, einschliesslich der Verlagsbetriebe.

Die andere Notverordnung stellt alle "militärähnluchen Verbände" unter die Aufsicht des Reichsinnenministeriums, das jederzeit Satzungsänderungen verlangen und die Organisation verbieten kann. Diese Notverordnung richtet sich gegen die proletarischen antifaschistischen Wehrorganisationen und gestattet gleichzeitig eine "veränderte" Neubildung der nationalsozialistischen SA und SS-Formationen.

Ein Proteststurm muss durch die gesamte deutsche Arbeiterklasse, durch die Betriebe und Stempelstellen gehen.

W o s i n d d i e S c h u l d i g e n ? ? ?

= =

Noch ist die grosse Explosionskatastropfe in aller Gedächtnis und wir erfahren dazu noch folgendes :
In der Tischlerei hatte man einige Bottiche aus der Unglücksstätte zur Reperatur.Ein Arbeiter (Betriebsratsmitglied) Namens Pisnak,kam auf den Gedanken,diese Bottiche zu untersuchen und was fand er ? " Es ist unmöglich mag wohl die Betriebsleitung am liebsten sagen ",aber es bleibt eine Tatsache,er fand Schiesswolle.Was tut nun dieses Betriebsratsmitglied ? Anstatt dies an die richtige Adresse abzuliefern,gab er es der Betriebsleitung (Pfui Teufel !) und bekam dafür 10 Mark !!! in Worten Zehnmark !!! Vielleicht wird er nun bald Meister.
Kolleginnen und Kollegen von Premnitz,ihr seht hier wieder so richtig wo die wahren Schuldigen sitzen und diejenigen,die sie mit verschleiern helfen.Kämpft endlich mit uns in der R.G.O. für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Sicherheitsmassnahmen für die Arbeiterschaft.

auf 435 gestiegen. [62] Mit Stolz können wir Premnitzer feststellen, daß unsere „Rote Spule" dazugehörte.
Während der Krise wurden in den Betrieben der I.G. Farben die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße geworfen. Aus den Statistiken und Berichten der I.G. Farben geht hervor, daß am 30. Dezember 1928 insgesamt 114 185 Beschäftigte zum Konzern gehörten. Im Jahre 1932 waren es nur noch 63 576. Es wurden also über 50 600 Arbeitskräfte entlassen. Darüber wurde in Büchern und Zeitungen des Konzerns kein Wort verloren. Statt dessen konnte man in dem Buch „Erzeugnisse unserer Arbeit" folgende demagogische Schilderung lesen: „Als damals im Jahre 1929 die Wirtschaftskrise auch unsere Betriebe nicht unberührt ließ, haben wir 12 000 Arbeitskameraden bei der Arbeit halten können, weil die übrigen Gefolgschaftsmitglieder sich kameradschaftlich bereit erklärten, die Arbeit durch Einführung der 40-Stunden-Woche zu ‚strecken'." [63]
Im Premnitzer Werk wurde mehr als die Hälfte der Beschäftigten in dieser Zeit auf die Straße geworfen, Während es im Juni 1929 annähernd 2800 Belegschaftsangehörige gab, sank deren Zahl im Februar/März 1932 auf etwa 1300 ab. Den Berichten der Betroffenen ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosenunterstützung äußerst gering war, so daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Familien etwa so wie in den letzten Kriegsjahren oder während der Inflation waren.
Über die Lage in den Viskosekunstseidenfabriken der I.G. Farben gibt ein Bericht vom 6. August 1929 Auskunft: Es heißt darin unter anderem: „... die kritische Lage hat uns aber schon veranlaßt, in Premnitz die Inbetriebnahme neuer Aggregate vorläufig hinauszuschieben, und es läuft die Fabrikation zunächst nur auf rund 1000 Kilogramm. Je nach der Marktlage beabsichtigen wir, die Fabrikation auf 2500 Kilogramm zu bringen. Damit würden wir auch im Jahr 1929 nicht über einen Tagesdurchschnitt von 13 000 Kilogramm für alle Fabriken zusammengenommen (kommen), wodurch auch jeder Einwand von Glanzstoff, daß wir unsere Kontingentierung überschritten hätten, von vornherein gegenstandslos gemacht wird, da ja die Abmachung uns eine Tagesproduktion von 13 000 Kilogramm erlaubt. Was die Vistra-Produktion anbelangt, so wollen wir vorläufig nicht die in Premnitz vorhandene Kapazität von 15 000 Kilogramm pro Tag ausbauen, was einer Neuinvestierung von rund acht bis zehn Millionen Mark entsprechen würde, sondern nur die Produktion von 6000 Kilogramm pro Tag bringen, wofür auf Grund der vom 15. August einzureichenden neuen Kredite 664 000 Mark auszugeben sind. ... Der heutige Konkurrenzkampf bedeutet einen Reinigungsprozeß, aus dem nur die wirtschaftlich starken und technisch vollkommenen Betriebe lebensfähig hervorgehen werden. Während alle schwächeren Betriebe eingehen werden, wie man es heute schon erlebt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Preise je wieder an die vorjährigen heranreichen werden." [64]
Wie dieser Konkurrenzkampf für die I.G. Farben ausging, ist hinlänglich bekannt.

Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler ...!

In dieser Situation der tiefgreifenden, allseitigen Wirtschaftskrise faßte die Tagung des ZK der KPD am 14. und 15. Mai 1931 wichtige Beschlüsse. Das ZK bezeichnete es als Hauptaufgabe, sämtliche Abwehrkräfte der Werktätigen zur Verteidigung ihrer sozialen Interessen und ihrer politischen und kulturellen Forderungen in eine große Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit einmünden zu lassen. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse gab die KPD einen Arbeitsbeschaffungsplan und ein Bauernhilfsprogramm heraus. Vor allem galt es, die Massen der Erwerbslosen in den Kampf einzubeziehen. In dem am 29. Mai 1931 veröffentlichten Arbeitsbeschaffungsplan entwickelte die Kommunistische Partei praktische Vorschläge, wie man jene Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wieder in den Produktionsprozeß einbeziehen könnte. Die Arbeitsbeschaffung wurde eng mit dem Kampf um die Einheitsfront aller Ar-

beiter und um die Beseitigung der Macht der Konzern- und Bankherren verbunden. Die KPD wies damit auch den Weg für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter im Betrieb mit den Erwerbslosen gegen die Verelendungspolitik der herrschenden Klasse.

In Premnitz zeichnete sich besonders in der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl im März 1932 der Zusammenschluß der Arbeiter zur Einheitsfront ab. Die Kommunisten betrieben eine umfangreiche Wahlpropaganda. Sie propagierten die Wahl Thälmanns. Folgender Aufruf wurde in Premnitz erlassen: „Kämpft mit der KPD und RGO gegen den imperialistischen Krieg – darum alle Stimmen für den Kandidaten Ernst Thälmann. – Jede Stimme für Ernst Thälmann ist eine Kampfansage gegen alle Kriegstreiber und ihre Helfershelfer. Jede Stimme für Hindenburg oder Hitler zählt für den imperialistischen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, denn beide sind Vertreter der Rüstungsindustrie und Börsenjobber. Darum, wer gegen Krieg und Ausbeutung ist, darf nicht länger zögern. Eingereiht in die große Klassenfront, schließt die Reihen . . ." [65]

Die Losung der Kommunistischen Partei: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" wurde auch von den Premnitzer Arbeitern richtig verstanden. Ihr gemeinsames Handeln in Vorbereitung der Wahl hatte ein entsprechendes Ergebnis:

Duesterberg	56 Stimmen
Hindenburg	490 Stimmen
Hitler	316 Stimmen
Thälmann	606 Stimmen
Winter	4 Stimmen
andere Personen	1 Stimme. [66]

Somit waren 42,9 Prozent der Stimmen für Ernst Thälmann abgegeben worden.

Als unter dem Terror der braunen Horden am 31. Juli 1932 Neuwahlen zum Reichstag stattfanden, befand sich im Wahlkreis Potsdam unter den Kandidaten für die KPD neben Ernst Thälmann, Hermann Remmele und anderen auch Karl Köpke aus Premnitz und Otto Ganske aus Rathenow. [67]

Auf einer Plenartagung der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg im Juli 1932 stellte Walter Ulbricht in seinem Referat unter anderem fest: „Die Berlin-Brandenburger Organisation ist gewachsen und hat zahlreiche Kampferfahrungen sammeln können." [68]

Inzwischen hatte sich in Premnitz gegen die herannahende faschistische Gefahr ein proletarischer Selbstschutz gebildet. Darin waren neben den Mitgliedern der KPD, die Initiatoren dieses Selbstschutzes waren, auch Mitglieder der SPD und SAP sowie Parteilose vertreten. Der Selbstschutz war so stark, daß die Nazis nicht wagten, offen gegen ihn aufzutreten. Als in der Nacht zum Wahltag eine Horde SA-Männer aus Rathenow nach Premnitz kam, jagte sie der proletarische Selbstschutz schnell zum Dorf hinaus. Aber nicht immer handelte die Arbeiterklasse in Premnitz so einheitlich und geschlossen. Besonders in der Fabrik waren die Mitglieder der SPD und SAP oft nicht in der Lage, die Situation richtig einzuschätzen und gemeinsam mit den Kommunisten die Forderungen der Arbeiter gegen die Fabrikleitung durchzusetzen. Im April 1932 schrieb zum Beispiel die „Rote Spule": „Ein neuer Lohnabbau steht dem deutschen Proletariat nach den Wahlen bevor. Sechs bis sieben Millionen Erwerbslosen droht ein neuer Abbau der Hungerunterstützung. Wie lange noch will das deutsche Proletariat die Unternehmerangriffe, die arbeiterfeindliche Politik der Brüning, Hindenburg, Severing-Regierung, den Terror der faschistischen Banden dulden? Diese Angriffe treffen alle Arbeiter in gleicher Weise." [69]

Am 13. April 1932 fand eine Versammlung des Betriebsrates statt, in der die Kommunisten folgende Forderungen unterbreiteten:

1. Verhinderung von Entlassungen und Lohnabbau
2. Betriebsratsauflösung und -neuwahl
3. Einberufung einer öffentlichen Betriebsversammlung. [70]

Die Betriebsgruppe der KPD rief die Arbeiter der Fabrik auf, bei der Neuwahl des Betriebsrats wirklich revolutionäre Vertrauensleute zu wählen: „Wählt in den Abteilungen rote Vertrauensmänner, damit habt ihr einen Teil dieser Forderungen erkämpft." Nach den Wahlen im Juli 1932 ging das Monopolkapital noch rigoroser gegen die Arbeiterklasse vor. Alle Lohntarife wurden außer Kraft gesetzt und die Löhne noch weiter gesenkt. Die Angriffe der Unternehmer wurden durch Notverordnungen der Regierung Papen unterstützt. In Rathenow und Brandenburg wirkte sich die Wirtschaftskrise besonders verhängnisvoll auf die Arbeiter aus. Im Verhältnis zu den dort ansässigen Industriezweigen, wie Optik, Metallindustrie, Textilindustrie und andere, war die Lage der chemischen Industrie etwas stabiler. Dazu trug auch der internationale Aufstieg der Chemiefasern bei. Außerdem wurde in den Jahren 1931/32 die neue Bandstraße für die Zellwollherstellung aufgebaut. Für diese Arbeit stellte man Arbeitslose aus Rathenow und Brandenburg zu den niedrigsten Löhnen ein. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck der Konzernherren auf die beschäftigten Arbeiter. Vor den Fabriktoren standen genügend Erwerbslose, die bereit waren, für einen Hungerlohn zu arbeiten. In vielen Orten Deutschlands kam es damals zu großen Streiks. Der bemerkenswerteste war der Ausstand der 22 000 Verkehrsarbeiter in Berlin. Werktätige aller politischen Auffassungen kämpften gemeinsam um ihre Forderungen. Der Streik bildete einen Höhepunkt in der Einheitsfrontpolitik der KPD. Der Einfluß der Kommunistischen Partei Deutschlands unter den Arbeitermassen und den werktätigen Schichten des Volkes nahm ständig zu. Der Ausgang der Wahlen vom 6. September 1932 machte diese Entwicklung besonders deutlich. Die KPD erhielt fast sechs Millionen Stimmen. Das waren 1,5 Millionen mehr, als die KPD zwei Jahre zuvor erhalten hatte. Dagegen waren den Nazis zwei Millionen Stimmen innerhalb von vier Monaten verlorengegangen. Die reaktionären Kräfte setzten nun ihre ganze Macht ein, um so schnell wie möglich die faschistische Diktatur zu errichten.

Anfang September hatte die Papenregierung einen harten Schlag gegen die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter geführt, indem sie die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten" erließ. Die Verordnung sah Lohnkürzungen bis zu 50 Prozent der Tarife vor. [71] Am 2. Dezember 1932 übernahm Reichswehrgeneral von Schleicher die Macht. Er stützte sich besonders auf die I.G. Farben und die Schwerindustrie. Seine Regierung bereitete unmittelbar die faschistische Diktatur vor. Bereits am 6. November 1932 hatte eine Gruppe deutscher Monopolisten, unter anderen Thyssen, Krupp, Haniel, Schacht, Schröder, Siemens, Vögler und Bosch, in einem Brief an Hindenburg die Übertragung der verantwortlichen Leitung des Reiches an den Führer der größten nationalen Gruppe, nämlich Hitler, verlangt. [72]

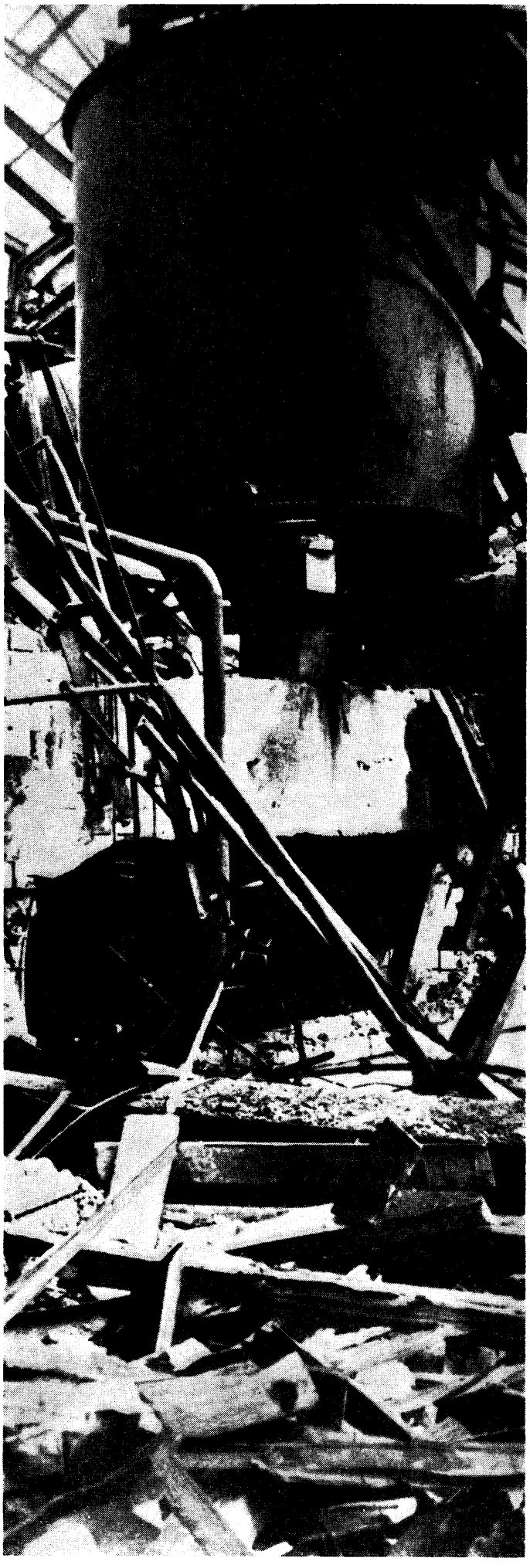
Die Umtriebe der Faschisten wurden auch in Premnitz immer spürbarer. Doch die Genossen waren auf der Hut und taten viel, um der faschistischen Gefahr zu begegnen. Zum Beispiel organisierten sie zusätzlich zum proletarischen Selbstschutz einen proletarischen Häuserschutz. Wie notwendig das war, zeigt folgender, von der „Roten Spule" geschilderter Vorfall: „Wie in anderen Orten so auch in Premnitz hat die braune Mobbestie versucht, Arbeiter zu ermorden. Vor einiger Zeit, als ein Jungarbeiter in der Kolonie Flugblätter verteilte, lauerten diese feigen Burschen im Hinterhalt und gaben hinterrücks einen Schuß auf den Jungarbeiter ab, der glücklicherweise nicht traf. Als darauf einige Arbeiter herankamen, ergriffen diese feigen Mordbuben die Flucht in Richtung Döberitzer Straße." [73]

In Versammlungen traten die Genossen auf und erteilten den Faschisten manche Lektion. Karl Köpke berichtete darüber: „Ein großer Teil der SPD-Genossen, unzufrieden mit ihrer Führung, trat in die SAP ein. Wenn es auch zwischen KPD und SAP zu keiner prinzipiellen Einigung kam, so gelang es doch, die SAP-Mitglieder davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, gemeinsam dem faschistischen Terror zu begegnen. So nahmen die Genossen der KPD und SAP gemeinsam an Versammlungen der Nazis teil und

trachteten danach, den faschistischen Referenten aus dem Konzept zu bringen, um dann selbst kurze und treffende Ausführungen gegen die Politik Hitlers zu machen. Dabei geschah es dann nicht nur einmal, daß eine Naziversammlung mit dem Gesang der Internationale beendet und die Versammlung so zu einem Mißerfolg für die Hitleranhänger wurde. Die alten Genossen werden sich noch an eine der Naziversammlungen erinnern, wo der Redner behauptete, Karl Marx hätte dazu aufgefordert, der Mittelstand müßte beseitigt werden. Einige Genossen forderten den Redner auf, der Versammlung zu sagen, wann Karl Marx diese Forderung gestellt hätte. Da er hierauf nicht antwortete, zog es die Versammlung vor, aufzustehen und unter Absingen der Internationale den Saal zu verlassen. Die anwesende SA war in eine Ecke gedrängt und durch die Gendarmerie geschützt worden." [74]
An diese Zeit erinnert sich auch Alfred Bartz: „Ende 1932 fand eine öffentliche Versammlung der Nazis bei Breitag (heutiger Lindenhof) statt. Die Genossen Zweiling und Rosenfeld von der SAP sollten dort in der Diskussion sprechen. Der Genosse Zweiling befand sich schon im Saal, während der Genosse Rosenfeld am Betreten des Saales gehindert wurde. Als durch irgendwelche Umstände im Saal ein Tumult entstand, konnte auch der Genosse Rosenfeld den Versammlungsraum betreten. Er begab sich sofort zur Rednertribüne und sprach zur Versammlung. Der ihm gespendete Beifall zeigte, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Auch der Genosse Zweiling meldete sich dann noch zu Wort. Nach seiner Rede sangen die Massen spontan das Arbeiterlied ‚Brüder zur Sonne zur Freiheit' und verließen ordnungsgemäß den Saal. Als die Versammlungsteilnehmer auf die Döberitzer Straße kamen, leuchteten ihnen von der Bahnüberführung die großen weißen Buchstaben: ‚Wählt Thälmann!' entgegen. Während der Zeit der Versammlung hatte das Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), Max Friedrich, heute in der Sattlerei des CFW tätig, diese Losung gemeinsam mit seinem Freund gemalt. Vor dem kläglichen Rest der zurückbleibenden Nazis hatte der faschistische Redner die Ehre zu sprechen." [75]
Ende 1931 war in der Werkleitung eine Veränderung eingetreten. Dr. Kämpf übernahm die Leitung des Werkes Bobbingen. Zur gleichen Zeit trat Dr. Linnemann in den Ruhestand. Beide hatten eine sehr konservative Einstellung, waren jedoch nicht ganz ohne Verständnis für menschliche Probleme. Der neueingesetzte Leiter des Betriebes, Dr. Zetsche, war tyrannisch gegen die Arbeiter und erwies sich wenig später für die Nazis als „Führer" des Betriebes als gut geeignet. Zetsche war selbst eingefleischter Nazi.

Das Explosionsunglück im Dezember 1932

Im Frühjahr 1932 betrug die Gesamtbeschäftigtenzahl im Premnitzer Werk 1418. In dieser Zeit intensiver Ausbeutung der Arbeiter ereignete sich – es war am 7. Dezember 1932, vormittags 9.02 Uhr – im Gebäude 405 eine außerordentlich heftige Explosion mit schrecklichen Auswirkungen. Glücklicherweise hatte die Frühstückspause schon begonnen, so daß ein Teil der Arbeiter nicht mehr an der Unfallstelle war.
Karl Schäfer, ein Augenzeuge der Explosion, überliefert uns: „Plötzlich klirrten in ganz Premnitz die Fensterscheiben. Eine gewaltige Detonation erschütterte die Luft. Die Menschen auf den Straßen blieben wie gelähmt stehen, doch nur einen Augenblick, dann rannten sie zu den Werktoren. Es waren Frauen, Mütter und Kinder." [76]
In der Berliner Zeitung „Die Welt am Abend" vom 9. Dezember 1932 schrieb Erich-Peter Neumann einen Artikel über die Premnitzer Explosionskatastrophe mit der Überschrift „Wo I.G. Farben herrschen". Darin heißt es:
„Jetzt in diesen Tagen, in denen die Arbeiter die Faust ballen, wenn sie über die Explosion sprechen, werden sie sich ihres Elends, gegen das sie fast abgestumpft waren, wieder voll bewußt. Der Tod ist durch das Dorf gegangen. Er steht vor den Spinnern, Sortiererinnen und Laborarbei-

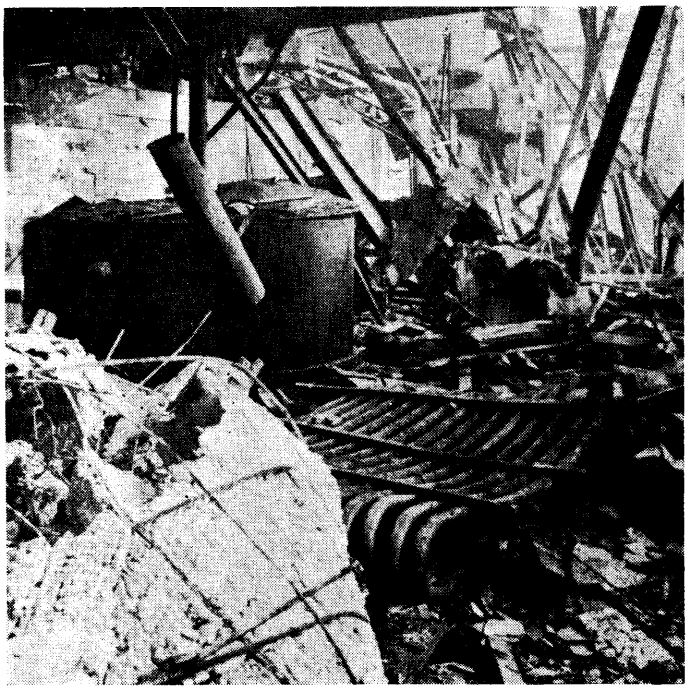


tern, die morgens durch die Straßen gehen, um in der fauchenden Maschinenstadt unterzutauchen. Sie wissen, daß er sie ebenso morden kann wie ihre Kameraden. Im Wald liegt die Unfallstelle. Ich stand in der Nacht dort, als Landarbeiter den Schutt auf Pferdewagen luden und langsam über den Weg fuhren. Das war zehn Stunden nach der Katastrophe. Das Werk keuchte, die Arbeit durfte ja nicht eingestellt werden. Der Profit wartet ja nicht. Wir haben die Leichenteile in Säcke gepackt; das Blut tropft immer heraus, sagte einer neben mir, der dann viele Meter von der Halle weg noch einen Toten an der Wand hängend gefunden hatte."[77]

Noch heute erinnern sich die alten Kollegen mit Grauen an dieses schreckliche Unglück, über das die I.G. Farben am 9. Dezember im Berliner Lokalanzeiger lakonisch berichten ließ: „In der Kunstseidenfabrik der I.G. Farben, Werk Premnitz, ereignete sich heute vormittag aus bisher noch ungeklärter Ursache anläßlich von Reparaturarbeiten ein Unglücksfall. Bisher wurden sieben Tote geborgen. Wahrscheinlich ist noch der Verlust eines weiteren Menschenlebens zu beklagen. Außerdem wurde noch eine Anzahl Personen verletzt. Dem Vernehmen nach soll es sich jedoch in der Hauptsache um leichter Verletzte handeln."[78]

Ebenfalls am 9. Dezember nahm „Der Havelländer" im Auftrage der I.G. Farben ausführlich zu den Sachschäden Stellung, die sich auf etwa 300 000 Reichsmark beliefen, aber durch Versicherungen gedeckt waren. Über die verunglückten Menschen hieß es lediglich: „Insgesamt sind elf Tote zu beklagen. Sechs Personen sind schwer, vier leicht verletzt. Für die sechs Schwerverletzten besteht nach ärztlicher Ansicht zu Besorgnissen keine Veranlassung."[79] Es folgten dann die Personalien der Toten und Schwerverletzten.

Menschenleben bedeuteten der I.G. Farben nichts. Sie verbreitete, das Unglück sei durch die Explosionen von Gasflaschen, die bei Schweißarbeiten benötigt wurden, hervorgerufen worden. Ja, man sprach sogar von Sabotageakten



durch kommunistische Elemente. Aus einem Protokoll vom 24. Januar 1933 geht hervor, daß die Ursache des Explosionsunglücks den Arbeitern in die Schuhe geschoben werden sollte. Angeblich hätte ein Arbeiter der Firma Höfer folgende Angaben gemacht: „Am Tage vor dem Unglück wurde von verschiedenen Arbeitern versucht, den Korb der Zentrifuge eins herauszunehmen. Die Arbeiter waren dabei, die Zentrifuge zu demontieren, und nahmen an, daß sich im Innern des Korbes noch Schrauben befanden, die zu lösen wären. Der betreffende Arbeiter stieg zu diesem Zweck in die Zentrifuge hinein und wollte nach Schrauben suchen. Er gibt an, dabei ein ascheähnliches Produkt wahrgenommen zu haben. Beim Abfüllen des inneren Korbteiles wären seine Hände bis etwa zum Handteller mit Asche bedeckt gewesen. Er gibt an, nach dem Heraussteigen aus dem Zentrifugenkorb seine Hände abgeschüttelt zu haben. Das Produkt hätte nach seiner Ansicht den Boden der Zentrifuge bedeckt und reichte in der Schütthöhe bis etwa zu dem Rand an der Zentrifugenwelle, der durch die Entleerungsvorrichtung gebildet wird. Jedenfalls könnte jetzt angenommen werden, daß die Asche den das Unglück verursachenden Sprengstoff enthalten hat. Der Lagerort des Sprengstoffes wäre nach dieser Annahme aufgeklärt."[80]
Dann wurde die unerhörte Lüge aufgetischt: „Eine gewisse Wahrscheinlichkeit besitzt die Depottheorie. Hiernach wird angenommen, daß in der Zeit nach dem Waffenstillstand von verbrecherischen bzw. spartakistischen Elementen gewisse Mengen von Schießbaumwolle nach erfolgter Reinigungsaktion des Schießwollbetriebes zur Seite geschafft wurden oder ein von außen anderer Explosionsstoff dort verborgen wurde. Die Zentrifuge eins wurde deshalb gewählt, weil sie in einem stillgelegten, wenig beaufsichtigten Teil des Betriebes unbenutzt stand. Es kann auch die Absicht angenommen werden, zu späteren Zeiten bei passender Gelegenheit dieses Depot wieder aus der Zentrifuge zu entnehmen. Aus irgendwelchen Gründen konnte dieses Vorhaben nicht ausgeführt werden. Die Möglichkeit, daß ein Attentat oder ein Sabotageakt vorliegt, kann nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden. . . . Der Ort der Explosion wäre durchaus günstig gewählt, da die Säurestation einer der wichtigsten Betriebe für die Herstellung von Kunstfasern ist. Außerdem war die Zentrifugenbühne ein Betriebsteil, der unbenutzt und wenig beaufsichtigt war, so daß unter der Annahme eines Anschlages auch diese Umstände für die Vorbereitung außerordentlich günstig waren."[81]
Alle Konzernberichte gipfelten darin, daß niemals die Betriebsleitung an diesem Unglück schuld sein könne. Die KPD sorgte jedoch dafür, daß die Arbeiterschaft die wahren Ursachen der Katastrophe erfuhr und die Schuldigen daran erkannte. Die Kommunisten erhoben die Forderung, die Hinterbliebenen der Toten gegen Not und Elend zu schützen und auch den Verstümmelten eine entsprechende Rente zu sichern. In einem Flugblatt stellten sie die Chemiekönige als Schuldige an dem Arbeitermord bloß und riefen die Arbeiter in den Betrieben und in den Stempelstellen zum einheitlichen Handeln auf.
Max Herm aus Brandenburg – nach 1945 lange Zeit Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg – stellte im Auftrag der kommunistischen Fraktion am 7. Dezember 1932 folgenden Antrag im Reichstag: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, anläßlich der Explosionskatastrophe im I.G.-Farben-Werk Premnitz folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:

1. Schließung des Betriebes bis zum Abschluß der Untersuchung durch eine Untersuchungskommission;

2. strengste Untersuchung unter Mitwirkung der von der Belegschaft gewählten Vertrauensleute zur Feststellung der Schuldfrage;

3. Weiterzahlung des Lohnes und des Gehaltes an die Belegschaft, mindestens bis zum Abschluß der Untersuchung;

4. Zahlung einer lebenslänglichen Rente in Höhe von monatlich 200 Reichsmark für jede Witwe und jeden Dauerinvaliden und je 50 Reichsmark monatlich für jeden Unterhaltspflichtigen;

Dieses Flugblatt der KPD wurde im gesamten Bezirk Berlin-Brandenburg verteilt.

5. Übernahme der Beerdigungs- und Behandlungskosten für alle Opfer;
6. strengste Bestrafung aller Schuldigen an dieser Katastrophe, insbesondere der Direktion und leitenden Angestellten."[82]

Nachdem Max Herm durch den Zentrumspräsidenten Esser mit der Begründung das Wort entzogen wurde, er hätte einen traurigen Fall zur politischen Agitation mißbraucht, ergriff der Abgeordnete Ernst Schneller (KPD) das Wort. Als auch er gegen die monopolkapitalistische Politik der Regierung sprach, wurde ihm ebenfalls das Wort entzogen. Daraufhin riefen die kommunistischen Abgeordneten: „Nieder mit Hindenburg!"

Für die Nationalsozialisten war das ein Vorwand, gegen die Abgeordneten der KPD mit Faustschlägen und Koppelschlössern vorzugehen. Dabei kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf es Verwundete auf beiden Seiten gab. Die Sitzung konnte erst nach einer Unterbrechung von einer Dreiviertelstunde fortgesetzt werden.

Die Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion wurden nicht erfüllt. Der Konzern besaß sogar eine solche Macht, kommunistischen Abgeordneten des Reichstages, die sich im Auftrage ihrer Fraktion an Ort und Stelle vom Ausmaß der Katastrophe überzeugen wollten, den Zutritt zum Werk zu verweigern. Die Herren der I.G. Farben wurden von Rechts wegen für schuldlos erklärt. Doch das war kein Wunder, saßen doch diejenigen, die die Schuldfrage zu klären hatten, wie Oberstaatsanwalt Zetzlaff, Staatsanwalt Degenthal, Richter Buettner und andere Vertreter des Gewerbeaufsichtsrates, am Tisch der I.G. Farben.

Auf das Konto der I.G. Farben kam der Tod von zwölf Menschen. Vorerst blieb er noch ungesühnt.

Ums Leben gekommen sind:

Friedrich Bode aus Neustettin, Max Dittmer aus Halberstadt, Helmut Hasse aus Milow, Hermann Hinz aus Schlagenthin, Wilhelm Müller aus Mögelin, Siegfried Nikolaus aus Rathenow, Hans Pap aus Großwudicke, Paul Stephan aus Milow, Richard Schönefeld aus Pritzerbe, Emil Tank aus Schlagenthin, Gustav Thie aus Rathenow, Karl Winkes aus Premnitz.

In dieser Situation bildete sich in Premnitz auf Initiative der KPD ein Einheitsausschuß, dem über 20 Arbeiter angehörten. Er trat mit einem Kampfauftrag gegen den imperialistischen Krieg an die Öffentlichkeit. Es hieß darin:

„Wir Arbeiter der Kriegsrüstungshölle der I. G. Farben in Premnitz wenden uns an die Belegschaft aller Betriebe, an die Erwerbslosen aller Stempelstellen und an die Organisation aller Arbeiter und Werktätigen mit folgendem Kampfappell: Die furchtbare Explosionskatastrophe in unserem Betrieb, hervorgerufen durch frevelhaftes Verschulden der I. G.-Farben-Direktion, war ein weithin leuchtendes Flammenzeichen für die Arbeiter in ganz Deutschland, das die ungeheure Gefahr der imperialistischen Kriegsvorbereitung blitzartig erhellt hat. Die zerfetzten Leiber unserer ermordeten Kollegen, die Schmerzensschreie der Verwundeten, das grauenhafte Elend der hinterbliebenen Angehörigen müssen allen Werktätigen eine aufrüttelnde Mahnung sein, sich zum gemeinsamen Kampf gegen die verbrecherische Kriegsrüstungspolitik der herrschenden Klassen zusammenzuschließen. ... Entfesselt den proletarischen Massenkampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihre Helfer! Setzt der chauvinistischen Kriegshetze und der nationalistischen Demagogie die millionenfache Propagierung der sieghaften Losung des proletarischen Internationalismus entgegen! Immer machtvoller muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß es ohne die soziale Befreiung keine nationale Befreiung geben kann. ... Wir Arbeiter der Kriegsrüstungshölle der I. G. Farben Premnitz rufen die Werktätigen in Berlin-Brandenburg zur Organisierung eines machtvollen Antikriegskongresses am 30. Januar 1933 auf. Auf diesem Kongreß wollen wir gemeinsam beraten, wie der Kampf gegen die Kriegsrüstungen und gegen die imperialistische Kriegsgefahr in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land zu führen ist. ... Vereinigt euch im Kampf gegen den imperialistischen Krieg."[83]

Die „Rote Spule" schrieb in ihrer ersten Januarausgabe

Kriegshölle explodiert!

15 Arbeiter getötet!

In dem Chemiebetrieb der J. G. Farben in Premnitz bei Rathenow ereignete sich eine furchtbare Explosionskatastrophe. Am Mittwoch, dem 7. Dezember, wurde durch die Explosion einer Sauerstofflasche ein ganzes Werkgebäude zerstört, die Träger der Sauerstofflasche völlig zerfetzt. Die Explosion war so heftig, daß es in weitliegenden Ortschaften gehört wurde. Die Fensterscheiben im ganzen Fabrikgebäude wurden durch diese ungeheure Erschütterung völlig zerstört. Der Bevölkerung, die aus dem weiten Umkreis zu Tausenden nach Premnitz marschierte, bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Nach den vorliegenden Nachrichten ist mit fünfzehn Toten, vielen Schwer- und Leichtverletzten zu rechnen.

Die Chemiekönige die Schuldigen an dem Arbeitermord

Arbeiter wurden ermordet, verkohlt aus den Trümmern geborgen, Lehrlinge, Jungarbeiter völlig zerfetzt. Diese furchtbare Explosionskatastrophe ist die Ursache des Antreibersystems, des verschärften Tempos der Rüstungen der deutschen Bourgeoisie, insbesondere in den Kriegsbetrieben. Die Schuldigen dieser Katastrophe sind die Direktoren und Aktionäre der I. G. Farben, die im Interesse der Steigerung der Dividende der Kriegsindustrie ein schamloses Hetztempo unter Ausschaltung aller Gesundheitsmaßnahmen für die Arbeiter im Betrieb eingeführt haben.

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat im tagenden Reichstag sofort die Initiative ergriffen, die Schuldigen an der Katastrophe angeprangert und sofortige Behandlung des Falles vor dem Reichstagsplenum gefordert und ihre Anträge eingebracht.

Die Forderungen der Kommunisten im Reichstag lauten:

Sofortige Schließung des Betriebes.

Einsetzung einer Untersuchungskommission aus 10 Mitgliedern des Reichstags und 15 gewählten Vertretern der Arbeiter aus dem Betrieb.

Weiterzahlung der Löhne und Gehälter an die Belegschaft bis zum Abschluß der Untersuchung und Wiedereröffnung des Betriebes.

Auszahlung einer lebenslänglichen Rente für jede Witwe, jeden Dauerinvaliden von 200 Mark im Monat und auf jeden Unterhaltungspflichtigen in der Familie von 50 Mark monatlich.

Uebernahme der Beerdigungs- und Krankenkosten für alle Opfer. Bestrafung der schuldigen Direktoren und leitenden Angestellten des Betriebes.

Die sofortige Behandlung des Antrages wurde in einer Front von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt und einem Ausschuß überwiesen.

Die Kommunisten wenden sich an die Arbeiter in den Premnitzer Betrieben, in allen chemischen Betrieben an die Arbeiterklasse und Werktätigen, mit aller Entschlossenheit den Kampf gegen das Antreibersystem, gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter in den Betrieben, gegen jeden Pfennig Lohnraub aufzunehmen.

Kampfruf gegen imperialistischen Krieg!

Die Betriebszelle der Kriegsverbrecherfirma Premnitz ruft zum Einheitskongreß gegen imperialistische Aufrüstung und Kriegsgefahr

gemeinsamen Kampf gegen die verbrecherische Kriegsvorbereitungspolitik

einen revolutionären Einheitskongreß

am 30. Januar 1933 auf.

Sozialist auch im Kampf gegen den Imperia

1933: „Kriegsminister regieren. Die Feinde des werktätigen Volkes heucheln von Frieden auf Erden. Jahre nach dem Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet stehen heute an der Spitze sowohl des deutschen als auch des französischen Imperialismus die Minister des Krieges. Früher wurden die Kriegsminister erst nach Ausbruch eines Krieges, nach Verhängung des Kriegszustandes mit der Ausübung der Staatsmacht beauftragt. Heute tut das die Bourgeoisie vorsichtigerweise schon vor dem offenen Kriegsausbruch. Arbeiterinnen und Arbeitskollegen der I. G. Farben Premnitz, dem neuen Jahr 1933 ein dreifaches kräftiges ‚Rot Front'! Wir wollen im Jahr 1933 vorwärtsstürmen im Zeichen der roten Einheitsfront."[84]

Der Einheitsausschuß in der Fabrik forderte die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, weitere aufgefundene Reste von Schießbaumwolle bei ihm zu melden. Dadurch sollte zur Sicherheit der Arbeiter beigetragen und die Sorglosigkeit der Betriebsleitung angeprangert werden.

Doch fanden sich leider auch Arbeiter, die zu Lakaien der I.G. Farben wurden. Erneut aufgefundene Reste von Schießbaumwolle wurden zur Direktion gebracht. Dafür erhielten die Betreffenden 20 Mark Belohnung.

Wie recht der Einheitsausschuß mit seiner Warnung hatte, sollte sich bald zeigen; denn noch waren die Wunden des Explosionsunglücks vom Dezember 1932 nicht verheilt, da ereignete sich im Januar 1933 eine erneute Explosion im Betrieb. Darüber berichtet die „Rote Spule": „Kurz vor 2.00 Uhr ertönte eine heftige Explosion in der Kopfstation des Travis-Betriebes, welche in weitem Umkreis zu hören war. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß das Dach des Gebäudes angehoben wurde und sämtliche Türen und Fenster aus den Angeln gerissen wurden. Eine Tür flog bis zum gegenüberliegenden Vistra-Betrieb, welcher ungefähr zehn Meter entfernt liegt."[85]

Die neue Explosion forderte einen Toten und drei Verletzte. Der Tote war Paul Friedrich aus Bützer; er zählte noch nicht 30 Jahre. An diese Katastrophe erinnert sich auch Alfred Fischer:

„Vor dem Eingang zur Zellwollanlage befand sich damals der Schwefelkohlenstoffkeller, wo in Tanks der Schwefelkohlenstoff aufbewahrt wurde. Durch eine Leitung erhielt die Seidenanlage ihren Schwefelkohlenstoff. Eine zweite führte zum Zellwollbetrieb. Diese Leitungen waren jedoch nicht gekennzeichnet, und nur Eingeweihte wußten genau Bescheid, welches Ventil zu öffnen war. Ich sollte das Einlaufen des Schwefelkohlenstoffes in den Kessel beobachten. Da nach der befohlenen Wartezeit kein Schwefelkohlenstoff in den Kessel lief, verständigte ich den Vorarbeiter. Doch da war bereits das Krachen der Explosion zu hören. Bei diesem Unglücksfall fand man im Gegensatz zur Katastrophe im Dezember 1932 schnell einen Schuldigen. Der Kollege Altenkirch, der das falsche Ventil geöffnet hatte, wurde bestraft." [86]

Daß die Leitungen nicht bezeichnet waren, daß es keine Sicherungsvorkehrungen gegen das Überlaufen des Schwefelkohlenstoffs gab, wurde gar nicht erst debattiert. Wie immer, so wurde auch diesmal der Schuldige bei den Arbeitern gesucht und bestraft.

Die drohende faschistische Gefahr wuchs von Tag zu Tag. Die NSDAP wurde durch die deutschen Großindustriellen Krupp, Thyssen, Pferdmenges und andere mit Millionen unterstützt. Im Bunde mit diesen Großindustriellen und Finanzkapitalisten standen auch die Gewaltigen der I. G. Farben. Auch sie erkannten in der NSDAP den Vertreter ihrer Interessen und finanzierten die faschistische Partei schon längere Zeit vor ihrem Machtantritt mit 400 000 Mark.

Anläßlich einer Tagung mit Großindustriellen am 27. Januar 1932 legte Hitler in Düsseldorf das Programm und die Ziele der NSDAP dar. Hier entwickelte er die Theorie vom deutschen Herrenmenschentum, das dazu berufen sei, über andere Völker und Rassen zu herrschen. Der I. G.-Farben-Konzern war durch den Vorsitzenden seines Vorstandes, Duisberg, dem damaligen Vorsitzenden des Reichsverbandes der Industrie, sowie durch Schmitz vertreten. Hitler legte dar, daß das deutsche Volk ein Volk ohne Raum sei

So unterstützte die I.G. Farben
das verbrecherische Treiben der Nazis.

und sich darum den fehlenden Lebensraum vor allem im Osten holen müsse.

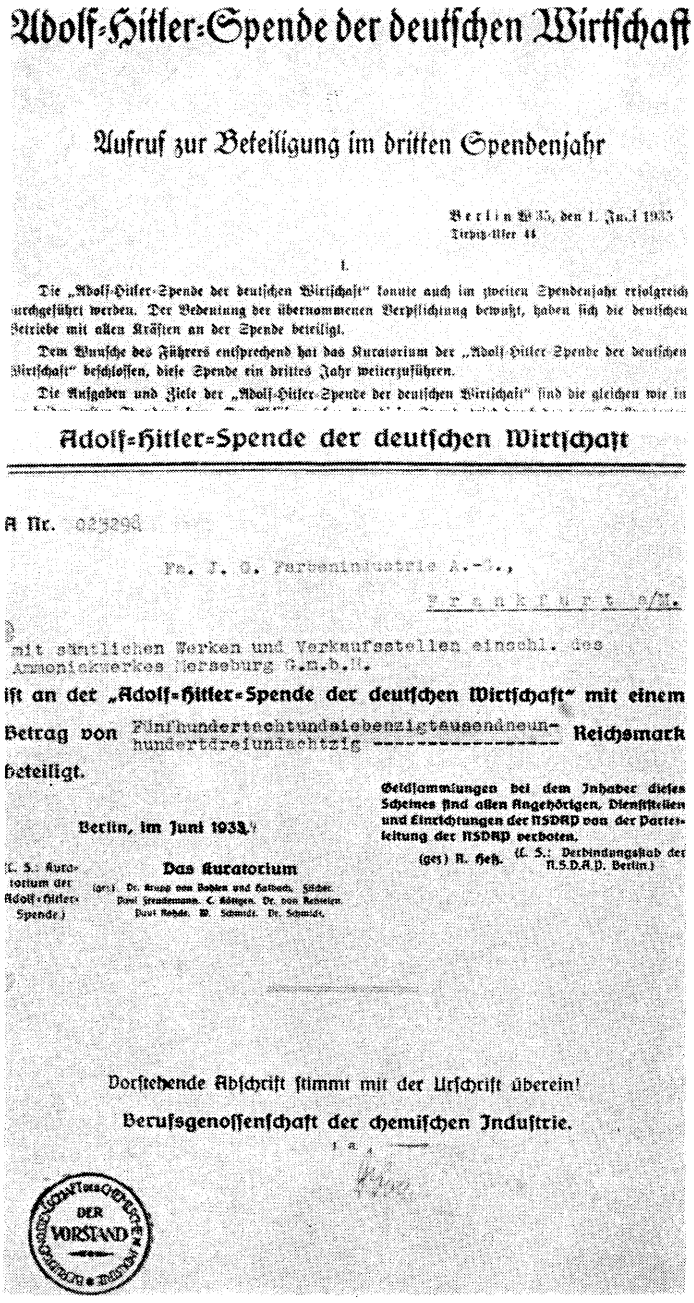
Diese Töne waren Musik in den Ohren der Monopolherren. Sie beschlossen, die faschistische Partei finanziell weiter zu unterstützen und an die Staatsmacht zu bringen. So erhielt zum Beispiel die Hitlerpartei von jeder geförderten Tonne Steinkohle fünf Pfennig. Diese fünf Pfennig machten 6 150 000 Mark im Jahr aus. Nach dem Machtantritt der Faschisten wurde dann auf Initiative des Monopolisten Krupp am 30. Mai 1933 ein Kuratorium gegründet, das sich mit der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" beschäftigte. In einem Rundschreiben an Firmen und Verbände wurden diese aufgefordert, jährlich mindestens 0,5 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1932 abzuführen. Allein die I. G. Farben spendete für das faschistische Regime

1933	3 584 070 Mark
1934	4 020 205 Mark
1935	4 515 039 Mark
1936	4 960 636 Mark
1937	5 467 626 Mark
1938	8 156 315 Mark
1939	7 539 857 Mark.

Der Gesamtbetrag dieser Spende in den zwölf Jahren faschistischer Diktatur betrug über 700 Millionen Mark.[87] Als einzige Kraft unternahm die KPD alles, um die Werktätigen zur Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr zusammenzuschließen. Ihre Mahnung lautete: „Hitler bedeutet Krieg!"

Auf dem antifaschistischen Einheitskongreß in Berlin am 10. Juli 1932 wurde ein „Manifest der Antifaschistischen Aktion" beschlossen. Darin hieß es unter anderem:

„Gestützt auf die chauvinistische Verhetzung breiter Millionenmassen durch die skrupellosen Demagogen des Hitlerfaschismus, ist die deutsche Bourgeoisie dabei, unmittelbar die faschistische Diktatur in Deutschland aufzurich-



Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Aufruf zur Beteiligung im dritten Spendenjahr

Berlin W 35, den 1. Juni 1935
Tiergarten 46

I.

Die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" konnte auch im zweiten Spendenjahr erfolgreich durchgeführt werden. Der Bedeutung der übernommenen Verpflichtung bewußt, haben sich die deutschen Betriebe mit allen Kräften an der Spende beteiligt.

Dem Wunsche des Führers entsprechend hat das Kuratorium der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" beschlossen, diese Spende ein drittes Jahr weiterzuführen.

Die Aufgaben und Ziele der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" sind die gleichen wie in

Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

A Nr. 025296

Fa. I. G. Farbenindustrie A.-G.,

Frankfurt a/M.

mit sämtlichen Werken und Verkaufsstellen einschl. des Ammoniakwerkes Merseburg G.m.b.H.

ist an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" mit einem Betrag von Fünfhundertachtundsiebenzigtausendneunhundertdreiundachtzig ---------- Reichsmark beteiligt.

Berlin, im Juni 1935.

Geldsammlungen bei dem Inhaber dieses Scheines sind allen Angehörigen, Dienststellen und Einrichtungen der NSDAP von der Parteileitung der NSDAP verboten.

(L. S.: Kuratorium der Adolf-Hitler-Spende.)

Das Kuratorium

(gez.) Dr. Krupp von Bohlen und Halbach. Stinnes. Paul Silverberg. C. Köttgen. Dr. von Renteln. Paul Rohde. W. Schmidt. Dr. Schmitz.

(L. S.: Verbindungsstab der N.S.D.A.P. Berlin.)

(gez.) R. Heß.

Vorstehende Abschrift stimmt mit der Urschrift überein!

Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

i. A.

DER VORSTAND

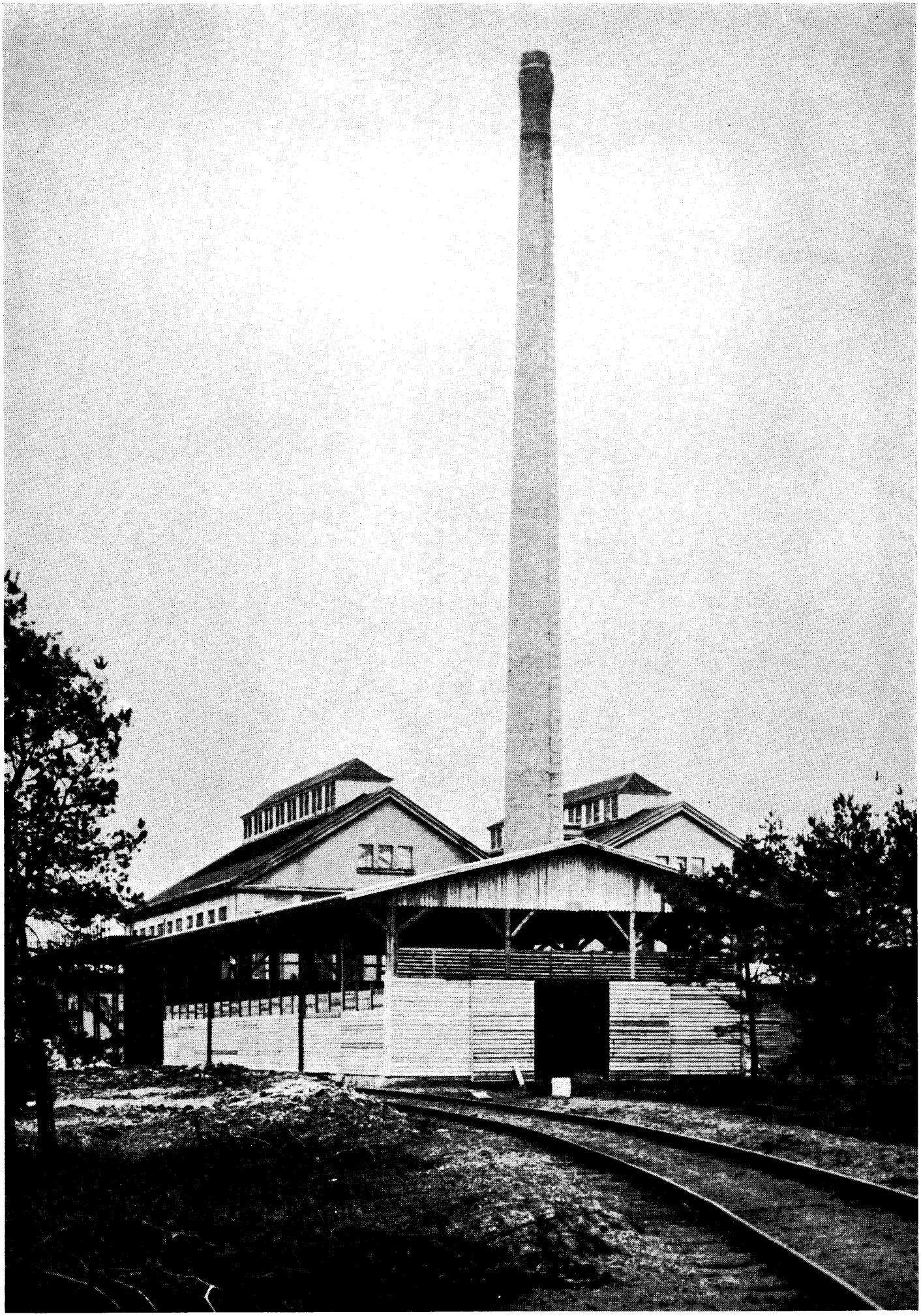
1934 wurde eine Aktivkohlefabrik errichtet.
Sie produzierte nach festen Plänen Gasmaskenkohle.

ten. . . . Galgen und Zuchthäuser des Faschismus bedrohen das deutsche Proletariat und die Werktätigen in Stadt und Land, wenn nicht der antifaschistische Freiheitskampf die verbrecherischen Anschläge aller Volksfeinde zunichte macht. . . .

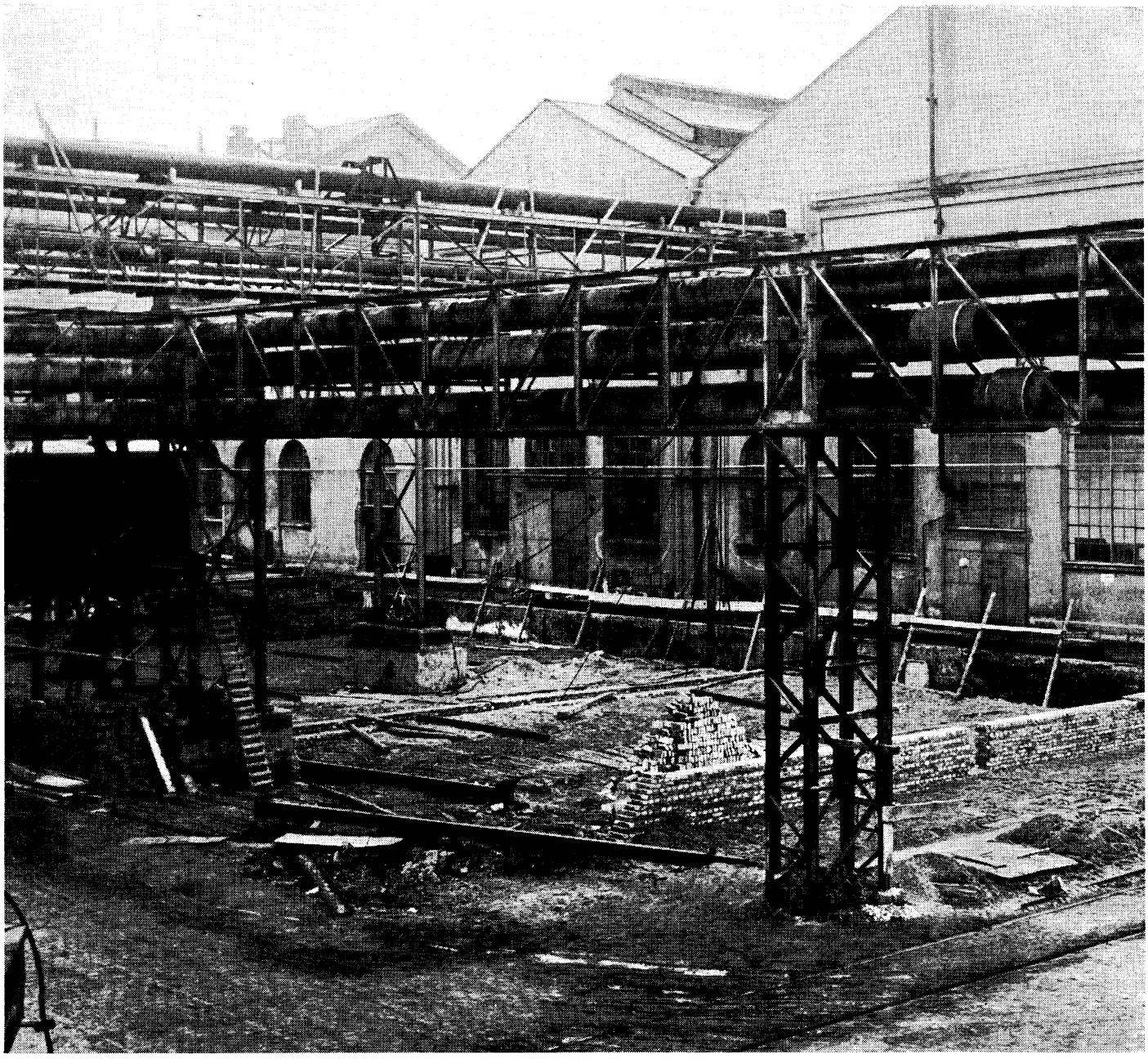
Die Antifaschistische Aktion will den ehrlichen Zusammenschluß aller Klassengenossen und Werktätigen, die bereit und gewillt sind, den Kampf gegen die diktatorischen Notverordnungen, gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch die Papen-Regierung und den nationalsozialistischen Terror zu führen."[88]

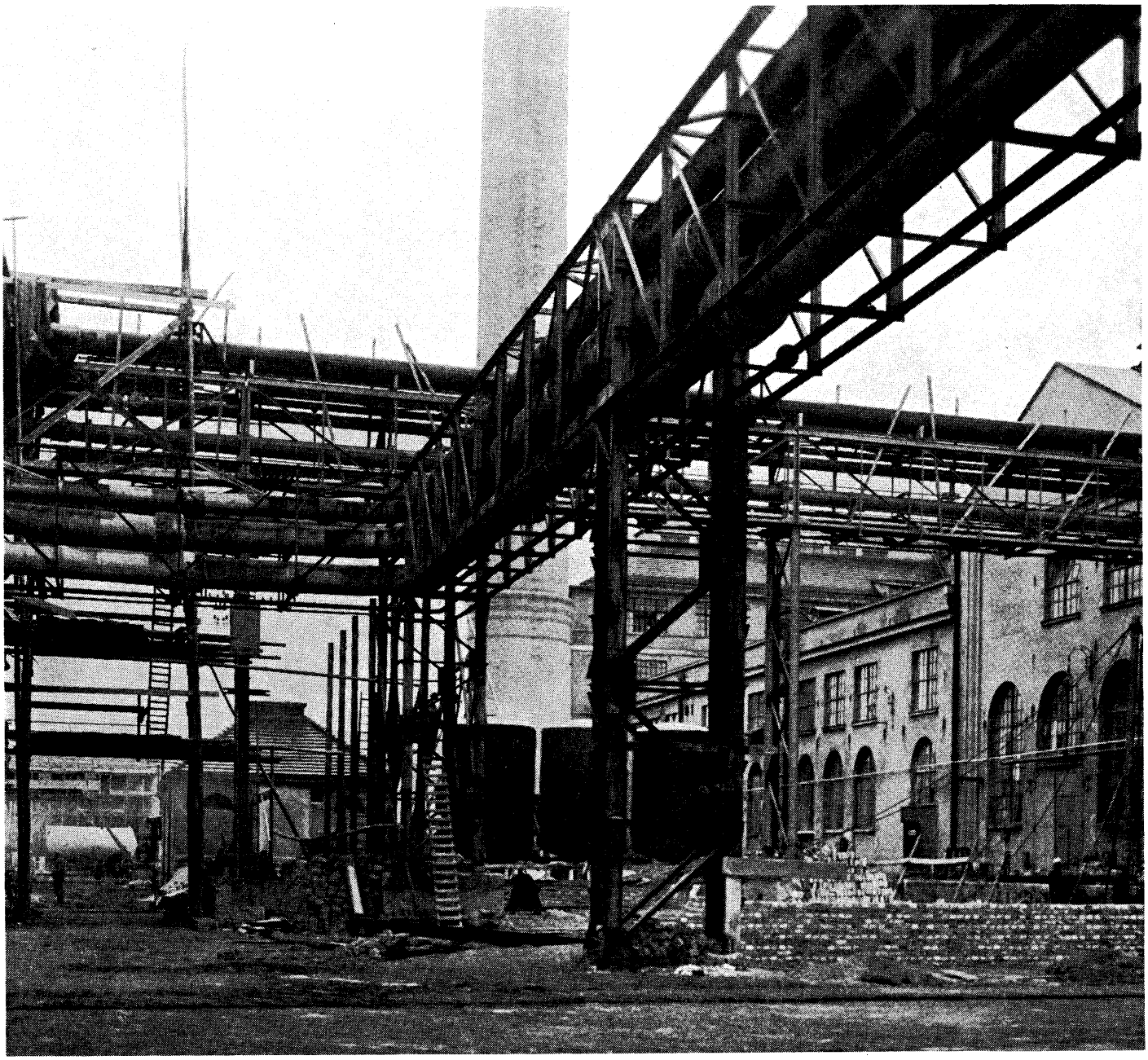
Unter der Losung: „Ein Feind, eine Front, ein Kampf!" wurde ein Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion beschlossen.[89] Auch jetzt noch, in der Stunde der höchsten Gefahr für Frieden und Demokratie, lehnten die rechten Führer der SPD das Ersuchen der KPD, gemeinsam zum Generalstreik gegen die faschistische Diktatur aufzurufen, ab. Jahrelang hatten sie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse verhindert. Durch ihre Koalition mit dem Finanzkapital spaltete die rechte SPD-Führung die Arbeiterklasse und erleichterte dadurch dem Faschismus die Machtergreifung.

„Das Schicksal der Weimarer Republik läßt erkennen, wie verhängnisvoll es war, daß in der Novemberrevolution die Macht der deutschen Konzern- und Bankherren vor dem Untergang gerettet und eine echte Demokratie in Deutschland, wie auch ein gutes Verhältnis Deutschlands zu den anderen Völkern, vor allem zur Sowjetunion, verhindert worden war. . . . Die Geschichte der Weimarer Republik lehrt, daß Herrschaft des Imperialismus und echte Demokratie unvereinbare Gegensätze sind und daß der Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden monopolkapitalistischen Gruppe und den Lebensinteressen des Volkes unüberbrückbar ist. Das Ende der Weimarer Republik bestätigt die Richtigkeit der Feststellung der KPD, die allein einen den Interessen der Nation entsprechenden Weg wies: Echte Demokratie kann es nur geben, wenn Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militaristen aus allen Machtpositionen entfernt werden und die Werktätigen, geführt von der geeinten Arbeiterklasse, das Geschick des Staates und die Leitung der Wirtschaft in ihre Hand nehmen."[90]



Die Lagerstation für Vistra wurde erweitert.
(Bild unten)
Ein neues Zellstofflager
für den Kunstseidenbetrieb



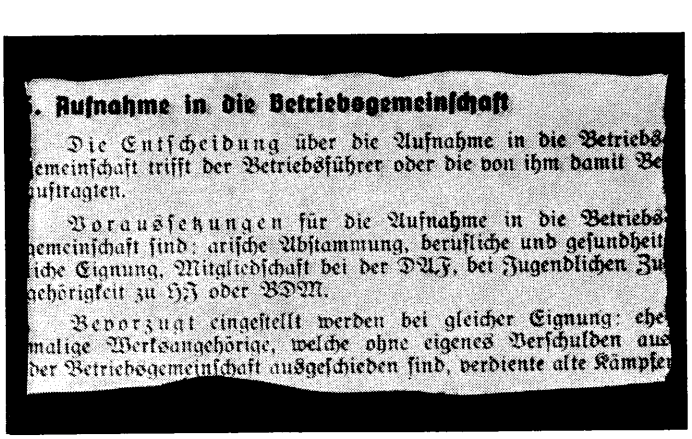


Die Einbeziehung des Betriebes in Aufrüstung und Krieg und der Kampf der Arbeiter gegen die faschistische Terrorherrschaft (1933 bis 1945)

Der Faschismus und die I.G. Farben

Mit der Machtergreifung durch die Hitlerregierung begann die offene faschistische Diktatur in Deutschland. Sie war durch maßlosen Terror gegen die Werktätigen, durch Kriegsvorbereitung gekennzeichnet und führte schließlich zum blutigsten aller bisherigen Kriege. „Die Hauptaufgabe der Hitlerdiktatur bestand darin, im Interesse des deutschen Monopolkapitals, der Junker und Militaristen die Kraft der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durch die Vernichtung ihrer marxistisch-leninistischen Führung, der Kommunistischen Partei Deutschlands, zu brechen, mit der Arbeiterklasse auch die anderen Kräfte des Volkes zu unterjochen und für einen Krieg willfährig zu machen."[91]
Die Hitlerregierung nahm den von den Nazis selbst inszenierten Reichstagsbrand zum Anlaß, mit einer Notverordnung vom 28. Februar 1933 die Weimarer Verfassung faktisch außer Kraft zu setzen. Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung wurden alle verbürgten demokratischen Grundrechte aufgehoben, das Recht der persönlichen Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie das Brief-, Post- und Telefongeheimnis. Danach folgten kurz hintereinander über 460 Sondergesetze und Verordnungen, die die gemeinsame Diktatur des Finanzkapitals und der Naziregierung festigen sollten und deren blutige Gewalttaten und Ausschreitungen legalisierten. Allein in der Nacht des Reichstagsbrandes wurden mehr als 10 000 Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten verhaftet und fürchterlich mißhandelt. Die höllischen Konzentrationslager wurden eingerichtet. Die dunkelste Zeit deutscher Geschichte brach an.
Hitler war bereit, die Strategie des deutschen Finanzkapitals zu verwirklichen, die Duisberg in einer Erklärung zur Außenpolitik der I. G. Farben im März 1931 mit den Worten umrissen hatte: „Um das europäische Problem endgültig zu lösen, müssen die wirtschaftlichen Beziehungen ... geregelt und als Rückgrat Europas ein fester Wirtschaftsblock geschaffen werden, der von Bordeaux bis Odessa reicht."[92] Triebkraft dieser Politik war das Profitstreben. Die Gewinne der I. G. Farbenindustrie an der Aufrüstung betrugen im Jahre 1937 bereits 231 Millionen Mark gegenüber 48 Millionen im Krisenjahr 1932. Im Jahre 1939 stiegen sie auf 363 Millionen Mark an und erreichten 1943 rund 822 Millionen.[93]
So wie in anderen Betrieben Deutschlands wurden auch in Premnitz nach der Machtübernahme der Nazis die wenigen Rechte der Arbeiter gänzlich beseitigt, die Betriebsräte aufgelöst und durch Vertrauensräte der Faschisten ersetzt. Letzterem maß man im Konzern besondere Bedeutung bei, wie aus einer bereits zitierten Schrift der I. G. Farben hervorging: „Gerade hier, in den Vertrauensräten und in dem sozialen Unternehmensbeirat, der für die Lösung gemeinschaftlicher sozialpolitischer Aufgaben für das gesamte Unternehmen bestellt ist, zeigt sich recht eigentlich der Kernpunkt des sozialen Wandels: Früher standen in den Betriebsräten die Interessenvertreter der Gefolgschaft dem Werkleiter als Interessenvertreter des Unternehmers gegenüber; wohlgemeinte Versuche unserer Werkleiter, in dieses System Breschen zu legen, hatten nur teilweise Erfolg. Aus den Gegensätzlichkeiten entwickelten sich zwischen den beiderseitigen Verbänden harte, zähe Kämpfe um den Lohn und die sonstigen Ansprüche aus dem Tarifvertrag. Der Vertrauensrat von heute ist nicht nur das Organ der Betriebsgemeinschaft, sondern auch äußerlich und innerlich die Verkörperung des ihr zugrunde liegenden großen Gedankens: Der Führer des Betriebes, allein verantwortlich für die Entscheidung auf allen Gebieten, berät sich kameradschaftlich mit Gefolgschaftsmitgliedern, die ihrerseits nicht Wahrer von Interessen einzelner Gefolgschaftsgruppen, sondern, wie der Betriebsführer, nur Träger der Interessen der gesamten Gefolgschaft sind. Die neue Betriebsordnung ersetzt die nüchtern aufgezählten Anweisungen und Verbote der früheren Arbeitsordnung durch ein Führer und Gefolgschaft verbindendes Gesetz echter und lebendiger Betriebsgemeinschaft."[94]

Mit solcher Demagogie trieb die Gewerkschaftsführung in Rathenow die Arbeiter in die Fänge der Nazis.

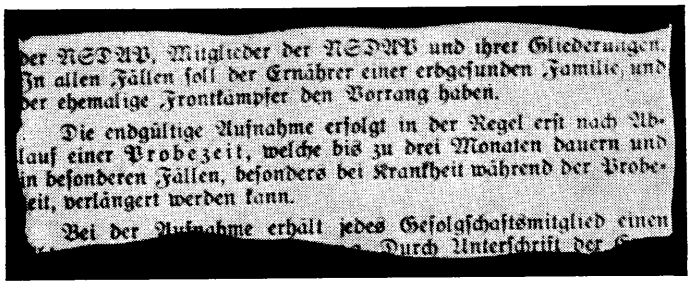


. Aufnahme in die Betriebsgemeinschaft

Die Entscheidung über die Aufnahme in die Betriebsgemeinschaft trifft der Betriebsführer oder die von ihm damit Beauftragten.

Voraussetzungen für die Aufnahme in die Betriebsgemeinschaft sind: arische Abstammung, berufliche und gesundheitliche Eignung, Mitgliedschaft bei der DAF, bei Jugendlichen Zugehörigkeit zu HJ oder BDM.

Bevorzugt eingestellt werden bei gleicher Eignung: ehemalige Werksangehörige, welche ohne eigenes Verschulden aus der Betriebsgemeinschaft ausgeschieden sind, verdiente alte Kämpfer



der NSDAP, Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. In allen Fällen soll der Ernährer einer erbgesunden Familie, und der ehemalige Frontkämpfer den Vorrang haben.

Die endgültige Aufnahme erfolgt in der Regel erst nach Ablauf einer Probezeit, welche bis zu drei Monaten dauern und in besonderen Fällen, besonders bei Krankheit während der Probezeit, verlängert werden kann.

Bei der Aufnahme erhält jedes Gefolgschaftsmitglied einen [illegible] Durch Unterschrift der

Rundschreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts Bundes,
Ortsausschuß Rathenow.

Rathenow, den 12. Mai 1933.

An die Mitglieder des A D G B !

Werte Kolleginnen und Kollegen!

A u f b e w a h r e n! A u f b e w a h r e n!

Betr. Gleichschaltung der Gewerkschaften.

Es ist uns bekannt geworden, daß nach der Besetzung der Verbandsbüros durch die NSBO zum Zwecke der Gleichschaltung der Gewerkschaften in den Mitgliederkreisen Unruhe und Befürchtungen wegen der erworbenen Rechte entstanden sind.

Wiederholt ist von uns darauf hingewiesen worden, daß die Gewerkschaften nach allen offiziellen Mitteilungen der Regierung und der maßgebenden Personen der NSDAP bestehen bleiben und alle Rechte und Anwartschaften der Mitglieder aufrecht erhalten werden.

Die jenigen Mitglieder, welche aus den verschiedensten Gründen ihre Mitgliedschaft aufgeben wollen, handeln nicht im Interesse ihrer selbst und ihrer Familie. Die Gewerkschaften sind rein wirtschaftliche Organisationen und deshalb haben Erwägungen anderer Art bei der Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften keine Rolle zu spielen.

Unsere Funktionäre sind deshalb verpflichtet, in den Mitgliederkreisen im vorstehenden Sinne aufklärend zu wirken und dafür zu sorgen, daß die geschaffenen Einrichtungen erhalten bleiben.

Der ADGB ist in allen Stürmen der Zeit groß und stark geworden. Es muß dies auch in der Zeit der wirtschaftlichen Krise, die wir seit einigen Jahren durchleben, weiter so bleiben.

Wir erwarten darum, daß alle Mitglieder und besonders die Funktionäre dabei mitwirken und dazu beitragen, daß die Organisationen erhalten bleiben und die Zahl der Mitglieder erhöht wird.

Der Beauftragte
der NSBO
Peter

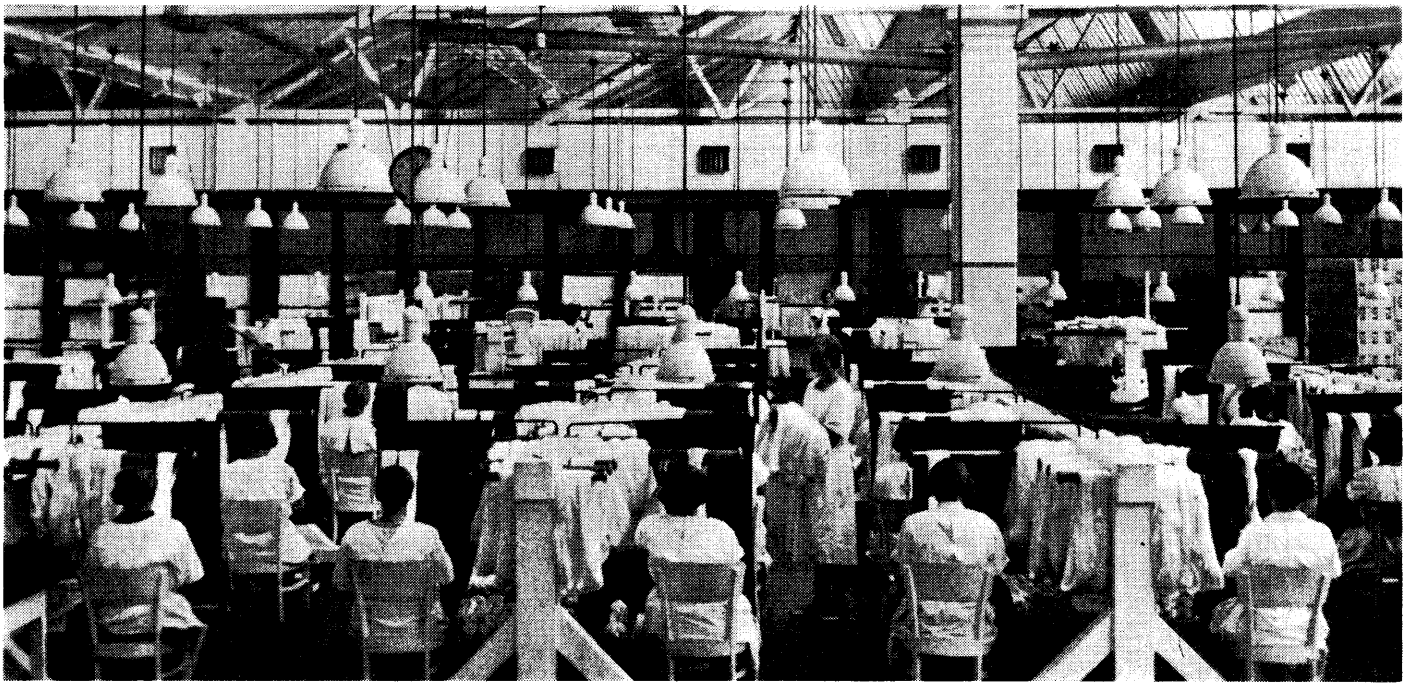
Mit kollegialem Gruß
Ortsausschuß
Ames.

Die Vertrauensmänner hatten also dafür zu sorgen, daß „Ruhe und Frieden" im Betrieb herrschte, daß alle die, die mit den bestialischen Methoden des Faschismus nicht einverstanden waren und sich in irgendeiner Art und Weise dagegen äußerten, mit Nachdruck auf „ihre Pflicht in der Führer- und Gefolgschaftsbewegung" hingewiesen wurden. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) trat an die Stelle der von den Nazis verbotenen Gewerkschaften. Besonders arbeiterfeindlich war die später gebildete faschistische Werkschar, ein Terrorinstrument der Kapitalisten.

Obwohl am 2. Mai 1933 die Büros der Gewerkschaften durch die Nazis besetzt wurden und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) zerschlagen wurde, veröffentlichte am 12. Mai 1933 der Kreisverband Westhavelland an die Mitglieder des ADGB ein Rundschreiben. Dort heißt es:

„Es ist uns bekannt geworden, daß nach der Besetzung der Verbandsbüros durch die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, d. Verf.) zum Zweck der Gleichschaltung der Gewerkschaften in den Mitgliederkreisen Unruhe und Befürchtung wegen der erhobenen Rechte entstanden ist. Wiederholt ist von uns darauf hingewiesen worden, daß die Gewerkschaften nach allen offiziellen Mitteilungen der Regierung und der maßgebenden Personen der NSDAP bestehen bleiben und alle Rechte und Anwartschaften der Mitglieder aufrechterhalten werden. . . . Die Gewerkschaften sind rein wirtschaftliche Organisationen, und deshalb haben Erwägungen anderer Art bei der Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften keine Rolle zu spielen."[95] Unterzeichnet war das Rundschreiben von dem Mitglied des Ortsausschusses Rathenow, Ames. Durch solche Funktionäre wurde offen der Klassencharakter der Gewerkschaften verneint. Objektiv wurde damit erreicht, daß die Arbeiter vom Kampf abgehalten wurden und der Faschismus Zeit erhielt, seine Macht endgültig zu festigen.

Der 1. Mai, jahrzehntelang Kampftag der Werktätigen für Frieden, Demokratie und Sozialismus, wurde von den Fa-



schisten zum „Tag der nationalen Arbeit" herabgewürdigt. Von nun an wurde zwölf Jahre lang am 1. Mai die Belegschaft der Premnitzer Fabrik auf einen freien Platz im Werkgelände zusammengetrommelt. Meistens sprach der Erzfaschist Passarge, damals Leiter der Sozialabteilung. Stets endeten Kundgebungen mit der Verherrlichung des von der „Vorsehung" berufenen Führers.

Am 20. Januar 1934 wurde das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" erlassen. Das Gesetz und die Betriebsordnung unterbanden von vornherein die Möglichkeit, daß irgendeine Körperschaft die Interessen der Arbeiter vertrat. So hieß es in der Betriebsordnung der I.G. Farben: „In der Betriebsgemeinschaft entscheidet der Führer des Betriebes. . . . Er setzt dem Betrieb die Ziele und sorgt für die Erledigung der Betriebsaufgaben. Führer des Betriebes und Vertrauensmänner bilden den Vertrauensrat, in welchem die sozialen Angelegenheiten des Betriebes beraten werden. Die Mitglieder des Vertrauensrates und der Betriebsobmann stehen dem Führer des Betriebes bei der Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Pflichten mit Rat und Tat zur Seite. Die Gefolgschaftsmitglieder sind dem Führer des Betriebes und mit ihm dem Unternehmer zu ehrlicher Treue verpflichtet."[96]

In bezug auf die „Gefolgschaftsmitglieder" wurde nur von Pflichten gesprochen. An keiner Stelle stand etwas über deren Rechte zu lesen. Es war auch kein Wort darüber enthalten, inwieweit der Vertrauensrat die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmer vertreten konnte. Welchen Repressalien die Arbeiter nun ausgesetzt waren, schildert der Bericht des Genossen Otto Natschke:

„Die Willkür gegen die Arbeiter nahm nach der Machtübernahme der Faschisten noch schärfere Formen an. Die Faschisten und ihre schmutzigen Handlanger hatten sich auch hier im Werk eingenistet und bespitzelten die ehrlichen Arbeiter. Der während der Weimarer Republik dem Betriebsrat angehörende Genosse Gustav Boddin, der im Werk als Zimmermann arbeitete, wurde durch die Faschisten gemaßregelt. Genosse Boddin stand wegen seiner fortschrittlichen Einstellung unter Polizeiaufsicht. Er mußte sich täglich nach der Arbeit beim faschistischen Bürgermeister in Mögelin registrieren lassen. Boddin, der wegen körperlicher Behinderung nicht radfahren konnte, mußte täglich den Weg nach Mögelin zu Fuß zurücklegen. Diese Schikanen werden sichtbar, wenn man weiß, daß der Bürgermeister am Ortsausgang in Richtung Rathenow wohnte und der Genosse Boddin in Mögelin Ausbau, also in unmittelbarer Nähe von Premnitz."[97]

In der Betriebsordnung der I.G. hieß es weiter: „Es wird allen Gefolgschaftsmitgliedern zur unbedingten Pflicht gemacht, alle ihnen durch ihre Arbeit zur Kenntnis gelangenden Tatsachen oder in ihren Besitz kommenden Unterlagen strengstens geheimzuhalten und auch ihren Mitarbeitern gegenüber Stillschweigen zu bewahren, sofern sie nicht zur Erledigung ihrer Obliegenheiten darüber sprechen müssen. . . . Ebenso ist es Pflicht jedes Gefolgschaftsmitgliedes, alle Unterlagen, auch ihre Aufzeichnungen und dergleichen keinem Unbefugten zugänglich zu machen und bei Verlassen des Gebäudes unter Verschluß aufzubewahren. Nur mit Zustimmung des Führers des Betriebes ist gestattet: das Verteilen oder Drucken von Druckschriften oder sonstigen Anschlägen, das Sammeln von Unterschriften oder Beiträgen zu irgendwelchen Zwecken, der Verkauf von Gegenständen, soweit es sich nicht um die Durchführung von Anordnungen der NSDAP oder deren Gliederungen handelt."[98]

Diese Geheimhaltungspflicht war natürlich für die I.G. Farben sehr wichtig. Bei der Fülle der Produktion und der Vielzahl von Produkten, die bereits in diesen Jahren auf einen neuen Krieg hinwiesen, mußte unbedingt jedem Gefolgschaftsmitglied Geheimhaltungspflicht auferlegt werden. Damit wurde in der Betriebsordnung legalisiert, daß die Nazis im Haus der I.G. schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte. Die Rüstungsindustriellen bereiteten damit den Boden für Maximalprofit und Krieg vor. Sie brauchten eine rechtlose Arbeiterschaft, die ihrer stärksten Waffe, der eigenen Organisation, beraubt war. Hitlers so-

Die Sortierung im Travisbetrieb

genanntes Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit war der entscheidende Schlag, der die Organisation der Arbeiterschaft zertrümmerte und die Werktätigen versklavte.

Ein Beispiel dafür, daß die Arbeiter völlig rechtlos wurden, gab die Entlassung der Arbeiterin Helene Schmaedige. Sie hatte sich im Betrieb darüber beschwert, daß das Mitglied des Vertrauensrates Droske nur die Interessen der Direktion sähe und sich nicht um die Arbeiterschaft kümmere. Der Arbeiterin wurde daraufhin vorgeworfen, sie habe den Vertrauensrat verächtlich gemacht und den Betriebsfrieden gestört. Frau Schmaedige wurde fristlos entlassen.

Doch trotz solcher und ähnlicher Maßnahmen gelang es der Betriebsführung nie, alle Arbeiter gleichzuschalten.

Für eine „Aufnahme in die Betriebsgemeinschaft" – wie es hieß – war laut Betriebsordnung [99] Voraussetzung: arische Abstammung, Mitgliedschaft bei der DAF, bei Jugendlichen Zugehörigkeit zur HJ oder zum BDM. Trotzdem waren nach einer Feststellung vom 6. November 1936 von der Belegschaft 210 Frauen und Männer noch immer nicht Mitglied der DAF. Als sich acht Männer und 53 Frauen schließlich immer noch wehrten, in die DAF einzutreten, schrieb diese an die Betriebsleitung: „Es muß mit der in Aussicht gestellten Entlassung ernst gemacht werden. Bei weiterer Weigerung zu Dr. Bartholome schicken." [100] Das hieß, entweder in die Arbeitsfront eintreten oder fristlose Entlassung. Dieser Gesinnungsterror ging Hand in Hand mit einer verschärften Ausbeutung. Immer deutlicher trat die Ausrichtung des Betriebes auf den Krieg in Erscheinung. Fabrikdirektion und Vertrauensrat trieben die Arbeiter zur Steigerung der Produktion an.

Während noch 1932 der Vistra-Betrieb im ersten Halbjahr völlig stillgelegen hatte und erst am 1. Juli des gleichen Jahres seine Produktion wieder aufnahm, lief der Betrieb nach der Machtergreifung der Faschisten auf vollen Touren. Im März 1933 wurde eine neue Anlage im Vistra-Betrieb angefahren. Dadurch stieg die Produktion auf 10 000 Kilogramm täglich an. Die Produktion des Kunstseidenbetriebes war gleichfalls auf 5000 Kilogramm je Tag erhöht worden. Im Schwefelkohlenstoffbetrieb wurde die vorhandene Kapazität fast ausgenutzt. 600 bis 700 Tonnen Schwefelkohlenstoff wurden je Monat erzeugt. [101]

Auch die Zahl der Beschäftigten wuchs schnell an. Im Jahre 1932 betrug die durchschnittliche Zahl der Arbeitskräfte 1715, im Jahre 1933 waren es 2268. [102] Die Aufwärtsentwicklung der Produktion und der Beschäftigtenzahl nutzten die Faschisten aus, um den Arbeitern einzureden, die Politik Hitlers sei richtig. Viele wurden auch tatsächlich zunächst durch diese Umstände geblendet und sahen die wahren Hintergründe der faschistischen Politik nicht. Doch in den folgenden Jahren wurde immer offensichtlicher, wie berechtigt die Warnung der Kommunisten war: Hitler, das ist der Krieg! Die Faschisten wußten sehr wohl, wo ihre konsequentesten Gegner zu suchen waren.

Aus einer Bekanntmachung vom November 1934 und einer Mitteilung an die Werkleitung der Fabrikleitungen der Sparte III ist zu ersehen, daß besonders vor der illegalen Arbeit der KPD gewarnt wurde. So heißt es in einer Mitteilung: „Wir werden erneut darauf hingewiesen, daß die illegale KPD nach wie vor in umfangreichem Maße weiter arbeitet. Verschiedene Sabotageakte und Vorkommnisse der letzten Zeit in der Industrie lassen besonders darauf schließen, daß die KPD dahintersteht." [103] Alle Wahrnehmungen dieser Art sollten darum auch sofort gemeldet werden. „Gefolgschaftsmitglieder wahren ihre eigenen Interessen, die ihrer Mitarbeiter und die des Werkes, wenn sie etwaige Beobachtungen, die streng vertraulich behandelt werden, sofort der Direktion und dem Betriebsleiter melden." [104]

Die I.G. Farben auf Kriegskurs

Im Oktober 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus. 1935 führte Hitler die allgemeine Wehrpflicht ein.

1936 besetzte er das Rheinland und begann die Aggression gegen Spanien. Im Jahre 1938 annektierten die Faschisten Österreich und Teile der Tschechoslowakischen Republik. 1939 wurde die ČSR Deutschland als Protektorat einverleibt, und deutsche Truppen besetzten das Memelgebiet. Mit dieser aggressiven Politik zeigten die Hitlerfaschisten der Welt, daß sie forciert auf einen neuen Krieg hinsteuerten. Unterstützt wurden sie durch dieselben Kräfte, die sie in den Sattel gehoben hatten und deren Auftragnehmer sie waren.

Die Verschmelzung von Monopolen und faschistischem Staat schritt schnell voran. Die Monopolisten erhielten mehr und mehr staatliche Vollmachten.

Am 15. Juli berief Hitler den Generalrat der deutschen Wirtschaft. Ihm gehörten 17 Mitglieder an, Vertreter der Großindustrie, der Großagrarier, der Großbauern und der höheren Nazibürokratie.

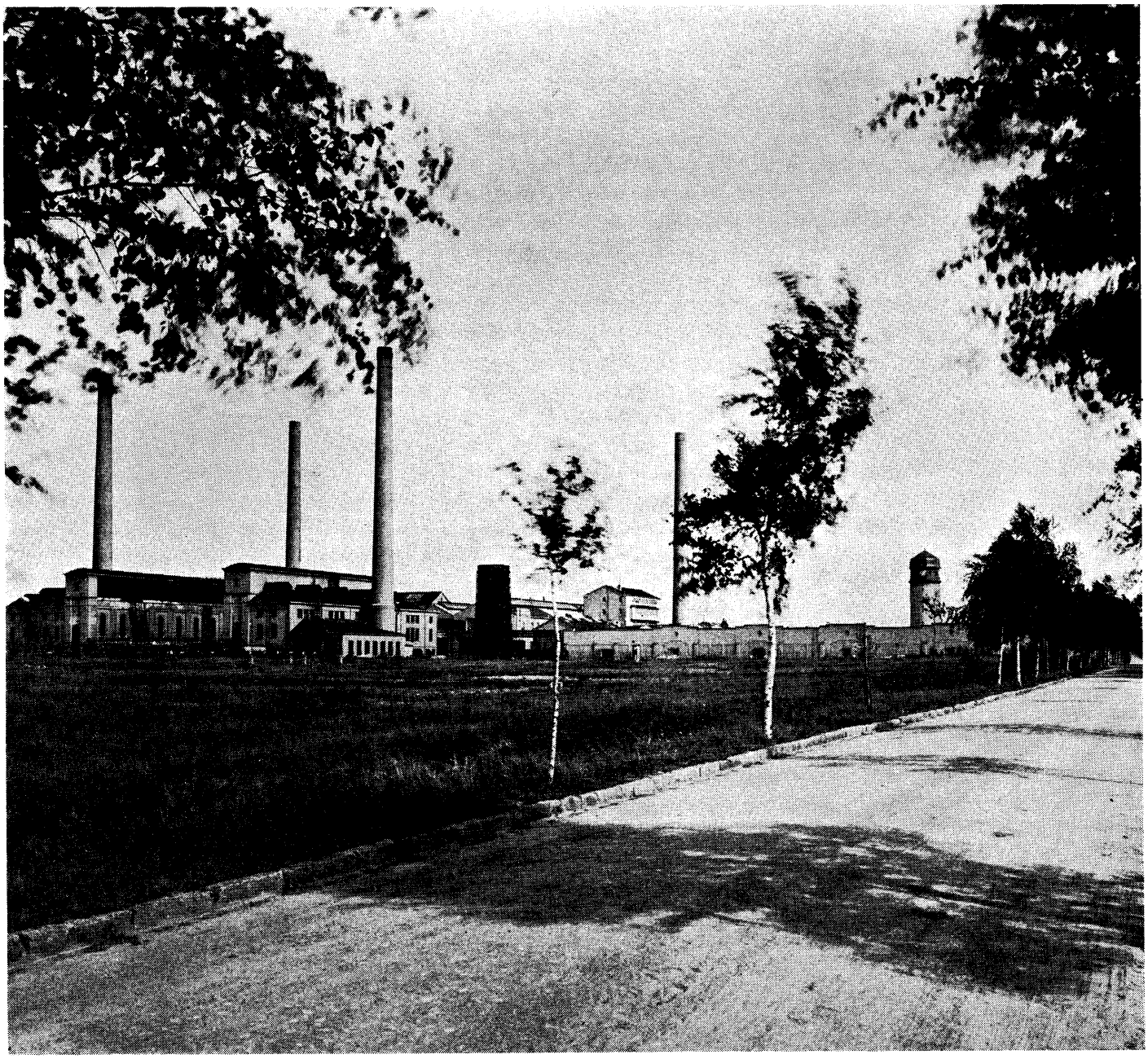
Zu ihnen zählten unter anderen E. Böhringer – Maximilianshütte (Flick-Konzern); C. Bosch – I. G. Farben; A. Diehn – Kalisyndikat; G. Krupp von Bohlen und Halbach; F. Reinhart – Commerz- und Privatbank AG; F. Frhr. v. Schröder – Bankier; C. F. v. Siemens; F. Thyssen und A. Vögler – Vereinigte Stahlwerke. Die Zusammensetzung des Generalrats der deutschen Wirtschaft widerspiegelte den Klassencharakter der faschistischen Diktatur und kennzeichnete die beschleunigte Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus im faschistischen Deutschland.[105]

Im Frühjahr 1934 fanden zwischen der deutschen Aktivkohlegesellschaft m. b. H., Frankfurt (Main), und der I. G. Farben Verhandlungen über die Errichtung einer Fabrikation von Gasmaskenkohle in Premnitz statt. Dazu heißt es in einem Schreiben vom 20. April 1934 unter anderem: „Bekanntlich sollte Ende März vom Reichswehrministerium endgültig entschieden werden, nach welchem Verfahren die in Mitteldeutschland zu errichtende A-Kohlefabrik arbeiten soll. Gleichzeitig wäre dann auch der Fabrikationsort festgelegt worden, wobei bei Annahme unseres Chlorzinkverfahrens Premnitz als Baustelle vorgesehen war. ... Die Fabrikationsstätte würde von der Deutschen Aktivkohlegesellschaft m. b. H. errichtet werden. An dieser Gesellschaft sind die I.G., die Metallgesellschaft und die Scheideanstalt zu je einem Drittel beteiligt. Es ist daran gedacht, daß, ähnlich wie zwischen der Titan-Gesellschaft und der I.G. in Leverkusen, ein Vertrag zwischen der D.A.G. und der I. G. gemacht wird über Pacht des Grundstückes, Bezug von Energien, Handwerkerarbeiten, Transporteinrichtungen usw. ... Der Bau der Anlage soll bis zum 1. April 1935 beendet sein, so daß für die Projektierung und den Bau neun Monate zur Verfügung stehen." [106]

Im Herbst wurde der Vertrag perfekt. Der Ausbau alter Gebäude der ehemaligen Pulverfabrik für die Produktion von Aktivkohle begann. 1935 ging die noch im Chlorzinkverfahren arbeitende erste Anlage in Betrieb, in der aus Torf wahlweise Aktivkohle für industrielle Zwecke (etwa 75 Tonnen je Monat) oder für den Gasschutz (etwa 35 Tonnen je Monat) hergestellt werden konnten. In den Jahren 1936/37 entstand eine weitere Anlage, die die Aktivierung mit Wasserdampf bei Einsatz von Teer und Holzkohle als Rohstoffe vorsah, und zwar in diskontinuierlicher Arbeitsweise für rund 15 Tonnen je Monat. 1939 folgte dann eine weitere Anlage, die 35 Tonnen je Monat bei kontinuierlichem Arbeitsgang ermöglichte. Beide Betriebe stellten hochwertige Gasmaskenkohle her. Bis zum Jahre 1944 wurden in der Aktivkohleanlage mehrere Unterabteilungen geschaffen, die nach verschiedenen Verfahren arbeiteten. Zuletzt waren vorhanden: die Chlorzinkanlage oder Z-Anlage, die W-1-Anlage für Wasserdampfaktivierung (altes Verfahren), die W-2-Anlage für Wasserdampfaktivierung (neues Verfahren), die Schwefel-Kalium-Anlage oder S-Anlage. Die Gesamtproduktion stieg bis zum Jahre 1945 auf 120 bis 180 Tonnen Aktivkohle je Monat. [107]

Im Jahre 1934 verfaßten Sachverständige der I. G. Farben eine Denkschrift mit dem Titel: „Beitrag zur Frage der Versorgung Deutschlands mit Textilrohstoffen." [108] Der Anlaß dafür war die immer schwieriger werdende Dek-

Blick auf den Kunstseidenbetrieb
und das Kraftwerk vom Tor II aus



kung des Faserstoffbedarfs der deutschen Industrie. Mehr als 90 Prozent der jährlich in Deutschland verbrauchten Faserstoffmengen mußten aus dem Ausland eingeführt werden, das waren 1933 für mehr als eine halbe Milliarde Reichsmark. Im verstärkten Maße arbeitete man daran, die Vistra-Faser-Produktion zu erhöhen und sie in immer größerem Umfang in der Textilindustrie einzusetzen. Deshalb war in der Denkschrift die Verwendungsmöglichkeit der Vistra-Faser breit dargelegt und darauf hingewiesen, welche Devisenersparnis auf Grund der Einfuhrpreise 1933 damit erzielt werden könnten. Danach war bei Einsatz der natürlichen Textilrohstoffe in dem angegebenen Umfang eine Devisenersparnis von rund 100 Millionen Mark je Jahr möglich. Das entsprach einer Produktion von rund 66 000 Tonnen Vistra im Jahr oder rund 185 Tonnen je Tag. Um die Rohstoffversorgung für den Kriegsfall weitgehend zu sichern, unternahmen die herrschenden Kreise große Anstrengungen, um die Autarkie der Wirtschaft zu erreichen, und leiteten entsprechende Maßnahmen ein. In Premnitz nahm der Absatz der Vistra-Faser folgenden Verlauf: Im Jahre 1932 – 2076 Tonnen, 1933 – 2620 Tonnen, 1934 – 5488 Tonnen, 1935 – 7397 Tonnen, 1936 – 10 899 Tonnen. Im ersten Halbjahr 1937 betrug die Produktionshöhe 5488 Tonnen. [109]

Bereits 1934 baute die I. G. Farben als erster deutscher Konzern die „Vermittlungsstelle W" (Wehrmacht) mit ihrem Sitz in Berlin auf. Sie sollte den Konzern nach wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchorganisieren. Als im Dezember 1936 Göring vor hohen Regierungsfunktionären der Industriellen erklärte: „Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg. Es wurde nur noch nicht geschossen" – konnte der I.G.-Vorstand schon melden, daß mit den „Betriebsführern" und vertrauenswürdigen „Unterführern" die ersten „MOB-Pläne [110] bereits in mehreren Sitzungen exerziert worden waren" [111].

Am 23. Dezember 1935 wurden den Betriebsleitungen der einzelnen Fabriken des I. G.-Farben-Konzerns vom Oberbefehlshaber des Heeres Ausführungsbestimmungen für die Durchführung der MOB-Vorarbeiten und für die Aufstellung des MOB-Kalenders (Notheer 1, April 1936) durch die Heeresrüstungsbetriebe zugestellt. Sie beinhalteten:

„1. Jede Rüstungsfirma, deren Federführung dem Heer vom RKM (Reichskriegsministerium, der Verf.) zugeteilt ist, trägt für sich und ihre Konzernwerke die volle Verantwortung für die gewissenhafte und lückenlose Durchführung aller für das reibungslose Anlaufen der Kriegsfertigung notwendigen MOB-Vorarbeiten . . .

1.3. Jeder Rüstungsbetrieb (Heer) hat bis zum 31. März 1935 einen MOB-Kalenderentwurf . . . fertigzustellen. . . . Der MOB-Kalender muß in kurzgefaßter und eindeutiger Form alles das enthalten, was für den reibungslosen Anlauf und für die Durchführung der Kriegsfertigung notwendig ist. . . .

5. Es kommt darauf an, alle Erwägungen und Überlegungen, die in den ersten MOB-Tagen an den Leiter des Rü-Betriebes für die Umstellung auf MOB-Antrag herantreten, jetzt schon in Ruhe durchzudenken und in einheitlicher Form schriftlich festzulegen." [112]

Am 1. April 1935 stellte auch das Werk Premnitz einen solchen MOB-Plan auf. Er beinhaltete Fragen der Produktion, Probleme, wie Schutz gegen Spionage und Sabotage, Schutz gegen Luftangriffe, Sicherheitsdienst usw. Schon 1936 waren 30 Prozent der Betriebsangehörigen in die Luftschutzorganisation gepreßt worden. Sie bauten fünf Schutzräume aus und sahen sechs weitere dafür vor. [113]

Im Verlaufe der weiteren Jahre wurde der MOB-Plan des Betriebes weiter verfeinert, so daß es für die Betriebsleitung keiner großen Umstellung bedurfte, als am 1. September 1939 der Krieg ausbrach. Die Betriebsleitungen in Premnitz und in den anderen Werken des I. G.-Farben-Konzerns hatten ihn oft genug durchgeübt. Die im Zusammenhang mit den Mobilisierungsplänen ausgearbeiteten Unterlagen waren einer strengen Geheimhaltung unterworfen. Auf vielen dieser Schreiben, die zwischen dem Werk und der Leitung der Sparte III (Foto- und Kunststoffe), deren Lei-

Verwaltungsgebäude
und zentrales Laboratorium
(untere Etage) im Jahre 1935

ter Dr. Fritz Gajewski war, gewechselt wurden, prankte der Stempel „geheim". Es gab Stempel mit folgenden Vermerken:
1. „Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne § 88 RSTGB",
2. „Weitergabe nur verschlossen, bei Postbeförderung als Einschreiben",
3. „Aufbewahrung unter Verantwortung des Empfängers unter gesichertem Verschluß".
Über den Stempel „Dies ist ein Staatsgeheimnis" konnte auch Dr. Gajewski selbständig verfügen. Die Direktoren der I.G. Farben bestimmten, welche Dokumente zum Staatsgeheimnis erklärt wurden. Dazu gehörten Schriftstücke, Pläne, Zeichnungen und Nachrichten, die sich mit der Kriegsvorbereitung sowie mit der wirtschaftlichen Sicherung und den Details des vorgesehenen Krieges befaßten. Schließlich war auch das Kriegsziel der I.G. Farben – die Errichtung der „Europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung" – der Geheimhaltung unterworfen. Statt dessen ließen die Konzernherren durch Presse, Rundfunk, Film und NS-Stoßtruppenredner dem Volke einreden, Hitlerdeutschland müsse sich gegen die Mißgunst anderer Völker verteidigen. So habe das Volk um hoher Ideale willen in den Krieg zu ziehen.
Hinter dem Rauchvorhang von Lügen jedoch vollzog sich in aller Stille – unter dem Siegel des Staatsgeheimnisses – der Aufbau der fünften Kolonne der I.G. Farben, die Tarnung ihrer Auslandsfirmen, der Einsatz ihrer Strohmänner und der Ausbau ihres Auslandsspionagenetzes. Nachdem die überfallenen Länder besetzt waren und die Ausplünderung begonnen hatte, folgten die detaillierten Pläne zur endgültigen Beherrschung der europäischen Chemiewirtschaft. Hier lag das Ideal der I.G. Farben, für das sie Millionen und aber Millionen Menschen verbluten ließ. Entsprechende Dokumente wurden damals nur von einigen wenigen, besonders ausgesuchten Personen des Monopols bearbeitet. Diese Vertrauensmänner behandelten die zur „Geheimen Reichssache" deklarierten Profitinteressen ihres Konzerns mit emsiger Verschwiegenheit. [114]

Auch in Premnitz gab es nur eine Handvoll ausgesuchter Leute, die geheimzuhaltende Planungssachen bearbeiten durften. Entsprechend einer Mitteilung vom 2. Juni 1937 [115] wurden in der Premnitzer Fabrik dazu folgende Personen verpflichtet: Dr. W. Zetsche, Oberingenieur Kob, Dr. Kurt Waldinger, Martha Henne, Alexander Bondschus, Albert Schmidt, Maria-Eva Jacob.
Im Jahre 1934 begann in Premnitz die Vorbereitung zum Bau der I. G.-Farben-Siedlung. In einem von der I. G. veröffentlichten Katalog über die verschiedenen Häusertypen, die im übrigen die Bezeichnung „Haus-Typ I.G. 1" usw. trugen, sowie über die Bebauungspläne und Übersichten von Siedlungen wurden in einer Einleitung für die zum Siedeln in Betracht kommenden Werksangehörigen folgende Forderungen gestellt:
1. „Es sollen erprobte, mit dem Werk innerlich verbundene, verheiratete Gefolgschaftsmitglieder ... gesiedelt werden ...
3. Die Finanzierung und die sich daraus ergebende Dauerbelastung der Siedler muß so gestaltet werden, daß ... sich niedrigere Beträge als die ortsüblichen Mieten ergaben ...
4. Die Siedlerstelle sollte so groß sein, daß ein wesentlicher Teil der Nahrungsmittel für die Familie vom Siedler darauf gewonnen werden konnte, wozu auch die Möglichkeit der Kleinviehhaltung beizutragen hatte. So sollte dadurch ein Einkommenszuwachs gewonnen werden.
Die Auswahl der Siedler erfolgte aus der großen Zahl von Bewerbern, unter Berücksichtigung der geschilderten Bedingungen, gemeinschaftlich durch Betrieb, Vertrauensrat und sozialpolitische Abteilung der Werke." [116]
Da die meisten Siedler kein Eigenkapital hatten, mußten sie beim Aufbau der Siedlung je 1600 Arbeitsstunden leisten, die von der I. G. mit 0,50 Mark je Stunde berechnet wurden. Für die bis 1938 errichteten 100 Siedlerstellen wurden Darlehen in Höhe von 530 000 Mark aufgenommen. Der Betrag wurde etwa gleichmäßig auf die einzelnen Siedlerstellen aufgeteilt und belastete diese als Hypo-

Die Entwicklung der Gewinnung von Kunstseide und Zellwolle in Deutschland (in 1000 t)

thek. Der Zinssatz betrug drei bis viereinhalb Prozent. Das monatliche Aufkommen je Siedlerstelle wurde mit 24 Mark angegeben. So versuchte der Konzern auch auf diese Weise, sich ergebene Untertanen zu schaffen, die nichts unternahmen, um die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Er brauchte solche willfährigen Menschen, die schließlich auch bereit waren, für die Interessen der I. G. Farben in den Krieg zu ziehen.

Die von der I. G. Farben 1934 geschaffene Vermittlungsstelle W befaßte sich mit allen Fragen der militärischen Planung. Sie arbeitete eng mit dem „Wehrwirtschaftsstab beim OKW" und mit dem Reichswirtschaftsministerium, Abteilung Godlewski, zusammen. In den darauffolgenden Jahren wurde alles getan, um die Leitungen der Betriebe „gedanklich auf die im Kriegsfall eintretenden Aufgaben" [117] vorzubereiten.

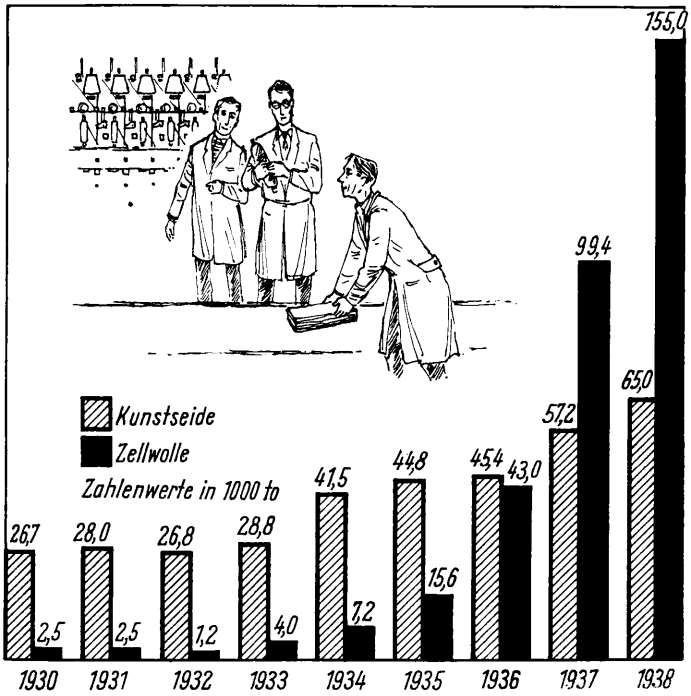
Tatsächlich fanden in verschiedenen Betrieben Planspiele im Zusammenwirken mit der Hitlerwehrmacht und der Luftwaffe statt. Später, als Spanien der I. G. Farben als kriegswirtschaftlicher Übungsplatz diente, waren die betriebstaktischen Planspiele nicht mehr nötig. Doch die ideologische Kriegsvorbereitung ging weiter. Von der Vermittlungsstelle W wurden an alle Betriebsleitungen „Richtlinien für die Sicherstellung des zur Erfüllung der MOB-Aufgaben erforderlichen Personals der k- und l-Betriebe" (kriegs- und lebenswichtige Betriebe, d. Verf.) gesandt. [118] Sehr deutlich hieß es darin: „Der kriegerische Konflikt wird eine mehrjährige Dauer haben, wenn auch selbstverständlich die Wehrmacht mit allen Mitteln versuchen wird, den Krieg nach kurzer Dauer zu beenden, so wäre es grundfalsch, sich wirtschaftlich auf einen kurzen Krieg einzustellen, weil es in diesem Falle für die feindlichen Länder nur darauf ankommen würde, den Krieg mit allen Mitteln über die von der deutschen Wehrmacht vorgesehene Kriegsdauer hinaus in die Länge zu ziehen." Da „das Reich im Kriege über eine gewaltige Wehrmacht verfügen" muß, „darf der Wehrmacht daher kein Wehrpflichtiger vorenthalten werden" [119].

In diesem Zusammenhang wurden Möglichkeiten für die Einsparung an Personal erwogen, einmal durch Arbeitszeitverlängerung und zum anderen durch den Ersatz männlicher Arbeitskräfte durch Frauen. Als wöchentliche Arbeitszeit wurden sechs Arbeitstage mit zehn bis zwölf Stunden oder sechs Schichten mit je zwölf Stunden zugrunde gelegt. Außerdem wurden vier Reparaturstunden eingeplant. [120] Dabei ging man in der Konzernleitung von der Annahme aus, daß im Kriege nicht alle Reparaturen von den Werkstätten ausgeführt werden könnten, weil „als Folge der zu erwartenden Luftangriffe mehr auszuführen sein" [121] würde und weil die Werkstättenarbeiter als Hauptbestandteile der Werkluftschutztruppe in Ausführung dieser Aufgaben von Reparaturarbeiten abgehalten würden. Am „Probe"krieg in Spanien hatten die Konzernherren viel gelernt. So wußten sie auch, daß in einem kommenden Krieg die Wehrmacht in weit größerem Maße mit Kriegsmaterial versorgt werden mußte, als das in früheren Kriegen der Fall war. In einem Artikel der französischen Zeitung „Le Capital" vom 9. Juni 1937 unter der Überschrift „Dr. Schacht und die deutsche Autarkie; Vistra, der große deutsche Bluff" [122] wurde enthüllt, daß die I. G. Farben, die im Absatz von Vistra-Erzeugnissen große Schwierigkeiten hatte, in Vorbereitung des Krieges Militärtuche in ungeheuren Mengen fabrizierte und so bereits vor dem Kriege ihr Süppchen am großen Geschäft kochte.

Auch die Produktion von Kunstseide wurde in den Jahren vor dem Krieg stark angekurbelt. Aus dem Werk Premnitz konnten folgende Mengen abgesetzt werden: 1932 – 1320 Tonnen, 1933 – 1808 Tonnen, 1934 – 2454 Tonnen, 1935 – 2140 Tonnen, 1936 – 2526 Tonnen und im ersten Halbjahr 1937 – 1824 Tonnen. [123]

Die Herren der I. G. Farben waren also aktiv an der Vorbereitung des Krieges beteiligt und heimsten bereits vor seinem Ausbruch riesige Profite ein. Die Bilanz vom 31. Dezember 1937 weist für den Konzern einen Reingewinn von 54 853 329 Mark aus. [124]

In seinem Buch „I. G. Farben" schreibt Richard Sasuly:



„Vom Standpunkt eines Statistikers gesehen, gleichen die nüchternen Bilanzen der I. G. Farben von 1932 bis 1943 Siegesproklamationen. Die I. G. verstand immer, Geld zu machen. Selbst in den Krisenjahren arbeitete sie noch mit Gewinn, aber nach 1932 wurde sie zu einer Goldgrube. In jedem Jahr stiegen die Umsätze und Profite sprunghaft an. Der Bruttogewinn von 1943 war sechzehnmal so groß wie im Jahre 1932. War die I. G. bereits bei ihrer Gründung im Jahre 1925 ein gigantisches Unternehmen, so erwies sich der Gewinn von 822 Millionen Mark im Jahre 1943 weit höher als das Gesamtkapital des Gründerjahres. ...
Bis zum offenen Ausbruch des Krieges war das Geschäftsgebahren der I. G. noch etwas an die normale Praxis von Kaufen und Verkaufen gebunden. Aber als die Wehrmacht zu ihren erfolgreichen Überfällen ansetzte, bot sich der ganze Kontinent zum offenen Raube dar. Auf dem Höhepunkt der Nazi-Eroberung verwirklichte sich Dr. Duisbergs Plan: ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa." [125]

Systematisch wurde der ganze Betrieb auf den Krieg eingestellt. Vom 20. bis 25. September 1937 fand eine Verdunkelungsübung statt. Im Tätigkeitsbericht der Feuerwehr und des Werkschutzes heißt es dazu: „Die Belegschaft benahm sich bei dieser Übung sehr diszipliniert. In den fünf Verdunkelungsnächten haben sich keine Betriebs- oder Verkehrsunfälle ereignet.

Am 21. September 1937, 17.48 Uhr, erfolgte ein Luftangriff auf das Werk; neun Bomben (Atrappen) wurden abgeworfen, davon trafen drei Stück das Dach vom Geb. 054, zwei Stück fielen ca. vier Meter vom Gebäude 054 und vier Stück zwischen Gebäude 054 und 049; wahrscheinlich sollte der Wasserturm getroffen werden." [126]

Daß hier für den Ernstfall geübt wurde, zeigt der Einbau von Plattformen für Flakgeschütze im Werk im Jahre 1938. Am 16. September 1938 wurde darüber an das Luftgaukommando III in Berlin geschrieben:

„Der Ausbau der drei von ihnen angegebenen Plattformen auf folgenden Gebäuden:

1. Wasserturm Geb. P 072
2. Schwefelschmelzung Geb. P 120
3. Kraftzentrale Geb. P 406

ist fertiggestellt. Die von ihnen vorgesehene Besichtigung nach dem Ausbau kann jederzeit erfolgen ..." [127]

Seit der Machtergreifung durch die Nazis hatte die I. G. ihre gesamte Tätigkeit mit den militärischen Plänen des deutschen Oberkommandos abgestimmt. Die I. G. organisierte, entwickelte, baute und plante wie noch nie und stand in der bisherigen Rüstungsgeschichte ohne Beispiel da. Sie wurde zu einem Herzstück der faschistischen Kriegsmaschine, die bald Tod und Vernichtung über die Welt bringen sollte. In der Zwischenzeit war durch den Bau eines großen Werkes in Wolfen die I. G. zum größten Erzeuger von Zellwolle in Deutschland geworden. Außerdem kam durch die fortschreitende technische Entwicklung hinzu, daß der Zellstoff nicht mehr nur aus Fichtenholz, sondern auch aus Buchenholz gewonnen werden konnte. Da damit die Zellwolle überwiegend aus einheimischen Rohstoffen zu erzeugen war, war man weitestgehend unabhängig vom Ausland. Das war eine Tatsache von großer Wichtigkeit für Kriegszeiten.

Vor allem in der Entwicklung der Vistra-Faser wurden in den Vorkriegsjahren wichtige Fortschritte erzielt. Mehrere Spezialtypen bereicherten die Vistra-Faser-Palette, zum Beispiel die Vistra-XT-Faser. Sie ergab durch ihre bleibende Kräuselung ausgesprochen wollähnliche und gut wärmende Gewebe oder Gewirke. Weiterhin wurde die hydrofobierte, das heißt wasserscheue Vistra-XT-h-Faser entwickelt, die ihre wasserabweisende Eigenschaft weder im Gebrauch noch durch Waschen verlor, da sie nicht durch Imprägnierung, sondern durch eine chemische Umsetzung erreicht wurde. Auch Vistralan war eine neue, interessante Zellwollschöpfung, eine animalisierte Zellwolle, die durch Anreicherung mit Stickstoffatomen die färberischen Eigenschaften der Wolle erhielt und daher anders als die übrigen Zellwollen gefärbt werden konnte. Und seitdem schließlich „Vistra hochnaßfest" erzeugt wurde, die eine bedeu-

tend höhere Trockenfestigkeit als handelsübliche amerikanische Baumwolle hatte, war es möglich, Vistra auch zu modischen Geweben und zu solchen Erzeugnissen zu verarbeiten, die im Gebrauch und in der Wäsche stark strapaziert werden. Damit war Vistra für Militäruniformen einsatzbereit geworden. In den „Vistra-Informationen" schrieb Direktor H. van Beek:

„Nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus im Jahre 1933 war die Wehrhaftmachung unseres Volkes die erste und vordringlichste Aufgabe. ... Zur Wehrhaftmachung aber gehörten nicht nur Waffen und Soldaten, sondern in gleicher Weise ausreichende Mengen Lebensmittel und Rohstoffe verschiedenster Art. ... Zu diesen Rohstoffen gehören die Textilfasern, gehört also auch die Zellwolle, deren Produktion in den letzten drei Jahren ... in ungeahntem Umfang ausgebaut wurde." [128]

Ein Auszug aus einer Statistik untermauerte diese Bemerkungen:

	Zellwollproduktion in Tonnen	
Jahr	I.G.	Deutschland
1925	500	500
1929	1 600	1 600
1932	1 102	1 200
1934	6 135	7 200
1935	13 018	15 600
1936	20 317	43 000
1937	33 977	100 000
1938	etwa 50 000	etwa 155 000 [129]

Am 19. Juni 1938 wurde in Premnitz die 50 000. Tonne Vistra hergestellt. Mit dieser Quote führte Premnitz vor allen anderen Werken der I. G. wie Wolfen, Dormagen, Oppau, Lichtenberg. [130] Mit der Kapazität dieser fünf Werke wurde die I. G. Farben zum größten Zellwollunternehmen der Welt.

Im Jahre 1937 wurde die Internationale Ausstellung in Paris mit mehreren Produkten der I. G. Farben beschickt, unter anderem auch mit Vistra. In der Klasse 1 f erhielt Vistra die höchste Auszeichnung, den „GRAND PRIX".

Im Premnitz benachbarten Döberitz wurde 1917 von der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt (Main), eine Schwefelsäurefabrik mit zwei Systemen nach dem Kontaktverfahren errichtet. Von November 1918 bis März 1923 war die Anlage stillgelegt. Durch die Fusion im Jahre 1926 ging die Firma ebenfalls in die I. G. Farben ein. 1928 wurde das 3. System mit Herreshofföfen errichtet, 1929 das 4. System und 1938/39 das 5. System mit Lurgiöfen. Hier war auch eine Anlage zur Gewinnung von Oleum. Die Produktion betrug: 1938 – 33 979 Tonnen, 1942 – 38 081 Tonnen, 1944 – 39 112 Tonnen. Bis zum Kriegsende gehörte die Schwefelsäurefabrik nicht zum Premnitzer Werk. Gleichfalls in Döberitz wurde 1936 für militärische Zwekke die Tetraäthylbleiproduktion aufgenommen. Die Anlage hatte eine Jahreskapazität von 1200 Tonnen Tetraäthylblei oder 1800 Tonnen Tetraäthylbleifluid. Der Bau erfolgte unter Lizenz der amerikanischen Ethyl Gasoline Corporation, Eigentümer war ebenfalls die I. G. Farben. Beide Betriebe gehörten jedoch nicht zur Sparte III. Auf dem Territorium in Döberitz wurden außerdem für Rüstungszwecke sogenannte Bereitschaftsanlagen errichtet, für Eisenpulver, Salpetersäure und Anilin. Sie konnten nur zum Teil in Betrieb genommen werden.

Die Arbeiter im Kampf gegen den faschistischen Terror

Der Hitlerfaschismus richtete den Hauptstoß zur Festigung seiner Herrschaft sofort gegen alle Demokraten, besonders gegen die Kommunisten. Die KPD war die einzige nationale demokratische und humanistische Kraft, die unter Leitung ihres Zentralkomitees vom ersten Tage an den Widerstandskampf gegen die faschistische Diktatur organisierte. Wie überall in Deutschland, so wurden auch in Premnitz

Die Vistra-Faser wurde 1931 auf der internationalen Ausstellung in Paris mit dem „GRAND PRIX" ausgezeichnet.

die Mitglieder der KPD, insbesondere ihre Funktionäre, verhaftet und in sogenannte Schutzhaft genommen. Andere Antifaschisten, unter ihnen besonders Mitglieder der SPD, folgten ihnen. Viele Sozialdemokraten kamen erst unter unmenschlichen Folterungen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zu der Erkenntnis, daß nur die feste Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Antifaschisten die Machtübernahme des Hitlerfaschismus hätte verhindern können. Tausende von Kommunisten, Sozialdemokraten und Antifaschisten standen trotz unmenschlichen Terrors und allen Drangsalierungen zum Trotz treu zur Sache des Marxismus-Leninismus, zur Sache der Arbeiterklasse und trugen zur Ehrenrettung des deutschen Volkes in Europa und in der Welt bei.

Karl Köpke erinnert sich noch an seine Verhaftung und an die folgenden Tage: „An einem Tag im März 1933 wurde ich morgens um sieben Uhr in der Rohrlegerei im Werk verhaftet und zum Verhör nach Brandenburg gebracht. Die Inhaftierung in Brandenburg währte nicht lange. Bald darauf erfolgte mein Abtransport nach Berlin in das Polizeipräsidium am Alex. Hier angekommen, traf ich bereits mehrere Gesinnungsgenossen. Mit ihnen zusammen wurde ich in ein großes Zimmer gebracht. Plötzlich flog die Tür auf, und es standen SA-Männer mit Gummiknüppeln vor uns. Wir wurden durch einen langen Gefängniskorridor getrieben und geprügelt und schließlich in Einzelkeller gesperrt. Nach ungefähr drei Stunden, es war bereits dunkel geworden, wurde ich von einem Gefängnismeister zum Verhör geholt. Er führte mich in ein großes Zimmer. Hier waren zwei Kriminalbeamte, zwei SA-Sturmführer und zwei mit Gummiknüppeln bewaffnete SA-Männer. Ein Sturmführer kam auf mich zu und brüllte: ‚Kannst du Kommunistenschwein keine stramme Haltung annehmen? Na warte, das werden wir dir noch beibringen! Auf euer Konto kommt auch das große Explosionsunglück in Premnitz!' Ich antwortete darauf, daß die Kommunisten jeden individuellen Terror ablehnen und nicht für das Unglück in Premnitz verantwortlich sind. Ich wurde daraufhin zu Boden geschlagen und mit Fußtritten bearbeitet. Diese Prozedur wiederholte sich mehrere Male. Im Verlauf des Verhörs sagte ich dann kein Wort mehr. Die Faschisten legten mir ein Protokoll zur Unterschrift vor. Was darauf stand, war nicht zu lesen, und ich lehnte ab, dieses zu unterschreiben. Das Ergebnis war eine erneute Mißhandlung, die damit endete, daß ich bewußtlos wurde und man mich in die Zelle schleifte. Zwei Tage darauf wurde ich mit anderen Genossen in das Gefängnis Berlin-Spandau transportiert. Dort angekommen, stellten wir fest, daß die Genossen Walter Stöcker, Erich Steinfurt und Willi Kasper (ehemalige Reichstagsabgeordnete) auch inhaftiert waren. Hier blieben wir dann vier Wochen. Danach wurden wir in das KZ Sonnenburg überführt. Dort empfingen uns schwerbewaffnete SS-Banditen; brutal prügelten sie uns die Dorfstraße entlang bis in das Lager. Von morgens bis abends mußten wir marschieren, singen und uns dabei im Laufschritt bewegen. Wer nicht mehr konnte, blieb liegen, und keiner der Genossen durfte dem Unglücklichen helfen." [131]

Ähnlich erging es auch Adolf Rapsch (KPD) und Paul Piesnack (SPD). Die Nazis gingen sogar so weit, aus einer Familie Mann und Frau einzusperren und die Kinder in die Obhut von zwei „politisch einwandfreien" Personen zu geben. So schildert Armin Rapsch, der Sohn des Adolf Rapsch, die Ereignisse in den ersten Monaten des Jahres 1933: „Es war in den späten Abendstunden, als sich eine Bande Braunhemden unter unserem Fenster bemerkbar machte. Mein Vater wollte das Fenster öffnen, da sprang unsere Mutter auf ihn zu und sagte: ‚Adolf, tu das nicht' und riß ihn zurück. In dem Augenblick knallte es schon, und einige Pistolenkugeln trafen das Fenster. Wir Kinder scharten uns um die Mutter. Unser Vater wurde von den Nazis abgeführt. Die Mutter nahm man uns auch noch, und somit blieben wir uns allein überlassen." [132]

Am 7. August 1933 stellte die Gemeindeverwaltung Adolf Rapsch ein Schreiben zu. Darin hieß es: „Sie können wegen Ihrer Kinder völlig unbesorgt sein. Sie befinden sich nach wie vor alle zusammen in der elterlichen Wohnung, sind

Klassenbewußte Arbeiter
wurden von den Nazis
in Konzentrationslager verschleppt.

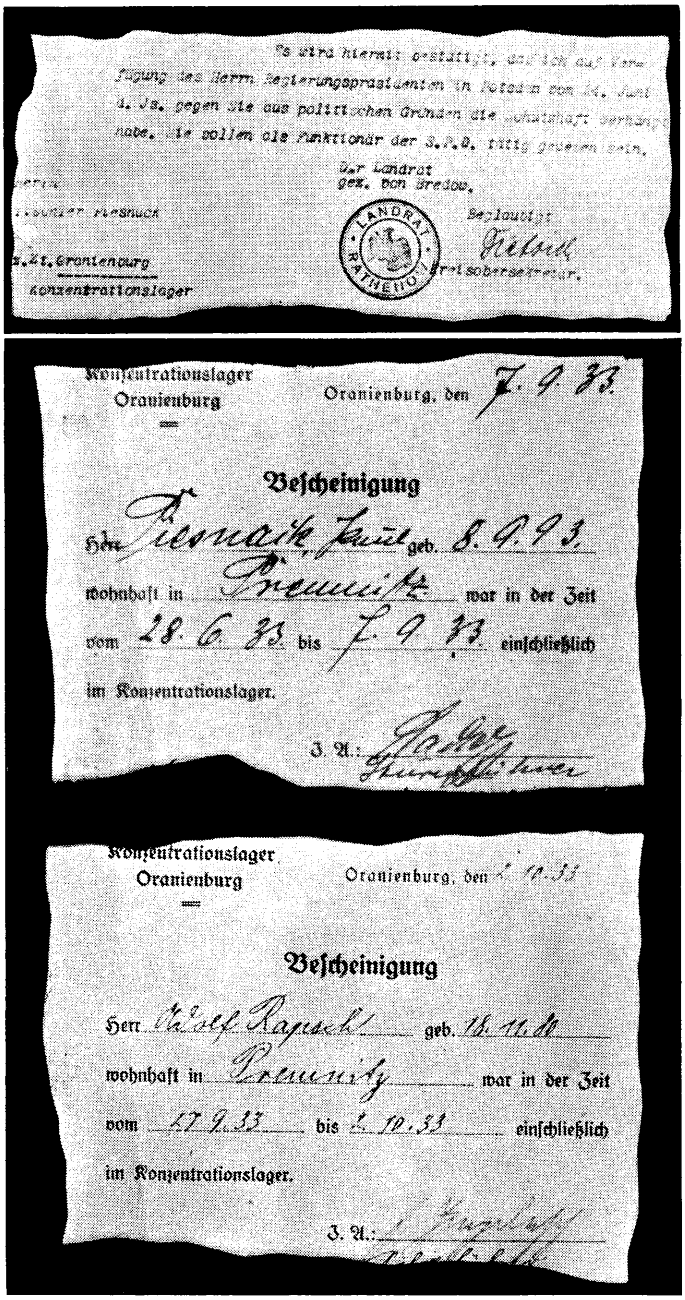
mobil und werden von einer jungen Dame betreut und in Ordnung gehalten. Es wird dafür gesorgt, daß sie richtig ernährt werden, wie sie es gewohnt sind. Sie lassen grüßen." [133]

Dazu Armin Rapsch: „Zur Betreuung stellte die NSDAP eine Frau zur Verfügung. Wir bekamen von ihr sehr viele Schläge, aber wenig zu essen. Wir Kinder waren der Willkür der Nazis überlassen, die mit uns machen konnten, was sie wollten. Das wirkte sich natürlich auch in der Schule aus. Als meine Mutter zuerst wieder nach Hause kam, erzählte sie uns Kindern von den Schikanen und barbarischen Mißhandlungen, die sie sowie mein Vater in dieser Zeit ausstehen mußten. Ihr wurde der Kopf kahl geschoren. Sie wurde in einer Einzelzelle inhaftiert und schrecklichen Mißhandlungen unterworfen." [134]

Wie Alfred Bartz berichtet, ließen sich einige SAP-Leute von der Demagogie der Faschisten verführen und traten nach dem Machtantritt Hitlers in die SA oder SS ein und schreckten nicht davor zurück, ihre Arbeitskollegen zu denunzieren. Von solchen Verrätern wurde auch Alfred Bartz an die SA ausgeliefert. Er sollte ein Waffenversteck angeben, das sich tatsächlich im ehemaligen Heizhaus in der jetzigen Liebigstraße befand, von dem aber die Faschisten nichts wußten. Beim Verhör wurde Bartz verprügelt. Da er allen Verhören standhielt, ließ man ihn wieder laufen. Daraufhin versuchte Genosse Bartz, Waffen bei anderen Genossen unterzubringen. Als sie die Annahme verweigerten, versenkte sie Genosse Bartz in der Havel.

Obwohl Zuchthaus und Todesstrafe drohten, druckten Antifaschisten in unregelmäßigen Abständen Flugblätter, die sie in den Abendstunden in Premnitz, Mögelin und Döberitz verteilten. „Hitler bedeutet Krieg!" „Nieder mit dem Faschismus!" „Hände weg von der Sowjetunion!" – so hieß es auf den unter Lebensgefahr gedruckten und verteilten Zetteln.

Aus dem Protokoll über eine Besprechung der Direktion mit dem faschistischen Vertrauensrat des Betriebes geht hervor, daß unter der scheinbaren Volksgemeinschaft der



gegen Sie aus politischen Gründen

Sie sollen als Funktionär der S.P.D.

Der Landrat
gez. von Bredow.

z.Zt. Oranienburg
Konzentrationslager

LANDRAT RATHENOW

Konzentrationslager
Oranienburg

Oranienburg, den 7. 9. 33.

Bescheinigung

Herr .... geb. 8. 9. 93.
wohnhaft in Premnitz war in der Zeit
vom 28. 6. 33 bis 7. 9. 33 einschließlich
im Konzentrationslager.

J. A.:

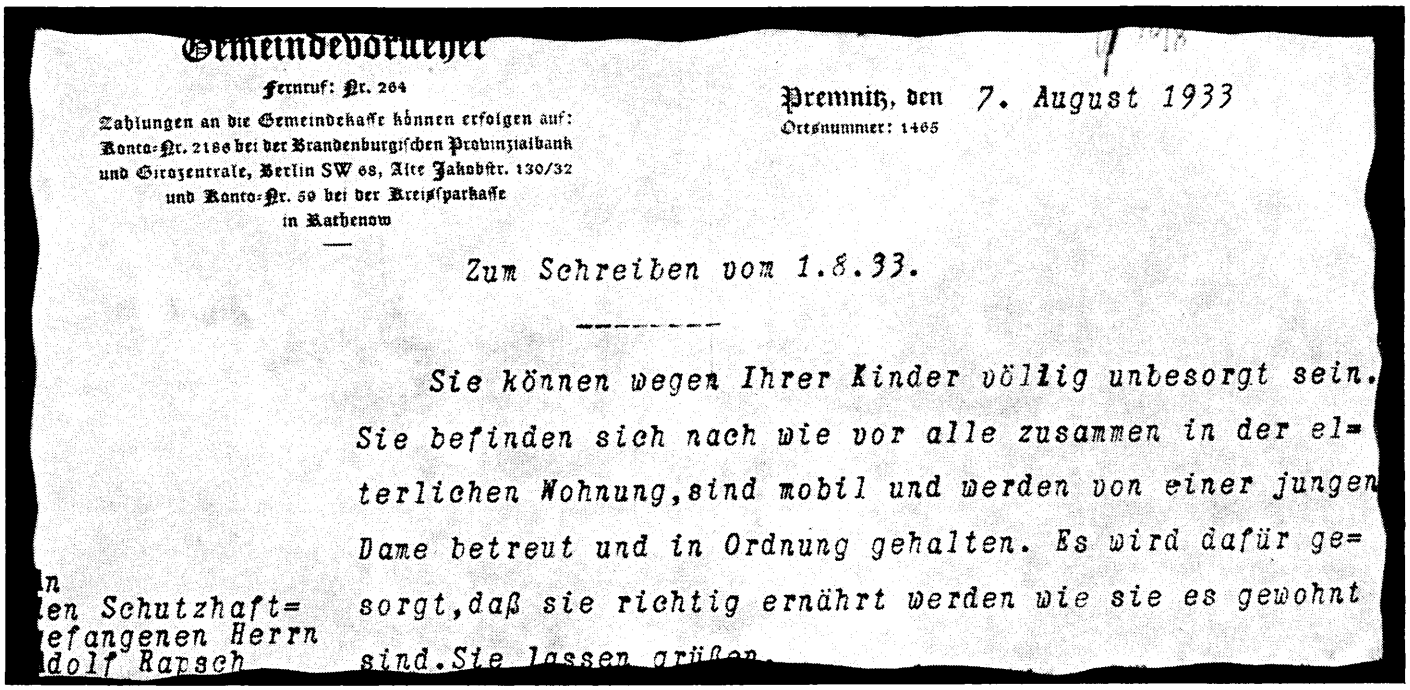
Konzentrationslager
Oranienburg

Oranienburg, den

Bescheinigung

Herr .... geb.
wohnhaft in Premnitz war in der Zeit
vom .... bis .... einschließlich
im Konzentrationslager.

J. A.:



Gemeindevorsteher

Fernruf: Nr. 264

Zahlungen an die Gemeindekasse können erfolgen auf:
Konto-Nr. 2186 bei der Brandenburgischen Provinzialbank
und Girozentrale, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 130/32
und Konto-Nr. 59 bei der Kreissparkasse
in Karbenow

Premnitz, den 7. August 1933
Ortsnummer: 1465

Zum Schreiben vom 1.8.33.

Sie können wegen Ihrer Kinder völlig unbesorgt sein. Sie befinden sich nach wie vor alle zusammen in der elterlichen Wohnung, sind mobil und werden von einer jungen Dame betreut und in Ordnung gehalten. Es wird dafür gesorgt, daß sie richtig ernährt werden wie sie es gewohnt sind. Sie lassen grüßen.

...n
...en Schutzhaft-
...efangenen Herrn
...dolf Rapsch

Kampf der Arbeiter gegen das herrschende Regime brodelte. [135] Der Betriebsschutz meldete am 9. Januar 1934, daß an vielen Stellen des Betriebes antifaschistische Losungen auftauchten. [136] Nicht jeder Arbeiter ließ sich mundtot machen. Einige Beispiele mögen zeigen, wie im Betrieb gegen die faschistische Willkür Widerstand geleistet wurde. Der Arbeiter Lukaszewski zum Beispiel sagte laut, die I. G. Premnitz sei ein unsozialer Betrieb. Bei der Vernehmung durch den Vertrauensrat führte er folgende Fakten an:

1. Dr. Aden hat verboten, während und auch außerhalb der Arbeitszeit Beschwerde bei Dr. Bartholome zu führen;
2. Akkord an der Traufe ist Mord;
3. die Arbeitsräume werden nur dann richtig gesäubert, wenn hoher Besuch kommt;
4. in den Umkleideräumen rennen Mäuse und Ratten umher. [137]

Ein Brief gleichen Inhalts wurde von Lukaszewski auch an Hitler geschickt. Weil die Behauptungen den Tatsachen entsprachen, war dieser Arbeiter der Betriebsleitung unbequem und wurde fristlos entlassen.

Der Arbeiter Göditz weigerte sich, der Arbeitsfront beizutreten. In Wut über die ständigen Belästigungen äußerte er: „Ich brauche die Arbeitsfront nicht und auch nicht den Führer, ich suche mir meine Arbeit allein." Er beteiligte sich auch nicht am WHW (Winterhilfswerk). So wurde auch er entlassen. [138]

In der „Berliner Börsenzeitung" vom 7. Oktober 1937 wurde in einem Artikel dazu Stellung genommen, ob ablehnendes Verhalten gegenüber dem Winterhilfswerk ein Kündigungsgrund sei. Es hieß darin: „Es ist selbstverständlich Sache jedes einzelnen, wie weit er sich am Winterhilfswerk beteiligen will. Derjenige aber, der ihm ablehnend gegenübersteht, stellt sich damit selbst außerhalb der Volksgemeinschaft und darf sich dann nicht beschweren, wenn seine Volksgenossen daraus Folgerungen ziehen. ... Indem er seine Ablehnung erklärt hat, ist das Ausdruck einer völlig unsozialen Einstellung, durch die der Geist der Volksgemeinschaft notwendigerweise gestört werden muß."

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie die faschistische Terrormaschine Staat im direkten Bündnis mit dem Großkapital gewaltsam die Gesellschaft zu formieren suchte, die Arbeiter versklavte, jedes demokratische Leben zerstörte, die Rechtlosigkeit zum Gesetz erhob und systematisch den zweiten Weltkrieg vorbereitete.

Zwangsarbeit und internationale Solidarität in Premnitz

Am 26. Mai 1939 wurde dem Werk Premnitz vom Reichswirtschaftsminister die Produktionshöhe für den Fall der Mobilmachung zugeteilt. Danach sollten monatlich 1200 Tonnen Viskosezellwolle und 240 Tonnen Viskosekunstseide hergestellt werden. 80 Tonnen Kunstseide waren für Kartuschenbeutelseide vorgesehen. [139]

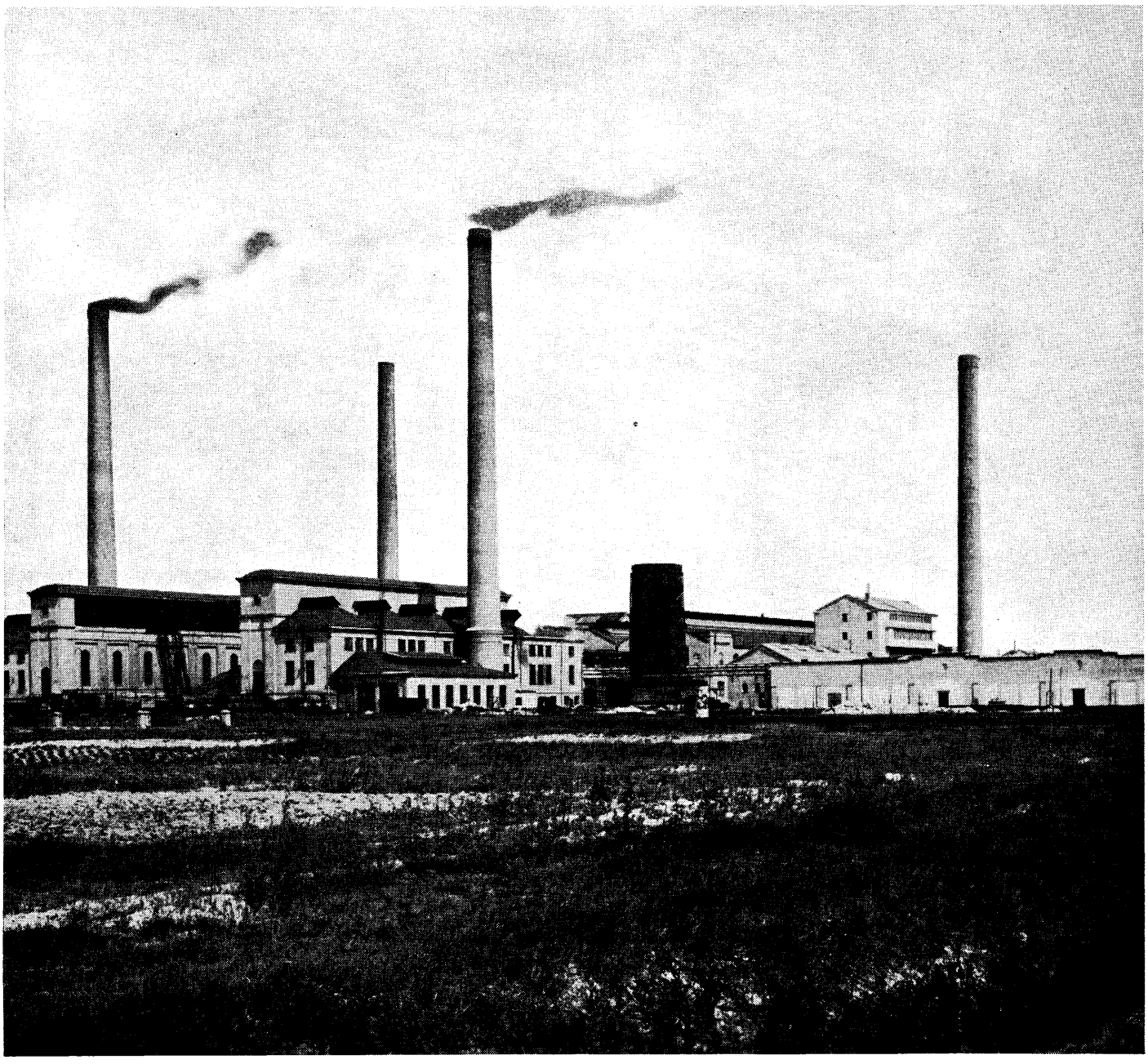
Sofort nach Kriegsausbruch trat im Werk Premnitz das seit langer Zeit ausgearbeitete Mobilisierungsprogramm in Aktion. In einem Situationsbericht über den Stand der Arbeiten der Vermittlungsstelle W heißt es:

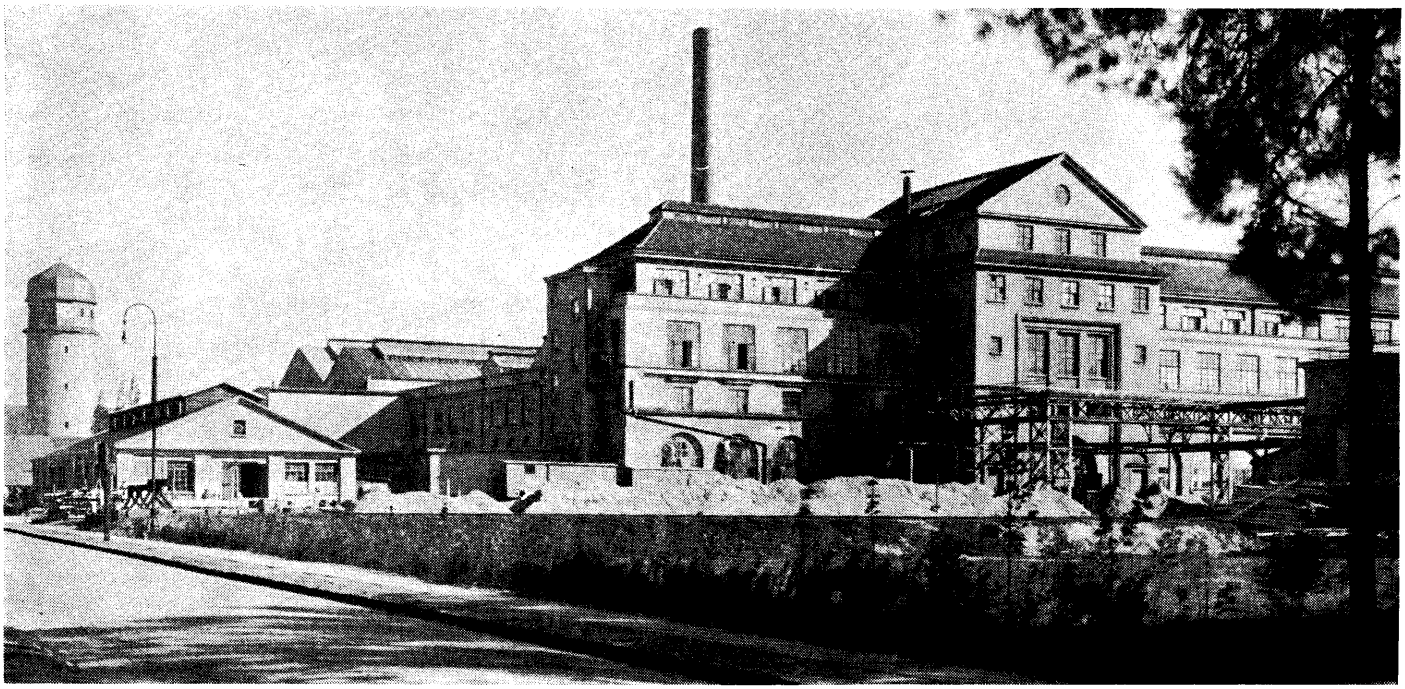
„Auf Grund einer telefonischen Benachrichtigung der Vermittlungsstelle W, Berlin, vom 3. September 1939 wurde mit Wirkung vom 4. September 1939 in den Werken Wolfen, Rottweil, Bobingen, Premnitz, Lichtenberg und Dormagen auf das seinerzeit festgelegte MOB-Fabrikationsprogramm übergegangen." [140] Wenige Tage danach wurde das MOB-Fabrikationsprogramm weitergeführt. Die Vermittlungsstelle schrieb an den Direktor der Fabrik, Dr. Zetsche: „Auf Grund des großen Bedarfs an Fallschirmseide wurde heute mit Premnitz abgesprochen, sofort 390 Kilogramm Travema 60 den pro Tag zusätzlich aufzuspinnen. Die Produktion von Premnitz würde demnach 4800 Kilogramm betragen." [141]

Den Okkupationstruppen Hitlers folgten die Direktoren der I. G. und ihre Beauftragten in benachbarte Länder. Den Militärs vorausgeschlichen waren die Agenten des

Der Premnitzer Hafen

Der neue Travisbetrieb
mit dem Kraftwerk,
vom Tor II aus gesehen (Bild unten)

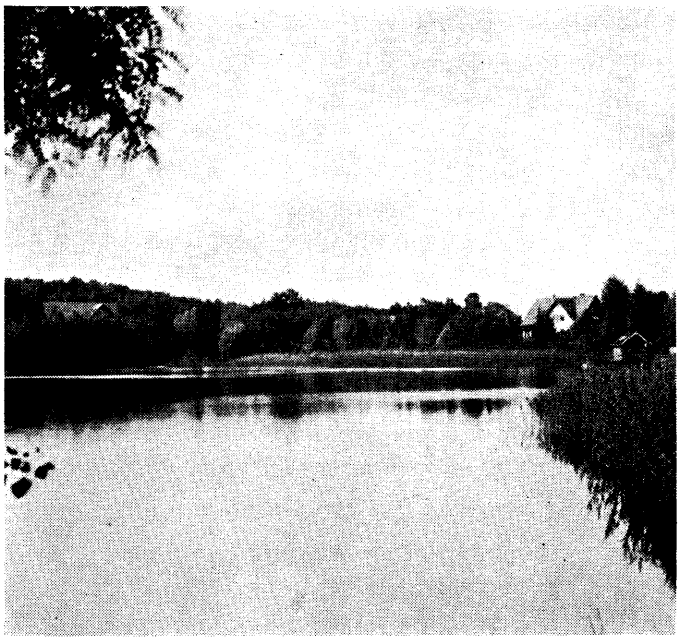




Ansicht des Vistra-Betriebes vom Tor VI her

An der Premnitzer Kirche vor dem zweiten Weltkrieg

Aus der ehemaligen Tongrube entstand der Premnitzer See. (Bild unten)



Konzerns. Im Juli 1939 lag Göring, Himmler und dem OKW ein umfassendes I. G.-Material über „Die wichtigsten chemischen Fabriken in Polen" vor. Schon beim Einmarsch in Wien im April 1938 war Göring mit einem Plan der I. G. für eine „Neuordnung der chemischen Industrie in Österreich" ausgestattet. Mit größter Sorgfalt entwickelte die I. G. einen Plan zur Ausplünderung Frankreichs, der im April 1940 vorlag. Beim Überfall auf die Sowjetunion waren die bis dahin umfangreichsten I. G.-Vorschläge unter dem Titel „Reorganisation der russischen Industrie" unter deutscher Führung zur Hand. [142]

Nicht anders war es beim Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei. Vom Generaldirektor der I. G. Farben wurde sofort ein Glückwunschtelegramm in die Reichskanzlei geschickt: „Tief beeindruckt von der Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich, die Ihr Werk ist, mein Führer, stellt die I.G.-Farben-Industrie Ihnen für den Sudetengau die Summe von einer halben Million Reichsmark zur freien Verfügung." [143]

Das war keineswegs der Ausdruck übertriebener Höflichkeit. Eine Woche vor dem Münchener Abkommen hatte derselbe Generaldirektor mit der Naziregierung einen Vertrag geschlossen. Darin wurden die wichtigsten Farbwerke der Tschechoslowakei der I. G. Farben übertragen. Bereits eine Woche nach dem Einmarsch befanden sich die I. G.-Männer Dr. Wurster und Dr. Kugler an der Spitze der betreffenden Unternehmen. [144] Ab Oktober 1939 fungierte die Fabrik Premnitz als Wehrwirtschaftsbetrieb mit besonderen Produktionsaufgaben. Die Vermittlungsstelle W der Sparte 3 legte am 30. Oktober 1939 fest: „Die Reichsstelle der Chemie hat nunmehr jedem unserer Werke eine bestimmte Nummer zugeteilt, unter der die betreffenden Werke der Reichsstelle Chemie als Wehrwirtschaftsbetrieb mit besonderen Produktionsaufgaben geführt werden. Die Nummer ihres Werkes ersehen sie aus dem beiliegenden Schreiben der Reichsstelle." [145]

Damit begann die dunkelste Periode in der Geschichte unseres Werkes; seine Umwandlung in eine Fabrik des Todes, in ein Zuchthaus. Die Ausbeutung kannte keine Grenzen mehr, während die Löhne auf dem niedrigsten Niveau blieben. Der Höchstlohn für männliche Arbeiter je Stunde war in Wolfen auf 68 Pfennig, in Premnitz auf 59 Pfennig festgesetzt worden. Für gelernte Handwerker betrug er in Wolfen 85 Pfennig, in Premnitz 79,5 Pfennig. Für Vorarbeiterinnen wurden in Wolfen 57 Pfennig, in Premnitz 46 Pfennig je Stunde gezahlt. [146]

In den ersten Monaten des Krieges wurde ein umfassendes Rationierungssystem für Lebensmittel und Gebrauchsgüter eingeführt, neue Gesetze, Verordnungen und Strafbestimmungen traten in Kraft, die die wirtschaftliche Lage der Werktätigen verschlechterten und die politischen Rechte der Werksangehörigen weiter beschnitten.

Die Rationen für Erwachsene betrugen wöchentlich 2400 Gramm Brot und Mehl, 500 Gramm Fleisch, 270 Gramm Fett. Seife und Schuhe wurden ab 27. August, Textilien ab November (Punktkarte) rationiert. Zu den einschneidenden Maßnahmen gehörten das Verbot über Abhören ausländischer Sender (1. September), das völlige Verbot des Arbeitsplatzwechsels, die Kriegswirtschaftsverordnung (4. September), die Volksschädlingsverordnung (5. September) und die Einführung der Todesstrafe für Beschädigung von Wehrmitteln (25. November). In den Jahren von 1939 bis 1943/44 wurde die Zahl der Vergehen, für die die Todesstrafe verhängt wurde, von 3 auf 46 erhöht. Im April 1942 gab es eine radikale Kürzung der Nahrungsmittelrationen. Für Erwachsene betrug nunmehr die wöchentliche Ration 2000 Gramm Brot und Mehl, 300 Gramm Fleisch, 206 Gramm Fett. Außerdem wurden im Juni des gleichen Jahres die Kartoffeln rationiert. Doch trotzdem lebte das deutsche Volk auf Kosten der okkupierten Länder auch jetzt noch besser als die unterjochten, ausgebeuteten und vom Hunger gequälten europäischen Völker. Erst im Frühjahr 1945 brach die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung völlig zusammen. In einer Ernährungsrichtlinie vom 5. April empfahlen die Ernährungsexperten der Nazis „neuartige Lebensmittel" wie Rapsbrot, Baumrinde, Kasta-

Rücksichtslos
wurden die Völker Europas ausgebeutet.
Allen voran ging die I.G. Farben.

Bestand an ausländischen Arbeitskräften
am 13.April 1942

Staatsangehörigkeit:	Ehepaare:	Männer:	Frauen:	Insges:
Polen	2	265	354	619
Spanien	3	50	3	53
Tschechen	1	21	17	38
Slowakei	-	5	3	8
Italien	4	29	14	43
Russland	-	1	75	76
Ungarn	-	1	-	1
Jugoslaven	-	9	-	9
Staatenlos	-	1	-	1
Holland	1	12	2	14
Belgien	58	249	132	381
Frankreich	2	20	28	48
Ukraine	2	5	81	86
	73	668	709	1377
A-Kohle:				
Polen	1	21	1	22
Holland	-	4	-	4
Belgien	13	37	-	37
Ukraine	-	3	-	3
	14	65	1	66

Arbeiteraufnahme

nien, Kaffee aus gerösteten Eicheln, Gräser, Wildpflanzen, Wurzeln, Frösche, Schnecken usw. [147]

Immer mehr Frauen und Jugendliche mußten im Laufe des Krieges in der Rüstungswirtschaft arbeiten. Dazu kamen ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Am 30. November 1943 betrug die Zahl der Gesamtbeschäftigten im Premnitzer Werk 4324, davon waren 2671 männliche und 1653 weibliche Arbeitskräfte. Dazu kamen 1190 zivile Ausländer und 100 Kriegsgefangene. 533 Arbeiter und Angestellte befanden sich zu dieser Zeit beim faschistischen Wehrdienst. [148] Die in deutsche Betriebe gepreßten ausländischen Arbeiter wurden in drei Kategorien eingestellt:

1. Ausländer, mit denen ein „bestimmter Vertrag" abgeschlossen wurde. Dazu gehörten germanische Ausländer (Holländer, Flamen, Dänen, Norweger), westliche Ausländer, zu denen auch die aus Frankreich kommenden Italiener und Polen gehörten, Polen, die bis zum 1. September 1939 in Polen ansässig waren;
2. Ostarbeiter;
3. Kriegsgefangene.

Die Sowjetmenschen wurden überhaupt nicht genannt; sie hatten nicht einmal einen Namen. Ihre Lage wird aus folgenden Berichten des Premnitzer Werkschutzes deutlich: „Am 22. September 1942 wurde der Russe U 89 um 11.45 Uhr beim Beerenpflücken angetroffen. Wegen der unerlaubten Entfernung vom Arbeitsplatz beziehungsweise durch Beschädigung von werkseigenen Anlagen sind dem Russen die Rauchwaren für eine Woche zu entziehen und ein Tagesverdienst in Anspruch zu bringen." [149]

Ein anderer Bericht lautete: „Am 18. Februar 1943 hatten die Russen Z 40 und U 102 ihre Arbeitsstelle in der Spinnerei verlassen und hielten sich vor dem Kantineneingang auf. Die Russen wurden mit dem nötigen Nachdruck an ihre Arbeit gebracht." [150]

Bis Ende Mai 1943 waren rund 12,1 Millionen ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zur Arbeit in der Kriegswirtschaft nach Deutschland verschleppt worden; bis

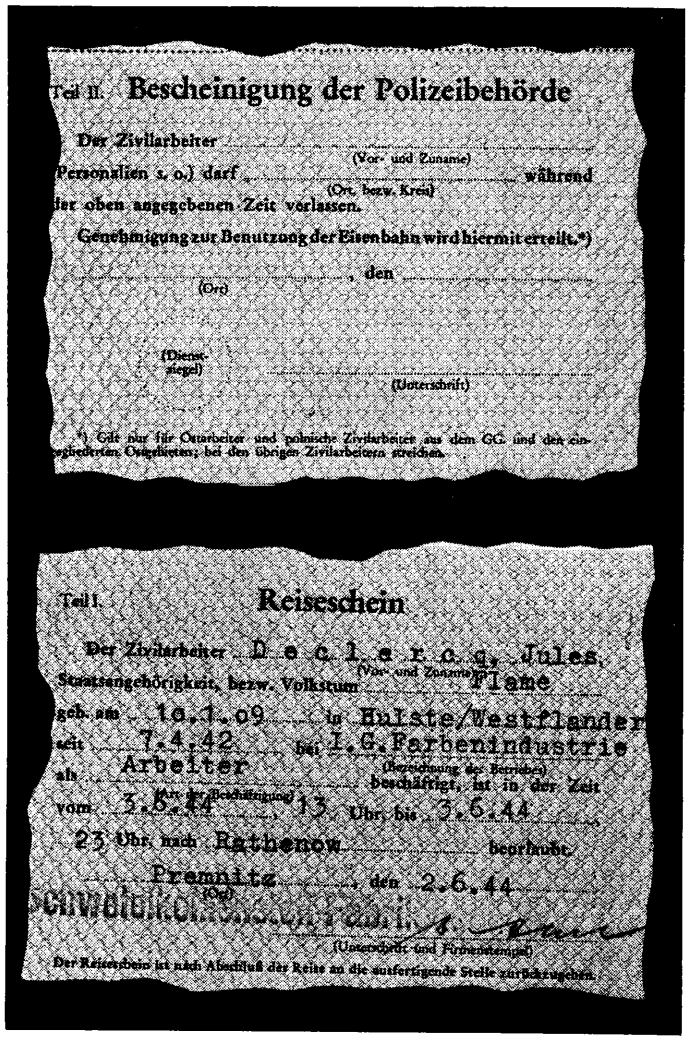
In diesem Gebäude
war der Prügelbock untergebracht.
Vor allem kriegsgefangene Sowjetbürger und Polen
wurden hier grausam mißhandelt.

Für eine gewöhnliche Fahrt
nach Rathenow benötigten selbst
die ausländischen Arbeiter,
die unter einem sogenannten Vertrag standen,
einen Reiseschein.

Kriegsende wuchs die Zahl auf nahezu 14 Millionen an. Aus diesen billigen und rechtlosen Arbeitssklaven des Monopolkapitals zogen vor allem die Rüstungskonzerne hohe Profite. Das ZK der KPD rief zur Solidarität mit den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auf und verlangte, sie in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen.

Es gab im Werk viele deutsche Arbeiter, die ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen halfen. Unter Einsatz seines eigenen Lebens ermöglichte zum Beispiel Arthur Bey (KPD) drei sowjetischen Kriegsgefangenen die Flucht. Viele Arbeiter teilten mit den Zwangsverschleppten ihre kärglichen Rationen, so der Arbeiter Kneifel, der regelmäßig seine Milchkarten an Polen verschenkte. Doch es gab auch negative Beispiele, wie den Arbeiter Musow, der, als er von der Nachtschicht nach Hause fuhr, bei Spolierenberg fünf flüchtige sowjetische Gefangene sah und dies sofort dem Betriebsschutz meldete. Im Bericht des Werkschutzes an Dr. Zetsche heißt es über den Judaslohn, den Musow dafür erhielt: „Es wäre angebracht, wenn Musow bis elf Uhr seinen Stundenlohn und außerdem eine kleine Anerkennung erhält." [151]

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion verstärkten die klassenbewußten Arbeiter und andere fortschrittliche Kräfte in Premnitz den antifaschistischen Widerstandskampf. Einer dieser unerschrockenen und standhaften Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus war der Kommunist Heinrich Wernicke. Über seinen mutigen Kampf gegen den Faschismus, seine unwandelbare Treue zur Sache der Arbeiterklasse erzählt Karl Köpke: „Heini Wernicke, wie er überall genannt wurde, war mit Recht sehr beliebt, denn er war wirklich ein vorbildlicher charaktervoller Mensch. Er war wie jeder Kommunist mit ganzem Herzen ein überzeugter Freund der Sowjetunion. Wenn er deshalb schon während der ganzen Nazizeit unentwegt gegen den Faschismus gearbeitet hat, so war mit dem verbrecherischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion sein Haß gegen die Naziverbrecher von neuem entfacht. In dieser für jeden deutschen Kommunisten so gefahrvollen Situation trat Heini Wernicke

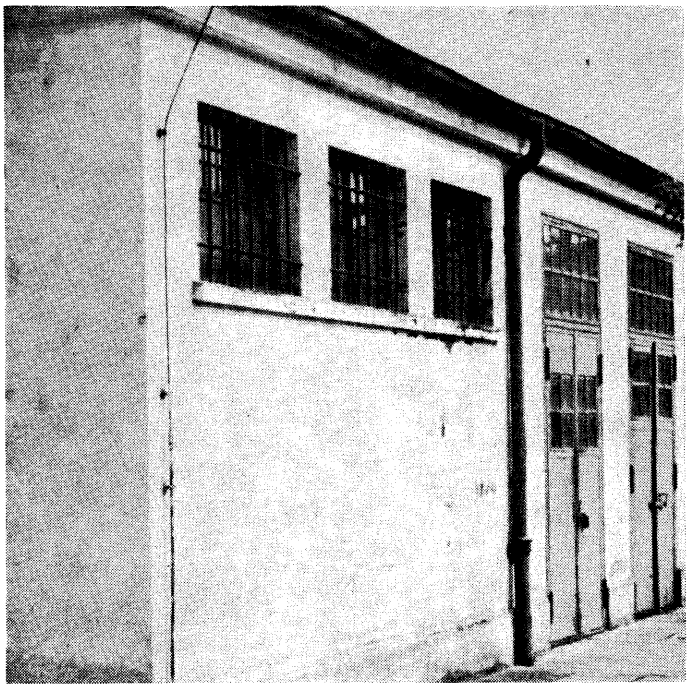


Teil II. **Bescheinigung der Polizeibehörde**

Der Zivilarbeiter ..... (Vor- und Zuname)
Personalien s. o.] darf ..... (Ort, bezw. Kreis) während der oben angegebenen Zeit verlassen.
Genehmigung zur Benutzung der Eisenbahn wird hiermit erteilt.*)
..... (Ort), den .....
(Dienstsiegel)
..... (Unterschrift)
*) Gilt nur für Ostarbeiter und polnische Zivilarbeiter aus dem GG. und den eingegliederten Ostgebieten; bei den übrigen Zivilarbeitern streichen.

Teil I. **Reiseschein**

Der Zivilarbeiter D e c l e r c q, Jules. (Vor- und Zuname)
Staatsangehörigkeit, bezw. Volkstum Flame
geb. am 10.1.09 in Halste/Westflandern
seit 7.4.42 bei I.G.Farbenindustrie (Bezeichnung des Betriebes)
als Arbeiter beschäftigt, ist in der Zeit (Art der Beschäftigung)
vom 3.5.44 13 Uhr bis 3.6.44
23 Uhr nach Rathenow beurlaubt.
Premnitz (Ort), den 2.6.44
(Unterschrift und Firmenstempel)
Der Reiseschein ist nach Ablauf der Reise an die ausfertigende Stelle zurückzugeben.



einem faschistischen Maulhelden entgegen. Als am 14. Juli 1941 im I. G.-Farben-Werk Premnitz, wo Heini Wernicke seit 1938 arbeitete, ein Nazipropagandist den deutschen Endsieg ausposaunte, trat er ihm leidenschaftlich entgegen. Er erklärte ihm, daß die Sowjetunion mit dem zaristischen Rußland nicht zu vergleichen sei. Auf die Worte, daß in Kürze die Hakenkreuzfahne auf dem Kreml wehen würde, sagte er treffend: ‚Aber nur, wenn du sie dorthin trägst!'" [152]

Wernicke wurde kurz darauf verhaftet und zuerst zur Gestapo nach Potsdam und anschließend in das Gefängnis Moabit überführt. Als ihn dann seine Frau dort sah, schien er um viele Jahre gealtert. Er erhielt eineinhalb Jahre Gefängnis, und als man ihn entließ, war er ein körperlich gebrochener Mensch. Sechs Monate später wurde er zum Militär eingezogen. Seine Briefe, die er aus Heuberg in Bayern schrieb, waren stets geöffnet. Nur einmal empfing seine Frau einen ungeöffneten Brief, weil dieser über eine Privatadresse eingegangen war. Darin teilte er ihr mit, er sei einer Bewährungseinheit zugeteilt und käme in Kürze zum Minensuchen in das Ägäische Meer. Das war sein letzter Brief. Seine Frau erhielt später nur die lakonische Mitteilung „vermißt".

Der antifaschistische Kampf des Arbeiters Wernicke sollte als Beispiel dafür dienen, daß auch im I. G.-Farben-Werk Premnitz trotz des engmaschigen Netzes der Gestapo der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg und für die Freundschaft zur Sowjetunion seinen Fortgang nahm.

Der I. G.-Farben-Konzern und damit auch das Werk in Premnitz war einer der Hauptabnehmer von „Menschenmaterial", das durch die faschistischen Machthaber und die Finanzmagnaten aus aller Herren Länder, besonders aus der Sowjetunion, nach Deutschland verschleppt wurde. Insgesamt arbeiteten Angehörige von 21 verschiedenen Nationen, darunter Russen, Bjelorussen, Litauer, Esten, Letten, Ukrainer, Kroaten, Polen, Tschechen, Slowaken, Serben, Franzosen, Spanier, Italiener, Belgier, Flamen, Dänen und andere in Premnitz. Diese unglücklichen Menschen wurden bis zur Erschöpfung ausgebeutet und, wenn sie nicht mehr leistungsfähig waren, ermordet.

Otto Natschke sagt darüber aus:

„Es kam häufig vor, daß Zwangsverschleppte infolge äußerster Anspannung und schlechtester Ernährung völlig erschöpft waren. In diesem Zustand suchten sie an Plätzen, wo sie sich unbeobachtet glaubten, eine Ruhepause einzulegen. Hierbei erwischt, prügelten die I. G.-Häscher sie an ihre Arbeitsplätze. Oft erhielten sie noch schwere Strafen. Zu diesem Zweck war in der Feuerwache eine Einrichtung geschaffen, in der ein Prügelbock stand, der mit einer Anschnallvorrichtung versehen war. Angehörige der Betriebsfeuerwehr wurden dabei als Schläger herangezogen. Diese brutalen Mißhandlungen wurden bald den deutschen Arbeitern bekannt, denn in diesem Gebäude übernachteten auch Kollegen, die für den Luftschutzdienst eingesetzt waren. Ein junger sowjetischer Arbeiter wurde von einem Dolmetscher einmal mit einer eisenbeschlagenen Spulstange so schwer am Kopf verletzt, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Das alles geschah nur deshalb, weil diesem müden, hungernden Menschen einige leere Spulenstäbe vom Rahmen heruntergeglitten waren." [153]

Mit den ersten Transporten sowjetischer Arbeiter nach dem Überfall auf die Sowjetunion kam ein Vater mit seinem zwölfjährigen Sohn nach Premnitz. Das Kind mußte gemeinsam mit dem Vater täglich zwölf Stunden eine der schwersten Arbeiten in der Spinnerei verrichten. Sie bestand darin, Spinnspulen in Entsäuerungskufen einzusetzen. Da der Junge noch zu schwach war, die mit Säurespulen belasteten Stäbe in der Hand zu halten, und zu klein, um sich über den für ihn zu hohen Rand der Kufe bis zum Boden zu beugen, war der Vater gezwungen, die Arbeit seines Sohnes mit zu verrichten. Der Junge mußte dafür Dichtungsringe und Deckel auf die in der Kufe eingesetzten Spulen legen und die leeren, für seine Körperbeschaffenheit viel zu schweren Spulenrahmen zurücktragen. Diese Arbeit wurde von Vater und Sohn etwa zehn Monate verrichtet.

Verpflegungssätze je Kopf und Zuteilungsperiode (28 Tage)

Artikel	Werksküche	Kriegshilfsdienst	Kriegsgefangene	Russen
Weizenmehl	12o g	15oo g		
Butter		5oo "		
Butterschmalz		1oo "		
Margarine		275 "	824 g	52o g
Käse		125 "	125 "	
Nährmittel	12o "	3oo "	3oo "	6oo "
Teigwaren	7o "	175 "	175 "	
Kartoffelmehl	5o "	125 "	125 "	
Marmelade		7oo "	7oo "	
Zucker	14o "	9oo "	7oo "	
Kaffee-Ersatz	125 "	25o "	25o "	
Eier				
Roggenmehl		75oo "	675o "	78oo "
Fleisch		2ooo "	14oo "	1ooo "
Quark		125 "	125 "	
Magermilch		1,75 Li		
Kartoffeln	12 kg	28 kg	21 kg	28 kg
Gemüse	3,2 "	5,2 "	5,2 "	5,2 "
Tee-Ersatz				65 g
Hülsenfrüchte	8o g			
Suppenerzeugnisse	16o "			
Entr.Frischmilch	o,75 Li			
Salz				14oo g

Dann waren beide am Ende ihrer physischen Kräfte. Sie wurden von diesem Arbeitsplatz entfernt; ihr Schicksal ist unbekannt geblieben. [154]

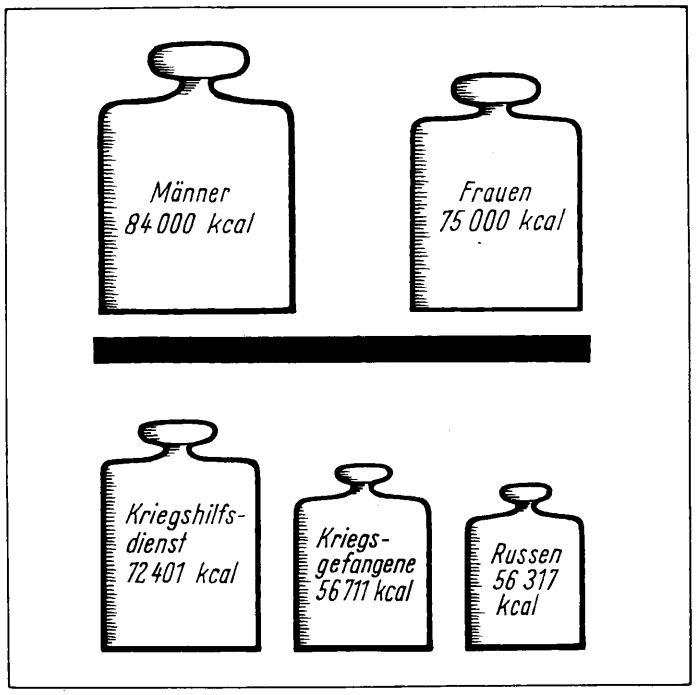
Ein älterer sowjetischer Arbeiter wurde von dem I. G.-hörigen Vorarbeiter Beeskow wegen geringster Vergehen am Arbeitsplatz durch Schlagen mit einem Spulenstab schwer mißhandelt. Dieser Zwangsverschleppte versuchte die Schläge mit den Händen abzuwehren. Beeskow meldete dem Betriebsleiter, Dr. Bartholome, daß der sowjetische Arbeiter ihn angegriffen hätte. Trotz des Einspruchs zweier deutscher Arbeiter, die den Vorgang beobachtet hatten, sagte Dr. Bartholome wörtlich: „Führen Sie den Mann in die Feuerwache und lassen Sie ihm soviel geben, daß er am Leben verzagt." [155]

Aus den Unterlagen der „Gefolgschaftsannahme" [156] ist ersichtlich, daß die Betriebsleitung wiederholt Kinder als Arbeitskräfte einsetzte. Zum Beispiel begannen am 6. Oktober 1944 als Hasplerinnen im Kunstseidenbetrieb zu arbeiten: Marja Twardzicka, geb. 15. Januar 1932 in Niepla, ihre Kontrollnummer war 4106; Danuta Kondas, geb. am 15. September 1933 in Dolina, zusammen mit ihrer Mutter Aniela Kondas, ihre Kontrollnummer war 4611. Auch diese Kinder leisteten Schichtarbeit. Alter und Geschlecht spielten bei der I. G. keine Rolle, dem Konzern ging es nur um die letzte Ausbeutung der Arbeitskraft. So schuftete auch die 72jährige Emilie Kunlbas aus Reval als Helferin im Werkskindergarten. Sie hatte die Kontrollnummer 10 093. [157]

Täglich zwölf Stunden bei hoher Intensität arbeiten, dauernd dem Hunger ausgesetzt, ständig Prügel am Arbeitsplatz, das war das Leben all dieser gequälten Menschen. Doch die I. G.-Machthaber gingen zu noch drastischeren Behandlungsmethoden über. Als zwei junge sowjetische Arbeiter ihr Leben vor dem Verhungern retten wollten, sich ein paar Feldfrüchte holten und aus einem Schuppen ein Kaninchen entwendeten, wurden sie auf einer Anhöhe am Premnitzer See in Anwesenheit Hunderter von Zwangsarbeitern erhängt. Die Galgen fertigte die Tischlerei des Werkes. Zahlreiche SA- und SS-Männer sowie viele nazistische Beamte wohnten dem grausigen Schauspiel bei. Anschließend gaben die faschistischen Verbrecher ein Festessen in der ehemaligen Peterschen Gastwirtschaft.

Zwei weitere sowjetische Arbeiter wurden auf dem Gelände des heutigen Sportplatzes erschossen, weil sie versucht hatten, sich einige Feldfrüchte zu verschaffen. Ein bestialisches Verbrechen wurde an zwei polnischen Mädchen verübt. Ihr ganzes Vergehen bestand darin, daß sie sich infolge der langen Arbeitszeit und des sie immer begleitenden Hungers völlig erschöpft an einer Stelle der Zwirnerei, wo sie sich unbeobachtet glaubten, zu einer kurzen Ruhepause niederließen. Sie wurden dabei von dem Meister der Zwirnerei, Wernsdorf, gesehen und dem Werkschutz übergeben. Dort, wo heute synthetische Fasern erzeugt werden, stand damals ein Luftschutzbunker. Die beiden Mädchen wurden hineingetrieben, mußten ihre Körper entblößen und wurden dann von den entmenschten Schlägern des Werkschutzes gemartert. Die Schreie der furchtbar mißhandelten Mädchen drangen bis nach oben, wo sie von Angehörigen des Luftschutzes gehört wurden. [158]

Die brutale Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter durch die I. G.-Gewaltigen und ihre treuen Untergebenen rief bei den meisten deutschen Arbeitern tiefe Verachtung und Abscheu hervor. Nach und nach, unter Beachtung strengster Vorsichtsmaßnahmen, gingen immer mehr Werktätige dazu über, diesen ständig hungernden und gequälten Menschen zu helfen, ihr schweres Los ein wenig zu erleichtern. Heimlich wurden den ausländischen Arbeitern Brot, Gemüse und oftmals die Frühstücksbrote sowie Zigaretten zugesteckt. Das war damals keine Selbstverständlichkeit, denn dabei setzte der Helfer sein Leben aufs Spiel. Korrupte Elemente wie die Vorarbeiter Beeskow, Borchert, Janott, die Dolmetscher Wolf, Becker und Karabanowitz verrieten mehrmals Arbeiter an die Betriebsführung und den Gestapomann Neumann. Neumann mißhandelte zum Beispiel Ernst Meier grausam für seine Hilfsaktionen. Dennoch wurden die einzelnen Aktionen fortgesetzt und nahmen be-



Verpflegungssätze

sonders gegen Ende des Krieges zu. Mit einigen Zwangsverschleppten hielten deutsche Familien gute Verbindung, luden sie insgeheim in ihre Wohnungen ein, bewirteten sie und versorgten sie mit Brot, Mehl, Milch, Kleidungsstücken und anderen Dingen. Die Dankbarkeit und Freude dieser geschundenen und gemarterten Menschen war Ansporn für diese guten Deutschen, ihre Solidaritätsaktionen fortzusetzen.

Die deutschen Faschisten und mit ihnen die I. G.-Gewaltigen setzten sich über alle internationalen Abkommen und jegliche Menschlichkeit verbrecherisch hinweg. Mit allen Mitteln beuteten sie die Kriegsgefangenen in der Industrie bis zum Äußersten aus, und wenn sie nicht die erhofften Leistungen brachten, wurden sie kurzerhand umgebracht. Millionen standen auf dem Konto der I. G. Farben, aber sogar an der Vernichtung der KZ-Häftlinge verdiente die I. G. noch. Die Gase, die in den Gaskammern der Konzentrationslager Buchenwald, Dachau, Maidanek, Sachsenhausen und vieler anderer Lager für die Ermordung von Häftlingen benutzt wurden, kamen aus den Betrieben der I. G. Farben. Trotzdem wurde später zum Beispiel Heinrich Hörlein, Mitglied des Zentralausschusses des Vorstandes der I. G., Leiter der chemischen Forschung und Entwicklung von Impfstoffen, Sera und Giftgas, im I. G.-Farben-Prozeß freigesprochen; Otto Ambros, Mitglied des Vorstandes der I. G., Produktionsleiter für Buna und Giftgas, Leiter des Ausschusses für chemische Kampfstoffe im Rüstungsministerium, erhielt nur acht Jahre Gefängnis. [159] Solche Urteile klingen wie Hohn auf die begangenen Verbrechen.

Im September 1944 wurden die Werkleitungen der Sparte III aufgefordert, von den Kriegsgefangenen noch höhere Leistungen zu erpressen. In einem Schreiben vom Chef „Kriegsgefangene – Allgem. (Ia)" im Oberkommando der Wehrmacht heißt es: „Die bisher ergangenen Verfügungen über die Behandlung und Leistungssteigerung der Kriegsgefangenen haben nicht in allen Fällen den gewünschten Erfolg gebracht. Von Dienststellen der Partei und der Wirtschaft werden immer wieder Klagen über die schlechte Arbeitsleistung aller Kriegsgefangenen laut. Im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen der Partei und des Staates werden daher nachstehende Richtlinien für das Kriegsgefangenenwesen bekanntgegeben ...

a) Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen zu steigern,

b) auftretende Schwierigkeiten mit größter Beschleunigung örtlich zu regeln ...

Die Behandlung der Kriegsgefangenen ist unter Berücksichtigung abwehrmäßiger Belange einzig und allein darauf abzustellen, die Arbeitsleistung auf das höchstmögliche Maß zu steigern. ... Faulen und aufsässigen Kriegsgefangenen muß mit eindeutiger Schärfe unter Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel entgegengetreten werden. Der Kriegsgefangene ist Soldat und zum Gehorsam verpflichtet. Der Gehorsam kann erzwungen werden. Die Kriegsgefangenen dürfen keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß gegen sie rücksichtslos, notfalls mit der Waffe, eingeschritten wird, wenn sie etwa mit ihrer Arbeitskraft zurückhalten, passiven Widerstand leisten und sogar meutern." [160]

Im Werk Premnitz arbeiteten etwa 900 Kriegsgefangene. Untergebracht waren sie im „Lager 7", einer Steinbaracke am Mühlenweg. Weitere Lager für Zwangsarbeiter befanden sich in der Döberitzer Straße mit insgesamt 1079 Plätzen in elf Baracken. In ihnen wohnten Polen, Flamen, Franzosen, Belgier, Kroaten, Ukrainer, Spanier, Tschechen, Holländer, Slowaken und Litauer. Das Lager zwei stand in der Heimstraße und der früheren Moltkestraße mit fünf Baracken und etwa 250 Plätzen. In der Moltkestraße war auch das Lager drei. Im Lager vier in der Heimstraße pferchte man in vier Baracken 476 „Ostarbeiterinnen" und im Lager fünf in der Moltkestraße in fünf Baracken 400 „Ostarbeiter" zusammen. Das Lager sechs, die sogenannte Kyffhäuserbaracke am Mühlenweg, war mit 26 Italienern belegt. Weiterhin waren Zwangsarbeiter im Frauenheim und im Männerheim in der Heimstraße, im Havelheim, Gebäude 583, in der ehemaligen Grabenstraße 9, im Gebäude 581 der

ehemaligen Farbenstraße 19 a und b und im Gebäude 582 in der ehemaligen Grabenstraße 21 a und b untergebracht. [161]

Im Jahre 1944 war die Legende von der Unbesiegbarkeit der deutschen Truppen schon längst zerschlagen. Die auf breiter Front geführte Offensive der Roten Armee gegen die Hitlerwehrmacht brachte für viele Demokraten Mut und Zuversicht. Den Widerstandskämpfern gab sie Kraft zu neuen Taten. Besonders mutig waren die Widerstandskämpfer unter den ausländischen Arbeitern. Durch gute Organisation gelang es 13 sowjetischen Kriegsgefangenen zu fliehen. Die Gestapo und der Betriebsschutz erhöhten daraufhin noch ihren Terror. Bewaffnung und Ausrüstung des Betriebsschutzes wurden verbessert, um einen Aufstand der Zwangsarbeiter zu verhindern. Doch die zunehmenden Gewaltakte der Faschisten glichen immer mehr Verzweiflungstaten. Ihr Untergang schritt unaufhaltsam voran. Der Sieg der sowjetischen Truppen bei Stalingrad, der mit der Vernichtung der 6. Armee endete, hatte die große Wende des zweiten Weltkrieges herbeigeführt. Von nun an bekam der Faschismus die politische, ökonomische, militärische und moralische Kraft der Völker der sozialistischen Sowjetunion zu spüren.

Die unter den ausländischen Arbeitern bestehende Widerstandsgruppe wandte sich mit einem Aufruf, der an gut sichtbarer Stelle im Gebäude 439 angebracht war, an die deutschen Arbeiter.

Darin hieß es: „Deutsches Volk, sechs Jahre dauert schon der Krieg und es gibt kein Ende. Jede Familie hat schon einen toten Sohn, Bruder und Vater, aber wofür? Wer ist schuldig? Es wissen alle, Hitler und seine Bande! Stehen Sie auf! Beenden Sie Krieg! Das schwarze Adler." [162]

Die gleiche Widerstandsgruppe schrieb ein anderes Mal, gleichfalls im Gebäude 439: „Deutsche! Warum kämpfen Sie noch, wenn Krieg verloren ist ??? Warschau im Aufstand, Bulgarien, Rumänien, Belgien haben kapituliert! Stehen Sie auf, beenden Sie den Krieg! Das schwarze Adler." [163]

Untergang und Befreiung

Die Machthaber der I. G. Farben blieben bis zum bitteren Ende mit dem faschistischen Regime und seiner Kriegsfurie eng verbunden. Dafür gibt es eindeutige Beweise auch aus dem Premnitzer Werk. Noch im September 1944 erhielt das Werk Kriegsaufträge vom Reichsminister für Luftfahrt zur Erzeugung von Perlon-Fallschirmtextilien [164] und vom Oberkommando des Heeres zur „Entwicklung von Perlongarn beziehungsweise Geweben aus Perlon, die zur Herstellung von Gasschutzstoffen eingesetzt werden können" [165]. Der Produktionsausschuß der Fachgruppe „Chemische Herstellung von Fasern" gab für das zweite Halbjahr 1944 Herstellungsanweisungen, die den Vermerk „kriegswichtig" trugen. Danach waren zu produzieren: 5760 Tonnen Viskosezellwolle, 1800 Tonnen Viskosefestzellwolle, 1572 Tonnen Viskosenormalkunstseide und 132 Tonnen Perlon-Faser. [166] Noch am 8. März 1945 kam der Fertigungsbescheid Nr. 22, der vorsah, bis zum September 1945 monatlich 30 Tonnen Perlon-Faser im Rahmen des Führernotprogramms für Wehrmachts- und technischen Bedarf zu erzeugen. [167]

Zieht man eine Bilanz, so hat die I. G.-Farben-Produktion in zehn Jahren während zweier Weltkriege mehr Gut vernichtet, als bei gleicher Anstrengung in dreißig Jahren hätte aufgebaut werden können. Es gab Zeiten, in denen die I.G.-Produktion künstlicher Düngemittel sich die Waage hielt mit der Produktion von Asche, erzeugt in faschistischen Vernichtungslagern aus acht Millionen Menschen mit Gas und Brennstoff von I. G. Farben. Nun aber sollte es bald aus sein mit der Todesfabrik, der Hölle in Premnitz, mit dem Mammutkonzern I. G. Farben, auf dessen Konto hunderttausend Hektoliter Blut und tausend Tonnen Gold in einer Reihe stehen. [168] Schwerster Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig, sahen die „Götter des Großdeutschen Reiches" ihren Untergang nahen und waren zu jeder Verzweiflungstat bereit, um ihre Machtpositionen für neue, bessere Zeiten zu retten.

Das Mitglied
der Kommunistischen Partei Deutschlands
Genosse Adolph Rapsch

In Premnitz sollte der Werkschutz und der Volkssturm für diese „letzten" Ziele eingesetzt werden. Der Werkschutz besaß damals 14 Karabiner 98 mit 1169 Schuß Munition, 40 andere Gewehre mit 3348 Schuß Munition, elf Pistolen mit 365 Schuß Munition und ein SMG. Zusätzlich wurden von Potsdam angefordert: 3000 Schuß SMG-Munition, 300 Platzpatronen und 10 Maschinenpistolen mit Munition. [169]

Alle wehrfähigen Männer bis zu 60 Jahren wurden von den Faschisten zum Volkssturm gezwungen. Etwa 500 Männer wurden in den letzten Wochen auf dem heutigen Sportplatz noch für den Tod gedrillt.

Ende April war die Rote Armee bis in die Nähe des Dorfes Bamme vorgerückt. Zur gleichen Zeit zogen Reste der geschlagenen Hitlerwehrmacht durch Premnitz, um sich zunächst über die Havel und dann über die Elbe nach dem Westen abzusetzen. SS-Angehörige versuchten, die vor der Roten Armee flüchtenden Truppen zum Stehen zu bringen. Ihre Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg. Mit prahlerischen Reden, aber auch mit brutaler Gewalt sollte so der Volkssturm vom Endsieg überzeugt werden. Im Bunde mit der SS spielten in Premnitz besonders Ortsgruppenleiter Koch, Bürgermeister Nowitzki, Dr. Bartholome, Dr. Waldinger, Dr. Spenker und der Oberförster von Seelendorf eine traurige Rolle während der letzten Zeit vor der Kapitulation.

In diesen Tagen versuchte das KPD-Mitglied Adolf Rapsch, mit der Roten Armee Verbindung aufzunehmen, um sie über die Lage in Premnitz zu informieren. Bereits kurz hinter der Waldkolonie, in Richtung Bamme, stieß Genosse Rapsch auf einen Vorposten der Roten Armee. Der Vorzug, daß Rapsch die russische Sprache etwas beherrschte, erleichterte sein Vorhaben. Es gelang ihm, sich mit dem Vorposten zu verständigen, und, begleitet von einem Soldaten, nach Bamme zu gelangen. Starke Kräfte der SS lagen noch in Milow. Ständig wechselten sie mit Fahrzeugen zwischen beiden Orten. Sie stießen auch bis auf Sichtweite nach Mögelin vor, konnten aber den Ort nicht mehr betreten, da

er von Teilen der Roten Armee bereits besetzt war. Am 30. April wurden alle Volkssturmmänner zum Dorfausgang in Richtung Mögelin befohlen, um sich dort der Roten Armee zum Kampf zu stellen.

Die Herren der I. G. wollten sich auch in Premnitz der Zeugen ihrer Grausamkeit entledigen. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai erhielten Teile des Volkssturms den Befehl, die Zwangsverschleppten aus ihren Wohnlagern nach Klietz an der Elbe zu transportieren. Fürchterlich leidend, den Tod oder die Freiheit vor Augen, schleppten sich fast 1400 Männer, Frauen und Kinder etwa 50 Kilometer bis nach Klietz. Ein Teil dieser ausgemergelten Menschen blieb dort, ein anderer Teil kam nach Premnitz zurück und atmete erleichtert auf, als die Rote Armee sie befreite.

Im Werk kam die Arbeit mehr und mehr zum Erliegen. Als die Rote Armee sich Rathenow und Brandenburg näherte, gab der Leiter der Perlon-Versuchsanlage, SA-Mann und Volkssturmführer Dr. Spenker, die Anweisung, alle Unterlagen zu vernichten. Zwischen den Gebäuden 049 und 054 wurde ein großes Loch ausgehoben, worin die meisten verfügbaren Akten über die Perlon-Anlage mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt wurden. In diesen letzten Tagen der faschistischen Herrschaft offenbarte sich auch die ganze Feigheit der ehemals so brutalen und großmäuligen Nazis. Der technische Leiter des Werkes flüchtete schon am 1. Mai 1945 nach dem Westen. Der stellvertretende Werkleiter beging Selbstmord. Die Erbärmlichkeit der Nazis und Kriegsgewinnler ging so weit, daß sie sogar ihre Frauen und Kinder umbrachten, bevor sie selbst ihrem Leben ein Ende machten.

Am 1. Mai 1945 entwaffneten beherzte Frauen aufgeputschte Jugendliche, die die SS nach Wehrwolfmanier ausgebildet hatte, und schickten sie nach Hause. Am Vorabend hatte sich Adolf Rapsch noch einmal auf den Weg nach Bamme gemacht. Diesmal mit der Gewißheit, daß durch den Volkssturm kein Widerstand gegen die Rote Armee geleistet würde. In Verbindung mit anderen aufrechten Männern, wie Klühe, Wiesener, Grohganz, Blume, Laak, Natschke, Meier, Güldner, Herbst, Wichmann und Kömmling, war in den vorangegangenen Tagen unter den Volkssturmmännern eine aktive Aufklärungsarbeit geleistet worden. Kurz vor Spolierenberg traf Genosse Rapsch wiederum auf einen Vorposten der Roten Armee. Erneut wurde er nach Bamme gebracht und schilderte die Lage in Premnitz. Er erfuhr dort auch, daß mit einem Artilleriebeschuß in den Morgenstunden des 2. Mai der Angriff auf Premnitz beginnen sollte. Dank der besonnenen Handlung von Adolf Rapsch konnten die Befreier ohne Widerstand am 2. Mai 1945 in Premnitz einmarschieren. Die SS-Banditen hatten in Verbindung mit den Naziführern des Betriebes das Werk zur Sprengung vorbereitet. Die Kabel führten am Säuregraben entlang über die Havel bis zu den Milower Havelwiesen. Von dort aus sollte in sicherer Entfernung das verbrecherische Werk vollzogen werden. Spähtrupps der Roten Armee, die bereits am 30. April am Dorfeingang von Premnitz waren, vereitelten den Anschlag.

Anläßlich eines Besuches in unserem Werk schilderten die Kommandeure der damaligen sowjetischen Einheiten, General Below und Oberst Posdow, eindrucksvoll die Tage um den 1. Mai 1945, als die Rote Armee die Ortschaft Premnitz befreite. Neben vielen weißen Fahnen leuchteten auch wieder die roten Fahnen, vom Sieg der Arbeiterklasse und der Freiheit des Volkes kündend.

Eine Zeit tiefer Schmach für die deutsche Nation, eine Zeit unsagbar schweren Kampfes für die deutsche Arbeiterklasse war vorüber. Eine neue Zeit brach an.

Zweiter Teil 1945 bis heute

Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein. – Kunstseide aus Premnitz für die antifaschistisch-demokratische Ordnung (Mai 1945 bis 1949)

Im Kraftwerk bleibt Feuer unter den Kesseln, und die Befreier sind Helfer der ersten Stunde

Der Morgen des 2. Mai 1945 dämmerte herauf. Die Fabrikhallen, in denen schon seit langem die Arbeit ruhte, wirkten leblos, wie versteinerter Wald. Im Kraftwerk aber zischten noch die Ventile, drehten sich die Turbinen.

Nur wenige Passanten strebten an jenem Maimorgen ihrem Arbeitsplatz als Heizer oder Kesselwärter zu. Unter ihnen befand sich auch mit seinem Fahrrad der Heizer und Turbinenmaschinist Paul Porschke. „Nicht weit vom Werktor", so erzählte er uns, „begegneten wir bereits den Männern in den erdbraunen Uniformen. Sie ließen uns ohne weiteres passieren, nachdem wir sagten, daß die Arbeit im Kraftwerk weitergehen muß, denn die Energieversorgung ist lebensnotwendig, ganz gleich was geschieht.

Angehörige der Sowjetarmee hatten bereits die Anlagen des Werkes betreten, und im Kesselhaus warteten die Arbeiter ungeduldig auf die Schichtablösung. Sie alle wollten schnellstens nach Hause, um sich davon zu überzeugen, daß dort noch alles in Ordnung sei. Als wir am Arbeitsplatz eintrafen, lief nur noch ein Kessel mit voller Kraft, ein weiterer war zur Hälfte gedrosselt. Natürlich interessierten wir uns dafür, was in den anderen Teilen der Energieversorgung los war. Nach einem Anruf zur Pumpenstation erfuhren wir, daß auch dort noch gearbeitet wurde. Von den Verantwortlichen der Betriebsleitung kümmerte sich keiner um uns. Daraufhin rief ich bei Zetsche an. Es meldete sich eine fremde Stimme. Im Arbeitszimmer des I.G.-Farben-Direktors befanden sich bereits die Genossen der Sowjetarmee. Kurze Zeit später erschienen drei sowjetische Offiziere mit Zetsche im Kesselhaus. Sie ordneten an, daß in den Abteilungen der Energieversorgung weiter gearbeitet wird.

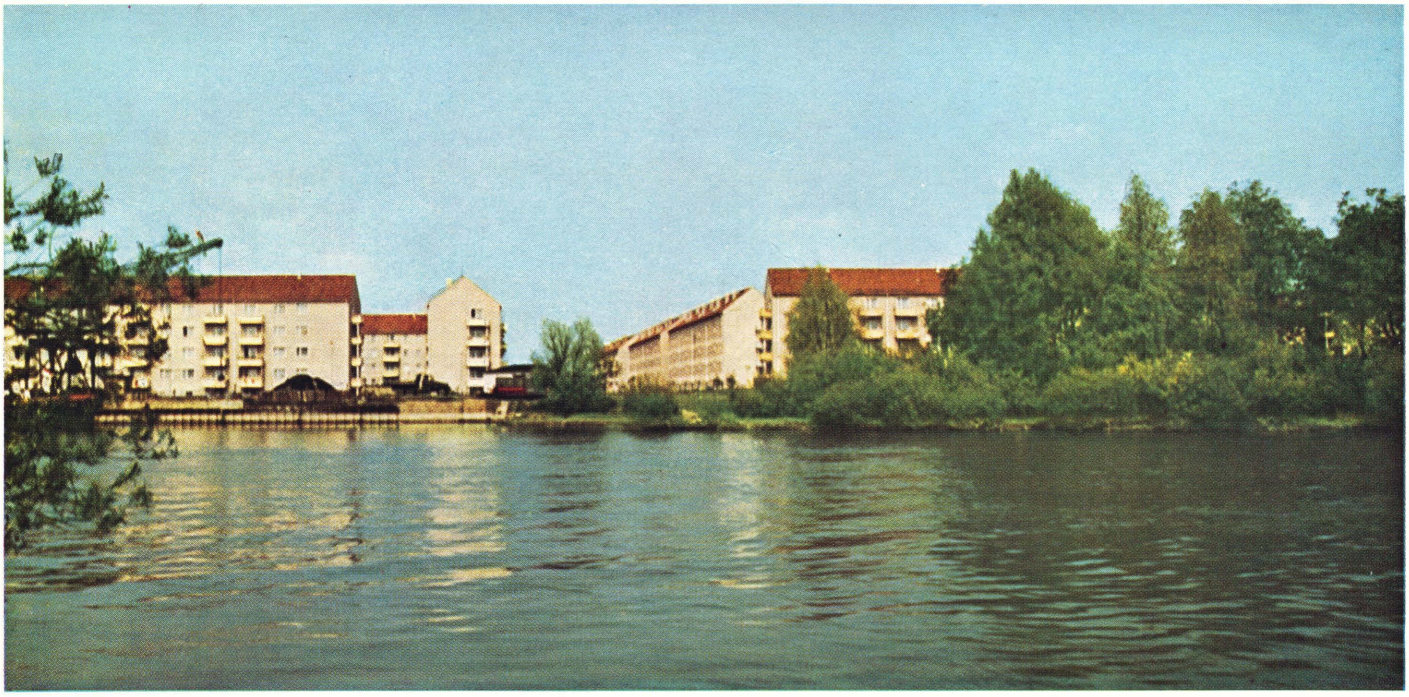
Doch Reste der faschistischen Wehrmacht bedrohten mit Geschützen von Milow aus das Werk und die Ortschaft. Deshalb wurde die Anlage zunächst abgestellt, und wir konnten nach Hause gehen. Am nächsten Morgen wurden wir, die Arbeiter aus der Energieversorgung, auf Befehl der inzwischen eingerichteten Ortskommandantur der Sowjetarmee in Premnitz wieder an unsere Arbeitsplätze gerufen, um die Kessel anzufahren. Für unser Mittagessen sorgte eine Feldküche der Roten Armee. Die Aufrechterhaltung der Energieversorgung diente hauptsächlich der Bevölkerung. Eine Zeitlang später konnte auch das Krankenhaus Rathenow mit Elektroenergie versorgt werden." [1]

Am 8. Mai, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerfaschismus, erließ der sowjetische Kommandant von Premnitz die Aufforderung an die Bevölkerung, sich wieder an ihre Arbeitsplätze zu begeben.

Doch die Mehrheit der Premnitzer Bürger wartete vorerst noch resigniert ab, was da wohl kommen würde. Sie vermochte noch nicht einzuschätzen, daß die Niederlage des Faschismus den Weg für den demokratischen Neuaufbau öffnete, und erkannte auch nicht immer in den Soldaten und Offizieren der Sowjetarmee ihre Befreier. Und doch war gerade jetzt die reale Chance der Arbeiterklasse für die endgültige Befreiung von Ausbeutung, Sklaverei und Krieg gegeben. Die Soldaten und Offiziere, die hier die Besatzungsmacht ausübten, waren die Vertreter eines sozialistischen Staates. Daß sie sich grundsätzlich anders verhielten als die Siegerarmeen kapitalistischer Länder, sollte die Premnitzer Bevölkerung bald erfahren.

„Was soll nun werden?" Dieser Ausspruch war in den Maitagen 1945 vielerorts im deutschen Lande zu hören. Auch die Premnitzer Bevölkerung stand zum großen Teil ratlos vor dem Chaos, das der Faschismus dem deutschen Volk hinterlassen hatte. In Premnitz selbst waren zwar nur geringfügige Zerstörungen infolge der Kampfhandlungen in den letzten Kriegstagen zu verzeichnen. Das Wirtschaftsleben im Ort und im Werk lag aber vollständig am Boden, und auch die Verkehrsverbindungen waren abgebrochen. Es gab keine Vorräte an Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgütern; die Schulen waren geschlossen. Das Schlimmste aber war wohl die tiefe Resignation großer Teile der Bevölkerung, die ideologische Wirrnis in den Köpfen der Menschen, ihr Unglaube an die Zukunft.

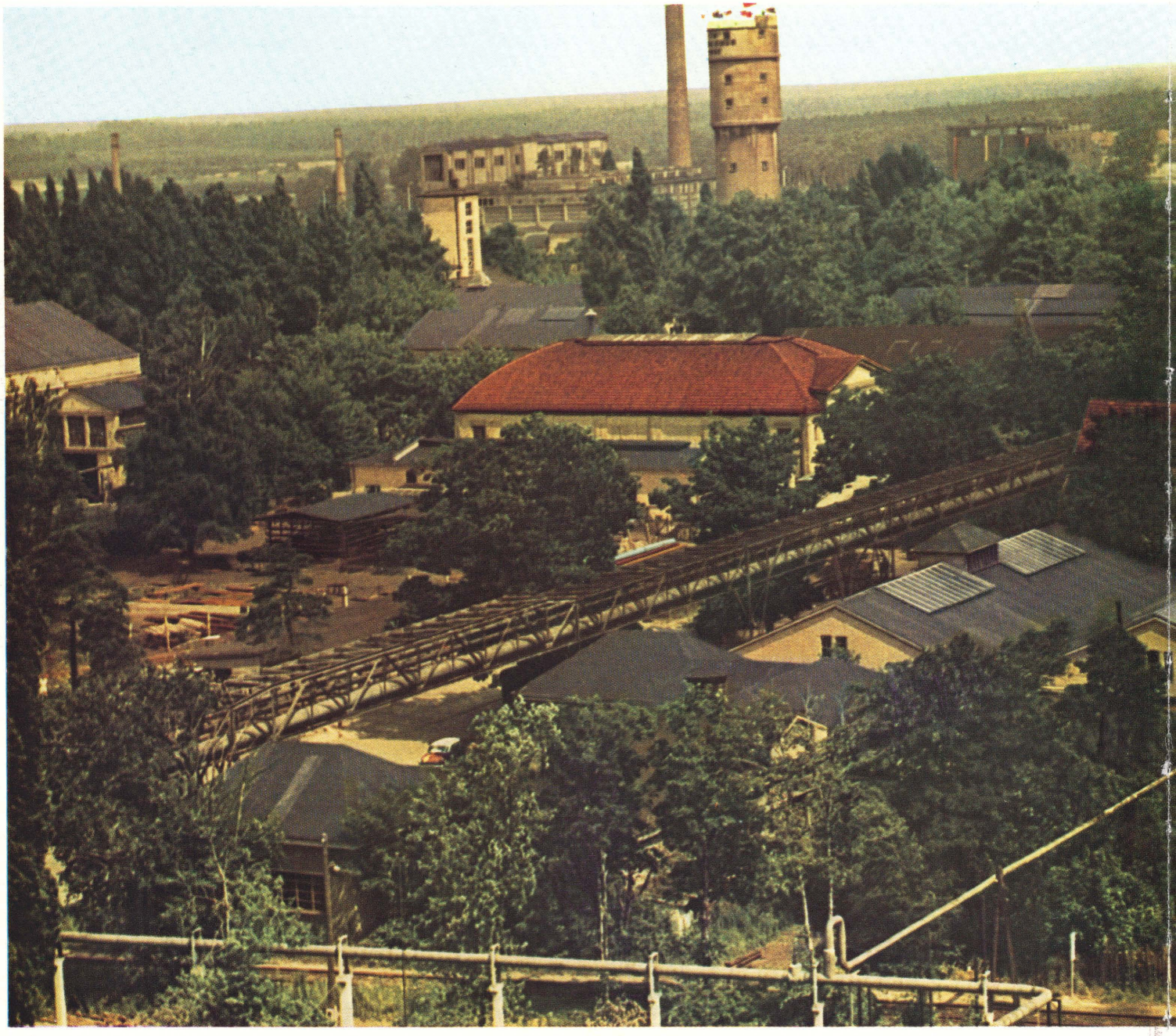
Ortseingang, von Brandenburg aus



Neue Wohngebiete sind entstanden.
Blick von der Havel zum Zentrum

Im Wohngebiet Dachsberg

Panorama
mit dem Wahrzeichen des CFW,
dem Wasserturm

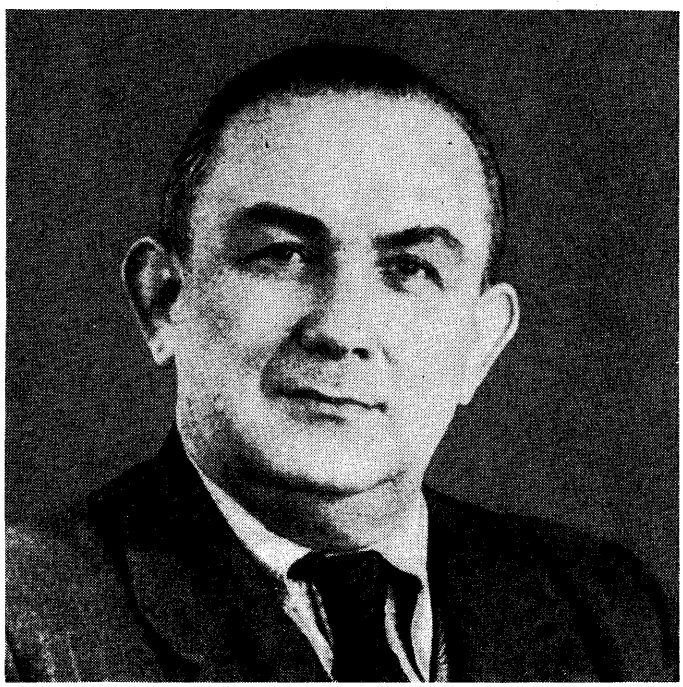


Zentralschule „Geschwister Scholl“

Sportstadion am Tor II

Wohnblöcke in der Waldstraße
und am Dachsberg

Aktivisten der ersten Stunde: Arthur Bey . . .



Doch nicht alle Premnitzer Bürger unterlagen der Hoffnungslosigkeit, die in diesen Tagen um sich gegriffen hatte. Während die Arbeiter im Werk unter sowjetischer Leitung Energie für friedliche Zwecke produzierten, stellten sich andere Bürger für die Normalisierung der Verhältnisse im Ort zur Verfügung. An ihrer Spitze standen solche Antifaschisten wie Karl Köpke, der von der sowjetischen Kommandantur als Bürgermeister in Premnitz eingesetzt wurde, Arthur Bey und Oskar Seifert. Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften bauten sie die erste antifaschistische, demokratische Gemeindeverwaltung auf. Sie verfügten zu Beginn zwar nicht über fachliche Kenntnisse und Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit einer Gemeinde, aber sie erwiesen sich dennoch als fähig für diese schwere, verantwortungsvolle Aufgabe, weil sie auf Grund ihrer Erfahrungen mit dem Faschismus und mit dem Herrschaftssystem der I.G. Farben von der gerechten Sache der Arbeiterklasse überzeugt waren und die Kraft besaßen, die Initiative der werktätigen Bevölkerung für den antifaschistischen Neuaufbau zu wecken.

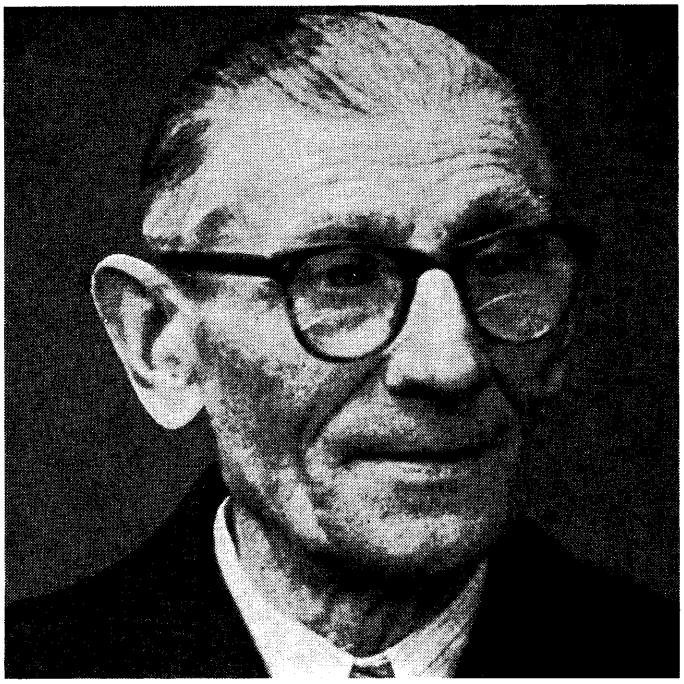
Als Karl Köpke nach kurzer Tätigkeit erkrankte und für längere Zeit seine Bürgermeisterfunktion aufgeben mußte, wurde auf Vorschlag von Karl Gehrmann, der als Landrat im damaligen Kreis Westhavelland eingesetzt war, Arthur Bey mit der Funktion des Bürgermeisters betraut.

Die Sieger mit dem roten Stern an der Mütze waren es, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zuerst mit ordnender Hand eingriffen und dem allgemeinen Chaos Einhalt geboten hatten. Das war eine große Hilfe und Unterstützung für die Premnitzer Aktivisten der ersten Stunde, die im Werk und in der Gemeinde den schweren Weg des Neuaufbaus und der Beseitigung der faschistischen Hinterlassenschaft betraten. Gemeinsam wurden die Ernährungslage und die gesundheitliche Betreuung, so gut es eben ging, gesichert und die ersten Schritte zur Normalisierung des Lebens getan. Die Geschäfte wurden wieder geöffnet, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung nach den gegebenen Möglichkeiten geregelt.

Ebenfalls auf Initiative sowjetischer Dienststellen wurde bei einer Beratung in der Kreiskommandantur Rathenow eine provisorische Leitung für das Werk gebildet. Ihr gehörten an: Diplomingenieur Arthur Wilke als Vorsitzender – er hatte sich von Anfang an für den Neuaufbau zur Verfügung gestellt –, Diplomingenieur Schiele als Vertreter und Dr. Faber. Zunächst wurde auch noch Zetsche als Fachkraft ohne personelle Befugnis anerkannt. Er entging aber seiner gerechten Strafe nicht. Wegen seiner Tätigkeit als Abwehrbeauftragter der Nazis, seiner im Dienste des Faschismus begangenen Handlungen und der von seiner Seite ausgeübten brutalen Behandlung ausländischer Zwangsarbeiter wurde er zu Beginn des Jahres 1946 von den zuständigen Stellen abgeurteilt. [2]

Wenn auch die Zukunft des Werkes noch nicht klar war, weil die ehemalige Produktion zum größten Teil der faschistischen Kriegsmaschine gedient hatte, begann sich in Premnitz das Leben wieder zu regen. Als besonders günstig erwies sich jetzt, daß durch das Werk eine eigene Stromversorgung möglich war. Dank der großen Einsatzbereitschaft der Kraftwerker und der sowjetischen Kommandantur liefen die Turbinen des Kraftwerks ununterbrochen und lieferten der Bevölkerung den für die Ingangsetzung des Aufbaus so notwendigen elektrischen Strom. Es wurde auch Elektroenergie für Rathenow abgegeben, und die Aufrechterhaltung der Stromversorgung gab sogar die Möglichkeit, das Premnitzer Kino als zunächst einzige Kulturstätte wieder zu öffnen. Das geschah kurz nach dem 2. Mai 1945. Die sowjetischen Genossen hatten für die Aufführungen fortschrittliche antifaschistische Filme beschafft.

Schon am 17. Mai 1945 konnte dank der Initiative einiger Premnitzer Bürger und durch die Entscheidung der Gemeindeverwaltung, gestützt auf die Hilfe des sowjetischen Kommandanten, ein Kindergarten in Premnitz eröffnet werden. Welche Freude herrschte unter den Kindern und ihren „Tanten", wenn die sowjetische Kommandantur Milch lieferte oder Werner Dittrich als damaliger Helfer beim Rat der Gemeinde zum Beispiel einen Korb Fleischknochen



brachte, damit die Küche für die Kinder eine nahrhafte Suppe kochen konnte.

So wurden mit Hilfe der sowjetischen Kommandantur die ersten Schritte zur Normalisierung der Verhältnisse eingeleitet. In enger Zusammenarbeit mit den sowjetischen Besatzungstruppen lernten die neuen Verwaltungsorgane die ersten Vokabeln zur Organisierung der antifaschistischen, demokratischen und friedlichen Aufbauarbeit. Diese Zusammenarbeit bewies eindeutig das Gegenteil von der jahrzehntelang betriebenen Antisowjethetze in Deutschland, deren Einfluß nicht wenige Menschen unterlegen waren. Es bestätigte sich, daß die Sowjetunion nicht die Absicht hatte, das deutsche Volk oder den deutschen Staat zu vernichten. Ihr Ziel bestand in der vollständigen Liquidierung des Hitlerstaates, in der Ausrottung des Faschismus und Militarismus. Die deutsche Nation aber sollte, befreit von der faschistischen Diktatur, ein neues Deutschland aufbauen, das nie mehr die Welt mit Krieg bedrohte und bereit war, mit allen friedliebenden Völkern in Freundschaft zu leben.

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 – Orientierung für alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte

Wieder einmal hatte sich in der deutschen Geschichte bestätigt, daß die deutsche Monopolbourgeoisie und das Junkertum absolut nicht fähig waren, die deutsche Nation zu führen. „Die faschistischen Machthaber hatten eine nationale Katastrophe heraufbeschworen, die die deutsche Nation in der Entwicklung ihrer materiellen und kulturellen Kräfte um Jahrzehnte zurückwarf . . ." [3] Wie sollte es nun weitergehen? Welche gesellschaftliche Kraft war auf solch eine Situation vorbereitet? Die einzige Kraft, die in Deutschland darauf eine Antwort geben konnte, war die KPD. Schon in den dunklen Jahren der faschistischen Gewaltherrschaft hatte sie auf marxistisch-leninistische Weise die Lage analysiert und entsprechende Pläne ausgearbeitet, wie nach der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland eine wahrhaft demokratische und friedliche Neuordnung erfolgen sollte. Dabei hatten die deutschen Kommunisten in der Sowjetunion echte Klassenverbündete.

Am 5. Juni 1945 erklärten die Siegerstaaten die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland. Wenige Tage später, bereits am 10. Juni 1945, erließ der Oberste Chef der SMAD den Befehl Nr. 2 über die sofortige demokratische Neuordnung in der sowjetischen Besatzungszone. In diesem Befehl wurden die Bildung und Betätigung antifaschistischer demokratischer Parteien sowie freier Gewerkschaften erlaubt. Die Sowjetunion war damit die erste Besatzungsmacht, die nach der Zerschlagung des Hitlerreiches dem deutschen Volk die Möglichkeit zur politischen Betätigung einräumte.

Der Befehl Nr. 2 entsprach ganz und gar dem Bestreben der Premnitzer Antifaschisten. Sie waren daran interessiert, der Bevölkerung die nächsten Aufgaben zu erläutern, um sie zur Mitarbeit beim Aufbau antifaschistischer und demokratischer Verwaltungsorgane und bei der Organisierung des neuen Lebens zu gewinnen. In ihren unermüdlichen Gesprächen mit den Premnitzer Bürgern sprachen sie ihre feste Überzeugung aus, daß in Premnitz nie wieder der Faschismus und die I.G.-Farben-Bosse herrschen dürften. Die antifaschistischen Kräfte erkannten, daß zwar die Sowjetunion durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus die objektiven Voraussetzungen für ein neues friedliches, antifaschistisches und demokratisches Deutschland geschaffen hatte, daß der Aufbau der neuen Ordnung jedoch vom deutschen Volk selbst bewerkstelligt werden müßte. Das wiederum ging nur, wenn dabei die Arbeiterklasse die Führung übernahm.

Fast zur gleichen Zeit mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD erschien der historische Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. „Dieser Aufruf war die programmatische Grundlage zur Überwindung von Not und Elend, zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und zum Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte. Es kam nicht nur darauf an, die Trümmer zu beseitigen, die Betriebe wieder in Gang zu bringen beziehungs-

Karl Köpke . . . (Bild auf der linken Seite links)

Oskar Seifert . . . (Bild auf der linken Seite rechts)

Diplomingenieur Arthur Wilke (Bild rechts)

weise wieder aufzubauen. Die nationale Grundaufgabe bestand vor allem darin, die Ursachen der nationalen Katastrophe zu beseitigen. Das Volk mußte sich seiner Kraft bewußt werden, sich seine Selbstbestimmung erkämpfen, die politische und ökonomische Macht der Imperialisten brechen und durch die Entwicklung der Demokratie die Geschichte der Nation selbst gestalten." [4]

Als dringendste und wichtigste Aufgaben bezeichnete die KPD die Übernahme aller entscheidenden Funktionen in den Verwaltungsorganen und in der Wirtschaft durch Antifaschisten und Demokraten, ferner die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und die Aufteilung ihres Landes, die Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und die Überführung der Konzerne, Banken und Großbetriebe in die Hände des Volkes. Schließlich wurden die Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk und die Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Kultur in dem Programm gefordert. Die KPD gab damit dem deutschen Volk die grundsätzliche Orientierung zur Lösung seiner nationalen Lebensfrage. Mit der konsequenten Fortführung der Beschlüsse der KPD von Brüssel und Bern und der Politik des „Nationalkomitees Freies Deutschland" stand als nächste Aufgabe die Beendigung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse auf der Tagesordnung. [5]

Wie in ganz Deutschland fand der Aufruf der KPD auch bei den Premnitzer Antifaschisten großen Widerhall. Nun gingen die Kommunisten, gemeinsam mit den Sozialdemokraten und anderen antifaschistisch-demokratisch gesinnten Bürgern daran, die ersten Schritte zur Verwirklichung des Programms der KPD einzuleiten. Schon am 1. Juli 1945 wurde in Premnitz eine Ortsgruppe der KPD gegründet. Ihr erster Sekretär war Horst Baumeister. Zur gleichen Zeit entstand, dem Appell des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 entsprechend, eine Ortsgruppe der SPD. Ihr folgten die Konstituierung weiterer antifaschistisch-demokratischer Organisationen und fortschrittlicher Parteien. So wurde unter anderem die Antifa-Jugend, die CDU und die LDP gegründet. Alle diese Parteien und Massenorganisationen schlossen sich in der Folgezeit gemeinsam mit KPD und SPD zum antifaschistisch-demokratischen Block zusammen. Damit war die Grundlage für die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte gegeben und die Basis für die Wiederbelebung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens auf demokratischer Grundlage geschaffen.

Die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit aller fortschrittlichen und aufbauwilligen Kräfte war auch in Premnitz die gute Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Auf der Grundlage des Aktionsabkommens vom 19. Juni 1945, in dem Mitglieder des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD die Richtung ihres gemeinsamen Kampfes festgelegt hatten, fand noch im gleichen Monat die erste gemeinsame Veranstaltung der Ortsgruppen der KPD und der SPD in Premnitz statt. Auf dieser Versammlung im Lindenhof traten als Referenten der Genosse Friedrich Ebert von der SPD und der Genosse Otto Seeger von der KPD auf. Freimütig bekannten sich die Teilnehmer der Veranstaltung zur Aktionseinheit zwischen KPD und SPD. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ziehen und in Zukunft gemeinsam an die Lösung der bevorstehenden Aufgaben herangehen wollten. Damit setzten sich die fortschrittlichsten Kräfte bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung an die Spitze und übernahmen die Führung.

Wenige Wochen später trafen sich die Mitglieder der KPD und der SPD in der Werkkantine, um gemeinsam zu beraten, wie es im Werk selbst weitergehen sollte. Klar war bereits, daß irgendwann einmal wieder Kunstseide produziert werden würde. Doch wie und zu welchem Zeitpunkt das geschehen sollte, das wußten damals selbst die leitenden Kader nicht genau.

Das Hauptanliegen der Versammlung bestand aber darin, die ständig wachsende Zahl der Arbeiter im Werk politisch zu organisieren. Im Ergebnis der Beratung wurde der Arbei-

Kommunistische Partei Deutschlands

Mitgliedskarte

№ 7729

Name Rapsch Vorname Adolf

geb. am 18.11.80 in Posen

Beruf Schlosser

Mitglied der KPD seit 1921

Wohnung Premnitz

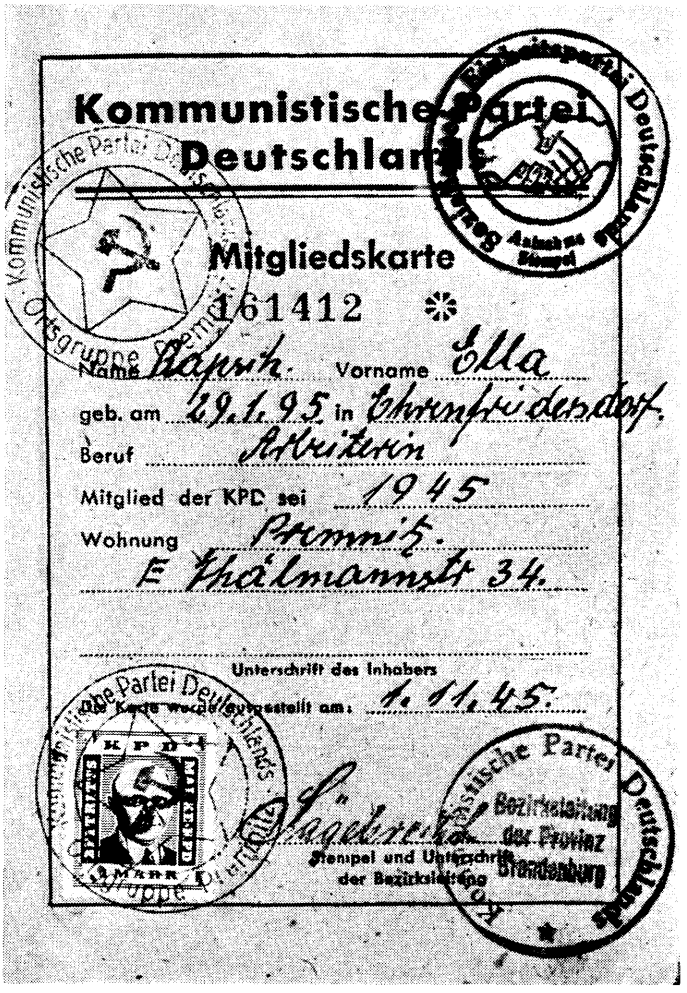
Ernst Thälmann-Str. 34

Unterschrift des Inhabers

Die Karte wurde ausgestellt am: 1. Juli 1945

Kommunistische Partei Deutschlands Bezirksleitung der Provinz Brandenburg

Stempel und Unterschrift der Bezirksleitung



Kommunistische Partei Deutschlands

Mitgliedskarte

161412

Name Rapsch Vorname Ella

geb. am 29.1.95 in Ehrenfriedersdorf

Beruf Arbeiterin

Mitglied der KPD seit 1945

Wohnung Premnitz

E Thälmannstr 34

Unterschrift des Inhabers

Die Karte wurde ausgestellt am: 1.11.45

Kommunistische Partei Deutschlands Bezirksleitung der Provinz Brandenburg

Stempel und Unterschrift der Bezirksleitung

ter Fritz Müller mit der Vorbereitung einer Gewerkschaftsversammlung beauftragt. Die Versammlung fand im September des gleichen Jahres, kurz vor der Inbetriebnahme der Kunstseidenanlage, statt. Auch die Gewerkschafter des Ortes nahmen daran teil. Die Teilnehmer bestätigten einen Betriebsrat für das Werk. Ihm gehörten Mitglieder der KPD, der SPD sowie parteilose Werktätige an. Zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben wurde festgelegt, daß zwischen dem Betriebsrat des Werkes und den demokratischen Organen des Ortes eine enge Zusammenarbeit erfolgen sollte. Die Zahl der vorwärtsdrängenden Kräfte nahm dank der Aktivität der Antifaschisten in Premnitz täglich zu. Unter ihnen finden wir viele Namen, die uns heute noch gut bekannt sind. Nur wenige sollen herausgegriffen werden, um sie – stellvertretend für viele Premnitzer – vorzustellen. Sie waren die Aktivisten der ersten Stunde und wußten, daß nur das gemeinsame Zupacken aller aufbauwilligen Kräfte in dieser Notzeit sichern konnte, daß unter Führung der Arbeiterklasse alle Werktätigen den neuen Weg der antifaschistisch-demokratischen Ordnung beschreiten konnten. Und das waren die Aktivisten der ersten Stunde:

Der Sekretär der ersten Premnitzer Grundorganisation der KPD nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, Horst Baumeister, löste wichtige Aufgaben auf parteipolitischem Gebiet im Sinne des Aufrufes der KPD vom 11. Juni 1945. Der Leiter der damaligen Ortspolizei, Otto Schmittmann, arbeitete in unermüdlichem Einsatz an der Lösung seiner nicht einfachen Aufgaben.

Diplomingenieur Arthur Wilke, von den Besatzungsbehörden als Verantwortlicher des ersten Leitungsgremiums für das Werk eingesetzt, hat sich in dieser Zeit große Verdienste bei der Ingangsetzung einer Behelfsproduktion sowie bei der Vorbereitung der Produktionsanlage für Kunstseide erworben. Auch in den weiteren Jahren finden wir den tatkräftigen Diplomingenieur an den Schwerpunkten der Aufbauarbeit des Werkes.

Das Mitglied der KPD, Minna Taube, war besonders in den ersten Jahren nach 1945 im Rahmen der Volkssolidarität

bei der Lösung des Neubürgerproblems sowie für die Betreuung der Kinder und der alten Bürger von Premnitz tätig.
Der ehemalige Vorsitzende des Betriebsrates, Franz Baum, war einer der ersten, die bei der Lenkung und Leitung demokratischer Einrichtungen wertvolle Erfahrungen sammelten.
Und nicht zuletzt gehörten dazu die Mitglieder der KPD Bürgermeister Arthur Bey, Karl Köpke und Oskar Seifert als seine Stellvertreter. Sie haben ihr ganzes Leben dem Kampf um den Sieg der deutschen Arbeiterklasse gewidmet. Und noch heute finden wir sie als aktive Bürger in der jungen Chemiestadt Premnitz. So haben zum Beispiel die Genossen Arthur Bey, als Erster Sekretär der Stadtparteiorganisation bis 1969 und Oskar Seifert als ehrenamtlicher Stadtrat großen Anteil an den Erfolgen beim allumfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.
Ihre Namen sollen für alle genannt sein, die selbstlos, oft nur mit einem Kanten trockenen Brotes in der Tasche, stets den Interessen und der Zukunft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten dienten. Solche Bürger waren es, die vielen wartenden und abseits stehenden Premnitzern das Beispiel gaben, wie aus eigener Kraft ein besseres Leben aufzubauen war. Sie bewiesen durch ihre Taten, daß sie aus dem jahrzehntelangen Kampf, zunächst gegen die Herren der Köln-Rottweil-AG und später gegen die I.G. Farben und die faschistische Herrschaft in Premnitz die richtigen Lehren gezogen hatten. [6]

Die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus eigener Initiative

Nach der Gründung der Ortsgruppen der KPD und der SPD, die von Anfang an eng zusammenarbeiteten, kam es darauf an, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte im Ort und im Werk zu sammeln und sie für die Schaffung eines neuen friedlichen und demokratischen Deutschlands zu gewinnen.
In Premnitz tauchte dabei immer wieder die Frage auf, was aus den Produktionsanlagen des ehemaligen I.G.-Farben-Werkes werden sollte. Würde das Werk, in dem jahrelang für die Profitinteressen der Monopole und die Eroberungspläne der Faschisten gearbeitet wurde, weiter existieren?
Im Kraftwerk lief schon die Energieproduktion unter sowjetischer Leitung. Auf Anweisung der Ortskommandantur wurden auch andere Arbeiten im Werk ausgeführt, die aber noch nichts mit der eigentlichen Produktion zu tun hatten. Erst auf Initiative der Ortsgruppe der KPD und eines beauftragten sowjetischen Offiziers, in enger Verbindung mit den verbliebenen Angehörigen der I.G.-Farben-Intelligenz – unter Leitung des Diplomingenieurs Arthur Wilke – ging man daran, die erste Nachkriegsproduktion zu organisieren. Ohne ausreichende Verpflegung, ohne Gewißheit, für die geleistete Arbeit Lohn zu erhalten, bauten etwa 80 Kolleginnen und Kollegen eine behelfsmäßige Produktion auf.
Die Produktionsmöglichkeiten selbst waren sehr bescheiden. Neben dem Kraftwerk begannen die Werkstätten zu arbeiten. Laboranten und Chemiker nahmen ihre Tätigkeit auf, und in der Aktivkohleanlage stellte man in geringen Mengen Medizinalkohle her. Diese Medizinalkohle, ein pharmazeutisches Erzeugnis, wurde durch geschickte Umarbeitung aus übriggebliebenen Lagerbeständen der Gasmaskenfilterkohle hergestellt. Die Apotheken der Umgebung von Premnitz waren die Abnehmer. Diese Produktion wurde auch von den Behören der damaligen Provinz Brandenburg – in Anbetracht der gesundheitlichen Gefahren, hervorgerufen durch Ernährungsschwierigkeiten – sehr geschätzt.
In den Laboratorien stellte man in kleinsten Mengen noch andere Medikamente und Erzeugnisse her, so unter anderem Aspirin, Tamin und Sacharin, darüber hinaus Glas und Sandpapier, Leim aus Kartoffelstärke, und auch Lackfarben werden gebraut.
Die Kollegen der Werkstätten produzierten Behelfsmöbel, hauptsächlich für Neubürger. Sogar Puppen gab es in dieser

Produktionspalette. Lohn konnte erst gezahlt werden, nachdem die Waren verkauft waren. Aus der heutigen Sicht scheint es fast unglaublich, daß in den Laboratorien des Werkes schon wieder Forschungsarbeit betrieben wurde, aber es war so. Zum Beispiel gab es in dieser Zeit eine Untersuchungsarbeit über den „Abbau von Polyamidfasern durch ultraviolette Strahlen" und weitere Arbeiten, die sich unter anderem auch mit der „Aufarbeitung von Polyamidabfällen" beschäftigten. Das war möglich, weil die mit Laboruntersuchungen auf dem Gebiet Polyamid beschäftigte Forschungsgruppe noch arbeitsfähig war. Allerdings waren diese Arbeiten zur damaligen Zeit nicht die wichtigsten. In den letzten Kriegstagen hatten aber die verantwortlichen I.G.-Farben-Leute alle Unterlagen und Pläne für die Entwicklung der Polyamidfasern vernichtet. So dienten diese Arbeiten dem Ziel, neue Unterlagen zu schaffen. [7]

Die Tatsache, daß Anfang 1945 noch 4000 Menschen im Werk arbeiteten, macht aber verständlich, daß eine solche zwischenzeitliche Produktion nicht befriedigen konnte. Da zunächst im Werk selbst nur ein geringer Teil der Bevölkerung Arbeit fand, gingen die verantwortlichen Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung in enger Verbindung mit den Kräften des Werkes daran, Möglichkeiten zu schaffen, die den Menschen Arbeit gaben und das Wirtschaftsleben des Ortes wieder in Gang brachten. Aus eigener Initiative, die vorhandenen Möglichkeiten nutzend, entstanden gemeindeeigene Einrichtungen.

So wurden in der Gemeinde ein Handelshof und ein Autofuhrpark eingerichtet. In der Folgezeit entstanden Produktions- und Reparaturwerkstätten für Holzschuhe und Pantinen, eine Schuhmacherei und eine Schneiderstube, ein Baubetrieb, eine Ascheabfuhr, ein Pferdefuhrbetrieb und ein Landwirtschaftsbetrieb. Als Verkaufsstelle für zusätzlich beschaffte Lebensmittel wurde der Handelshof benutzt. Gleichzeitig war er Zentrale für die Instandhaltung gemeindeeigener Einrichtungen und Treuhänder für alles geborgene herrenlose Gut. Dazu gehörten vom Autowrack bis zum Möbelstück alle größeren und kleineren Gegenstände.

Große Schwierigkeiten machte die Versorgung der Bevölkerung durch die komplizierte verkehrstechnische Lage. Nach der Gründung des Fuhrparks verbesserte sie sich wesentlich. Da der Gemeinde keine einsatzbereiten Fahrzeuge zur Verfügung standen, wurde eine Kolonne von vier bis fünf Kollegen beauftragt, die in den letzten Kriegstagen stehengebliebenen Fahrzeuge und herumliegenden Einzelteile zu bergen. Daraus bauten die Mitarbeiter dann einigermaßen einsatzfähige Fahrzeuge. Wenn man bedenkt, daß in diesen gemeindeeigenen Einrichtungen die notwendigsten Werkzeuge, wie Schraubstöcke, passende Schlüssel und ähnliches fehlten und keine Metallbearbeitungsmaschinen vorhanden waren, so kann die damals vollbrachte Leistung nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Stolz und Freude standen in den Gesichtern der Unentwegten, als die erste Zugmaschine und später der erste LKW zur Probefahrt rollten. Trotz der ständigen Reifenschäden, Motorpannen und anderen Krankheiten, mit denen die Fahrzeuge belastet waren, waren die Fahrer Tag und Nacht unterwegs, um für die Bevölkerung notwendige Güter heranzuschaffen.

Ebenfalls auf Initiative von Premnitzer Bürgern wurde eine zusätzliche Kindergarten- und Schulspeisung organisiert. Mit Zuweisungen von zusätzlichen Lebensmitteln durch den Rat des Kreises war kaum zu rechnen. Die Gemeindevertretung nutzte deshalb örtliche Möglichkeiten und erwarb Ackerland in Stechow und Paulinenaue. In diesen Gemeinden des Kreises Rathenow lagen Flächen brach. Auf Antrag der Gemeinde wurden diese Flächen vom Rat zur Bearbeitung freigegeben. Da das Gelände rund 30 Kilometer von Premnitz entfernt lag, mußte der neue Autofuhrpark seine Bewährungsprobe bestehen.

Der Bevölkerung wurde durch solche Beispiele demonstriert, daß die durch den Hitlerkrieg hervorgerufene Not aus eigener Kraft überwunden werden konnte. Mit vielen freiwilligen Arbeitseinsätzen, auch an Sonnabenden und Sonntagen, unterstützten zahlreiche Bürger von Premnitz und Arbeiter des Werkes tatkräftig die von den Mitarbei-

tern der Gemeindeverwaltung eingeleiteten Maßnahmen. Damit konnten auch die Schwierigkeiten, die das Werkessen den Leitungskräften des Werkes und des Ortes bereitete, besser überwunden werden. Zwar wurden anfangs von den sowjetischen Dienststellen für das Werkessen Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleisch und Fettzugaben zur Verfügung gestellt, aber früher oder später mußte natürlich die Versorgung aus eigenen Kräften sichergestellt werden. Mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung und teilweise auch der übergeordneten Leitungen wurden schließlich gangbare Wege gefunden. In begrenztem Umfang konnten mit Genehmigung der zuständigen Dienststellen zusätzliche Lebensmittel für das Werkessen beschafft werden. Dabei halfen die Werktätigen in den Betriebsanlagen nach besten Kräften, die Versorgungsschwierigkeiten zu beseitigen. In einer früheren Versuchsanlage des Textiltechnikums wurde durch Veränderung des Maschinenparks in der Folgezeit ein verwendungsfähiges Erntebindegarn auf Zellwollbasis hergestellt. Dieses Produkt, in der Landwirtschaft sehr gefragt und begehrt, war in jenen Jahren ein behördlich genehmigtes Kompensationsobjekt. [8]

Diese Maßnahmen konnten zwar die größte Not unter der Bevölkerung lindern, trugen aber noch nicht zu grundsätzlichen Veränderungen bei. Zukunftspläne und Hoffnungslosigkeit lagen noch dicht beeinander. Die Frage nach dem weiteren Schicksal des Werkes wurde immer dringender und mit dem gesellschaftlichen Hauptanliegen, eine echte Friedensproduktion zu entwickeln, weiterhin diskutiert.

Das Potsdamer Abkommen – Grundlage für die friedliche und demokratische Aufbauarbeit in Deutschland

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 war von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft der deutschen Nation. In diesem Dokument wurde die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland festgelegt. Leitgedanke war, den deutschen Militarismus und Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und ein einheitliches, demokratisches Deutschland zu schaffen, in dem das deutsche Volk seinen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern finden konnte.

Während der Besatzungszeit sollte Deutschland von den Alliierten als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden. Dem deutschen Militarismus sollte aber durch die Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, insbesondere der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen, seine wirtschaftliche Grundlage genommen werden.

Im Potsdamer Abkommen wurde auch festgelegt, in welchem Umfang sich das deutsche Wirtschaftsleben auf friedlicher Basis entfalten sollte. Ferner wurden Übereinkünfte erzielt, wie Deutschland die Reparationsansprüche der Siegermächte für die vom Hitlerfaschismus verschuldeten und hervorgerufenen Kriegsschäden in den Ländern Europas zu befriedigen hatte. [9] Die Produktionsanlagen von Premnitz und Döberitz unterlagen als ehemaliges Eigentum des I.G.-Farben-Konzerns, der zu den größten deutschen Kriegsverbrechern zählte, uneingeschränkt den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Die Zukunft der Werksanlagen schien damit besiegelt, denn entsprechend den alliierten Reparationsplänen mußten große Teile der Anlagen demontiert werden.

Eine Spezialeinheit traf ein und begann mit Arbeitskräften aus der Bevölkerung von Premnitz mit den Demontagearbeiten. Auf einer allgemeinen Zusammenkunft der Leitungskräfte des Werkes erläuterte der Leiter der Kommission den Demontagebeschluß von Teilen des Premnitzer Werkes. Die Demontage in den Premnitzer Betriebsteilen war Mitte 1946 abgeschlossen. In den Betriebsteilen von Döberitz (vor 1945 nicht unmittelbar von der Leitung des Premnitzer Werkes verwaltet) wurde die Demontage erst 1947/48 beendet. Das waren die Anlagen für Salpetersäure, Eisenpulver, Anilin und Bleitetraäthyl. Die Anlage für Bleitetraäthyl arbeitete noch bis 1946 (Ende des Jahres) unter sowjetischer Leitung und wurde dann demontiert. Vollstän-

dig oder nahezu vollständig wurden demontiert: Salpetersäurewerk Döberitz, Anilin und Nitroprodukte Döberitz, Chemische Erzeugnisse Döberitz (Eisenpulver), Tetraäthylblei, Gapel-Nord, Zellwollbetrieb, Schwefelkohlenstoffanlage, Perlon-Anlage. Zu etwa 70 bis 80 Prozent wurde die Energieerzeugungsanlage im Kraftwerk demontiert.
Teilmontagen in einem Umfang von etwa 15 bis 30 Prozent wurden in den Werkstätten, Laboratorien, in der Kunstseidenanlage und im Döberitzer SO_3-Betrieb vorgenommen. Die demontierten Betriebseinrichtungen wurden als Reparationsleistungen anerkannt, wie es die Beschlüsse von Jalta und Potsdam vorsahen. [10]
Natürlich entstand durch die Demontage eine außerordentlich schwierige Situation sowohl in materieller als auch in ideologischer Hinsicht. Die sowjetischen Genossen bemühten sich in dieser Zeit sehr, die Folgen der Demontage in erträglichen Grenzen zu halten. So war unter anderem auch die Kunstseidenanlage zur Demontage vorgesehen. Große Teile der Bevölkerung von Premnitz und Umgebung hatten aber hier ihre Arbeitsstätte. Für sie war die Arbeit im Werk letzten Endes eine Existenzfrage. Die Demontage der Kunstseidenanlage wäre dem Ende der Premnitzer Produktionsanlage gleichgekommen. Wo sollten die Menschen Arbeit und Brot finden?
In dieser Situation sprach eine gemeinsame Delegation von Vertretern des Werkes und der Gemeindeverwaltung bei der Obersten Sowjetischen Militärverwaltung in Berlin-Karlshorst vor. Nachdem sie die Bedeutung des Kunstseidenbetriebes für die Entwicklung des Wirtschaftslebens in der antifaschistischen demokratischen Ordnung und für die Lage der Werktätigen in Premnitz geschildert hatte, wurde die Anweisung zur Demontage zurückgezogen. Daraufhin begannen die Leitungskräfte des Werkes gemeinsam mit den Arbeitern und Handwerkern mit den Vorbereitungsarbeiten zum Anfahren der Kunstseidenanlage.
Als weiteres Beispiel für die Hilfe der sowjetischen Genossen seien die Vorgänge um die Zellstoffvorräte geschildert, die für die Vorbereitung der Kunstseidenproduktion lagerten. Hartnäckig wurde im Werk und im Ort von Gegnern der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung das Gerücht verbreitet, die Ergebnisse der Produktion würden nicht der deutschen Bevölkerung zugute kommen, sondern als Reparationen in die Sowjetunion geliefert werden. Die Arbeiter wurden aufgefordert, langsam zu arbeiten. Manch einer lieh aus politischer Unwissenheit diesen Gerüchten ein offenes Ohr. Selbst einige verantwortliche Betriebsfunktionäre unterlagen solchen Einflüsterungen. Sie weigerten sich, die Forderungen einiger Arbeiter zu erfüllen und mit den Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht darüber zu verhandeln, daß die Zellstoffvorräte von der Reparationsliste gestrichen wurden. Als Begründung für ihre Haltung gaben sie an, die Sowjetunion würde die aus dem Zellstoff erzeugten Produkte beschlagnahmen. Daraufhin sprachen Antifaschisten mit den sowjetischen Offizieren und erhielten die Zusage, daß die Zellstoffplatten im Werk verbleiben und verwendet werden könnten. [11] Dadurch war für längere Zeit die wichtigste Rohstoffgrundlage für die Produktion von Kunstseide gesichert.
Die Entscheidung der SMAD, daß die Kunstseidenanlage vollständig im Werk blieb, war von grundsätzlicher Bedeutung. Der Grundstein einer künftigen echten Friedenspolitik in Premnitz war gelegt. Mit dieser Entscheidung wurde ein weiterer Beweis erbracht, daß die sowjetische Besatzungsmacht großes Vertrauen in die antifaschistischen Kräfte setzte, die faschistische Vergangenheit endgültig zu überwinden und nie wieder zuzulassen, daß in Deutschland Militarismus und Faschismus an die Macht gelangten.

Die erste Kunstseide aus Premnitz ohne I.G.-Farben-Konzession und die Veränderung der Besitzverhältnisse in der „Agfa-Seide"

Bei den Vorbereitungsarbeiten zur Kunstseidenherstellung fanden die Leitungskräfte und Arbeiter des Werkes gute Unterstützung durch sowjetische Dienststellen. Zunächst

Aufruf

des Aktionsausschusses der KPD. und SPD.

Die ehemaligen Mitglieder der KPD. und SPD. machten von ihrem Recht Gebrauch, das ihnen durch den Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Verwaltung, Marschall der Sowjetunion Shukow, gegeben wurde, und riefen ihre Parteien wieder ins Leben. Beseelt von dem Willen, eine Einheitsfront gegen den Faschismus aufzustellen, trafen sich die Vertreter der KPD. und SPD., um ein gemeinsames Programm aufzustellen. Einmütig faßten sie den Entschluß, eine Einheitsfront gegen den Faschismus aufzustellen, die sich folgende Aufgaben stellt:

1. Enge Zusammenarbeit bei den für alle antifaschistischen Parteien selbstverständlichen dringenden Aufgaben der völligen Ausrottung des Faschismus und Militarismus, Entfernung der Faschisten aus allen Aemtern und die Auslieferung der Kriegsverbrecher an die Gerichte der Völker.
2. Liquidierung des Großgrundbesitzes und Uebergabe des Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Behörden der Selbstverwaltung zur Zuteilung an die durch den Krieg besitzlos gewordenen antifaschistischen Bauern.
3. Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Unternehmen der Energiewirtschaft.
4. Enteignung des gesamten Vermögens der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten und Uebergabe dieses Vermögens in die Hände der kommunalen Selbstverwaltung.
5. Schaffung und Förderung der freien Gewerkschaften auf dem Boden der Demokratie und Schutz aller Schaffenden gegen Ausbeutung und Unternehmerwillkür.
6. Ingangsetzung von Wirtschaft, Industrie und Handel und bevorzugte Förderung des Kommunalisierungs- und Genossenschaftsgedankens in der Wirtschaft.
7. Wiederaufbau zerstörter Häuser in Stadt und Land und größtmöglichste Erstellung von Wohnungen.
8. Umerziehung der Jugend im antifaschistischen Sinne.
9. Politische Aktivierung der Frauen.
10. Wohlfahrt für alle antifaschistischen Hilfsbedürftigen unter besonderer Berücksichtigung der Opfer des Faschismus.

Der Aktionsausschuß:

SPD. KPD.

Zellstoffplatten –
wichtiger Rohstoff zur Herstellung von Kunstseide

sollte die Regeneratfaser Viskosekunstseide produziert werden. Das war eine Produktion auf Zellstoffbasis, nach dem alten Viskoseverfahren. Die Kapazität der bestehenden Anlage lag bei neun Tonnen Kunstfaser in 24 Stunden. Das war wenig, aber dennoch mit größten Schwierigkeiten verbunden. In erster Linie fehlten Fachkräfte. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten kam aus anderen Produktionsstätten und hatte weder Berufspraxis noch Erfahrung in bezug auf Kunstseidenproduktion. Auch Hochschulkader fehlten. Auf 150 Belegschaftsangehörige kam im Durchschnitt nur eine Fachschul- oder Hochschulkraft. [12]

Der technische Zustand der Kunstseidenanlage war auf einem Tiefpunkt. Während des faschistischen Raubkrieges waren nur die allernotwendigsten Reparaturen und Pflegearbeiten durchgeführt worden, und die lange Stillstandszeit hatte den Zustand der Maschinen und Apparate auch nicht verbessert. Nichts war mehr in Ordnung. Komplizierte Reparaturen waren notwendig, und Ersatzteile mußten trotz größter Kapazitätsschwierigkeiten in den Werkstätten überwiegend selbst angefertigt werden. Wochen in harter, angestrengter Arbeit vergingen. Doch nicht nur die Anlage für die Produktionsaufnahme mußte wiederhergestellt werden. Große Anstrengungen unternahmen die Mitglieder des Betriebsrates, um die nötigen Arbeitskräfte zu sichern. Viele Arbeiter wurden in ihren Heimatorten aufgesucht, um sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Diese Arbeitskräftewerbung war oft nicht einfach und meist mit großer Überzeugungsarbeit verbunden. Noch hatten viele Arbeiter nicht begriffen, daß ihre Lebenslage sich nur verbessern konnte, wenn eine eigene Produktion aufgenommen wurde, mit der die Werte geschaffen werden konnten, die zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse notwendig waren. Außerdem besaß ein Teil dieser Kolleginnen und Kollegen in den ländlichen Gemeinden noch ein Stück Land und Kleinvieh. In jener Zeit waren sie viel eher geneigt, ihr Land zu bebauen und ihr Vieh zu betreuen, als acht Stunden im Betrieb zu arbeiten und dafür Geld mit geringer Kaufkraft zu erhalten. Wert hatte damals das, was gebraucht wurde, um leben zu können. Am meisten begehrt waren Lebensmittel. Damit konnte man auch in den Besitz anderer Gebrauchsgüter, wie Kleidung und Haushaltsgegenstände, kommen. Im Werk hingegen gab es für die Arbeit nur Geld.

So stießen die Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitskräfte für die Produktion gewinnen wollten, oft auf großes Unverständnis. Daß ihre eigene Notlage unmittelbare Folge des Hitlerkrieges war, erkannten manche Menschen trotz vieler Diskussionen noch nicht.

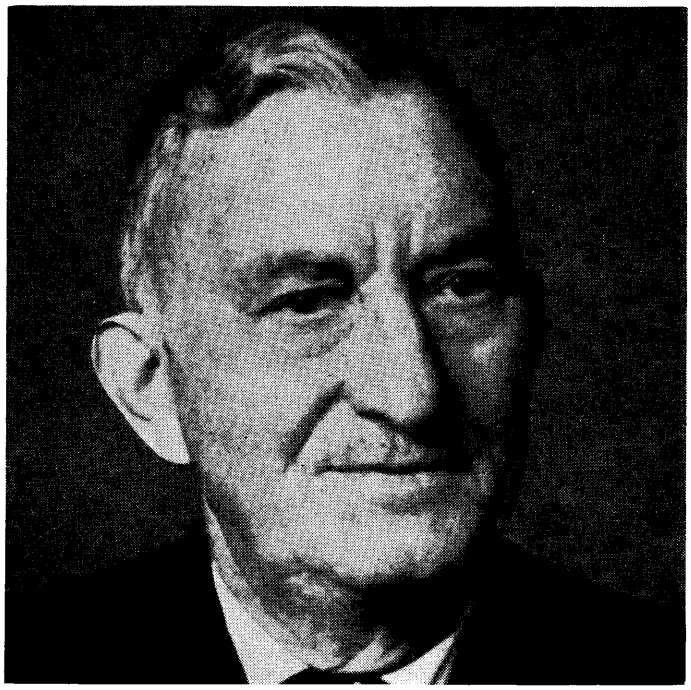
Dennoch gelang es, am 28. September 1945 um 9.00 Uhr die erste Mischung Zellstoff in der Viskosestation zu tauchen.

Der Produktionsprozeß Kunstseide war angelaufen. In den ersten Oktobertagen konnte bereits die erste Seide ersponnen werden. Zunächst liefen zwei Spinnmaschinen im Viertel B; sie wurden unter anderen von den Chemiefachwerkern Erwin Detert und Bernhard Völzmann angefahren. Etwas später waren acht und am Jahresende 1945 bereits 14 Maschinen in Betrieb. Allen Pessimisten zum Trotz wurde Kunstseide produziert, an der – erstmalig seit Existenz der Anlage – der I. G.-Farben-Konzern keinen Profit machte.

Nahezu gleichzeitig und unter ähnlichen Schwierigkeiten wurde ein Teil der Schwefelsäureanlage in Döberitz in Betrieb genommen. Diese Werksteile wurden nach dem Mai 1945 den Premnitzer Betrieben zugeordnet. Im Oktober 1945 arbeiteten in Premnitz und Döberitz neben dem Kraftwerk und anderen Hilfs- und Nebenabteilungen bereits wieder die Produktionsanlagen für Kunstseide und Schwefelsäure.

Da Rohstofflieferungen aus dem Ausland zunächst so gut wie ausgeschlossen waren, mußte die Kunstseidenproduktion dem zur Verfügung stehenden Zellstoff einheimischer Herkunft angepaßt werden. Das geschah durch den Einbau einer behelfsmäßigen Alkalizellulose-Reifeanlage, die einigermaßen befriedigende Ergebnisse brachte. Im IV. Quartal 1945 konnten 163 Tonnen Strangseide und im SO_3-Betrieb 662 Tonnen Schwefelsäure produziert werden. Natürlich war die Qualität der ersten Seide noch recht mangel-

haft. Ständig tauchten neue Schwierigkeiten auf; notwendige Reparaturen, Fehlen von geeigneten Ersatzteilen und dergleichen mehr.
Der Fortschritt war aber unverkennbar. Hatten im Mai/Juni rund 80 Kolleginnen und Kollegen damit begonnen, in den einzelnen Betriebsteilen behelfsmäßig zu produzieren, so waren Ende 1945 schon wieder 2148 Beschäftigte registriert. [13]
Das erfolgreiche Anfahren der Kunstseidenanlage war ein erster Erfolg der Arbeiterklasse in Premnitz, die in enger Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Intelligenz eine eigene Produktion aufbaute, organisierte und leitete.
Gleichzeitig veränderte sich bereits in dieser Anfangszeit durch die Machtausübung der fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse der Charakter der Arbeit. Schon hier wurde der Charakter des Volkseigentums an Produktionsmitteln sichtbar. Die Werktätigen der „Agfa-Seide" Premnitz konnten die ersten Tonnen Kunstseide für die antifaschistisch-demokratische Ordnung liefern. Doch die endgültige Überführung des I.G.-Farben-Besitzes von Premnitz in Volkseigentum dauerte noch eine Weile, während besonders in Sachsen die entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung ihres Eigentums in die Hände des Volkes 1946 durch den Volksentscheid beschlossen und realisiert wurde.
Bekanntlich war das Eigentum der ehemaligen I.G. Farben, darunter auch der Besitz in Premnitz und Döberitz, auf Grund des Potsdamer Abkommens, des Befehls 124 der SMAD und des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 der alliierten Behörden beschlagnahmt. In der sowjetischen Besatzungszone wurden die Rechte aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 9 für die Verwaltung des I. G.-Farben-Besitzes von der SMAD Berlin-Karlshorst ausgeübt. Die Premnitzer und Döberitzer Anlagen galten damit juristisch als Kontrollratsbetrieb.
Im Juni 1945 wurde ein deutsches Direktorium mit Diplomingenieur Arthur Wilke als Vorsitzendem gebildet, das in technischer und technisch-wissenschaftlicher Hinsicht direkt der SMAD Karlshorst unterstand. Die SMAD Potsdam, die Kreiskommandantur Rathenow und die Ortskommandantur Premnitz übten die zuständige territoriale Aufsicht aus und kontrollierten, wie die Anweisungen der SMAD Karlshorst durchgeführt wurden.
Um noch mehr Mitarbeiter ehrenamtlich in die Leitung des Werkes einzubeziehen, wurde vom Vorsitzenden des Direktoriums ein Verwaltungsrat gebildet. Ihm gehörten verschiedene Fachkräfte der einzelnen Betriebe und Mitglieder des Betriebsrates an. Dieses erste Leitungsgremium bot die Gewähr dafür, daß von Anfang an ein breiter Kreis von Mitarbeitern aus der Belegschaft an der Lösung der verschiedenen Aufgaben und Tagesfragen mitwirken konnte. Erst nachdem von der später gebildeten DWK und von den VVBs konkrete Richtlinien zur Lenkung und Leitung volkseigener Betriebe erschienen waren, stellte der Verwaltungsrat seine Tätigkeit ein.
Um die Jahreswende 1945/46 wurde der ehemalige I.G.-Farben-Besitz in Premnitz und Döberitz auf Grund der Befehle 124 und 126 der SMAD vom Oktober 1945 der Landesregierung Brandenburg, Potsdam – Industrieverwaltung Chemie-Papier – in Treuhandverwaltung unterstellt. Im Februar 1946 wurde Dr. Gower als Treuhänder eingesetzt.
In dieser Zeit galt für Premnitz die amtliche Bezeichnung „I. G.-Farben-Industrie, Aktiengesellschaft in Auflösung". In den Jahren nach dem faschistischen Zusammenbruch trug das Werk auch die Bezeichnung „Agfa-Seide Premnitz" und „Travis-Kunstseidenfabrik Premnitz". Das Verfügungsrecht übte zunächst weiterhin der Kontrolloffizier der SMAD aus. Dabei muß eindeutig festgestellt werden, daß der sowjetische Kontrolloffizier als Vertreter der Besatzungsmacht zwar Verfügungsrecht besaß, aber als Vertreter einer sozialistischen Macht stets im Sinne der Arbeiterinnen und Arbeiter der „Agfa-Seide" Premnitz entschied. Deshalb konnten sich die Werktätigen beim Aufbau der Friedensproduktion im Werk frei entfalten und entsprechend ihren Interessen das Werk im Sinne des Friedens und der Demokratie aufbauen.



Paul Grade

Der erste Treuhänder, Dr. Gower, mußte nach kurzer Zeit abgelöst werden, weil er seine verantwortungsvolle Stellung mißbraucht hatte. Sein Nachfolger wurde Diplomingenieur Arthur Wilke, der das Werk lange Jahre hindurch verantwortungsbewußt im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Ordnung leitete.

Zur gleichen Zeit wurde für das Land Brandenburg eine Sequestierungskommission gebildet, die über die entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher-Betriebe und über deren Überführung in Volkseigentum zu entscheiden hatte. Der ehemalige Vorsitzende des FDGB-Vorstandes Brandenburg, Weidenbach, war Vorsitzender dieser Kommission. Am 1. Juni 1946 begann die Enteignung der in Frage kommenden Betriebe. Genosse Weidenbach erzählte, daß über die „Agfa-Seide" Premnitz in fünf Minuten entschieden war. Während bei anderen Betrieben oft heftige Kämpfe mit reaktionären Ansichten geführt werden mußten, war bei der Behandlung des I.G.-Farben-Besitzes auf Grund der bekannten Tatsachen über die Beteiligung des Konzerns am faschistischen Krieg keine Auseinandersetzung innerhalb der Kommission notwendig. Die Kommission entschied sich für die Enteignung. Doch unter Berücksichtigung des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 und der Befehle 124 und 126 der SMAD verblieb der I. G.-Farben-Besitz in Premnitz und Döberitz unter Treuhandschaft der Landesregierung. [14]

Das war so bis Ende Juni 1948. Im April des gleichen Jahres hatte die SMAD die Befugnisse der DWK über die Schaffung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) bestätigt. „Die neue Organisationsform der wichtigsten VEB nach Industriezweigen und Branchen ermöglichte deren zentrale Lenkung." [15]

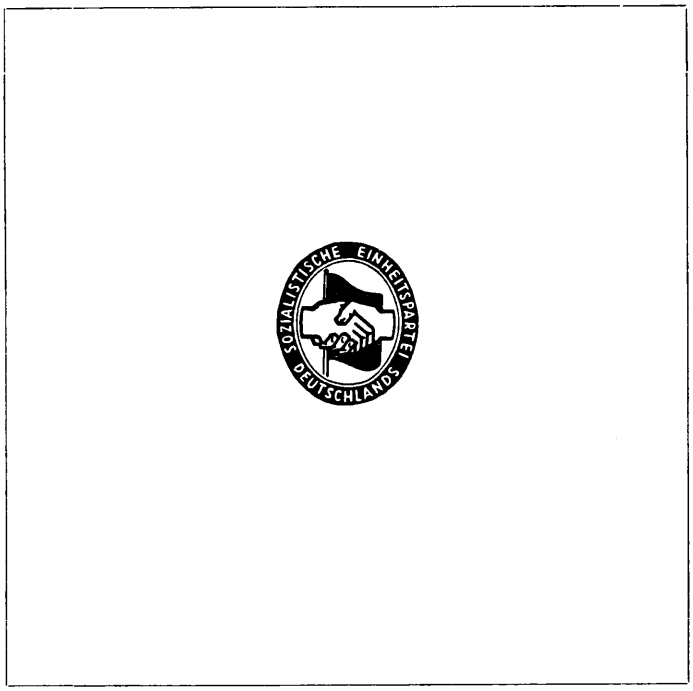
Am 1. Juli 1948 übernahm daraufhin die umgebildete VVB Kunstfaser in Glauchau die Premnitzer Betriebsanlagen. Dieser Tag ist auch als Zeitpunkt der Enteignung zu betrachten. Der offizielle Übergabeakt erfolgte am 1. März 1949. [16] Er war aber nur noch die amtliche, juristische Fixierung der sich neu herausgebildeten Produktionsverhältnisse. Das Werk hatte schon während der Treuhandverwaltung den Charakter eines volkseigenen Betriebes und war die ökonomische Basis für den Aufbau und die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Premnitz.

Doch zunächst gab es für die Werktätigen in den Premnitzer und Döberitzer Anlagen der „Agfa-Seide" noch eine Menge Probleme zu lösen. Kehren wir deshalb zurück zum Jahre 1946.

Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse – sichere Grundlage für die weitere Aufbauarbeit

Unter großen Anstrengungen war es den antifaschistisch-demokratischen Kräften in den ersten Nachkriegsmonaten gelungen, im Werk die ersten Produktionsanlagen in Gang zu setzen. Auch im Ort Premnitz hatte sich das Leben, gemessen an den damaligen Verhältnissen, normalisiert. Das Erreichte genügte aber bei weitem noch nicht. In den Wintermonaten des Jahres 1945/46 machte sich der infolge des zweiten Weltkrieges entstandene Mangel an Gebrauchsgütern, Kleidung, Nahrungsmitteln und Wohnungen immer katastrophaler bemerkbar. Der akute Mangel an allem Lebensnotwendigen erschwerte die Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte, die sich mit der KPD und den anderen Parteien und Organisationen zur antifaschistischen demokratischen Ordnung bekannten, außerordentlich.

Die Aufbauarbeit wurde auch dadurch behindert, daß sich die internationale politische Lage allgemein verschärfte. Schon damals war zu erkennen, daß die Westmächte im Gegensatz zur Sowjetunion das Potsdamer Abkommen nicht verwirklichen wollten. Gefährlich für die friedliche Entwicklung in Deutschland waren die Bestrebungen der Westmächte, die reaktionären Machtansprüche des deutschen Monopolkapitals in Deutschland zu retten. Dabei spielten die Bemühungen der imperialistischen Kräfte, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, eine große Rolle.



Rechte sozialdemokratische Führer, die wie Kurt Schumacher auf einer antikommunistischen Position verharrten und gemeinsame Sache mit der Großbourgeoisie machten, leisteten den antidemokratischen Kräften aktive Schützenhilfe.

Das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD führten angesichts dieser Entwicklung am 20. und 21. Dezember 1945 mit Vertretern beider Parteien der Länder Deutschlands eine Konferenz durch. Sie ist unter dem Begriff „Sechziger Konferenz" in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingegangen. Auf der Tagesordnung standen die immer stärker werdende Forderung, eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu schaffen, und die Diskussion über die heraufziehende Gefahr, daß Deutschland und die Arbeiterklasse durch reaktionäre Kräfte gespalten würden. Als Diskussionsgrundlage lag ein Entwurf der Grundsätze und Ziele einer vereinigten Partei vor, der von Vertretern beider Parteien ausgearbeitet worden war.

Zu den Ergebnissen dieser Konferenz organisierten die Ortsvertreter der KPD und der SPD am 17. Januar 1946 in Premnitz eine gemeinsame Mitgliederversammlung. Da im Werk noch keine Betriebsgruppe bestand, nahmen die Mitglieder der KPD und der SPD, die dort tätig waren, an der Versammlung teil. Vorher hatten sich die Funktionäre beider Parteien getroffen, um den Entwurf einer gemeinsamen Resolution zu erarbeiten. Auf dieser Beratung trat der Sozialdemokrat Gustav Wiesner auf und erklärte, er habe von seiner Zentrale Anweisungen erhalten, einem Zusammenschluß der Parteien nicht eher zuzustimmen, als bis dieser in allen Besatzungszonen Deutschlands erfolgt sei.

Doch die Spalterabsichten von Wiesner fanden keine Gegenliebe. Das Mitglied der KPD Paul Grade berichtete von dieser Versammlung: „Nachdem Wiesner seine spalterische Meinung vorgebracht hatte, bat ich sofort um das Wort und brandmarkte diese Stellungnahme als Verrat an der Arbeiterklasse und stellte die Frage, ob er noch immer aus der Geschichte nicht gelernt habe." So wie Paul Grade sprachen auch die anderen Diskussionsredner für einen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien. Gegen die Stimme von Wiesner beschloß die Versammlung einmütig den vorgelegten Entwurf einer Resolution, in dem es unter anderem hieß: „Alle hier anwesenden Genossinnen und Genossen der Premnitzer SPD und KPD begrüßen den Beschluß der Berliner Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 und fordern eine sofortige Verschmelzung beider Parteien ... ab sofort verbindet uns eine innige Arbeitsgemeinschaft, Arbeitspläne, gemeinschaftlich von unseren Funktionären erarbeitet, werden von nun an nur gemeinschaftlich durchgeführt. Gemeinschaftliche Sitzungen, Versammlungen und Schulungsabende, gemeinsamer Kampf gegen Nazismus, Militarismus, gegen Reaktion und Korruption, gegen alles, was uns bei der Verwirklichung unserer Ziele im Wege steht. Wir brauchen keine zwei Arbeiterparteien mehr." [17]

In diesem Sinne gestaltete sich die weitere enge Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD im Ort und im Werk. Auf Schulungsabenden, die nun nicht mehr getrennt durchgeführt wurden, standen solche Themen zur Diskussion wie „Das Recht von Nürnberg", „Lenin über den Kampf um Demokratie" oder „Was wird aus den Nazis?". [18]

Die wachsende Kraft der Arbeiterklasse fand ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Festigung des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft. Die Arbeiter der „Agfa-Seide" und Mitglieder der KPD und der SPD von Premnitz unterstützten die Durchführung der Bodenreform. In vielen Dörfern der Umgebung, so in den Ortschaften Garlitz, Buckow, Buschow, Bützow, Fohrde und anderen, übernahmen sie dazu Patenschaften. [19]

Bei der Bodenreform in Premnitz wurde auch Grund- und Bodenbesitz der I.G. Farben enteignet. 384 Hektar Gesamtfläche konnten in Parzellen von 0,5 bis 4 Morgen landarmen Bauern und Kleinsiedlern zur Nutzung übergeben werden.

Als am 22. April 1946 mit dem Händedruck zwischen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Gründung der SED symbolisch dokumentiert wurde und damit in einem Teil Deutschlands die Spaltung der Arbeiterklasse für immer

„DER GRUNDBESITZ SOLL SICH IN UNSERER DEUTSCHEN HEIMAT AUF FESTE, GESUNDE UND PRODUKTIVE BAUERNWIRTSCHAFTEN STÜTZEN, DIE PRIVATEIGENTUM IHRES BESITZERS SIND."

URKUNDE

Auf Grund der Verordnung der Provinzialverwaltung Brandenburg über die Bodenreform vom 6. Sept. 1945 wird

dem Bauern

wohnhaft in der Gemeinde Kreis

ein Grundstück

im Umfang von ha, einschließlich Wald

rechtskräftig

zum persönlichen, vererbbaren Eigentum übergeben

Das dem Bauern übergebene Grundstück liegt in der Gemeinde und hat laut dem von der Bodenkommission aufgestellten Verteilungsplan die Nummer

Der Bauer erhält das Grundstück

schuldenfrei

Diese Urkunde berechtigt zur Eintragung des Grundstücks in das Grundbuch.

den Kreis

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Der Ministerpräsident

Der Rat des Kreises

Urkunde zur Übergabe von Grund und Boden bei der Bodenreform

überwunden war, hatten sich auch die Forderungen der Premnitzer Kommunisten und Sozialdemokraten erfüllt.
Die Gründung der SED war die Voraussetzung, um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu vollenden und auf diese Weise eine feste Basis für den Kampf um das einige, demokratische und friedliebende Deutschland zu schaffen.
Mit der Bildung der Ortsgruppe der SED, nach dem Vereinigungsparteitag der SED in Berlin, war in Premnitz der politische Führungskern für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung geschaffen. Die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse in Premnitz lag nun im Aufbau der Produktionsanlagen in der „Agfa-Seide". Hier konzentrierte sich auch der größte Teil der Premnitzer Bevölkerung und der Ortschaften der Umgebung. Die Unterstützung und die Anleitung der SED-Mitglieder in der „Agfa-Seide" durch die Leitung der SED-Ortsgruppe in Premnitz konnten deshalb auf die Dauer nicht ausreichen, um die Aufgaben im Werk zu lösen.
Im Juli 1946 entschied die Leitung der Ortsgruppe nach Instruktion des Provinzialvorstands der SED Brandenburg und des Kreisvorstands der SED Rathenow, Kreis Westhavelland, in der „Agfa-Seide" eine Betriebsgruppe der SED zu bilden. [20] Die Partei der Arbeiterklasse faßte im Betrieb festen Fuß und setzte sich an die Spitze der weiteren Entwicklung. Anfangs waren in der Betriebsgruppe der SED rund 300 Mitglieder organisiert. Unter der Leitung eines Sekretariats wurden vier Arbeitsbereiche gebildet: der politische Leiter mit Org.-Leiter, Kassierung und Literaturvertrieb, die Abteilung Werbung und Schulung, die Abteilung Jugend, Sport und Frauenarbeit. Der erste Arbeitsplan der Betriebsgruppe sah vor, die Partei organisatorisch im Werk aufzubauen, die Produktion zu steigern und eine beharrliche Überzeugungsarbeit unter den Werktätigen des Betriebes zu leisten. Als erster Vorsitzender der Betriebsgruppe wurde der Arbeiter Ernst Reisel gewählt. Kurze Zeit später wurde der Elektriker Paul Gradel sein Nachfolger. In einem der ersten vorläufigen Arbeitspläne drückte sich der Optimismus aus, der diesen Genossen innewohnte und mit dem sie, ohne große Erfahrungen in der Leitungstätigkeit und in der massenpolitischen Arbeit zu besitzen, die Aufgaben anpackten und immer besser lernten, Schwierigkeiten zu meistern. Der Sekretär der Betriebsgruppe, Ernst Reisel, schrieb damals unter anderem: „Darum geht mit mir an die Arbeit, und wir werden schaffen, was wir uns zum Ziel gesetzt haben, und zwar, unseren Betrieb zu dem zu machen, was unser aller Wunsch ist, zu einem reinen sozialistischen Betrieb, auf den die Arbeiterschaft stolz sein kann." [21]
Eine erste und wichtige Aufgabe für die Mitglieder der jungen Betriebsgruppe bestand darin, Klarheit darüber zu schaffen, daß nicht mehr für das Profitstreben der Herren von der I.G. Farben gearbeitet wurde, sondern daß die Ergebnisse der Produktion allen selbst wieder zugute kamen. Das erforderte eine völlig neue Einstellung der Arbeiter zur Leitung des Betriebes und zur Arbeit selbst. So begann für die Genossen eine mühevolle Überzeugungsarbeit, die den ganzen Menschen forderte. In der täglichen Arbeit zur Überwindung von Schwierigkeiten, in der Auseinandersetzung mit feindlichen und klassenfremden Meinungen machten die Mitglieder der SED und die anderen fortschrittlichen Werktätigen die ersten Schritte auf dem Wege zur Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, zum Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft.
Zu den fortschrittlichen Kräften in Premnitz gehörten viele Jugendliche, die sich am Aufbau der neuen Ordnung aktiv beteiligten. Sie gründeten im März 1946 aus den Ausschüssen der Antifa-Jugend eine Ortsgruppe der FDJ. Auf Initiative des Jungarbeiters Peter Kertz wurde zur gleichen Zeit eine Betriebsgruppe der FDJ in der „Agfa-Seide" mit zunächst 60 Jugendlichen gebildet. Diese waren immer ganz vorn zu finden, wenn es galt, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Sie beteiligten sich an Landeinsätzen und wirkten im Stanislawski-Zirkel, der von Karl Wichmann geleitet wurde, für die kulturelle Betreuung der Werktätigen. Die ersten Anfänge machte dieser Zirkel mit dem

Der 1. Mai 1946 in Premnitz

Aus dem Stanislawski-Zirkel
entstand die Volksbühne
und später das Arbeitertheater Premnitz.
Ein Plakat aus jenen Tagen

Stück „Nachtasyl" von Maxim Gorki. Es wurde auf Anregung des sowjetischen Kulturoffiziers einstudiert. Auf Initiative des Betriebsrates und der Treuhandverwaltung wurde auf kulturellem Gebiet gerade in der Vermittlung sowjetischer Kunstwerke und mit Darbietungen aus dem deutschen Kulturerbe viel getan, um nach Jahrzehnten imperialistischer Ideologie und Antisowjethetze die Menschen wieder mit echten Kulturleistungen vertraut zu machen. Die Palette solcher Veranstaltungen reichte von Darbietungen sowjetischer Volkskunst über literarische Abende bis zur „Faust"-Aufführung durch die Bühnen der Stadt Frankfurt (Oder).

Bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts fehlten auch die Frauen nicht. Sie gründeten am 14. Juni 1946 einen antifaschistischen Frauenausschuß in Premnitz und leisteten in der Folgezeit hervorragende Arbeit. Das war vor allem deshalb bedeutungsvoll, weil in der „Agfa-Seide" bereits damals 40 Prozent Frauen arbeiteten. Sie, die unter der I.G.-Farben-Herrschaft doppelt rechtlos waren und als zweitrangig behandelt wurden, waren als gesellschaftliche Kraft aus dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau nicht wegzudenken.

Um die führende Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu sichern und zu festigen, mußte mit der gleichen Initiative, wie sich KPD und SPD zur SED als Vorhut der Arbeiterklasse vereinigten, auch die Tätigkeit der freien Gewerkschaften entwickelt werden. Vorerst gab es aber im Betrieb noch keine Betriebsgewerkschaftsleitung. Im März 1946 wurde wieder ein Betriebsrat in freier demokratischer Entscheidung durch eine Urabstimmung gewählt. 14 Angehörige der „Agfa-Seide" erhielten das Vertrauen der Belegschaft. Darunter die Arbeiter und Angestellten Richard Stage, Erich Herbst und Ernst Meier. Oft mußten sie selbständig entscheiden, denn die Anleitung von übergeordneten Stellen klappte noch nicht immer im erforderlichen Maße.

Erst 1947, als die Neuwahl der Betriebsräte im Kreis Westhavelland vorbereitet wurde, setzte eine regelmäßige

Anleitung ein. Eine gute Unterstützung gaben dabei unter anderem der Vorsitzende des Kreises Westhavelland und die Genossen vom Landesvorstand der SED. Trotz aller Schwierigkeiten und der täglichen Kleinarbeit sah der Betriebsrat seine Hauptaufgabe im Aufbau einer reibungslosen Produktion als wichtigste Forderung an die Leitung. An zweiter Stelle der Aufgaben stand die Versorgung der Belegschaft.

Gleichzeitig entwickelte sich auch die Gewerkschaftsorganisation im Betrieb, deren Mitglieder zunächst vom Ortsvorstand des FDGB erfaßt wurden. Das war aber auf die Dauer unbefriedigend und mußte unbedingt verändert werden.

Bereits bei der Gründung des FDGB am 15. Juni 1945 wurde betont: „Das entstehende demokratische Mitbestimmungsrecht beschränkt sich deshalb auch nicht auf die Entsendung einiger Gewerkschaftsvertreter in irgendwelche Gremien, sondern umfaßt die Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte bei allen Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen sowie ihre wirksame Kontrolle über die Produktion." [22]

Entsprechend der Bedeutung und der Verantwortung, die den Gewerkschaften in solch einem Großbetrieb wie der „Agfa-Seide" zukamen, wurde in Vorbereitung des 2. FDGB-Kongresses im Februar 1947 in direkter, geheimer Abstimmung die erste Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt. Ihr erster Vorsitzender wurde der Elektriker Gustav Löwe. Zu den weiteren Mitgliedern zählten die Arbeiter und Angestellten Dora Munke, Else Rau, Werner Belka und Kurt Stuf.

Über die Tätigkeit der ersten BGL erzählt Gustav Löwe: „Nach Auszählung der Stimmen setzten sich die gewählten Kandidaten zur Konstituierung der ersten BGL zusammen. Dora Munke wurde stellvertretende BGL-Vorsitzende, die anderen Mitglieder wurden für weitere spezielle Gebiete verantwortlich gemacht, so zum Beispiel für Produktionsfragen, Werkküche, Frauenarbeit, Kassierung usw. Die wichtigste Aufgabe sahen wir in der Sicherung einer reibungslosen Produktion, der Erfassung sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder und der Kassierung derselben. Die BGL war zuständig für alles, angefangen von der Erfüllung der Tagesaufgaben, der damaligen Textilzuteilungen, Materialversorgung und Auslieferung sowie für die Werkverpflegung. Sämtliche Post, die das Werk verließ, wurde vom Vorsitzenden der BGL vor Verlassen des Betriebes auf ihren Inhalt geprüft und gegengezeichnet. Jede Woche mußten Verhandlungen zur Sicherung der Material- und Rohstoffversorgung geführt werden, an denen der Vorsitzende oder ein Vertreter teilnahm.

Eine der größten Sorgen war für uns die starke Fluktuation an Arbeitskräften. Durch den ständigen Wechsel der Arbeitskräfte an den Aggregaten litt die Produktion sehr stark. Wir versuchten deshalb durch Verbesserung des Werkessens sowie andere Zuteilungen an schwer zu beschaffenden Dingen, Textilien, Ausgabe von Milch und anderen, der Fluktuation Einhalt zu gebieten." [23]

Nach und nach verschmolzen die Aufgaben der BGL und des Betriebsrates immer mehr miteinander. Mitunter kam es zu Kompetenzstreitigkeiten, wobei die Mitglieder des Betriebsrates darauf verwiesen, daß sie auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung arbeiteten, während der BGL eine solche Arbeitsgrundlage fehle.

Schließlich wurde im November 1948 mit der Bitterfelder Konferenz, die unter der Losung „Mehr Raum den Industriegewerkschaften" stand, die aus der früheren Gewerkschaftsbewegung herrührende Zersplitterung auch organisatorisch beseitigt. Die kämpferische Tradition der Betriebsräte wurde von den Betriebsgewerkschaftsleitungen übernommen, die fortan als berufene Interessenvertreter der Werktätigen tätig waren. [24]

Am 3. Dezember 1948 fand die letzte Sitzung des Betriebsrates der „Agfa-Seide" Premnitz statt. Auf dieser Zusammenkunft wurde die Auflösung und Übertragung der Aufgaben des Betriebsrates an die BGL beschlossen. Damit lag nun die Verantwortung für die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb in einer Hand.

Um recht viele Arbeiter und Angestellte in die Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen, wurden für zahlreiche Sachgebiete Kommissionen gebildet. Für alle, die unmittelbar in diesen Gremien mitarbeiteten, bedeutete das eine wertvolle Schule der Demokratie, denn jetzt arbeiteten die Gewerkschaften auf der Grundlage der neuen Produktionsverhältnisse und der neuen Beziehungen der Menschen untereinander.

Die Mitglieder der Betriebsgruppe der SED förderten und unterstützten diesen Prozeß und schafften sich dadurch eine breite Basis, um die ständig wachsenden Aufgaben mit allen Werktätigen gemeinsam zu lösen.

Mehr produzieren – gerecht verteilen – besser leben

Der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zur SED und das gemeinsame Handeln aller fortschrittlichen und aufbauwilligen Kräfte waren eine starke Triebkraft beim weiteren Aufbau der Produktionsanlagen in der „Agfa-Seide".

Die Produktionsmengen stiegen ständig an, und im Juli 1946 konnte auch im bescheidenen Maß wieder Schwefelkohlenstoff produziert werden. Im Jahre 1946 hatten bereits 3095 Frauen und Männer wieder einen Arbeitsplatz in der „Agfa-Seide" erhalten. Darunter waren auch viele Neubürger, die in Premnitz nicht nur Arbeit und Brot, sondern auch eine neue Heimat fanden. Obwohl gerade dieser Teil der Belegschaft mit der Tätigkeit im Kunstseidenbetrieb noch nicht vertraut war und sich in der täglichen Arbeit erst die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen aneignen mußte, konnten 1946 schon wieder 2019 Tonnen Kunstseide produziert werden. Das waren nur 27 Tonnen weniger als 1935. Jeder Karton Kunstseide, jede Tonne Schwefelsäure, Aktivkohle oder Schwefelkohlenstoff legte Zeugnis davon ab, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten Schritt um Schritt ein neues Staatsbewußtsein entwickelte.

Trotz vieler Gerüchte und Zweifel, die damals noch in manchen Köpfen herumschwirrten, wuchs das Vertrauen zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung ständig. Das zeigte auch das Ergebnis der Herbstwahlen 1946. Erstmalig nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus fanden in der sowjetischen Besatzungszone freie demokratische Wahlen statt. „Die Zeit war gekommen, um mit der Wahl der Vertretungskörperschaften die Herausbildung einer antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht auf eine höhere Stufe zu heben." [25]

In Premnitz wurde am 15. September 1946 in freier und geheimer Wahl die erste antifaschistisch-demokratische Gemeindevertretung gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 92 Prozent erhielten die Kandidaten der SED 1832 Stimmen, die der CDU 773 Stimmen. 135 Stimmen verteilten sich auf die anderen Kandidaten. 25 Premnitzer Bürger, darunter zahlreiche Angehörige der „Agfa-Seide", wurden in das Gemeindeparlament gewählt; davon wurden drei Gemeinderäte bestätigt. [26] Die antifaschistisch-demokratische Ordnung hatte auch in Premnitz die Bewährungsprobe bestanden.

Das Wahlergebnis erteilte den Miesmachern und Gerüchteverbreitern in Premnitz eine eindeutige Abfuhr. Die führende Partei in der Gemeindevertretung, die SED, ging gemeinsam mit den anderen Blockparteien den eingeschlagenen Weg des demokratischen Aufbaus weiter. Noch war man ja erst am Anfang. Die Wohnungsnot war noch sehr groß. Bekleidung und Schuhwerk waren Mangelware, und die Rationen auf den Lebensmittelkarten reichten gerade aus, um den größten Hunger zu stillen. Es fehlte an Ersatzteilen, Möbeln und anderen Gebrauchsgütern. Jeder sollte aber besser leben. Wie konnte das geschafft werden? Noch war die Arbeitsproduktivität viel zu niedrig.

Von westlicher Seite wurde der einzige Ausweg darin gesehen, wirtschaftliche Hilfe von Amerika anzunehmen. Die SED und mit ihr andere fortschrittliche Kräfte erkannten jedoch den Pferdefuß der Sache. Wirtschaftshilfe durch die USA bedeutete auch politische Abhängigkeit vom Monopol-

kapital. Die Arbeiterklasse hatte ihre Erfahrungen mit diesen Leuten und entschloß sich, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz und gemeinsam mit den Blockparteien, einen anderen, wenn auch schweren, so für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung doch besseren Weg zu gehen. Er bestand darin, aus eigener Kraft mehr zu produzieren, um dann besser leben zu können. Nur so konnte die freie Entscheidung der Arbeiterklasse gesichert werden.

Die Forderung, mehr und besser zu arbeiten, blieb also die Tagesaufgabe Nummer eins. Deshalb forderte die SED von ihren Mitgliedern, sich in den Produktionsprozeß einzuschalten und Überzeugungsarbeit zu leisten. Gleichzeitig wollte die Betriebsgruppe der SED ihren Mitgliederstand verdoppeln und ihre Mitglieder durch Schulungen befähigen, alle Werktätigen von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen. Gegenargumente, wie „Wovon soll der Motor laufen, zuerst braucht der Mensch mehr Verpflegung, bessere Kleidung", mußten überzeugend widerlegt werden. Oft stießen die Genossinnen und Genossen auf Spötteleien negativer Kräfte, die von freiwilliger Arbeitsdisziplin nicht viel hielten und in Schwarzmarktgeschäften eine bequemere Erwerbsquelle besaßen.

Zu den schon vorhandenen Schwierigkeiten gesellte der schwere und strenge Winter 1946/47 neue Sorgen. Temperaturen zwischen minus 20 und minus 28 Grad Celsius führten zu schwerwiegenden Störungen in der Dampf- und Wasserversorgung. Elektroenergie wurde zur entscheidenden Mangelware, das gefährdete die Aufrechterhaltung der Produktion. Die noch nicht ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Arbeitsschutzkleidung, die schlechte Beheizung der Produktionsräume, Rohstoffe von schlechter Qualität und fehlende Kohle taten ihr übriges.

Die Produktion von Kunstseide mußte im März 1947 wegen Stromausfalls zehn Tage lang stillgelegt werden. Schon vorher war sie gedrosselt gefahren worden, da noch dazu ein ungewöhnlich hoher Arbeitskräfteausfall durch Erkältungskrankheiten und unentschuldigtes Fehlen kam. Man muß bei der Beurteilung der Ausfallzeiten aber auch bedenken, daß die Arbeitskräfte aus weitabliegenden Ortschaften mit dem Fahrrad zur Arbeit kamen. Oft wurden Strecken bis zu 40 Kilometer zurückgelegt. Fehlende Fahrradersatzteile und Regenschutzkleidung machten die Bewältigung solcher Entfernungen oft unmöglich. Manche Arbeiterinnen und Arbeiter, zum Beispiel der damalige Chemiefachwerker Bernhard Völzmann aus Zollchow, sind teilweise den Arbeitsweg gelaufen. Deshalb war die Beschaffung von Fahrradbereifung oder Fahrradketten damals ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Gewinnung der Menschen für die neue Ordnung. Eine weitere objektive Schwierigkeit war die Versorgung der Kunstseidenanlage mit Rohstoffen. Die Anlage war auf die Verarbeitung von Zellstoffen aus nordischen Ländern eingerichtet. Jetzt aber mußten andere Zellstoffarten eingesetzt werden, die auch technologisch neue Anforderungen stellten. Die negativen Auswirkungen waren vor allem in der Sulfidierung und Filtrierung spürbar. Wenig Schlaf fanden damals die Werktätigen und Angehörigen der Intelligenz, die an der Überwindung all dieser Schwierigkeiten arbeiteten.

Obwohl Hunger und Kälte in jenem Winter besondere Schwierigkeiten schufen, mußte doch die Partei ihre Forderung aufrechterhalten, mehr und besser zu produzieren, wenn es vorwärtsgehen sollte. In den westlichen Besatzungszonen frohlockten bereits die Gegner der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und prophezeiten den Zusammenbruch der volkseigenen Betriebe. Damit glaubten die Feinde der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, es sei bewiesen, daß Arbeiter und Bauern keine eigene Wirtschaft aufbauen könnten. Doch auch der Winter 1946/47 ging vorüber, und die Prophezeiungen der Vertreter der Reaktion erwiesen sich als Seifenblasen.

In enger Zusammenarbeit verwirklichten Arbeiter und Angehörige der fortschrittlichen Intelligenz Maßnahmen, die zur Überwindung der komplizierten Situation und zur Stabilisierung der einzelnen Produktionsprozesse beitrugen. Im wesentlichen handelte es sich dabei um folgendes: In der

Fleißige Frauen
sorgen für das leibliche Wohl der Belegschaft.

Sehr eng war es damals im Speisesaal. (Bild ganz rechts)

Kunstseidenanlage erfolgte die Umstellung der Verarbeitung von Zellstoff aus nordischen Ländern auf den Verbrauch einheimischer Rohstoffe. Dazu mußten neue Präparationsmittel gefunden werden.
Bei der Produktion von Schwefelkohlenstoff wurde von Holzkohle auf Braunkohlenschwelkoks umgestellt. Das war schon damals eine Leistung, die im Weltmaßstab erstmalig in Premnitz vollbracht wurde. Die bisherige Gasfeuerung mußte durch Brenner mit Braunkohlenteeröl ersetzt werden.
Für die Aktivkohle wurde das Problem gelöst, anstelle des Oldenburger Torfs Torf minderer Qualität aus Mecklenburg unter Verwendung von Sägemehl einzusetzen.
Die Schwefelsäure Döberitz mußte ebenfalls ihre Produktion von ausländischem Schwefelkies auf solchen aus dem Harz mit niedrigerem Schwefelgehalt umstellen.
Im Kraftwerk wurde die Aufgabe gelöst, die Kessel, die ausschließlich auf Steinkohlenfeuerung eingerichtet waren, fortan mit Braunkohlenbriketts zu betreiben.
Schließlich wurde in der „Agfa-Seide" von Fachkräften der kaufmännischen Abteilung in Zusammenarbeit mit Dienststellen der Landesregierung in Potsdam eine neue Preisfestsetzung für Kunstseide erarbeitet, die später mit nur unwesentlichen Abänderungen von der DWK übernommen wurde.
Ziel aller Maßnahmen war die allmähliche Erhöhung der Produktion in allen Bereichen. Beginnend mit monatlicher, später quartalsmäßiger Planung wurde bereits zu jener Zeit der Übergang auf eine langfristige Planung vorbereitet.
Fehlende Apparaturen zur Verbesserung der Technologie und Rentabilität der Betriebe wurden mit Unterstützung der Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht herangeschafft und von den Handwerkern der „Agfa-Seide" eingebaut. Dazu gehörten unter anderem die Säurekonzentration für die Kunstseidenanlage sowie Generatoren für die Schwefelkohlenstoff- und Aktivkohleanlage. Bei diesen Aktionen wurden auch zwei Dampfkessel aus den Döberitzer Betriebsteilen in das Kraftwerk umgesetzt. Erst dadurch war es möglich, die Leistung des Kraftwerkes so zu erhöhen, daß die Produktionskapazität gesteigert werden konnte.
Der Schwerpunkt der Anstrengungen aber lag auf der Kunstseidenanlage. Endlich, im September 1947, gelang erstmalig nach der Umstellung der Kunstseidenanlage auf Pirnaer Zellstoff eine spürbare Verbesserung. Die Leistung der Viskosestation wurde dadurch so gesteigert, daß zum erstenmal nach 1945 die volle Spinnereikapazität in Betrieb gehen konnte. Gleichzeitig verbesserten sich dank dem unermüdlichen Einsatz der fortschrittlichen Arbeiterinnen, Arbeiter und Intelligenzler die Laufeigenschaften der Seide. [27] Die an diesen Ergebnissen beteiligten Werktätigen der „Agfa-Seide" halfen mit ihren Leistungen, die Argumente führender Politiker in den westlichen Besatzungszonen zu widerlegen, die dem deutschen Volk nicht zutrauten, daß es aus eigener Kraft in der Lage war, die Folgen des zweiten Weltkrieges zu überwinden.
Aus eigener Erfahrung verstanden die Werktätigen unseres Betriebes nun die Losung des II. Parteitages der SED: „Mehr produzieren – gerecht verteilen – besser leben!" [28] und unterstützten die Bemühungen der SED, die demokratische und wirtschaftliche Einheit in ganz Deutschland zu sichern sowie die Spaltung der Arbeiterklasse auch in den westlichen Besatzungszonen zu überwinden.

Der Aufbauplan 234 unterstützt die Losung des II. Parteitages der SED

Nach dem II. Parteitag der SED (20. bis 24. September 1947) begann für die Mitglieder der SED-Betriebsgruppe in der „Agfa-Seide" eine neue Etappe bei der Festigung des Klassenbewußtseins der Werktätigen. Durch ihre Leistungen in der Vergangenheit hatten sie zwar bereits den Beweis für die Richtigkeit der politischen Linie der Partei erbracht, aber noch war manchem Betriebsangehörigen diese Entwicklung nicht bewußt geworden. In täglicher Überzeugungsarbeit wurde auch hier Stück für Stück die alte Denk-

weise überwunden und der Teufelskreis durchbrochen, der in dem verbreiteten Argument „Erst mehr essen, dann mehr arbeiten" lag.

Ständig konnte die Partei in diesen Wochen die Zahl ihrer Mitglieder erhöhen. Mit an der Spitze standen damals die Jugendlichen, die den neuen Problemen gegenüber sehr aufgeschlossen waren. Allein im Jahre 1947 stieg die Mitgliederzahl der Betriebsgruppe der FDJ auf 300 Jugendfreunde an. Das Bewußtsein, nicht mehr von der I.G. Farben ausgebeutet zu werden, sondern im eigenen Werk zu arbeiten, nahm zu.

Eine große Hilfe und Unterstützung für die Aufbauarbeit gab die sowjetische Besatzungsmacht. „Am 9. Oktober 1947 erließ die SMAD ihren Befehl 234. Er war in Zusammenarbeit mit führenden Funktionären der SED und des FDGB vorbereitet und sein Entwurf mit den Arbeitern mehrerer Betriebe diskutiert worden. Dieser Befehl (auch Aufbauplan 234 genannt) sah Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des Prinzips der materiellen Interessiertheit vor. Für zahlreiche Werktätige brachte er höhere Löhne, verbesserten Arbeitsschutz und ärztliche Betreuung, ein markenfreies Mittagessen im Betrieb und andere Vergünstigungen. Er stellte klar, daß derjenige den größten Anspruch auf materielle Zuwendungen hatte, der die größten Leistungen vollbrachte." [29]

Die Maßnahmen, die mit dem Aufbauplan 234 verbunden waren, gaben den Werktätigen in der „Agfa-Seide" neue Kraft, für den vom II. Parteitag gewiesenen Weg zu wirken. Neben dem allgemeinen Grundurlaub von 12 Tagen für jeden Arbeiter gab es für gesundheitsschädigende Arbeiten oder für Tätigkeiten mit hoher Verantwortung 18 bis 24 Tage Tarifurlaub. Die Arbeitszeit für Jugendliche bis zu 16 Jahren wurde auf 42 Stunden und bis zu 18 Jahren auf 46 Stunden in der Woche festgelegt. Hinzu kamen Verfügungen über Arbeitsschutz und verbesserte ärztliche Betreuung der Belegschaft durch Einrichtung einer Betriebspoliklinik. Ferner wurden Bezugscheine für Textilien, Schuhe, Kohlen usw. für besondere Leistungen ausgegeben.

Die Treuhandverwaltung wurde verpflichtet, sich ständig damit zu beschäftigen, wie die Wohn- und Lebensverhältnisse aller im Werk beschäftigten Arbeiter und Angestellten verbessert werden konnten.

Eine Maßnahme wirkte sich besonders positiv aus und war sofort bis in die Familien der Angehörigen der „Agfa-Seide" zu spüren. Das war die Ausgabe eines markenfreien Mittagessens. Jetzt konnte in Premnitz das Werkessen in großem Maße eingeführt werden. Täglich wurden zu dieser Zeit 1760 Essenportionen nach Norm A und 1464 Essenportionen nach Norm B ausgegeben.

Auch die Löhne konnten verbessert werden. Während früher zum Beispiel in der Zwirnerei je nach Tarif 40 oder 44 Pfennig Stundenlohn gezahlt wurden, lag jetzt der Stundenlohn bei 69 Pfennig.

Auf Empfehlung sowjetischer Dienststellen wurde durch die leitenden Kräfte des Werkes ein Vertrag mit einem Hotel in Blankenburg abgeschlossen, durch den garantiert war, daß jeweils zehn bewährte Belegschaftsmitglieder für 14 Tage zur Erholung fahren konnten. Das war der Anfang der Urlaubsbetreuung. Später, als diese Lösung nicht mehr befriedigte, wurde in Wernigerode ein festes Haus für die Belegschaft der „Agfa-Seide" eingerichtet. Das neue Haus „Brockenblick", gut gelegen und bewirtschaftet, war lange Zeit ständiges Ferienheim und beliebter Erholungsaufenthalt für die Belegschaft.

Für die gesundheitliche Betreuung stand der Belegschaft vorerst nur eine „ärztliche Abteilung" zur Verfügung. Nachdem diese zunächst von Dr. Hannecke neben seiner Privatpraxis betreut wurde, wurde ab 1947 ein leitender Betriebsarzt eingesetzt. Später wurden diese Organe dem Gesundheitswesen der DDR unterstellt.

Ein wichtiger Schritt, um die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen, war die Durchsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Leistung". Die Hälfte der Belegschaft bestand aus Frauen, die am Aufbau des Werkes genauso beteiligt waren wie die Männer. Mit dem neuen Lohnprinzip konnten den Frauen je Quartal insgesamt

130 000 Mark mehr an Lohn und Gehalt ausgezahlt werden als vorher.

Alle angeführten Maßnahmen verbesserten spürbar die Lebenslage der Werktätigen. Die Verwirklichung des Aufbauplans 234 stellte aber Partei, Gewerkschaft und Treuhandleitung der „Agfa-Seide" auch vor neue ideologische Probleme. So galt es unter anderem, alle Tendenzen der Gleichmacherei zu bekämpfen. Ein wichtiger Schritt dazu war die Einführung des Leistungsprinzips in den Betriebsabteilungen auf der Grundlage von Arbeitsnormen. Das war keine leichte Aufgabe. „Leistungslohn ist Akkord, und Akkord ist Mord", so lautete die Auffassung vieler Werktätiger, die noch nicht verstanden hatten, daß die Ausbeutung des Menschen durch Monopole und Konzerne in ihrem Betrieb beseitigt war und sie für die Verbesserung ihrer eigenen Lage arbeiteten. „Wir ziehen alle am gleichen Strang, ein jeder macht seine Arbeit, warum also Unterschiede in der Entlohnung machen", sagten andere. Viel Mühe und Aufopferung war nötig, um Klarheit zu schaffen, daß die Werktätigen jetzt für ihr Werk arbeiteten und daß die Ergebnisse der Produktion ihnen selbst zuflossen.

Gemeinsam mit den Funktionären der Partei, der Gewerkschaft und des Betriebes diskutierten die fortschrittlichsten Kolleginnen und Kollegen in ihren Bereichen in diesem Sinne, um das Leistungsprinzip einzuführen. Dabei wirkten sich die materiellen Vorteile, die mit Hilfe des Aufbauplans für gute Arbeit gewährt werden konnten, positiv aus. Bei einer Normübererfüllung von 125 Prozent gab es nicht nur mehr Lohn, sondern es wurde zum Beispiel auch Zusatzverpflegung ausgegeben, oder man überreichte Bezugscheine für Kleidung und Schuhwerk. Schon gegen Jahresende zeichnete sich ab, daß die Arbeitsdisziplin sich verbessert hatte und das Bummelantentum langsam, aber sicher zurückgegangen war. [30]

Die Jahresbilanz 1947 war positiv, besonders im zweiten Halbjahr. Die Produktion war gegenüber 1946 gestiegen. Zum Beispiel konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Kunstseidenanlage 50 Tonnen mehr produzieren als im Vorjahr. Für das neue Jahr galt es nun, die Produktion weiter zu erhöhen, das Leistungsprinzip endgültig durchzusetzen und vor allem das Bewußtsein der Werktätigen noch mehr zu festigen. Dem Schlendrian und Bummelantentum, der Unehrlichkeit und den Schiebern durfte kein Platz mehr bleiben.

Dazu einige Beispiele: Immer wieder wurden Ledertreibriemen gestohlen, so daß Maschinen stillstehen mußten, und um das Stehlen der Glühbirnen zu erschweren, mußten die Leuchten in den Produktionsräumen höher gehängt werden. Auch Werkzeuge waren sehr begehrt.

Ein weiteres ernstes Problem war die Unterbindung von Schwarzmarktgeschäften. Sie wurden vor allem mit Fitzgarn (Abfall, der in den textilen Abteilungen entsteht) getrieben. Diese Garne wurden, meist in den Dörfern der Umgebung, gegen Lebensmittel und ähnliches eingetauscht. Solche „Selbsthilfe" kam zwar dem einzelnen zugute, so konnte aber niemals der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung gehoben werden.

Die sozialen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Befehl 234 verringerten zwar solche Erscheinungen, waren aber noch nicht dazu angetan, sie völlig verschwinden zu lassen. Das Stehlen von Material, Waren und Geld mußte zu Störungen im Betriebsgeschehen führen. Das war aber nicht nur in Premnitz so. Es gab nur eine Kraft, die Entscheidendes verändern konnte, das waren die Arbeiter selbst. Im Jahre 1947 wurde in der damaligen sowjetischen Besatzungszone eine weitere antifaschistisch-demokratische Einrichtung geschaffen, die Volkskontrollausschüsse. Sie hatten die Aufgabe, besonders auf die Einhaltung der Produktionspläne, auf die Beseitigung des Bürokratismus und die Aufdeckung ungesetzlicher Handlungen im Wirtschaftsleben zu achten.

Die Belegschaft der „Agfa-Seide" wählte in einer Belegschaftsversammlung die Mitglieder ihres Volkskontrollausschusses. Als Vorsitzender wurde der Mitarbeiter der SED-Betriebsgruppe Fritz Ohm bestätigt. Der Volkskontrollausschuß stützte sich in seiner Tätigkeit auf die Mitwirkung

Die Frauen ergreifen ihr Recht zur Mitbestimmung. Eine Beratung im Frauenausschuß des Kunstseidenwerkes (Bild ganz links)

Alle Fürsorge der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht gehört der glücklichen Zukunft der Kinder.

breiter Kreise der fortschrittlichen Bevölkerung. Da die konkrete Anleitung übergeordneter Stellen noch ungenügend war, sah die Mehrzahl der Ausschußmitglieder anfangs die Hauptaufgabe nur im Kampf gegen Schieber und Diebe. Kontrollen auf der Werkstraße sollten besonders Großdiebstähle verhindern helfen. Die Mitglieder der Volkskontrolle versuchten aber auch Spekulationsgeschäfte zu verhindern, bei denen zu vermuten war, daß Zusammenhänge mit dem Werk und dem Ort bestanden. Dabei gingen sie mit Entschlossenheit vor und scheuten sich auch nicht, Eigenverantwortung zu tragen. Nachdem zum Beispiel festgestellt worden war, daß in zwei Premnitzer Geschäften zu Schwarzmarktpreisen gehandelt wurde, und nachdem mehrere Versuche, diesem Treiben durch die Einwirkung auf die örtlichen Behörden ein Ende zu setzen, nichts genutzt hatten, wandten sich die Volkskontrolleure an den Kreistag Westhavelland und teilten ihm unter anderem mit: „Sollte auch von dieser Stelle aus keine Abänderung geschaffen werden, wird der Ausschuß zur Selbsthilfe schreiten." [31]

Die Tätigkeit der Mitglieder des Volkskontrollausschusses trug dazu bei, in der Folgezeit solche dunklen Kanäle abzuriegeln, durch die die Ergebnisse der ehrlichen Arbeit des weitaus größten Teils der Werktätigen abgezweigt und der Volkswirtschaft entzogen wurden. Auch in diesem Kampf entwickelte sich das Klassenbewußtsein der Werktätigen der „Agfa-Seide", die entscheidende Voraussetzung zur Meisterung aller schwierigen Aufgaben.

Wertvolle Arbeit leisteten dabei die Mitglieder der Betriebsgruppe der SED, die FDJ-Organisation, der Betriebsrat und die Gewerkschaftsorganisation. Viele von ihnen hatten selbst unter der I.G.-Farben-Herrschaft gearbeitet und waren auf Grund ihrer Erfahrungen fest entschlossen, die I.G. Farben in Premnitz nie wieder zum Zuge kommen zu lassen. Deshalb sorgten sie dafür, daß die Positionen der Arbeiterklasse ständig gestärkt wurden, vor allem zunächst dadurch, daß sie täglich geduldige Überzeugungsarbeit am Arbeitsplatz leisteten und persönlich Vorbild bei der Überwindung von Schwierigkeiten waren.

Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung Die SED entwickelt sich zu einer Partei neuen Typs

Im Osten Deutschlands waren mit der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und durch die Bodenreform die wichtigsten Grundlagen des Imperialismus und Militarismus bereits liquidiert worden. Demgegenüber betrieben die westlichen Besatzungsmächte immer offener eine Politik der Restauration der Herrschaft des Monopolkapitals in ihren Besatzungszonen. Angesichts dessen kam es darauf an, daß die Arbeiterklasse im engen Bündnis mit den werktätigen Bauern die bisherigen Errungenschaften in der sowjetischen Besatzungszone zuverlässig sicherte. Von der schnelleren Entwicklung der Produktivkräfte und von der Stärkung des volkseigenen Sektors hing wesentlich die Zukunft des deutschen Volkes ab. Dabei ging es damals darum, eine Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden entstand, in der sich alle deutschen Patrioten vereinigten, die für ein friedliches, demokratisches und ungeteiltes Deutschland eintraten und nie wieder zulassen wollten, daß in Deutschland Reaktion und Faschismus an die Macht gelangen konnten.

Im Frühjahr und im Sommer 1948 wurde immer offensichtlicher, daß die Bestrebungen der westlichen Siegerstaaten darauf hinausliefen, aus ihren Besatzungszonen ein separates Staatengebilde zu schaffen. Sie hatten die englische und die amerikanische Besatzungszone zur sogenannten Bizone zusammengeschlossen, verhinderten die Bildung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung und bereiteten eine separate Währungsreform vor.

Vom Parteivorstand der SED wurde als Gegenmaßnahme beschlossen, die allseitige Festigung und Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland zu beschleunigen. Zwei der wichtigsten Fragen waren dabei der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung in der Volkswirtschaft und die Weiterentwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs.

Das war natürlich auch für die weitere Entwicklung in der

„Agfa-Seide" von entscheidender Bedeutung. Während unter der Treuhandverwaltung in der „Agfa-Seide" die Produktion im wesentlichen nur für den laufenden Monat, höchstens aber für ein Quartal geplant wurde und die Planung sich in der Hauptsache auf die Produktionsmenge bezog, erteilte die neu gegründete VVB Kunstfaser eine Planauflage für das zweite Halbjahr 1948, die auch Sortiment und Qualität umfaßte. Damit begann in Premnitz erstmalig die langfristige Planung im Werk. Da in der VVB alle Betriebe zusammengefaßt waren, die Chemiefasern herstellten, waren jetzt auch Vergleiche über Produktionshöhe je Arbeitskraft, über die Qualität der Chemiefasern usw. mit anderen Kunstfaserbetrieben möglich.

Im Juli 1948 begannen die Werktätigen der „Agfa-Seide" mit der Arbeit, um ihre Aufgaben im ersten Wirtschaftsplan der DWK zu erfüllen. Der Halbjahrplan war gleichzeitig der Vorläufer für den Zweijahrplan 1949/50, der zur planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft diente und auf zentral ausgearbeiteten Vorgabekennziffern basierte. Für das zweite Halbjahr 1948 hatten zum Beispiel die Arbeiterinnen und Arbeiter des Kunstseidenbetriebes im Werk Premnitz das Planziel, 1250 Tonnen Kunstseide zu produzieren, das waren rund 61 Prozent der Jahresproduktion an Kunstseide von 1947.

Notwendiger denn je war es, das Leistungsprinzip einzuführen: keine leichte Aufgabe. Immer noch war der Anteil an unentschuldigten Fehlstunden hoch. Dazu kam in den Sommermonaten, daß viele Frauen und zum Teil auch Männer noch immer lieber in der Landwirtschaft arbeiteten, um sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen. Zahlreiche Arbeitskräfte hatten zu Hause auch selbst ein Stück Land. Oft blieben sie der Arbeit fern, weil sie zu Hause ihr Land bestellten.

Mit der Kraft der SED-Betriebsgruppe, der besten Mitglieder der FDJ und der Gewerkschaft mußte der Umdenkungsprozeß beschleunigt werden. Die Losung „Mehr produzieren – besser planen – gerechter verteilen" war höchst aktuell. Die objektive Lage verlangte jetzt, daß die SED als Vorhut der Arbeiterklasse ihre Führungsrolle konsequent verwirklichte. Die Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus hatte in Deutschland neue Formen angenommen. Erstmalig verfügte die Arbeiterklasse in Form der volkseigenen Betriebe über eigene Produktionsmittel. Die Werktätigen mußten erkennen und begreifen, daß es vor allem in ihren Betrieben darauf ankam, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Das verlangte eine verstärkte politisch-ideologische Überzeugungsarbeit durch die Partei der Arbeiterklasse.

Auf Grund der Beschlüsse verschiedener Tagungen des Parteivorstandes der SED im Jahre 1948 beschloß der Vorstand der Betriebsgruppe der SED, die Betriebsparteiorganisation der „Agfa-Seide" zunächst neu zu organisieren. Entsprechend dem Aufbau des Werkes nach Produktionsbereichen sowie nach Hilfs- und Nebenabteilungen wurde auch die Betriebsgruppe in 14 Blocks, nach Zehnergruppen gegliedert, aufgestellt. Für die Genossinnen und Genossen wurde die Arbeit übersichtlicher. Sie hatten nun in ihren Bereichen den parteilosen Kolleginnen und Kollegen die jeweiligen Tagesfragen und ihre Zusammenhänge zu erläutern. Gleichzeitig wurde von ihnen verlangt, daß sie selbst an ihrem Arbeitsplatz vorbildliche Arbeit leisteten.

Zur Unterstützung der Mitglieder der SED in ihrer täglichen Überzeugungsarbeit wurde eine in der Kantine vorhandene Lautsprecheranlage genutzt. Über diese wurde die Belegschaft in den Arbeitspausen über politisch aktuelle Tagesfragen sowie über gewerkschaftliche und betriebliche Probleme informiert. Weiterhin wurden ein Fragebriefkasten und Sprechstunden der Betriebsgruppe eingerichtet. Auch auf Plakaten und Losungen, die im Betriebsgelände und an den Toren aufgestellt waren, erläuterte die Parteiorganisation der Belegschaft die Politik der Partei. Neben regelmäßigen Versammlungen in den Abteilungen fanden große Betriebsversammlungen statt. Im Wechsel wurde je eine Versammlung von der SED und eine von der Gewerkschaft durchgeführt.

Neben Themen, in denen die notwendige planmäßige Arbeit

in den einzelnen Bereichen der „Agfa-Seide" erläutert wurde, wurden auch über den Rahmen des Betriebes hinausgehende politische Fragen besprochen. So kamen zum Beispiel führende Genossen der SED vom Landesvorstand der Partei, um über die Ergebnisse der Londoner Außenministerkonferenz, die Rolle des Marshallplanes und die Bedeutung der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden zu informieren.

Die Mitgliederzahl der Betriebsgruppe der SED betrug 1948 597 Genossinnen und Genossen. Von der Gesamtbelegschaft, die 3551 Frauen und Männer zählte, waren 1278 Frauen und 725 Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren. Neben der Gewerkschaftsorganisation bestand eine starke FDJ-Gruppe. Der fortschrittliche Teil der Intelligenz war in der Kammer der Technik organisiert. Sie vereinigte, nachdem sie zunächst als Ortssektion Premnitz gegründet worden war, die Angehörigen der Intelligenz von Ort und Werk.

Wollte die SED-Betriebsgruppe die führende Rolle der Partei im Betrieb verwirklichen und eine neue, bewußte Einstellung zur Arbeit und zum Volkseigentum herbeiführen, so mußte sie das Vertrauen der Werktätigen der „Agfa-Seide" zur Betriebsgruppe weiter ausbauen und festigen. Noch bessere Methoden in der täglichen Überzeugungsarbeit und die weitere politisch-ideologische Qualifizierung der Genossinnen und Genossen waren dazu Voraussetzung.

Auf Vorschlag des Mitglieds der Landesleitung der SED, Friedrich Ebert, wurde eine Betriebsparteischule eingerichtet. Dadurch konnten viele Mitglieder der SED-Betriebsgruppe mit den Fragen des Marxismus-Leninismus und der Politik der SED noch besser vertraut gemacht werden.

Ähnlich vollzog sich die politisch-ideologische Qualifizierung der Jugendlichen und Frauen, die in den Plan der Schulungsarbeit der SED-Betriebsgruppe einbezogen waren. Große Bedeutung für die damalige Zeit hatten das Studium der Geschichte der KPdSU(B) und das Beschäftigen mit dem Beschluß des Parteivorstands der SED über die Lehren der Novemberrevolution für die deutsche Arbeiterbewegung. So begann in der „Agfa-Seide" in Zirkeln und Seminaren eine breite Schulung der Parteimitglieder.

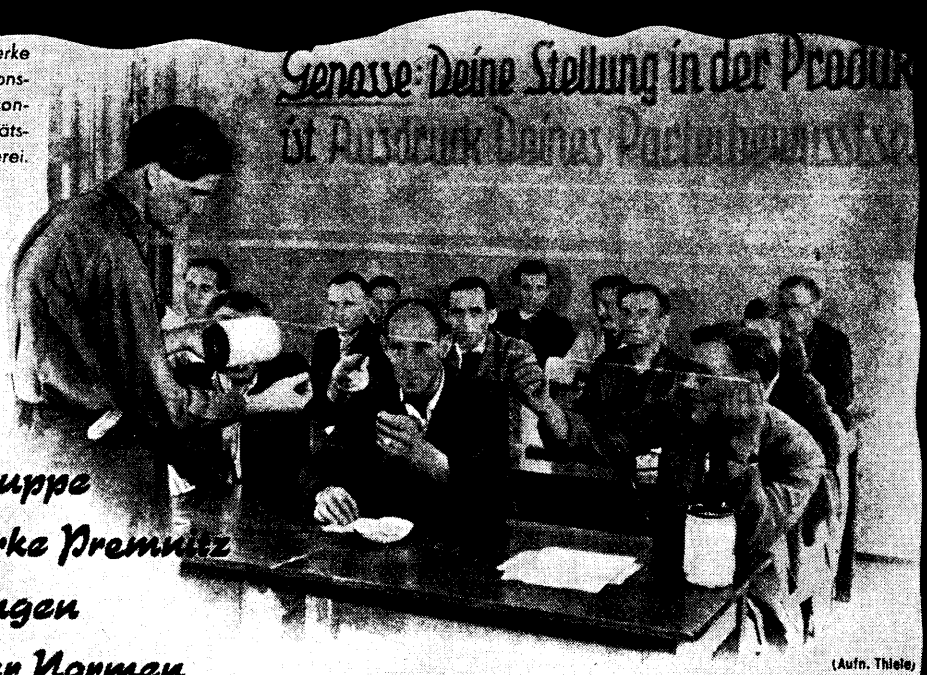
Dadurch erhielt die gesamte gesellschaftliche Tätigkeit in der „Agfa-Seide" neuen Auftrieb, nicht zuletzt durch die erhöhte Aktivität der Mitglieder der SED-Betriebsgruppe. Auf Initiative der FDJ-Betriebsgruppe und der Betriebsjugendkommission der BGL gelang es zum Beispiel, Jugendaktivs zu bilden, die mit politischen Losungen in den Schwerpunkten der Produktion beispielgebend die Leistungen beeinflußten. Auch das Vorschlags- und Erfindungswesen entwickelte sich mit dem Übergang zur langfristigen Planung. Es wurde zu einer wichtigen Methode, um alle Werktätigen zur Überwindung bestimmter Engpässe und zum Mitorganisieren der Produktion, zum Verbessern des technischen Zustands der Apparaturen und der Technologien zu gewinnen.

Große Aufmerksamkeit schenkte der Vorstand der SED-Betriebsgruppe der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsmitgliedern. Mit der Diskussion über die Einführung des Leistungslohnes und die Erfüllung der Planaufgaben in der Produktion begann auch für die Gewerkschaftsorganisation der „Agfa-Seide" ein neuer Abschnitt der Gewerkschaftsarbeit. Die Gewerkschaften hatten Mitbestimmungsrecht und Mitverantwortung bei der Lösung der Aufgaben zur langfristigen Planung im Betrieb übertragen bekommen. Um dem gerecht zu werden, mußten die Gewerkschaften zu Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Zweijahrplanes kam es mehr als bisher darauf an, die Werktätigen und vor allem die Gewerkschaftsmitglieder mit der politischen Bedeutung dieser Aufgabe vertraut zu machen, um ihre Initiative zu wecken.

Doch gab es gerade in den Gewerkschaften zunächst oft Auseinandersetzungen über die Aufgaben der Organisation unter den Bedingungen des Volkseigentums. Vielfach wurde aus traditionellen Erwägungen die Ansicht vertreten, Interessenvertretung der Werktätigen bedeute auch jetzt, nur Lohn- und Versorgungsfragen im Auge zu behalten. Bei der

Die Premnitzer Genossen machen von sich reden.

In der Betriebsparteischule der Kunstseidenwerke Premnitz werden die Fragen der Produktionssteigerung und der Qualitätsverbesserung konkret behandelt. Hier geht es um die Qualitätsverbesserung in der Spinnerei und Zwirnerei.



(Aufn. Thiele)

Die Parteibetriebsgruppe der Kunstseidenwerke Premnitz schafft Voraussetzungen für die Erhöhung der Normen

„Die Bewegung in den Betrieben für die Erhöhung der Arbeitsnormen zu fördern, ist die vordringlichste Aufgabe", heißt es in der Entschließung des Parteivorstandes vom 23. August 1949 über „Die nächsten Aufgaben der Partei". In unseren Betriebsgruppen wird zwar diese Forderung im allgemeinen als richtig anerkannt, aber häufig haben unsere Genossen Hemmungen, sie in die Tat umzusetzen: sie weichen vor den Stimmungen in der Belegschaft zurück.

So ist es auch in den Kunstseidenwerken Premnitz, wie der nachfolgende Beitrag zeigt. Unsere Genossen in Premnitz bemühen sich, diese Schwächen zu überwinden. Dazu gehört jedoch auch, daß sie in ihrer neuen Betriebszeitung und an der Wandzeitung die Frage der Arbeitsnormen und des Wettbewerbes viel stärker in den Mittelpunkt stellen als bisher, wobei sie schnell die „Kompetenzfragen" zwischen Betriebszeitung und Wandzeitung, die in den letzten Wochen entstanden sind, beheben und besonders an der Wandzeitung eine lebhafte Auseinandersetzung mit rückständigen Stimmungen entfalten sollten.

Die Redaktion

sachen nicht beachtet; die klassenbewußten Arbeiter blieben in der Auseinandersetzung mit den rückständigen Ansichten mancher Arbeitskollegen sich selbst überlassen und die Initiative einzelner Arbeiter zur freiwilligen Normerhöhung war immer wieder im Sande verlaufen.

Zum anderen aber zeigte auch der Verlauf der Konferenz, die als einzigen Tagesordnungspunkt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Werkstättenbetrieb hatte, daß der Pessimismus mancher Genossen nur zum Teil berechtigt war: die aktiven Genossen diskutierten durchaus positiv die Frage der Normenerhöhung, während gerade einige politisch unklare Genossen der Konferenz fernblieben. (Die Gruppenleitung darf nicht versäumen, mit diesen Genossen besonders zu diskutieren.)

Die Konferenz setzte sich vor allem mit Widerständen auseinander, die der Erhöhung der Normen in der Beleg-

Überwindung solcher Erscheinungen des Nurgewerkschaftertums in der „Agfa-Seide" hatte die neugewählte BGL mit ihrer Vorsitzenden Else Rau großen Anteil.
In den Wochen und Monaten des zweiten Halbjahrs 1948 bewährte sich die enge Zusammenarbeit, die bereits während des ersten Halbjahrplanes zwischen SED-Betriebsgruppe, Gewerkschaft und Wirtschaftsleitung hergestellt worden war, ausgezeichnet. Noch aber war der Durchbruch zu einer raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht erzielt. Es gab wohl hier und da schon hervorragende Leistungen und auch Beispiele, wie das Leistungsprinzip half, mehr zu schaffen; aber das blieb zunächst vereinzelt.
Da ließ ein Ereignis aufhorchen, dessen Tragweite und Bedeutung für die Festigung des Klassenbewußtseins der Werktätigen damals wenigen in vollem Umfange bewußt wurde: Adolf Hennecke, ein Bergmann aus dem Zwickauer Steinkohlenrevier, erfüllte am 13. Oktober 1948 seine Tagesnorm mit 387 Prozent. Wenige Wochen später ergriffen die Werktätigen der „Agfa-Seide" nach seinem Beispiel die Initiative, um die vorhandenen Engpässe in den Betriebsbereichen zu überwinden.

Die „Agfa-Seide" Premnitz – ein volkseigenes Kunstseidenwerk

Die Kunde von der Aktivistentat Adolf Henneckes erreichte auch bald die Werktätigen in Premnitz. Wie in vielen anderen Betrieben, so waren es auch in Premnitz Schwierigkeiten und Engpässe in der Produktion, die den Anlaß zur Entfaltung der Henneckebewegung in allen Bereichen gaben. Im Bereich Kunstseide stiegen zum Beispiel im Oktober 1948 die Zwischenbestände an produzierter Kunstseide erheblich. 18,7 Tonnen lagerten in der Sortierung. Es schien unmöglich, den Plan noch zu erfüllen. Bei einer gemeinsamen Beratung leitender Funktionäre des Werkes unterbreitete die Leitung der Betriebsgruppe der SED den Vorschlag, eine Henneckeschicht einzuführen.
Mit den Vertrauensleuten der Gewerkschaft aus der Sortierung wurde ebenfalls über den Sinn und Zweck der Henneckeschicht diskutiert. Während der größte Teil der Gewerkschaftsfunktionäre für das Mitmachen war, reagierte ein Teil der Vertrauensleute ablehnend. Es bestand wenig Aussicht, daß die Werbung für eine Henneckeschicht in der Sortierung Erfolg bringen würde. Das zeigten dann auch die rückläufigen Meldungen. Am Nachmittag des gleichen Tages hatte sich noch keine Kollegin für die Sonderschicht gemeldet.
Da die Parteileitung nicht daran glauben wollte, daß sich die Arbeiterinnen der Abteilung insgesamt ablehnend zu diesem Vorschlag verhielten, wurden eine Genossin Meisterin und ein Mitglied der Betriebsparteileitung beauftragt, nochmals selbst mit den Arbeiterinnen zu sprechen. Dabei stellte sich heraus, daß die Gespräche mit den Kolleginnen von seiten dieser Vertrauensleute mit wenig eigener Überzeugung geführt worden waren. Nachdem bekannt war, worum es ging, erklärten sich 78 Frauen bereit, die Henneckeschicht am 5. Dezember mitzufahren. Doch das tatsächliche Ergebnis gab allen Pessimisten unrecht. Am Sonntag erschienen 93 Frauen. Abgesehen von den Kranken und Urlaubern, blieben nur 15 Kolleginnen der Henneckeschicht fern.
Die Haltung der Vertrauensleute in der erwähnten Beratung wurde durch den Arbeitseifer der Kolleginnen während der Henneckeschicht selbst entkräftet. In einem Bericht heißt es dazu: „Sowohl bei den Kolleginnen der Sortierung als auch bei den Kollegen im Seidenlager war ein enormer Arbeitswille zu verzeichnen. Alle hatten nur das eine Ziel, möglichst viel zu schaffen. Die Sortiererinnen sangen bei der Arbeit, und man hatte den Eindruck, daß sie die Arbeit nicht als Last empfanden." In dieser Schicht wurden 7660 Kilogramm Seide verarbeitet. Das entsprach einer Leistung von 141 Prozent. Zwei Genossinnen lagen dabei mit 224 und 221 Prozent Normerfüllung in dieser Schicht an der Spitze. [32]
Die Teilnehmer an der Henneckeschicht forderten eine Auswertung, in der sie das Verhalten ihrer Vertrauensleute

kritisierten und ihr Versagen verurteilten. Nach einer heftigen Auseinandersetzung entzogen die Arbeiterinnen den kritisierten Kolleginnen das Vertrauen und wählten aus ihrer Mitte andere, zuverlässige Kolleginnen.

Der Erfolg der ersten Henneckeschicht blieb nicht ohne Widerhall im Werk. In allen Bereichen des Werkes war ein spürbarer Auftrieb in der Arbeit zu verzeichnen. Auf persönliche Initiative regte der Meister der Veredlung, Genosse Haupt, an, in der Woche vom 6. bis 11. Dezember eine Henneckewoche in seinem Bereich durchzuführen. Sein Vorschlag fand bei fast allen in dieser Abteilung Beschäftigten Zustimmung.

Um solche hervorragenden Einzelbeispiele der Premnitzer Henneckeaktivisten zu verallgemeinern, wurde für den 13. bis 18. Dezember eine Henneckewoche für das gesamte Werk geplant. Gleichzeitig wurde ein Parteiaktiv mit 21 Genossinnen und Genossen gebildet, dem die Aufgabe zufiel, die gesamte Belegschaft für die Beteiligung an der Henneckewoche vorzubereiten. Das Echo blieb nicht aus. Die Handwerker überprüften die Funktionstüchtigkeit der Maschinen und Aggregate in den Produktionsabteilungen. Viele notwendige und dringende Reparaturen wurden nun rasch ausgeführt. Die Motoren wurden von den Elektrikerkolonnen überholt. Rohrleger beseitigten plötzlich aufgetretene Störungen in der Schwefelschmelze usw.

Unmittelbar vor der Henneckewoche fanden in allen Abteilungen Kurzversammlungen statt, in denen die Hauptziele der Henneckewoche nochmals erläutert wurden. Mit einem hohen Produktionsergebnis sollte bewiesen werden, daß die Werktätigen der „Agfa-Seide" hinter den Vorschlägen der Partei der Arbeiterklasse standen und den reaktionären Bestrebungen der Imperialisten im Westen Deutschlands ihren entschlossenen Willen entgegensetzten, im östlichen Teil Deutschlands um ein einiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu ringen.

Täglich erfolgte die Auswertung der Arbeitsergebnisse im ganzen Werk. In den Erfolgsmeldungen wurde mitgeteilt, daß täglich Auseinandersetzungen mit zurückgebliebenen Kolleginnen und Kollegen, mit Bummelanten und solchen, die schlechte Arbeit leisteten, geführt wurden. Einige Auszüge aus Abteilungsberichten sollen die Stimmung in der Henneckewoche widerspiegeln:

Aus dem Textillaboratorium wurde gemeldet: „Das Bummelantentum ist vollkommen verschwunden."

Der Schwefelkohlenstoffbetrieb berichtete: „Die Belegschaft besteht aus 44 Kollegen, unentschuldigt fehlt keiner. Die Produktion hat sich in der Woche vom 12. bis 18. 12. von 8,0 auf 9,9 Prozent täglich erhöht."

Aus dem Aktivkohlebetrieb: „Die Stimmung ist gut, Produktion am Sonntag 1700 kg Aktivkohle. Der Halbjahresplan ist bereits erfüllt."

In der Viskosestation sanken in dieser Woche die Viskose- und Spinnereiabfälle von 1382 auf 958 Kilogramm.

Die Nachbehandlung hatte eine Produktionssteigerung von 9,5 Prozent. Die Zwirnerei meldete eine Normerfüllung von 143 Prozent.

Die Haspelei erfüllte mit 120 Prozent ihren Plan. In der Sortierung sank der Abfall von 0,23 Prozent auf 0,11 Prozent.

Die kaufmännischen Abteilungen, die ebenfalls in die Henneckewoche einbezogen wurden, meldeten: Bei der Anregung, in der Henneckewoche mitzuarbeiten, haben sich alle Kolleginnen und Kollegen bereit erklärt, sich an den Sonntagen, am 12. und am 19. Dezember, zur Arbeit einzufinden. Kein Kollege dieser Abteilungen stellte sich abseits. Die Betriebsgruppe der SED sammelte in diesen Tagen für die massenpolitische Arbeit reiche Erfahrungen. 14 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden allein in dieser Woche Mitglieder der SED.

Der Verlauf der Henneckewoche machte aber auch deutlich, daß der Klassengegner den Aufschwung bremsen und möglichst im Keime ersticken wollte. So wurde zum Beispiel aus der Haspelei berichtet: „Von unbekannten Personen wurden am Wochenende die Fitzgarnmarken durcheinandergeworfen. Ebenfalls war die Stempeluhr nicht in Ordnung."

In der gleichen Abteilung wurde das Spruchband zur Hen-

neckewoche von unbekannten Tätern zur Hälfte weggerissen. Deshalb mußte der Klassenwachsamkeit größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Eine wichtige Schlußfolgerung bestand auch darin, die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft weiter zu verbessern und durch gute Unterstützung der Parteimitglieder die Gewerkschaftsarbeit auf ein höheres Niveau zu heben. Die Vertrauensleute der Gewerkschaft in den einzelnen Bereichen entwickelten sich bei der Meisterung der neuen Aufgaben zu wichtigen Funktionären der Arbeiterklasse.

In ständiger Wechselwirkung zwischen der politischen Massenarbeit auf der einen Seite und den Bemühungen zur Erhöhung der Leistungen in der Produktion sowie der Überwindung von Engpässen auf der anderen Seite konnte zum Abschluß des Jahres 1948 eine erfolgreiche Bilanz gezogen werden. Besonders durch die hohen Leistungen im zweiten Halbjahr hatten die einzelnen Bereiche folgende Mengen produziert:

Viskosekunstseide	2 546,0 Tonnen
davon bereits	240,5 Tonnen Konenseide
Schwefelkohlenstoff	2 395,0 Tonnen
Schwefelsäure	12 789,0 Tonnen
Aktivkohle	276,0 Tonnen

Die Belegschaft umfaßte 3458 Werksangehörige.

An technisch-technologischen Verbesserungen wurden im Verlaufe des Jahres 1948 unter anderem erstmalig auch Spinnspulen mit 180 Millimeter Weite eingesetzt. Das Spinngewicht bei den Spulen betrug 200 Gramm. Die übrige Produktion arbeitete noch mit 150-mm-Spinnspulen und einem Seidengewicht von 110 bis 120 Gramm.

Nachdem in der Zwirnerei im November 1948 die Nachtschicht eingeführt worden war, konnte die Maschinenkapazität besser ausgenutzt werden, und durch die verbesserte Führung des Spinnbades wurden erhebliche Einsparungen an Schwefelsäure, Magnesium und Zinksulfat erzielt. [33]

Dennoch gab es zur Selbstzufriedenheit keinen Grund, denn das Qualitätsergebnis der Kunstseide machte deutlich, daß es in Premnitz noch viel, sehr viel mehr zu tun gab. Das zeigte ein Vergleich der Kunstseidenanlagen aus den Werken der VVB Kunstfaser für 1948. Danach lieferten Elsterberg 76,0 Prozent, Pirna 63,4 Prozent und Premnitz 59,3 Prozent der Kunstseide in bester Qualität. [34]

Doch die Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz hatten in den letzten drei Jahren unter der Leitung der SED bereits den Beweis erbracht, daß sie die Kräfte zum Aufbau und zur Lenkung ihrer eigenen Wirtschaft hatten und den Kampf gegen den Klassenfeind politisch und ökonomisch zu führen verstanden. Mit diesen Erfahrungen und Fähigkeiten ausgerüstet, begannen die Werktätigen an der Schwelle des Jahres 1949 den Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplanes. Die erste Parteikonferenz der SED, die vom 25. bis 28. Januar 1949 stattfand, gab die Orientierung, alle Kräfte einzusetzen, um im Verlauf der zwei Planjahre mit Hilfe des ökonomischen Wettbewerbs dem volkseigenen Sektor in der gesamten Volkswirtschaft zum Übergewicht zu verhelfen. Diese Aufgabe war eingebettet in das große Ziel, rasch die Einheit Deutschlands herzustellen und eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden, um so die Gründung eines separaten Westzonenstaates zu verhindern.

Die Schlußfolgerung, die die Kunstseidenwerker und an ihrer Spitze die Betriebsgruppe der SED aus der ersten Parteikonferenz zogen, bestand darin, aus den bisherigen Einzelaktionen in der Henneckebewegung nun in allen Bereichen den Henneckewettbewerb zu organisieren. Bei der politischen und ideologischen Erziehung der Parteimitglieder sollten Kritik und Selbstkritik mehr als bisher im Mittelpunkt stehen.

Mit der Losung „Für vorfristige Erfüllung des Planes und Verbesserung der Qualität" begann die Initiative zum Wettbewerb im Zweijahrplan. Von der Gewerkschaftsorganisation wurde eine Kommission gebildet, die entsprechende Maßnahmen einzuleiten hatte. Ihr gehörten an: die BGL-Vorsitzende Else Rau, der Arbeiter Paul Neidler, der Instrukteur des FDGB Fritz Leube vom Kreisvorstand Rathenow und der Angestellte Franz Baum.

Um Erfahrungen für die Führung des Wettbewerbs im Werk zu sammeln, schufen die Mitglieder der Kommission ein Beispiel mit 12 Arbeiterinnen in der Zwirnerei. Der erste Wettbewerb war für 14 Tage vorgesehen und wurde mündlich abgesprochen. Die Kolleginnen wollten zeigen, daß sie an ihren Maschinen noch mehr Kunstseide verarbeiten konnten als bisher und spornten sich durch Erhöhung der jeweils erreichten Menge verarbeiteter Kunstseide gegenseitig an. So entwickelte sich eine echte Wettbewerbsstimmung in diesen zwei Wochen. Als Losung stand der Satz „Aktivisten zeigen den Weg". Anfangs verhielt sich die übrige Belegschaft diesem Wettbewerb gegenüber zögernd. Die Beteiligung stieg aber sprunghaft an, nachdem weitere solcher Beispiele geschaffen waren und die Kolleginnen und Kollegen merkten, daß dadurch auch ihre Lohntüte dicker wurde.

Kurze Zeit später folgten die Kolleginnen der Haspelei bei dem Titer Nm 90 dem Beispiel der Zwirnerinnen. In wenigen Tagen hatte sich die Wettbewerbsstimmung auf das ganze Werk ausgedehnt. Am 12. April 1949 waren alle Bereiche im innerbetrieblichen Wettbewerb erfaßt. Wiederum konnte der Plan des ersten Halbjahres 1949 mit 106 Prozent erfüllt werden. Die Arbeitsproduktivität war gestiegen. Für 100 Kilogramm Seide wurden jetzt nur noch rund zwei Drittel der Zeit von 1947 gebraucht. Im Monat März stieg die Produktion erstmalig sogar über den Stand von 1944. Damit wurde der bis dahin höchste Stand der Produktion an Kunstseide nach 1945 erreicht. Diese Leistungen wurden gebracht, ohne daß die Produktionsanlagen selbst erweitert wurden.

Am 1. März, mitten in der Entwicklung des ersten Wettbewerbs der Kunstseidenwerker, wurde der ehemalige I.G.-Farben-Besitz offiziell und endgültig aus der Treuhandverwaltung in die Hände der Werktätigen übergeben. Das Übergabedokument war vom sowjetischen Kontrolloffizier und vom Direktor der Deutschen Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Leichtindustrie, unterzeichnet. Bereits seit September 1948 brauchte bei der Werksbezeichnung der Anhang „in Treuhandverwaltung" nicht mehr geführt zu werden. Von nun an lautete die amtliche Bezeichnung „VEB Kunstseidenwerk Premnitz (Z) VVB Kunstfaser". [35] Das erfüllte die Aktivisten und Bestarbeiter mit Stolz.

In Premnitz entwickelte sich eine starke wirtschaftliche Stütze der politischen und ökonomischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Sie stellten ihre Kraft, ihr Wissen und Können in den Dienst der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Vorbereitung einer einheitlichen friedliebenden und demokratischen deutschen Republik. Deshalb hatte auch die große Mehrheit der Premnitzer für die Kandidatenliste zum 3. Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden gestimmt.

Der VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" im ersten Fünfjahrplan (Oktober 1949 bis 1955)

Das Kunstseidenwerk im Gründungsjahr der DDR

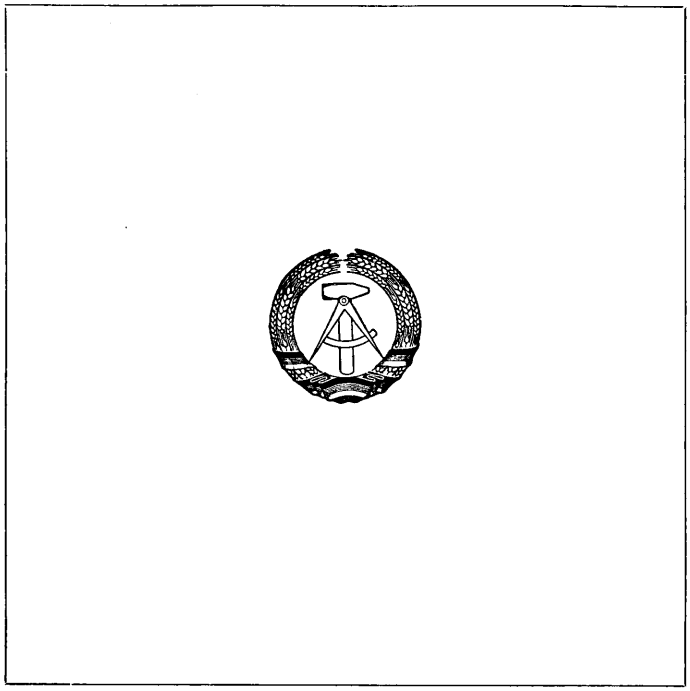
Die wesentlichste Aufgabe der Werktätigen der „Agfa-Seide" während des Zweijahrplanes bestand in der Stabilisierung der vier Produktionsbereiche Kunstseide, Aktivkohle, Schwefelkohlenstoff und Schwefelsäure. An eine Kapazitätserweiterung der Kunstseide war von seiten der leitenden Funktionäre des Werkes zwar schon gedacht, aber im Plan war sie noch nicht vorgesehen. So konzentrierte sich die Arbeit in den Produktionsbereichen und Abteilungen des Reparatur- und Instandhaltungswesens in der Hauptsache auf die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten.

Im ersten Abschnitt des Zweijahrplanes orientierten die Betriebsgruppe der SED und die Gewerkschaftsorganisation die Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem auf eine schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität und auf die Erfüllung der von der VVB gegebenen Planauflagen für die Produktionsmenge, die Arbeitsproduktivität, die Lohnsumme und die Selbstkosten. Der Weg dahin führte über die Wettbewerbsbewegung, die besonders im dritten Quartal des Jahres 1949 aktiviert wurde. Die bisher gesammelten Erfahrungen in der Aktivisten- und Henneckebewegung wurden ausgewertet und neue Ziele abgesteckt. Die BGL organisierte jetzt den Wettbewerb nicht mehr nur in einzelnen Abteilungen, sondern ging dazu über, diese Bereiche miteinander im Wettbewerb zu erfassen. Fünf Kennziffern wurden dabei bewertet, um die Leistungen der einzelnen Bereiche im Wettbewerb vergleichen zu können: Steigerung der Produktion und Verbesserung der Qualität, Beteiligung der Belegschaft an Verbesserungsvorschlägen, Senkung der Fehlschichten sowie Sauberkeit und Ordnung am Arbeitsplatz.

Die Werkleitung leitete außerdem Maßnahmen ein, um zum Beispiel den Produktionsprozeß zur Herstellung der Kunstseide zu verbessern. Eine Reihe technologischer Veränderungen wurde vorgenommen, die zur Steigerung der Produktion und zur Verbesserung der Qualität der Kunstseide beitrugen. So wurde unter anderem die Viskosestation zu einem einheitlichen System zusammengeschlossen. Dadurch entfiel die getrennte Zubereitung der Viskose für die einzelnen Viertel der Spinnerei. Weiterhin wurden die bisherigen Scheibenfilter durch eine neue Filtration (Wabag-Filter) ersetzt. Eine wichtige Verbesserung war der Übergang zum Wickelverfahren. Und schließlich wurden die ersten beiden Etagenzwirnmaschinen in Betrieb genommen. Sie waren den Ringzwirnmaschinen überlegen und brachten auch eine gewisse Arbeitserleichterung. All diese technologischen Fortschritte waren gleichzeitig wichtige Voraussetzungen, um den Anteil der Konenseidenproduktion gegenüber der Strangseidenproduktion zu erhöhen.

Zu dieser Zeit erfuhren die Premnitzer von der Initiative der Arbeiterin Luise Ermisch aus dem VEB Hallesche Kleiderwerke. Sie hatte den Brief des sowjetischen Neuerers Tschutkich, der seine deutschen Arbeitskollegen zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse aufforderte, mit der Bildung einer Qualitätsbrigade beantwortet. Da den Kolleginnen und Kollegen in der Kunstseidenanlage die Erreichung der Qualitätskennziffern größte Schwierigkeiten bereitete, folgten sie dem Beispiel von Luise Ermisch und bildeten ebenfalls Brigaden, um die Kunstseidenqualität zu verbessern. Drei Brigaden, in denen vor allem Jugendliche arbeiteten, wurden gebildet. Die Ergebnisse waren überzeugend. Während die übrige Belegschaft den Anteil an Sorte I, der besten Qualität, nur mit 56 Prozent erreichte, konnten die drei Qualitätsbrigaden sechs Wochen lang konstant mit 87 bis 90 Prozent den Anteil der Sorte I erfüllen. Das war die entscheidende Voraussetzung dafür, daß der gesamte Bereich Kunstseide im dritten Quartal 1949 die I. Qualität im Durchschnitt mit 83,5 Prozent erfüllte. Vergleichsweise sei erwähnt, daß im ersten Halbjahr 1949 der Durchschnitt der Ia-Qualität noch bei 64,9 Prozent lag.

Die ständige Aufwärtsentwicklung im Werk stellte natürlich auch immer höhere Anforderungen an das fachliche Können der Arbeitskräfte. Jetzt galt es vordringlich, die



Ausbildung von Fachkräften zu organisieren und den Facharbeiternachwuchs zu sichern. „Jeder ein Meister seines Faches!" Mit dieser Losung begann die Qualifizierung der Kunstseidenarbeiter. Der bis dahin bestehende Ausbildungsbetrieb wurde in eine Lehrwerkstatt umgewandelt. Neben der Ausbildung von Fachkräften für Metallberufe begann die Ausbildung von Chemiejungwerkern, das war eine Vorstufe des heutigen Chemiefacharbeiters, und die bislang zweijährige Ausbildungszeit der Laborgehilfen wurde auf drei Jahre ausgedehnt. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen getroffen, um die Erwachsenenqualifizierung in betriebseigenen Einrichtungen zu beginnen.

Es gab noch ein Ereignis in diesem Jahr, das den Premnitzer Werktätigen Anlaß bot, den Wettbewerb zu aktivieren. Im Juli 1949 weilte der Initiator der Aktivistenbewegung vom Herbst 1948, Adolf Hennecke, unter den Aktivisten und Bestarbeitern des Kunstseidenwerkes. Im Laufe der Unterhaltung erzählte er von den Überlegungen, die ihn zu seiner hervorragenden Tat bestimmt hatten. Mehr und billiger müßte produziert werden, meinte Adolf Hennecke, nur so sei der Lebensstandard zu steigern. Deshalb sei es jetzt wichtig, nach Leistungslohn zu arbeiten, dann könne die Bevölkerung mehr Ware erhalten und der einzelne mehr verdienen. Es sei auch notwendig, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben zu beweisen, daß im Osten Deutschlands eine lebensfähige wahrhaft freie und demokratische Ordnung entstanden sei.

Viele Kolleginnen und Kollegen gingen in der Folgezeit daran, durch ihr eigenes Beispiel andere mitzureißen. So auch der Reparaturschlosser Erich Schwarz. Er hatte mit seinem Kollegen den Auftrag, 56 Rostbalken einzusetzen, und dazu eine Zeitvorgabe von 160 Stunden erhalten. Erich Schwarz überlegte und antwortete, daß die Arbeit in 133 Stunden zu machen sei. Solche Initiativen waren damals unter der Belegschaft noch selten und deshalb besonders wertvoll.

Während in Ostdeutschland Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz am friedlichen Aufbauwerk arbeiteten, forcierten die Handlanger des amerikanischen Imperialismus die Anstrengungen, um ihre reaktionären Absichten zu verwirklichen. In den Westzonen entstand gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes ein deutscher Separatstaat imperialistischer Prägung. Damit brachen die Westmächte und ihre Helfer in Westdeutschland vor aller Welt die gemeinsamen Abmachungen der vier Siegerstaaten von Potsdam. Sie betrieben eine Politik, die gegen den Frieden, die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Volksdemokratien gerichtet war. Ihre Absicht bestand darin, das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in ihre verbrecherischen Pläne einzubeziehen.

Diese Machenschaften konnten von den demokratischen und friedliebenden Kräften des deutschen Volkes nicht unbeantwortet bleiben. In zahlreichen Versammlungen protestierten auch die Premnitzer Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz gegen die Spaltermaßnahmen und forderten ebenso wie viele patriotische Kräfte in Deutschland, eine Regierung zu bilden, die für die Interessen des deutschen Volkes sowie für den Abschluß eines Friedensvertrages eintrat, den Abzug der Besatzungstruppen forderte und überhaupt bereit war, das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen.

Mit großem Interesse erwarteten die Werktätigen die 9. Tagung des deutschen Volksrates, der zum 7. Oktober 1949 einberufen war. Auf dieser historischen Tagung beschlossen die 330 Abgeordneten, gestützt auf die Erklärungen aller Parteien des demokratischen Blocks und anderer patriotischer Kräfte, die Gesetzesvorlage über die Bildung einer provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Beschluß wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. [36] Geführt von der Arbeiterklasse hatten die besten Kräfte des deutschen Volkes mit der Gründung der DDR die richtige Antwort auf den nationalen Verrat der herrschenden Kreise in Westdeutschland gegeben. Die Deutsche Demokratische Republik verkörperte vom Tag ihrer Gründung an das wahre demokratische und friedliebende Deutsch-

Walter Majunke

land, das bereit war, mit allen friedliebenden Völkern in Freundschaft zu leben. Das war ein großer Sieg des Friedens in Europa und eine schwere Niederlage für die imperialistischen Kräfte, denn die Gründung der DDR bedeutete einen Wendepunkt in der vorher oft so verhängnisvollen Geschichte des deutschen Volkes.

Im Premnitzer Werk bereitete die BGL gemeinsam mit der Betriebsgruppe der SED in diesen Tagen den ersten Aktivistentag vor. Am 12. Oktober 1949 trafen sich die Aktivisten und Bestarbeiter aus allen Bereichen des Werkes zu einer Aktivistenkonferenz. Sie übernahmen die Verpflichtung, den Jahresplan 1949 bis zum 30. November zu erfüllen. Unter vielen Vorschlägen, wie dieses Ziel gesichert werden konnte, war auch der, 85 Prozent der Kunstseide in bester Qualität zu liefern.

Bei der gemeinsamen Aussprache ging es auch um den Namen, den das große Werk an der Havel fortan tragen sollte. Er mußte das Neue nach 1945 sichtbar und anspornend zum Ausdruck bringen. Von dem Schlosser Walter Majunke kam dann der Vorschlag, dem Kunstseidenwerk den Namen des großen deutschen Klassikers des Marxismus-Leninismus Friedrich Engels zu geben. Der Gedanke stieß bei allen Anwesenden auf volle Zustimmung. Im Januar 1950 wurde von der VVB die Genehmigung erteilt, daß in Zukunft der Premnitzer Betrieb die Bezeichnung VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels", Premnitz, Kreis Rathenow, tragen konnte. [37]

Noch im gleichen Monat fand die Betriebsdelegiertenkonferenz der Betriebsgruppe der SED statt. Die Delegierten zogen Bilanz und legten die Ziele der nächsten Etappe fest. Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Qualität standen weiterhin im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Sie dienten vor allem dazu, die Aufgaben des Zweijahrplanes vorfristig zu erfüllen und überzuerfüllen.

Die guten Erfahrungen der Qualitätsbrigaden im Kunstseidenbetrieb aufgreifend, bildeten sich nach der Delegiertenkonferenz weitere Produktionsbrigaden, die um die Verbesserung der Qualität kämpfen wollten. In den Werkstätten bemühten sich die Handwerker darum, die Reparaturzeiten weiter zu senken. Aus den einfachen Vorgabezeiten sollten jetzt technisch-begründete Arbeitsnormen (TAN) erarbeitet werden. Der Auftrag sah vor, 25 Prozent aller Arbeiten nach TAN auszuführen.

Alle diese Maßnahmen entwickelten sich im Zusammenhang mit dem ökonomischen Wettbewerb, der jetzt schon im Rahmen der VVB geführt wurde. Die beteiligten Betriebe verglichen dabei die Mengenplanerfüllung, den erreichten Stand der Arbeitsproduktivität, der Rohstoffeinsparung, der Qualitätssteigerung und die Erfolge beim Senken der Selbstkosten.

In allen Bereichen des Kunstseidenwerkes herrschte echte Wettbewerbsstimmung. Besonders ausgeprägt war sie in den Abteilungen der Kunstseidenproduktion, in denen die Kollegen noch mit erheblichen Qualitätsschwankungen kämpften. Die zeitweiligen Qualitätseinbrüche bei der Kunstseidenproduktion wurden mit Hilfe kurzfristiger Wettbewerbe innerhalb der Abteilungen überwunden. Große Aktivität entwickelte dabei die FDJ. In der Spinnerei, Zwirnerei und Sortierung bildete die Grundorganisation der FDJ Jugendbrigaden. So rief zum Beispiel die Jungaktivistin Olga Kaiser im Namen der Brigade III der Sortierung zum Wettbewerb im Kunstseidenbetrieb auf, um das Januar-Soll des Jahres 1950 schon bis zum 21. Dezember 1949 zu erfüllen. Solche vorbildlichen Handlungen gab es viele. Zwölf Jugendliche konnten mit der Aktivistennadel ausgezeichnet werden.

Doch allein durch manuelle Leistungen konnten die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Überwindung der noch vorhandenen Mängel im Produktionsprozeß nicht gewährleistet werden. Weitere technisch-technologische Maßnahmen machten sich erforderlich. Auch war es äußerst wichtig, das Zusammenwirken der Arbeiter mit den Angehörigen der Intelligenz zu festigen.

Auf Initiative der Parteiorganisation wurden deshalb von der Werkleitung „Technische Aktivs" gebildet. In ihnen arbeiteten Ingenieure, Meister und gute Produktionsarbei-

Ausbildung der künftigen Facharbeiter der Chemiefaserindustrie in den Anfangsjahren

ter. Diese Aktivs leiteten nach einem genauen Plan, der auch die persönliche Verantwortung beinhaltete, entsprechende Maßnahmen ein. So wurde unter anderem die Zusammensetzung des Spinnbades verändert, und andere Avivagemittel wurden eingesetzt, um auch von dieser Seite her Einfluß auf die Qualitätsverbesserung der Kunstseide zu nehmen.

Mit der vorfristigen Planerfüllung im ersten Jahr des Zweijahrplanes bestätigten die Kunstseidenwerker, daß sie dem Namen „Friedrich Engels" alle Ehre machten. Während die Betriebe der VVB Kunstfaser am 27. November insgesamt den Plan erfüllten, rechneten die Kunstseidenwerker von Premnitz bereits am 24. November alle Staatsplanpositionen ab. [38] Durch die richtige Orientierung im Wettbewerb und mit dem Elan der Besten in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung war es möglich, einige Gesamtziele des Zweijahrplanes schon 1949 zu erreichen. So stieg zum Beispiel die Arbeitsproduktivität, die um 30 Prozent gesteigert werden sollte, um 34 Prozent, und die Selbstkosten konnten anstelle der geplanten sieben um neun Prozent gesenkt werden. [39]

Ein Vergleich der Betriebe, die im Wettbewerb der VVB um höhere Leistungen kämpften, bestätigte, daß die Kunstseidenwerker auch in der Qualität ihrer Erzeugnisse aufholten.

Qualitätsvergleich (in Prozent)

	Elsterberg	Pirna	Premnitz
∅ 1948	76,0	63,4	59,3
∅ 1949	78,8	71,6	72,9
∅ Steigerung	2,8	8,2	13,6

Weiterhin sei ein Vergleich im Werk Premnitz selbst angeführt, der die Einsparung von Rohstoffen betraf, die unmittelbar zur Selbstkostensenkung beitrug.

Verbrauch des Einsatzmaterials für das Werk Premnitz, berechnet auf jeweils 100 Kilogramm Kunstseide: [40]

	Zellstoff	Ätznatron	Schwefelsäure	Schwefelkohlenstoff
∅ 1948	109,3 kg	108,3 kg	136,0 kg	33,1 kg
∅ 1949	106,6 kg	91,4 kg	122,4 kg	30,7 kg

Allein durch administrative Maßnahmen wäre eine solche Senkung des Rohstoffeinsatzes nicht möglich gewesen. Die Erfolge drückten auch eine neue Einstellung der Menschen zur Arbeit aus, und sie erfüllten die Werktätigen des Kunstseidenwerkes mit Stolz und mit Zuversicht, daß auch die nächsten Ausgaben gelöst würden. Die große Mehrheit der Belegschaft bewies damit, daß sie in der DDR ihren Staat sah, den sie festigen und stärken wollte. Dabei fühlten sich die Kunstseidenwerker eng mit der Sowjetunion verbunden, denn Sowjetmenschen hatten ihnen in der schwersten Zeit geholfen. Jetzt erkannten sie immer besser, daß die Politik der Sowjetunion von den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in der Welt getragen wurde. Eine Betriebsgruppe der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wurde gegründet, und die Stellung zur Freundschaft mit der Sowjetunion wurde auch in Premnitz zum Kriterium der Frage: Wie stehst Du zu Deinem Staat, zur DDR?

Die Ergebnisse des Zweijahrplanes – Grundlage für die Realisierung der Beschlüsse des III. Parteitages der SED

„Nach dem Entstehen der beiden deutschen Staaten verschärfte sich der Grundwiderspruch zwischen den antinationalen Zielen der imperialistischen und militaristischen Kräfte und den friedlichen Interessen des deutschen Volkes weiter. Dieser Widerspruch, der in der DDR durch die politische und ökonomische Entmachtung des Imperialismus gelöst worden war, trat nun in der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten in Erscheinung. Er spitzte sich durch die Bestrebungen der in Westdeutschland herrschenden Kräfte zu, den westdeutschen Staat zu remilitarisieren und auf eine gewaltsame Einverleibung der DDR in den imperialistischen Herrschaftsbereich vorzubereiten." [41]

Das bedeutete auch für die Premnitzer Werktätigen, ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um ihren volkseigenen Betrieb als Errungenschaft der befreiten Arbeiterklasse weiter auszubauen und durch ihre schöpferische Arbeit den Kampf um die Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation zu unterstützen. Alle Anstrengungen und Leistungen der Kunstseidenwerker standen im Jahre 1950 ganz im Zeichen solch bedeutsamer Ereignisse, wie sie der III. Parteitag der SED, die Volkswahlen und das erste Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin darstellten. Die Hauptaufgabe bestand darin, den Zweijahrplan in all seinen Teilen bis zum III. Parteitag der SED im Juli zu erfüllen und die Zielstellungen im Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1950, die noch höher gesteckt waren als der Zweijahrplan ursprünglich vorgesehen hatte, ebenfalls vorfristig zu erreichen.

Die Gewerkschaftsorganisation des Betriebes orientierte anläßlich ihrer Wahlen zu den gewerkschaftlichen Leitungen besonders auf die weitere Qualifizierung der Betriebsangehörigen, auf die politisch-ideologische Schulung ihrer Mitglieder und darauf, durch Mitwirkung in den Produktionsberatungen das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaftsmitglieder bei der Führung des Produktionsprozesses und bei der Erfüllung der staatlichen Planaufgaben umfassend und ständig auszuüben. Als Hauptmethode zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität sollte der Wettbewerb in allen Werksbereichen weiter ausgebaut werden.

Eine wertvolle Hilfe für die Popularisierung des Wettbewerbs und die Orientierung der Belegschaft auf wichtige politische Ereignisse und Schwerpunktaufgaben im Kunstseidenwerk leistete zu dieser Zeit bereits die Betriebszeitung der Kunstseidenwerker, der „Aufwärts". Im Juli 1949 von der Betriebsparteiorganisation der SED gegründet, war und ist diese Zeitung, die damals zunächst monatlich, später jedoch jede zweite Woche und dann wöchentlich erschien, von großer Bedeutung bei der Mobilisierung der Kunstseidenwerker zur Erfüllung der wirtschaftlichen und politischen Aufgaben. Im „Aufwärts" konnten zentrale Beschlüsse erläutert werden. Aufrufe der Brigaden wurden allen Angehörigen des Werkes schnell zugänglich. Vor allem aber wirkte der „Aufwärts" von Anfang an für die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik, durch die manche Mißstände und Mängel abgestellt und Schwierigkeiten überwunden werden konnten. In Leitartikeln und Argumentationen setzte sich das Betriebszeitungskollektiv öffentlich mit falschen Auffassungen und Argumenten auseinander. In den ersten Jahren der Republik leistete der „Aufwärts" eine wertvolle Hilfe bei der Überzeugungsarbeit durch die Parteiorganisation des Werkes. Die Zeitung trug weiterhin wesentlich dazu bei, den Gedanken der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zu vertiefen.

In allen Bereichen des Kunstseidenwerkes war zu spüren, wie der 1945/46 begonnene Umdenkungsprozeß der Menschen sich immer mehr durchsetzte. Die im Jahre 1949 gebildeten Produktionsbrigaden gaben sich Namen wie „Einheit Deutschlands", „Clara Zetkin" und andere. Sie wollten damit zum Ausdruck bringen, daß sie bereit waren, die DDR wirtschaftlich und politisch zu festigen und zu stärken. Im Wettbewerb zur Sicherung der Planproduktion für 1950 stellten sie sich neue Ziele. Es ging nicht schlechthin um die Produktion von Erzeugnissen in Menge und

Die Betriebszeitung „Aufwärts“ veränderte seit ihrem Erscheinen im Juli 1949 mehrmals ihr Aussehen.

Charlotte Wegner (Bild rechts)

Qualität, sondern die Erzeugnisse mußten auch für den Export geeignet sein. Darin lag die neue Bedeutung der Wettbewerbsverpflichtungen der Kollektive in den Produktionsanlagen Kunstseide, Aktivkohle, Schwefelkohlenstoff und Schwefelsäure.

Beim Organisieren des Wettbewerbs in den Abteilungen stützten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Erfahrungen vorangegangener Wettbewerbe. Der „Aufwärts" wertete die Wettbewerbsergebnisse öffentlich aus. Öffentlich wurden Mängel und Fehler bei der Wettbewerbsführung aufgezeigt. Unzulänglichkeiten in der Arbeitsorganisation, ungünstige Bedingungen in der Technologie, Unklarheiten in der Auswertungskommission selbst und andere Mängel wurden kritisiert. Diese Form wurde erstmalig angewandt und war auf die Initiative der Jungaktivistin Olga Kaiser zurückzuführen. In den Abteilungen Spinnerei, Zwirnerei und Sortierung der Kunstseidenanlage war daraufhin ein erheblicher Rückgang der Fehler und der Beschädigungen an der Kunstseide zu verzeichnen. Als Sieger aus dem Wettbewerb gingen in der Spinnerei die Jugendbrigade Schicht Becker, in der Zwirnerei die Brigaden „Clara Zetkin" und „Einigkeit" und in der Sortierung die Brigade IV hervor.

Immer mehr setzte sich der richtige Standpunkt durch, daß die politische und gesellschaftliche Tätigkeit, die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Verhinderung von Qualitätseinbrüchen, die Verbesserung der Arbeitsorganisation und die enge Zusammenarbeit aller Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz eine Einheit bilden. Zwei Meinungen von vielen sollen das bekräftigen. So antwortete der Aktivist Rudolf Haupt auf die Frage, welche Möglichkeiten er zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur vorfristigen Planerfüllung sehe: „Um zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität zu kommen, ist es notwendig, daß einzusetzende Arbeitskräfte entsprechend ihrem Können auf den richtigen Arbeitsplatz gestellt werden. Peinliche Sauberkeit und Instandhaltung der Maschinen und Werkzeuge führen zu einem guten Arbeitsablauf. Jeder sollte sich überlegen, wie man die aufgegebene Arbeit am saubersten und schnellsten ausführen kann. Wenn alle die richtige Einstellung zur Arbeit erkannt haben, werden wir nicht nur die Arbeitsproduktivität steigern, sondern auch zur vorfristigen Planerfüllung kommen." Dr. Manke, der Leiter der Laboratorien, betonte den engen Zusammenhang zwischen der Qualifizierung der Arbeitskräfte und der Steigerung der Arbeitsproduktivität und sagte dazu: „Den interessierten Arbeitern nützt die Schulung für ihre weitere Arbeit und ihr Weiterkommen. Damit wird ein Weg beschritten, der das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz weiter festigt." [42]

Trotz aller Bemühungen, in den Kunstseidenanlagen den erreichten Stand in der Qualität der Seide zu halten, blieben auch in den ersten Monaten des Jahres 1950 die guten Ergebnisse wieder nur auf einzelne Brigaden beschränkt. Der erstrebte Durchbruch in allen Bereichen blieb noch aus. So wurde vom 16. Februar bis zum 4. März 1950 bei Nm 90/30 ein Qualitätswettbewerb durchgeführt und ein Anteil der besten Qualität im Durchschnitt von nur 65,9 Prozent erreicht. Bei der Ermittlung der Ursachen zeigte sich, daß die Arbeiterinnen unzufrieden waren. Sie kritisierten zum Beispiel, daß die in Verbindung mit der Erzielung hoher Qualität gezahlten Prämien keinen Anreiz darstellten, um die Qualität der einzelnen Titer zu erhöhen. Diese Prämie wurde nach dem Durchschnitt der erreichten Qualität aller Titer gezahlt und berücksichtigte ungenügend die einzelnen Sortimente.

Die Kunstseidenwerker wollten ihre Verpflichtungen zum III. Parteitag der SED unbedingt erfüllen. Deshalb schaltete sich die Betriebsgruppe der SED unmittelbar in das Wettbewerbsgeschehen ein, um eine verbesserte Qualität der Kunstseide zu sichern. Auf diese Initiative und mit Unterstützung von Werkleitung und BGL wurde im Kunstseidenbetrieb eine Sonderbrigade gebildet, die Brigade „Tschutkich". Sie gehörte lange Zeit hindurch zu den Spitzenbrigaden im gesamten Werk. Brigadeleiterin war die Aktivistin Charlotte Wegner. Ihre Devise hieß: Zeit bedeutet Produk-

Zahlreiche Jugendliche aus dem Kunstseidenwerk gehen freiwillig zu den bewaffneten Organen, um die Anschläge des Klassenfeindes zu vereiteln.

tion, und je mehr und besser wir arbeiten, desto schneller und besser geht es insgesamt vorwärts.

Mit der Verbesserung der Arbeitsleistungen stellte sich die Brigade „Tschutkich" das Ziel, den Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität" zu erkämpfen. Auf der ersten Produktionsberatung der Brigade wurde beschlossen, innerhalb von zwei Wochen die Qualität der Kunstseide beim Titer Nm 75/36 um mindestens zehn Prozent zu verbessern. Wenige Wochen später forderte die Jugendbrigade „Erich Honecker" die Brigade „Tschutkich" zum Wettbewerb auf. Bis zum Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin wollten die Jugendlichen die Leistungen der Brigade „Tschutkich" erreichen und ebenfalls den Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität" beim Titer Nm 75/36 erringen. Drei Monate lang mußten gleichbleibend hohe Leistungen und Qualität erbracht werden, um diesen Titel zu erhalten. Beide Brigaden lagen in ihren Ergebnissen oft dicht beieinander. Zeitweilig wurde die Brigade „Tschutkich" von der Jugendbrigade „Erich Honecker" überholt. Zum III. Parteitag der SED hatte die Brigade „Tschutkich" eine Durchschnittsleistung von 111,2 Prozent in der Normerfüllung und von 87,4 Prozent in der Qualität erreicht. Damit hatte sie die geforderten Kennziffern von 105 Prozent durchschnittlicher Normerfüllung und 85 Prozent Qualitätsausbeute erfüllt und überboten. Auch die Jugendbrigade „Erich Honecker" erreichte das Ziel. Am 20. Juli wurde beiden Brigaden für ihre Leistungen im friedlichen Wettstreit der Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität" verliehen. Angespornt durch die vorbildliche Arbeit dieser Brigaden und durch die Erfolge, die sie erreicht hatten, forderten nun die noch relativ jungen Arbeitsbrigaden „Wilhelm Pieck" und „Friedrich Engels" die Titelträger zum Wettbewerb auf. Damit erreichte die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung im Kunstseidenwerk eine höhere Stufe.

Bis zu diesem Zeitpunkt trugen bereits 59 Kolleginnen und 73 Kollegen die Aktivistennadel. Die Auszeichnung „Jungaktivist" konnte an 60 Jugendliche verliehen werden.

Die unermüdliche Einsatzbereitschaft der besten Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz schuf letztlich die Voraussetzung, daß der VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" mit zu jenen 142 Betrieben der DDR zählte, die anläßlich des III. Parteitages der SED den Zweijahrplan vorfristig erfüllten. [43] Am 11. Mai hatte die Aktivkohleanlage die Erfüllung des Zweijahrplanes gemeldet. Das Gesamtwerk rechnete am 29. Juni den Zweijahrplan bei der VVB in Glauchau ab. Mit diesem stolzen Ergebnis hatten die Werktätigen des Kunstseidenwerkes den Stand der Vorkriegsproduktion erreicht und einen würdigen Beitrag zur Vorbereitung des III. Parteitages der SED geleistet.

Aber ein Ausruhen gab es nicht und konnte es nicht geben. Der Kampf um die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage, die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen erforderte ständig höhere Leistungen beim Aufbau und bei der Festigung der Volkswirtschaft der DDR. Zunächst mußten die weiter als ursprünglich gesteckten Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1950 erreicht werden. Gleichzeitig hatte der III. Parteitag der SED den ersten Fünfjahrplan von 1951 bis 1955 beschlossen. Das war Anlaß, alle Kräfte zu mobilisieren, damit die für diese Jahre geplante Erweiterung der Kunstseidenproduktion verwirklicht werden konnte.

Angespornt von den Erfolgen und den neuen Aufgaben, war in allen Bereichen des Werkes zu spüren, daß die neue Einstellung zum volkseigenen Produktionsbetrieb sich immer mehr verbreitete. Das trat nicht zuletzt in der Mitwirkung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Produktionsberatungen sowie bei der Mitarbeit im Vorschlags- und Erfindungswesen deutlich zutage. Mit einem Wettbewerb im Vorschlags- und Erfindungswesen erreichten die Kunstseidenwerker im Jahre 1950 gegenüber 1949 eine Steigerung der abgegebenen Neuerervorschläge um 153 Prozent.

Mit dem Elan des Deutschlandtreffens ausgestattet, stellte sich besonders die Jugend des Werkes im Friedensaufgebot der deutschen Jugend das Ziel, alle Jugendlichen des Wer-

kes für die Stärkung der DDR zu gewinnen. Die FDJ-Organisation des Werkes orientierte dabei nicht nur auf die Steigerung der Produktion und die Senkung der Selbstkosten, sondern es wurde auch um die Bereitschaft der Jugendlichen gerungen, durch den Eintritt in die Reihen der Deutschen Volkspolizei den Schutz der Errungenschaften der DDR mit zu übernehmen.

Nach dem III. Parteitag der SED waren die Volkswahlen 1950 ein weiterer Höhepunkt der gesellschaftlichen Entwicklung in der noch jungen DDR. Auch aus dem Kreis der Werktätigen des Kunstseidenwerkes waren Kandidaten für die Volksvertretung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates aufgestellt.

Für die Volkskammer der DDR kandidierte die Arbeiterin Helene Lange. Sie war Arbeiterin und als Brigadeinstrukteur im Kunstseidenbetrieb eingesetzt. Helene Lange hatte hervorragenden Anteil an der Bildung und Entwicklung der Brigaden im Bereich Kunstseide und an der Verbesserung der Qualität der Seide. Die Aktivistin und Meisterin Olga Kaiser kandidierte für den Landtag Brandenburg. Die Brigadierin der „Tschutkich-Brigade", Aktivistin Charlotte Wegner, und der Aktivist Max Hahn, Rohrleger aus den Werkstätten, waren als Kandidaten für den Kreistag vorgeschlagen. Weitere acht Angehörige des Werkes standen auf der Kandidatenliste der Gemeindevertretung Premnitz. [44] Dazu kamen noch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die in den Gemeinden der Umgebung für ihren Heimatort als Kandidaten ihrer Volksvertretungen vorgeschlagen waren. In zahlreichen Wahlkundgebungen stellten sich die Kandidaten der Belegschaft vor. Oft waren diese Veranstaltungen Anlaß für die Übernahme neuer Verpflichtungen, den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen und überzuerfüllen, Einsätze in den Patendörfern zu leisten und anderes.

Die Werktätigen nahmen in den Aussprachen Stellung zur Politik der SED und der Regierung der DDR, zu aktuellen politischen Tagesfragen und natürlich auch zu den Fragen des weiteren wirtschaftlichen Aufbaus. Die ehemalige Umsiedlerin Elli Auth, die in der Haspelei arbeitete, sprach für die große Mehrheit der Kunstseidenwerker, als sie erklärte: „Nach der vorfristigen Erfüllung unseres Zweijahrplanes sind wir mit besonderer Aktivität dabei, auch unseren Volkswirtschaftsplan 1950 vorfristig zu erfüllen. Mit noch viel größerem Arbeitseifer werden wir an die Verwirklichung unseres gewaltigen Friedensplanes, den Fünfjahrplan, herangehen, denn er sichert uns ein besseres Leben und eine glückliche Zukunft. Wir haben Vertrauen zu unserer Regierung und sind ihr für die bisher erzielten Erfolge, die gemeinsam mit unserer werktätigen Bevölkerung erreicht wurden, dankbar. Deshalb werden wir am 15. Oktober gemeinsam die Kandidaten des Friedens wählen." [45]

Auf einer Großkundgebung, drei Tage vor der Volkswahl, weilte der Minister für Planung, Heinrich Rau, im Werk und erläuterte den Premnitzer Werktätigen die weiteren Aufgaben der DDR und die Bedeutung der Volkswahlen im Kampf für den Frieden. Dabei übergab die Belegschaft dem Minister, als einem Spitzenkandidaten für die Volkskammer, einen Wählerauftrag. Er beauftragte den Minister, die Produktionserweiterungen in Premnitz zu unterstützen und sich für die weitere Festigung der Freundschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion einzusetzen. [46]

Vor und während der Volkswahlen 1950 entwickelte sich in Premnitz die Qualität der Wettbewerbsführung weiter. Die Mitglieder und Kandidaten der Parteiorganisation des Kunstseidenbetriebes standen dabei an der Spitze. Aus den Brigaden, die in den einzelnen Bereichen bisher getrennt in bestimmten Abschnitten gearbeitet hatten, bildeten sich Arbeitskollektive entsprechend dem technologischen Prozeß. So schlossen sich Arbeiterinnen und Arbeiter aus mehreren Arbeitsabschnitten zur neuen Jugendbrigade mit dem Namen „Erich Honecker" zusammen, um zunächst vorfristig den Volkswirtschaftsplan 1950 zu erfüllen und gleichzeitig den ersten Fünfjahrplan der DDR vorzubereiten. Die Jugendlichen stellten sich das Ziel, die Wanderfahne des Weltbundes der demokratischen Jugend im Friedensaufgebot für das Land Brandenburg zu erringen.

Sieger im Wettbewerb

Die Mitglieder der Kettenbrigade rechneten: Wenn wir 1100 kg Seide mehr produzieren, dann bedeutet das 17 500 Paar Damenstrümpfe mehr für die Bevölkerung. Das war das Ergebnis ihrer Überlegungen, und so lautete auch ihre Verpflichtung im Wettbewerb. Erstmalig im Kunstseidenwerk wurde für diese Zielstellung im Wettbewerb ein Sondervertrag des Bereiches Kunstseide mit der BGL und der Werkleitung abgeschlossen und unterzeichnet.

Auf der Grundlage solcher gemeinsamen Festlegungen ging der Wettbewerb immer mehr dahin, Verluste und Fehlerquellen im Produktionsbereich aufzudecken.

Angeregt von den Auswirkungen des Wettbewerbs und von den Kritiken der Arbeiterinnen und Arbeiter an Unzulänglichkeiten im Produktionsprozeß sowie von den Mitteilungen über den Kampf um die Planerfüllung in anderen volkseigenen Betrieben setzte sich der Obermeister und Aktivist Kurt Stuf für die Bildung einer Planbrigade ein. Diese Brigade, die sich aus den besten Arbeitern der Produktion, Brigadieren, Meistern und Ingenieuren zusammensetzte, erarbeitete für den Produktionsbereich Kunstseide einen Aktivistenplan, der zielgerichtet und systematisch die Aufdeckung aller Mängel und Schwächen sowie ihre Beseitigung vorsah. Ziel der Planbrigade war, einen entscheidenden Durchbruch beim Senken der Selbstkosten und beim Einsparen von Arbeitszeit zu erreichen.

Das war beispielgebend für alle anderen Betriebsteile des Kunstseidenwerkes und führte zu einem höheren Niveau des Wettbewerbs. Die Anstrengungen der Kunstseidenwerker blieben nicht ohne Erfolg. Als der überbetriebliche Wettbewerb innerhalb der VVB im II. und im III. Quartal 1950 ausgewertet wurde, nahm Premnitz unter den drei Kunstseidenbetrieben der DDR mit 136 Punkten vor Pirna mit 93,4 Punkten und Elsterberg mit 59,3 Punkten den ersten Platz ein. [47]

Für diese Leistungen zeichnete der Zentralvorstand der IG Chemie das Kollektiv des Kunstseidenwerkes mit der Wanderfahne aus.

Schon am 11. November 1950 erfüllten die Premnitzer den Volkswirtschaftsplan 1950: das war noch vor Beginn des II. Weltfriedenskongresses. Damit waren in Premnitz günstige Voraussetzungen für den Start in den ersten Fünfjahrplan geschaffen.

Die Erweiterung des Kunstseidenwerkes „Friedrich Engels" im ersten Fünfjahrplan der DDR

Mit dem Beschluß über den ersten Fünfjahrplan der DDR stellte „die SED den aggressiven Plänen der imperialistischen Großbourgeoisie das Programm des friedlichen Aufbaus zum Wohle des Volkes entgegen" [48]. Der friedliche Wettbewerb auf ökonomischem Gebiet wurde damit immer mehr zum Hauptfeld der Auseinandersetzung mit dem wiederaufstrebenden Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Gleichzeitig bemühte sich die Partei, neue gesellschaftliche Beziehungen der Menschen untereinander zu entwickeln.

Im Programm des Fünfjahrplanes, das vor allem die vorrangige Entwicklung der Schwer- und Grundstoffindustrie vorsah, war auch die Erweiterung der Kunstseidenproduktion in der DDR enthalten. Da die Lage und die Bedingungen der Werke Elsterberg und Pirna für eine wesentliche Erweiterung der Produktion ungünstig waren, sollten die gesamten geplanten 314 Prozent Erhöhung der Kunstseidenproduktion der DDR auf Premnitz konzentriert werden. Auf dem Gebiet synthetischer Chemiefasern, wie Polyamid, Polyacrylnitril und Polyester, war damals noch keine entscheidende Produktionserweiterung vorgesehen. Bei Polyamidfasern lief lediglich eine kleine Versuchsanlage, und die anderen synthetischen Fasern steckten noch im Stadium der Forschungsarbeit. Schon damals war aber damit zu rechnen, daß später auch die Produktion von synthetischen Fasern in Premnitz ausgebaut würde. Doch im ersten Fünfjahrplan lag der Schwerpunkt auf der Herstellung von Regeneratseide.

Mehrere Gesichtspunkte veranlaßten die staatlichen Pla-

nungsorgane dazu, für die geplante Erweiterung der Produktionskapazitäten für Kunstseide Premnitz vorzusehen. Da war einmal die geographische Lage von Premnitz. Es bestanden gute Verkehrsbedingungen auf Schienen, Straßenwegen und zu Wasser, und es bestanden reale Chancen, das Arbeitskräfteproblem zu lösen. Zum anderen lag der Entscheidung für Premnitz der Umstand zugrunde, daß hier einige Grundmaterialien wie Schwefelsäure und Schwefelkohlenstoff in der benötigten Menge selbst erzeugt werden konnten. Schließlich erwies sich das Vorhandensein einer eigenen Energieerzeugungsanlage als ein weiterer Vorteil.

Die Erweiterung der Kunstseidenproduktion erforderte von allen Arbeitern und Angestellten großes Verantwortungsbewußtsein und den Einsatz aller Kräfte und Fähigkeiten. Die Aufgabe konnte nur gelöst werden, wenn Arbeiterklasse und Intelligenz eng zusammenarbeiteten, im Wettbewerb alle zur Verfügung stehenden Reserven erschlossen und die Hauptkraft auf die Erweiterung der Produktionskapazität richteten. Doch mußte das alles geschehen, ohne daß die laufenden Planaufgaben vernachlässigt wurden. Vom Staat wurden dafür rund 70 Millionen Mark an Investitionsgeldern zur Verfügung gestellt.

Unter Berücksichtigung des Umstands, daß ab 1952 eine Kunstseidenanlage mit neuer Technologie in Betrieb genommen wurde, waren eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 60 Prozent und eine Senkung der Selbstkosten um 23 Prozent vorgesehen. Für die Realisierung der Hauptinvestitionen waren folgende Kontrollziffern ausschlaggebend: Erweiterung der Kunstseidenproduktion, bezogen auf die installierte Kapazität, um 275 Prozent, Erhöhung der Produktion in der Aktivkohleanlage um 58 Prozent und Sicherung der Schwefelsäureproduktion mit den vorhandenen Aggregaten.

Damit verbunden war eine bedeutende Verbesserung der sozialen Einrichtungen. Ein neues Küchengebäude mit Speiseraum wurde errichtet, und die notwendigen Aufenthalts-, Wasch-, Umkleide- und Toilettenräume für die Belegschaft wurden ausgebaut. Ferner wurden Kindergärten und eine Lehrwerkstatt für Textilwerker eingerichtet und die bestehenden Lehrwerkstätten besser maschinell ausgerüstet. Ein Lehrlingswohnheim wurde gebaut und eine Betriebsberufsschule. Auch das Gesundheitswesen und die Kultureinrichtungen erfuhren Verbesserungen. Die bestehende Poliklinik wurde erweitert, eine Sportanlage errichtet und ein Kulturhaus in Premnitz erbaut.

Ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm stand zur Diskussion. Zwischen dem Ministerium für Wirtschaft in der DDR und dem Ministerium für Aufbau des Landes Brandenburg war vereinbart, daß die notwendigen Werkwohnungen von den Länderregierungen zu bauen waren. Obwohl von seiten der Werkleitung gemeinsam mit den zuständigen örtlichen Organen seit 1946 viel getan wurde, um mit dem Ausbau von Gebäuden zusätzlichen Wohnraum zu beschaffen, war auch in Premnitz die Wohnungsfrage ein äußerst schwieriges Problem. Seit 1945 war die Einwohnerzahl erheblich angestiegen. Erstmals neu gebaut wurden im Jahre 1950 in Premnitz 120 Wohnungen. Doch war klar, daß sich mit der Produktionssteigerung in den bevorstehenden fünf Jahren die Belegschaftszahl noch wesentlich vergrößern würde. Hatte der Ort Premnitz im Wohnungsbau mit der bisherigen Entwicklung des Werkes schon nicht Schritt gehalten, so wurde es in dieser Situation um so dringender, eine Lösung zu finden. Deshalb forderten die verantwortlichen Gremien des Werkes mit Nachdruck, daß dem Gebiet Premnitz-Rathenow Unterstützung bei der Verbesserung der vorhandenen kulturellen und sozialen Einrichtungen, insbesondere aber des Wohnungsbaus, gegeben wurde. Für die neu hinzukommenden Arbeitskräfte sollten auf Grund der geplanten Verdoppelung der Belegschaft 1900 Wohnungseinheiten, davon 1200 in Premnitz selbst, errichtet werden. [49]

In vielen Beratungen und Versammlungen der einzelnen Bereiche und Abteilungen wurde das große Vorhaben diskutiert. Als Ergebnis entstand ein Aktivistenplan des Kunstseidenwerkes. Die Grundidee des Planes war, alle

Werktätigen zur bewußten Mitarbeit an der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu gewinnen, denn der Plan konnte in der Endkonsequenz nur durch die aktive Mitarbeit aller Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz realisiert werden. Bei den Diskussionen ging es aber nicht nur um die Erläuterung der Planaufgaben. Es kam besonders darauf an, daß die Werktätigen die volkswirtschaftliche Bedeutung einer erhöhten Kunstseidenproduktion für die DDR erkannten.

Der Bau der neuen Kunstseidenanlage begann 1950 im Gebäude 405. Während in einem Teil des Gebäudes noch gebaut und die Maschinen montiert wurden, begann im anderen Teil bereits die Produktion. Im Jahre 1952 ging ein Großteil der neuen Anlage in Produktion, und am 24. November 1954, im Jahr der großen Initiative, wurde die letzte Maschine feierlich in Betrieb genommen.

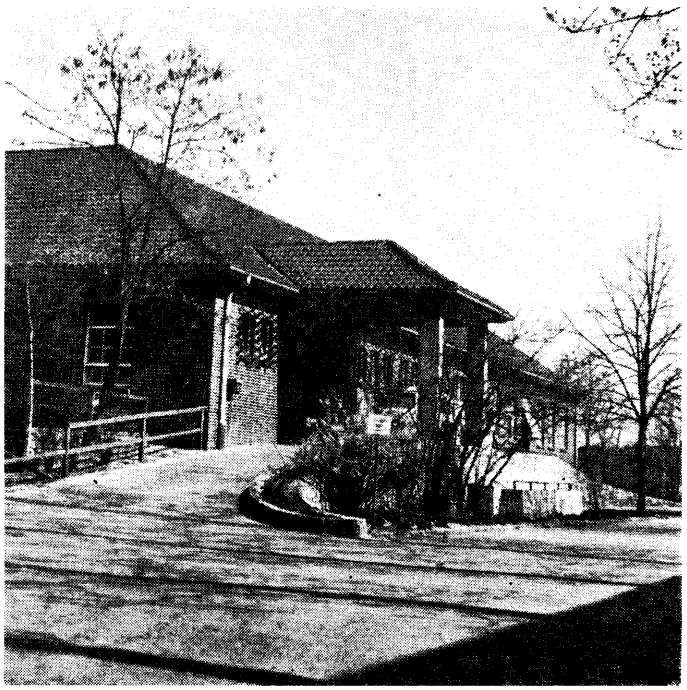
Aber das ging alles nicht so einfach, wie es hier geschrieben steht.

In den Jahren 1950/51 wurde durch den Umbau der Spulenspinnmaschinen und durch entsprechende Veränderungen in den Nachfolgeeinrichtungen (Nachbehandlung, Konerei) zunächst die Leistung der gesamten bestehenden Kunstseidenanlage auf 16 Tonnen je Tag erhöht. Trotz dieser beachtlichen Leistung war aber klar, daß das angewandte Spulenspinnverfahren wegen des im Anschluß an die Spinnerei notwendigen Zwirnprozesses sehr arbeitsintensiv war und die auf diesem Wege erhaltene Seide mit hohen Lohnkosten belastete. Es mußte ein Weg gefunden werden, wie durch Verwendung von Zentrifugenspinnmaschinen der Spinn- und Zwirnprozeß an einer einzigen Maschine vonstatten gehen konnte, um die gesamte Zwirnerei einzusparen. Genauso sollte in der neuen Kunstseidenanlage produziert werden.

Allerdings gab es in der DDR damals keine Zentrifugenspinnmaschinen, und an einen Kauf solcher Maschinen im Ausland war nicht zu denken. Daher wurde in Premnitz beschlossen, eine derartige Maschine selbst zu entwickeln und kurzfristig zur Produktionsreife zu bringen. In enger Zusammenarbeit mit den Textilmaschinenbauern in Karl-Marx-Stadt (damals noch Chemnitz) wurde Mitte 1951 eine Versuchsmaschine mit 18 Spinnstellen aufgebaut und in der Rekordzeit von acht Tagen funktionstüchtig montiert. Nachdem die ersten Versuche erfolgreich verlaufen waren, konnten nach diesem Modell die Maschinen für die Großproduktion gebaut werden. Insgesamt vergingen bis zur Inbetriebnahme der mit diesen Maschinen voll ausgerüsteten Spinnerei II – mit einer Tagesleistung von 13 Tonnen – zweieinhalb Jahre.

Für den Aufbau der gesamten Anlage war ein Aufbaustab gebildet worden. Jeder einzelne Mitarbeiter hatte einen speziellen Aufgabenbereich, für den er voll verantwortlich war. Oft gab es Schwierigkeiten, weil bestimmte Teile nicht rechtzeitig geliefert wurden. Dann fuhren die Verantwortlichen selbst los, nahmen mit den Lieferbetrieben Verbindung auf und überzeugten dort die Werktätigen von der Dringlichkeit der termingerechten Lieferung der benötigten Teile. Als einmal bei der Lieferung von Teilen für die Belüftungsanlage Verzögerungen eintraten, die den Termin der Produktionsaufnahme gefährdeten, wurde dem betreffenden Betrieb eine Prämie für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Teile rechtzeitig eintreffen würden. Die Termine wurden gehalten, die Prämie wurde überwiesen, und die Anlage konnte noch rechtzeitig montiert werden.

Es gab aber auch Schwierigkeiten anderer Art. So bekam eines Tages der Betriebsingenieur Hans Bolle, damals noch Meister, einen Brief vom sogenannten Kuratorium Unteilbares Deutschland. Man drohte, ihm seine aktive Beteiligung am Neuaufbau in der DDR bei einer Veränderung der Lage in Rechnung zu stellen. Hans Bolle reagierte darauf nicht. Als Drohungen nichts nutzten, versuchte man es mit Abwerbung. Wieder bekam Hans Bolle einen Brief, diesmal von einem gewissen Dr. Rotmacher, der den erfahrenen Meister in der Kunstseidenproduktion mit nach Marburg (Westdeutschland) nehmen wollte. Hans Bolle blieb fest; er kannte die Manieren dieser Herren noch aus der I.G.-Farben-Zeit. Sein Können, seine Kraft gehörten dem volks-

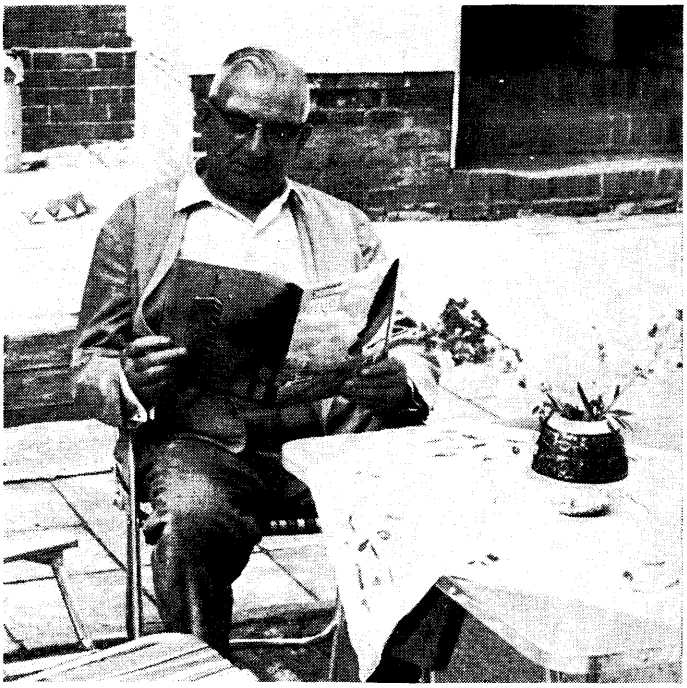


Die Betriebspoliklinik

Das ehemalige Nachtsanatorium
(vor 1945 Villa der I.G. Farben)
ist heute Betreuungsstätte
für die Kleinsten.
(Bild unten)

Hans Bolle (Bild rechts)

Dr. Werner Winkler (Bild unten)



eigenen Kunstseidenwerk. Er blieb der Sache der Arbeiterklasse in der DDR treu. [50]

In der Neuanlage Kunstseide II – Prezenta (Premnitz-Prezenta, ab 1953 geschütztes Warenzeichen der DDR) wurden 1954 bereits 3174 Tonnen Premnitz-Prezenta-Viskosekunstseide produziert. Die neue Technologie erhöhte bedeutend die Rentabilität, da die Zwischenabteilung Zwirnerei nicht mehr benötigt wurde. Weitere Neuerungen bestanden in der Einführung kontinuierlicher Zerfaserer für die Alkalizellulose, den sogenannten Eirich-Mühlen, und dem Aufbau von Simplexmischern.

Die hervorragenden Leistungen fanden am 7. Oktober 1954 hohe Anerkennung. Aus der Hand des ersten Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, erhielt das Kollektiv „Dr. Werner Winkler" den Nationalpreis der DDR. Dem Kollektiv gehörten an:

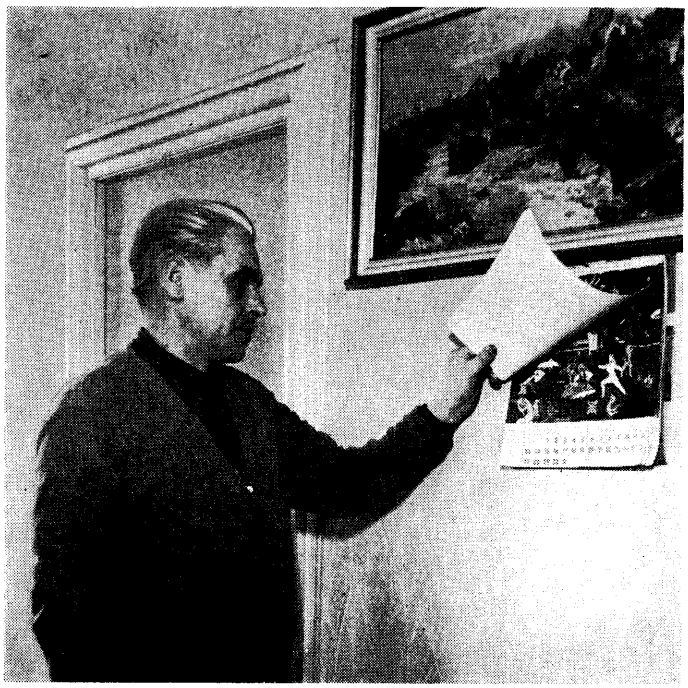
Dr. Werner Winkler, Kunstseidenwerk; Diplomingenieur Arthur Wilke, Kunstseidenwerk; Chemieingenieur Vinzenz Nagel, Kunstseidenwerk; Diplomingenieur Heinrich Fischer, Kunstseidenwerk; Alfred Schubert, Leiter der HV Polytex im Ministerium für Maschinenbau; Gerhard Doms, Konstrukteur im VEB Konstruktion und Entwicklung für Textilmaschinen Karl-Marx-Stadt.

Der Aufbau der Prezenta-Anlage war aber nur ein – wenn auch wichtiger – Teilbereich, in dem die Kunstseidenproduktion erhöht wurde. Auch in der Altanlage mußte mit der vorhandenen Spinnkapazität höhere Leistung gebracht werden, um einmal die Rentabilität zu verbessern und zum anderen die Produktionshöhe selbst zu steigern. Mit dem Umbau der Kohorn-Spinnmaschinen von 100 auf 162 Spinnstellen und mit der weiteren Umstellung der Produktion von Strang- auf Konenseide durch die Einführung der Druckwäsche in der Vorbehandlung sowie mit der Einführung von Etagenzwirnmaschinen in den Jahren 1949 bis 1951 waren reale Voraussetzungen für Kapazitätserhöhungen und Qualitätsverbesserungen auch im alten Teil der Kunstseidenanlage geschaffen worden. Gegenüber dem Jahre 1950 konnte in der Altanlage der Kunstseide I Su-

prema (Premnitz-Suprema-Viskosekunstseide, ab 1953 geschütztes Warenzeichen der DDR) im Jahre 1954 fast doppelt soviel produziert werden.
Im gleichen Zeitraum wurde auch der Grundstein für die Entwicklung von synthetischen Fasern im Kunstseidenwerk gelegt. Von den Investgeldern, die dem Kunstseidenwerk von der Regierung der DDR zur Verfügung gestellt worden waren, konnte aus einer Versuchsanlage eine neue Anlage für Perlon-Faser (ab 1959 DEDERON) im Gebäude 756 errichtet werden. Während 1951 in der Versuchsanlage (Gebäude 021) 137 Tonnen Perlon hergestellt wurden, waren es 1954 bereits 813 Tonnen. Diese Entwicklung begann dank der Initiative des damaligen Werkleiters, Dr. Werner Winkler, der erfahrene Fachleute für die Forschung auf dem Gebiet der Polyamidfasern beauftragte. Unter ihnen befanden sich der langjährige Leiter der Perlonanlage Dr. Fritzsche und Diplomingenieur Jugel.
Das Premnitzer Werk war auf dem Wege, eines der größten Kunstseidenwerke Europas zu werden. Doch konnte das nicht im Selbstlauf vor sich gehen. Viele Auseinandersetzungen mit alten, überholten Ansichten waren noch erforderlich. Doch geführt von der ständig erstarkenden Parteiorganisation, geleitet von den Beschlüssen der SED und der Regierung der DDR, festigte sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz. Dadurch konnten die Werktätigen des Kunstseidenwerkes die bevorstehenden Aufgaben noch besser als vorher meistern.

Die Festigung der führenden Rolle der Betriebsparteiorganisation

Die Erweiterung der Kunstseidenanlage sowie die gesamte Aufgabenstellung für Premnitz im ersten Fünfjahrplan verlangten von allen Beteiligten ein höheres Niveau der Führungstätigkeit. Obwohl in vielen Aussprachen und Beratungen die Zielstellung klar geworden war, gab es doch für die Realisierung solch umfangreicher Vorhaben keine Erfahrungen. Die Problematik bestand darin, gleichzeitig neue Produktionsanlagen aufzubauen und die Arbeit in den bereits bestehenden nicht zu vernachlässigen, wobei in jedem Fall die Arbeitsproduktivität kontinuierlich weiter gesteigert werden mußte. Bei diesem Ziel spielte natürlich der Kampf um die Überwindung rückständiger Auffassungen und um ein entwickeltes Staatsbewußtsein bei der Belegchaft eine wesentliche Rolle. Auf der anderen Seite ließen die Gegner der DDR, die sich in Westdeutschland eine staatliche Basis geschaffen hatten, nichts unversucht, um über Rundfunk und andere Propagandamittel gegen den friedlichen Aufbau in der DDR zu hetzen. Dabei nutzten sie oft die Schwierigkeiten aus, die durch die von ihnen vollzogene Spaltung Deutschlands zum Beispiel in der Materialversorgung für die Volkswirtschaft der DDR entstanden waren.
Alle diese Probleme konnten nur gelöst werden, wenn durch die Parteiorganisation des Werkes eine einheitliche Orientierung gegeben wurde, die Mitglieder und Kandidaten der SED den Werktätigen ständig die Politik der Partei und die Aufgaben im Kunstseidenwerk erläuterten und die Parteiorganisation ihre führende Rolle im Werk weiter festigte.
Die Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation im Februar 1951 sollte dem dienen. Im Vordergrund der Aussprachen stand die Aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus durch alle Genossinnen und Genossen. Eine weitere wichtige Aufgabe bestand darin, das Prinzip der Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person zur Lösung der komplizierten Probleme voll durchzusetzen. Nicht zuletzt wurde auch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der schaffenden Intelligenz als eine entscheidende Grundlage für die Meisterung der Aufgaben im Fünfjahrplan betrachtet. Damit mußten gleichzeitig immer noch auftretende Tendenzen des Sektierertums überwunden werden. Da die neuen Aufgaben hohe Anforderungen vor allem an die Leitung der Betriebsparteiorganisation stellten, wurden solche Mitglieder in die neue Leitung gewählt, die bereits engen Kontakt mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Bereichen hatten und dort selbst vorbildlich auftraten. Das



Willi Godesar

waren solche Parteimitglieder wie der Rohrleger Willi Godesar, der in den Werkstätten hervorragende Parteiarbeit leistete, vorbildlich arbeitete und das Vertrauen der Handwerker besaß, und die Aktivistin Martha Scharrer, eine unermüdliche Initiatorin der Wettbewerbsbewegung in den Kunstseidenanlagen, und andere mehr.

Nach der Delegiertenkonferenz gab es im Kunstseidenwerk keinen Bereich, in dem nicht in irgendeiner Form der Einfluß der Parteimitglieder zu spüren war. Ob bei der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, bei der Einführung des Leistungslohnes und der damit verbundenen verstärkten Arbeit mit technisch begründeten Arbeitsnormen, auf dem Gebiet des Vorschlags- und Erfindungswesens, bei den Investitionen oder bei der Berücksichtigung der kulturellen und sozialen Belange der Werktätigen, überall war die Partei ganz vorn. Aktivistenschulen wurden auf Initiative von Mitgliedern der Partei ins Leben gerufen, wie zum Beispiel von der Arbeiterin und Aktivistin Maria Schulz in der Kunstseide. In besonderem Maße wurde auch der Einfluß der Partei bei der Aufstellung der Aktivistenpläne wirksam. Die Parteimitglieder traten dafür ein, daß die Pläne echte Kampfziele enthielten.

Um die Mitglieder und Kandidaten der SED noch besser zu befähigen, die aufgeworfenen Tagesfragen zu beantworten und vor allem die Aufgaben der DDR als der Bastion für Frieden und Demokratie in Deutschland zu erläutern, verstärkte die Parteiorganisation die politisch-ideologische Schulung. Im Parteilehrjahr sowie in kurz- und langfristigen Lehrgängen qualifizierten sich die Genossinnen und Genossen zu Propagandisten und Agitatoren des Marxismus-Leninismus. Darüber hinaus wurden Beschlüsse des Zentralkomitees in Seminaren erläutert. Eine neue Form der engen Zusammenarbeit der Leitungen mit den Produktionsarbeitern und der schaffenden Intelligenz waren differenzierte Aussprachen. Diese wurden von der Betriebsparteileitung gemeinsam mit Werkleitung und BGL geführt. Zur Diskussion standen dabei solche Fragen wie: „Warum ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität?", „Warum sind bei der Einführung des Leistungslohnes TAN erforderlich?" oder „Die reaktionäre Rolle des westdeutschen Staates". Die offenen Gespräche waren ein wesentlicher Beitrag der Parteiorganisation, das Vertrauen der Belegschaft zu ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu festigen. Besondere Höhepunkte solcher Aussprachen waren zum Beispiel die Vorbereitungen der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 in Berlin oder die Versammlungen und Beratungen, die gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, gegen den Generalkriegsvertrag und für die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage stattfanden. Viele hervorragende Menschen, die hohe Leistungen in der Produktion vollbrachten und sich im Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und Verderber der deutschen Nation besonders hervortaten, verstärkten in dieser Zeit die Reihen der Partei. Unter ihnen befanden sich zahlreiche junge Menschen, wie die FDJlerin Ursula Fricke, Lehrling in der Textilwerkstatt. Aus dem 5. Berufswettbewerb ging sie als Siegerin hervor und wurde bester Lehrling in ihrem Bereich. Die Prüfung als Textilfacharbeiter legte sie auf Grund ihrer überdurchschnittlichen Leistungen ein halbes Jahr vorfristig ab. Sie bekleidete in der FDJ-Organisation die Funktion des Org.-Leiters. Im Wilhelm-Pieck-Aufgebot gewann sie 33 Jugendliche als FDJ-Mitglieder und überbot damit ihren eigenen Kampfplan. In Anerkennung ihrer großen Leistungen wurde Ursula Fricke, Kind einer Arbeiterfamilie, mit der höchsten Auszeichnung des Weltbundes der demokratischen Jugend als „Partisan des Friedens" geehrt.

Weiter kümmerte sich die Parteiorganisation darum, das Nationale Aufbauwerk nach dem Beispiel des Neuaufbaus von Berlin auch in Premnitz in Gang zu bringen und die Patendörfer in den ländlichen Gemeinden der Umgebung von Premnitz zu unterstützen.

Im Jahre 1951 begannen auch die Kunstseidenwerker, auf der Grundlage von Aktivistenplänen Betriebspläne zu erarbeiten, die aus dem Volkswirtschaftsplan abgeleitet wurden. Verpflichtungen der Brigaden und auch Einzelverpflich-

tungen wurden in den Plan mit aufgenommen. Von seiten der Brigaden wurde aber auch die Forderung erhoben, die Betriebspläne bis auf die Brigade aufzuschlüsseln, um genaue Kenntnis über den eigenen Anteil am Gesamtplan zu erhalten.

Die Verpflichtungsbewegung 1951 stand natürlich ganz im Zeichen des ersten Fünfjahrplanes der DDR, gegen die Remilitarisierungsabsichten in Westdeutschland. Die Bewegung fand ihren Höhepunkt im Monat Juni, anläßlich der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Zum Beispiel übernahm die Belegschaft des Kunstseidenbetriebes I anläßlich der Volksbefragung am 3. Juni 1951 umfangreiche Verpflichtungen. Dabei ging sie von dem Standpunkt aus, daß die Frage Krieg oder Frieden die entscheidendste ist, die ein Volk überhaupt stellen kann. Die Kunstseidenwerker traten dafür ein, den Frieden zu erhalten, um allen friedliebenden Menschen ein besseres Leben aufzubauen. Der Fünfjahrplan war ein Kampfplan für den Frieden. Je eher und besser er erfüllt wurde, desto mehr war das für die Feinde der Arbeiterklasse ein Schlag ins Gesicht. Deshalb wollte die Belegschaft vom 3. bis 5. Juni 1951 ihre Stimme für den Frieden abgeben. Alle Brigaden der Kunstseide I stellten sich auf dieser Grundlage Aufgaben zur Übererfüllung der Tagesleistung in Menge und Qualität, zur Bildung von Aktivistenschulen, zur Einrichtung von Friedensecken und zum Wettbewerb zwischen den einzelnen Brigaden zur Verminderung von Abfall, Flusigkeit der Seide und ähnlichem.

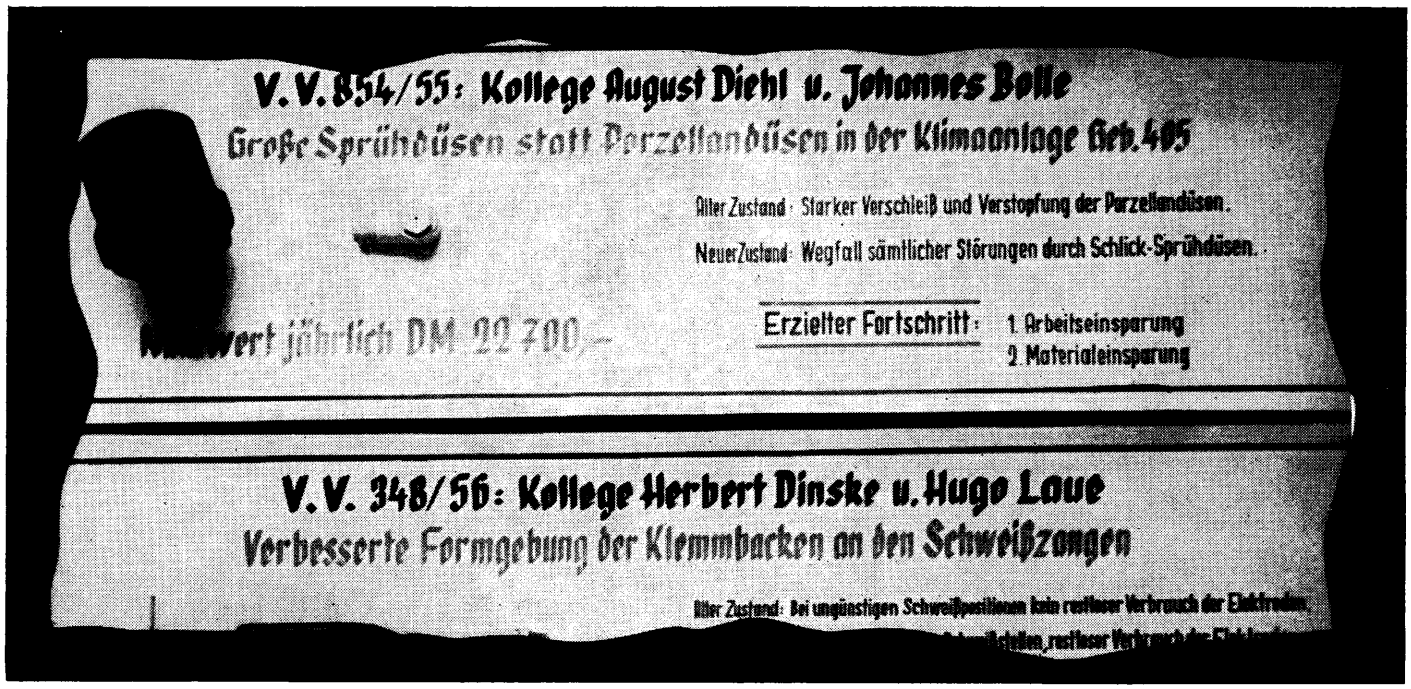
Die Parteiorganisation gab neben den zentralen auch spezielle Losungen heraus, die auf die Überwindung von Schwierigkeiten in bestimmten Bereichen orientierten. Neben vielen finden wir solche Losungen: „Die Planerfüllung steht im Vordergrund. – Vermeidet Fehler und den Schund!" Ähnliche Losungen forderten zum sparsamsten Umgang mit Material oder zur Auslastung der Arbeitszeit auf und versuchten, die Werktätigen zur Mitarbeit im Vorschlags- und Erfindungswesen zu gewinnen.

Die Kompliziertheit der Aufgaben, vor allem bei der Realisierung der Investitionen im Kunstseidenbetrieb, wirkte sich trotz großer Anstrengungen doch zunächst auf die Produktionshöhe aus. Die Brigaden der Kunstseidenanlage I, die bis dahin an erster Stelle im Wettbewerb gelegen hatten, verloren 1951 ihren führenden Platz und konnten mit 0,5 Prozent Übererfüllung nur den dritten Platz belegen. An zweiter Stelle stand der Schwefelsäurebetrieb mit 1,49 Prozent Mehrleistung, den ersten Platz nahmen die Kollegen vom Aktivkohlebetrieb mit 3,4 Prozent Leistungsübererfüllung ein (Abrechnung im ersten Halbjahr 1951).

Mit welcher Einsatzbereitschaft gerade in jenem Jahr um hohe Leistungen gerungen wurde, soll eine Schilderung aus dem Schwefelsäurebetrieb zeigen. Durch nicht vorausgesehene Schwierigkeiten bei einer Generalreparatur im III. Quartal 1951 war die planmäßige Produktion aufs höchste gefährdet und damit die Versorgung der Volkswirtschaft mit Schwefelsäure in Frage gestellt.

Das Kontaktsystem II sollte in Generalreparatur gehen. Dazu war aber notwendig, daß das System IV rechtzeitig produktionsfähig ausgebaut wurde. Nun stellte sich heraus, daß die Leistung des Systems II stark nachließ und das System IV auf Grund fehlender Siebbleche für den Hauptkontakt noch nicht angefahren werden konnte. Die Schwefelsäureproduktion drohte auszufallen. Die Leitung des Betriebes trat zu einer Sondersitzung zusammen, um einen Ausweg zu finden. Es wurde beschlossen, das System II sofort stillzulegen und die benötigten Teile aus dem System IV auszubauen, um damit das System II wieder funktionsfähig zu machen. Alle Aufgaben mußten kurzfristig gelöst werden, um den Produktionsausfall so gering wie möglich zu halten.

In einer außerordentlichen Produktionsberatung mit den Reparaturhandwerkern stand das Vorhaben nochmals zur Diskussion. Schließlich wurde eine Reparaturbrigade von 34 Kollegen gebildet. Alle Festlegungen der Beratung wurden kurzfristig vertraglich zwischen der Reparaturbrigade, der Betriebsleitung und der BGL vereinbart. Es wurde



vorbereitet, daß beim Anhalten des Systems II sofort mit der Reparatur begonnen werden konnte. Eines Morgens war es dann soweit. Sieben Uhr, alle Verantwortlichen hatten sich am System II eingefunden, um eventuell auftretende Probleme gleich an Ort und Stelle zu lösen. Endlich lief das Gebläse aus, es hatte keine wesentlichen Störungen gegeben. Noch herrschten hohe Temperaturen, und doch waren schon die Maurer, Schlosser und Schweißer dabei, die notwendigen Arbeiten auszuführen. Ohne Unterbrechung arbeiteten die Männer, klatschnaß vom Schweiß. Gegessen werden mußte abwechselnd, und die Schichtablösung erfolgte direkt am Arbeitsplatz. Viele Stunden verstrichen, bis die einzelnen Arbeiten planmäßig ausgeführt waren. Nach dem Auftragen der Isolierschicht konnten die Kontakte angeheizt werden. Erneute Nervenprobe. Waren alle Arbeiten auch mit der notwendigen Qualität ausgeführt? Ohne Zwischenfall erreichte das System die erforderliche Temperatur. Das Gas konnte eingeblasen werden. Als die Reaktion in den Kontakten eintrat, atmete alles auf. Es war geschafft. Unmöglich Scheinendes war möglich gemacht worden.

Damit hatte Premnitz ein großartiges Beispiel gegeben, wie im Wettbewerb durch hervorragende Arbeitsorganisation Pioniertaten vollbracht werden konnten, wie das Bewußtsein, daß von seinen Handgriffen der Erfolg aller abhängig ist, jeden einzelnen Leistungen vollbringen läßt, die bis dahin als nicht realisierbar galten. Die Generalreparatur wurde nicht nur in der vorgegebenen kurzen Zeit durchgeführt; die Sonderbrigade sparte dabei noch 31 Stunden ein. Das brachte eine Mehrproduktion von 60 Tonnen Schwefelsäure. Eine angemessene Prämie und der Dank der Werkleitung, der BGL und der BPO an alle Beteiligten waren der Lohn. Auch in diesem Fall gehörten die Mitglieder der SED zu den Initiatoren, die in enger Zusammenarbeit mit ihren Kollegen Vorbild für alle waren. [51]

Angespornt durch diese Initiative, verpflichtete sich die Belegschaft der Schwefelsäure, das Produktionssoll im IV. Quartal 1951 bis zum 21. Dezember mit 300 Tonnen Schwefelsäure überzuerfüllen. Die Arbeiter begründeten ihre Verpflichtung damit, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Schaffung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage das Gebot der Stunde sei. Bereits am 1. Dezember rechnete der Betrieb seine Verpflichtung mit 313 Tonnen Schwefelsäure über den Plan hinaus ab. Damit hatten sich die Kollegen aus diesem Betriebsteil im Kunstseidenwerk an die Spitze der Wettbewerbsbewegung gesetzt und die anderen Brigaden im Kunstseidenwerk überholt.

Während das Gesamtwerk 1951 den Produktionsplan mit 102,4 Prozent erfüllte, erreichte der Kunstseidenbetrieb nur 97,4 Prozent. Dafür gab es mehrere Gründe. Wesentlich wirkten sich die Umbauarbeiten in der Kunstseidenanlage aus. Monatelang glichen die Produktionsanlagen eher einer Baustelle.

Da die Leitungskräfte sich speziell auf die neuzuerrichtenden Anlagen konzentrierten, schlich sich bei der Wettbewerbsführung in der Kunstseide I ein gewisser Schematismus ein. Die Unterstützung der Produktionsbrigaden bei der Überwindung von Mängeln und Schwächen wurde vernachlässigt.

Insgesamt aber war es im Kunstseidenwerk weiter vorangegangen. Die Betriebsparteiorganisation festigte erfolgreich ihre führende Rolle und stand überall dort an der Spitze, wo es galt, Schwerpunktaufgaben zu lösen.

Werkdirektor Dr. Winkler würdigte zum Jahreswechsel die großen Leistungen der Belegschaft, sprach den Dank der Werkleitung aus und schätzte ein, daß es auch für 1952 keine Ruhepause geben konnte. Der Kampf um die Einheit der deutschen Nation auf friedlicher demokratischer Grundlage und die Lösung der großen volkswirtschaftlichen Aufgaben waren zwei Seiten einer Sache, die in der weiteren Arbeit als eine Einheit betrachtet werden mußten. Dr. Winkler forderte die gesamte Belegschaft auf, auch weiterhin in gemeinschaftlicher Arbeit das große Aufbauwerk fortzusetzen. In diesen Jahren, als die Anlagen des Kunstseidenwerkes rekonstruiert wurden, standen im Zusammenhang mit der

Die besten Neuerervorschläge werden popularisiert. (Bild ganz links)

Gertrud Kunte an der HKZ-Maschine

Wettbewerbsbewegung zwei Probleme im Mittelpunkt. Das war einmal die unbedingte Einhaltung der Termine beim Aufbau der Neuanlagen und zum anderen die Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Bereichen des Werkes.

Ausgehend von der erfolgreichen Bilanz des ersten zentralen Planes der Aktivisten wurde die Belegschaft in einem Flugblatt von der Betriebsparteiorganisation aufgerufen, Vorschläge für die Erarbeitung des Aktivistenplanes Nummer zwei abzugeben. „Es geht um jede Sekunde, jeden Pfennig und jedes Gramm, der Aktivistenplan ist die Kritik am eigenen Arbeitsplatz", das war der Grundgedanke. Die Betriebsgewerkschaftsleitung sah in der verstärkten Mitarbeit im Vorschlags- und Erfindungswesen eine wichtige Methode, diese Losung zu verwirklichen. Im Kunstseidenwerk sollte damit ein Durchbruch auf dem Gebiet der schöpferischen Mitarbeit der Belegschaft erzielt werden, der der Verbesserung der Produktionstechnik, der Arbeitsorganisation und des Verwaltungswesens sowie des Arbeitsschutzes diente. In jedem Halbjahr wurde ein Monat zum Monat des Vorschlags- und Erfindungswesens erklärt, in dem die Sichtagitation und die Diskussion besonders darauf gerichtet waren, weitere Arbeiterinnen und Arbeiter zur Mitarbeit zu gewinnen. In der Betriebszeitung wurden die Schwerpunkte veröffentlicht, die mit Hilfe von Verbesserungsvorschlägen gelöst werden sollten. Gleichzeitig erschienen im „Aufwärts" Artikel und Bilder von Kolleginnen und Kollegen, die besonders wertvolle Vorschläge eingereicht hatten. Die Zahl der brauchbaren Verbesserungsvorschläge stieg sprunghaft an. Das drückten die ausgezahlten Vergütungssummen aus. Während 1950 nur eine Vergütungssumme von 642 Mark im Monatsdurchschnitt zur Auszahlung kam, stieg diese Summe im folgenden Jahr auf monatlich 2562 Mark. [52]

Diese Ergebnisse zeigen, daß im Bewußtsein der Menschen eine weitere positive Veränderung erfolgt war. Die Einbeziehung breiter Kreise der Belegschaft in die Neuerertätigkeit trug wesentlich dazu bei, Auffassungen zu überwinden, die ungefähr so lauteten: „Mit weniger Material geht es nicht" oder „Was jahrzehntelang gut genug war, taugt auch für die nächsten Jahre".

Die Überwindung einer solchen Denkweise hatte auch zur Folge, daß die Bereitschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter, sich zu qualifizieren, ständig stieg. Die inzwischen eingerichtete Volkshochschule des Kunstseidenwerkes hatte bereits vielfältige Möglichkeiten dafür geschaffen. In zahlreichen Lehrgängen und Vortragsreihen über Natur- und Gesellschaftswissenschaften konnten die Betriebsangehörigen ihr Wissen erweitern. In speziellen Lehrgängen über „Grundlagen der Wirtschaftspolitik", „Neuerer der Produktion" sowie „Maschinenbaukunde", „Schweißtechnik" usw. hatte jeder Werktätige die Möglichkeit, kostenlos Meister seines Faches zu werden. Vom ungelernten Arbeiter zum Facharbeiter, vom Facharbeiter zum Meister, vom Meister zum Ingenieur.

Das war der Inhalt eines Qualifizierungsprogramms der Werkleitung. Es ging von der Erkenntnis aus, daß kompliziertere Aufgaben auch ein höheres Wissen und Können der Werktätigen erforderten. Das entsprach den neuen Produktionsverhältnissen, die weitere Reserven des Mitarbeitens und Mitdenkens bei der Lenkung und Leitung des Produktionsprozesses durch die Produktionsarbeiter selbst erschlossen.

Der Sozialismus wird aufgebaut – „Mehr, besser und billiger produzieren!"

Zur gleichen Zeit, in der die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik für die Stärkung und Festigung des ersten deutschen Friedensstaates ihren Fleiß und ihr Können einsetzten, unterzeichnete Adenauer gegen den erklärten Willen der absoluten Mehrheit des deutschen Volkes im Mai 1952 den Generalkriegsvertrag. Der Vertrag sah die Remilitarisierung der Bundesrepublik vor und war ein weiterer Schritt der reaktionären imperialistischen Kreise mit dem USA-Imperialismus an der Spitze, im Herzen Eu-

ropas einen neuen Kriegsherd entstehen zu lassen. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik durfte im Interesse der ganzen deutschen Nation diesem verbrecherischen Treiben nicht tatenlos zusehen. Sie mußte vor allem den deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat allseitig weiter stärken, damit er seiner historischen Mission an einer der wichtigsten Nahtstellen der beiden Weltsysteme gerecht werden konnte. „Das war nur durch den systematischen und planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR möglich." [53]

Im Juli 1952 proklamierte die II. Parteikonferenz der SED den Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe in der DDR. Dieser Beschluß fand auch bei der großen Mehrheit der Werktätigen im Kunstseidenwerk Premnitz Zustimmung und Begeisterung. Die Werktätigen sahen darin die Richtigkeit ihrer jahrelangen Aufbauarbeit bestätigt, die nun auf höherer Stufe fortgesetzt wurde, und verstanden die Forderung der SED, die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter zu festigen, um durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität die materiell-technische Basis des Sozialismus planmäßig zu schaffen. Das war der Weg, auf dem aus eigener Kraft das Lebensniveau weiter gehoben und zugleich das Tor zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands offengehalten werden konnte. Nur eine politisch und ökonomisch starke DDR war in der Lage, die aggressiven Pläne der Imperialisten zum Scheitern zu bringen.

Wie überall in der DDR war die II. Parteikonferenz auch in Premnitz das bestimmende Ereignis des Jahres. Zum Jahresbeginn wurde den Abteilungen von der Werkleitung der Betriebsplan vorgelegt. Die Belegschaft war aufgefordert, durch ihre Vorschläge und Gedanken diesen Plan zu ihrem eigenen zu machen. Mit der Diskussion darüber, wie die Kennziffern für die Produktion erreicht und die Investitionsvorhaben realisiert werden konnten, wurde in allen Meisterbereichen und Brigaden die Erfüllung des erstmals 1951 abgeschlossenen Betriebskollektivvertrags kontrolliert. Unter der Losung „Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden" gaben die Brigaden und Meisterbereiche sowie einzelne Kolleginnen und Kollegen Verpflichtungen ab, die helfen sollten, den Volkswirtschaftsplan 1952 zu erfüllen.

In einer Ausstellung über die Entwicklung des Werkes im Fünfjahrplan, die von der Betriebsparteileitung organisiert war, wurden in anschaulicher Weise die großen Aufgaben bei der Entwicklung des Werkes zum chemischen Großbetrieb und die vielseitigen Zusammenhänge des Planes mit dem persönlichen Leben jedes einzelnen anschaulich dargestellt. Die Ausstellung sollte gleichzeitig die Belegschaft anregen, noch aktiver und bewußter beim Aufbau des Werkes mitzuhelfen.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete in diesen Monaten die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen. Das war weniger eine organisatorische als vielmehr eine Klassenfrage. Es ging darum, endgültig Klarheit darüber zu schaffen, daß eine höhere Produktion für die Gesellschaft im ureigensten Interesse der Werktätigen liegt, weil davon auch die weitere Verbesserung ihrer eigenen Lebenslage wie der der gesamten Bevölkerung abhing. Vor allem aber war es notwendig, die Arbeitsproduktivität als Kampfkriterium der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus rasch zu steigern.

Die fortschrittlichsten Werktätigen begriffen diesen Zusammenhang. Sie wußten, daß die neuen Arbeitsnormen die Voraussetzung für eine fortlaufende Erhöhung der gesellschaftlichen Warenproduktion und damit für den allgemeinen Lebensstandard bildeten. Die Kolleginnen der Kunsthaarabteilung hatten zum Beispiel freiwillig ihre Norm von 240 auf 266 Kilogramm je Tag erhöht, und in den Handwerksbetrieben bildete sich aus fortschrittlichen und hochqualifizierten Kollegen ein Selbstnormenaktiv. Es stellte sich die Aufgabe, die Normen für seine Arbeitsaufträge unter Anleitung eines TAN-Bearbeiters selbst zu erarbeiten.

Die Verallgemeinerung der ersten Erfahrungen stieß aber auf Schwierigkeiten. Es stellte sich heraus, daß noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden mußte. Deshalb war

es in erster Linie eine Aufgabe der Mitglieder und Kandidaten der SED, den Charakter begründeter neuer Arbeitsnormen sowie den Zusammenhang zwischen der Planerfüllung und der allseitigen Stärkung der DDR so zu erläutern, daß die parteilosen Kolleginnen und Kollegen bereit waren mitzumachen.

Im Kunstseidenbetrieb lag der Schwerpunkt in der Ermittlung und Einführung von TAN in den textilen Abteilungen. Dort hatten sich Veränderungen im technologischen Prozeß der Produktion vollzogen, und dennoch wurden die bisherigen Arbeitsnormen beibehalten. Die Betriebsleitung hatte es versäumt, bei Einführung der neuen Technik gemeinsam mit den Werktätigen auch neue Arbeitsnormen zu beraten und festzulegen. Erst als es in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß zur Übererfüllung der bestehenden Arbeitsnormen kam, wurde die Betriebsleitung aufmerksam. Anstatt nun mit den Arbeiterinnen an den Maschinen zu sprechen und das Versäumte nachzuholen, führten Mitarbeiter des TAN-Büros eine Zeitstudie durch. Auf dieser Grundlage ordneten die Leitungskräfte neue Arbeitsnormen an, die im Durchschnitt 10 bis 20 Prozent höher lagen als die bisherigen. Bei den meisten Frauen stießen die neuen Normen zunächst auf Ablehnung. Erst als die Parteiorganisation und die Gewerkschaft in die Diskussion eingriffen, konnten die Arbeiterinnen von der objektiven Notwendigkeit der neuen Normen überzeugt werden. Am Jahresende hatten die Frauen dieser Betriebsabteilungen bei der Einführung neuer technisch begründeter Arbeitsnormen die größten Fortschritte erzielt. Während es im Januar 12 TANs in den textilen Abteilungen gegeben hatte, waren es im Dezember bereits 308 von insgesamt 470 im Kunstseidenwerk.

Um noch wirtschaftlicher zu arbeiten und rationeller die Produktion zu organisieren, führten die besten Arbeiter, Handwerker, Meister und Ingenieure, die sich im Vorschlags- und Erfindungswesen besonders verdient gemacht hatten, am 23. Mai 1952 eine Rationalisierungskonferenz durch. Das Kunstseidenwerk war einer der ersten Großbetriebe des Landes Brandenburg, die, angeregt durch die Werktätigen des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden, die Bewegung der Rationalisatoren und Erfinder im ersten Fünfjahrplan der DDR weiterentwickelten. Die Teilnehmer der Konferenz beschlossen, zur weiteren Einsparung von Material und Rohstoffen und zur rationellsten Ausnutzung der vorhandenen Produktionstechnik einen Plan der Rationalisatoren und Erfinder auszuarbeiten. [54] Nachdem auf der II. Parteikonferenz der SED beschlossen worden war, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR aufzubauen, erfuhr die Wettbewerbsbewegung im Kunstseidenwerk einen weiteren Auftrieb. Die Parteiorganisation des Werkes hatte dazu aufgerufen, jetzt noch höhere Leistungen im Wettbewerb zu bringen als vorher. Darüber hinaus appellierte sie angesichts der Bedrohungen des friedlichen Aufbauwerkes in der DDR von der Bundesrepublik und Westberlin aus an die Bereitschaft der Werktätigen, die Errungenschaften des jungen Arbeiter-und-Bauern-Staates zu verteidigen.

Als erste antworteten die Frauen aus der Abteilung Konerei des Bereichs Kunstseide I. Sie wollten den Wettbewerb mit höherem Niveau führen und hatten beschlossen, nach der Franz-Franik-Methode zu arbeiten. Alle Frauen wollten solche Arbeitsleistungen vollbringen wie die besten Konerinnen der Abteilung. Unter der Losung „Der Stärkere hilft den Schwächeren, um das große Ziel zu erreichen, Planerfüllung bis zum 7. Dezember 1952" [55] folgten die Kolleginnen der Zwirnerei dem Beispiel der Konerei, um einen Planvorsprung zu erarbeiten. Sie verpflichteten sich zur beständigen Normerfüllung in Menge und Qualität und zur täglichen Abrechnung sowie dazu, ihre Maschinen entsprechend der Methode von Nina Nasarowa in persönliche Pflege zu nehmen. In wenigen Wochen kamen Meldungen aus allen Bereichen des Kunstseidenwerkes, die solche und ähnliche Wettbewerbsverpflichtungen beinhalteten. Diese hohe Aktivität fand nicht zuletzt darin ihren Ausdruck, daß anläßlich der Erarbeitung des Betriebskollektivvertrages für das Jahr 1952 rund 1050 Kollektiv- und Einzelverpflichtungen

abgegeben wurden. Im Jahre 1951 waren es nur 64 Verpflichtungen gewesen.

Hohen Anteil hatte an dieser Entwicklung wiederum die Jugend des Kunstseidenwerkes. Zur weiteren Stärkung der DDR und zur Verteidigung des Aufbaus des Sozialismus gegen die Machenschaften des Klassengegners schloß sich die FDJ-Organisation des Kunstseidenwerkes dem Aufruf der Kumpel aus dem Steinkohlenbergbau Zwickau zum Wilhelm-Pieck-Aufgebot an. 118 Jugendfreunde aus dem Kunstseidenwerk gingen zur Deutschen Volkspolizei. Auf Grund solcher Initiative im Wettbewerb wurde die FDJ-Organisation des Kunstseidenwerkes beste Grundorganisation des Landes Brandenburg. Für ihre Erfolge auf politisch-ideologischem sowie auf ökonomischem Gebiet wurden den Jugendfreunden das Wilhelm-Pieck-Banner und der Hans-Beimler-Pokal verliehen. Seit dieser Zeit trägt die FDJ-Grundorganisation als besondere Auszeichnung und Anerkennung den Namen des deutschen Nationalhelden Philipp Müller. [56]

Im September des gleichen Jahres wurde auf Initiative der FDJler im Kunstseidenwerk eine Grundorganisation der GST ins Leben gerufen. Auf der Gründungsversammlung wurden zunächst fünf Sportarten eingerichtet; die wichtigsten waren: Motor- oder technischer Sport, Schieß- und Geländesport, Hundesport, Seesport und Fernsprechsport. Die Gründung der GST fand lebhaften Widerhall. In zwei Tagen konnten zum Beispiel von einem der ersten GST-Mitglieder, Günter Damm, 17 Kameraden gewonnen werden. „Schützt den Aufbau des Sozialismus durch eure Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Sport und Technik!" [57], so lautete die Werbelosung der GST-Grundorganisation Premnitz.

In einigen Zahlen sei die Bilanz des Jahres 1952 im Kunstseidenwerk betrachtet. Gegenüber 1951 konnte die Bruttoproduktion um 25,5 Prozent gesteigert werden; rund Dreiviertel aller Produktionsarbeiter arbeiteten im Leistungslohn und zu etwa zehn Prozent im Prämienzeitlohn. Während im Januar nur 218 Belegschaftsangehörige im Wettbewerb standen, arbeiteten im Dezember 1952 bereits 4885 Kolleginnen und Kollegen auf der Grundlage von Wettbewerbsverpflichtungen, die in 27 Wettbewerbsverträgen schriftlich vorlagen. 106 Frauen und 244 Männer aus allen Bereichen des Werkes erhielten die Auszeichnung „Aktivist des Fünfjahrplanes".

Zwei Frauen wurden als „Verdiente Aktivisten" und der Betriebsingenieur Hans Bolle als „Verdienter Erfinder" ausgezeichnet. Der Leiter der Perlonfaseranlage, Dr. Fritzsche, erhielt für seine Verdienste bei der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet Polyamidfaser den Nationalpreis II. Klasse. [58]

Das neue Jahr stellte wiederum an das gesamte Kollektiv des Kunstseidenwerkes höchste Anforderungen. Der Betriebsplan sah gegenüber 1952 eine Erhöhung der Produktion von 23 Prozent vor. Sie sollte vor allem erreicht werden durch die volle Ausnutzung der Maschinenkapazität, durch Verbesserung der Produktionstechnik, Auswertung der Produktionserfahrungen der Aktivisten und durch Auswertung der Arbeitsstudien zur Erarbeitung weiterer technischer Arbeitsnormen.

Schließlich sollten die Organisation der Arbeit verbessert, der Arbeitstag voll ausgenutzt und die Arbeiterinnen und Arbeiter des Werkes fachlich weiterqualifiziert werden. Damit wollten die Kunstseidenwerker mehr, bessere und billigere Produkte, vor allem Kunstseide, für die Volkswirtschaft der DDR herstellen.

Den Auftakt für das neue Planjahr gaben die Gewerkschaftswahlen. Zahlreiche Versammlungen wurden in den Abteilungs- und Meisterbereichen durchgeführt. Hier legten die gewählten Gewerkschaftsfunktionäre Rechenschaft über die Tätigkeit der vergangenen Wahlperiode ab. Danach wurden die fortschrittlichsten Gewerkschaftsmitglieder als Kandidaten zur Neuwahl der Gewerkschaftsleitung vorgeschlagen.

Ausgehend von den Chemnitzer Beschlüssen zur Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie waren die Gewerkschaftswahlen 1953 gekennzeichnet durch kritische und

selbstkritische Auseinandersetzungen in den Versammlungen.

Die Betriebsdelegiertenkonferenz der Gewerkschaftsorganisation des Kunstseidenwerkes brachte einen neuen Aufschwung in der Gewerkschaftsarbeit. 20 Gewerkschaftsmitglieder sprachen zur Diskussion über politische Fragen und unmittelbare Probleme der Produktion.

Sie setzten sich kritisch mit Mängeln und Schwächen auseinander, die es in Fragen der Planerfüllung, der Interessenvertretung der Werktätigen auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie in der politischen Verantwortung der Gewerkschaft beim Aufbau des Sozialismus im Kunstseidenwerk gab. In die neue BGL wurden solche Gewerkschaftsmitglieder gewählt, die sich durch vorbildliche Gewerkschaftsarbeit ausgezeichnet hatten. Darunter befanden sich viele Produktionsarbeiter, wie die Zwirnerin Margot Bohn, die ständig gute Leistungen in der Produktion vollbrachte, als Vertrauensmann die Interessen der Zwirnerinnen vertrat und bereits einen Lehrgang an der Zentralschule der IG Chemie mit gutem Erfolg absolviert hatte.

Von den Delegierten wurde ein Programm für die künftige Gewerkschaftsarbeit beschlossen, in dem als wichtigste Ziele enthalten waren:

1. Hebung des ideologischen Niveaus aller Funktionäre und Mitglieder,
2. Ständiger Kontakt der Funktionäre mit den Mitgliedern,
3. Kollektive Arbeit in der BGL und Anwendung des Prinzips der Kritik und Selbstkritik,
4. Systematische Qualifizierung der Kader,
5. Verbesserung der gesamten Organisationsarbeit.

Der neugewählten BGL war es vorbehalten, diese Punkte, die die Schlußfolgerungen aus der bisherigen Gewerkschaftsarbeit darstellten, zu verwirklichen und vor allem im weiteren Wettbewerb anzuwenden. Gleichzeitig mußten alle Vorbereitungen für den Abschluß des BKV 1953 getroffen werden. Beide Aufgaben galt es so zu koordinieren, daß die im Betriebsplan des Kunstseidenwerkes enthaltenen Ziele zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes erreicht wurden.

Klubhaus „Freundschaft" –
Zentrum geselligen Zusammenseins
der Werktätigen in Premnitz
(Bild unten)

Der Jugendklub am See in den fünfziger Jahren

Der neue Sportplatz wird eingeweiht.
(Bild rechts außen)

Mehr und billiger zu produzieren, das bedeutete gleichzeitig, strengste Sparsamkeit in bezug auf Material, Zeit und Kosten walten zu lassen.

Auf zahlreichen Produktionsberatungen in den AGL-Bereichen wurden diese Fragen diskutiert und, aufbauend auf die Erkenntnisse aus dem Jahre 1952, neue Verpflichtungen abgegeben. Sie bezogen sich auf die weitere Entfaltung des sozialistischen Massenwettbewerbs, der überbetrieblich im Rahmen der Untergruppe Kunstfaser geführt wurde. Verstärkt wurden Neuerermethoden angewandt, Arbeitskräfte eingespart und mit weniger Material höhere Produktionsergebnisse erzielt. Zahlreiche Verpflichtungen sahen weitere freiwillige Erhöhungen von TAN vor. Nicht zuletzt wurde die Bereitschaft der Kunstseidenwerker, hohe Leistungen zu vollbringen, dadurch unterstützt, daß die Arbeiter selbst erlebten, wie ihre Arbeit auch die Arbeits- und Lebensbedingungen im Kunstseidenwerk verbessern half. Während in der Zeit der I.G. Farben das Sozialwesen immer ein Stiefkind war, wurden nach Beseitigung der Ausbeuterverhältnisse schon in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und erst recht unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht Jahr für Jahr große Summen ausgegeben, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verbessern sowie die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen. So konnten zum Beispiel im Mai 1953 der Belegschaft einige neue Einrichtungen übergeben werden. Das waren ein neuer Speisesaal mit 260 Plätzen und eine Konsumverkaufsstelle für Lebensmittel und Getränke im Kunstseidenbetrieb II, im Gebäude 405 zwei Wasch- und Umkleideräume für Frauen sowie ein Wasch- und Umkleideraum für Männer. Ein weiterer Wasch- und Umkleideraum wurde im Rohbau fertiggestellt, ebenso eine Säuglingskrippe mit 56 Plätzen und eine Kindertagesstätte mit 60 Plätzen. Trotz vieler Schwierigkeiten ging auch der Wohnungsbau voran. Für 1952 waren 170 Wohnungen geplant, die allerdings erst Mitte 1953 bezugsfertig wurden, und für 1953 waren ebensoviel Wohnungen im Bauplan des Jahres vorgesehen. [59]

Auf Grund der hervorragenden Leistungen der Werktätigen ging das Kunstseidenwerk im ersten Quartal 1953 als Sieger aus dem überbetrieblichen Massenwettbewerb der Kunstseidenwerke der DDR hervor. Den Hauptanteil an dem Erfolg hatte der Kunstseidenbetrieb, der mit einer Planerfüllung von 105,5 Prozent erneut an der Spitze des innerbetrieblichen Wettbewerbs stand. Ihm folgten die Kolleginnen und Kollegen aus der Perlonfaser mit 102,8 Prozent. Der Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität konnte im Gesamtwerk mit 110,8 Prozent erfüllt werden. Das war die Krönung der Leistungen, die von der Belegschaft bei der Erfüllung der Planaufgaben im ersten Fünfjahrplan der DDR erzielt werden konnten. Mit dem Wettbewerbssieg in der Untergruppe Kunstfaser wurde das Werk auch gleichzeitig Sieger im Massenwettbewerb der Fachgruppe chemische Leichtindustrie.

Dieser Erfolg erfüllte die Kunstseidenwerker mit Stolz und Zuversicht. Ihre Anstrengungen im Kampf um hohe Produktionsergebnisse waren belohnt worden. Das gab neuen Auftrieb auch für das weitere Ringen im Kampf um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland.

In Premnitz wird nie mehr die I.G. Farben herrschen

Den restaurierten reaktionären und militaristischen Kräften in Westdeutschland war die sich festigende junge Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR immer mehr ein Dorn im Auge. Der Verlust ihrer Machtpositionen im Osten Deutschlands machte ihnen schwer zu schaffen. Es paßte nicht in ihre Konzeption, daß die Arbeiterklasse in der DDR mit ihren Verbündeten das Schicksal der Nation in die eigenen Hände genommen und dem Imperialismus und Militarismus den Weg nach Osten verlegt hatte. Deshalb versuchten sie mit allen Mitteln – von außen und durch Agenten von innen –, der Deutschen Demokratischen Republik Schaden zuzufügen.

Im Westen Deutschlands erstarkt der Revanchismus.

Diskussion über Produktionsfragen und politische Probleme am Arbeitsplatz (Bild rechts)

Auch im Premnitzer Werk waren Handlanger der gestürzten Klasse am Werk und spannen ihre dunklen Fäden. Kieselsteine in den Reifetrommeln, mutwillig abgerissene Fäden an den Etagenzwirnmaschinen und faschistische Schmierereien waren der Beweis dafür. Auch auf anderen Gebieten versuchten die Handlanger der gestürzten Ausbeuterklasse, Einfluß auf die Werktätigen des Kunstseidenwerkes zu nehmen. Mit einem Zuckerbrot, der Zahlung einer sogenannten I. G.-Rente an Betriebsangehörige für ehemalige Zugehörigkeit zum I.G.-Farben-Konzern, sollte die Zersetzungsarbeit im volkseigenen Betrieb gefördert werden. Die Zusammenhänge werden noch klarer, wenn man weiß, daß die Gelder für die I. G.-Rente vom sogenannten Büro Dr. Assmann in Westberlin abgeholt werden mußten. Dieses Büro stand in Verbindung mit einer Agentenzentrale. [60]

Leider fanden sich auch im Kunstseidenwerk Menschen, die dem Klassengegner ins Netz gingen und Aufträge ausführten. Bei einem fing es mit dem Kauf einer Schachtel Nivea-Creme vor dem Bahnhof Gesundbrunnen an. Dabei wurde er von einem gewissen Schneider zu einem Lokalbesuch eingeladen. Schneider notierte sich Angaben aus dem Personalausweis und zahlte dafür 20 Westmark. Es folgten zahlreiche Treffs, wo gegen Lieferung von Spionagematerial weitere Westmarkbeträge gezahlt wurden. Unsere Sicherheitsorgane kamen aber dem Agenten auf die Spur und machten seinem verbrecherischen Treiben ein Ende. Zwei Prozesse, die in den folgenden Jahren geführt wurden und die sich mit der Agententätigkeit von Angehörigen des Kunstseidenwerkes beschäftigten, enthüllten die Methoden, mit denen gearbeitet wurde. Einer der Geworbenen wurde nach sechseinhalb Jahren Agententätigkeit von den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik gefaßt und seiner gerechten Strafe zugeführt. Im Prozeß sagte er unter anderem folgendes aus: „Von Hansen (Agentenauftraggeber) bekam ich den Auftrag, über leitende Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre des Kunstseidenwerkes Auskunft zu geben. Ich habe auch an Hansen in groben Zügen das Verfahren von Prelana-Fasern mitgeteilt, ähnlich auch das von der Kunstseide. Über die Wünsche an Bedarf von Meßgeräten des Kunstseidenwerkes für die nächsten Jahre habe ich eine Zusammenstellung angefertigt und ausgeliefert. Ich habe die Beträge mitgeteilt, die die einzelnen Kunstseidenwerke der Deutschen Demokratischen Republik für die nächsten Jahre zu investieren wünschen." [61]

Auf dem Gebiet der Militärspionage waren besonders die Angaben über Flugplätze im Raum von Rathenow, Premnitz und Brandenburg für die westberliner Auftraggeber interessant. Ein anderer ehemaliger Agent, der im Auftrag der KGU (sogenannte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit) arbeitete, verkaufte ein gestohlenes Tonband, das die Aufzeichnung einer Parteiaktivtagung in Premnitz enthielt und entstellt über den Norddeutschen Rundfunk wiedergegeben wurde. [62]

Der Klassengegner nutzte aber auch Unzulänglichkeiten in der Leitungstätigkeit aus, um mit seinen Argumenten Einfluß auf politisch noch wenig gefestigte Werktätige zu nehmen. Besonders im ersten Halbjahr 1953 kam es vor, daß durch die großen Investaufgaben des Werkes und die Bindung zahlreicher Funktionäre an die Lösung dieser Fragen die Arbeit mit den Brigaden vernachlässigt wurde. So konnte es geschehen, daß die im Kunstseidenwerk gebildeten Kettenbrigaden sich auflösten und wieder in einzelne, voneinander losgelöste Brigaden zerfielen. Dazu kam, daß die kleinen Brigaden oftmals nur auf dem Papier bestanden.

Die große Bautätigkeit, die 1953 auch in Premnitz vor sich ging, erschwerte noch die Übersicht. So kam es, daß Konzentrationen des Klassengegners nicht rechtzeitig erkannt wurden. Geschickt nutzten die gegnerischen Kräfte auch einige Überspitzungen, zum Beispiel bei der Ausarbeitung von technisch begründeten Arbeitsnormen, aus, um Werktätige vom Weg des sozialistischen Aufbaus abzubringen.

Solche Erscheinungen begünstigten die Handlanger des wiedererstandenen Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland bei ihrem schmutzigen Geschäft, Diversanten

und Saboteure in die DDR einzuschleusen und Hetzpropaganda zu treiben. Vor allem von Westberlin aus wurden mit Hilfe der dort ansässigen Agentenzentralen Provokationen und Anschläge gegen die DDR und den demokratischen Teil Berlins organisiert. Die Frontstadtpolitik und die Politik des kalten Krieges gegen die DDR und andere sozialistische Staaten war darauf gerichtet, die sozialistischen Errungenschaften in der DDR wieder rückgängig zu machen. Mit einer wüsten antikommunistischen Hetze, die besonders über den RIAS ausgestrahlt wurde, sollten diese Ziele vorbereitet werden. Dabei nutzten die feindlichen Kräfte rigoros zeitweilige Schwierigkeiten aus, die sich bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR ergaben.

Aber mit Unterstützung der Sowjetunion konnte das Zentralkomitee der SED diesen Schwierigkeiten begegnen. Bereits am 9. Juni 1953 schlug das Politbüro des Zentralkomitees der SED dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik Maßnahmen zur Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht sowie zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, der Intelligenz, der Bauern und anderer werktätiger Schichten in der DDR vor. Am 11. Juni 1953 wurden sie erlassen. Die Maßnahmen, die auch als Politik des neuen Kurses bezeichnet wurden, stärkten den Staat der Arbeiter und Bauern in der DDR und dienten gleichzeitig dem Kampf gegen imperialistische und reaktionäre Machenschaften sowie für die Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. [63]

Wie in anderen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik sahen auch in Premnitz die Kräfte des Klassengegners ihre verbrecherischen Pläne in Gefahr. Deshalb beschleunigten sie überstürzt ihre Vorbereitungen für einen konterrevolutionären Putsch in der DDR, der zum Ziel hatte, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beseitigen. Die Ereignisse in Premnitz am 17. Juni bestätigten einerseits den aggressiven Charakter des Imperialismus, andererseits aber wurde auch deutlich demonstriert, daß sich die Kräfte des Fortschritts und des Friedens in der DDR zu einer starken Basis gegen alle reaktionären und chauvinistischen Machenschaften entwickelt hatten.

Aufgeputschten und vom Klassengegner gedungenen Elementen gelang es zunächst, Teile der Belegschaft zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Die unentschlossene Haltung einiger Leitungskader ermunterte die Putschisten sogar dazu, eine illegale sogenannte Streikleitung zu bilden. Viele Werksangehörige, die morgens bei Arbeitsbeginn nicht merkten, was gespielt wurde, liefen einfach mit. Sie kehrten aber den Provokateuren den Rücken, als sie von auftretenden „Rednern" deren wahre Absichten erfuhren, als gegen die Regierung der DDR und gegen die SED gehetzt wurde. Die verantwortungsbewußten und der Sache der Arbeiterklasse treu ergebenen Kräfte, Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz, ließen sich nicht beirren; sie traten gegen die feindlichen Subjekte auf und isolierten sie bald. Mehrere Produktionsbereiche, wie das Kraftwerk, die Kopfstation, SK- und A-Kohle-Betrieb, Perlon (DEDERON) und Schwefelsäure, standen fest an der Seite unseres Friedensstaates und arbeiteten weiter. Ihr Beispiel wirkte auf den ganzen Betrieb. Als dann Einheiten unserer Volkspolizei und der Roten Armee erschienen, war es endgültig mit dem Spuk vorbei. Die Anführer des Putsches, zum Beispiel der Provokateur Ohst, flohen zu ihren Auftraggebern nach Westdeutschland und Westberlin. Aus den Produktionstagesmeldungen ging hervor, daß am 17. Juni nur im Kunstseidenbetrieb die Produktionsleistung spürbar abgesunken war. Doch schon am nächsten Tag bewies die Belegschaft, daß sie mit den Provokateuren und Putschisten nicht auf eine Stufe gestellt werden wollte. Vor allem, als der Mord an dem Mitglied der SED, Willi Hagedorn aus Rathenow, bekannt wurde, distanzierte sich die Masse der Premnitzer Werktätigen von dem Putschversuch. Vielen wurde erst jetzt richtig klar, daß faschistische Verschwörer am Werk waren, um die Errungenschaften der jungen Republik zu zerstören. Unter Führung verdienter Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse wurde auch in Premnitz klargestellt, daß eine Restaurierung des Imperialismus auf dem Boden der DDR

nicht mehr möglich war; I. G.-Farben-Bosse werden in Premnitz niemals wieder den Ton angeben. Zu den fortschrittlichsten Kräften des Kunstseidenwerkes gehörten unter anderem die Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz: Willi Godesar, Karl Lill, Heinrich Stöß, Käthe Grohganz, Herbert Paschke, Hans Henke, Martin Kasperski, der ehemalige Werkleiter Erich Winkler und der damalige Produktionsdirektor Walter Nürnberg.

Im Juli 1953 führte die SED-Betriebsparteiorganisation ihre Delegiertenkonferenz durch. Auf der Grundlage der Beschlüsse des 15. Plenums des ZK der SED analysierten die Premnitzer Genossen kritisch ihre bisherige Arbeit. Sie beschlossen Maßnahmen, um die politische Erziehung aller Werktätigen zur Klassenwachsamkeit zu verstärken und die Verbindung der Partei zu den parteilosen Kolleginnen und Kollegen noch mehr zu festigen. Die Delegierten beschlossen, die Gewerkschaftsorganisation weiter tatkräftig zu unterstützen und die Anleitung der Jugendorganisation zu verbessern.

Besonders bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung war die Bildung von Arbeiterkampfgruppen. In die neue Leitung der Betriebsparteiorganisation wurden die Mitglieder gewählt, die sich am 17. Juni besonders bewährt hatten. Als Ersten Sekretär der Betriebsparteileitung wählte die neue Leitung Karl Lill. [64]

Als die westlichen Machthaber versuchten, durch eine gelenkte provokatorische Paketaktion einen neuen „Tag X" vorzubereiten, verstärkte die Partei ihre massenpolitische Arbeit. Sie entlarvte die menschenfeindlichen und heuchlerischen Absichten der Bonner Neofaschisten und ihrer Helfershelfer und orientierte darauf, den Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus noch konsequenter fortzusetzen.

Die konkreten Maßnahmen von Partei und Regierung zur schnellen Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung trugen wesentlich dazu bei, auch in Premnitz das Vertrauen der Werktätigen zur SED und zu ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu vertiefen. Dabei ist bemerkenswert, daß gerade die Frauen aus der Haspelei der Kunstseide I, im Juni noch ein besonderes Sorgenkind des Werkes, jetzt als Antwort auf die Verordnung des Ministerrates vom 10. Dezember 1953 die Initiative ergriffen und sich an die Spitze der Wettbewerbsbewegung im Kunstseidenwerk stellten. 46 Kolleginnen der Abteilung verpflichteten sich, nach dem Beispiel der Zittauer Weberin Frida Hockauf zu arbeiten. Sie sagte: „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein", und ging dazu über, mehrere Webstühle zu bedienen. Ihrem Beispiel folgend, wollten die Premnitzer Hasplerinnen bis zu drei Haspeln mehr bedienen als bisher. In kurzer Zeit breitete sich die Bewegung auf den ganzen Betrieb aus. 4000 Werktätige beteiligten sich am sozialistischen Wettbewerb, um an der Seite der Partei der Arbeiterklasse die umfangreichen Aufgaben im ersten Fünfjahrplan der DDR zu meistern. [65]

1954 – Jahr der großen Initiative

An der Jahreswende 1953/54 wurde immer sichtbarer, daß das Haupthindernis für die Herstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands in der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland bestand. Die Verträge von Bonn und Paris, die Westdeutschland in das aggressive Natobündnis einbezogen, bargen höchste Gefahr für die deutsche Nation in sich.

Es wurde zum Gebot der Stunde, durch die Initiative der besten Kräfte des deutschen Volkes, die in der DDR ihre Heimstatt hatten, ein Programm auszuarbeiten, das zum Ziel hatte, alle Gegner des deutschen Militarismus zusammenzuschließen und die nationale Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland, das gleichberechtigt unter den Völkern Europas lebt, zu erreichen.

Der IV. Parteitag der SED (30. März bis 6. April 1954) machte diese Aufgabe zu seinem Hauptanliegen. Er verabschiedete das Dokument „Der Weg zur Lösung der Lebens-

frage der deutschen Nation" [66]. Darin wurde allen Gegnern des deutschen Militarismus der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gewiesen. Das Dokument wandte den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten Bedingungen in Deutschland an.

Der Vorbereitung des IV. Parteitages der SED war im ersten Quartal 1954 die gesamte Tätigkeit im Kunstseidenwerk gewidmet. Die Premnitzer Arbeiter, Ingenieure und Chemiker wollten im Jahr der großen Initiative nicht zurückstehen.

Als am 2. Januar 1954 Walter Ulbricht in einer Rundfunkansprache an die Werktätigen der DDR appellierte, dem Beispiel Frida Hockaufs und der Belegschaft des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck" in Schwarza zu folgen, konnten die Premnitzer dank der Initiative der Frauen aus der Haspelei schnell Antwort geben. Mit 3200 Verpflichtungen im innerbetrieblichen Wettbewerb für die Verbesserung der Qualität, die genaue Einhaltung der Rezepturen und die Senkung der Abfallquoten erfolgte ein guter Start für das Jahr 1954. [67]

Dem Vorbild der Kolleginnen aus der Haspelei folgten die Arbeitsbrigaden der Zwirnerei, der Werkstätten, des Textiltechnikums und viele andere, die ihrem Wettbewerb einen neuen Inhalt gaben. In Versammlungen zum BKV 1954 diskutierten die Kollegen darüber, wie sie am besten ihre Produktionsleistungen verbessern konnten. Die BGL hatte alle Bereiche aufgerufen, den BKV durch eigene Vorschläge und aktive Mitarbeit zum eigenen Arbeitsplan der Belegschaft zu machen. Am 26. Februar konnte der BKV für 1954 von den Delegierten der Abteilungsgewerkschaften des Kunstseidenwerkes als Gesetz des Betriebes beschlossen werden. In den Gewerkschaftsgruppen hatten sich nahezu alle Belegschaftsangehörigen konkrete Ziele gestellt, um die Planaufgaben für 1954 zu erfüllen. Die Produktion sollte gegenüber 1953 auf 135 Prozent und die Arbeitsproduktivität auf 126 Prozent steigen, ohne daß zusätzliche Arbeitskräfte in Anspruch genommen wurden. Als wichtige Schlußfolgerung aus der Arbeit mit den vorangegangenen BKVs legten die Delegierten fest, daß ständig zu kontrollieren war, wie die Maßnahmen des BKV 1954 eingehalten und realisiert wurden. In regelmäßigen Abständen, und zwar quartalsweise, legten von nun an die Werkleitung und die BGL Rechenschaft darüber ab, wie der BKV erfüllt worden war.

Gleichzeitig stiftete die Werkleitung im Einvernehmen mit der BGL zur weiteren Entfaltung des innerbetrieblichen Wettbewerbs eine Wanderfahne. Jeweils die beste Brigade oder Abteilung, die aus der quartalsmäßigen Auswertung und Abrechnung der Wettbewerbsverpflichtungen als Sieger hervorging, war für das nächste Quartal Träger der Wanderfahne des Werkdirektors. Mit dem Quartalssieg im Wettbewerb und dem Überreichen der Wanderfahne war auch für die jeweilige Brigade oder Abteilung eine Wettbewerbsprämie zwischen 2000 und 7500 Mark verbunden. Als Vergleichsmaßstab für die Brigaden und Abteilungen im Wettbewerb waren vier Bedingungen ausgearbeitet:

1. größtmögliche Steigerung der Produktion gegenüber dem vorgegebenen Plan des Bereiches,
2. höchste Steigerungsquote der Arbeitsproduktivität nach den vorgegebenen Planwerten,
3. Senkung der durch den Produktionsbereich beeinflußbaren Selbstkosten über den geplanten Wert hinaus,
4. Übernahme von Sonderverpflichtungen, die der weiteren Verbesserung des gesamten Betriebsgeschehens dienten und deren Nutzen genau zu ermitteln war.

Die Ergebnisse der Wettbewerbsauswertungen wurden im „Aufwärts" veröffentlicht, so daß jeder über den Wettbewerbsstand seines Bereiches informiert war. Darüber hinaus berichteten Aktivisten des Fünfjahrplanes und hervorragende Neuerer in der Betriebszeitung, mit welchen Methoden sie selbst Höchstleistungen vollbrachten. Das waren wertvolle Beiträge, mit denen die Erfahrungen der Besten verallgemeinert werden konnten.

Das Entwicklungstempo in der Produktion verlangte aber auch vom Verwaltungsapparat, schneller und besser zu arbeiten und neue Methoden anzuwenden. Schon ein Jahr

zuvor hatte der Held der Arbeit Gerhard Opitz das Kunstseidenwerk besucht und in einer gemeinsamen Aussprache mit den Mitarbeitern des betrieblichen Rechnungswesens seine Methode der kurzfristigen Abrechnung nach dem Vorbild des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Lesinski erläutert. Obwohl schon Mitte 1953 mit der praktischen Einführung dieser Methode begonnen wurde, war noch immer kein wesentlicher Fortschritt zu spüren. Es wurde dringend notwendig, die wirtschaftliche Rechnungsführung noch umfassender und exakter endgültig durchzusetzen.

Nach dem Stiften der Wanderfahne für vorbildliche Leistungen im Wettbewerb durch den Werkdirektor entbrannte im Kunstseidenwerk zuerst der Kampf um die Wanderfahne. Einen wertvollen Beitrag leistete dabei die Jugend des Werkes.

Bereits im zweiten Halbjahr 1953 war es gelungen, die in den Kunstseidenbetrieben auseinandergegangenen Kettenbrigaden wieder zusammenzuschließen. Es gab dort zwei Kettenbrigaden mit rund 250 Jugendlichen. Die Jugendbrigaden I und II trugen den Namen „Woroschin". W. I. Woroschin war zwischen 1949 und 1951 als hervorragender Neuerer in der sowjetischen Textilindustrie hervorgetreten und hatte als Initiator des sozialistischen Wettbewerbs in seinem Kombinat seine Brigade so geleitet, daß ihr der Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität" verliehen werden konnte. Die beiden Jugendbrigaden in Premnitz standen miteinander im Wettbewerb. So kämpfte die Jugendbrigade Woroschin II, um den Anschluß an die Leistungen der Jugendbrigade Woroschin I zu erreichen, die schon einmal den Wettbewerb gewonnen hatte. Nun wollten die Woroschins II siegen. Die Brigademitglieder hatten sich verpflichtet, täglich an jedem Arbeitsplatz vier Konen (das entsprach 12 Prozent) mehr zu arbeiten. Unter Leitung ihres Brigadiers Heinz Boetig gab die Brigade Woroschin II den Auftakt zu einer Hochleistungswoche zu Ehren des IV. Parteitages der SED im gesamten Werk. In dieser Woche wurde im sozialistischen Wettbewerb auch von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade und auf anderen Ebenen um die Titel „Bester Traufenwärter", „Beste Brigade" und andere gerungen.

Die Leistungen der Jugendbrigade „Woroschin II" reichten schließlich aus, um den Leistungsstand der Jugendbrigade „Woroschin I" zu erreichen. Beide Brigaden wurden auf einer Konferenz der jungen Arbeiter und Brigadiere am 20. und 21. Februar 1954 in Leipzig vom damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht mit der Urkunde „Brigade der ausgezeichneten Qualität" geehrt, ein Erfolg, auf den alle Werktätigen im Kunstseidenwerk stolz waren.

Auf der Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation konnten die Delegierten aus allen Bereichen des Kunstseidenwerkes im Auftrag ihrer Kollektive von hervorragenden Initiativen zur Erfüllung der Verpflichtungen zum IV. Parteitag der SED berichten. Dank der Einsatzbereitschaft und der Schöpferkraft der Werktätigen konnte der Produktionsplan mit 101,1 Prozent erfüllt werden. Die Parteiorganisation des Werkes hatte sich bewährt und das Vertrauen der parteilosen Werktätigen zur SED und zur Regierung der DDR gefestigt. Nicht unwesentlich hatten dazu die nach langer Unterbrechung wieder durchgeführten differenzierten Ausspracheabende der Partei und der Werkleitung beigetragen. Das betraf auch die Gespräche mit den Ingenieuren und Chemikern zu aktuellen politischen Fragen über die Wiedervereinigung der deutschen Nation, den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland und über Probleme, wie die Aufgaben des Kunstseidenwerkes im ersten Fünfjahrplan der DDR zu lösen waren.

Auch aus dem Kunstseidenwerk waren Mitglieder der SED Delegierte des IV. Parteitages, unter ihnen die Sortiererin Maria Schulz und der Erste Sekretär der BPO, Karl Lill. Mit Elan berichteten sie nach ihrer Rückkehr von dem großen Erlebnis, Teilnehmer der höchsten Beratung ihrer Partei gewesen zu sein. Mit den Dokumenten des IV. Parteitages ausgerüstet, gaben sie den Werktätigen Antwort auf die Lebensfragen der deutschen Nation,

Initiatoren des Wettbewerbs im Kunstseidenwerk. Brigade „Woroschin II"

Maria Schulz (Bild unten)

ob das deutsche Volk den Weg des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts gehen oder den deutschen Militaristen und Imperialisten folgen sollte. Für die überwältigende Mehrheit der Kunstseidenwerker gab es nur eine Alternative, den Weg des Friedens.

Dieses Bekenntnis brachten sie nicht nur durch hohe Leistungen in den Anlagen des Werkes zum Ausdruck, sondern sie erfüllten auch die Losung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Deutsche an einen Tisch" mit Leben. Viele Angehörige des Werkes nahmen brieflich Verbindung mit westdeutschen Bürgern auf. Durch einen regen Austausch von Delegationen des Kunstseidenwerkes mit westdeutschen Betrieben, Gemeinden und Sportverbänden wurde ein enger Kontakt mit den Bürgern Westdeutschlands hergestellt. Dabei vermittelten die Kunstseidenwerker aus Premnitz den westdeutschen Bürgern die Wahrheit über die DDR und machten ihnen die Hintergründe der demagogischen Phrasen der Bonner Regierung klar. Manchmal kam es auch vor, daß Delegationsteilnehmer mit der Adenauerpolizei in Berührung kamen, die als Machtorgan der Bonner Regierung den Gedankenaustausch der Bürger beider deutscher Staaten mit brutaler Gewalt verhindern wollte. Das Mitglied der FDJ, Annemarie Seifert, wurde zum Beispiel von den Polizeischergen Adenauers verhaftet, weil sie mit westdeutschen Jugendlichen über die Zukunft der deutschen Nation sprechen wollte. [68]

Nach dem IV. Parteitag der SED bereiteten sich die Kunstseidenwerker auf den nächsten Höhepunkt des Jahres 1954 vor, die Volkswahlen am 17. Oktober. Die Arbeitskollektive verpflichteten sich, ohne Planschulden in der Produktion ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front zu geben. Doch die Aktivität der Kunstseidenwerker blieb nicht auf das Kunstseidenwerk beschränkt. Auch in den Ausschüssen der Nationalen Front der Wohngebiete, in den Leitungen der Haus- und Hofgemeinschaften von Premnitz und den umliegenden Ortschaften arbeiteten sie mit. Es gab keine Agitationseinsätze, an denen die Werktätigen in

Premnitz und Umgebung nicht mitgewirkt hätten. Mit Solidaritätsspenden unterstützten sie die Hilfsaktion der Regierung der DDR für die Hochwassergeschädigten. In allen Abteilungen des Werkes gab es Beauftragte, die eine ständige Verbindung mit den neu gebildeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sicherten. In ungezählten Ernte- und Agitationseinsätzen hatten die Kunstseidenwerker selbst einen großen Anteil an der Bildung der LPGs in den Patendörfern. Angehörige des Werkes folgten dem Ruf der Partei „Industriearbeiter aufs Land!" und gingen als Traktoristen, Instrukteure, Bürgermeister und Schlosser in die MTS, LPGs und ländlichen Gemeinden, um den werktätigen Bauern beim Aufbau des Sozialismus auch auf dem Lande zu helfen. Dieser Aufgabe widmeten sich auch die Kultur- und Volkskunstgruppen des Werkes, die nicht nur zu Gastspielen in den Dörfern auftraten, sondern selbst Unterstützung gaben, um in den Gemeinden und LPGs ebenfalls Volkskunstgruppen zu bilden. In gleicher Weise waren Sektionen der Betriebssportgemeinschaft tätig. Überall wurde spürbar, das Jahr 1954 entwickelte sich zum Jahr der großen Initiative.

Während die Werktätigen in der DDR sich mit eindeutiger Mehrheit am 17. Oktober für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands entschieden, unterzeichnete Adenauer im Oktober 1954 gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes die Pariser Verträge. Dieser erneute Staatsstreich gegen die Interessen der deutschen Nation ließ erkennen, daß die deutschen Imperialisten die Periode der Stabilisierung ihrer Macht für abgeschlossen hielten. Nunmehr wollten sie zu einer Politik der aggressiven und kriegerischen Lösung der deutschen Frage übergehen. Antikommunismus und Revanchismus wurden von der Adenauerclique zur offiziellen Staatspolitik erhoben. [69]

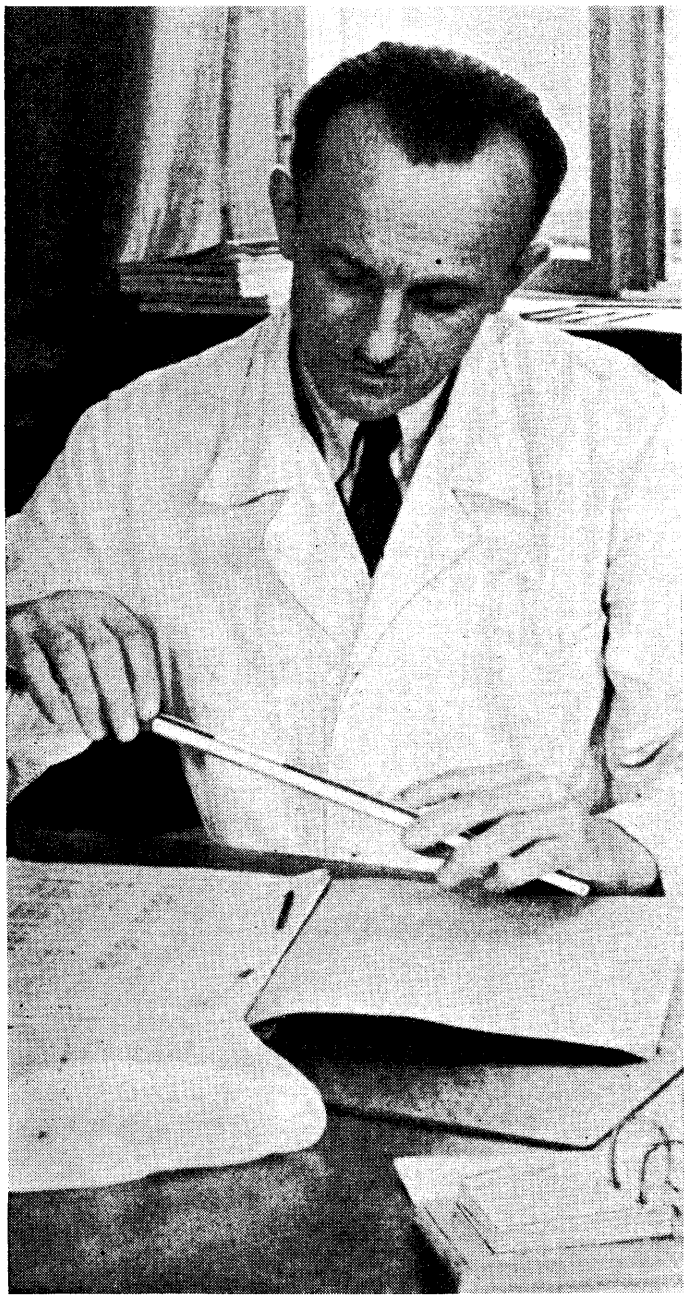
Die Arbeiter, Handwerker und Angehörigen der Intelligenz des Kunstseidenwerkes reagierten auf ihre Weise auf die antinationale Politik der Adenauerregierung. Sie hatten ihre Verpflichtungen zu den Volkswahlen in Ehren erfüllt und stellten sich nun neue Aufgaben, um die DDR politisch und ökonomisch zu stärken. Der Kunstseidenbetrieb II sollte noch 1954 voll in Betrieb gehen. Am 27. November wurde im neuen Kunstseidenbetrieb die letzte von 236 HKZ-Maschinen angesponnen. 28 Monate zuvor hatte die erste Maschine dieses neuen Typs die Produktion aufgenommen. In Anbetracht des großen Ereignisses für die Kunstseidenwerker waren der Werkdirektor, der BGL-Vorsitzende, der Sekretär der BPO und andere leitende Funktionäre bei der feierlichen Inbetriebnahme der Spinnmaschine anwesend. Abteilungsleiter und Meister wischten selbst die Spinndüsen ab, tauchten sie ins Spinnbad, holten den Faden über die Streckstufe und legten ihn auf die Kongulationswalzen, dann übernahmen die Spinner ihre Arbeit. Das war ein würdiges Ereignis im Jahr der großen Initiative. Es beschloß eine hervorragende Leistung der Ingenieure, Bauarbeiter und Handwerker. Den Kunstseidenwerkern wurde ein neuer Betriebsabschnitt – voll ausgerüstet mit der geplanten Produktionskapazität – zur Herstellung hochwertiger Viskosekunstseide für Textilien zum Wohle der DDR zur Verfügung gestellt.

Die vorfristige Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben für 1954 bewiesen überzeugend die Haltung der Kunstseidenwerker zu ihrem Staat. Als erster erfüllte der SK-Betrieb am 13. Dezember seinen Produktionsplan. Ihm folgten am 21. Dezember der Aktivkohlebetrieb und am 31. Dezember die Kunstseidenbetriebe. Der Gesamtplan des Werkes wurde mit 101,7 Prozent erfüllt. Damit war die geplante Steigerung überboten.

Erstmals wurden 1954 in Premnitz synthetische Fasern in größeren Mengen produziert. Im Gebäude 756 war eine Produktionsanlage für Polyamidfasern errichtet worden. Sie nahm im Januar die Produktion auf. Damit waren die Premnitzer aus dem Stadium der Versuchsproduktion heraus und konnten mithelfen, den ständig steigenden Bedarf an synthetischen Fasern zu decken.

Über die Produktionserfolge hinaus entfalteten die Prem-

Produktionsstätte der DEDERON-Faser



Oberingenieur Vinzenz Nagel

nitzer eine hohe politische Aktivität im Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bonner Bundestag. Ein Betriebsinitiativkomitee zur Förderung der friedlichen Lösung der deutschen Frage unter der Leitung des Leiters der kaufmännischen Abteilung, Herbert Kratzer, wurde gebildet. In 67 Versammlungen nahmen 4760 Kolleginnen und Kollegen in 41 Protestresolutionen gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands Stellung. Angehörige der verschiedenen Fraktionen des Bonner Bundestages wurden energisch aufgefordert, dafür zu sorgen, daß jegliche Kriegsdebatten im Bundestag abgesetzt würden.

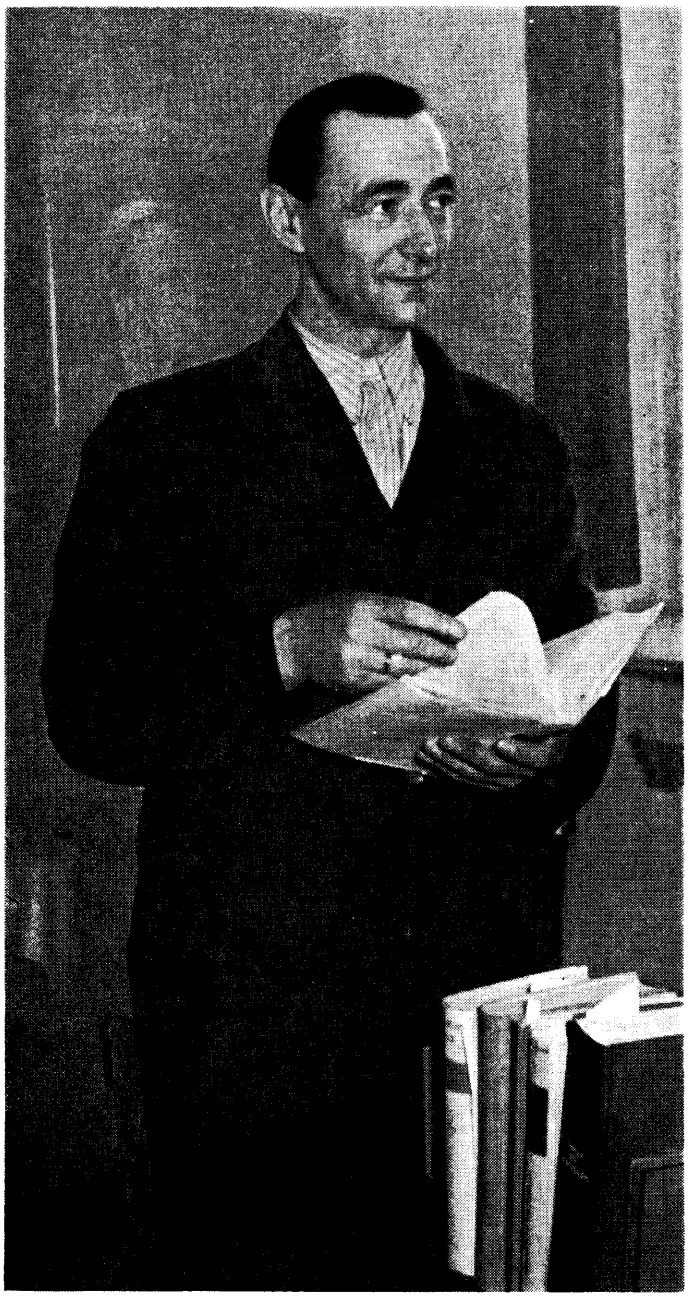
Das Hauptaugenmerk der Belegschaft blieb aber nach wie vor auf die Weiterentwicklung der Produktionsanlagen im Werk gerichtet. Entsprechend den Richtlinien der 21. Tagung des Zentralkomitees der SED galt es jetzt, noch tiefer in die Probleme der Ökonomie einzudringen, die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Ökonomie zu erkennen und daraus solche Schlußfolgerungen zu ziehen, die in der Praxis die weitere Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse garantierten. Eine Aktivtagung der Parteiorganisation des Werkes zur Auswertung des Plenums legte dazu die notwendigen Maßnahmen fest.

Die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes der DDR im Kunstseidenwerk

Das letzte Jahr des ersten Fünfjahrplanes der DDR begann. Die Kunstseidenwerker waren dabei, der Diskussion zu den Problemen des 21. Plenums des ZK der SED, das eine neue Etappe zur Lenkung und Leitung der Produktion sowie der schöpferischen Mitwirkung der Werktätigen aus den Arbeitskollektiven einleitete, praktische Maßnahmen anzuschließen. Eine Parteiaktivtagung beschloß in diesem Zusammenhang, in geeigneter Form Beratungen einzuberufen und abzuhalten.

Am 5. Februar 1955 wurde im Kunstseidenwerk die erste ökonomische Konferenz der Parteiorganisation eröffnet.

Obermeister Kurt Stuf

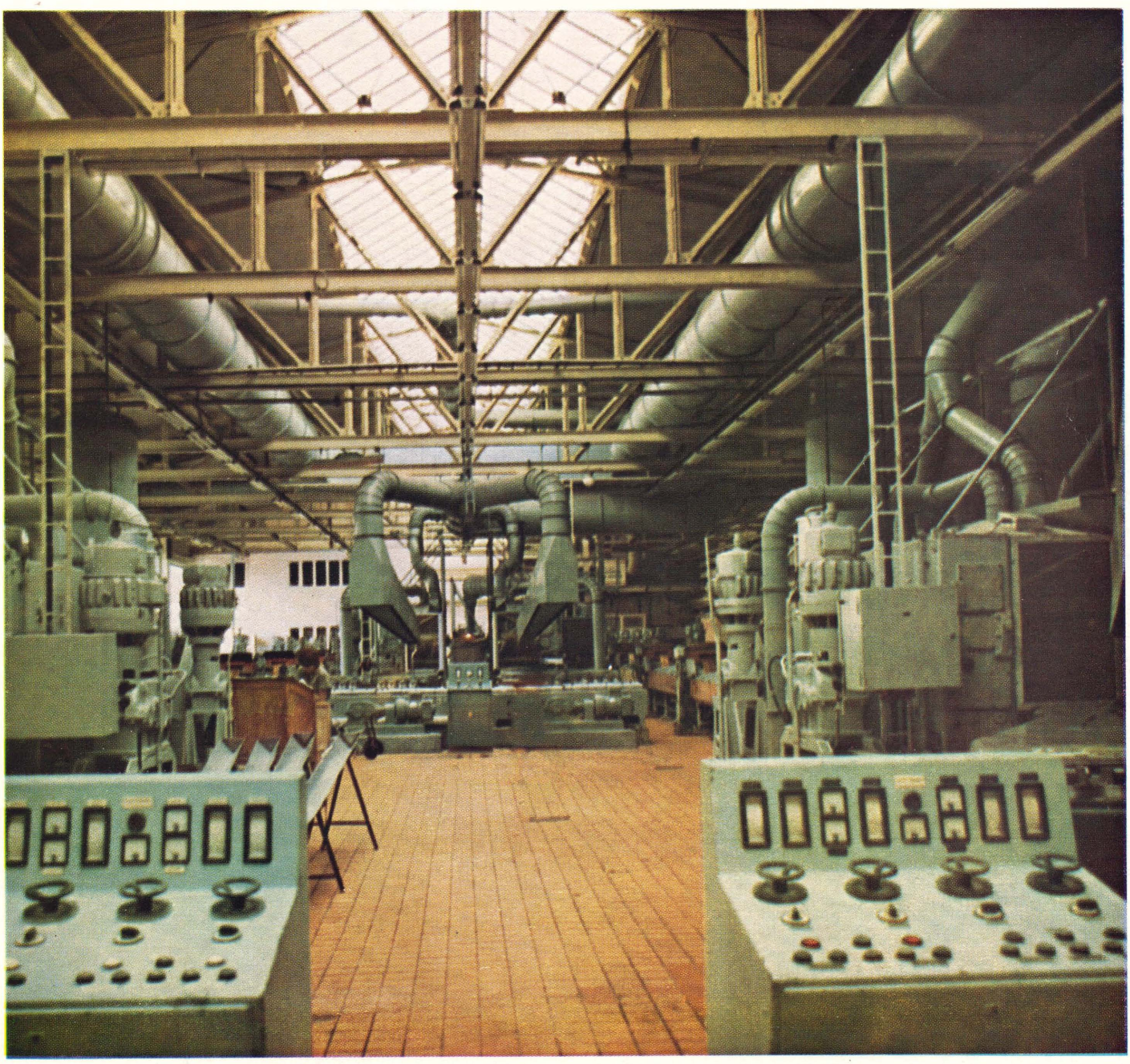


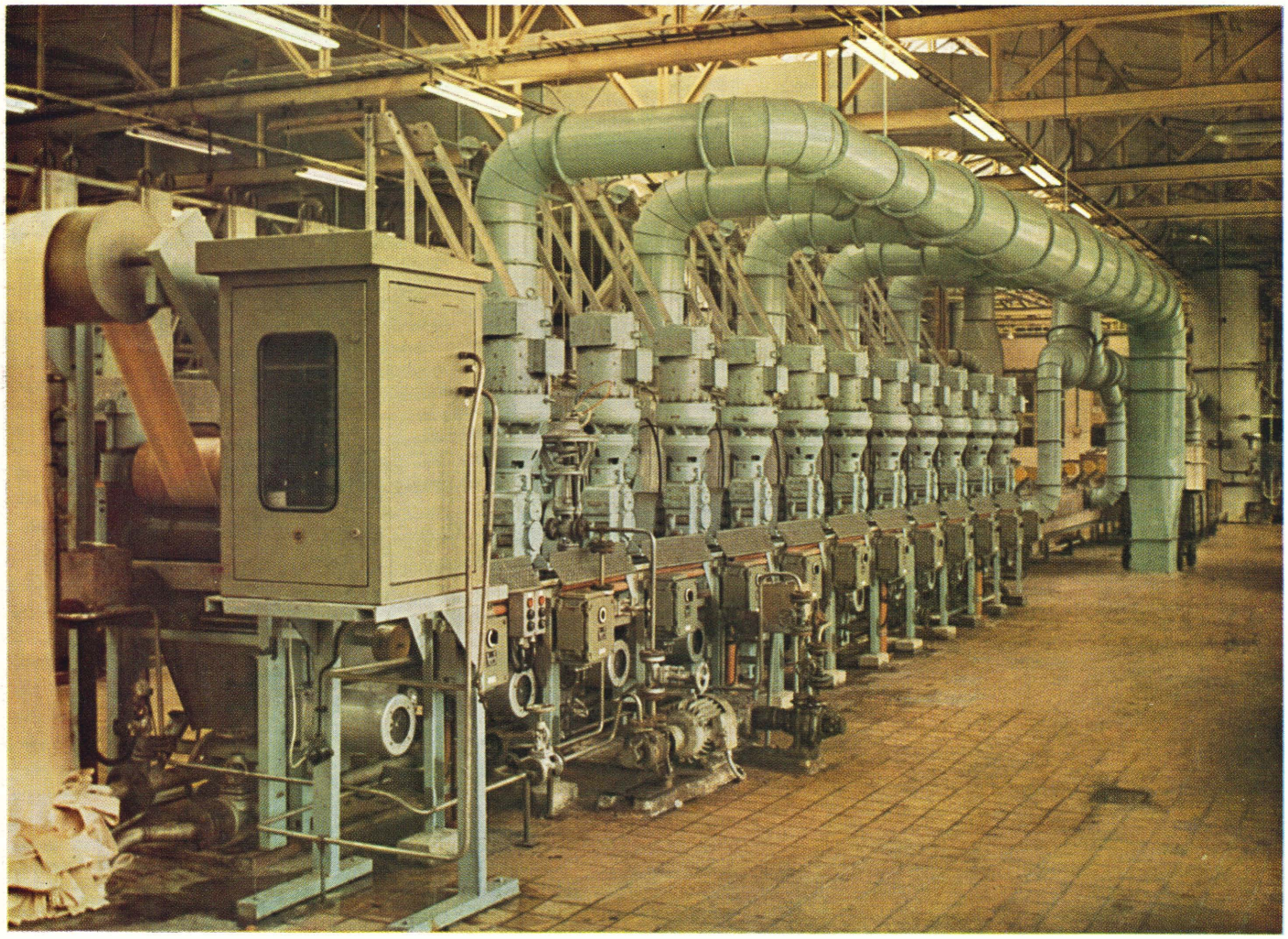
Werktätige aus allen Abteilungen und Betriebsbereichen des Werkes waren vertreten, ebenso leitende Funktionäre des Werkes und der Massenorganisationen. Nachdem die Aufgaben der Konferenz durch den Werkdirektor erläutert wurden und die Diskussion beendet war, wurden Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erhöhung der Rentabilität des Werkes beschlossen. Es handelte sich im wesentlichen um Maßnahmen zur technisch-organisatorischen Verbesserung des Produktionsprozesses in den einzelnen Bereichen. Dabei galt es besonders, die Störanfälligkeit der Anlagen zu vermindern, die Reparaturzeiten zu verkürzen, den Materialfluß zu verbessern und ein strenges Sparsamkeitsregime durchzusetzen. Darüber hinaus sollten die Anstrengungen erhöht werden, um das sogenannte Bummlerwesen (unentschuldigte Fehlschichten) zu beseitigen.

Die Konferenzteilnehmer riefen alle Werksangehörigen auf, ihre Mitarbeit auf diesem Gebiet zu erhöhen, und schlugen vor, im Laufe des Jahre 1955 einen zusätzlichen Gewinn von 1,9 Millionen Mark zu erarbeiten. Alle Beiträge in dieser Richtung sollten in einem Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen (TOM-Plan) erfaßt und am Jahresende abgerechnet werden. Damit war der Weg frei, daß auch im Kunstseidenwerk das Jahr 1955, ausgehend von der großen Initiative 1954, zum erfolgreichsten Jahr im ersten Fünfjahrplan gestaltet werden konnte. Mit dieser Zielstellung entsprachen die Kunstseidenwerker auch den Wünschen des ersten Arbeiterpräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, der anläßlich einer Frauentagung in Berlin die Vorsitzende des Frauenausschusses des Kunstseidenwerkes, Jutta Jendraschek, persönlich gebeten hatte, die Werktätigen des Kunstseidenwerkes zu grüßen und ihnen zu sagen, daß es bei der Planerfüllung kein Nachlassen geben dürfe und daß 1955 noch höhere Anforderungen an alle gestellt werden müßten. [70]

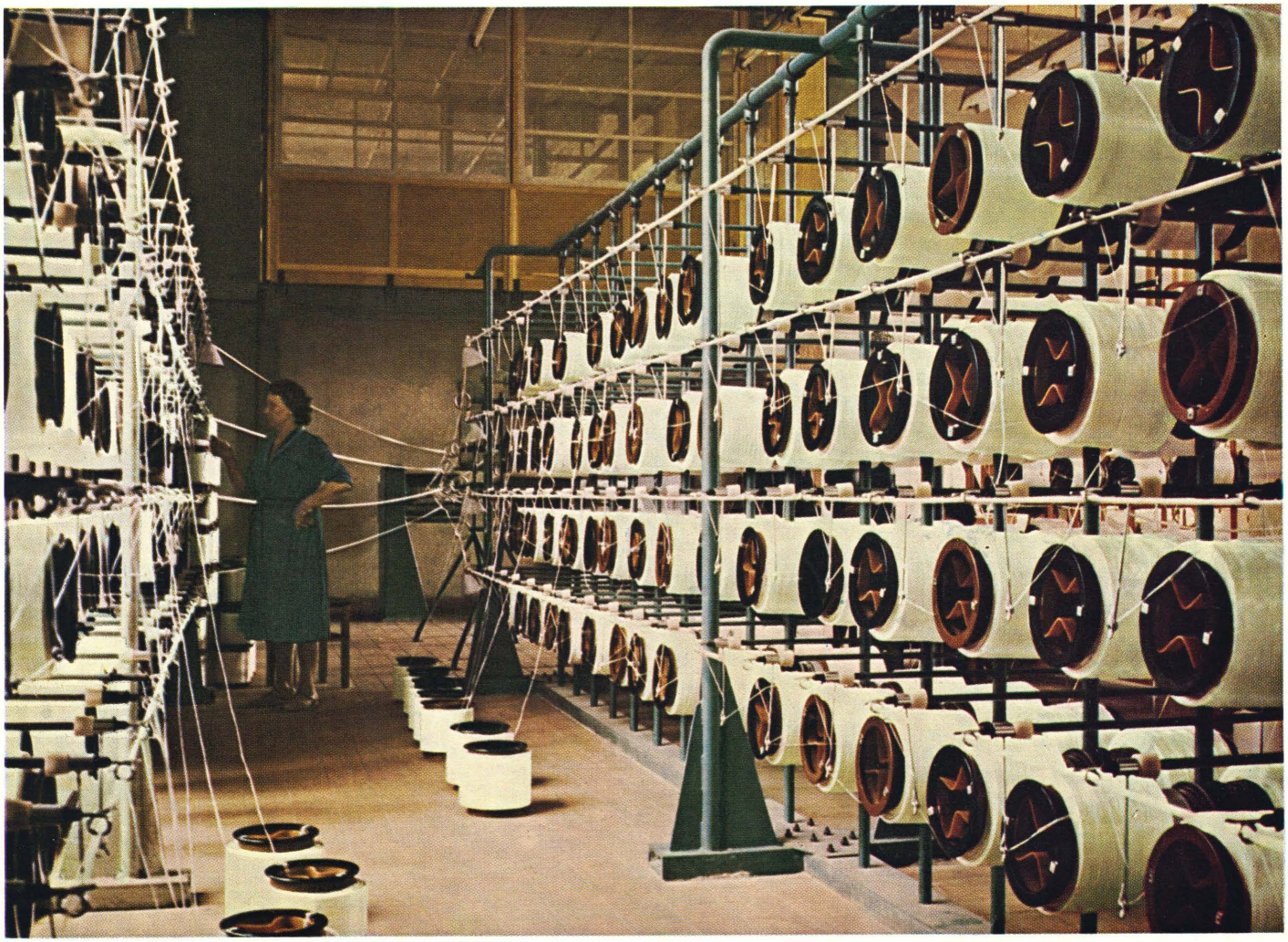
Mit der Orientierung der ersten ökonomischen Konferenz des Kunstseidenwerkes ausgerüstet, traten nun die Arbeiterinnen und Arbeiter der Meisterbereiche und Brigaden

Moderne Chemiefaseranlage





Blick auf moderne Produktionsanlagen



Kampfdemonstration zum 1. Mai

Das VVN-Ehrenmal am Thälmannplatz

Bereit zur Verteidigung
unserer Errungenschaften:
Kampfgruppen der Arbeiterklasse (links)
Angehörige der GST (rechts)

Grundsteinlegung für die WOLPRYLA-Faser-Neuanlage

zu Produktionsberatungen zusammen. Sie diskutierten über ihren Anteil an den Gesamtaufgaben des Werkes. Im Bereich Kunstseide I und II trafen sich zum Beispiel alle Brigaden der Spinnerei I und II zu einer Produktionskonferenz. Nach eingehender Beratung wurde ein Aufruf an alle Brigaden des Werkes beschlossen, ein Produtionsaufgebot durchzuführen. Ziel sollte sein, noch bessere Kunstseide zu erspinnen, im Wettbewerb noch mehr Aktivistenschulen einzurichten und mehr Neuerermethoden anzuwenden als bisher. Weiterhin verlangten die Arbeiterinnen und Arbeiter von den Mitarbeitern der Planungsabteilung, den Plan bis auf jede Brigade aufzuschlüsseln und die erreichten Qualitätswerte für alle Titer ständig bekanntzugeben.

Neben Materialeinsparungen, Verkürzungen der Ausfallzeiten und anderem kam es im Kampf um hohe Rentabilität auch darauf an, sparsam mit Elektroenergie umzugehen. Ein hoher Nutzungsgrad aller Energiequellen war nicht nur ein Beitrag zur Senkung der Kosten. Energie sparsam verwenden bedeutete auch volkswirtschaftlich denken, um den Energieplan der DDR erfüllen zu helfen. Die Arbeiter der Schwefelsäureanlage erzielten in dieser Richtung einen beispielhaften Durchbruch. Sie fuhren ihre Anlage so, daß trotz erhöhter Produktion eine 15- bis 20prozentige Senkung des Bedarfs an Elektro-, Wasser- und Dampfenergie eintrat.

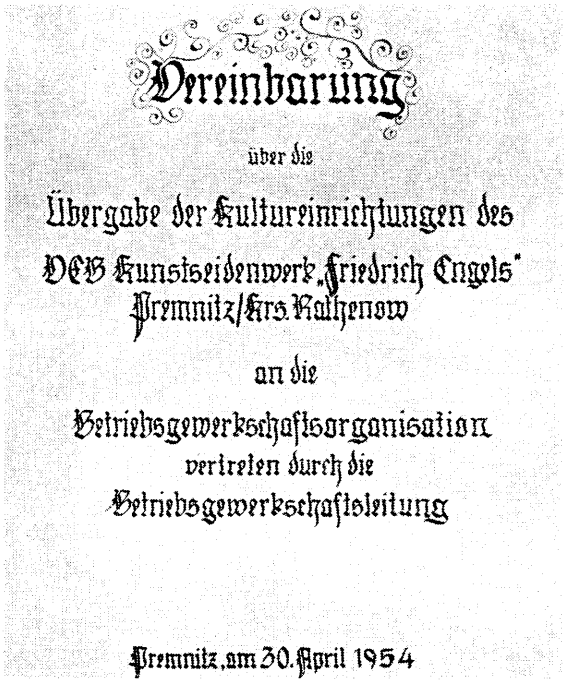
Mit solchen und ähnlichen Leistungen protestierten die Angehörigen des Kunstseidenwerkes gleichzeitig gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge durch die reaktionäre Mehrheit des westdeutschen Bundestages. Westdeutschland wurde zum Hauptstörenfried der Sicherheit der europäischen Länder und des Weltfriedens. Aus dieser Erkenntnis fand der Abschluß des Warschauer Vertrages im Mai 1955 große Zustimmung bei der Belegschaft des Kunstseidenwerkes. Durch die Freundschaft und das Bündnis mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten war die DDR als gleichberechtigter und unabhängiger Staat zuverlässig gegen alle Angriffe des aggressiven Natopaktes geschützt. Das wurde auch von der Mehrzahl der Kunstseidenwerker richtig verstanden. Deshalb begrüßten sie den Beschluß der Regierung der DDR, den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat militärisch zu schützen. Mit zahlreichen Freiwilligenmeldungen zu den bewaffneten Organen der DDR unterstrichen die Kunstseidenwerker ihre Zustimmung. Die Jugendfreunde Kurt Gericke und Waldemar Riedel gehörten zu den zahlreichen Jugendlichen, die damals ihre Maschine mit dem Gewehr vertauschten, um den Arbeiter-und-Bauern-Staat schützen zu helfen.

Mitte des Jahres 1955 tagte das 24. Plenum des ZK der SED, das die Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse auf die Tagesordnung setzte.

Es begann der Kampf um wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Bereits im Mai hatte die Betriebsparteileitung erkannt, daß die Zielstellung der ersten ökonomischen Konferenz zu begrenzt war. Obwohl die Konferenz grundsätzliche Voraussetzungen für die Erarbeitung des TOM-Plans geschaffen hatte, beschränkten sich die Festlegungen lediglich auf das Planjahr 1955. Außerdem stellte sich bald heraus, daß solche Konferenz langfristiger und tiefgründiger vorbereitet werden mußte, wenn sie den hohen Anforderungen gerecht werden wollte. Deshalb beschlossen die Mitglieder der Betriebsparteileitung, eine zweite ökonomische Konferenz durchzuführen.

Mit dem Material der 24. Tagung des ZK der SED hatten die Premnitzer Genossen eine klare und konkrete Anleitung für ihre Konferenz erhalten. Der Zweite Sekretär der Betriebsparteileitung, Günter Gumpel, leitete die Etappe der Vorbereitung der zweiten ökonomischen Konferenz der Parteiorganisation des Kunstseidenwerkes.

Sollte die Konferenz ein voller Erfolg werden, dann mußte das gesamte Werkkollektiv in die Vorbereitung und Durchführung einbezogen werden. Das setzte aber voraus, daß die Probleme nicht nur vom technischen oder fachlichen Standpunkt aus behandelt wurden; wichtig war, daß allen Menschen die engen Zusammenhänge zwischen Politik und Ökonomie klarer wurden. Deshalb stellte die Betriebsparteiorganisation verstärkt die politisch-ideologische Arbeit in den



Vereinbarung

über die

Übergabe der Kultureinrichtungen des VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" Premnitz/Krs. Rathenow

an die

Betriebsgewerkschaftsorganisation vertreten durch die Betriebsgewerkschaftsleitung

Premnitz, am 30. April 1954

Die Verantwortung der Gewerkschaften für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wächst ständig.

Mittelpunkt der Vorbereitungen, die durch eine theoretische Konferenz zu Fragen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet wurden.

Die unmittelbare Vorbereitung der zweiten ökonomischen Konferenz lag in Händen einer zentralen Kommission, die im Auftrag der Betriebsparteileitung vom Werkdirektor berufen wurde. Zur Lösung der einzelnen Probleme setzte die zentrale Kommission weitere Arbeitsgruppen ein, die sich mit solchen Fragen befaßten wie Entwicklung der Rentabilität der Produktionsbereiche und des Gesamtwerkes sowie Lösung der arbeitsorganisatorischen und technologischen Probleme. Ferner beschäftigten sich die Arbeitsgruppen damit, in welcher Phase sich das System der Planung und der wirtschaftlichen Rechnungsführung befand, welche Methoden zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität anzuwenden und wie die einzelnen Produktionsbereiche und das Gesamtwerk entsprechend den volkswirtschaftlichen Bedingungen einzugliedern waren. Darüber hinaus wurde untersucht, wie das betriebliche Rationalisatoren- und Neuererwesen auf die Schwerpunkte orientierte und wie der Leistungslohn und die Ausarbeitung weiterer technisch begründeter Arbeitsnormen die Wirkung der ökonomischen Gesetze im Werk beeinflußten.

Von den Mitgliedern der Kommission und der Arbeitsgruppen wurden in relativ kurzer Zeit (Juni bis September 1955) umfangreiche Arbeiten geleistet. Schon in der Vorbereitungszeit wurde das Augenmerk darauf gerichtet, daß die Belegschaft die Aufgabenstellung verstand und entsprechende Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb übernahm. Die Meister, Abteilungsleiter, Betriebsleiter und Hauptabteilungsleiter mußten für ihren Bereich voll verantwortlich sein. Jetzt galt es, konkret auf Mark und Pfennig nachzuweisen, in welcher Zeit und mit welchen Mitteln Einsparungen erzielt werden konnten und wie die Kontrolle solcher Maßnahmen zu organisieren war.

Mit der Losung „Alle Kraft zur allseitigen Stärkung der Volksmacht in der Deutschen Demokratischen Republik und zur Sicherung und Verteidigung des Friedens!" unterstützte die BGL in allen Bereichen des Kunstseidenwerkes mit Gewerkschaftsaktivtagungen, Tagen des Meisters, Tagen des sozialistischen Neuerers, Jugendversammlungen und Produktionsberatungen die Vorbereitung der zweiten ökonomischen Konferenz der Parteiorganisation.

Die Abrechnung der Arbeitsleistungen für das erste Halbjahr 1955 zeigte bereits, daß die Belegschaft erste Erfolge zu verzeichnen hatte. Mit 105,4 Prozent rechneten die Kunstseidenwerker die Planerfüllung ab. Besonders gute Leistungen erreichten im Monat Juni das Kraftwerk und der Perlon-Faser-Betrieb. Sie hatten das bisher höchste Quartals- bzw. Monatsergebnis erreicht. Auch die Qualität der Kunstseide konnte trotz neuer Gütemerkmale wesentlich verbessert werden. Erstmalig nach der Neueinstufung wurde ein durchschnittliches Monatsergebnis von über 70 Prozent der Güteklasse I im Kunstseidenbetrieb Suprema erzielt. [71]

Für das zweite Halbjahr 1955 stellten sich die Werktätigen im Kunstseidenwerk das Ziel, die Aufgaben im Volkswirtschaftsplan 1955 und damit den ersten Fünfjahrplan der DDR vorfristig zu erfüllen. Sie schlossen sich dem Aufruf der Werktätigen aus dem VEB Berliner Reifenwerke an, anläßlich des 80. Geburtstages von Wilhelm Pieck den sozialistischen Wettbewerb mit dem „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" weiterzuführen. In diesem Wettbewerb wurde die zweite ökonomische Konferenz ein besonderer Höhepunkt. Einen verdienstvollen Beitrag in diesem Aufgebot leistete die Betriebssektion der KDT. Das bereits 1952 geschaffene Technische Kabinett erwies sich dabei als eine wertvolle Einrichtung. Zunächst hatte es in erster Linie der Weiterentwicklung des Vorschlags- und Erfindungswesens gedient. Nun fanden dort auch Vorträge zu Fragen des Aufbaus des Sozialismus statt, Aussprachen gab es über Probleme der Technologie der Kunstseide und anderer Produkte, und Ausstellungen über technisch-technologische Probleme des Werkes informierten in verständlicher Weise über die Schwerpunkte bei der Modernisierung und Mechanisierung der Produktion. Mit solchen Maßnahmen gaben die Ange-

hörigen der Intelligenz dem Wettbewerb zum „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" und der Vorbereitung der zweiten ökonomischen Konferenz der Betriebsparteiorganisation neue Impulse.

Die intensive und vielseitige Vorbereitung der Konferenz mit allen Teilen der Belegschaft mußte ein voller Erfolg werden. Denn allein die unterbreiteten Vorschläge aus dem Bereich synthetische Fasern hatten einen vorausberechneten Nutzen von 150 000 Mark. Insgesamt nahm die Konferenz in den gemeinsam erarbeiteten TOM-Plan 244 Maßnahmen auf. Das ergab insgesamt einen ebenfalls vorausberechneten Nutzen von eineinhalb Millionen Mark. Auf dieser Grundlage beschlossen die Konferenzteilnehmer, das im Februar gestellte Ziel von 1,9 Millionen Mark zusätzlichen Gewinn auf drei Millionen Mark für 1955 zu erhöhen.

Das Ergebnis der zweiten ökonomischen Konferenz der Betriebsparteiorganisation war ein wesentlicher Beitrag, das Jahr 1955 zum erfolgreichsten des ersten Fünfjahrplanes auch in Premnitz zu gestalten. Alle Pessimisten, die bezweifelt hatten, daß drei Millionen zu schaffen waren, wurden eines besseren belehrt. Die Schöpferkraft der Werktätigen in der Produktion, ihr gemeinsames Denken und Handeln mit den Ingenieuren und Chemikern brachte Leistungen hervor, mit denen auch die Erwartungen der Optimisten übertroffen wurden.

Dank der fleißigen Arbeit des gesamten Werkkollektivs wurden am 17. November 1955 die Aufgaben des Fünfjahrplanes erfüllt. Am 7. Dezember 1955 wurden die Planaufgaben für das Jahr 1955 erreicht. Voller Stolz und Siegesgewißheit konnten die Werktätigen des Kunstseidenwerkes das Weihnachtsfest begehen. Sie stellten im Planjahr 1955 dem Staatshaushalt dreieinhalb Millionen Mark überplanmäßigen Gewinn zur Verfügung. [72] Das war ein gemeinsamer Erfolg des gesamten Werkkollektivs, an dessen Spitze die Betriebsparteiorganisation stand.

Andererseits war dieses Ergebnis auch eine eindeutige Abfuhr für die antinationalen Politiker in Westdeutschland, die immer noch hofften, daß durch ihre Hetze die Werktätigen der DDR vom Aufbau des Sozialismus Abstand nehmen würden. Die Kunstseidenwerker hatten den ersten Fünfjahrplan der DDR in ihrem Abschnitt der Volkswirtschaft übererfüllt.

Schauen wir an dieser Stelle noch einmal zurück. Oktober 1949. Ein Aktivist stand auf und sagte: „Wir wollen unserem Werk den Namen ‚Friedrich Engels' geben."

Im gleichen Jahr wurde von 2208 Tonnen Viskosekunstseide noch über die Hälfte als Strangseide verarbeitet. Dann, 1950, stellte der erste Fünfjahrplan eine gewaltige Aufgabe. Premnitz wurde eines der größten Kunstseidenwerke Europas. Geld wurde investiert, Wettbewerbe wurden organisiert, es wurde gebaut und diskutiert, wie alles noch besser, noch schneller gehen könnte. Der Klassengegner drohte, wurde angriffslustig, die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei warf ihn zu Boden. Und immer wieder mußten neue Aufgaben gelöst werden. Lernen, lernen und nochmals lernen! Alle mußten es tun. Eines Tages, im Dezember 1955, war es geschafft. Die Bruttoproduktion des Werkes stieg im Verhältnis zu 1950 auf 228,5 Prozent. Zwei neue Produktionsanlagen waren entstanden, die Kunstseidenanlage Prezenta und eine Anlage zur Produktion synthetischer Fasern DEDERON (Perlon). In einer Versuchsanlage konnten 1955 erstmals 14 Tonnen WOLPRYLA (damals noch Prelana) hergestellt werden. Der Gewinn des Gesamtwerkes stieg in den betreffenden fünf Jahren um das Sechseinhalbfache.

Die Belegschaftsstärke war um mehr als das Doppelte angewachsen. In den gesellschaftlichen Organisationen, in der Nationalen Front der Wohngebiete waren Hunderte von Werksangehörigen als ehrenamtliche Funktionäre tätig. Sie wirkten in allen demokratischen Einrichtungen zum Wohle aller Einwohner aktiv mit. In der Betriebsparteiorganisation der SED waren fast 900 Genossinnen und Genossen organisiert.

In den fünf Jahren des ersten Fünfjahrplanes waren in Premnitz 675 neue Wohnungen und zehn Verkaufsstellen entstanden. Eine Sportanlage, ein Kulturhaus und Kindergärten, ein Wochenheim und zwei Krabbelstuben mit insge-

samt 626 Plätzen wurden gebaut. Außerdem standen ein Klubhaus, ein Nachtsanatorium und das Jugendklubhaus zur Freizeitgestaltung und gesundheitlichen Betreuung zur Verfügung. Vor 1945 hatten sich in diesen Gebäuden die Beauftragten der I. G. Farben aufgehalten. Im Nachtsanatorium zum Beispiel wohnte ganz allein der I. G.-Farben-Direktor. Der Premnitzer See, zur I. G.Farben-Zeit eingezäunt und nur zur Verfügung der I. G.-Gewaltigen, stand allen Werktätigen zur Verfügung. Der Durchschnittsverdienst je Produktionsarbeiter war in den vergangenen fünf Jahren auf 131 Prozent gestiegen. Diese Angaben sind nur einige von vielen.

Die Kunstseidenwerker, die neben Kunstseide Suprema und Prezenta noch eine Reihe anderer Erzeugnisse produzierten, hatten auch über die Grenzen des Werkes hinaus Ansehen und Achtung errungen. Den vereinten Anstrengungen der Arbeiter und Ingenieure war es gelungen, auf dem Gebiet der Herstellung von Aktivkohle und Schwefelkohlenstoff den internationalen Stand zu erreichen. Premnitzer Erzeugnisse wie Perlon-Faser, Viskosekurzfaser, Schwefelkohlenstoff und Aktivkohle wurden exportiert. Seit 1951 hatten sich Handelsbeziehungen mit fünf sozialistischen und vier kapitalistischen Ländern entwickelt.

Bei der Würdigung des hohen Einsatzes der Werktätigen beim Aufbau des Werkes fand besonders auch die Arbeit der Intelligenz hohe Anerkennung. Die Chemiker, Ingenieure und Meister des Werkes waren mit beteiligt an der Planung, Konstruktion und sogar am Aufbau von Chemiefaseranlagen für die UdSSR, die ČSSR, die VR Ungarn, VR China, VR Rumänien und für Indien.

Voller Stolz konnte Werkdirektor Erich Winkler auf einer Festveranstaltung im Kunstseidenwerk zum 10. Jahrestag der Bildung volkseigener Betriebe in der DDR feststellen: „. . . in unserem volkseigenen Betrieb drehen sich heute die Räder für den Frieden, ist die Arbeit auf das Ziel gerichtet, ständig die Lebenslage der Werktätigen zu verbessern, für den Wohlstand und das Glück unseres Volkes. . . . Von unseren langjährig im Werk tätigen Arbeitern wird immer wieder bestätigt, daß die Größe des jetzigen Werkes, die Arbeitsbedingungen und die überhaupt erst nach 1945 geschaffenen sozialen und kulturellen Einrichtungen keinen Vergleich mehr zulassen zu der Zeit, als das Werk noch zum I. G.-Konzern gehörte. Unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht wurde unser volkseigener Betrieb zum größten Kunstseidenwerk Europas ausgebaut und gehört heute in die Gruppe der chemischen Großbetriebe. Täglich wird bei uns ein Faden gesponnen, der fünfzigmal um die Erde reicht; allein die Tagesproduktion an Kunstseide genügte, um 120 000 Damengarnituren zu fertigen. Um die Lebenslage unserer Arbeiter und Angestellten im ersten Fünfjahrplan zu verbessern, standen dem Betrieb 40 Millionen Mark aus dem Haushalts- und Direktorenfonds zur Verfügung." [73]

Es ist nicht möglich, und es besteht auch nicht die Absicht, alle erreichten Erfolge hier aufzuzählen. Eines aber kann mit Gewißheit herausgestellt werden: Die Arbeiter, Ingenieure, Angestellten, Handwerker und alle anderen hatten dem verpflichtenden Namen ihres Werkes Ehre gemacht. Kunstseidenwerk „Friedrich Engels", volkseigener Großbetrieb der chemischen Industrie in der DDR, unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, mit dem Fleiß, dem Willen und den Fähigkeiten der Arbeiterklasse im engen Bündnis mit der Intelligenz errichtet, war ein leuchtendes Beispiel für den siegreichen Vormarsch des Sozialismus im ersten deutschen Staat der Arbeiter und Bauern.

Synthetische Fasern geben dem Kunstseidenwerk ein neues Gesicht
Premnitz und das Chemieprogramm der DDR
(1956 bis 1961)

Die Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation der SED im Januar 1956

Anfang des Jahres 1956 tagte in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU. Er förderte mit seinem schöpferischen Beitrag zur Schatzkammer des Marxismus-Leninismus die Entwicklung aller sozialistischen Staaten und trug entscheidend dazu bei, das Beispiel des Sozialismus noch anziehender und überzeugender zu gestalten. Damit wurde ein neuer Abschnitt der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung eingeleitet.

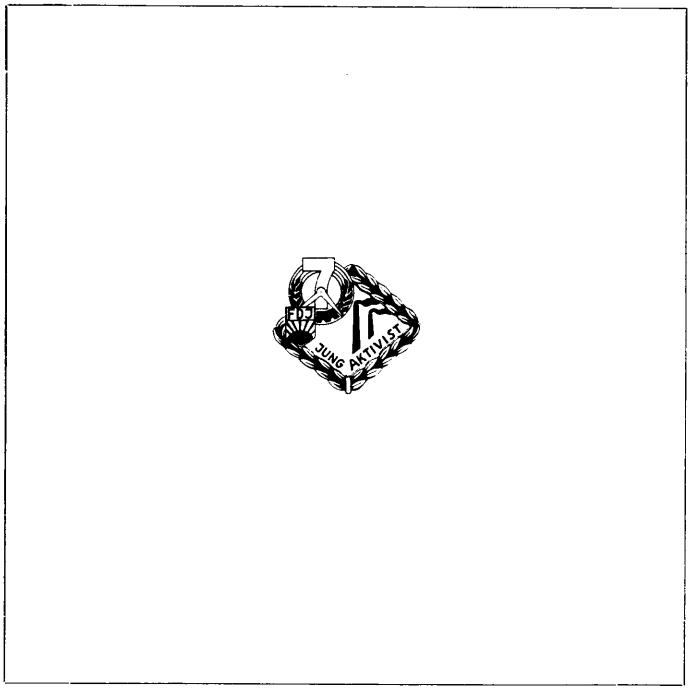
Um die Jahreswende 1955/56 vollzog sich auch eine historische Wende in der Geschichte der DDR. Der erste Fünfjahrplan war erfolgreich abgeschlossen, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR waren im wesentlichen geschaffen. Alle spekulativen Voraussagen westlicher und bürgerlicher Ideologen vom angeblichen Zerfall der Arbeiter-und-Bauern-Macht waren wie eine Seifenblase zerplatzt. Die Deutsche Demokratische Republik stand als stabiler Vorposten an der Westgrenze des sozialistischen Weltsystems. In ihr hatte alles Fortschrittliche, Humanistische und Progressive des deutschen Volkes seine Heimstätte gefunden.

Das Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" und seine Werktätigen sind ein Baustein unseres Staates. Die DDR hat ein für allemal das Joch der kapitalistischen Ausbeutung abgeschüttelt und die Wurzeln des deutschen Militarismus in diesem Teil Deutschlands ausgerottet. Der überwiegende Teil der Premnitzer Werktätigen stand mit Herz und Hand zur gemeinsamen großen Sache der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus.

An der Schwelle der neuen historischen Entwicklungsperiode führte die Betriebsparteiorganisation des Kunstseidenwerkes auf der Grundlage des 24. und 25. Plenums des ZK der SED zur Vorbereitung der III. Parteikonferenz der SED ihre Delegiertenkonferenz durch. Sie war richtungweisend für die Lösung der Aufgaben im zweiten Planjahrfünft, weil sie für die weitere Entwicklung im Kunstseidenwerk neue Maßstäbe setzte. Angesichts der Bestrebungen des imperialistischen Lagers, Spannungsherde in der Welt und in Europa zu schaffen, und in Anbetracht der Wiederauferstehung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland orientierte die Delegiertenkonferenz auf eine noch bessere Erziehung der Werktätigen zum Klassen- und Staatsbewußtsein. Das war für das Kunstseidenwerk um so notwendiger, als die Nähe Westberlins und die offene Staatsgrenze im Herzen unserer Republik es dem Klassengegner ermöglichten, unmittelbar Einfluß auf bestimmte Teile der Belegschaft des Werkes zu nehmen. Angelockt durch die schillernde Fassade Westberlins und den Schwindelkurs der Westmark trugen einige Werksangehörige das im volkseigenen Betrieb verdiente Geld in die Kassen der Wechselstuben und Spekulanten. Sie schadeten dadurch der Republik und setzten sich selbst der Gefahr aus, zu Agenten des wiedererstarkten räuberischen Imperialismus in Westdeutschland zu werden.

Die überwiegende Mehrheit der Betriebsangehörigen aber rang täglich in der Produktion um hohe ökonomische Ergebnisse. Ihre aktive Teilnahme am „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" zu Ehren des 80. Geburtstages unseres ersten Arbeiterpräsidenten und schließlich der Wettbewerb zu Ehren der III. Parteikonferenz, zu dem die Schicht Sankowski aus dem Perlon-Betrieb für alle Werktätigen der Betriebsabteilungen des Kunstseidenwerkes das Beispiel gab, durch hohe Arbeitsproduktivität und gute Arbeitsdisziplin unsere Republik politisch und ökonomisch zu stärken, legten davon Zeugnis ab. [74]

Die Betriebsparteiorganisation gab in Vorbereitung der III. Parteikonferenz der SED der gesamten Belegschaft eine klare Orientierung zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben. Auf ihrer Betriebsdelegiertenkonferenz schätzten die Genossen richtig ein, daß weitere Erfolge im sozialistischen Wettbewerb ein klassenmäßiges Denken aller Werktätigen erforderten. Für die künftige Tätigkeit aller Mitglieder und Kandidaten stellten sich die Delegierten zwei Kampfaufgaben:



1. noch bessere Methoden und Formen der Agitation und Propaganda anzuwenden, um auch die letzten Kollegen für die Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung zu gewinnen und sie zur Mitarbeit bei der Verwirklichung der historischen Mission der Deutschen Demokratischen Republik zu befähigen;
2. die ganze Belegschaft für die vorfristige Planerfüllung und Einführung der modernen Technik zur ökonomischen Stärkung unserer Republik zu mobilisieren.

Um die aggressiven Pläne der Militaristen und Revanchisten gegen die DDR und andere sozialistische Staaten von vornherein zu durchkreuzen, kam es in dieser Situation besonders darauf an, die Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik zuverlässig zu schützen. Immer wieder brachten deshalb die Delegierten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die sozialistischen Errungenschaften gegen jeden Angriff der Imperialisten und Militaristen zu verteidigen. Sie beschlossen, die Werbung für die Nationale Volksarmee zu verstärken und bis zum 1. Mai 1956 die Stärke der Arbeiterkampfgruppen auf zwei Hundertschaften im Werk zu erhöhen.

Große Aufmerksamkeit widmete die Konferenz dem Gewinnen neuer Kader für die Reihen der Betriebsparteiorganisation. Insbesondere sollte der Anteil an Frauen und Jugendlichen erhöht werden. Bereits als die Delegiertenkonferenz vorbereitet wurde, baten 27 Kolleginnen und Kollegen, meist Frauen und Jugendliche, um Aufnahme in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Nicht zuletzt war die weitere Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern ein wesentliches Thema der Delegiertenkonferenz. Bis dahin waren 48 Genossen und Kollegen, entsprechend der Losung „Industriearbeiter aufs Land" in landwirtschaftliche Betriebe bzw. Gemeinden gegangen, 11 Genossen wurden als Parteibeauftragte in Parteiorganisationen der Landwirtschaft delegiert. Damit unterstützten die Kunstseidenwerker gleichzeitig den komplizierten Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in unserer Republik.

Um der Weisung des Zentralkomitees der Partei, die führende Rolle der Betriebsparteiorganisation im Produktionsprozeß weiter auszubauen, zu entsprechen, wurde die Struktur der Betriebsparteiorganisation verändert. Das Sekretariat wurde aufgelöst und dafür ein Sekretär mit zwei Stellvertretern eingesetzt. Die übrigen Leitungsmitglieder arbeiteten ehrenamtlich. Aus den Bereichen der Betriebsparteiorganisationen entstanden 21 APOs (Abteilungsparteiorganisationen), die sich wiederum in 83 Parteigruppen gliederten. Die Delegiertenkonferenz erteilte den Genossinnen und Genossen in den neugebildeten APOs und Parteigruppen den Auftrag, im eigenen Bereich die Mitverantwortung für die Lösung der ökonomischen Aufgaben zu übernehmen.

Um die Verbindung der leitenden Funktionäre zu ihren Mitgliedern zu festigen sowie die einzelnen APOs bei der Lösung der wirtschaftlichen und technischen Schwerpunkte in ihrem Bereich zu unterstützen, wurden alle Mitglieder der SED, die hauptamtliche Funktionen in der BPO oder in anderen gesellschaftlichen Organisationen ausübten, in die entsprechenden APOs oder Parteigruppen eingegliedert. So war zum Beispiel der Erste Sekretär der Betriebsparteileitung in der APO 16 (Perlon-Bereich) organisiert.

Die Delegiertenkonferenz war gekennzeichnet von einer Atmosphäre des Ringens um den richtigen Standpunkt, wie es in marxistisch-leninistischen Parteien üblich ist. Kein Bereich der Arbeit der Parteimitglieder auf ideologischem, massenpolitischem und ökonomischem Gebiet war davon ausgenommen.

Der Bericht von der Konferenz wäre unvollständig, würden wir an dieser Stelle nicht eines Menschen gedenken, der im Premnitzer Werk als langjähriges Mitglied der Parteileitung hohen Anteil an der Entwicklung des Werkes und seiner Menschen hatte: der Arbeiter und Antifaschist Heinrich Stöß. Wenige Tage vor Beginn der Betriebsdelegiertenkonferenz kam die Nachricht von seinem Tod, und viele Angehörige des Kunstseidenwerkes nahmen trauernd Abschied von ihm.

Helmut Kruschwitz (Bild rechts)

Im Lehrkabinett

Heinrich Stöß hatte sein ganzes Leben dem Kampf der Arbeiterklasse, dem Ringen um ihre Befreiung von kapitalistischer Unterjochung und Ausbeutung gewidmet. In einem kleinen Ort in der ČSR geboren, fand Heinrich Stöß als Arbeiterkind schon früh den Weg zur Kommunistischen Partei. Deutschen Genossen, die ihre Heimat während der faschistischen Herrschaft verlassen mußten, gewährte er Unterkunft und Hilfe. Als im Oktober 1938 die Hitlerwehrmacht die ersten Gebiete der ČSR okkupierte, wurde Genosse Stöß als aufrechter Antifaschist ins KZ geworfen. Nach Beendigung des Krieges fand Heinrich Stöß seine Frau im Westhavelland wieder und baute sich nun hier eine neue Existenz auf. Er begann in der „Agfa-Seide" Premnitz zu arbeiten, half die Trümmer des faschistischen Deutschlands zu beseitigen und ein freies, sozialistisches Vaterland zu errichten. Stets war Heinrich Stöß in den vordersten Reihen beim Aufbau im Kunstseidenwerk zu finden. Als Mitglied der Betriebsparteileitung sah er seine wichtigste Aufgabe darin, jungen Menschen die Lehren von Marx, Engels und Lenin zu erläutern. Sie sollten, gestützt auf die Erfahrungen der Antifaschisten und Kommunisten, lernen, ihre sozialistische Zukunft selbst zu gestalten. Besonderen Wert legte Heinrich Stöß auf die Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion. Im ersten sozialistischen Friedensstaat der Erde sah er stets das große Beispiel und Vorbild auch für das neue Deutschland. Er scheute keine Mühe, keine Zeit, wenn es darum ging, für die Werktätigen des Kunstseidenwerkes, für unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat am Aufbau des Sozialismus zu wirken. [75]

Noch vom Krankenbett aus beteiligte sich Heinrich Stöß an der Vorbereitung der Delegiertenkonferenz. Er selbst erlebte sie nicht mehr. In der Nacht vom 7. zum 8. Januar 1956 schloß der Kommunist Heinrich Stöß für immer die Augen. Die große Anteilnahme der Bevölkerung an seiner Beisetzung zeugte von der Verehrung und Achtung, die er sich in allen Schichten der Bevölkerung erworben hatte. Am 15. Januar 1956, bei der Eröffnung der Betriebsdelegiertenkonferenz, erwiesen ihm die Delegierten der Konferenz noch einmal letzte Ehre. Sie hatten sich von ihren Plätzen erhoben und gedachten schweigend ihres Genossen, dessen Kämpferleben für Frieden, Glück und Sozialismus sich erfüllt hatte. Danach eröffnete der stellvertretende Sekretär der Betriebsparteileitung, Günter Gumpel, die Konferenz mit dem Verlesen des schriftlich vorliegenden Diskussionsbeitrages von Heinrich Stöß.

„Bahn frei für die vollsynthetische Faser!" – Der zweite Fünfjahrplan der DDR

Aus den Materialien der III. Parteikonferenz der SED (24. bis 30. März 1956) [76] leiteten sich konkrete Aufgaben auch für das Kunstseidenwerk ab. Sie betrafen die weitere Gestaltung der Produktion und die Einbeziehung des gesamten Werkkollektivs zur Lösung der neuen Probleme. In der Direktive zum zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik von 1956 bis 1960 hieß es unter anderem: „Die Produktion synthetischer Fasern muß 1960 auf mehr als das 4,5fache von 1955 gesteigert werden. Neu aufzunehmen ist die Großproduktion von Fasern mit wollähnlichem Charakter wie Wolcrylon, Prelana und Lanon" [77] (Prelana/WOLPRYLA und Lanon/GRISUTEN). Das bedeutete für Premnitz einmal, die Produktion von Perlon-Fasern (DEDERON) zu erhöhen und neue Kapazitäten zur Herstellung von Prelana-Fasern (WOLPRYLA) zu schaffen. Darüber hinaus mußte verstärkt Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf den Gebieten Polyester und Polyacrylnitrilfasern geleistet werden. Außerdem war vorgesehen, die bereits bestehenden Produktionsanlagen Schwefelsäure und Aktivkohle sowie das Kraftwerk zu erweitern und eine Neuanlage für Tetraäthylblei zu bauen. Die vorhandenen Produktionskapazitäten waren besser auszulasten. Durch solche Maßnahmen sollte die Bruttoproduktion des Kunstseidenwerkes bis 1960 im Vergleich zu 1955 um mehr als das Doppelte erhöht werden, die Arbeitsproduk-

tivität sollte im gleichen Zeitraum auf 186 Prozent steigen. Dabei war es wichtig, alle Erfahrungen aus dem ersten Fünfjahrplan zu nutzen, um sichtbar gewordene Mängel und Schwächen zu überwinden. Insbesondere ging es darum, den Rückstand bei der Förderung von Wissenschaft und Technik zu überwinden, vor allem auf dem Gebiet der Meß- und Regeltechnik, die Arbeitsorganisation im Gesamtwerk zu verbessern und Mängel in der Material- und Ersatzteilwirtschaft zu überwinden. Ferner mußte der Anteil der technischen Kader an der Gesamtbelegschaft erhöht werden. Das betraf vor allem die weitere Qualifizierung der Meister, Brigadiere und Arbeiter. Schließlich kam es darauf an, die Qualität der Kunstseide aus dem Supremaund dem Prezenta-Betrieb zu verbessern und insgesamt die Arbeitsmoral weiter zu festigen.

Mit der Steigerung der Bruttoproduktion und der Arbeitsproduktivität, der Senkung der Selbstkosten und der Lösung anderer Probleme technischer, organisatorischer und ökonomischer Art sollten sich gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz des Werkes weiter verbessern. Es galt, das kulturelle Niveau der gesamten Belegschaft höher zu entwickeln und die Einrichtungen auf sozialem und gesundheitlichem Gebiet weiter auszubauen. Darüber hinaus waren umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Werktätigen vorgesehen. [78]

All diese Aufgaben wurden in eine „Direktive für die Entwicklung des VEB Kunstseidenwerk ‚Friedrich Engels' Premnitz im zweiten Fünfjahrplan" aufgenommen und vom Parteiaktiv des Werkes am 25. April 1956 als Grundlage für die Vorbereitung der dritten ökonomischen Konferenz der Betriebsparteiorganisation gebilligt. Die Parteiaktivisten wurden beauftragt, in ihren Bereichen dafür Sorge zu tragen, daß die Direktive in allen Abteilungen und Bereichen mit den Werktätigen beraten wurde und dabei vor allem die Ingenieure, Chemiker und Wissenschaftler einbezogen wurden. Ein wichtiges Ergebnis dieser Aussprachen war die Bildung von technisch-wissenschaftlichen Kollektiven auf den Gebieten der Faserchemie, der Industrie-, Material- und Arbeitsnormung, die von der Betriebssektion der Kammer der Technik organisiert wurden. So begannen neue Formen und Methoden der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenz im Kunstseidenwerk wirksam zu werden.

Die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts machte es immer notwendiger, daß hochqualifizierte Arbeitskräfte für die neuen Betriebsanlagen herangebildet wurden. Die Arbeitsdirektion leitete deshalb gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen im Werk umfangreiche Maßnahmen ein, um durch ein Qualifizierungsprogramm den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Große Aufmerksamkeit schenkten die verantwortlichen Mitarbeiter des Werkes in diesem Zusammenhang der Ausbildung von Meistern. Eine wichtige Erkenntnis aus den vorangegangenen Jahren bestand darin, daß die Meister nicht nur schlechthin als Meister ihres Faches zu betrachten waren. Der Meister neuen Typs, wie ihn der weitere Aufbau des Sozialismus verlangte, mußte nicht zuletzt auch zum Erzieher der sich entwickelnden sozialistischen Kollektive werden. Das war zudem auch ein Weg, um noch vorhandene Reste der alten Konzernideologie im Werk zu zerschlagen. Noch immer gab es Arbeiterinnen und Arbeiter, die in ihrem Meister den ehemaligen Vorarbeiter sahen, und andererseits war es bei einigen Meistern notwendig, zu einer neuen Einstellung des Vorgesetzten zu seinen Mitarbeitern zu gelangen. Der Umdenkungsprozeß mußte von beiden Seiten erfolgen. Spezielle Kurse wurden eingerichtet, um die Meister zu schulen. Ferner gab es Meistertage, auf denen Vorträge über Leitungsmethoden und sozialistische Pädagogik gehalten wurden, und Erfahrungsaustausche, bei denen die anwesenden Meister aus der Arbeit der fortgeschrittenen Kollektive lernten, wie die Kolleginnen und Kollegen in den Meisterbereichen und Brigaden zu wirklichen Arbeitskollektiven zusammengeführt werden konnten. Alles das waren Bausteine, um befähigte Meister zu

fachlich und politisch erfahrenen Leitern von sozialistischen Produktionskollektiven zu entwickeln.

Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Chemiefasern stiegen ständig. So begann beispielsweise in den Jahren 1955/56 ein entscheidender Abschnitt in der Weiterentwicklung der DEDERON-Faser (Perlon). In enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Textiltechnologie der Chemiefasern in Rudolstadt wurden Versuche aufgenommen, um Profil- und Hohlprofilfasern herzustellen und deren Optimalbedingungen zu ermitteln. Während schon 1955 die DEDERON-Faser B-Typ produziert wurde, folgten 1957 der T-Typ, 1960 der W-Typ und 1963 DEDERON-Dedotex.

Im gleichen Zeitraum liefen verstärkt die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Polyacrylnitrilfaser WOLPRYLA (Prelana). Auch im VEB Filmfabrik Wolfen arbeitete man auf diesem Gebiet. Die verantwortlichen Stellen entschieden sich später aber für das Premnitzer Verfahren, auf dessen Grundlage im zweiten Fünfjahrplan die Großproduktion vorbereitet wurde. In enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Faserforschung in Teltow-Seehof gelang es den Premnitzer Forschern, eine Faser zu entwickeln, die von 1956 bis 1960 in einer halbtechnischen Anlage für die Produktionsreife erprobt wurde. Auch für eine verwendungsfähige Polyesterfaser wurden die Forschungsarbeiten forciert, um das Sortiment an synthetischen Fasern in der DDR und für den Export in den nächsten Jahren erweitern zu können.

Darüber hinaus erfolgte 1956 im Kunstseidenwerk das Anfahren der Produktion von Viskosekurzfaser, die ein begehrter Handelsartikel war. Zur weiteren Bereicherung des Warenangebots konnte im zweiten Fünfjahrplan in zweijähriger Entwicklungsarbeit auch das Erzeugnis Viskosebast bis zur Produktionsreife und auf den Markt gebracht werden. [79]

Diese Beispiele sollen genügen, um zu zeigen, an welchen Aufgaben im zweiten Planjahrfünft im Kunstseidenwerk gearbeitet wurde, um die Chemiefaserproduktion, vor allem auf dem Gebiet der synthetischen Fasern, beträchtlich zu erweitern.

Die Kollektive, die in diesen Bereichen neu entstanden, machten natürlich in der Folgezeit ihren Einfluß auf die künftige Entwicklung des Kunstseidenwerkes geltend.

Zunächst trat aber ein Umstand ein, der nicht vorausgesehen werden konnte, ja, der angesichts der Nachfrage an synthetischen Fasern, nicht nur in der Bekleidungsindustrie, sondern auch auf anderen industriell-technischen Gebieten, schier unglaublich schien. Es gab auf einmal Absatzschwierigkeiten. Große Mengen von DEDERON-Fasern lagerten, nicht absetzbar, in den weiterverarbeitenden Betrieben der DDR. Auch die Zwischenlager im Kunstseidenwerk waren mit hohen Beständen versandfertiger DEDERON-Fasern angefüllt. Folglich konnten die von den Arbeitern und Ingenieuren des Kunstseidenwerkes eingeleiteten Maßnahmen, die mit der gleichen Kapazität der Anlage eine bedeutende Produktionssteigerung vorsahen, nicht sofort eingeführt werden. Was war los? War die Faser nicht brauchbar? Lag kein Bedarf mehr an hochwertigen Chemiefasern vor?

Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, damals noch Stellvertretender Ministerpräsident der DDR, hatte auf der III. Parteikonferenz der SED kritisiert, daß die Versorgung der Bevölkerung mit synthetischen Fasern ungenügend war. Walter Ulbricht sagte: „Unsere Wirtschaft hatte einen Vorsprung in der Herstellung dieser Fasern. Aber in der Verarbeitung sind wir nicht schnell genug mitgekommen. Wenn es heute immer noch Streit zwischen den Handelsorganen und der Textilindustrie gibt, wofür man Perlonfasern und Wolcrylon am besten verwendet, so ist das mit den Erfordernissen unserer Entwicklung und unseren Möglichkeiten nicht in Einklang zu bringen. Den Diskussionen um die Anwendungsgebiete und den Preis muß ein Ende gesetzt werden. Es sind schöne Waren herzustellen, die den Charakter und den höheren Gebrauchswert dieser neuen Fasern voll zum Ausdruck bringen. Die Preise für Fertigwaren sollen

Übergabe der Wanderfahne von der Spinnerei an die Konerei I

richtig festgesetzt werden. Es darf nicht länger geduldet werden, daß der Streit zwischen der Industrie, den Finanzorganen und dem Handel praktisch dazu führt, daß die Ergebnisse moderner Technik in ihrer Anwendung gehemmt werden und daß Ware der Bevölkerung nicht zugeführt wird." [80]

Auf der Grundlage dieser Kritik rückten die Verantwortlichen des Kunstseidenwerkes dem Absatzproblem zu Leibe, das die Initiative der Werktätigen des DEDERON-Betriebes zu ersticken drohte. Außerdem führten die hohen Lagerbestände zu enormen finanziellen Schwierigkeiten für das Werk.

Daß das Problem schließlich verhältnismäßig schnell gelöst werden konnte, ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß eine „Agentengruppe im Ministerium für Leichtindustrie, die im Auftrag ausländischer Monopole die Perlonproduktion der DDR systematisch sabotierte" [81], festgenommen und überführt wurde. Doch die Premnitzer Chemiker und Forscher warteten nicht nur ab. Sie produzierten nicht nur die synthetischen Fasern, sondern erprobten sie im Textiltechnikum auch auf ihre Anwendungsfähigkeit. Dadurch konnten der weiterverarbeitenden Textilindustrie Unterlagen übermittelt werden, auf deren Grundlage in den Spinnereien, Webereien und Wirkereien geeignete Verarbeitungsverfahren entwickelt wurden.

Die Kunstseidenwerker waren auch im zweiten Fünfjahrplan auf dem Vormarsch. Der Wettbewerb zur Erfüllung der Planaufgaben war schon nicht mehr aus dem Produktionsgeschehen wegzudenken. Während aber im Juni 1956 die Initiative zum Wettbewerb vor allem im Bereich Kunstseide und Schwefelsäure lag und das Premnitzer Kollektiv anläßlich der III. Parteikonferenz der SED alle Planaufgaben erfüllte, machten jetzt die Arbeiter und Ingenieure der jungen DEDERON-Abteilung von sich reden. In einem Aufruf zum sozialistischen Wettbewerb für die Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1956 stellten sich die Frauen und Männer aus der DEDERON-Produktion das Ziel, den Mengenplan gegenüber 1955 um rund 29 Prozent zu erhöhen. Zusätzlich wollten sie noch 50 Tonnen Fasern des B-Typs (Baumwolltyp) produzieren und durch streng kontrollierten Rohstoffeinsatz so arbeiten, daß mit den eingesparten Rohstoffen 20 Tonnen synthetische Fasern mehr hergestellt werden konnten. Mit der Losung „Bahn frei für die vollsynthetische Faser!" arbeitete das Kollektiv der DEDERON-Abteilung an der Erfüllung seiner Verpflichtung.

Die Initiative des DEDERON-Bereiches spornte das gesamte Werkkollektiv an. Seine Leistungen fanden wiederum hohe Anerkennung. Am 12. Juni 1956 trafen sich in der Neuen Kantine des Werkes zahlreiche Werksangehörige zu einem feierlichen Anlaß. Es ging um die Verleihung der Wanderfahne des Ministerrates der DDR, die mit der Auszeichnung „Republiksieger im Wettbewerb" verbunden war. Als der Sprecher der Hauptverwaltung Chemie die Auszeichnung begründete, stellte er besonders die Tatsache heraus, daß der Aufruf des DEDERON-Bereiches „Bahn frei für die vollsynthetische Faser!" und die damit verbundene Verpflichtung Ausdruck einer vorausschauenden und realen Planung der Werktätigen des Kunstseidenwerkes war und daß sich dabei der sozialistische Wettbewerb immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor aller Erfolge in der Produktion entwickelte. Unter dem Beifall der Anwesenden wurde die Wanderfahne des Ministerrates von einer Delegation Bitterfelder Chemiearbeiter an die Werktätigen von Premnitz übergeben, und Werkdirektor Erich Winkler konnte die Urkunden „Republiksieger im Wettbewerb", verbunden mit einer Prämie von 40 000 Mark, für das Werkkollektiv in Empfang nehmen.

Die Entwicklung des Kunstseidenwerkes bis zum V. Parteitag der SED

Die Ereignisse, die sich 1956 in der Volksrepublik Ungarn und in Ägypten abspielten, bewiesen vor aller Welt, daß die imperialistischen Kräfte ihre Aggressivität gegen alles

Fortschrittliche, besonders aber gegen die sozialistischen Errungenschaften der Völker, nicht aufgegeben hatten. Die westdeutschen Imperialisten und Militaristen hatten an diesen Ereignissen einen unrühmlich hohen Anteil.

Für die Deutsche Demokratische Republik, die an der westlichsten Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter den Bedingungen der offenen Grenze zu Westberlin am sozialistischen Aufbauwerk arbeitete, ergab sich daraus, daß sie eine besonders prinzipienfeste, zugleich aber genügend elastische Politik betreiben mußte, die der Situation in Deutschland entsprach. Kernstück einer solchen Politik konnte nur sein, die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR weiter zu vervollkommnen und alle Möglichkeiten zu nutzen, um schrittweise die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden Staat anzustreben. Das war für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR eine komplizierte Aufgabe, die nur durch das gemeinsame Zusammengehen aller friedliebenden und demokratischen Kräfte mit der SED gemeistert werden konnte, denn es galt gleichzeitig, den Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus zu führen und alle antisozialistischen Angriffe abzuwehren. [82]

Von den Werktätigen des Kunstseidenwerkes wurde die menschenfeindliche Politik des USA-Imperialismus und seines westdeutschen Satelliten, die den konterrevolutionären Putsch in der Volksrepublik Ungarn maßgeblich beeinflußten, verurteilt. Die Solidarität der Premnitzer galt jenen Kräften in Ungarn, die sich dem Putsch erfolgreich entgegenstellten und die sozialistischen Errungenschaften des ungarischen Volkes schützten. Mit Genugtuung nahmen sie auch die Maßnahmen der UdSSR zur Kenntnis, die zur Erhaltung des Friedens beitrugen und dem Schutz der sozialistischen Errungenschaften dienten.

Die Anstrengungen der Kunstseidenwerker im ersten Jahr des Fünfjahrplanes der DDR waren Ausdruck ihrer Bereitschaft, die Deutsche Demokratische Republik gegen alle Anschläge aggressiver und revanchistischer Kreise aus Westdeutschland zu schützen und die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern. Sie wußten, daß ihnen im Gegensatz zu den Arbeitern in Westdeutschland hohe Ergebnisse bei der Erfüllung der Produktionsaufgaben selbst wieder zugute kamen. Beweis dafür war nicht zuletzt die im Juni 1956 erfolgte 17. umfassende Preissenkung. Die Preise für verschiedene Gebrauchsgüter wurden zwischen 20 und 60 Prozent gesenkt. [83] Auch fiel die sechste Nachtschicht – im Kunstseidenwerk für 1300 Schichtarbeiter – ab 1. September 1956 weg. Solche Maßnahmen der Regierung der DDR festigten das Vertrauen zum Arbeiter-und-Bauern-Staat und zur SED.

Als Folge wuchs auch bei den Premnitzer Werktätigen die Bereitschaft, immer wieder neue Taten zu vollbringen, die den sozialistischen Aufbau beschleunigten und das Leben in unserer Republik schöner machten.

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Unter vielen seien hier nochmals die Brigaden „Woroschin" genannt, die erneut um den Titel „Brigade der besten Qualität" kämpften. Sie überboten ihre eigene Zielstellung um 5545 Kilogramm Kunstseide und steigerten den Anteil der Güteklasse I um 5,4 Prozent. Sie betrachteten ihre Verpflichtungen als einen Ausdruck des Dankes der Schichtarbeiter für den Wegfall der sechsten Nachtschicht. Alle Bereiche, die für diese Maßnahme in Frage kamen, hatten bereits vorher den Arbeitsablauf so organisiert, daß keine Produktionsminderung eintrat, sondern im Gegenteil noch höhere Leistungen vollbracht werden konnten. Im Bereich der Kopfstation wurden bei solch einer Schichtorganisation durch Veränderung der Technologie und Verbesserung der Arbeitsorganisation 24 Arbeitskräfte eingespart. Daran hatten die dort tätigen Frauen und Männer durch eigene Verbesserungsvorschläge hohen Anteil.

Bereits am 22. Dezember 1956, 7,00 Uhr, konnten die Kunstseidenwerker den Produktionsplan erfüllen und den Plan der staatlichen Aufgaben mit 101,6 Prozent abrechnen. Mit großem Interesse verfolgten sie zu Beginn des Jahres 1957 die 30. Tagung des ZK der SED, die vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 stattfand. Hier wurde eingeschätzt, daß

sich seit dem XX. Parteitag der KPdSU und der III. Parteikonferenz der SED das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der sozialistischen Länder entwickelt hatte. Die Tagung beschloß ein Programm der Arbeiterklasse zur friedlichen Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes [84], das von der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen im Kunstseidenwerk durch gute Taten in der Produktion und auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens voll unterstützt wurde.

Die Werktätigen des Kunstseidenwerkes waren sich darüber klar, daß unter den gegebenen Bedingungen die Planerfüllung 1957 wiederum an alle hohe Anforderungen stellen würde.

Die Hauptverwaltung Chemiefaser im Ministerium für Leichtindustrie erteilte dem Werk die Aufgabe, im Vergleich zum Ist-Ergebnis 1956 eine Produktionssteigerung auf 106,5 Prozent zu erzielen. Das mußte geschafft werden, obwohl die Volkskammer der DDR im Zuge der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen die Einführung der 45-Stunden-Woche ab 1. März 1957 beschlossen hatte. Dabei stellte nicht nur die Arbeitszeitverkürzung an sich schon eine Schwerpunktaufgabe dar, um die Staatsplanwerte von 1957 zu erreichen, eine besondere Schwierigkeit bestand darin, daß im Werk ein akuter Arbeitskräftemangel, besonders in den Produktionsbereichen, zu verzeichnen war. Es fehlten rund zwei Prozent der vorgesehenen Arbeitskräfte. Die Hauptursache lag einmal im hohen Arbeitskräftebedarf der ganzen Republik, zum Teil aber auch darin, daß trotz des umfangreichen Wohnungsbauprogramms in Premnitz noch keine befriedigende Wohnraumbereitstellung für Arbeitskräfte aus entfernt liegenden Ortschaften möglich war.

Dennoch wurde natürlich die 45-Stunden-Woche im Kunstseidenwerk eingeführt. Gleichzeitig wurde eine weitere Arbeitserleichterung wirksam. Bislang arbeiteten die Werktätigen in den durchgängigen Schichtbetrieben an Sonntagen in 12-Stunden-Schichten. Im Zuge notwendiger organisatorischer Maßnahmen, die die neuen Arbeitszeiten absicherten, konnte diese ungünstige Arbeitszeit verändert werden. Von jetzt an arbeiteten die Frauen und Männer auch an Sonntagen nur acht Stunden je Schicht. Die Arbeitszeitverkürzung wurde ohne Lohnminderung eingeführt.

Doch organisatorische Maßnahmen allein reichten nicht aus, um die staatlichen Planaufgaben zu sichern. Die BGL organisierte deshalb gemeinsam mit der Werkleitung Beratungen in Brigaden und Meisterbereichen. Im Kollektiv diskutierte man darüber, wie das Problem im Interesse des Betriebes und jedes einzelnen am besten gelöst werden konnte. Die Arbeiter und Ingenieure des Prezenta-Kunstseidenbetriebes wollten durch eine Erhöhung der Spinnkuchengewichte und größere Konen die fehlenden Arbeitsstunden ausgleichen, um den Produktionsplan zu schaffen. Andere Verpflichtungen galten der Verringerung des Abfalls und der Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse. Von der FDJ des Werkes wurde dazu ein bedeutender Beitrag geleistet. Die Jugendlichen stellten sich das Ziel, mit 1000 Produktionsverpflichtungen zur Einsparung von Arbeitszeit zum vierten Arbeiterjugendkongreß nach Magdeburg zu fahren.

Dabei war bemerkenswert, daß im Jahre 1957 die Verpflichtungsbewegung im sozialistischen Wettbewerb immer konkreter wurde. Wenn in der Vergangenheit die Verpflichtungen in ihrer Mehrzahl das Erreichen und Überbieten der Mengenproduktion bzw. der Höhe des Anteils der besten Qualität beinhalteten, enthielten die neuen Verpflichtungen auch die notwendigen Maßnahmen, um zu dem gestellten Ziel zu gelangen. Gleichzeitig forderten die Brigaden und Meisterbereiche von den leitenden Funktionären, mehr als bisher die neue Technik einzuführen oder durch Kleinmechanisierung die Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu schaffen.

Dazu ein Beispiel aus der Spinnerei der Kunstseide I, Suprema:

Die AGL dieses Bereiches hatte in Beratungen mit den Gewerkschaftsgruppenfunktionären festgestellt, daß ihre Forderungen nach verbessertem Transport der Spulen von

Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, weilte anläßlich der Volkswahlen in Premnitz.

einigen staatlichen Leitern ungenügend beachtet wurden. Daraufhin organisierte die AGL eine Gewerkschaftsversammlung. Um die aufgeworfenen Fragen, die sich auf die Mechanisierung des Spulentransports, technische Veränderungen an den Spulentransportwagen und anderes mehr bezogen, schnell zu klären, waren die staatlichen Leiter eingeladen. Mit ihrer Initiative gab die AGL dieses Bereiches im gesamten Kunstseidenwerk ein Beispiel, wie die Beschlüsse des Bundesvorstandes des FDGB über die Erweiterung der Rechte und Aufgaben der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen in die Tat umgesetzt werden konnten.

Die neue Technik, die Einführung neuer Arbeitsmethoden und die Verbesserung der Arbeitsorganisation mußten natürlich mit der Planung und Leitung der Produktion eng verbunden werden. Schon auf der dritten ökonomischen Konferenz der Betriebsparteiorganisation 1956 war festgestellt worden, daß sich Widersprüche zwischen den alten Arbeitsnormen und den Bedingungen, die durch die neue Technik und Technologie entstanden, herausbildeten. Eine wichtige Schlußfolgerung der Betriebsparteileitung bestand in der Folgezeit darin, einen Plan der Normenarbeit aufzustellen, der die gesamte Belegschaft auf die Anwendung der fortgeschrittensten Technik, neuer Arbeitsmethoden sowie auf die Verbesserung der Arbeitsorganisation orientierte. In enger Zusammenarbeit zwischen den Normensachbearbeitern und den Arbeitern der betreffenden Bereiche, gemeinsam mit Partei und Gewerkschaft sowie mit den Meistern und Abteilungsleitern sollten Normen erarbeitet werden, die auf das produktivste Arbeitsverfahren aufbauten, die günstigsten technisch-organisatorischen Veränderungen berücksichtigten und – eine hohe Qualifikation der Werktätigen und normale Arbeitsintensität vorausgesetzt – die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Kosten sowie die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse sicherten.

Im Jahre 1957 begann die Werkdirektion gemeinsam mit der Betriebsparteileitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung, einen solchen Plan zu erarbeiten. 358 Arbeiter und Angestellte, davon 14 Vertreter der Gewerkschaft und der Parteileitungen einzelner Bereiche waren in 69 Normenaktiven der Meisterbereiche und in zentralen Aktiven der Produktionsbereiche Kunstseide, synthetische Fasern und Werkstätten tätig. 57 Prozent der Aktivmitglieder waren Frauen. In Gewerkschaftsgruppenversammlungen, an Meistertagen und in täglichen Diskussionen wurde über den künftigen Normenplan als Beitrag zur weiteren politischen und ökonomischen Stärkung der DDR lebhaft gesprochen. Die BGL änderte die Themenpläne der Lehrgänge an der betrieblichen Gewerkschaftsschule ab und nahm dafür Themen auf, die sich mit dem Inhalt und der Notwendigkeit technisch begründeter Arbeitsnormen beschäftigten.

Durch die Betriebssektion der Kammer der Technik wurden die ingenieurtechnischen Kräfte des Werkes in dieser Richtung geschult.

Die im Kollektiv auf gesetzlicher Grundlage erarbeiteten und eingeführten technischen Arbeitsnormen waren ein wesentlicher Faktor für die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie führten zur Senkung der Selbstkosten und interessierten die Werktätigen gleichzeitig materiell an höheren Arbeitsergebnissen. Der Arbeitslohn wurde abhängig von der qualitativen und quantitativen Arbeitsleistung jedes einzelnen.

Die technisch begründeten Arbeitsnormen bildeten die Hauptgrundlage für eine exakte betriebliche Planung und waren ein wichtiger Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs, weil sie einen exakten Leistungsvergleich in den einzelnen Wettbewerbsgruppen ermöglichten.

In dem Bemühen, die Rentabilität des Kunstseidenwerkes spürbar zu erhöhen, nutzten die Gewerkschaftsmitglieder auch eine Anregung des Zentralvorstandes der IG Chemie, mit dem VEB Kunstseidenwerk „Clara Zetkin" in Elsterberg in einen Leistungsvergleich zu treten. Das war für die Werktätigen beider Werke die Quelle vieler neuer Erkenntnisse. Besonders in bezug auf die gewerkschaftliche Tätigkeit bei der öffentlichen Führung des Wettbewerbs

und beim Organisieren von Produktionsberatungen, Aktivistenschulen und anderer Veranstaltungen konnten beide Werke nützliche Erfahrungen austauschen. Die enge kameradschaftliche Zusammenarbeit der beiden Betriebe war ein Beweis dafür, daß sich unter sozialistischen Produktionsverhältnissen die Werktätigen im Wettbewerb vom kapitalistischen Konkurrenzdenken befreit hatten.

Die Hauptgrundlage der Zusammenarbeit zwischen Elsterberg und Premnitz war der Kostenvergleich zwischen den Abteilungen, die Viskosekunstseide produzierten. Rezepturen, Reparaturaufwendungen, Leitungskosten, der Materialverbrauch und andere Faktoren wurden verglichen und konkrete Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Betriebsergebnisse gezogen. Der Erfahrungsaustausch, der mit dem wechselseitigen Aufenthalt von Betriebsdelegationen in Premnitz und Elsterberg verbunden war, diente der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe. Da er über mehrere Jahre geführt wurde, waren die Erkenntnisse konkret und aussagekräftig und für die Weiterentwicklung der Wettbewerbsführung in beiden Werken von großem Wert. [85]

Im Wettbewerb anläßlich der Volkswahlen 1957 orientierten die Leitungsgremien des Werkes auf die technische und organisatorische Verbesserung und Modernisierung der Produktionsprozesse. Darin eingebettet war die Forderung, Grund- und Hilfsmaterial einzusparen, Energie sparsamst zu verwenden, die Kapazität der Anlagen und die Arbeitszeit höchstmöglich auszulasten und die Mitarbeit der Belegschaft im Neuererwesen zu sichern. Die Brigaden und Meisterbereiche griffen die Zielstellung der Werkleitung auf und verpflichteten sich, am Wahltag, dem 23. Juni 1957, schon in den Vormittagsstunden ihre Stimmen den Kandidaten der Nationalen Front zu geben. Mit der Losung „Jeder eine gute Tat für unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat!" stellten sich die beiden Jugendbrigaden „Woroschin", die um den Titel „Hervorragende Jugendbrigade der DDR" kämpften, und die Brigade „Clara Zetkin", die den Titel „Brigade der besten Qualität" erringen wollte, an die Spitze der Verpflichtungsbewegung.

Noch vor der Wahl gab es für die Premnitzer und die Bevölkerung aus den umliegenden Ortschaften einen besonderen Höhepunkt: Otto Grotewohl, der Ministerpräsident unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, und seine Gattin besuchten am 3. Mai 1957 in den Vormittagsstunden die Werktätigen des Kunstseidenwerkes. Nach der herzlichen Begrüßung durch Pioniere, Arbeiterinnen und Arbeiter aus den besten Produktionsbrigaden, leitende Funktionäre der Betriebsparteiorganisation, die Werkdirektion, die BGL und andere Massenorganisationen gingen die hohen Gäste in verschiedene Bereiche des Werkes. Viele herzliche Gespräche wurden mit den Werktätigen am Arbeitsplatz geführt. Im Suprema-Kunstseidenbetrieb überreichten Arbeiterinnen und Arbeiter Mappen mit Einzel- und Kollektivverpflichtungen für den sozialistischen Wettbewerb.

Am Nachmittag sprach dann Otto Grotewohl in der überfüllten Neuen Kantine zu den Premnitzern. Zum Zweck seines Besuches sagte er, daß er mit den Werktätigen beraten wolle, wie die Wahlen zu den Gemeinderäten und Kreistagen der Deutschen Demokratischen Republik am besten zu einem vollen Erfolg geführt werden könnten. Für Premnitz käme es darauf an, dafür zu sorgen, daß die alten Aktionäre der I. G. Farben sich nie wieder in die Belange des Betriebes einmischen könnten. Otto Grotewohl machte überzeugend klar, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz in der Lage sei, den wiedererstandenen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland zu bändigen und die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu verhindern. [86]

Die Kunstseidenwerker waren für die Erhaltung und Sicherung des Friedens; das bewiesen sie durch ihre täglichen Leistungen in der Produktion, mit ihrer Einsatzbereitschaft bei der Führung gesamtdeutscher Gespräche und nicht zuletzt mit der Tätigkeit, die sie in den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in den Wohngebieten leisteten.

Für viele von ihnen endete der Arbeitstag nicht am Werktor. Nach der Schicht arbeiteten sie noch im NAW (Natio-

nales Aufbauwerk) auf dem Werkgelände. Andere Angehörige des Werkes fuhren als Mitglieder des betrieblichen Kulturensembles abends oder am Wochenende in die Patendörfer und trugen auf ihre Weise dazu bei, die Verbindung zwischen Stadt und Land zu festigen. Es war auch zu einer guten Tradition geworden, daß mit Besuchern aus Westdeutschland in Premnitz und in der näheren Umgebung Zusammenkünfte mit Kunstseidenwerkern veranstaltet wurden. Dabei erhielten die westdeutschen Bürger Gelegenheit, mit eigenen Augen und Ohren zu sehen und zu hören, wie der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland die Klassenauseinandersetzung mit dem ehemaligen I.G.-Farben-Konzern zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gelöst hatte und wie die Arbeiter das Produktionsgeschehen im Betrieb mitbestimmten.

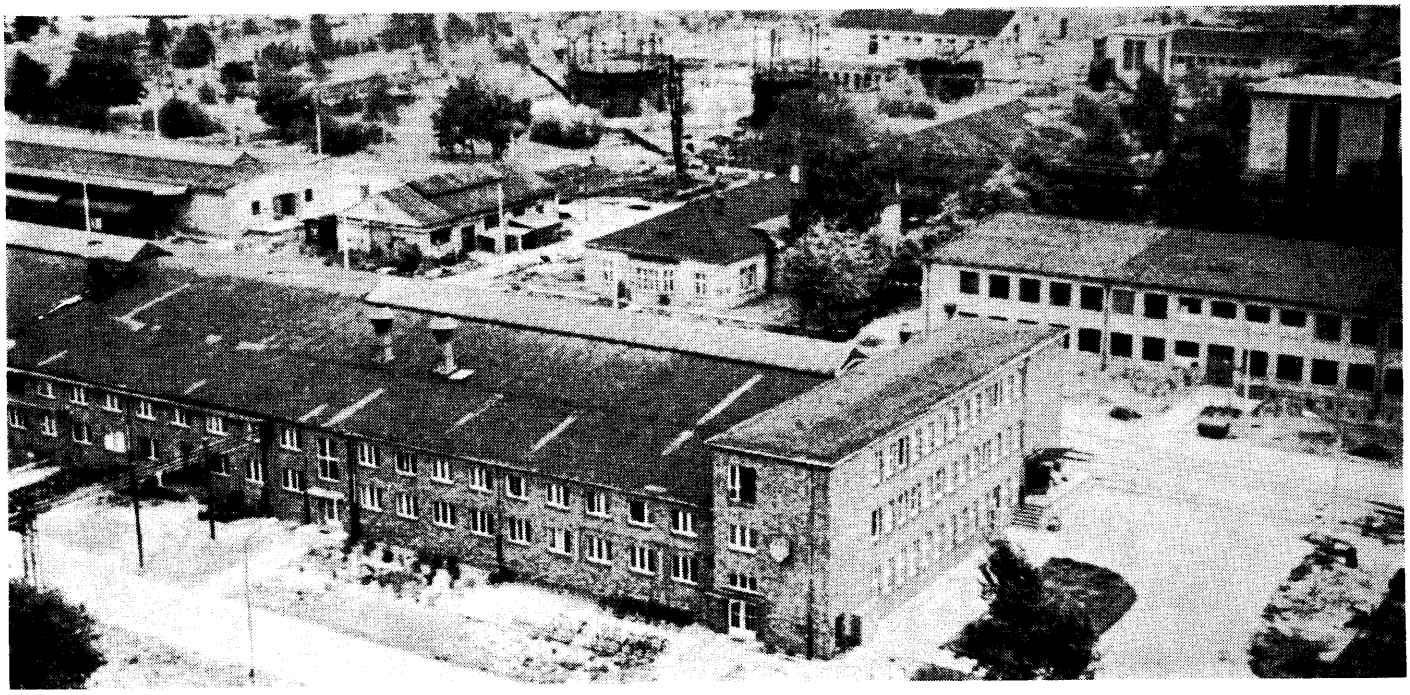
Die Ingenieure, Chemiker und Wissenschaftler hatten sich ebenfalls würdig in die Wahlvorbereitungen eingereiht. So veröffentlichte der „Aufwärts" am 21. Juni 1957 einen Appell der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, in dem es hieß: „... diese Wahlen fallen in eine Zeit, in der der Frieden und die Gesundheit der Menschheit durch die dauernden Atomexperimente der USA ernsthaft bedroht sind. Als Chemiker und Techniker erklären sich die unterzeichneten Vertreter mit dem Mahnruf der 14 Wissenschaftler unserer DDR sowie der 18 Göttinger Professoren zum Verbot des Einsatzes von Atomwaffen solidarisch. ... Wir erwarten deshalb von jedem verantwortungsbewußten Wähler, daß er am 23. Juni seiner Wahlpflicht pünktlich nachkommt und seine Stimme in voller Überzeugung den Kandidaten der Nationalen Front gibt, in der Erkenntnis, daß er damit für die Erhaltung des Friedens, für die Sicherung der Errungenschaften unseres bisherigen Aufbaus und für eine glücklichere und gesicherte Zukunft unserer Jugend eintritt.

gez. Nationalpreisträger Dr. Ehrhard Fritzsche
Dr. Günther Coch
Dipl.-Ing. Wilhelm Jugel"
gez. Nationalpreisträger Ing. Vinzenz Nagel
Dr. Günter Manke
[87]

Die hohe Wahlbeteiligung und das überwältigende Wahlergebnis für die Kandidaten der Nationalen Front in Premnitz bestätigten am 23. Juni 1957 erneut die Bereitschaft und den Willen der Werktätigen des Kunstseidenwerkes, den Sozialismus in der DDR zum Siege zu führen und den Frieden gegen alle Anschläge revanchistischer und militaristischer Kräfte zu verteidigen.

Im zweiten Halbjahr 1957 entstanden aber Schwierigkeiten, die die Planerfüllung stark gefährdeten. Zu dem ohnehin vorhandenen Mangel an Arbeitskräften gesellte sich ein ungewöhnlich hoher Krankenstand, den eine Grippeepidemie hervorgerufen hatte. Der Produktionsplan im III. Quartal konnte nicht erfüllt werden. Allein in den Anlagen der Kunstseidenbereiche entstand ein Planrückstand von 260 Tonnen. Diese Situation war für die Kunstseidenwerker nicht erfreulich. Aber sie gaben nicht auf und setzten alles daran, die Produktionsrückstände aufzuholen.

Erneut führten die Jugendbrigaden „Woroschin" die Wettbewerbsbewegung an. Ihnen folgten sofort andere Brigaden, darunter die Brigaden „Wilhelm Pieck" und „Franik" aus der Gewerkschaftsgruppe der Haspelei. Aus der Ringzwirnerei übernahmen die Brigaden „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" und aus der Etagenzwirnerei die Brigade „Frida Hockauf" die Verpflichtung, im Wettbewerb die geplante Produktionsmenge in voller Höhe zu erfüllen. Auch andere Betriebsteile standen nicht zurück. So setzten sich zum Beispiel die Kraftwerker das Ziel, durch eine größtmögliche Einsparung von Brennstoffen eine hohe Betriebssicherheit und eine Senkung der Energiekosten zu erreichen. Obwohl der Arbeitskräfteplan eine Unterbesetzung von sechs Kollegen aufwies, wollten die Angehörigen der Viskoseabteilung die erforderlichen Mengen Viskose qualitätsgerecht liefern und dabei gleichzeitig ihre Arbeitsproduktivität um drei Prozent erhöhen. Von seiten des Kraftfahrzeugbereiches lagen 16 Verpflichtungen vor, in denen sich die Kraftfahrer der 100 000-Kilometer-Bewegung angeschlossen hatten und so auf ihre Weise dabei sein wollten. Der Monat November 1957 wurde zum Monat der



besten Leistungen erklärt, und täglich zeichnete sich bei der Auswertung der Ergebnisse deutlicher ab, daß die Planziele doch noch erreicht werden würden.

Die Rückstände an Kunstseidenproduktion wurden aufgeholt. Der Plan der Bruttoproduktion konnte mit 100,5 Prozent erfüllt werden, und das Ziel, die Arbeitsproduktivität auf 107,5 Prozent zu erhöhen, wurde mit drei Prozent überboten. Im innerbetrieblichen Wettbewerb um die Wanderfahne des Werkdirektors in zwei Fahnengruppen hatten 4616 Produktionsarbeiter, Handwerker, Meister und Ingenieure dafür gesorgt, daß das Kunstseidenwerk trotz aller Schwierigkeiten auch 1957 die Aufgaben im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR löste.

Während in den letzten Wochen des alten Jahres noch um die Erfüllung der Planziele und Verpflichtungen für 1957 gerungen wurde, beschäftigten sich die Abteilungskollektive bereits mit den Plänen für 1958. Dazu hatte die vierte ökonomische Konferenz der Betriebsparteiorganisation auf der Grundlage der vorgegebenen Kennziffern den Auftakt gegeben. Darüber hinaus behandelte die vierte ökonomische Konferenz eine Reihe von Fragen, die im Rahmen der chemischen Industrie der DDR im Kunstseidenwerk zu bewältigen waren. Der Schwerpunkt lag weiterhin auf der Entwicklung der Chemieproduktion, besonders der synthetischen Fasern. Für 1958 waren aber auch die Produktionsaufnahme einer Tetraäthylbleianlage [88] und die Fertigstellung einer neuen SO_3-Anlage vorgesehen.

Die Realisierung dieser Vorhaben stand im Jahre 1958 ganz und gar unter dem Eindruck der Vorbereitung des V. Parteitag der SED (10. bis 16. Juli 1958 in Berlin). Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Suprema-Kunstseide riefen aus diesem Anlaß zum sozialistischen Wettbewerb auf und stellten das Ziel, bis zum 1. Mai zwei Tage Planvorsprung zu erarbeiten.

Erneut entwickelte sich in allen Bereichen des Werkes eine echte Wettbewerbsstimmung. In Zwischenauswertungen wurden die Ergebnisse der Betriebsabteilungen untereinander und von Brigade zu Brigade verglichen. Bilanz wurde jeweils zu solchen gesellschaftlichen Höhepunkten gezogen wie der Delegiertenkonferenz anläßlich der Neuwahl der Leitung der Betriebsparteiorganisation oder zum 1. Mai, der 1958 ganz im Zeichen des Kampfes gegen Atomkrieg, für Frieden und Sozialismus stand, oder zur Vertrauensleutevollversammlung der Gewerkschaftsorganisation anläßlich des Abschlusses des Betriebskollektivvertrages und der Betriebsprämienordnung 1958.

In den einzelnen Produktionsbereichen wurde um gute Plätze im Wettbewerb gekämpft. Die Zwischenauswertung am 1. Mai ergab folgenden Stand: An der Spitze stand das Kollektiv des Produktionsbereiches Schwefelsäure mit 9,9 Tagen, gefolgt von den Kollektiven Aktivkohle mit 3,5 Tagen, DEDERON-Faser mit 3,4 Tagen und Energie mit 2,7 Tagen Planvorsprung. Die Kolleginnen und Kollegen der Produktionsbereiche Kunstseide I und II lagen aber mit einem Rückstand von 66,7 Tonnen am Schluß der Tabelle. Dadurch betrug der erarbeitete Planvorsprung im Durchschnitt noch nicht einmal einen Tag.

Die Belegschaft gab sich damit nicht zufrieden. Das auf der Betriebsdelegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation beschlossene Aktionsprogramm zur Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus im VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" und auch die Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung der Volks- und Länderkammer der DDR zur Abschaffung der Lebensmittelkarten vom 28. Mai 1958 [89] spornten die Kunstseidenwerker erneut an, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Eine hervorragende Initiative entwickelten jetzt die Brigaden aus dem DEDERON-Betrieb. Sie hatten sich bereits verpflichtet, bis zum 10. Juli sieben Tage Planvorsprung zu erarbeiten, wovon 3,5 Tage planwirksam werden sollten. Aus Anlaß der Abschaffung der Lebensmittelkarten und der wesentlichen Verbesserung der Lebenslage, insbesondere der Werktätigen mit niedrigem Einkommen, sollten nun nicht nur 3,5, sondern 4,5 Tage erarbeiteter Vorsprung planwirksam werden. Dieser Entschluß, den die Werktätigen auf Initiative ihrer Abteilungsparteiorganisation faßten, wurde in allen Schichten beraten und bejaht.

In kurzer Zeit breitete sich diese Initiative auf alle Bereiche des Kunstseidenwerkes aus. Als Ergebnis konnten die Delegierten der Betriebsparteiorganisation auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED mitteilen, daß die Premnitzer ihre Verpflichtung, zum V. Parteitag 3,5 Tage Planvorsprung zu erarbeiten, erfüllt und diesen Planvorsprung planwirksam gemacht hatten. Die freiwillige Planerhöhung entsprach der Produktion von 21 Tonnen DEDERON-Fasern, 350 Tonnen Schwefelsäure, 8 Tonnen Aktivkohle und 600 000 Kilowattstunden Stromabgabe an das öffentliche Netz. [90] Darüber hinaus konnten die Delegierten berichten, daß in den Bereichen des Kunstseidenwerkes Neuerermethoden aus anderen volkseigenen Betrieben mit Erfolg studiert und angewendet wurden. Von der gesamten Belegschaft arbeiteten bereits 1224 Kolleginnen und Kollegen nach der Mamaimethode. Während 1954 nur rund 70 Prozent aller Produktionsarbeiter im sozialistischen Wettbewerb standen, waren es im Jahre 1958 bereits 99 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen.

Der Monat Juli, in dem der V. Parteitag der SED tagte, brachte mit einem Produktionswert von 12,4 Millionen Mark das bis dahin höchste Monatsergebnis seit der Produktionswiederaufnahme im Jahre 1945. Es ging voran im Kunstseidenwerk.

Die großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in Premnitz trugen die Delegierten der Betriebsparteiorganisation des Kunstseidenwerkes zum V. Parteitag der SED in ihrem Reisegepäck. Zu den Delegierten gehörte Helmut Kruschwitz, der Erste Sekretär der Betriebsparteiorganisation.

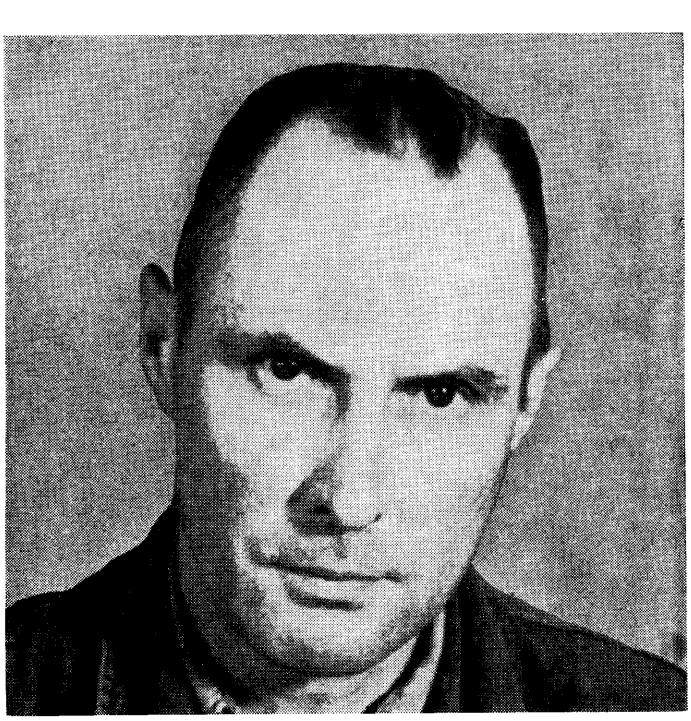
„Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit" – unser Chemieprogramm

„Die Situation in Deutschland war Mitte 1958 dadurch gekennzeichnet, daß die DDR bedeutende Erfolge im Kampf für die Sicherung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus errungen hatte. Die Arbeiterklasse hatte unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei und im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten die Versuche einer Restauration des Kapitalismus endgültig zunichte gemacht und einen beständigen Anstieg der sozialistischen Produktion gesichert. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus und den Dogmatismus hatte sich die Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse weiter gefestigt. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR strahlte immer mehr auf die Entwicklung in ganz Deutschland aus." [91]

Der V. Parteitag der SED analysierte zu diesem Zeitpunkt die Entwicklung in Deutschland und beschloß, gestützt auf die Ergebnisse der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED, Maßnahmen, um den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der DDR als wirksamstes Mittel für den Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedergeburt Deutschlands weiter zu entwickeln. Die Kunstseidenwerker, die dem Verlauf des Parteitages mit großer Aufmerksamkeit folgten, begrüßten besonders jene Ausführungen, die der weiteren Entwicklung der chemischen Industrie der DDR galten.

Neben anderen wichtigen chemischen Erzeugnissen war auch eine beträchtliche Steigerung der Produktion von vollsynthetischen Fasern vorgesehen. Das bedeutete für das Premnitzer Kunstseidenwerk, daß nicht nur neue Betriebsanlagen gebaut, sondern auch die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der modernen Chemiefasern beschleunigt werden mußten. Damit hatten die Premnitzer Werktätigen einen konkreten Auftrag durch den V. Parteitag der SED erhalten. Im Zusammenhang mit der Aufgabe, ständig die Arbeitsproduktivität zu steigern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchzusetzen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen an Material, Investitionen und Arbeitskräften auf die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte zu konzentrieren, galt es, auch auf dem Gebiet moderner Chemiefasern die Volkswirtschaft der DDR so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR

Adolf Rabe



gegenüber dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sichtbar wurde. Das Wachstum der chemischen Industrie sollte mit dazu beitragen, die auf diesem Gebiet teilweise noch bestehende Abhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR von der Wirtschaft des westdeutschen Monopolkapitals schrittweise zu beseitigen.

Mit der Realisierung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED ergaben sich auch für Premnitz neue komplizierte Aufgaben. Ihr Kern bestand darin, das Entwicklungstempo der Produktion zu beschleunigen. Von Partei und Regierung wurde der Auftrag erteilt, die Kennziffern für 1959 und 1960 gegenüber den von der Volkskammer 1958 beschlossenen Kontrollziffern des zweiten Fünfjahrplanes beträchtlich zu erhöhen und einen langfristigen Plan der Entwicklung bis 1965 auszuarbeiten. [92]

Hauptinhalt der Beratungen in den Leitungsgremien, in Auswertung des V. Parteitags bestand in der ordnungsgemäßen Realisierung des geplanten Kapazitätszuwachses von Produktionsanlagen. Neben den im Bau befindlichen Anlagen SO_3 und Tetraäthylblei wurde eine Produktionsanlage für WOLPRYLA-(Prelana-)Faser vorbereitet. Wesentlich war auch, daß in den vorhandenen Produktionsanlagen der Suprema- und Prezenta-Kunstseide und in den Anlagen Aktivkohle, Schwefelkohlenstoff und Schwefelsäure als Hauptproduktionsabschnitte des Kunstseidenwerkes die vorhandenen Kapazitäten ohne zusätzliche Arbeitskräfte besser ausgelastet wurden, um die Rentabilität zu erhöhen. Dazu war ebenso notwendig, den Anteil der besten Qualität am Gesamterzeugnis ständig zu steigern, die notwendigen Rohstoffe sparsamst zu verwenden und mit Hilfe technischer und technologischer Maßnahmen das Produktionsniveau insgesamt zu heben.

Unter diesen Gesichtspunkten wurde die fünfte ökonomische Konferenz im Kunstseidenwerk vorbereitet. In zahlreichen Versammlungen, die ihr vorausgingen, traten die Premnitzer Delegierten des V. Parteitags vor dem Werkkollektiv auf. Sie erläuterten dabei die Politik von Partei und Regierung und machten anschaulich klar, daß es in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus jetzt darauf ankomme, in den ökonomischen Wettstreit zu treten, um den Klassengegner auch in der Sphäre der materiellen Produktion zu schlagen.

Die Kunstseidenwerker reagierten mit neuen Zielstellungen im Wettbewerb. Dabei zeigte sich, daß viele von ihnen immer besser lernten, die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Produktionsabschnitten zu erkennen und schonungslos Mängel und Schwächen aufzudecken. Damit gaben sie dem sozialistischen Wettbewerb einen neuen konkreten Inhalt.

Ein Beispiel aus dem Bereich mag das illustrieren: Der Arbeiter Adolf Rabe aus der Viskoseabteilung machte in einer Produktionsberatung des Bereiches Kunstseide den Vorschlag, bis zum Geburtstag der Republik einen Planvorsprung von 3,5 Tagen zu erarbeiten. Seine Begründung lautete: „In unserer Abteilung sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, eine höhere Produktion zu bringen. Leider mußten wir in den letzten Wochen weniger Ansätze fahren, da die textilen Abteilungen (Zwirnerei und Konerei) die gesponnene Seide nicht verarbeiten konnten. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Viskoseabteilung und auch der Spinnerei I arbeiten nach der Mamai-Methode und sind die Verpflichtung eingegangen, größere Produktionsmengen zu bringen. . . . Wir rufen deshalb die textilen Abteilungen auf, mehr Seide zu verarbeiten, damit die Spinnerei mit allen Maschinen spinnen kann, dann können wir auch mehr Viskose produzieren . . ." [93]

Das Echo aus den textilen Abteilungen blieb nicht aus. Sie führten den Wettbewerb nach dem V. Parteitag weiter und nahmen den Vorschlag zur Erarbeitung eines dreieinhalbtägigen Planvorsprungs bis zum Geburtstag der Republik an. Schnell verbreitete sich diese Initiative auf das ganze Werkkollektiv.

Die zahlreichen Vorschläge und Hinweise von Brigaden und einzelnen Werktätigen in Vorbereitung der fünften ökonomischen Konferenz fanden ihren Niederschlag im

Entwurf eines Aktionsprogramms, den die Betriebsparteileitung vorlegte und in dem bis zum Jahre 1965 geplant wurde.

Das Aktionsprogramm stand unter dem Motto „Den Sozialismus zum Siege führen" und wurde von den Teilnehmern der Konferenz nach eingehender Beratung angenommen und der gesamten Belegschaft als Diskussionsgrundlage für die Aufgaben der nächsten sieben Jahre übergeben.

Auf der fünften ökonomischen Konferenz der Betriebsparteiorganisation im Oktober 1958 wurde auch die Verpflichtung des Werkkollektivs, bis zum Geburtstag der Republik 3,5 Tage Planvorsprung zu erzielen, abgerechnet. Obwohl bereits im II. Quartal der Plan für 1958 freiwillig erhöht worden war, konnte ein Planvorsprung von 4,2 Tagen erzielt werden. Nun beschloß die Konferenz, anläßlich des bevorstehenden 40. Gründungstages der KPD und der Wahlen zur Volkskammer im November den Planvorsprung auf 5,4 Tage auszubauen. Frau Dr. Hilde Benjamin, der Minister für Justiz, die als Gast und Spitzenkandidat an der Konferenz teilnahm, würdigte in ihren Ausführungen die Leistungen der Kunstseidenwerker beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. Gleichzeitig dankte sie vor allem den Frauen, die an diesen Ergebnissen einen hohen Anteil hatten. Ohne die Mitwirkung der werktätigen Frauen sei auch die künftige Entwicklung beim Aufbau des Sozialismus in der DDR nicht denkbar, sagte Frau Dr. Benjamin den Premnitzern.

Die Diskussion auf der fünften ökonomischen Konferenz der BPO des Kunstseidenwerkes deckte auch Mängel und Schwächen auf, die das Entwicklungstempo im Kunstseidenwerk hemmten. Im Betriebsteil Döberitz kamen die Bauarbeiten für die Neuanlage Schwefelsäure, die nach dem Wirbelschichtverfahren arbeiten sollte, und für die Anlage zur Produktion des Antiklopfmittels Tetraäthylblei nicht planmäßig voran. Bei beiden Projekten gab es Terminverzögerungen, und die Anfahrtermine mußten immer wieder verschoben werden. Die Kunstseidenwerker forderten deshalb vom KIB Leipzig unbedingte Plandisziplin. Doch die Bau- und Montagerückstände waren schon zu groß, als daß die festgelegten Termine noch einzuhalten waren. So konnte zum Beispiel erst am 28. Februar 1959 mit Unterstützung sowjetischer Fachleute die Produktion des Tetraäthylbetriebes angefahren werden. Die verspätete Produktionsaufnahme kostete die Kunstseidenwerker in den anderen Betriebsteilen für 1958 sechs Tage erarbeiteten Planvorsprung. Außerdem konnte der Volkswirtschaft und den Außenhandelsorganen dieses wichtige Produkt zur Verbesserung der Qualität von Vergaserkraftstoffen erst Monate später als geplant zur Verfügung gestellt werden.

Entsprechend der auf dem V. Parteitag herausgearbeiteten Bedeutung der Chemieindustrie für die Volkswirtschaft der DDR führten das Zentralkomitee der SED und die Staatliche Plankommission Anfang November 1958 eine Chemiekonferenz durch. Mit der Losung „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit" wurde das erste deutsche Chemieprogramm beschlossen, das dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt diente. Darin liegt auch die nationale Bedeutung des Chemieprogramms. Eine moderne chemische Industrie revolutioniert alle Zweige der Volkswirtschaft: die Landwirtschaft mit Düngemitteln, die Metallurgie mit chemotechnologischen Prozessen, die Nahrungsgüterwirtschaft, die Textilindustrie, die Kosmetik. Mit der Chemie sind alle Zweige der Volkswirtschaft eines Landes verbunden, ohne Chemie geht es nicht. Die Chemie wiederum benötigt den Maschinen- und Apparatebau, Rohrleitungen usw. Kurz, der Stand der Chemie eines Landes gibt Auskunft über den Stand seiner Volkswirtschaft.

An der Chemiekonferenz, die in den Leunawerken „Walter Ulbricht" tagte, nahmen auch elf Delegierte aus dem Kunstseidenwerk teil, unter ihnen befand sich die Arbeiterin und Kandidatin für die Volkskammer der DDR, Anna Frenzel, aus der Kunstseide II, die auch zur Diskussion sprach. Sie forderte im Namen des Werkkollektivs, daß die Projekte für Neuanlagen nicht nur mit den Leitungskräften zu beraten seien. „Viel wichtiger erscheint es uns", so sagte Anna Frenzel, „daß die Ausführungszeichnungen – die

ja erst in der Tat zeigen, in welcher Weise die Arbeiten mechanisiert und die Arbeitsbedingungen erleichtert werden – mit den Menschen besprochen werden, die später an den Apparaten arbeiten sollen." [94]

Im Arbeitsprogramm der Chemiekonferenz war unter anderem festgelegt, daß die Produktion von synthetischen Fasern in den folgenden Jahren gegenüber 1955 auf 460 Prozent steigen sollte. Dazu war der Bau eines neuen Chemiefaserkombinats in Guben geplant. Die vorhandenen Kapazitäten in Schwarza und vor allem die in Premnitz sollten beträchtlich erweitert werden. Im Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" war bis 1965 eine Steigerung der Produktion im Vergleich zu 1958 auf 330 Prozent vorgesehen. Sie betraf speziell die Produktion von synthetischen Fasern. Darüber hinaus war Premnitz für die Ausbildung von Fachkadern für das künftige Chemiefaserkombinat in Guben zuständig.

Nach dem V. Parteitag und der Chemiekonferenz zeichnete sich immer mehr das künftige Profil des Kunstseidenwerkes ab. Während 1958 der Hauptanteil der Produktion noch bei den Regeneratfasern Suprema und Prezenta lag, verschob sich nun der Schwerpunkt verstärkt auf synthetische Chemiefasern wie WOLPRYLA (bis 1961 Prelana), GRISUTEN (bis 1961 Lanon) und zum Teil DEDERON (bis 1959 Perlon).

Schon im Herbst 1958 begannen die Bauarbeiten für die Großproduktion von WOLPRYLA-Fasern. Im Frühjahr 1959 wurden die ersten Montagekolonnen erwartet, und 1961 sollte produziert werden. Die Sowjetunion hatte zum Aufbau dieser Anlage einen Kredit von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Des weiteren hatten die Premnitzer die Aufgabe, die Entwicklungs- und Forschungsarbeiten für weitere Produktionsanlagen solcher wollähnlichen synthetischen Chemiefasern durchzuführen.

Das erforderte zunächst die Mobilisierung der gesamten Belegschaft in den bestehenden Anlagen, da sie als Stammbelegschaft die Träger der gesamten neuen Vorhaben im Chemieprogramm des Werkes waren.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Spinnerei II gehörten zu den ersten, die ihren Beitrag zur Verwirklichung des Chemieprogramms leisten wollten. In einem Brief schrieben sie an den Werkdirektor: „In der Schicht A haben wir uns darüber Gedanken gemacht, wie wir diese großen Ziele erreichen können, ohne daß mehr Arbeitskräfte und Mittel gebraucht werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der Arbeitsorganisation in der Spinnerei II und der Übergang zur Bedienung von sechs Spinnmaschinen durch einen Kollegen, das heißt, er spinnt, zwirnt und nimmt auch selbst ab. Dadurch erreichen wir eine bessere Auslastung der Maschinen und Arbeitszeit, eine Erhöhung der Qualität und Senkung des Abfalls, eine gerechte Entlohnung nach Leistung und den Ausgleich im Arbeitskräfteplan. *Zielstellung:* Bis zum 16. November 66 Maschinen, bis zum 31. Dezember 126 Maschinen und bis Ostern 1959 die restlichen Maschinen nach der neuen Arbeitsorganisation umstellen.

In einer Beratung in der Parteigruppe und mit den Kollegen in der Schicht wurde die Diskussion über diese Zielstellung geführt, und wir sind bereit, diese in die Tat umzusetzen. Verwirklicht die Losung ‚Plane mit, arbeite mit, regiere mit!', dann werden auch in unserem Werk die großen Aufgaben gelöst." [95] 36 Arbeiterinnen und Arbeiter unterzeichneten den Brief.

Mit dem Vorschlag der Kollegen aus der Spinnerei II war es möglich, innerhalb kurzer Zeit sechs Arbeitskräfte einzusparen. Ein Kollektiv, das die Realisierung des Vorschlags übernommen hatte, war Tag und Nacht auf den Beinen, um den höchstmöglichen Nutzen zu erreichen. Solche Initiativen trugen wesentlich dazu bei, die vorhandenen Produktionskapazitäten so zu nutzen, daß die Forderungen nach einer ständig steigenden Arbeitsproduktivität, nach verbesserter Qualität der Erzeugnisse sowie nach Auslastung und Meisterung der modernen Technik erfüllt wurden.

Für die im Bau befindliche WOLPRYLA-Anlage wurde von seiten der Werkdirektion, vor allem der Jugend ein neues, verantwortungsvolles Betätigungsfeld geschaffen.

Bei der bisherigen Entwicklung im Kunstseidenwerk waren es immer wieder FDJler und andere Jugendliche, die mit an der Spitze des Aufbaus gestanden hatten. Sie waren in der Brigade „Tschutkich", bei den „Woroschins" und überall dort zu finden, wo Neues und Fortschrittliches entstand. Im Jahre 1958 hatte die FDJ-Grundorganisation des Kunstseidenwerkes im Wettbewerb der Großbetriebe des Bezirks Potsdam zu Ehren des V. Parteitages bei der Endauswertung den ersten Platz und damit das heißumkämpfte Leninbanner erhalten. Da das nun schon dreimal passiert war, ging das Leninbanner nunmehr endgültig aus den Händen der jungen Stahlwerker von Brandenburg in den Besitz der jungen Chemiearbeiter von Premnitz über. Die Jugendlichen hatten sich in der GST-Grundorganisation auch militärische Kenntnisse in den einzelnen Disziplinen angeeignet. Außerdem erfüllten sie auch ihre Verpflichtungen, Sonderschichten in den Schwerpunktbereichen zu leisten.

Die oftmals bewiesene hohe Bereitschaft der Jugend des Werkes, beim Aufbau des Sozialismus ganz vorn mit dabeizusein, veranlaßten die Werkleitung und die Betriebsparteileitung dazu, den Aufbau und die Inbetriebnahme der neuen WOLPRYLA-Anlage zum Jugendobjekt zu erklären. Die Jugend des Kunstseidenwerkes erhielt damit erstmalig eine so große und verantwortungsvolle Aufgabe.

In den Wahlversammlungen der FDJ-Grundorganisation des Werkes stand das Jugendobjekt WOLPRYLA sofort im Mittelpunkt der Diskussion, und bald waren die ersten Jugendlichen dabei, in freiwilligen Arbeitseinsätzen den Bauarbeitern auf der Baustelle des WOLPRYLA-Betriebes bei ihrer Arbeit zu helfen. Ein großer Teil der Verpflichtungen bezog sich auch auf die gewissenhafte Vorbereitung für die Übernahme der neuen Produktionsanlage.

Noch beschränkte sich aber die Verwirklichung des Chemieprogramms zu sehr auf die Werktätigen des Kunstseidenwerkes selbst. Erst nach einer Kreis-Chemiekonferenz, die von der Kreisleitung der SED und der Plankommission beim Rat des Kreises Rathenow im Dezember 1958 organisiert wurde, trat eine Änderung ein.

Das Kunstseidenwerk war im Kreis Rathenow der einzige chemische Großbetrieb. Der Anteil an der Gesamtproduktion des Kreises betrug 1958 rund 70 Prozent. Diese Tatsache allein macht schon deutlich, welche Stellung das Kunstseidenwerk als sozialistischer Großbetrieb im Kreis Rathenow einnimmt.

Deshalb waren auf der Kreis-Chemiekonferenz auch alle die Betriebe und Institutionen vertreten, die mit ihren Mitteln und Möglichkeiten die Kunstseidenwerker bei der Verwirklichung des Chemieprogramms der Republik unterstützen konnten.

Das betraf neben den anderen Produktionsbetrieben die Handelsorgane genauso wie die Verkehrsbetriebe; das Gesundheitswesen ebenso wie die kulturellen Institutionen unseres Kreises. Hier kam die enge Verflechtung aller Zweige der Volkswirtschaft mit der Chemie und ihren Erzeugnissen auch im Territorium zum Ausdruck.

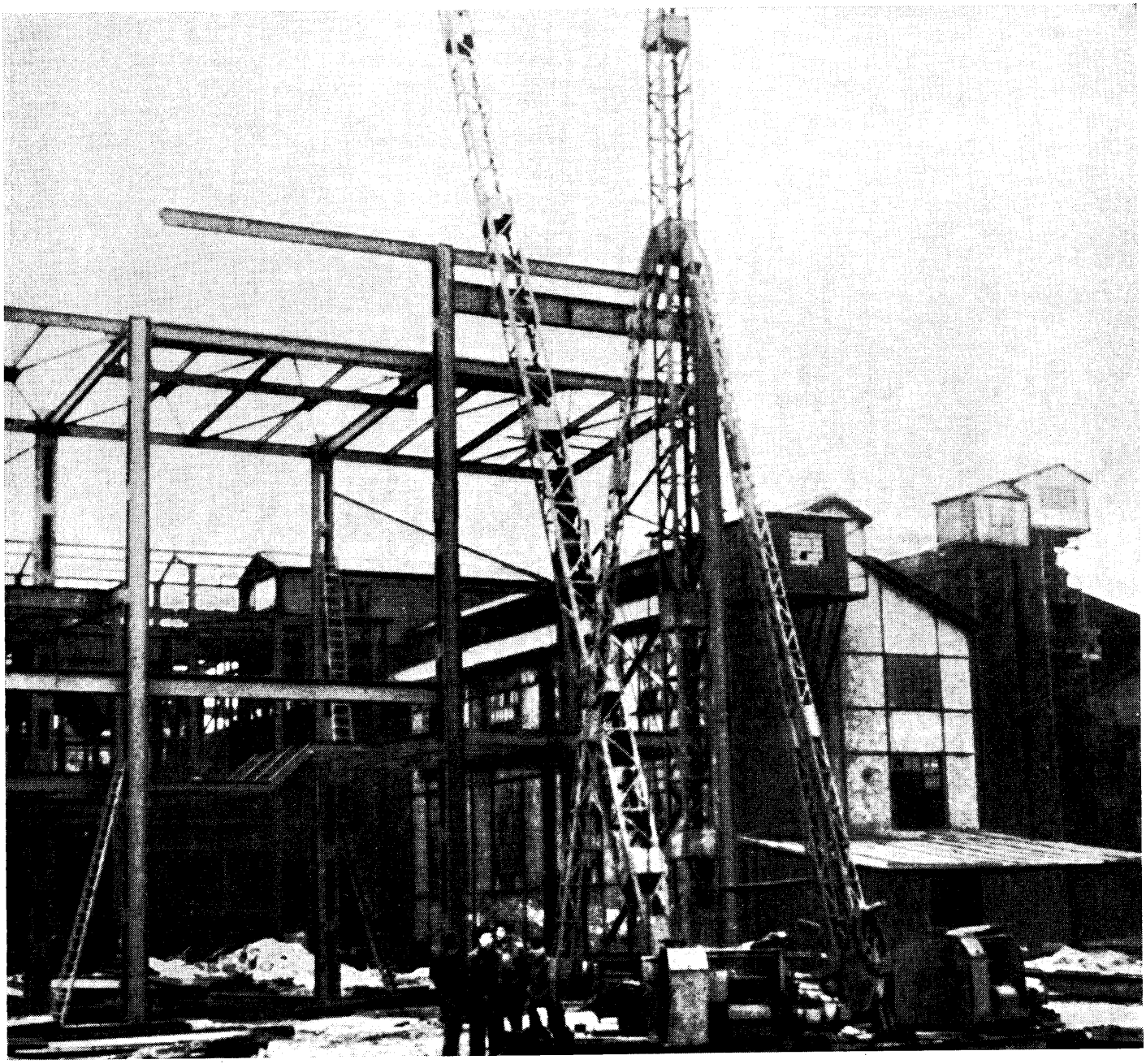
Die Konferenz gab den Auftakt, die gesamte Bevölkerung im Kreis Rathenow in das Chemieprogramm einzubeziehen. Das Jahr 1958 ging zu Ende. Es war ein Jahr voller bedeutsamer Ereignisse und angestrengter Arbeit, aber auch voller Erfolge.

Chemiefasern prägen das Gesicht des Kunstseidenwerkes

Die Wettbewerbsziele der Arbeiter, Ingenieure und Chemiker des Kunstseidenwerkes waren 1959 vor allem auf den 10. Jahrestag der Gründung der DDR gerichtet. Mit zahlreichen Verpflichtungen und Bereitschaftserklärungen zur Lösung der künftigen Aufgaben erbrachten die Werktätigen aus Premnitz unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat ihren Vertrauensbeweis. Dabei klang aber auch der Stolz auf das bisher Erreichte mit.

Die Werktätigen sahen nicht nur, daß in den letzten Jahren mehr als 1000 neue Wohnungen entstanden waren, daß den werktätigen Müttern 630 Plätze in Kinderkrippen, Krabbelstuben, Wochenheimen und im Kinderhort zur Verfü-

Neuanlagen im SO_3-Betrieb im Bau



gung standen, um nur eine kleine Auswahl zu treffen; nach dem V. Parteitag spürten sie den Fortschritt auch deutlich in der Lohntüte.

Die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossenen lohnpolitischen Maßnahmen, besonders für die Arbeiter und Angestellten in der Chemieindustrie, führten zu einer schnelleren Steigerung des Durchschnittslohnes, der – 1950 gleich 100 Prozent gesetzt – bis 1958 im Durchschnitt auf 132 Prozent angestiegen war.

Von 6224 Belegschaftsmitgliedern gehörten mehr als tausend Frauen und Männer, darunter viele Jugendliche, der SED an. Die Parteiorganisation des Werkes hatte es verstanden, die große Mehrheit der Kunstseidenwerker für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Nicht zuletzt kam das auch in der Anzahl der Werktätigen zum Ausdruck, die sich als Gewerkschaftsfunktionäre an der Entwicklung und Mitgestaltung des Kunstseidenwerkes beteiligten. 1958 vertraten 222 ehrenamtliche gewählte Vertrauensleute in den Brigaden und Meisterbereichen die Interessen ihrer Kollegen.

Im gesamten Werk gab es 129 Kommissionen der BGL und AGL, in denen 877 Kolleginnen und Kollegen vertreten waren. Sie arbeiteten auf den Gebieten der ständigen Produktionsberatungen, der kulturellen Massenarbeit, des Bau- und Wohnungswesens, der Arbeiterversorgung, der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung und in anderen Kommissionen und setzten die Losung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit" in die Tat um.

Dazu kamen noch die gewählten Mitglieder des Zentralvorstandes der IG Chemie, des Bezirksvorstandes des FDGB, der BGL und der AGL.

schaftliche Funktion aus, auch wenn man dabei berücksichtigt, daß einige Mitarbeiter mehrere Funktionen zugleich bekleideten.

Dem gesamten Werkkollektiv war es gelungen, seit 1950 die Bruttoproduktion auf das Viereinhalbfache zu steigern. 1959 zählte die Belegschaft 3156 Frauen und Männer mehr als 1950. Mit dem Produktionsvolumen des Werkes waren gleichzeitig die Menschen gewachsen. Im Prozeß der sozialistischen Revolution in der DDR hatte die Arbeiterklasse gelernt, wie ein sozialistischer Großbetrieb aufgebaut werden mußte. Die Leitungskräfte, die zum größten Teil aus der Arbeiterklasse stammten, hatten sich für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit qualifiziert. Die Arbeiter gingen nun in enger Zusammenarbeit mit der Intelligenz auch im Kunstseidenwerk daran, im zehnten Jahr der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik die Probleme zu lösen, die die wissenschaftlich-technische Revolution stellte.

Neben der Rekonstruktion der bereits bestehenden Anlagen kam es jetzt mehr denn je darauf an, neue, bessere und billigere Chemiefasern zu produzieren. Innerhalb der nächsten sieben Jahre – von 1958 bis 1965 – sollte sich die Hauptproduktion des Werkes in steigendem Maße auf synthetische Fasern konzentrieren.

Das waren keine Vorhaben, die subjektiven Wünschen entsprachen, sondern die erhöhte Produktion von synthetischen Fasern entsprach der Entwicklungsrichtung im Weltmaßstab.

Bevölkerungsstatistiker haben festgestellt, daß im Jahre 1958 rund 2,85 Milliarden Menschen auf der Erde lebten. Auf Grund der jährlichen Zuwachsrate werden es im Jahre 2000 etwa vier Milliarden sein. Sie alle wollen sich nicht nur ernähren, sie wollen auch bequem und modern wohnen und sich modern kleiden. Wolle und Baumwolle werden dann für den Weltbedarf an Textilien nicht mehr ausreichen. Daraus ergibt sich, daß Chemiefaserstoffe keine Ersatzstoffe sind, sondern daß sie die Lücke schließen, die im Textilbekleidungsbedarf der Zukunft auf Grund des Mangels an Naturfaserstoffen auftreten wird.

Synthetische Fasern, Fasern aus der Retorte, prägen das Gesicht unserer Zeit. Eine kleine Tabelle soll zeigen, wie sich der Anteil der Chemiefaserstoffe an der Welttextilerzeugung entwickelte.

Raketen mit dem Treibstoff „Steigerung der Arbeitsproduktivität"

Jahr	1900	1931	1951	1960
Baumwolle	80,0	81,6	72,3	68,0
Wolle	17,0	14,3	9,8	9,7
Seide	3,0	0,8	0,3	0,2
Chemiefaserstoffe	–	3,3	17,6	22,1 [96]

Angaben in Prozent

Eine weitere Tabelle gibt uns Auskunft über die Produktion von Chemiefasern in der DDR und den geplanten Anteil der Premnitzer Werktätigen daran.

Jahr	1950		1955	
	DDR	Premnitz	DDR	Premnitz
Viskoseseide	9 000	3 550	22 300	9 300
DEDERON				
Fasern und Seide	300	–	2 850	–
Fasern			1 400	1 400
WOLPRYLA	–	–	25	–
GRISUTEN	–	–	–	–

Jahr	1960		1965	
	DDR	Premnitz	DDR	Premnitz
Viskoseseide	27 000	9 950	26 950	9 950
DEDERON				
Fasern und Seide	5 750	–	9 400	–
Fasern	2 700	2 700	2 700	2 700
WOLPRYLA	1 000	260	5 900	3 650
GRISUTEN	150	100	540	500 [97]

Angaben in Tonnen

Die Betriebsparteiorganisation, die auf ihrer Delegiertenkonferenz 1959 mit dem Aktionsprogramm bis 1965 dieser Entwicklung Rechnung trug, entwickelte zahlreiche Formen und Methoden, um die Werktätigen in der Produktion und in den Forschungsbereichen zu befähigen, die größeren Aufgaben zu bewältigen. Gemeinsam mit der Werkdirektion führte sie Neuererkonferenzen, Beratungen mit Chemikern und Ingenieuren, mit Forschungsgemeinschaften und Produktionsbrigaden durch, um die vielseitige Problematik zu konkretisieren.

Das Bemühen der Kunstseidenwerker, die komplizierten Aufgaben bei der Rekonstruktion und Erweiterung ihrer Produktionsanlagen zu realisieren, war ab 1959 eng mit dem Bemühen verbunden, nach dem Beispiel der Brigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln. In den neuen Kollektiven durchdachten sie die im Plan enthaltenen Aufgaben und fanden mit ihren Überlegungen neue Lösungswege, um die festgelegten Kennziffern immer wieder zu überbieten.

Das kam auf der zweiten Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation im Jahre 1959 deutlich zum Ausdruck. So konnte der auf der ersten Delegiertenkonferenz 1959 gewählte Sekretär der Betriebsparteileitung, Erich Dorn, in seinen Ausführungen feststellen, daß die Zahl der Verbesserungsvorschläge von 469 mit einem Nutzen von 613 000 Mark im ersten Halbjahr 1958 auf 804 mit einem ökonomischen Nutzen von 956 000 Mark im gleichen Zeitraum 1959 angestiegen war. Zum Höhepunkt der zweiten Delegiertenkonferenz wurde der Start einer Sieben-Stufen-Rakete (symbolisch für den Siebenjahrplan). Im Auftrage seiner Kollegen aus dem DEDERON-Betrieb versah der Arbeiter Willi Mett die Rakete mit dem ersten „Treibstoff"; das bedeutete zehn Millionen Mark zusätzlichen Gewinn durch die überplanmäßige Produktion von 745 Tonnen DEDERON-Fasern und entsprechende Rekonstruktionsmaßnahmen. Mit dem „Zündsatz" sozialistischer Gemeinschaftsarbeit versehen, landete die Rakete

noch während der Konferenz im WOLPRYLA-Betrieb. Dort gaben die Kolleginnen und Kollegen die Verpflichtung ab, 2000 Tonnen WOLPRYLA über die staatliche Direktive des Siebenjahrplanes hinaus zu produzieren; das entsprach einer Summe von 36 Millionen Mark. Die übrigen Bereiche standen nicht nach und übergaben der Sieben-Stufen-Rakete ihre Verpflichtungen für die Erfüllung der Planziele des Kunstseidenwerkes.

Die Verpflichtungsbewegung des Jahres 1959 stellte alles Vorangegangene in den Schatten. Die große Bewegung zur Bildung sozialistischer Brigaden führte zu hervorragenden Bekenntnissen der Kunstseidenwerker zur Partei der Arbeiterklasse und zur Regierung der DDR. Wenige Tage vor dem 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik führten bereits 55 Brigaden den Kampf um den Staatstitel, und über 1000 Werktätige waren in sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften tätig. Obwohl für manche Kollegin und für manchen Kollegen zeitweilig finanzielle Einbußen damit verbunden waren, gingen sie in schwächere Kollektive und übermittelten eigene Erfahrungen beim Kampf um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit".

Nach dem Geburtstag unserer Republik traten die Werktätigen zum Wilhelm-Pieck-Aufgebot an, um den bisher erreichten Planvorsprung von 5,8 Tagen noch weiter auszubauen. Mit der Auszeichnung der Brigade „Ethel Rosenberg" durch den Staatstitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" und mit der Verleihung des Ordens „Banner der Arbeit" für das überbetriebliche Ludwigkollektiv unter der Leitung von Diplomingenieur Arthur Wilke fanden die Leistungen der Kunstseidenwerker hohe staatliche Anerkennung.

Noch im Dezember 1959 riefen die Vertrauensleute der Betriebsgewerkschaftsorganisation des Kunstseidenwerkes anläßlich ihrer Vollversammlung am 29. Dezember die 6500 Belegschaftsmitglieder auf, auch im Planjahr 1960 alle Kraft einzusetzen, um die hohen Aufgaben, besonders in der Chemiefasererzeugung, zu lösen.

Mit der Losung: „Produziert mit der fortgeschrittensten Technik, mit dem geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Material, mit niedrigsten Selbstkosten Erzeugnisse von hoher Qualität!" [98] setzten die Werktätigen im neuen Jahr den sozialistischen Wettbewerb fort. Bis zum 13. November 1960 sollten anteilmäßig alle Planpositionen erfüllt und ein mehrtägiger Planvorsprung erarbeitet werden. Die Kunstseidenwerker waren bemüht, gleich vom ersten Tag des Jahres an den Plan zu erfüllen und gar nicht erst Rückstände eintreten zu lassen.

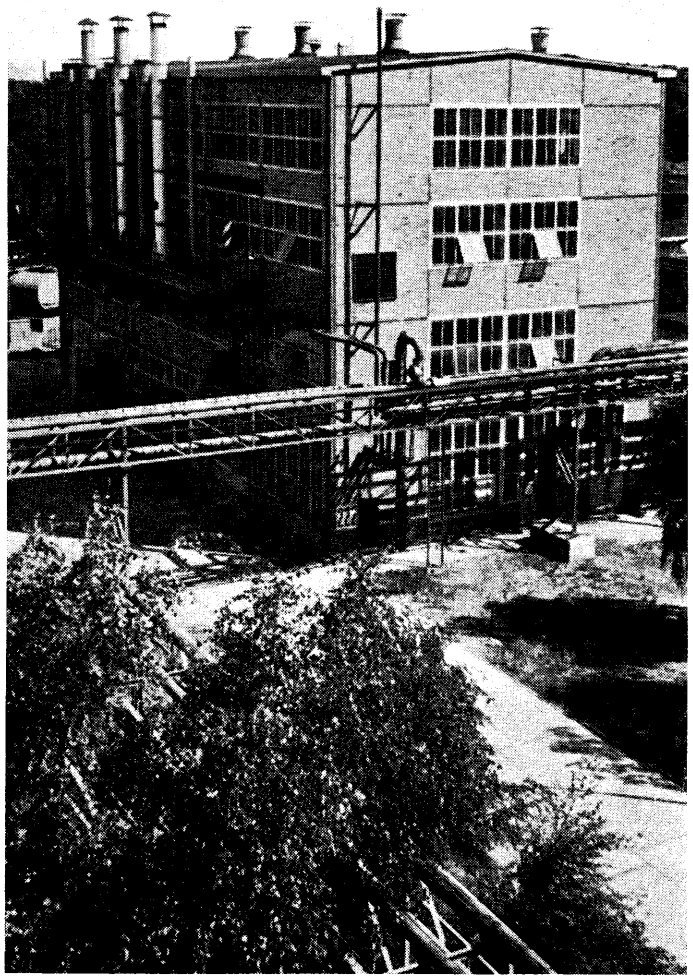
In den einzelnen Bereichen wurde deshalb die Dekadenkontrolle eingeführt. Dreimal im Monat kontrollierten nun die Brigaden die Planerfüllung und konnten sofort Maßnahmen einleiten, wenn bestimmte Hemmnisse auftraten. 245 Brigaden und 159 Arbeitsgemeinschaften arbeiteten daran, ihren Betrieb zum Wohle der DDR weiterzuentwickeln. Alle wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und organisatorischen Maßnahmen wurden jetzt darauf gerichtet, mit den Erzeugnissen des Kunstseidenwerkes den Weltstand anzustreben. Dem diente unter anderem, daß im Dezember 1959 eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft zur Ermittlung des Weltniveaus der einzelnen Produkte gegründet wurde. In elf Gruppen arbeiteten 79 Werktätige aus allen Bereichen und mit unterschiedlichen Qualifikationsgraden. [99]

Das Jahr 1960 stand ganz im Zeichen des Baus der WOLPRYLA-Faser-Anlage. Die Aufgabe bestand darin, die neue WOLPRYLA-Anlage nicht erst – wie geplant – am 1. Januar 1961 in Betrieb zu nehmen, sondern schon am 13. November 1960 die erste Bandstraße anzufahren.

Das gesamte Werkkollektiv war irgendwie an der Neuanlage beteiligt. In der Versuchsanlage qualifizierten sich im Dreischichtbetrieb die neuen Arbeitskräfte. Die „alten, erfahrenen Hasen" der Versuchsanlage bereiteten sich auf die Übernahme von Leitungsfunktionen vor. Erfahrene Arbeiter und Facharbeiter, die Mitglieder der SED an der Spitze, wurden als Hilfsmonteure zum Neubau delegiert. Mehrere Male griff die Leitung der APO bei scheinbar

In der Schaltwarte der neuen WOLPRYLA-Anlage

Produktionsanlagen im Novoktanbetrieb (Bild unten)



unüberwindlichen Schwierigkeiten ein und erreichte in persönlichen Aussprachen, zum Beispiel mit den Zulieferbetrieben, daß fehlende Materialien noch rechtzeitig eintrafen. Viele freiwillige Stunden leisteten Kunstseidenwerker aus allen Bereichen im NAW, an der Spitze natürlich die Jugend. Auch Angehörige der Sowjetarmee waren auf der Baustelle tätig, um die Termine zu halten. Die Kampflosung lautete: „Am ersten Tag des Chemiearbeiters in der DDR, am 13. November 1960, die erste Faser für die Republik!" Noch wenige Tage, ja Stunden vor Inbetriebnahme gab es Probleme zu lösen und Arbeiten zu erledigen, die aus der bisherigen Praxis der Versuchsanlage nicht bekannt waren. Handwerker, Monteure und das gesamte Leitungspersonal hatten tagelang kaum geschlafen, um das Anfahren der ersten Bandstraße zu garantieren. Hier wurde von den Bauarbeitern und Monteuren, von den Leitungskräften und dem Kollektiv WOLPRYLA-Forschung bewiesen, daß die Menschen unter sozialistischen Produktionsverhältnissen Aufgaben bewältigen, die früher für unmöglich gehalten wurden.

Am 1. Mai 1960, dem Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, hatten die Kunstseidenwerker schon wieder einen Planvorsprung von 4,25 Tagen erarbeitet. Voller Stolz trugen sie im Demonstrationszug ihre Losungen, die zum Ausdruck brachten, daß die DDR für alle Deutschen das leuchtende Beispiel einer künftigen vereinten deutschen Nation werden müsse. Damit unterstützten sie den Deutschlandplan, der vom Zentralkomitee der SED allen fortschrittlichen Kräften und vor allem der Arbeiterklasse Deutschlands als Vorschlag eines Weges zur Wiedervereinigung unterbreitet wurde. Der Deutschlandplan war ein weiterer Beitrag der SED zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und stellte die Alternative zur antinationalen und aggressiven Politik des westdeutschen Monopolkapitals dar. Gleichzeitig erwarteten die Premnitzer von der bevorstehenden Gipfelkonferenz in Paris Übereinkünfte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung und zur Sicherung des Friedens in der Welt, zum Abschluß eines

Nichtangriffspaktes zwischen der Nato und den Staaten des Warschauer Vertrages sowie positive Ergebnisse zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und zur Bildung einer entmilitarisierten, freien Stadt Westberlin. Doch an der ablehnenden Haltung des USA-Präsidenten Eisenhower und seiner Delegierten zu den sowjetischen Vorschlägen scheiterte die Gipfelkonferenz, und die internationalen Spannungen verstärkten sich in der Welt.

Die weitere politische und ökonomische Stärkung der DDR war in diesem Zusammenhang eine Aufgabe erster Ordnung, um der Kriegsgefahr zu begegnen. Die Freundschaft der Werktätigen der DDR zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern hatte dabei größte Bedeutung.

Die Kunstseidenwerker, die sich der Verantwortung an ihrem Abschnitt der Volkswirtschaft bewußt waren, konzentrierten nun ihre Kräfte auf die Durchsetzung der Losung der SED: „Spare mit jedem Gramm, jedem Pfennig und jeder Sekunde!" Das waren wichtige Positionen, um ihre ökonomische Hauptaufgabe, den Aufbau neuer Kapazitäten für die Chemiefaserproduktion, zu erfüllen. Die Kollektive der Produktionsbereiche des Kunstseidenwerkes gingen in ihren Brigadeverträgen neue Verpflichtungen ein, vor allem, um die höchste Ausnutzung der Grundmaterialien zu sichern. Als Beispiel sei die Initiative der Genossen und Kollegen des Novoktanbetriebes hervorgehoben. In einem Brief an den Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Kurt Seibt, erklärten sie sich bereit, Einsparungen an Grundmaterialien in Höhe von 50 000 Mark zu erzielen.

Hinzugefügt werden muß, daß durch Neuerer- und Rationalisierungsvorschläge bereits vorher 230 000 Mark eingespart worden waren. Eine Reparaturkolonne im SO_3-Betrieb sparte bei der Reinigung des Bleikanals fünf Tage ein und konnte dadurch 2500 Mark auf den Fonds des Siebenjahrplanes überweisen.

Das war ihre Antwort auf den Brief des Zentralkomitees der SED an alle Grundorganisationen der Partei, sich um die ökonomische Verwendung von Rohstoffen und um strengste Sparsamkeit zu bemühen. [100]

In diesen Monaten entstand im Kunstseidenwerk durch Anstoß von außen eine neue Bewegung, in der sich die Verantwortung der Werktätigen für die eigene Produktion ausdrückte. Eines Tages traf ein Schreiben ein. Die Werktätigen des VEB Feinwäsche „Benno Freitag" aus Hartmannsdorf (Erzgebirge) machten die Arbeiter der Kunstseidenanlage des Kunstseidenwerkes darauf aufmerksam, daß sie die Qualität ihrer Textilerzeugnisse nicht steigern könnten, wenn die vom Kunstseidenwerk gelieferte Kunstseide weiterhin Titerschwankungen, Streifigkeiten und andere Qualitätsmängel aufwiese. Ihr Appell an die Kunstseidenwerker wurde in den Spruch gekleidet: „Heute noch, sonst ist's zu spät, tut etwas für die Qualität!" [101] Diese berechtigte Forderung fiel bei den Kunstseidenwerkern auf einen fruchtbaren Boden. Alle Möglichkeiten wurden erneut überprüft, um die Forderungen nach verbesserter Qualität der Kunstseide zu erfüllen. Unter der Losung „Meine Hand für mein Produkt" nahmen Forschungsgemeinschaften mit mehr als 50 Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit auf. Ihr Ziel bestand darin, mit der Rekonstruktion der Anlagen die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Qualität der Kunstseide weiter zu verbessern. Populäre Begriffe, wie das „Fräulein Güte", das antrat, um dem „Herrn Murks" das Handwerk zu legen, wurden gefunden. Daß schließlich „Fräulein Güte" den Sieg davontrug, bewies nicht zuletzt die ständig steigende Qualität der auf dem Textilsektor im Handel angebotenen Erzeugnisse aus Premnitzer „Serona"- oder „Prezenta"-Seide.

Am Tag des Chemiearbeiters wurde wieder einmal abgerechnet. An der Spitze des innerbetrieblichen Wettbewerbs stand die Jugendbrigade „V. Parteitag". Ihr folgten die Brigaden „Deutsch-Sowjetische Freundschaft", „Ethel Rosenberg", „Wilhelm Pieck", „Ernst Thälmann", „Geschwister Scholl", „Siebenjahrplan", „Rosa Luxemburg", „7. Oktober", „Rotes Banner" und die vielen anderen. Alle woll-

Die Forderung nach besserer Qualität der Erzeugnisse entspricht unserer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung.

ten ihre Planaufgaben für 1960 erfüllen und übererfüllen und durch die Hilfe der Stärkeren für die Schwächeren ein gleichmäßiges Leistungsniveau der Brigaden erreichen.
Das war nicht immer leicht, denn es gab manchen Rückschlag. Da klappte es mit der Technik in der Nachbehandlung des DEDERON-Betriebes nicht, die Kunstseidenbetriebe litten unter großem Arbeitskräftemangel, und im Novoktanbetrieb fiel durch einen tragischen Unfall ebenfalls eine beträchtliche Produktionsmenge aus. Der erarbeitete Planvorsprung schmolz zeitweilig auf 0,85 Tage zusammen. Doch die Kunstseidenwerker wollten ihr Versprechen halten. Sie fuhren Hochleistungsschichten und führten verstärkt Leistungsvergleiche durch. In drei Monaten hatten zum Beispiel die Arbeiter aus dem Novoktanbetrieb den Produktionsausfall von 40,8 Tonnen aufgeholt. Am 13. November 1960, zum Tag des Chemiearbeiters, konnte die Belegschaft wieder auf einen Planvorsprung von 5,2 Tagen blicken.
Der Höhepunkt dieses Tages war aber das Anfahren der ersten Bandstraße in der neuerrichteten WOLPRYLA-Anlage. Am 13. November 1960 durchschnitt der damalige Präsident der Volkskammer der DDR, Johannes Dieckmann, das Band und gab die Produktion frei. Die beispielhafte schöpferische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Arbeitern und der Intelligenz sicherte, verbunden mit dem Schwung der Jugend, den vorfristigen Anfahrtermin. Während im ursprünglichen Projekt eine Kapazität für fünf Tonnen je Tag vorgesehen war, wurde auf gleichem Raum eine Kapazität von sieben Tonnen je Tag installiert, und der Termin der Inbetriebnahme der ersten Bandstraße wurde um fast zwei Monate vorverlegt.
Das Gesicht des Werkes hatte sich gewandelt. Im Herbst 1945 hatten die Arbeiter und Ingenieure der „Agfa-Seide" die ersten Maschinen zur Kunstseidenproduktion für die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung angesponnen. 15 Jahre danach ging eine neue Produktionsanlage in Betrieb, die mit moderner Technik moderne synthetische Fasern produzierte. Damit stellten die Kunstseidenwerker neben DEDERON schon die zweite synthetische Faser in Großproduktion her. Der Name „Kunstseidenwerk" brachte die Wandlung des Werkes nicht mehr zum Ausdruck. Deshalb wurde auf der Festveranstaltung zum Tag des Chemiearbeiters 1960 das Kunstseidenwerk von einem Vertreter der VVB Chemiefaser und Fotochemie umbenannt. Von nun an hieß es: Chemiefaserwerk „Friedrich Engels". Dieser Name trug dem erreichten Stand und der künftigen Entwicklung des Werkes voll Rechnung.
Anläßlich der Festveranstaltung zum Tag des Chemiearbeiters verabschiedete sich Werkdirektor Erich Winkler nach zehn Jahren erfolgreicher Tätigkeit von der Belegschaft. Er hatte vom Arbeiter-und-Bauern-Staat eine neue Aufgabe im VEB Filmfabrik Agfa Wolfen (heute ORWO) erhalten. Später übernahm Erich Winkler eine verantwortliche Funktion in der VVB Chemiefaser und Fotochemie.
Als neuer Werkdirektor wurde der Diplomfinanzwirtschaftler Karl Kaiser eingesetzt. [102]

Das Beispiel der Brigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld

Beim Verwirklichen der Politik, die von der Partei in Richtung einer schwerpunktmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR vorgezeichnet war, erlangte die sozialistische Gemeinschaftsarbeit eine vorrangige Bedeutung. Die Realisierung des Chemieprogramms und die damit verbundene Forderung, die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zu meistern, forderten von allen Werktätigen, auf sozialistische Weise zu arbeiten. Walter Ulbricht sagte in diesem Zusammenhang auf dem V. Parteitag der SED: „Wir wollen heute wie Sozialisten arbeiten, weil wir morgen auf sozialistische Weise in Wohlstand und Glück leben wollen. Auf sozialistische Weise arbeiten heißt, die Arbeitsproduktivität ständig zu steigern und die Neuererbewegung zu fördern, die moderne Technik zu meistern,

indem wir alle Reserven ausnutzen, mit jeder Minute, mit jedem Pfennig und mit jedem Gramm rechnen, echte sozialistische Beziehungen der kameradschaftlichen Hilfe und der Zusammenarbeit zwischen den Werktätigen herstellen . . ." [103]

Von den fortschrittlichsten Brigaden des Chemiefaserwerkes wurden die Worte Walter Ulbrichts aufgegriffen und in der praktischen Arbeit angewandt. Während sich bis 1958 die Produktionsbrigaden im wesentlichen darauf konzentriert hatten, an ihrem Abschnitt in der Produktion die Planaufgaben allseitig zu erfüllen, nach Neuerermethoden zu arbeiten und im Wettbewerb den Kampf um hohe Ergebnisse in der Produktion zu führen, wurde ab Anfang 1959 der Inhalt der Wettbewerbsbewegung wesentlich bereichert. Den Anstoß dazu gab ein Aufruf der Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld. Zu Ehren des 83. Geburtstages von Präsident Wilhelm Pieck rief die Jugendbrigade alle Werktätigen der DDR zum Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" auf. Ihre Verpflichtungen waren in drei Abschnitte gegliedert: sozialistisch arbeiten, lernen und leben. Von jetzt ab sollte die sozialistische Gemeinschaftsarbeit im Mittelpunkt des Schaffens stehen. Eine solche Auffassung entsprach zutiefst den Beschlüssen des V. Parteitages zum weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR, zu dem auch neue Normen der sozialistischen Moral und Ethik gehörten.

Das Beispiel der Brigade aus Bitterfeld fand im Kunstseidenwerk breite Zustimmung. Vor allem die Arbeitskollektive aus den Produktionsbereichen Tetraäthylblei, Kunstseide und DEDERON griffen diese Initiative auf und nahmen mit ihren Brigademitgliedern den Kampf um den Staatstitel auf. Brigadeverträge wurden erarbeitet und nach gründlicher Diskussion auf einem Brigadeabend von allen Brigademitgliedern abgeschlossen.

Zu den ersten sozialistischen Brigaden im Kunstseidenwerk gehörten die Jugendbrigade „V. Parteitag", die Jugendbrigade in der Schicht Benno Baumgardt aus der Legierung des Tetraäthylbleibetriebes sowie die Schicht B des DEDERON-Betriebes. Auch die Brigade „Clara Zetkin" wollte nicht zurückstehen und teilte in einem Brief an die Belegschaft der Schicht III der Konerei I ihren Entschluß mit, um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu kämpfen.

Die Bewegung „Sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben" erfaßte schnell alle Bereiche des Werkes. In der Vollversammlung der Betriebssektion in der Kammer der Technik wurde festgelegt, künftige Aufgaben in sozialistischen Arbeitsgemeinschaften zu lösen. In der Betriebsberufsschule brach sich die neue Entwicklung ebenfalls rasch Bahn. So rief das Aktiv 9 – synthetische Fasern – alle Lernaktive der Betriebsberufsschule auf, sich nach dem Grundsatz „Der Stärkere hilft dem Schwächeren" der großen sozialistischen Initiative der Werktätigen aus der Produktion anzuschließen.

In der Zeit der Vorbereitung auf den 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik kämpften bereits 33 Brigaden unter der Losung „Für des Volkes Wohlstand, für Frieden und Glück, decken wir den Tisch der Republik!" um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit".

Die neue Bewegung förderte das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen für das Ganze. So gingen häufig Arbeiter aus den fortgeschrittenen Brigaden in noch schwache Kollektive, um ihre guten Erfahrungen in der Brigadearbeit zu übermitteln.

Der Ingenieur des DEDERON-Betriebes, Eberhard Seidler, wechselte im Zuge der sozialistischen Hilfe seinen Arbeitsplatz, um die Montagekontrolle und die Leitung der technischen Kräfte beim Anfahren der neuen WOLPRYLA-Anlage zu übernehmen. Die FDJ-Organisation verstärkte ihre Anstrengungen, um für ihr Jugendobjekt „WOLPRYLA" die notwendigen Fachkräfte auszubilden. Sie verpflichtete sich, 200 Jugendliche aus dem Werk auf diese Aufgabe vorzubereiten. In vielen freiwilligen Arbeitseinsätzen unterstützten die Jugendlichen die Bau- und Mon-

tagearbeiter bei der Fertigstellung der Neuanlage für synthetische Fasern.
Als plötzlich ein Ventilator in der Spinnerei II ausfiel und den Stillstand von 25 Spinnmaschinen zur Folge hatte, weil sich die Luftverhältnisse derart verschlechterten, daß vom Standpunkt des Arbeitsschutzes die Weiterarbeit an den Maschinen nicht mehr möglich war, bewährte sich wiederum der Gemeinschaftsgeist. Da es im Werk keine Ersatzteile gab, schrieb die Jugendbrigade „V. Parteitag" kurzerhand einen Brief an die Jugendbrigade „Makarenko" im Erfurter Ventilatoren- und Apparatebau, dem Herstellerwerk des defekten Ventilators. Die jungen Ventilatorenbauer wurden gebeten, zu helfen und für eine schnelle Belieferung mit den fehlenden Ersatzteilen zu sorgen. Der Appell hatte Erfolg. Die Jugendbrigade „Makarenko" aus Erfurt versprach eine termingerechte Belieferung mit Ersatzteilen, und das Wort der Jugendlichen wurde von den verantwortlichen Stellen eingelöst. Der Produktionsausfall in Premnitz blieb auf ein Minimum beschränkt. [104] Beispiele ähnlicher Art könnte man beliebig fortsetzen.
Mit dem Kampf der Arbeitskollektive um den Staatstitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" erhielt der sozialistische Wettbewerb eine neue, höhere Qualität. Die Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz begannen in der Bewegung vom Ich zum Wir neue Formen des Zusammenlebens der Menschen im Sozialismus zu entwickeln. Damit trug die weitere Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in Brigaden und Arbeitsgemeinschaften wesentlich dazu bei, die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der sozialistischen Gesellschaft zu meistern. Das war ein entscheidender Beitrag, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR endgültig zum Siege zu führen.
Unsere sozialistischen Brigaden haben in ihren Tagebüchern ein reales Bild dieser Jahre aufgezeichnet. Schauen wir in einige hinein.
Eine Brigade, die lange Jahre mit an der Spitze der Brigaden im Chemiefaserwerk stand und später gemeinsam mit der Brigade „Nikolai Ostrowski" die Komplexbrigade „Walter Ulbricht" bildete, schildert ihren Weg so:

Unser Weg zur Bildung der Brigade „Legierung"

„Februar 1959. Um das Produktionsgebäude herum sieht es noch recht turbulent aus. Überall liegt Bauschutt, liegen Eisenteile, Kabelenden, Gerüstteile und was sonst noch eine kaum vollendete Baustelle in unserer Zeit charakterisiert. Doch trotz dieser Äußerlichkeiten: Im Innern des Gebäudes 222 dröhnen bereits die Gebläse der Schmelzkessel, schluckt der Hammerbrecher die ersten Tonnen geschmolzener Legierung zur Herstellung von Antiklopfmittel. Wir gehören zu jenem Betrieb, der als einziger in der DDR Tetraäthylblei produziert. Im gesamten sozialistischen Lager wird nur noch in der Sowjetunion dieses Produkt hergestellt. Die Kollegen unserer eben erst angelaufenen Anlage fühlen wohl auch deshalb die große Verantwortung, die auf ihren Schultern ruht. Eifrig gehen sie, die vor kurzem noch in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft als Schlosser, Bäcker, Angestellter oder auch als Bergmann tätig waren, daran, ihr neues Aufgabengebiet in der Chemieindustrie zu erfassen, zu begreifen und zu beherrschen. Chemiearbeiter war, mit Ausnahme des Meisters und des Abteilungsleiters, noch keiner.
In vier Schichten, jede Schicht mit sieben Kollegen besetzt, begannen wir zu produzieren. Wieviel Schwierigkeiten ergaben sich aber am Anfang unserer Tätigkeit, wieviel Unzulänglichkeiten mußten überwunden werden? Wir haben sie nicht gezählt! Aber wir erinnern uns noch, daß die Schichtzeit fast nicht ausreichte, um eine Charge zu schmelzen und zu brechen.
Die Kollegen, die in den Schichten zusammenarbeiteten, hatten sich bis dahin kaum gekannt. Das Arbeitsgebiet war jedem neu und fremd. Die Organisation im Schichtablauf war mehr als mangelhaft, und auch die technischen Einrichtungen wiesen noch erhebliche Mängel auf. So war es auch

nicht verwunderlich, daß unsere Produktion nicht ausreichte, um das Herz des Betriebes, die Äthylierung, mit genügend gebrochener Legierung zu versorgen. Das mußte aber auf alle Fälle erreicht werden, wenn wir unseren Plan erfüllen wollten. Eine fünfte Schicht wurde eingesetzt und über Sonntag durchgehend gearbeitet. Nur in der Sonntagnacht wurde nicht gearbeitet.

Mit der Lösung der einen Aufgabe war aber die nicht weniger wichtige, die Herausbildung eines Kollektivs in unserer Abteilung, noch lange nicht erfüllt. Das erwies sich als weit schwieriger, denn hier helfen im allgemeinen nicht nur organisatorische Maßnahmen. Die einzelnen Schichten der Abteilung, als Bausteine des Gesamtkollektivs, mußten sich festigen. Die Schicht des Ersten Schmelzers, Benno Baumgart, machte auf diesem Gebiet die besten Fortschritte. Diese Schicht war es auch, die als erste in unserem jungen Produktionsbereich dem Aufruf der Brigade „Mamai" aus Bitterfeld folgte, sich im Herbst 1959 zur Jugendbrigade konstituierte und den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" aufnahm. Die Entwicklung ging nun rasch vorwärts. Noch vor Weihnachten des gleichen Jahres schlossen zwei weitere Schichten ihren Vertrag ab und traten gleichzeitig miteinander in den Leistungsvergleich. Bis zum April 1960 hatten dann auch die letzten beiden Schichten ihren Brigadevertrag unter Dach und Fach. Jede Schicht gab sich einen Namen und fühlte sich als Brigade. Fast zur gleichen Zeit lief auch der erste Wettbewerb zwischen den Schichten unserer Abteilung an. Er ging befristet über mehrere Monate.

Solche Wettbewerbe zur Stabilisierung des Produktionsablaufs brachten auch endlich das notwendige Tempo zur Aufwärtsentwicklung in den einzelnen Schichten. Der Schichtrhythmus wurde immer besser organisiert. Reinigungspläne wurden erarbeitet und weiter vervollkommnet. Die Arbeitsdisziplin festigte sich. Die Mitarbeit im gesellschaftlichen Leben wurde verbessert. Durch die Schaffung kleiner Kollektive wurde der Weg zum Gesamtkollektiv geebnet. Das alles ging aber nicht im Selbstlauf voran! Die Mitglieder und Kandidaten der SED setzten sich an die Spitze dieser zielstrebigen Arbeit. Es wurden drei Parteigruppen gebildet. Entsprechend den einzelnen Brigaden, wurde die Arbeit der Gewerkschaft und der DSF organisiert. Ein Genosse vertrat als Leitungsmitglied die Brigade in der APO und ein Kollege als Mitglied in der AGL die Interessen unserer Abteilung.

Auch der Abteilungsleiter Joachim Fabian stellte seine Fähigkeiten zur Lenkung und Leitung des Kollektivs unter Beweis. So wurden zum Beispiel auf Empfehlung der Parteigruppe Schmelzerbesprechungen monatlich durchgeführt, bei denen alle Fragen der Arbeit und der gesellschaftlichen Tätigkeit besprochen wurden. Daran nahmen auch die Gruppenorganisatoren, die Vertrauensmänner und der Meister teil. Oft wurde dabei auch über Fragen der kollektiven Erziehung gesprochen. Auf dieser Grundlage erfolgte dann die Auseinandersetzung mit den Schichtkollektiven.

Wir haben viele Methoden bei der Erziehung unserer Kollegen angewandt, um die Schichten zu festigen. Sie reichen von der persönlichen Aussprache über die Auseinandersetzung in der Schicht bis zum Arbeitsplatzwechsel, zum Verweis und zur Verwarnung. Unser Weg war kein Spaziergang. Vielmehr wurde eine Fülle von Kleinarbeit von den fortschrittlichsten Genossen und Kollegen verlangt.

Gute Ergebnisse wurden vor allem im Wettbewerb erzielt. Nicht zuletzt durch die Qualifizierung einiger Kollegen zum Chemiefacharbeiter verbesserte sich die Qualität der Arbeit immer mehr. Sieben Kollegen erhielten im Herbst 1960 ihren Facharbeiterbrief. Doch leider steckten auch einige Kollegen, die anfangs am Lehrgang teilnahmen, in der Folgezeit auf. Aber auch diese Tatsache zeigt eigentlich nur den damaligen Stand unserer gesellschaftlichen Arbeit in den Brigaden. Dabei waren aber trotzdem die Erfolge in der Mehrzahl. 1960 leisteten unsere Kollegen insgesamt 418 Aufbaustunden. Alle Kollegen wurden Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF). Brigaden wurden mit Erfolg für die Teilnahme am Kampf-

Brigade „8. März"

gruppendienst geworben. Eine ganze Reihe von ehemaligen Angehörigen der Armee ging zum Reservistenlehrgang.
Schließlich brachte eine Kette von Verbesserungsvorschlägen spürbare Fortschritte im Produktionsablauf. Besonders zu erwähnen ist hierbei der Vorschlag, eine neue Fahrweise der Schmelzkessel anzuwenden. Damit wurde die Gefahr des Überhitzens der Kesselböden beseitigt, beträchtliche Reparaturkosten wurden eingespart, und die Produktion war gesichert. Auch der Vorschlag, eine Veränderung am Hammerbrecher vorzunehmen, beseitigte eine äußerst gefährliche Situation.
Schon im Herbst 1960 konnte die Schichtbesetzung auf sechs Kollegen reduziert werden. Die Einhaltung der Sauberkeit am Arbeitsplatz hatte sich prinzipiell durchgesetzt. Gute Organisation des Schichtablaufs gewährleistete, daß in jeder Schicht zwei Ansätze gefahren und gebrochen wurden. In den Schichten, in denen die Transportkolonne nicht anwesend war, wurden auch das eintreffende Blei und das Natrium entladen. Die Unordnung um unser Gebäude wurde nach und nach, so wie es die Zeit erlaubte, beseitigt. Auch die Bedienung der Anlage selbst verbesserte sich, und Störungen, die auf Bedienungsfehler oder sonstige Unzulänglichkeiten zurückzuführen waren, wurden durch den Wettbewerb auf ein Minimum herabgesetzt. Aus den einzelnen Schichten bildeten Kollegen Arbeitsgemeinschaften, in denen teilweise der Abteilungsleiter oder auch Ingenieure aus dem Produktionsbereich mitwirkten. Sie bearbeiteten Themen zur Verbesserung der Qualität der erschmolzenen Legierung, zur Materialeinsparung und ähnliches.
Trotz der Erfolge in unserer Arbeit waren wir aber mit unserer Gesamtentwicklung nicht zufrieden. Woran konnte das liegen? In jeder Schicht gab es einen Brigadevertrag und gute Kräfte, die die Realisierung organisierten. Die Schichten machten Aufbauarbeiten, fuhren ins Theater, und weitere Kollegen besuchten Qualifizierungslehrgänge. Da trat die Meinung auf, unsere Kräfte sind in kleine Gruppen zersplittert, vereint könnten sie wirksamer werden. Aber wie? – Es ging letztlich um das Gesamtkollektiv. Auf einer Schmelzerbesprechung, auf der dieses Problem zur Diskussion stand, wurde der Weg gefunden. Die Ersten Schmelzer wurden sich einig: Alle Schichtbrigaden schließen sich zur Abteilungsbrigade zusammen. Was sagen die Kollegen dazu? Sind APO, AGL und der Produktionsbreich damit einverstanden? Der Vorteil unseres Vorhabens wurde in der Diskussion auf der Schmelzerbesprechung klar. Wir schaffen mehr! Die positiven Kräfte der einzelnen Schichten arbeiten nicht mehr losgelöst voneinander, sondern gemeinsam in einer Brigade. Die Brigadebildung entspricht dem technologischen Prozeß. Das kann nur progressiv sein. Die verantwortlichen Kollegen und Genossen wurden beauftragt, diese Frage bei den zentralen Leitungen zu klären. Es gab dabei lebhafte Debatten über das Für und Wider. Am meisten wurde der Verzicht auf die freie Sonntagsschicht zugunsten eines monatlichen Brigadetages diskutiert. In der gemeinsamen Versammlung aller Schichten waren wegen dieses Punktes immer noch zwei Kollegen gegen eine gemeinsame Brigade. Die Mehrheit aber war sich einig: Der Vorschlag ist richtig; wir bilden eine gemeinsame Brigade. Auch Partei, Gewerkschaft und Bereichsleitung waren einverstanden. Nun wurden alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Die Genossen bildeten eine Parteigruppe mit je einem Stellvertreter in den Schichten. Ähnlich organisierten wir die Arbeit der Gewerkschaft und der DSF. Bei unseren Kollegen war Klarheit geschaffen. Der Tag der Gründung unserer gemeinsamen Brigade konnte kommen. Einen entsprechenden Vertrag hatten wir vorbereitet. Als Datum wurde der erste gemeinsame Brigadetag gewählt. Am 10. Juli 1961 war es dann soweit. Fünf Schichtbrigaden unserer Abteilung schlossen sich zur Brigade ‚Legierung' im Novoktan-Betrieb zusammen und kämpften um den Titel ‚Brigade der sozialistischen Arbeit'. 1962, zum Tag des Chemiearbeiters, hatten sie ihr Ziel erreicht."
Nun einige Auszüge aus dem Brigadetagebuch der Brigade „8. März": „Heute, am 15. April 1960, war unser großer

Tag. Wir haben einen Brigadevertrag. Von 25 Mitgliedern haben alle bis auf zwei Abwesende den Vertrag unterzeichnet. Verhindert waren die Kollegin Hoefer, krank seit dem 1. März 1960, und die Kollegin Schmidt, die seit dem 4. April 1960 für vier Monate eine Parteischule besucht. Als Brigadeleiter haben wir uns den Kollegen Köpke gewählt, und da wir auch einen Paten brauchen, baten wir den Kollegen Strobel einzuspringen. Er hat angenommen.

20. 4. 1960: Haben mit dem Kollegen Köhnke von der Betriebsakademie wegen des zweiten Berufs der Kollegen Dewald, Ring und Schwarz gesprochen. Der Kollege Bogk wird nach Rücksprache mit der Betriebsakademie die Prüfung abnehmen. Unser Meister Selge verpflichtet sich, in nächster Zeit einen Lehrgang für Betriebsökonomie zu besuchen.

24. 4. 1960: Die Kollegen Genge, Nawrath und Selge waren heute vormittag zur Geschwister-Scholl-Schule zwecks Patenvertrag und erster Absprache mit der Klassenlehrerin, Kollegin Krauß. Als Patenklasse haben wir die Klasse 5b.

7. Mai 1960: Gestern, am 6. Mai 1960, starteten wir im Kulturhaus Liebigstraße unseren Brigadeabend. Der Kollege Seidl würdigte in einer Ansprache unsere Verpflichtungen und wünschte uns Erfolg bei der Verwirklichung unserer Pläne. Der Abend verlief in schönster Harmonie; wir wünschen uns bald wieder so eine Zusammenkunft.

9. Mai 1960: Zum Tag der Befreiung, am 8. Mai, haben wir die Wandzeitung neu ausgestaltet. Für die Wandzeitung zum 1. Mai wurden wir mit 35,– Mark als zweiter Sieger ausgezeichnet.

12. Mai 1960: Heute leisteten fünf Kolleginnen von 15.00 bis 17.30 Uhr im Prelanaobjekt ihre Aufbaustunden, insgesamt 12,5 Stunden.

14. Mai 1960: Die Kollegen Ring und Elmer waren zu einer Aussprache mit den Schülern zur Geschwister-Scholl-Schule.

An einer Tagung zur Vorbereitung einer pädagogisch-ökonomischen Konferenz nahmen heute die Kollegen Ring und Selge in der Schule teil. Der Kollege Selge arbeitet ab heute in einer Kommission mit, die die Verbindung zwischen Schule und Werk im polytechnischen Unterricht verbessern will. Die Tagung dauert von 15,30 bis 17,45 Uhr.

20. Mai 1960: Die Kollegen Ring und Werner waren heute in der Schule. Die Kollegin Werner übernimmt eine Aussprache mit der Mutter eines besonders unfolgsamen Kindes.

20. Mai 1960: Mit den Kollegen Bogk, Hüttner und Selge wurde wegen des zweiten Berufs der Kollegen Schwarz, Dewald und Ring eine Aussprache geführt. Der Kollege Bogk übernimmt die Schulung und Prüfung der betreffenden Kollegen.

24. Mai 1960: Die Kollegin Krauß folgte mit 12 Schülern einer Einladung zur Betriebsbesichtigung. Die Kinder zeigten reges Interesse und waren vom Produktionsgang der Kunstseide sehr beeindruckt.

28. Mai 1960: Die Kollegen Paul und Werner waren zur Überreichung einer Wandzeitung zum Internationalen Kindertag heute in der Schule. Die Kinder bedankten sich recht herzlich. Die von der Kollegin zugesagte Aussprache mit der Mutter eines unfolgsamen Schülers wurde durchgeführt. Der Erfolg ist nicht ermutigend.

28. Mai 1960: Mit 16 Kolleginnen und Kollegen wurden an der neuen Sporthalle, Tor 2, 48 Stunden für das NAW geleistet.

Heute, am 28. Mai 1960, können wir mit Stolz berichten: Unsere Verpflichtung ist erfüllt. Laut Vertrag wollten wir bis zum 30. Mai rund 100 Aufbaustunden leisten. Geschafft haben wir aber 121. Damit haben wir unsere Verpflichtung mit 21 Prozent übererfüllt. Alle Kolleginnen und Kollegen freuen sich über diesen Erfolg."

Die Brigade „Völkerfreundschaft" schrieb an den Genossen Walter Ulbricht einen Brief, in dem sie schilderte, wie die Kollegen um hohe Ergebnisse bei der Herstellung synthetischer Fasern rangen und gleichzeitig bemüht waren, die Losung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" im vollen Umfang zu verwirklichen. In dem Brief vom 15. Oktober 1960 heißt es:

Mitglieder der Brigade „Völkerfreundschaft"

„Elf Jahre sind vergangen, seitdem die Deutsche Demokratische Republik, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands, gegründet wurde. Wir sind stolz auf die Erfolge, die unser Staat unter Führung seiner stolzen Partei erreicht hat, denn sie sind auch ein Teil unserer Arbeit. Heute möchten wir Ihnen, verehrter Genosse Ulbricht, als dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, mitteilen, welchen Beitrag wir, die Mitglieder der Brigade ‚Völkerfreundschaft' des DEDERON-Betriebes im VEB Kunstseidenwerk ‚Friedrich Engels' Premnitz, leisteten, um Ihre programmatische Erklärung, die Sie vor der 15. Tagung der Volkskammer im Namen des Staatsrates abgaben, zu verwirklichen. Wir wissen, daß das Leben nur dadurch schöner und reicher wird, wenn wir Arbeiter und Bauern im engen Bündnis mit der werktätigen Intelligenz uns täglich und stündlich für dieses hohe Ziel einsetzen. Über diese so wichtige Frage haben wir in unserem kleinen Kollektiv eingehend beraten und sind dabei zu der Schlußfolgerung gekommen, daß wir gerade jetzt, da wir in unserem Werk eine angespannte Rohstofflage haben, den Kampf um Menge und Qualität so führen müssen, daß wir den Plan nicht nur erfüllen, sondern übererfüllen. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Qualifizierung. So stehen sechs Mitglieder unseres Kollektivs in der Ausbildung zum Meister und Facharbeiter für Chemiefasern. Drei Kollegen erlernten den zweiten Beruf und führen Reparaturen an Maschinen und Aggregaten selbständig durch. Dadurch wurden drei Handwerker frei, die dringend für andere wichtige Aufgaben innerhalb unseres Betriebes gebraucht werden. Zwei weitere Kollegen stehen gegenwärtig in der Ausbildung für den zweiten Beruf. Bei unserer Arbeit werten wir die Erkenntnisse eines gleichgearteten Betriebes in der ungarischen Volksrepublik aus, mit dem unser Betrieb im Erfahrungsaustausch steht. Um auch den Nachwuchs unseres Werkes noch besser mit der Produktion vertraut zu machen, schlossen wir mit jungen Menschen von zwei Lernaktiven Patenschaftsverträge ab. Ihnen unsere vielen Produktions- und Lebenserfahrungen zu vermitteln, ist die vornehmste Aufgabe dieses Vertrages. Wir sind uns aber auch darüber im klaren, daß Produktionstaten allein nicht genügen, um unsere Republik gegen die faschistischen Kräfte im Adenauer-Staat, die einen Überfall auf unsere Republik vorbereiten, zu schützen. Deshalb bildeten wir eine Schützengruppe in der GST, und zwei weitere Kollegen delegierten wir zum Dienst in unsere Arbeiter-Kampfgruppen. Bei allen Dingen, die von unserer Brigade durchgeführt werden, geben uns die Genossen der Parteigruppe wichtige Hinweise. Aber nicht nur das, die Genossen sind der Motor unseres Kollektivs. Um die Partei weiter zu stärken, gewinnen wir die besten Arbeiterinnen und Arbeiter als Kandidaten für die Reihen der Partei. Das war ein kleiner Ausschnitt aus dem Leben unseres noch jungen Kollektivs. Wir schreiben Ihnen diese Zeilen, verehrter Genosse Ulbricht, nicht etwa, weil wir unsere Leistungen herausstellen wollen, nein, in unserem Betrieb gibt es Hunderte solcher Kollektive, die vielleicht noch besser sind. Wir schreiben Ihnen diese Zeilen, weil wir wissen, daß die Geschicke unseres Staates bei Ihnen als Vorsitzendem des Staatsrates der DDR und Ersten Sekretär des ZK der SED in guten Händen liegen. Sie sollen wissen, daß wir Arbeiterinnen und Arbeiter mit unserer ganzen Kraft an die Verwirklichung der Aufgaben arbeiten, die uns unsere Partei und Regierung stellt.

Wir grüßen Sie und wünschen Ihnen in Ihrer verantwortungsvollen Arbeit weiterhin reiche Erfolge zum Wohle unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates."

Unterschrieben war der Brief von allen Mitgliedern der Brigade.

Am Beispiel der folgenden Tagebuchauszüge einer Brigade wird das Bemühen um Materialeinsparung im Produktionsprozeß deutlich.

„Im November 1959 fand im Jugendklubhaus in Premnitz ein für uns wichtiger Brigadeabend statt. Der Anlaß dazu war die Gründung einer Brigade, die um den Staatstitel ‚Brigade der sozialistischen Arbeit' kämpft. Wir gaben unserer jungen Brigade den ehrenvollen Namen ‚Nikolai Ostrowski'."

Mehr als zwei Jahre rangen die Mitglieder der Brigade „Nikolai Ostrowski", um die Materialverbrauchsnorm für Blei zu senken. Ihr Kampf war erfolgreich.
Für 1961 wurde die folgende Verpflichtung in den Brigadevertrag aufgenommen:
„Um Verstopfungen beim Abgießen der Legierung zu vermeiden, werden wir Bleibarren herstellen, die nur ein Minimum an Schlacke aufweisen. Wir verpflichten uns, auch den Bleianteil in der Schlacke zu senken und nicht höher als 12 Prozent zu fahren. . . .

März 1962
Die abgegebene Verpflichtung, den Schlackenanteil als Höchstgrenze auf 10 Prozent zu senken, konnte um 0,45 Prozent unterboten werden. . . .

Juni 1962
Am 4. 7. lief unsere Schmelze neu an, aber keine normale Schmelze, sondern es werden Versuche mit Koks gefahren. Die ersten Tage brachten uns schon einige Erfolge, denn alle Brigademitglieder arbeiten aktiv daran mit. Es geht hierbei um die Senkung des Schlackefaktors auf etwa sechs Prozent. . . .

Juli 1962
Die neue Fahrweise in der Schmelze mit Koks zeigte bis heute den Erfolg, daß der Schlackefaktor von zehn Prozent schon auf sieben Prozent gesenkt werden konnte. Von den Kollegen Fabian und Hasselwander wurde ein Verbesserungsvorschlag der Brigade eingereicht, der durch die neue Fahrweise mit Koks einen Jahresnutzen von 77 000 Mark bringt. Für die Realisierung wurde die Brigade mit einer Prämie von 800 Mark ausgezeichnet.
Gleichzeitig wurde der Betriebsleitung der Vorschlag unterbreitet, die Materialverbrauchsnorm für Blei auf 550 Kilogramm pro Tonne Fluid zu senken. Unsere letzte Schmelzperiode wurde mit einem Schlackefaktor von 3,48 Prozent abgeschlossen. . . .

November 1962
Unsere letzte Schmelze wurde mit einem Schlackefaktor von 3,25 Prozent abgeschlossen, die Fahrweise ist stabil."
Schließlich sei als letzter Beitrag dieser kleinen Auswahl aus Brigadetagebüchern aus dem Buch der Brigade „1. Mai" (Prezenta-Erweiterung) zitiert. Es geht um das Thema Krankenbesuche in Premnitz und Brandenburg:
„Zum sozialistischen Arbeiten, Leben und Lernen gehört auch, daß wir erkrankte Kolleginnen und Kollegen, die längere Zeit der Arbeit fern bleiben müssen, besuchen.
Das dient und hilft dem sozialistischen Zusammengehörigkeitsgefühl. Im Auftrag der Brigade besuchten die Kollegin Irmgard Glause und ich die Kollegin Helga Hinterthan am 5. April vormittags in ihrer Wohnung in Premnitz. Ebenfalls am gleichen Tag statteten wir nachmittags unserer Brigadeleiterin, der Kollegin Margarete Magdanz, einen Krankenbesuch ab. Dabei waren zusätzlich die Kollegin Grete Ritter und unser Meister, Kollege Nagel, mit von der Partie. Für beide Kolleginnen hatten wir kleine Aufmerksamkeiten gekauft. Es waren Blumen, Pralinen, Kaffee und Kekse. Die Kollegin Hinterthan zeigte sich freudig überrascht von diesem unerwarteten Besuch. Ihre Freude spürten wir deutlich beim Plauderstündchen bei einer Tasse Kaffee. Wir verabschiedeten uns mit den besten Genesungswünschen und vielen Grüßen von allen Kollegen. Auf ein baldiges Wiedersehen beim frohen Schaffen! Nach der Frühschicht fuhren wir mit dem Pkw nach Brandenburg zur Kollegin Magdanz. In Döberitz kauften wir frischen Kuchen und Kaffee. In ihrer Wohnung angekommen, fanden wir sie leer. Wo sie jetzt suchen? Auch die Nachbarin wußte nichts über ihren Verbleib. Ob sie zu ihren Kindern gegangen war? Dort angekommen, erfuhren wir, daß sie bei ihrem behandelnden Arzt weilte. Nach kurzer Wartezeit trafen wir sie und fuhren gemeinsam zu ihrer Wohnung. Ende gut – alles gut! Hier war die Freude groß. Frau Magdanz hatte Mühe, ihre Tränen zu unterdrücken. Dankbarkeit und Freude sprachen aus ihren Worten. Es wurde viel erzählt. Unsere gemütliche Kaffeerunde dauerte bis gegen 19.00 Uhr. Auch hier verabschiedeten wir uns mit den besten Genesungswünschen und tauschten herzliche Grüße aus. Wir fuhren

mit dem guten Gefühl nach Hause, dazu beigetragen zu haben, unseren erkrankten Kolleginnen ein wenig Freude gebracht zu haben."

Bereits in den Jahren 1960/61 kämpften 245 Brigaden und 159 Arbeitsgemeinschaften im Chemiefaserwerk um den Staatstitel. Das stellte natürlich auch an die gesamte Leitungstätigkeit höhere Anforderungen. Von seiten der Betriebsparteiorganisation und der BGL wurde zu dieser Zeit verstärkt gefordert, daß die Führung des sozialistischen Wettbewerbs, die Arbeit mit den Brigaden und Arbeitsgemeinschaften und die Arbeit mit den Neuerern zum ständigen Leitungsprinzip eines jeden staatlichen Leiters werden mußte.

Die neue Bewegung zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit verstärkte das Bedürfnis der Werktätigen zum Lernen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter erlernten einen zweiten Beruf, erwarben Facharbeiterkenntnisse und wollten sich auf Spezialgebieten weiterbilden. Ohne höhere Bildung waren ja die Aufgaben, die die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse mit sich brachten, auf die Dauer nicht zu lösen.

Im Juni 1959 beschloß die Betriebsparteileitung, den Hinweisen der 5. Tagung des ZK der SED folgend, die Bildung einer Betriebsakademie im Werk. Die neue Einrichtung umfaßte die Sektionen und Fachgruppen Gesellschaftswissenschaften, Chemie, Technik, Sprachen, Literatur und Kunst. Im gleichen Jahr wurden auch umfangreiche Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Ausbildungsthematik für Facharbeiter, besonders auf dem Gebiet der Chemiefasern, zu vervollständigen. Es wurden auch Lehrgänge eingerichtet, bei denen die Werktätigen den Abschluß der 8., 9. und 10. Klasse erreichen konnten.

Darüber hinaus wurden Möglichkeiten zum Abendstudium eingerichtet, um die Qualifikation für Ingenieurökonomen, Ingenieure für Chemischen Apparatebau, Ingenieure für Chemiefasern und andere zu erreichen.

Großes Gewicht wurde in den Brigadeverträgen auf das Leben in sozialistischer Weise gelegt. Der Schritt vom Ich zum Wir war nicht allein mit schönen Deklarationen des sozialistischen Menschenbildes zu gehen. Alte Gewohnheiten mußten überwunden werden.

„Der Aufbau des Sozialismus endet nicht am Werktor"; dieser Satz war in unzähligen Brigadeveranstaltungen viele Male gesprochen worden.

Die aktive Mitarbeit im Wohngebiet an freiwilliger Aufbauarbeit, das Mitwirken in Volkskunstgruppen und Laienzirkeln und die Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern in der Landwirtschaft bei der Aussaat und Ernte wurden jetzt Maßstäbe für die Beurteilung der Brigademitglieder und oft auch für die Aufteilung der Produktionsprämien.

Für die künstlerische Selbstbetätigung der Mitglieder der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften schuf die Klubleitung der BGL viele Möglichkeiten, die den vielseitigen Talenten Rechnung trugen. Richtungweisend wirkten dabei die Beschlüsse der Bitterfelder Konferenz vom April 1959. [105]

Die Bereicherung des persönlichen Lebens der Brigademitglieder wirkte auch wesentlich auf die Qualität des sozialistischen Wettbewerbs ein. Wurden bislang die Produktionsergebnisse nach Plus- und Minuspunkten abgerechnet, so setzte sich nun verstärkt der sozialistische Leistungsvergleich durch. Brigaden, Meisterbereiche und ganze Produktionsabteilungen verglichen ihre Ergebnisse auf allen Gebieten des Arbeitens, Lernens und Lebens.

Bewertungsgrundlage für den sozialistischen Wettbewerb wurde immer mehr der erreichte Nutzen in meßbaren Größen.

Auch überbetrieblich fanden solche Leistungsvergleiche statt. So hatten die Betriebsparteileitungen des Kunstseidenwerkes und des Geräte- und Regler-Werkes Teltow auf Anregung der Bezirksleitung der SED den gemeinsamen Beschluß gefaßt, anläßlich des XXI. Parteitages der KPdSU und des 10. Jahrestages der DDR miteinander in einen Leistungsvergleich zu treten und neue Erfahrungen über die besten Arbeitsmethoden zur Entfaltung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sowie der politischen Massenarbeit

Bei der Parteileitung wird über Neuerermethoden beraten.

auszutauschen. [106] Die Betriebsparteileitung konzentrierte sich dabei unter anderem auf die Rekonstruktion der Kunstseide I und den Aufbau der WOLPRYLA-Anlage. Von den Genossen aus Teltow sollte die Bereinigung des Fertigungsprogramms mit schwerpunktmäßiger Orientierung auf die Meß-, Steuerungs- und Reglertechnik gelöst werden. Die Zusammenarbeit der beiden Betriebe führte zu neuen Erkenntnissen, wie der wissenschaftlich-technische Fortschritt am besten erreicht werden konnte. Fortschrittliche Arbeitsmethoden, wie die Bildung von Ludwigkollektiven oder die Anwendung der Mamai- und der Seifertmethode, wurden schneller in die Praxis übernommen. In jenen Monaten entstanden zahlreiche Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, in denen Arbeiter, Meister und Angehörige der technischen Intelligenz ihre Kräfte vereinigten, um die stürmisch wachsenden Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern.

Das Zusammenwirken der Werktätigen in den sozialistischen Gemeinschaften setzte neue Triebkräfte frei, um bisher nicht erschlossene Reserven frei zu machen.

Die Hilfe der Kunstseidenwerker für die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft

Wie schon einige Male angedeutet, haben die Werktätigen des Chemiefaserwerkes stets darauf geachtet, ihre Bündnispflicht gegenüber den werktätigen Bauern in den umliegenden Ortschaften zu erfüllen. Ob in den Jahren 1945/46 bei der Bodenreform, in den folgenden Jahren bei der Unterstützung der Neubauern oder ab 1952 bei der Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, stets gaben die Chemiearbeiter aus Premnitz ihr Bestes, um auch auf dem Land mitzuhelfen, den Sozialismus in der DDR zum Siege zu führen.

Zahlreiche Mitglieder der SED aus der Belegschaft des Chemiefaserwerkes an der Havel waren als Industriearbeiter aufs Land gegangen. Sie hatten ihre Aggregate zur Herstellung von Chemiefasern, ihren Schreibtisch oder ihre Werkbank mit dem Pflug, der Egge und dem Traktor vertauscht.

Oft mußten sie bei diesem Tausch auf schon erreichte persönliche Vorteile verzichten. Teilweise verdienten sie weniger als im Werk. Ihr Bewußtsein aber, daß es für den Sieg des Sozialismus auch notwendig ist, vorübergehende Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen, damit das Leben in der DDR für alle noch schöner und lebenswerter werden konnte, gab diesen Genossinnen und Genossen die Kraft, solche Aufgaben zu übernehmen.

Die zahlreichen Patenschaftsverträge der Betriebsabteilungen mit den Landwirtschaftlichen Gemeinden und Werktätigen aus den MAS (später MTS) bildeten die Basis für ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den Menschen aus der Industrie und aus der Landwirtschaft.

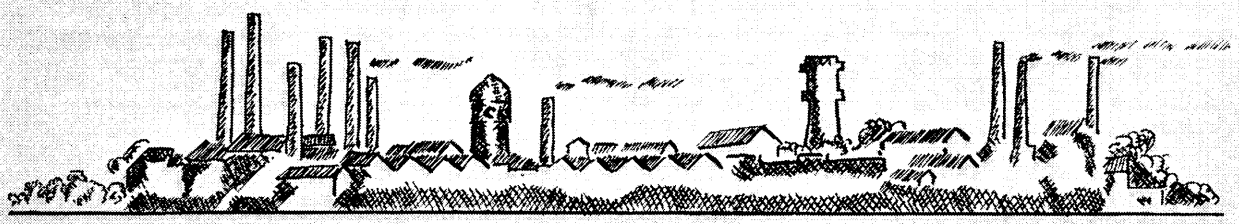
Das trug wesentlich dazu bei, den genossenschaftlichen Zusammenschluß auf dem Lande zu fördern. So gab es zum Beispiel im MTS-Bereich Milow bereits 1958 sechs LPGs, und im April 1959 waren es 22. Der genossenschaftliche Sektor machte damit 60,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche dieses MTS-Bereiches aus. Von 1958 bis 1959 wurden 155 Einzelbauern neu in die LPG aufgenommen. [107]

Von der Betriebsparteileitung des Chemiefaserwerkes wurden in diesem Zusammenhang alle Mitarbeiter, die an der Realisierung der Patenschaftsverträge mitwirkten, aufgerufen, ihre Hilfe und Unterstützung so zu gestalten, daß 1959/60 die von ihnen betreuten LPGs rentabel arbeiteten. Um dieses Ziel zu erreichen, bildeten die Premnitzer Werktätigen „Rote Brigaden". Die Mitglieder der Brigaden, klassenbewußte Bürger unseres Staates, nutzten ihre Arbeitseinsätze in den Patendörfern zu Aussprachen mit der Landbevölkerung über die Notwendigkeit, auch auf dem Lande zur sozialistischen Großproduktion überzugehen.

Die „Roten Brigaden" aus dem Werk stimmten mit den Genossenschaftsbauern die nächsten Etappen der Arbeit ab. Im MTS-Bereich Milow sollte bis 1960 je 100 Hektar Nutzfläche ein Bestand von 63 Rindern, davon 30 Milch-

Patenschaftsvertrag

zwischen
dem Viskosebetrieb
des Kunstseidenwerkes „Friedrich Engels"
Premnitz
und der LPG Jerchel



kühe, erreicht werden. Die Schwerpunkte Zollchow und Jerchel wurden mit Baubrigaden aus dem Werk unterstützt, um den Viehbestand unterzubringen. Tausend und aber tausend Stunden freiwilliger Erntearbeitseinsätze leisteten die Werktätigen aus allen Bereichen des Werkes.

Die vollständige sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft war aber eine der kompliziertesten Aufgaben, die von der Arbeiterklasse in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gelöst werden mußte. Auf der einen Seite erkannten immer mehr Bauern, daß ihr Schritt zur genossenschaftlichen Produktion der einzig richtige war, um den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum allseitigen Sieg zu führen, auf der anderen Seite hingen sie aber noch traditionsgebunden an ihrer Einzelwirtschaft.

Bereits auf seiner 7. Tagung hatte das Zentralkomitee der SED die Situation in der Landwirtschaft analysiert, und auch der Nationalrat der Nationalen Front befaßte sich auf seiner Tagung mit Fragen der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR. Die Tagung des Nationalrates stand unter der Losung: „Dem Volke mehr Lebensmittel und Rohstoffe, den Bauern ein schöneres, kulturvolleres Leben, dem Frieden eine feste sichere Basis in der DDR." [108] Schließlich gab die Tagung des Zentralkomitees der SED Ende Januar 1960 „den Auftakt, alle Bauern für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gewinnen" [109].

Viele Agitatoren aus dem Werk gingen jetzt in die Dörfer, um alle werktätigen Bauern von der Notwendigkeit zu überzeugen, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu bilden. Unter den Agitatoren befanden sich vor allem erfahrene Mitglieder der Betriebsparteiorganisation des Werkes, wie zum Beispiel die Mitglieder der SED Otto Natschke, Steffi Hauck, Günther Mumm, Heinz Boetig und viele, viele andere, die in den Dörfern Milow, Böhne, Vieritz, Döberitz, Nennhausen, Bukow und Garlitz, um nur einige zu nennen, eingesetzt waren. Sie trugen wesentlich dazu bei, daß der jahrhundertelange Befreiungskampf der deutschen Bauern nunmehr auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik siegreich beendet werden konnte. Von den Monaten zu Beginn des Jahres 1960 spricht man völlig zu Recht in der DDR vom sozialistischen Frühling auf dem Lande.

In Vieritz zum Beispiel waren die Angehörigen des APO-Bereiches Berufsausbildung aus dem Kunstseidenwerk eingesetzt. Der Sekretär der APO, Magdalene Fichte, berichtet aus diesen Tagen, daß sich ein großer Teil der Einzelbauern für die Bildung einer LPG Typ I entschied. Die Bauern unterzeichneten ihren Antrag, Mitglied der LPG zu werden, und gaben ihrer Genossenschaft zu Ehren Clara Zetkins den Namen „8. März". Nach wenigen Tagen, nachdem die besten Einzelbauern schon mit gutem Beispiel vorangegangen waren, wurden auch die letzten Bauern Mitglieder der LPG. Das Dorf war vollgenossenschaftlich.

Durch die aktive Mitwirkung der Kunstseidenwerker am genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern im Kreis Rathenow waren in wenigen Wochen die zwölf Patendörfer des MTS-Bereiches Milow vollgenossenschaftlich. [110]

Doch die Bildung der LPG bedeutete erst den Anfang der Arbeit für die Chemiefaserwerker. Noch waren die Genossenschaften schwach und mußten gegen viele Widerstände behauptet und gefestigt werden. Durch Patenschaftsverträge bekräftigten die Arbeiter ihre Bereitschaft, den Genossenschaftsbauern bei ihren ersten Schritten kräftig unter die Arme zu greifen. Solche wichtigen Maßnahmen wie die Bildung von Parteigruppen der SED, die Qualifizierung von LPG-Mitgliedern, der Aufbau von Kulturgruppen wurden unter der wesentlichen Mitwirkung der Werksangehörigen in Angriff genommen. Darüber hinaus leisteten die Arbeiter in den ersten Jahren des Bestehens der LPG zahlreiche Ernteeinsätze. [111]

Der unermüdliche Einsatz der Angehörigen des Chemiefaserwerkes „Friedrich Engels" bei der Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern der DDR lohnte sich. Nach den Bezirken Rostock, Neubrandenburg und Frankfurt (Oder) konnte der Bezirk

Der „entflochtene" I.G.-Farben-Konzern in Westdeutschland – Ausdruck des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Potsdam schon Mitte März 1960 dem Zentralkomitee der SED melden, daß in den Dörfern Brandenburgs die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft gesiegt hatten. [112]

Die Zusammenarbeit der Werktätigen des Chemiefaserwerkes mit den Genossenschaftsbauern gestaltete sich fortan nicht mehr allein auf der Grundlage von Patenschaftsverträgen, sondern sie wurde ständiger und fester Bestandteil der gesamten gesellschaftlichen und praktischen Tätigkeit. Es gab keinen Brigadevertrag, in dem die Unterstützung für die LPG-Bauern gefehlt hätte, jeder Wettbewerb wurde mit zusätzlichen Zielstellungen in bezug auf die Stärkung der sozialistischen Landwirtschaft abgeschlossen. Die Entschließungen und Programme der Betriebsparteiorganisation enthielten konkrete Maßnahmen, um die Qualität und den Umfang der sozialistischen Hilfe für die LPG durch die APO-Bereiche zu erhöhen. Im BKV wurde durch Festlegungen über die Verantwortlichkeit der einzelnen AGL-Bereiche für die Patenarbeit in den Dörfern die Hilfe für die Landwirtschaft sozusagen zum Gesetz des Betriebes erhoben. Der „Aufwärts" berichtete regelmäßig über die Erfüllung der Patenschaftsverpflichtungen und setzte sich mit Gerüchten auseinander, die vom RIAS verbreitet und in denen einzelne Werktätige im Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft verleumdet wurden.

Wenn heute die Mitglieder der LPG in Milow, Garlitz oder Vieritz anläßlich ihrer Jahresvollversammlung Bilanz ziehen und feststellen können, daß in ihrer LPG die moderne Technik für die ständige Steigerung der Abeitsproduktivität genutzt wird, der Wert der Arbeitseinheit sich vergrößert hat und das Leben auf dem Lande schöner und reicher geworden ist, dann ist das der entscheidende Beweis dafür, daß die Landwirtschaftspolitik der SED und unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates richtig gewesen ist. Keine Hetze und keine Provokation aus dem imperialistischen Westen konnte uns aufhalten, die DDR auf allen Gebieten stärker und schöner zu gestalten. Die Werktätigen des Chemiefaserwerkes haben daran hohen Anteil.

Die Werktätigen der DDR konnten anläßlich des 10. Geburtstages der jungen Arbeiter-und-Bauern-Republik auf bedeutsame Erfolge im Kampf um die Sicherung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus in der Heimat von Karl Marx und Friedrich Engels verweisen. Die Arbeiterklasse hatte unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei und im Bündnis mit den anderen Werktätigen endgültig die Versuche zunichte gemacht, den Kapitalismus zu restaurieren, und einen beständigen Anstieg der sozialistischen Produktion gesichert. [113]

Vom V. Parteitag waren die ökonomischen Aufgaben zur Schaffung der materiell-technischen Grundlagen des Sozialismus in der DDR ausgearbeitet worden. Die wichtigste Erfahrung beim Aufbau des Sozialismus aber bestand darin, daß die Bereitschaft der Werktätigen zur ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität vor allem davon abhängig ist, wie sie die Politik der Partei verstehen und ob sie sich voll und ganz zu ihrem Staat der Arbeiter und Bauern bekennen. Eine weitere wichtige Erkenntnis war, daß der Hauptwiderspruch in Deutschland nicht im Bestehen zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung existierte, sondern im Gegensatz zwischen allen friedliebenden, fortschrittlichen Menschen und den Kräften, die eine Politik der Revanche, der Kriegshetze, der imperialistischen Eroberung und Aufrüstung betrieben.

Die unterschiedliche staatliche Entwicklung in Deutschland zeigte sich auch deutlich in der Chemieindustrie.

Walter Ulbricht bemerkte dazu auf der Chemiekonferenz im November 1958: „In Anbetracht der großen Bedeutung der Ökonomie für die Wirtschaft und für die Politik sollten alle Bürger, besonders aber alle in der Chemie tätigen Arbeiter und Wissenschaftler, sich mit der Rolle der chemischen Industrie in Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland auseinandersetzen." [114]

Die kapitalistischen Chemiekonzerne gehörten von jeher zu den Haupteinpeitschern der aggressiven antihumanistischen Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus. In Westdeutschland haben die gleichen Kräfte nach 1945 ihre alten Machtpositionen unter neuem Firmenschild wieder errichtet. Erneut nutzen sie skrupellos die Forschungs- und Arbeitsergebnisse der Wissenschaftler, Chemiker und Facharbeiter aus, um sich durch die Beteiligung am Rüstungsgeschäft Maximalprofite zu sichern.

In dem Teil Deutschlands, in dem nach dem 8. Mai 1945 Antifaschisten, friedliebende und demokratisch gesinnte Bürger ein neues Deutschland aufbauten, wurden die Basen des I. G.-Farben-Konzerns liquidiert. Hier gibt es keine Möglichkeit für eine Rückkehr der I. G.-Farben-Herren. Was aber war aus den I. G.-Farben-Werken auf dem Boden Westdeutschlands geworden? Hier wurden mit Hilfe der amerikanischen Imperialisten geschickt die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens umgangen. Mit einer sogenannten Entflechtungstheorie wurde der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut, damit sie glauben sollte, daß man auch in Westdeutschland an die Entmachtung der Konzerne herangehen würde. Wie sah das aber in Wirklichkeit aus?

Pläne zur Entflechtung der I. G.-Farben-Werke waren bereits im Jahre 1940 erarbeitet worden. Entsprechend diesen Plänen wurde dann nach 1945 die I. G.-Farben reorganisiert. Es entstanden die Nachfolgegesellschaften Farbenfabriken Bayer AG Leverkusen, Farbwerke Hoechst AG und die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG in Ludwigshafen. Diese drei Nachfolgegesellschaften bekennen sich selbst zu der I. G. Farben. Das kommt in folgenden Fakten zum Ausdruck:

„Sie löschten den Namen I. G. Farben bis heute nicht aus dem Handelsregister, weil sie auf die volkseigenen Chemiebetriebe der DDR, Polens und der ČSSR Ansprüche erheben.

Sie realisierten die enormen Kriegsprofite der I. G. Farben. Sie verteidigten 1965 die im zweiten Weltkrieg von der I. G. Farben begangenen Verbrechen in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern.

Sie berufen sich direkt auf die Tradition der Kolonialpolitik der I. G. Farben." [115]

„Die Bayer-AG geht in ihrer Demagogie sogar so weit, daß sie ihren schon aus der Zeit des Hitlerfaschismus schwer belasteten Giftgasexperten, Dr. Gerhard Schrader, in der genannten Firmengeschichte zu Wort kommen läßt. Schrader verschweigt in seinem Artikel mit skrupelloser Frechheit die Forschungstätigkeit für die Hitlerwehrmacht, die Bonner Bundeswehr und das US-Army Chemical Corps auf dem Gebiet der Giftgase." [116]

Die Verderber Deutschlands, die unser Volk schon zweimal in die nationale Katastrophe stürzten, sind dabei, einen neuen Krieg, diesmal mit ABC-Waffen, anzuzetteln. Bis 1960 kontrollierte zum Beispiel die I. G.-Farben-Gesellschaft bereits 90 Prozent aller Großunternehmen der westdeutschen chemischen Industrie. Überall dort, wo imperialistische Kräfte internationale Spannungen schaffen und Konflikte auslösen, wo sie Kriege gegen unterdrückte Völker führen, wie in Südvietnam, im Kongo, gegen die VAR und andere, finden wir auch die Vertreter des westdeutschen Imperialismus. Heute ist der Bonner Staatsapparat mit Beauftragten der I. G. Farben genauso durchsetzt, wie das zu Hitlers Zeiten der Fall war. Die I. G. Farben ist wieder ins große Rüstungsgeschäft eingestiegen.

Die Farbwerke Hoechst AG und die Farbenfabriken Bayer AG haben sich zum Beispiel der Entwicklung der sogenannten „heißen Chemie" zugewandt. Die Vertreter dieser Konzerne sind in all jenen staatlichen Gremien zu finden, die sich mit Fragen der Atomwissenschaft befassen. Der Schwerpunkt der Forschung, Entwicklung und Produktion auf nuklearem Gebiet konzentriert sich auf das Gelände der Hoechster Werke Griesheim. Hier wurde ein Laboratorium für chemische radioaktive Substanzen errichtet, das mit einer großen Zahl von Spezialisten besetzt ist. In diesem Forschungszentrum wird die Auswertung und Aufbereitung ausgebrannter Kernbrennstoffe bearbeitet. Als Ergebnis

der Forschungen wurde im Jahre 1957 die Produktion von schwerem Wasser aufgenommen.
Durch direkte Beziehungen zu dem französischen Kuhlmann-Konzern über Institute und sogenannte Mitbeteiligungsgesellschaften war die I. G.-Farben-Gruppe an der Saharabombe beteiligt. Auch das genügt ihr heute nicht mehr. Jetzt fordert sie die Atomwaffenproduktion auf westdeutschem Territorium und versucht vor allen Dingen, die Herstellung nuklearer Sprengstoffe, wie zum Beispiel die Plutoniumchemie, in ihre Hand zu bekommen. Damit beweisen die Nachfolger des I. G.-Farben-Konzerns selbst, daß ihre Verbindungen, die vor allem in Süd- und Mittelamerika ausgedehnt sowie nach Afrika und nach den südostasiatischen Ländern erweitert wurden, aggressiven Charakter tragen. Sie versuchen durch derartige internationale Verbindungen, ihre Expansionsziele, die sie im zweiten Weltkrieg nicht erreichen konnten, nun nachträglich zu verwirklichen. [117]
Indem sie ihren Beschäftigten auf demagogische Weise Arbeit, Brot und Frieden versprechen, bereiten sie schon das Massengrab für Millionen vor. Diese antihumanistischen Ziele dürfen nicht Wirklichkeit werden.
In Deutschland gibt es bereits eine große Kraft, an der die Machtansprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, unter ihnen die der I. G.-Farben-Gruppe, scheitern werden. Es ist die Deutsche Demokratische Republik. Wir werden, unterstützt von den Staaten des Warschauer Paktes, nicht zulassen, daß die Erfolge des sozialistischen Aufbaus der Profitgier des Imperialismus zum Opfer fallen.
In der DDR ist die Ausbeutung des Menschen ein für allemal überwunden. Unser Staat ist auf den Prinzipien der Völkerfreundschaft und des gesellschaftlichen Fortschritts aufgebaut.
Auch an diese zwei Wege der Entwicklung in Deutschland sollten die Leser dieser Zeilen denken, wenn sie zurückschauen und ihren eigenen Anteil am Aufbau des Chemiefaserwerkes abwägen. Die Feinde der deutschen Nation stehen noch an unserer Westgrenze. Sie wollen die ehemaligen I. G.-Farben-Werke, die in der DDR Volkseigentum sind, nicht von ihren Wunschlisten streichen.

Die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR am 13. August 1961 und das Produktionsaufgebot der Chemiefaserwerker

Die räuberischen Ziele des westdeutschen Monopolkapitals, die in der Absicht gipfelten, von Westberlin aus die DDR zu annektieren, bestimmten Anfang 1961 immer mehr die Politik des Bonner Staates. Mit demagogischen Phrasen vom Volkskapitalismus und intensiv propagiertem Antikommunismus waren vor großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung die wahren Ziele der Bonner Machthaber verschleiert worden. Dabei hatte die Führung der Sozialdemokratie aktive Hilfe geleistet. Die KPD, die als einzige marxistisch-leninistische und revolutionäre Kraft imstande war, dem Volk die Wahrheit zu sagen, war schon 1956 verboten worden. So konnten die Bonner Machthaber fast ungehindert ihre aggressiven Absichten verfolgen.
Besonders im Laufe des Jahres 1961 konnten sich die Werktätigen der DDR täglich davon überzeugen, wie die Wühltätigkeit gegen unseren Staat zunahm. Mit Abwerbungsmethoden großen Stils, wobei Westberlin als Natostützpunkt ausgenutzt wurde und den Charakter einer Frontstadt bekam, versuchten die Feinde des Sozialismus, den Aufbau in der DDR zu stören.
Auch Angehörige des Chemiefaserwerkes gingen den imperialistischen Seelenverkäufern auf den Leim und erlagen deren Versprechungen. Doch die große Mehrheit der Werksangehörigen stand fest an der Seite der SED und der Regierung der DDR. Im Jahre 1960 waren alle staatlichen Aufgaben, auch der Gewinnplan, mit 107,7 Prozent erfüllt worden. Hohen Anteil daran hatte das junge Kollektiv des WOLPRYLA-Betriebes, das unter der Leitung des Helden der Arbeit, Dr. Rolf Steinert, stand. Das Kollektiv erarbei-

tete allein 143 000 Mark zusätzlichen Gewinn als Ergebnis seiner intensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeit.
1961 sollte die Produktion gegenüber dem Vorjahr um rund 24 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 20 Prozent steigen. Bereits im Januar fanden die ersten Dekadenkontrollen der sozialistischen Produktion statt. Rund 3000 Produktionsarbeiter und Handwerker nahmen daran teil. Sie legten fest, wie die Zielstellungen in den einzelnen Produktionsbereichen verwirklicht werden sollten. Der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit galt der WOLPRYLA-Anlage, die eine Erhöhung der Produktion, eine Qualitätsverbesserung und Kostensenkung bringen mußte, dem Novoktanbetrieb, der immer noch mit staatlichen Zuschüssen arbeitete, und der Inbetriebnahme einer Pilotanlage zur Herstellung von Polyesterfasern. Die Pilotanlage war das jüngste Kind der Chemiefaserproduktion im Werk. Vom Neuererbüro wurden Themenpläne veröffentlicht, in denen die Schwerpunktaufgaben enthalten waren. Die gesamte Belegschaft wurde aufgerufen, sich der Rationalisierungsbewegung anzuschließen und mit dazu beizutragen, den Volkswirtschaftsplan 1961 zu erfüllen und zu überbieten. Dabei spielten die Gedanken, die auf dem 9. Plenum des ZK der SED im Juli 1960 beraten wurden, eine wesentliche Rolle. An der Tagung nahmen auch Parteisekretäre aus den Betrieben, Mitglieder sozialistischer Brigaden und Arbeitsgemeinschaften, Wissenschaftler und Werkleiter teil. Sie führten gemeinsam mit den führenden Genossen der Partei einen großen Meinungs- und Gedankenaustausch, wie die sozialistische Produktion weiter konzentriert und spezialisiert werden konnte. Auch Fragen der Standardisierung wurden in diesem Zusammenhang beraten. Danach wurde 1961 erstmalig der Plan Neue Technik erarbeitet. Er sollte helfen, die gesamte wissenschaftliche Planung einheitlicher zu gestalten. „Die Planung mußte ein einheitliches, auf die vielfältigen Bedürfnisse aller Zweige der Volkswirtschaft abgestimmtes System wissenschaftlich-technischer, technisch-ökonomischer, organisatorischer, ideologischer und kulturell-erzieherischer Maßnahmen bilden." [118]

Am 8. Februar 1961 hatten die Chemiearbeiter in Premnitz wieder hohen Besuch. Hermann Matern, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, sprach in der Neuen Kantine des Werkes zu den Ergebnissen der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 in Moskau. Mit lang anhaltendem Beifall stimmten die Anwesenden den Ausführungen von Hermann Matern zu, den Störmanövern im Handelsverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland von seiten der Bonner Regierung zu begegnen und durch eigene Initiative die Lage zu überwinden, daß verschiedene Materialien fehlten. Die Aufforderung blieb nicht ohne Echo. In den Produktionsbereichen fanden technisch-ökonomische Konferenzen statt, die sich damit beschäftigten, welchen Beitrag ihr Kollektiv zur Störfreimachung der Wirtschaft leisten konnte.
Ein Forschungskollektiv des Werkes löste zum Beispiel im Aktivkohlebetrieb das Forschungsthema „Medizinalkohle". Es wurde dabei ein Herstellungsverfahren erarbeitet, das unter Einhaltung der Gütevorschriften aus Torf, Kalilauge und Schwefel die Produktion von Medizinalkohle aus eigenen Rohstoffen ermöglichte. Dadurch wurde unsere Wirtschaft auf diesem Gebiet von Importen aus den westlichen Ländern unabhängig. Solche Beispiele gab es viele im Chemiefaserwerk.
Anläßlich des 15. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur SED setzte im Werk wieder eine breite Verpflichtungsbewegung ein. Allein im Monat März 1961, der zum Monat der vorbildlichen Produktion erklärt wurde, wurden 3300 Kollektiv- und Einzelverpflichtungen abgegeben. Im ersten Quartal 1961 stieg die Arbeitsproduktivität gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 111 Prozent. Die Arbeiter und Ingenieure des WOLPRYLA-Betriebes stellten ihre Verpflichtung unter die Losung: „Eine Million DM für Gramm und Millimeter." Dazu gehörten solche Maßnahmen wie die volle Auslastung der Kapazität der Bandstraße I und der inzwischen angelaufenen Bandstraße III, die Unterbietung der Materialverbrauchsnormen und die Sicherung von Qualität und Menge an

Brigade „DSF-E-Werkstatt" (Bild links)

Das Kollektiv der Schweißer

Chemiefasern, die für den Export bestimmt waren. Um die Belegschaft noch besser in die Wettbewerbsbewegung einzubeziehen, wurde der überarbeitete Plan Neue Technik in den ständigen Produktionsberatungen kontrolliert, und die Ergebnisse wurden für alle Brigaden veröffentlicht. Die Brigaden des WOLPRYLA-Betriebes standen mit dem Wolcrylon-Betrieb des VEB Agfa (ORWO) Wolfen im Leistungsvergleich.

Um den hohen Anforderungen, die bei der Lösung der wissenschaftlich-technischen Aufgaben an alle Werktätigen gestellt werden mußten, zu genügen, erweiterte die Betriebsakademie die Bildungsmöglichkeiten. Neben den bereits laufenden Facharbeiter-, Meister- und Ingenieurlehrgängen wurden nun Speziallehrgänge für Facharbeiter in den Richtungen Chemiefaser (WOLPRYLA/GRISUTEN), Tetraäthylblei und andere eingerichtet. Ingenieurlehrgänge für Chemiefaser- und chemische Verfahrenstechnik sowie neue Meisterlehrgänge erweiterten das Qualifizierungsprogramm an der Betriebsakademie. Als Folge waren sichtbare Fortschritte in der Produktion zu verzeichnen. So konnte zum Beispiel die Abteilung Rückgewinnung des WOLPRYLA-Bereiches von der früheren Schichtbesetzung mit fünf ungelernten Arbeitskräften zu einer Besetzung mit drei Facharbeitern übergehen.

Im zweiten Quartal 1961 konnte eine Pilotanlage für die Polyesterfaser GRISUTEN (ehemals Lanon) in Betrieb genommen werden. Die Forschungsarbeiten dazu waren bereits 1951 aufgenommen worden. Parallel zu den Forschungen in Premnitz war auch in Schwarza auf diesem Gebiet gearbeitet worden, so daß die großtechnische Anlage auf den Erfahrungen beider Betriebe fußte. Ab 1. April 1961 konnten in dieser Pilotanlage Polyesterfasern hergestellt werden.

Damit wurde in Premnitz ein neues Gebiet der synthetischen Fasern erschlossen. Mit solchen Fasern konnte das Warenangebot für Textilbekleidung in der DDR wesentlich verbessert werden.

Das waren wichtige Erfolge der Premnitzer Chemiker und

Arbeiter beim Aufbau des Sozialismus in der DDR und ihr Beitrag, die revanchistischen und aggressiven Pläne des Adenauerstaates zu durchkreuzen. Damit unterstützten sie gleichzeitig die Bemühungen der Regierung der DDR zur friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Frage in Deutschland sowie die Vorschläge der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. [119]

Angesichts des Anwachsens der Kräfte des Friedens und der Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in der DDR verstärkten die wiedererstandenen imperialistischen Kräfte in Westdeutschland ihre Absichten, die Deutsche Demokratische Republik zu beseitigen. Erneut sollte der Weg nach dem Osten frei gemacht werden. Deshalb lehnten die Bonner Machthaber alle Vorschläge der DDR ab, die Deutschlandfrage durch die Schaffung einer deutschen Konföderation und durch die Aufnahme von zwischenstaatlichen Beziehungen friedlich zu regeln. Statt dessen wollten sie in Deutschland einen Krieg heraufbeschwören und den Sozialismus in Europa wieder zurückdrängen.

Skrupellos wurde die 43 Kilometer lange, offene Grenze zwischen der DDR und Westberlin von unseren Feinden ausgenutzt, um die DDR zu schwächen. Währungsspekulanten, Schieber, Agenten und Saboteure schmälerten die Früchte unserer Arbeit.

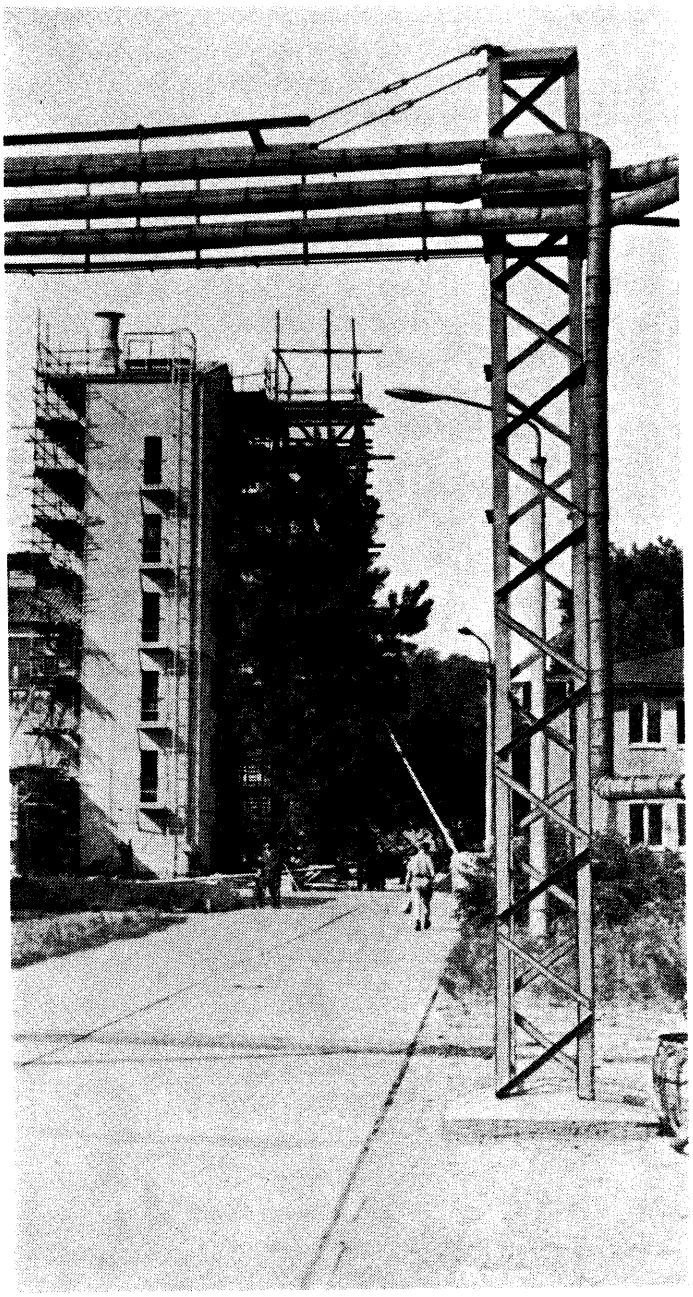
Die ernste Situation in Deutschland verlangte Maßnahmen, um dem verbrecherischen Treiben der Militaristen und Imperialisten Einhalt zu gebieten und einen Krieg zu verhindern. Am 13. August 1961 wurde in Übereinstimmung mit den Warschauer Paktstaaten auf Beschluß des Zentralkomitees der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Sicherung und Erhaltung des Friedens in Deutschland die Staatsgrenze der DDR nach Westberlin und Westdeutschland mit einem antifaschistischen Schutzwall gesichert.

Die Maßnahme kam für die westdeutschen Imperialisten und ihre Agentenzentralen völlig überraschend. Truppenteile der NVA übernahmen in engem Zusammenwirken mit Einheiten der deutschen Grenzpolizei, der Volkspolizei und mit den Kampfgruppen der Arbeiterklasse den Schutz der Staatsgrenzen der DDR. So waren die westdeutschen Revanchisten und Militaristen geschlagen, bevor sie ihre abenteuerliche Politik bis zum Ausbruch eines neuen Weltkrieges treiben konnten. Am 13. August 1961 bereitete die deutsche Arbeiterklasse den westdeutschen Militaristen und Revanchisten die größte Niederlage seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichzeitig wurden zuverlässige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die DDR in Zukunft wirtschaftlich, politisch und kulturell ungestört und erfolgreich entwickeln konnte. [120]

In diesen historischen Tagen stellten die Arbeiter, Ingenieure und Chemiker des Chemiefaserwerkes erneut ihre Treue und Verbundenheit zum Arbeiter-und-Bauern-Staat unter Beweis. Während die Arbeiter im Schichtsystem den reibungslosen Ablauf der Produktion sicherten und viele Werktätige sich auch nach Schichtschluß noch freiwillig zur Verfügung stellten, gingen die Angehörigen der Kampfgruppen in Bereitschaft, um jeden eventuellen Anschlag des Klassengegners abzuwehren und die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Aus allen Bereichen übermittelten Werktätige ihre Genugtuung über die Sicherungsmaßnahmen der DDR. 72 Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz wurden neu in die Kampfgruppe aufgenommen. Zahlreiche Jugendliche nahmen den Dienst in den Reihen der NVA und in anderen bewaffneten Organen der DDR auf, und die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter bekundete durch Unterschrift ihre Bereitschaft, die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus mit der Waffe in der Hand gegen alle Machenschaften des Klassengegners zu verteidigen. Die Werktätigen des Chemiefaserwerkes reihten sich mit ihrer hervorragenden Haltung würdig in das Gesamtgeschehen der DDR während dieser Tage ein.

Angesichts der entschlossenen Haltung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und der Solidarität, die von den Staaten des Warschauer Paktes geübt wurde,

Neuanlagen zur Herstellung von Polyesterfasern



wagten die Bonner Ultras keine offene Aggression gegen die DDR. Nur in Provokationen an der Staatsgrenze kam ihre ohnmächtige Wut über die erlittene Niederlage zum Ausdruck.

Nach dem 13. August, der den Weg dafür frei machte, daß den Werktätigen die Ergebnisse ihrer Arbeit fortan voll selbst zugute kamen, entwickelte sich in allen Produktionsbereichen, Haupt- und Nebenabteilungen des Chemiefaserwerkes eine neue Phase im sozialistischen Wettbewerb. Im Monat August 1961 konnten im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Produktion auf 142 Prozent und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität von 123 Prozent erreicht werden. Das war vor allem den Brigaden aus dem Energiebetrieb, aus den Werkstätten sowie aus den Produktionsbereichen DEDERON und Aktivkohle zu danken. Die Planerfüllung sah nämlich recht unterschiedlich aus. So hatte zum Beispiel der Bereich WOLPRYLA Mengenplanrückstände, weil der VEB Bunawerke nicht rechtzeitig PAN geliefert hatte. Auch die Kunstseidenbetriebe Suprema und Prezenta hatten Schwierigkeiten, den Produktionsplan mengenmäßig zu erfüllen. Dagegen wurde die Qualitätskennziffer in allen Bereichen erreicht und teilweise überboten. [121]

Die Parteiorganisation des Werkes orientierte nun darauf, die hervorragenden Ergebnisse der besten Arbeitskollektive weiter auszubauen und den zurückgebliebenen Bereichen zu helfen, ihre Rückstände aufzuholen.

Alle Leitungskräfte hatten den Auftrag, sich noch enger mit ihren Kollektiven zu verbinden und durch verstärkte Gespräche über die politischen Tagesfragen bei allen Werktätigen die Bereitschaft zu wecken, nach dem 13. August noch intensiver für die Stärkung und Festigung der DDR zu arbeiten.

Die Mitglieder und Kandidaten der SED aus allen Abteilungsorganisationen des Werkes hatten das Kampfaufgebot des Bezirkes Potsdam beraten und bereits 431 Kampfaufträge übernommen. Sie bezogen sich auf die Erfüllung der Pläne in Menge und Qualität, auf die verlustlose Einbrin-

gung der Ernte und auf die militärische Stärkung unserer Republik. Im Prezenta-Betrieb rief die Jugendbrigade „V. Parteitag", Schicht B, dazu auf, die Zustimmung zu den Sicherungsmaßnahmen am 13. August darin zum Ausdruck zu bringen, daß die Planrückstände aufgeholt werden. [122] Da gab der Aufruf der Elektrodendreher aus dem VEB Elektrokohle Berlin der neuen Initiative die entscheidende Richtung.

Mit der Losung: „In gleicher Zeit mit dem gleichen Geld mehr produzieren!" legten sie ein konkretes Programm zur Steigerung der Arbeitsproduktivität vor und riefen zu einem Produktionsaufgebot der Arbeiter und der Intelligenz zur Stärkung der DDR und für den Abschluß eines Friedensvertrages auf.

Die Brigaden des Chemiefaserwerkes griffen die Losung aus Berlin sofort auf. Als eine der ersten eröffnete die Jugendbrigade „V. Parteitag", Schicht B, im Bereich Kunstseide II, das Produktionsaufgebot in Premnitz. Im Novoktanbetrieb war es die Brigade „Legierung", die sich unmittelbar darauf der Bewegung anschloß. Die Mitglieder dieser Brigaden sagten: „Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion, und der deutsche Friedensplan wird Wirklichkeit!" Und dann kamen die anderen, die Brigaden aus den Kunstseidenbetrieben „Anne Frank", „Otto Krahmann", „Clara Zetkin", „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" und viele mehr. Die Chemiker, Ingenieure und Techniker, die Mitglieder der KDT, die Lehrlinge der Berufsausbildung, die Angestellten aus den kaufmännischen Abteilungen, die Handwerkerbrigaden, die Kollegen vom Transport und Verkehr, aus dem Energiebetrieb und aus den sozialen und kulturellen Einrichtungen, keiner wollte abseits stehen. Mitmachen, „das erfordert unsere Arbeiterehre" und „Alles für unsere Deutsche Demokratische Republik", so und ähnlich lauteten die Überschriften der unzähligen Verpflichtungen, die aus allen Bereichen des Werkes abgegeben wurden. An der Spitze des Produktionsaufgebots standen die fortgeschrittensten Brigaden des Chemiefaserwerkes. [123]

So begann nach dem 13. August eine neue Etappe bei der politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Stärkung und Festigung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden. Sie endete mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR.

Der VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" – ein führender sozialistischer Großbetrieb der Chemiefaserindustrie in der DDR (Herbst 1961 bis 1965)

Die erfolgreiche Weiterführung des Produktionsaufgebotes im Jahre 1962

Im Oktober 1961 fand der XXII. Parteitag der KPdSU statt. Er ist als Parteitag der Erbauer des Kommunismus in die Geschichte eingegangen. Seine Ergebnisse leiteten nicht nur einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Sowjetunion, sondern auch in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der gesamten Menschheit ein. [124] Das vom Parteitag beschlossene Programm war ein wissenschaftlich begründeter Plan zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Als Hauptergebnis der Tätigkeit der KPdSU und der Bruderparteien der sozialistischen Staaten wurde die Verhinderung eines Weltkrieges hervorgehoben. Das sozialistische Weltsystem hatte sich zur bestimmenden Kraft in der Welt entwickelt.

Der XXII. Parteitag der KPdSU und die 14. Tagung des ZK der SED im November 1961 gaben der Parteiarbeit neue Impulse. Der Parteigruppenorganisator der Brigade „Legierung" und Erste Schmelzer aus dem Novoktanbetrieb, Rudi Porepp, berichtete auf einer Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung der SED in Potsdam über die Schlußfolgerungen, die seine Brigade aus dem Studium der Materialien dieser beiden Ereignisse gezogen hatte. Die Brigademitglieder waren sich darin einig geworden, mehr eigene Verantwortung bei der Lösung ökonomischer Aufgaben zu übernehmen und dabei nicht erst auf Anweisungen übergeordneter Stellen zu warten. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte die Brigade bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Materialverbrauchsnorm bei Blei und Natrium zu senken sowie Arbeitskräfte einzusparen. Dem Chemiefaserwerk wurden dadurch rund 25 000 Mark eingespart.

Solche Beispiele gab es in allen Werkbereichen. Insgesamt waren es 2000 Werktätige, die im Produktionsaufgebot standen und zum Jahresende 1961 dabei waren, die wirtschaftlichen Kennziffern des Staatsplanes zu überbieten. Die Arbeiter im DEDERON-Betrieb hatten im November 1961 bereits die Qualitätskennziffern von 1962 erreicht. In der Spinnerei I wurden fast alle Termine im TOM-Plan vorfristig erfüllt. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß überall dort, wo von der Initiative der Arbeiter wenig Notiz genommen wurde, wo man die sozialistische Gemeinschaftsarbeit dem Selbstlauf überließ und wo die Leitungen in den Produktionsbereichen nicht täglich den Stand der Entwicklung einschätzten, um daraus eigene Schlußfolgerungen zu ziehen, die Entwicklung stagnierte. Übrig blieb dann eine formale Verpflichtungsbewegung zum Produktionsaufgebot. Die Betriebsparteileitung forderte deshalb von allen Leitern, die Entwicklung in ihren Bereichen sorgfältig zu analysieren und die Initiative der Werktätigen zu fördern. Vorschläge, Kritiken und Hinweise der Arbeiterinnen und Arbeiter waren mehr denn je Ausdruck ihrer Bereitschaft, in der Produktion das Beste zu geben und mitverantwortlich zu arbeiten, zu planen und zu regieren.

Die Pflicht aller Leitungskräfte, besonders der Meister und Vertrauensleute, bestand darin, die Besten in jedem Bereich zu kennen, ihre Methoden in der Arbeit zu studieren und für die Verallgemeinerung hoher Leistungen Sorge zu tragen. Als ein wesentlicher Faktor für die Kontrolle erwies sich dabei die öffentliche Rechenschaftslegung der Brigaden über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen.

Dabei kam so mancher Fakt zutage, der die Erfüllung der Planaufgaben hemmte. Oft verging zum Beispiel viel Zeit, bevor Defekte an Maschinen und Aggregaten beseitigt waren, weil die Betriebsingenieure sich ungenügend mit den Leitungskräften der Handwerkerbereiche abgestimmt hatten. In den Kunstseidenbereichen wurden beispielsweise schon lange sogenannte Igelwagen gefordert, die den Spulen- und Wickeltransport erleichtern sollten, ohne daß etwas geschah. Auf derartigen Beratungen wurden auch solche Arbeiterinnen und Arbeiter kritisiert, die durch unentschuldigtes Fehlen die Planerfüllung gefährdeten und gegen die Prinzipien der sozialistischen Arbeitsmoral verstießen.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit zogen die Brigaden und ganze Abteilungen die Schlußfolgerung, daß die Produktion so organisiert werden mußte, daß der Plan 1962

schon vom ersten Tag an kontinuierlich erfüllt werden konnte. Damit sollte verhindert werden, daß im Laufe des Jahres Planrückstände eintraten, die auf subjektive Ursachen in der Leitungstätigkeit oder bei der Arbeitsorganisation zurückzuführen waren. Dringend notwendig wurde es, die Verantwortung, vor allem der mittleren und unteren Leitungskräfte, zu erhöhen. Sie hatten bei der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Kollektive eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihre politische und erzieherische Funktion rückte mit der Forderung nach hohen fachlichen Kenntnissen immer mehr in den Vordergrund.

Die Initiativen der Brigaden und Arbeitskollektive im Produktionsaufgebot trugen entscheidend dazu bei, daß das Chemiefaserwerk den Plan für 1961 erfüllen konnte. Erhebliche Planrückstände bei Prezenta- und Suprema-Kunstseide und auch bei anderen Chemiefasern hatten die Planerfüllung im Verlaufe des Jahres oft gefährdet. Der Schöpferkraft und dem Ideenreichtum des gesamten Werkkollektivs ist es zuzuschreiben, daß im Monat November 1961 das bisher höchste Betriebsergebnis seit Bestehen des Werkes erreicht werden konnte. Die Anstrengungen der Leitungskräfte und der Produktionsarbeiter des Chemiefaserwerkes, die besonders im vierten Quartal 1961 wirksam geworden waren, sicherten auch einen guten Start, um die höheren Kennziffern im Planjahr 1962 zu erfüllen.

Um 1962 nicht wieder alle Kräfte im letzten Viertel des Jahres konzentrieren zu müssen, orientierte die Parteiorganisation gleich zu Anfang des Jahres darauf, achtzugeben, daß die Ergebnisse des I. Quartals nicht unter denen des IV. Quartals 1961 blieben. Diesem Gedanken wurde vom gesamten Werkkollektiv vorbildlich nachgegangen. Sämtliche Nomenklaturpositionen des Staatsplanes wurden übererfüllt. Hervorragenden Anteil an dem Erfolg hatten die Produktionsbereiche WOLPRYLA, Novoktan, Schwefelsäure und Schwefelkohlenstoff. Auch in den Kunstseidenbetrieben gab es keine Planrückstände. Die dort arbeitenden Brigaden hatten sogar einen Planvorsprung von acht Tonnen Kunstseide erreicht. [125]

Während in der Anfangsperiode des Produktionsaufgebots das Hauptziel darin bestand, die Arbeitsproduktivität durch die Anwendung vorhandener Reserven und mit Hilfe des Plans Neue Technik schnell zu steigern, wurden im Laufe des Jahres 1962 die Anforderungen größer. Den Werktätigen mußte noch besser erläutert werden, daß das Produktionsaufgebot in erster Linie Klassenkampf bedeutete. Die Einbeziehung aller Werktätigen des Chemiefaserwerkes in das Produktionsaufgebot wurde im ersten Halbjahr 1962 Kampfanliegen der Parteigruppen und APO-Bereiche in der Vorbereitungsperiode zu den Wahlen der leitenden Organe der BPO der SED. In den zahlreichen Aussprachen und Diskussionen wurde besonders darauf geachtet, daß die Brigaden dem Produktionsaufgebot einen so erweiterten Inhalt gaben, wie er in der Losung der Werktätigen aus dem VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai", Karl-Marx-Stadt, mit den Worten formuliert worden war: „Gründlich denken – wirtschaftlich rechnen – technisch verbessern – ehrlich arbeiten." [126]

Die Brigade der Konensortierung I „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" überprüfte in diesem Zusammenhang ihre geltenden Normen und verpflichtete sich, sie freiwillig zu erhöhen. Hatte bisher jede Sortiererin 81 Konen in der Stunde sortiert, so sollten es ab 1. April 90 Konen und ab 1. Mai 102 Konen je Stunde sein. Die Werktätigen des DEDERON-Betriebes verpflichteten sich, die Qualität ihrer Erzeugnisse weiter zu verbessern. 15 Tonnen Supremа-Seide sollten über den Plan hinaus produziert werden. Verpflichtungen ähnlicher Art wurden in allen Abteilungen und Bereichen übernommen.

Den nationalen Aspekt der Bemühungen um die ökonomische Stärkung der DDR hob noch einmal die 15. Tagung des ZK der SED im März 1962 hervor. Sie beschloß den Entwurf des nationalen Dokuments „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands". Es hieß darin, Deutschland könne nur als ein friedliebender, demokratischer Staat wiedervereinigt werden, der den Weg zum Sozialismus beschreitet;

Von den Mitgliedern
der sozialistischen Brigaden
werden die Dokumente der Tagungen des ZK der SED
regelmäßig ausgewertet und diskutiert.

einen dritten Weg gibt es nicht. [127] Es galt, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus vollständig durchzusetzen und alle Vorzüge der sozialistischen Ökonomie zu nutzen, um die nationale Mission der DDR erfüllen zu können. Vor allem mußte die Arbeitsproduktivität noch schneller gesteigert, die vorhandene Technik rationell eingesetzt und vorhandene Reserven mußten aufgedeckt werden.

In dieser Zeit lenkte vor allem die Jugendbrigade „Oskar Neumann" aus dem WOLPRYLA-Betrieb die Aufmerksamkeit auf sich. Ihr ging es um die Frage: „Wie können wir noch mehr zur Stärkung und Festigung unserer Republik beitragen?" Nach gründlicher Beratung mit der Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsleitung des Bereiches kamen die Brigademitglieder zu dem Ergebnis, daß die Materialverbrauchsnorm bei Dimethylformamid um 30 Kilogramm je Tonne Faser gesenkt werden mußte. Bis zum Jahresende konnte auf diesem Wege eine Einsparung von drei Kesselwagen mit je 15 Tonnen dieses wertvollen Rohstoffes erzielt werden. Dem Staat wurden für 112 500 Mark Werte an Grundmaterial zurückgegeben. Um die Verpflichtung realisieren zu können, waren einige technisch-technologische Maßnahmen getroffen worden. Sie wurden im Plan Neue Technik festgelegt. Die Verpflichtung der Brigade „Oskar Neumann" war beispielhaft und entsprach genau den Forderungen der Losung „Gründlich denken – wirtschaftlich rechnen – technisch verbessern – ehrlich arbeiten."

Auf der Betriebsdelegiertenkonferenz anläßlich der Neuwahl der Parteileitungen im Mai 1962 wurden die hohen Leistungen der Werktätigen gewürdigt. Gleichzeitig aber mußte festgestellt werden, daß es noch nicht überall gelungen war, den Plan Neue Technik in den Mittelpunkt des sozialistischen Wettbewerbs zu rücken. Auch gab es noch Mißverhältnisse zwischen dem erreichten Stand der Arbeitsproduktivität und dem Durchschnittslohn. Schließlich ging es auch darum, die Materialverbrauchsnormen an die theoretisch möglichen Verbrauchswerte heranzuführen.

Viele Vorschläge kamen von den fortgeschrittensten Kollektiven. Sie fanden im Kampfprogramm der Betriebsparteiorganisation zur Weiterführung des Produktionsaufgebots 1962 ihren Niederschlag. Es ging darum, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Werk zu verwirklichen, die Arbeit mit den Neuerern und Rationalisatoren zu verbessern sowie die richtige Anwendung von Bestwerten, Zeitnormativen und wirksamen Lohnformen durchzusetzen. Maßnahmen wurden festgelegt, die der rationellsten Ausnutzung des Materialfonds, der Steigerung der Qualität der Erzeugnisse und der vollen Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung dienten. Auch der weiteren Qualifizierung der Werktätigen, der militärischen Sicherung aller Erfolge und der Hebung des kulturellen Niveaus wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt. [128]

Bereits einen Monat nach der Betriebsdelegiertenkonferenz der Parteiorganisation standen 5539 Werksangehörige im Produktionsaufgebot 1962. Darunter befanden sich die Brigaden aus dem WOLPRYLA-Betrieb mit 41 Einzel- und 14 Kollektivverpflichtungen, die alle auf die Verbesserung ihrer Produktionsergebnisse zielten. Das ingenieurtechnische Personal dieses Produktionsbereiches übernahm 18 Verpflichtungen. Zum Beispiel ging es dabei um die wirtschaftliche Gestaltung der Einsatzfaktoren an Grundmaterial, um Verluste bei der Verstreckung der Faser und bei der Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abfällen zu senken. Im DEDERON-Betrieb gab es 142 meß- und abrechenbare Verpflichtungen, deren Nutzwert insgesamt 159 000 Mark betrug. Auf Grund der zahlreichen Verpflichtungen konnte das Chemiefaserwerk der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED berichten, daß bis Mitte Juni 1962 ein zusätzlicher Gewinn in Höhe von 2,3 Millionen Mark erzielt werden konnte. Das war ein außerordentlich gutes Ergebnis, denn die Chemiewerker hatten den Staatsplan 1962 bereits im Verlaufe der ersten Monate des Jahres freiwillig um vier Millionen Mark Produktionsumfang erhöht.

Doch wieder einmal gab es in einer Periode höchster Aktivität aller Werksangehörigen Schwierigkeiten, mit denen keiner gerechnet hatte. Überplanbestände in den Material-

lagern und teilweise hohe Bestände an Material in einzelnen Bereichen drohten, den erarbeiteten Gewinn durch hohe Zinsen wieder zu schmälern. Der Werkdirektor berief eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Mitglieds der SED Willi Ginzel (später Diplomingenieurökonom und APO-Sekretär). In verhältnismäßig kurzer Zeit brachten die Kollegen es fertig, die Überplanbestände abzubauen und die Gefährdung des Planes von dieser Seite her zu beseitigen. Daraus mußte die Schlußfolgerung gezogen werden, der Materialwirtschaft größere Aufmerksamkeit zu schenken und die Richtsatzplanbestände regelmäßig zu kontrollieren. Die erfolgreichen Bemühungen der Arbeiter, Ingenieure, Ökonomen und Chemiker des Chemiefaserwerkes führten auch überbetrieblich zu guten Ergebnissen.

Im II. Quartal 1962 wurden sie Sieger im sozialistischen Massenwettbewerb der VVB Chemiefaser und Fotochemie und errangen die Wanderfahne dieses Industriezweiges der DDR.

Die Erfahrungen hatten gelehrt, daß eine möglichst zeitige Vorbereitung des neuen Planjahres eine wesentliche Voraussetzung dafür war, alle Aufgaben kontinuierlich und vollständig erfüllen zu können. Die Diskussionen um den Plan 1963 begannen auch im Chemiefaserwerk bereits im August 1962. Den Auftakt zur Plandiskussion gab ein Brief des ZK der SED an alle Grundorganisationen, in dem die Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1963 dargelegt wurden. Geführt von der Betriebsparteiorganisation begann nun in allen Bereichen des Werkes die große Aussprache zu den Orientierungskennziffern, die von der VVB vorgegeben waren.

Ein zentrales Problem bestand darin, die höheren Kennziffern für 1963 mit 150 Arbeitskräften weniger als 1962 zu erfüllen. Um rechtzeitig die geeigneten organisatorischen Gegenmaßnahmen ausfindig zu machen, orientierte die Betriebsparteileitung im Einvernehmen mit der BGL und der Werkdirektion darauf, bereits im letzten Quartal des Jahres 1962 nach Kennziffern von 1963 zu arbeiten. Das war nicht leicht. Es tauchte dabei die Frage auf, ob denn die Arbeitsproduktivität ständig gesteigert werden könnte. Die Antwort fiel positiv aus. Zwar geht das nicht auf Kosten der manuellen Arbeitskraft, denn ihr sind Grenzen gesetzt. Aber durch die Verbesserung der Technologie, durch einen hohen Ausnutzungsgrad des Maschinen- und Apparateparks, durch neue Technik, Automatisierung und auch durch verbesserte Arbeitsorganisation kann der Anteil der lebendigen Arbeit an der Produktion von Erzeugnissen immer weiter verringert werden.

Bei der Vorbereitung des Planes 1963 gab es auch rege Diskussionen zu politisch-ideologischen Problemen. Aus der Vielzahl seien nur zwei Diskussionskreise genannt. „Warum ist die DDR der einzig rechtmäßige Staat in Deutschland?" und „Warum hat die deutsche Großbourgeoisie jeden Anspruch auf die Führung der deutschen Nation verwirkt?" Solche Aussprachen halfen mit, das betriebliche Geschehen in den großen Zusammenhang der nationalen Problematik zu stellen und daraus Kraft für neue Taten im sozialistischen Aufbau zu schöpfen.

Am Vorabend des 13. Jahrestages der Gründung der DDR berichteten die Werktätigen des Chemiefaserwerkes dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, als Antwort auf den Brief vom August von dem Ergebnis ihrer Beratungen über das Planjahr 1963. Alle Bereiche arbeiteten bereits nach den Kennziffern für 1963 in bezug auf Qualität und Materialverbrauch. Bis zum Tag des Chemiearbeiters 1962 wollten sie darüber hinaus einen Planvorsprung von 5,7 Tagen erreichen. „Durch politische Klarheit zu größeren ökonomischen Ergebnissen", so überschrieben die Chemiefaserwerker ihre Verpflichtungen. Aus der Vielzahl ihrer guten Taten seien hier nur einige genannt: Im Programm der Abteilungsparteiorganisation hatte sich das junge Kollektiv des Novoktanbetriebes das Ziel gestellt, die bisherigen Zuschüsse in Höhe von 1 064 000 Mark nicht mehr in Anspruch zu nehmen und künftig mit Gewinn zu arbeiten. Sie erfüllten ihre Verpflichtung vorbildlich und rechneten jeden Monat ihren Plan mit Gewinn ab. Die Arbeiter und Ingenieure der Schwefelsäureanlage erhöhten

ihren Plan um 2800 Tonnen, und die Frauen und Männer des DEDERON-Betriebes wollten 50 Tonnen mehr produzieren.

Der Erste Sekretär der Betriebsparteileitung, Erich Dorn, der BGL-Vorsitzende und Parteiveteran, Richard Kotulla, und der Werkdirektor, Karl Kaiser, hatten es mit ihren Leitungskollektiven verstanden, die Initiative der Belegschaft des Chemiefaserwerkes auf die Schwerpunkte zu lenken. Sie förderten die Initiative der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften, achteten auf die Vorschläge der Werktätigen und zogen gemeinsam Bilanz. Dabei ergab sich, daß sie zum zweiten Mal im Jahre 1962 an die VVB den Antrag stellen konnten, ihre Staatsplanauflage zu erhöhen.

Walter Ulbricht dankte den Premnitzer Werktätigen für ihre erfolgreiche Arbeit und orientierte mit folgenden Sätzen auf die entscheidenden Momente in der kommenden Zeit: „Es gilt vor allem einen beharrlichen Kampf für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und für die Ausnutzung aller Reserven zu führen, um eine maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität, die weitere Senkung der Selbstkosten und die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse zu erreichen." [129]

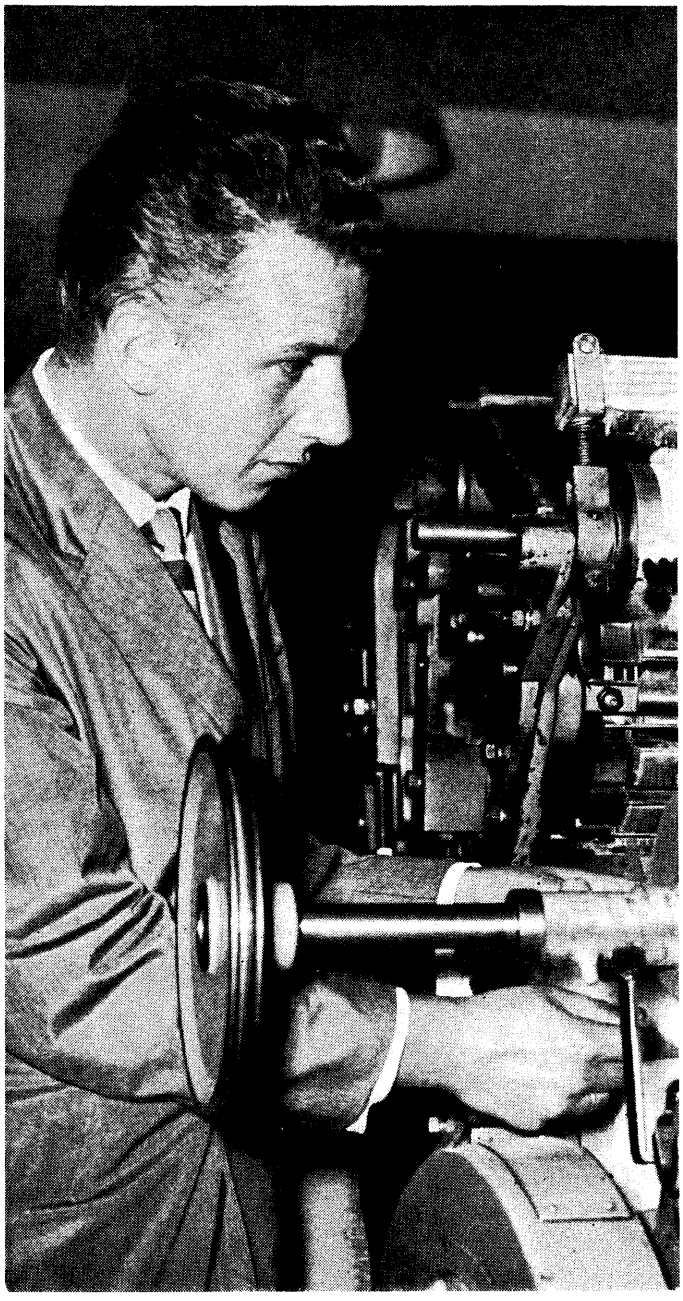
Das Produktionsaufgebot der Jahre 1961/62 hatte im Chemiefaserwerk eine neue Etappe bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs eingeleitet. Die Auseinandersetzungen in den Arbeitsbereichen, um hohe Produktionsergebnisse zu erzielen, führten zur Festigung der Arbeitskollektive und zu einer größeren politischen Reife der Werktätigen.

Der sozialistische Wettbewerb zum VI. Parteitag der SED

Im Oktober 1962 lenkte der Beschluß der 17. Tagung des ZK der SED die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen auf den bevorstehenden VI. Parteitag der SED, der für den Januar 1963 einberufen war. Das Zentralkomitee der SED hatte den Entwurf eines neuen Programms der SED vorgelegt. Ausgangspunkt war die Feststellung, daß in der gesamten Volkswirtschaft der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse die Basis der Gesellschaft bestimmten. Da jedoch der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht mit dem Sieg des Sozialismus gleichzusetzen ist, stellte das neue Programm der SED die Aufgabe, nunmehr zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR überzugehen. „Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse galt es, die Produktivkräfte so zu entwickeln und die Produktionsverhältnisse so zu festigen, daß die bestimmenden Zweige der Volkswirtschaft rasch vorankamen, den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprachen und die DDR in der ökonomischen Auseinandersetzung mit dem imperialistischen System in der Welt einen ehrenvollen Beitrag leistete." [130]

Der Programmentwurf wurde zusammen mit dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", den die 16. Tagung des ZK der SED vom Juni 1962 beraten und beschlossen hatte, und dem Nationalen Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands" zur Diskussionsgrundlage im Chemiefaserwerk. So war der Zusammenhang zwischen betrieblichen und allgemeingesellschaftlichen Aufgaben am besten zu verstehen. Von seiten der Betriebsparteiorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung wurde die Aufmerksamkeit der Brigaden und Forschungsgemeinschaften darauf gelenkt, das Tempo zur Erhöhung der Kapazität und bei der Verbesserung der Technologie vor allem in den Chemiefaserabteilungen des Werkes zu beschleunigen. In den anderen Bereichen, wie Kunstseide, Schwefelsäure, Aktivkohle, Schwefelkohlenstoff und Novoktan, sollte auf die ständig steigende Qualität der Erzeugnisse und auf weitere Einsparung von Material und Arbeitskräften geachtet werden, um die Kosten zu senken. Die Mitglieder der Brigaden und Arbeitsgemeinschaften erwarteten von der Werkleitung Auskünfte über den Weltstand der

Qualitätskontrolle
durch Mitarbeiter der TKO



Erzeugnisse in Qualität und Kosten sowie Maßnahmen im Plan Neue Technik, die konkret auswiesen, durch welche Maßnahmen und in welchem Zeitraum neue technische Lösungen realisiert werden sollten. Mit der Einbeziehung von Produktionsarbeitern in Arbeitsgemeinschaften, um die Maßnahmen im Plan Neue Technik zu realisieren, wurde gewährleistet, daß die Vorschläge der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verlorengingen.

Als im Oktober 1962 zur Vorbereitung des VI. Parteitages der SED 60 Werktätige des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda und des Wissenschaftlich-Technischen Zentrums der VVB Büromaschinen eine neue Initiative ergriffen, waren die Kollektive im Chemiefaserwerk gut vorbereitet. Die Sömmerdaer hatten die Losung der Karl-Marx-Städter Großdrehmaschinenbauer erweitert. Ihre Gedanken formulierten sie mit den Worten: „Gründlich denken, ehrlich arbeiten, wirtschaftlich rechnen, wissenschaftlich forschen, froh und kulturvoll leben" [131]. Das war, in einer Losung ausgedrückt, der Inhalt des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Ökonomisch ging es den Sömmerdaern um den wissenschaftlich-technischen Höchststand der Erzeugnisse und technologischer Verfahren.

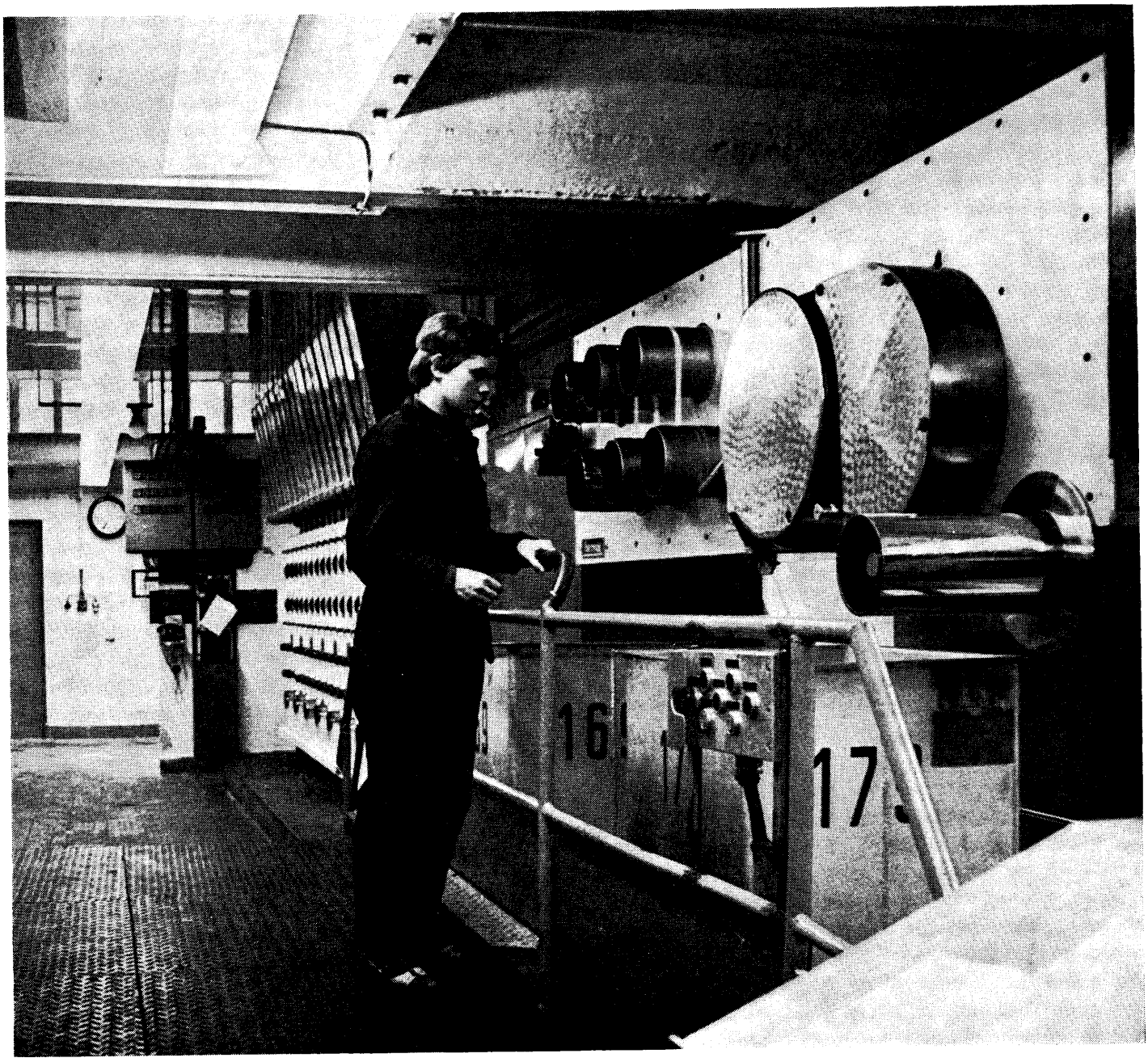
Der Wettbewerbsaufruf aus Sömmerda fand in allen Bereichen des Chemiefaserwerkes ein breites Echo.

Die Produktionsbereiche Kunstseide und WOLPRYLA übernahmen die Führung im Wettbewerb. Der Jugendmeisterbereich Helga Leue aus der Konerei I stand bald an der Spitze aller Brigaden. Bereits im Oktober hatten sich die Frauen und Mädchen des Jugendmeisterbereiches anläßlich einer Rechenschaftslegung zum 13. Geburtstag der DDR verpflichtet, im letzten Quartal 1962 die Plankennziffern von 1963 zu erreichen. Nach dem Sömmerdaer Aufruf sagte die junge, parteilose Meisterin Helga Leue: „Was für Sömmerda das Q – ist für uns Sorte I." In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit sollte der Weg dahin gefunden werden. Eine wichtige Voraussetzung für dauerhafte Qualitätsverbesserung lag in der Umstellung der Spinnerei des Suprema-Betriebes auf das Röllchenspinnverfahren. Nach dieser

Technologie, bei der der Seidenfaden gleich im Spinnbad eine gewisse Drehung erhält, wurde der Suprema-Betrieb in Serona-Betrieb umbenannt. Zu der Zeit, als der Aufruf der Konerinnen erging, wurde die erste auf diese Weise ersponnene Kunstseide in der Konerei bereits an einigen Maschinen verarbeitet. Der Jugendmeisterbereich wollte zunächst 10 Prozent davon als Sorte I produzieren. Die nach der neuen Technologie hergestellte Kunstseide war für die weiterverabeitende Industrie durch ihre besseren Eigenschaften außerordentlich günstig und beeinflußte das Produktionsergebnis positiv. Das Technologenkollektiv, die Handwerker und die Montagearbeiter wurden in den Wettbewerb des Serona-Betriebes einbezogen. Eine Arbeitsgemeinschaft führte die technisch-organisatorischen Maßnahmen zur Umsetzung oder Neumontage der Maschinen durch. Ab 1963 sollte im gesamten Bereich Serona-Kunstseide Sorte I produziert werden. Der Meisterbereich wurde zum Jugendobjekt erklärt. In regelmäßigen Dekadenkontrollen wurde kontrolliert und abgerechnet. Durch die Einführung des Serona-Spinnverfahrens in der Kunstseide I, an der die Frauen der Konerei unmittelbar beteiligt waren, konnten insgesamt 43 Arbeitskräfte in diesem Bereich eingespart werden. Die frei gewordenen Kolleginnen und Kollegen qualifizierten sich in Aktivistenschulen für andere Arbeitsplätze, um dort die Leistungen der Besten zu erreichen. So hatten die Konerinnen die Sömmerdaer Losung auf ihren eigenen Arbeitsbereich angewandt und hohe Ergebnisse erzielt. Ihr Beispiel fand in den anderen Bereichen des Chemiefaserwerkes ein vielfältiges Echo. So setzten sich die Brigaden des WOLPRYLA-Bereiches unter anderem das Ziel, Präparation und Anfärbbarkeit der Fasern zu verbessern und neue Fasern zu entwickeln, die nicht nur für Trikotagen, sondern auch für andere Gewebe zu verarbeiten waren. Ein wesentlicher Beitrag dieses Bereiches zum Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages bestand darin, die im Plan vorgesehene Erweiterung der Anlage um 500 Tonnen im Jahr nicht erst am 31. Dezember, sondern bereits am 31. Oktober 1963 planwirksam zu machen. Damit gaben sich die Brigaden des WOLPRYLA-Bereiches aber noch nicht zufrieden. Sie waren bemüht, ihre eigenen Vorhaben auch gegen außerbetriebliche Pannen abzusichern, und forderten deshalb von den Rohstoffproduzenten für PAN (Polyacrylnitril), den Werktätigen des VEB Chemische Werke Buna, die Rohstoffe in guter Qualität und entsprechender Menge pünktlich zu liefern. Mit dem gleichen Anliegen wandten sie sich an die Arbeiter und Angestellten des VEB Fettchemie, Karl-Marx-Stadt, um von dort die Lieferung der Präparationsmittel und Antistatika zu sichern, die für die Weiterverarbeitung der Fasern und für die Trageeigenschaften der aus WOLPRYLA-Fasern gefertigten Textilerzeugnisse äußerst wichtig waren. Von der weiterverarbeitenden Leichtindustrie, die der neuen Fasertype WOLPRYLA 61 noch sehr zögernd gegenüberstand, forderten die Premnitzer eine engere Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Textiltechnologie in Rudolstadt-Schwarza. Die wissenschaftlich - technischen Zentren der einzelnen Zweige der weiterverarbeitenden Industrie sollten durch schnellste Festlegungen der Verarbeitungstechnologien den baldigen Einsatz der neuen sythetischen Fasern sichern. [132] Das war ein wichtiger Beitrag, um der Forderung der Partei zu entsprechen, Forschung und Produktion eng miteinander zu verbinden. Gleichzeitig wurde mit dem Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED im Chemiefaserwerk der Ausgangspunkt für den Wettbewerb nach Erzeugnisgruppen geschaffen.

Zum Tag des Chemiearbeiters im November 1962 zogen die Premnitzer Zwischenbilanz. 8,2 Tage Planvorsprung konnten ausgewiesen werden, und der Plan Neue Technik war im wesentlichen erfüllt worden. Auf der Festveranstaltung, an der auch ein Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB teilnahm, wurden mehrere Brigaden mit dem Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet. Unter ihnen befanden sich der Meisterbereich „Anne Frank" und die Brigade „Legierung". Vier Brigaden erhielten die FDGB-Urkunde, darunter die

In den neuen Produktionsanlagen zur Herstellung synthetischer Fasern



Jugendbrigade „Oskar Neumann" und die Brigade „Marie Curie". Dem Mitglied der Brigade „8. März" aus der Spinnerei I, Dorothea Genge, konnte die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb" verliehen werden, die „Verdiente Meisterin" Martha Scharrer wurde mit der „Verdienstmedaille der DDR" ausgezeichnet, und der leitende Technologe im Novoktanbetrieb, Dr. Rolf Gelius, erhielt für seine wertvolle Arbeit zur Stabilisierung der Tetraäthylbleiproduktion den Staatstitel „Verdienter Aktivist".

Am gleichen Tag überreichten Vertreter der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft „Igelwagen" den Zwirnerinnen die schon lange geforderten Wagen für den Spulentransport in der Kunstseide. Die Wagen waren von den Mitgliedern dieser Arbeitsgemeinschaft konstruiert und in freiwilligen Arbeitseinsätzen gebaut worden. Voller Freude nahmen die Frauen der Zwirnerei die mit Blumen geschmückten 50 Igelwagen in Empfang, die ihnen Zeit und Arbeitskraft einsparen halfen. Außerdem konnten durch den neuen Spulentransport Beschädigungen und Verschmutzungen der Kunstseide, die bei den bisherigen Transportgeräten häufig auftraten, vermieden werden.

Der Tag des Chemiearbeiters 1962 brachte für die Werktätigen des Chemiefaserwerkes und für die Bevölkerung der Gemeinde Premnitz noch ein besonderes Ereignis. An diesem Tag wurde der Gemeinde Premnitz vom stellvertetenden Vorsitzenden des Rates des Bezirks Potsdam das Stadtrecht verliehen. Bürgermeister Helmut Thiem, der nun Bürgermeister der jüngsten Stadt der Deutschen Demokratischen Republik war, nahm die Urkunde in Empfang. Damit ging ein großer Wunsch der Bürger von Premnitz, die schon Monate vorher über die Frage Stadt oder Dorf diskutiert hatten, in Erfüllung. Daß dieser Akt am Tag des Chemiearbeiters unter dem Beifall der Premnitzer Bürger und der Angehörigen des Chemiefaserwerkes sowie zahlreicher Gäste in der Neuen Kantine des Chemiefaserwerkes vollzogen wurde, unterstrich einmal mehr die enge und wechselseitige Beziehung zwischen dem sozialistischen Großbetrieb und dem Ort Premnitz. Die Entwicklung der jungen Chemiestadt Premnitz war gleichzeitig ein Ausdruck der Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft in der DDR, in der die Chemiefaserproduktion einen hervorragenden Platz einnimmt.

Als vom 15. bis 21. Januar 1963 in Berlin der VI. Parteitag der SED stattfand, waren auch die Delegierten der BPO des Chemiefaserwerkes unter den Teilnehmern dieses großen gesellschaftlichen Ereignisses. Sie konnten hervorragende Ergebnisse mitteilen, die das Kollektiv des Chemiefaserwerkes unter der Führung der BPO erzielt hatte. Der Produktionsplan konnte mit 102,4 Prozent abgerechnet werden. Die Verpflichtungen der Chemiefaserwerker waren ehrenvoll erfüllt worden. Das entsprach einem Planvorsprung von zehn Tagen und gegenüber 1961 einer Steigerung auf 115 Prozent. Für 1963 hatte die Werkleitung, gestützt auf die Vorschläge der Kollektive während der Plandiskussion, einen Plan erarbeitet, der, auf die Kennziffern der VVB aufbauend, die weitere Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Senkung der Selbstkosten vorsah.

Doch während in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin die 1881 Delegierten des VI. Parteitages die bisherigen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR analysierten und über die Lösung der Aufgaben in der nächsten Etappe berieten, zwang eine außerordentliche Kälteperiode die Werktätigen in der Produktion, im Verkehr und in anderen Bereichen, besondere Maßnahmen zu ergreifen, damit der Plan gesichert werden konnte. Auch das Chemiefaserwerk blieb von den Auswirkungen des Kälteeinbruchs nicht verschont. Ausbleibende Rohstofftransporte, besonders von Kohle, führten zu Energieausfällen und Stillständen in der Produktion. Die Wartung der umfangreichen Rohrleitungssysteme war auf Grund der niedrigen Temperaturen äußerst kompliziert, und so traten zusätzliche Unsicherheiten in den Anlagen auf. Die lang anhaltende Kälteperiode brachte im Chemiefaserwerk einen Produktionsausfall von 178 Tonnen Kunstseide,

44 Tonnen GRISUTEN-Fasern, 103 Tonnen Tetraäthylbleifluid und 104 Tonnen Schwefelsäure. Der Plan für den Monat Februar 1963 wurde mit nur 92,2 Prozent erfüllt. Die Situation war sehr ernst, denn die Rückstände in den einzelnen Bereichen gefährdeten den Plan für 1963 erheblich. Hier und da tauchte schon die Meinung auf, daß an ein Aufholen der Planrückstände nicht zu denken sei und der Staatsplan reduziert werden müsse. Viele Brigaden, Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz dachten jedoch auch in dieser schwierigen Situation daran, was Ausfälle an Chemiefasern, in der Textilindustrie stillstehende Webstühle und in den Verkaufsstellen von HO und Konsum fehlende Gewebe und Trikotagen bedeuteten. Dazu durfte es nicht kommen, das gebot die Arbeiterehre der Premnitzer Chemiefaserwerker. Die übernommenen Verpflichtungen für die Planerfüllung 1963 mußten unter allen Umständen erfüllt werden. Deshalb wurde die Auswertung der Dokumente des VI. Parteitages mit der Aussprache darüber verbunden, mit welchen Maßnahmen die Planrückstände aufgeholt und die Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Aufgaben auch im Jahre 1963 gesichert werden konnten.

Der VI. Parteitag der SED beschloß als wichtigstes Ergebnis seiner Beratungen das Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR. Es basierte auf der Erkenntnis, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt hatten. Damit war für den Sozialismus in ganz Deutschland eine starke staatliche, politische und ökonomische Basis entstanden, deren Stärkung im Einklang mit der Entwicklung in der Welt stand. Der VI. Parteitag konnte feststellen, daß sich das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des Sozialismus entwickelte und daß der Vormarsch des Sozialismus auf die Dauer auch um Westdeutschland keinen Bogen machen würde.

Um die Atmosphäre zu entspannen, trug im Auftrage des Politbüros der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, ein Sieben-Punkte-Programm als ein Abkommen des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten vor. Das war eine erneute Initiative der SED, um den Weg für Verhandlungen mit der westdeutschen Bundesrepublik zu bahnen.

Das Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR bedeutete das kommunistische Manifest des 20. Jahrhunderts in Deutschland.

Die Übereinstimmung der persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen wurde in immer steigendem Maße zur Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Zur weiteren politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Stärkung der DDR mußte die Lösung der Aufgaben zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zum zentralen Punkt der künftigen Arbeit werden. Im Programm des VI. Parteitages wurde in diesem Zusammenhang die Einführung und Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu einer prinzipiellen Zielstellung erhoben, um die DDR zu einem modernen sozialistischen Staat mit einer leistungsfähigen Wirtschaft zu gestalten. [133]

Das neue ökonomische System im Chemiefaserwerk

Das Programm des VI. Parteitages der SED gab die Hauptorientierung für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR unter Berücksichtigung der Erfordernisse, die die wissenschaftlich-technische Revolution im 20. Jahrhundert stellte. Nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt hatten, „waren sowohl die objektiven als auch subjektiven Bedingungen für die volle, uneingeschränkte Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus geschaffen". Von nun an „waren alle wichtigen Voraussetzungen vorhanden, um ... das ökonomische System des Sozialismus zu gestalten, das auf die volle und konsequente Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die Meisterung der wissenschaftlich-techni-

schen Revolution, den höchsten ökonomischen Nutzeffekt und auf die Entfaltung aller Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus gerichtet ist" ([133 a]. Im Programm des VI. Parteitages waren dazu wichtige theoretische Grundsätze entwickelt worden, die es galt, in den nächsten Jahren wissenschaftlich auszuarbeiten und nach und nach in die Praxis umzusetzen.

Eine weitere grundsätzliche Forderung des Parteiprogramms war, die nationale Wirtschaft der DDR entsprechend dem höchsten Stand der Wissenschaft und Technik in der Welt unter Berücksichtigung der besonderen Entwicklungsbedingungen der DDR zu gestalten. Dabei war klar, daß in einem kleinen Land wie dem unseren nicht alle Industriezweige entwickelt werden können. Dazu reichen Kräfte und Mittel nicht aus. Vielmehr kam es darauf an, solche Industriezweige vorrangig zu entwickeln, für die die besten Bedingungen gegeben waren und die hochwertige Produkte erzeugen und exportieren konnten, die für den wissenschaftlich-technischen Höchststand der gesamten Volkswirtschaft bestimmend wurden. Die Chemieindustrie zählte zu solchen Bereichen, in denen die Produktion von hochwertigen synthetischen Fasern einen wichtigen Platz in der Volkswirtschaft einnimmt.

Unter den neuen Gesichtspunkten erlangte die internationale sozialistische Arbeitsteilung eine besondere Bedeutung und mußte auf eine höhere Stufe gehoben werden.

Schließlich gehörte die Gestaltung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu den entscheidenden Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR. Dieses System mußte die Elemente der Planung und Warenproduktion sinnvoll miteinander verbinden. Dabei mußte der Wissenschaft größte Beachtung geschenkt werden. Das Parteiprogramm wies darauf hin, daß unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Wissenschaft selbst immer mehr zur Produktivkraft wird. Sie kann sich unter sozialistischen Verhältnissen frei und zum Wohle des gesamten Volkes entfalten.

Es kam jetzt in der DDR darauf an, neue Organisationsformen der Wissenschaft zu finden, um das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in wissenschaftlicher Weise planen und leiten zu können. [134]

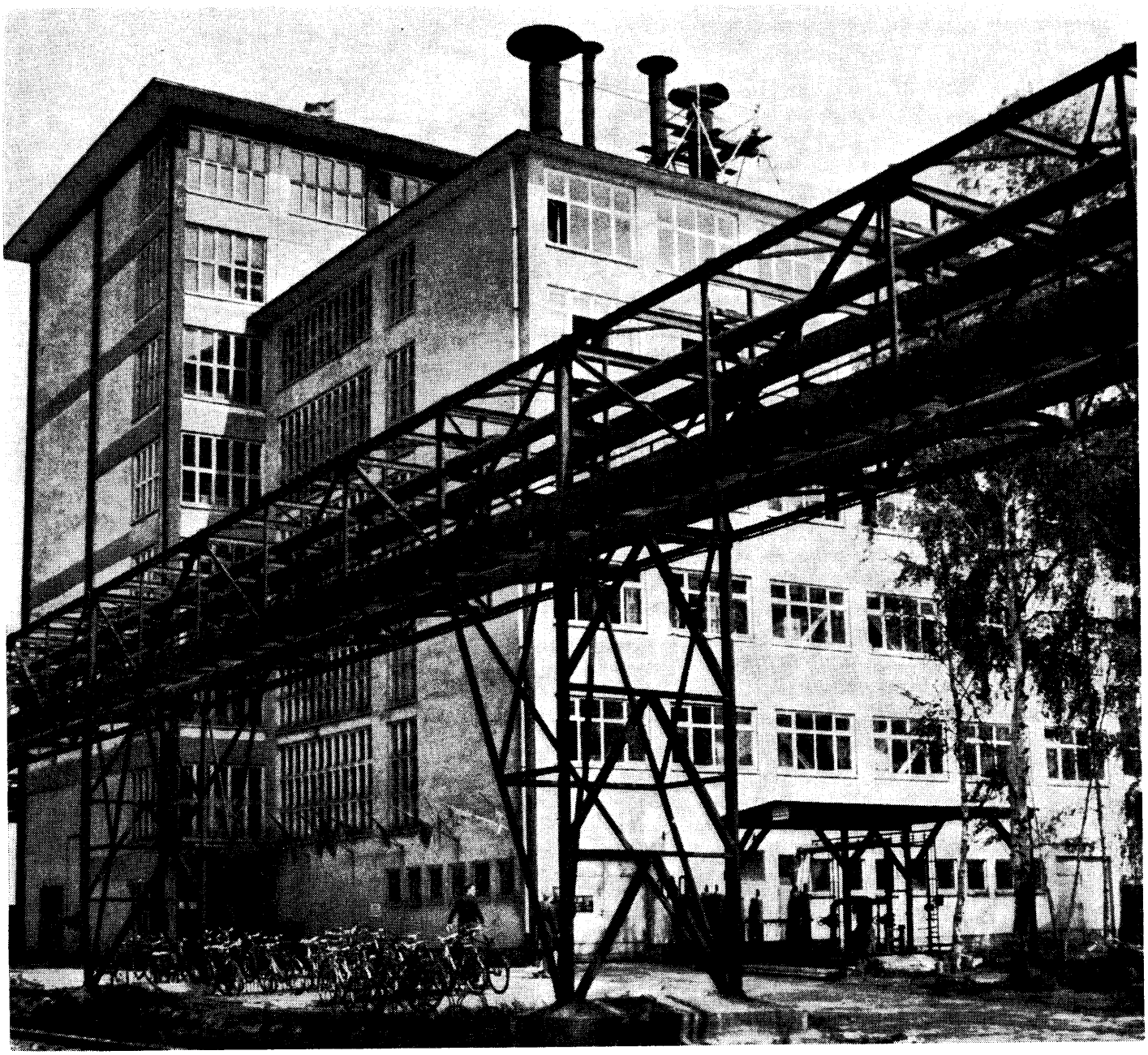
Die Dokumente des VI. Parteitages fanden bei der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen vollste Zustimmung. Aus allen Schichten des Werkkollektivs gingen bei der Betriebsparteileitung Stellungnahmen ein, die die Bereitschaft zum Ausdruck brachten, an dem großen, von der Partei vorgezeichneten Programm mitzuwirken. So schrieb die Leiterin des Betriebslabors Kunstseide, Eva Mogk, im „Aufwärts" vom 25. Januar 1963: „Als Mitglied der LDPD, die vorbehaltlos für die Errichtung des Sozialismus und für die Sicherung des Weltfriedens unter Anleitung der Arbeiterklasse eintritt, sah ich mit großer Erwartung dem VI. Parteitag entgegen. Wir alle wissen, daß es in Zukunft darauf ankommt, unsere Republik wirtschaftlich und politisch derart zu stärken, daß sie zum festen Bollwerk gegen die aus den kapitalistischen Ländern durch Imperialismus und Faschismus entstehende Gefahr wird. Ich gehe im Bewußtsein einer richtigen politischen Einstellung an die Lösung der vom VI. Parteitag gestellten Aufgaben heran."

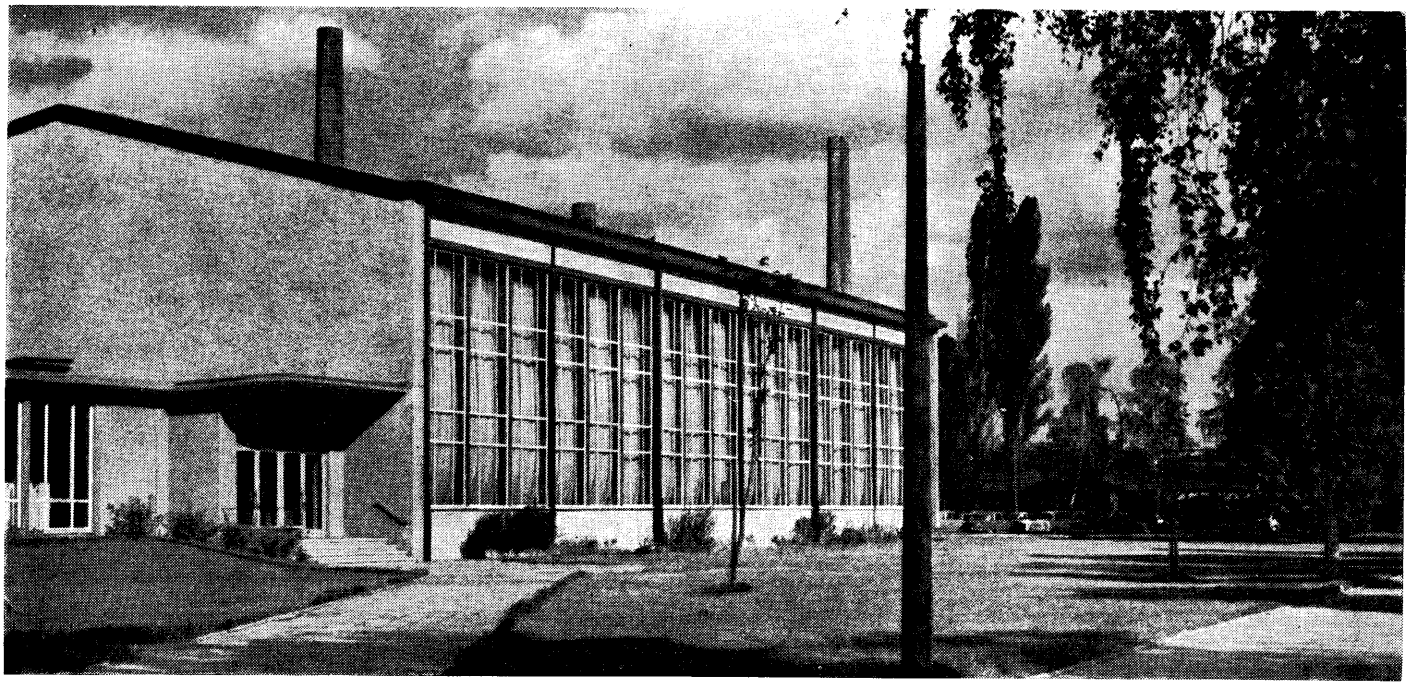
In allen Erklärungen und Stellungnahmen wurde auch der Wille zum Ausdruck gebracht, die durch den harten Winter eingetretenen Schwierigkeiten bei der Planerfüllung zu überwinden. Die Betriebsparteiorganisation orientierte darauf, bis zum 7. Oktober 1963 alle Staatsplanpositionen anteilmäßig zu erreichen.

Von der Werkdirektion wurde in Übereinstimmung mit der BGL ein Aufholeprogramm erarbeitet, das die einzelnen Etappen der Arbeit festlegte.

Doch gleichzeitig begann als Beitrag des Chemiefaserwerkes zum umfassenden Aufbau des Sozialismus die Arbeit für die perspektivische Entwicklung für die Jahre 1964 bis 1970. Bis Juli/August 1963 wurde ein Perspektivprogramm entwickelt. Sein Kerngedanke war, daß für die weitere Entwicklung der nationalen Wirtschaft der DDR abhing, wie schnell die Produktion und die Arbeitsproduktivität

Die erste GRISUTEN-Faser-Anlage





mit Hilfe des neuesten Standes der Wissenschaft und Technik stiegen und wie die ökonomischen Gesetze des Sozialismus erkannt und am wirkungsvollsten ausgenutzt wurden.

Dabei galt es zu berücksichtigen, daß es vor allem die Menschen sind, von denen die Pläne schließlich verwirklicht werden müssen.

Die sozialistischen Beziehungen der Menschen untereinander zu fördern und zu vertiefen, war ein wesentliches Aufgabengebiet für die nächsten Jahre. Die Werktätigen mußten ihre Verantwortung für den Sozialismus noch besser begreifen, sich weiterbilden und qualifizieren, mußten sich unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei selbst im Denken und Handeln zu sozialistischen Warenproduzenten und Eigentümern an Produktionsmitteln erziehen.

Das war der Weg, auf dem auch die Werktätigen des Chemiefaserwerkes dazu beitragen konnten, die historische Mission der DDR zu erfüllen und sie zum Grundstein des neuen, künftigen Deutschlands zu machen.

Die perspektivischen Aufgaben konzentrierten sich im Rahmen der Strukturpolitik in der DDR im Premnitzer Chemiefaserwerk besonders auf den Sektor Chemiefasern.

In der Chemieindustrie sollte bis 1970 die Produktion im Vergleich zu 1963 auf über 180 Prozent steigen, darunter die von synthetischen Fasern auf etwa 290 Prozent. Für unser Chemiefaserwerk war vor allem eine erhebliche Produktionssteigerung für WOLPRYLA- und GRISUTEN-Fasern vorgesehen. Die WOLPRYLA-Produktion sollte von 2620 Tonnen im Jahr zunächst auf 10 000 Tonnen im Jahr und später auf 28 000 Tonnen im Jahr steigen. Bei der Produktion von GRISUTEN war eine Steigerung um das Vierfache geplant.

Während die Polyamidfaserproduktion später von Guben übernommen und die Herstellung von Schwefelkohlenstoff in Premnitz ebenfalls eingestellt werden sollte, war für Schwefelsäure, Novoktan, Kunstseide und Aktivkohle zunächst ebenfalls noch eine Produktionsentwicklung vorgesehen. Um alle Vorhaben verwirklichen zu können, waren umfangreiche Investitionsmaßnahmen im Chemiefaserwerk erforderlich. Sie waren im Wert von mehreren hundert Millionen Mark vorkalkuliert. In Verbindung mit so hohen Zielen mußten die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, die Projektierungsarbeit sowie die gesamte Planungs- und Leitungstätigkeit konsequent auf die Schwerpunkte orientierten. Eine solche Konzentration der Mittel und Kräfte war notwendig, um die wichtigsten technisch-ökonomischen Kennziffern des Weltstandes planmäßig zu erreichen, zum Beispiel in puncto Qualität, Technologie, spezifischer Materialverbrauch, Arbeitsproduktivität, Selbstkosten und Rentabilität. Eine ständige Analyse des jeweiligen Weltstands der Erzeugnisse war dazu unabdingbare Notwendigkeit. Die Erkenntnisse von Forschung und Entwicklung schnell in die Produktion zu überführen war bereits im Jahre 1963 eine konkrete Forderung der BPO des Chemiefaserwerkes an alle Mitarbeiter.

Umfangreiche Anstrengungen galten der vorausschauenden Planung des Bedarfs an Arbeitskräften entsprechend ihrer Qualifikation in den nächsten Jahren. Schulabgänger des Raumes Premnitz-Rathenow mußten herangebildet und für eine künftige Tätigkeit im Chemiefaserwerk gewonnen werden. Auch um die Qualifikation von Fach- und Hochschulkadern für die Lenkung und Leitung der künftigen Produktions- und Energieanlagen galt es, sich beizeiten zu kümmern.

Einen großen Komplex der mit den Perspektivplanaufgaben verbundenen Probleme bildeten die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen. Wohnungsbau, Versorgung, Kinder- und Gesundheitseinrichtungen, Dienstleistungen und örtliche Wirtschaft mußten entwickelt und den wachsenden Bedürfnissen angepaßt werden. Nicht zuletzt mußte der künftige Energiebedarf genau errechnet werden. Transportfragen waren zu lösen, und schließlich ging es auch darum, die notwendigen Bauleistungen rechtzeitig abzusichern. Das gesamte Perspektivvorhaben konnte aber nicht auf einmal verwirklicht, sondern es mußte in Etappen gegliedert

werden und in Übereinstimmung mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR vor sich gehen. Die wichtigste Voraussetzung bestand im Erfüllen der staatlichen Pläne in den einzelnen Jahren und in der Befähigung der Menschen, die Gesamtproblematik des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR zu begreifen und zu beherrschen. Im Chemiefaserwerk hatten zu jener Zeit, im Planjahr 1963, große Teile der Belegschaft diese Grundgedanken erfaßt. Der Kampf um das Aufholen der Planrückstände in den Monaten März bis Juni 1963 legte davon Zeugnis ab.

Nachdem von der Betriebsparteileitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung alle Brigaden aufgerufen waren, das Aufholeprogramm der Werkdirektion zu realisieren, setzte in allen Bereichen eine große Initiative ein. Das Kollektiv des Produktionsbereiches Novoktan gehörte zu den ersten, die konkrete Zielstellungen vorlegten. Ihnen folgten die Angehörigen der Abteilung Serona-Kunstseide, des Schwefelsäurebetriebes und dann alle anderen Bereiche. Die Abrechnung anläßlich des 1. Mai ergab bereits eine Planerfüllung von 101,9 Prozent für die Monate Januar bis einschließlich April. Das bedeutete, daß im Gesamtwerk ein Planvorsprung von 2,2 Tagen erzielt worden war. Lediglich in den Bereichen Serona-Kunstseide und Aktivkohle gab es noch Mengenplanrückstände.

Die Anstrengungen zum Aufholen der Planrückstände standen im Einklang mit dem Aufruf der Werkzeugmaschinenbauer aus Berlin-Marzahn.

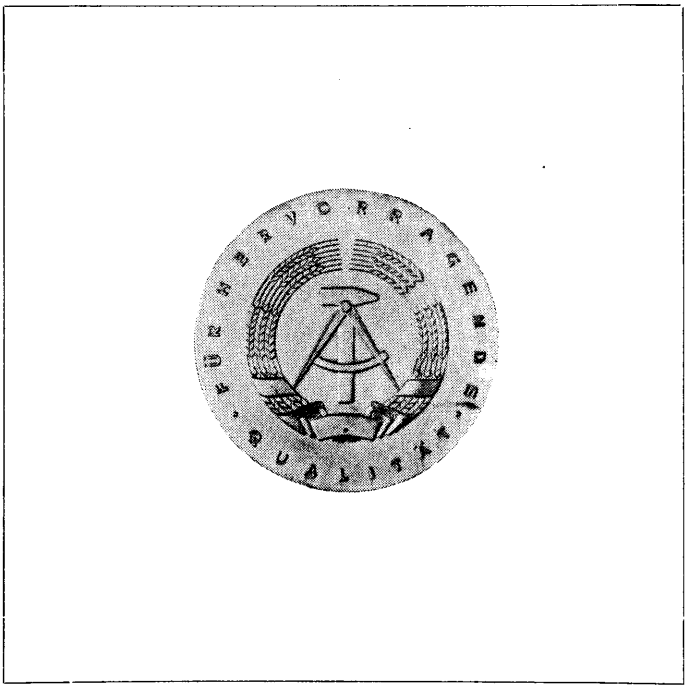
Die Marzahner hatten auf einer Vertrauensleutevollversammlung beschlossen, bis zum 30. Juni 1963, dem 70. Geburtstag von Walter Ulbricht, alle Planrückstände aufzuarbeiten. Die Losung „Uns allen zum Nutzen – Walter Ulbricht zu Ehren" fand, wie bei allen Kolleginnen und Kollegen des Chemiefaserwerkes, auch bei den Angehörigen des DEDERON-Betriebes – sie hatten keine Planrückstände – offene Ohren. In einer Gewerkschaftsversammlung ihrer Abteilung beschlossen die DEDERON-Werker, zur Verbesserung der Qualität der B- und der T-Typ-Faser ein Technologenkollektiv zu bilden. Dieses sollte dazu beitragen, die Gesamtergebnisse im Werk zu verbessern und unsere Volkswirtschaft auf dem Sektor der Chemiefasern weiter zu stärken.

Durch gutes Zusammenwirken mit den Handwerkern gelang bereits im I. Quartal die erst für das IV. Quartal geplante Umsetzung eines VK-Rohres. Dadurch konnten 1963 ganze 15 Tonnen DEDERON-Fasern mehr hergestellt werden. Ferner entwickelten die Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter auf dem Gebiet der synthetischen Fasern einen neuen Polyamidfasertyp, die DEDERON-Hohlprofilfaser. Sie verkörperte Weltniveau und konnte für das Chemiefaserwerk auf der Leipziger Messe ein Messediplom erringen.

Das Angebot an Chemiefasern für die Textilindustrie der DDR und für den Export wurde mit der neuen Faser qualitativ wesentlich verbessert.

Als Ergebnis enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit konnte darüber hinaus die zweite Bandstraße für die GRISUTEN-Pilotanlage acht Wochen vorfristig den Probebetrieb aufnehmen. In den Vormittagsstunden des 2. Mai wurde sie von dem Leiter der Abteilung Chemie im Volkswirtschaftsrat, dem Helden der Arbeit Dr. Rolf Steinert, in Betrieb gesetzt. Die Arbeiten an der Anlage hatten erst im September 1962 begonnen. Zehn Monate Aufbauzeit waren vorgegeben worden. Die vorfristige Fertigstellung wurde möglich, weil die Aufgaben und Termine zwischen dem Kollektiv des GRISUTEN-Betriebes, der Aufbauleitung, den Zulieferbetrieben, den Handwerkern und den Monteuren eng aufeinander abgestimmt waren. Dabei hatte sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit aller Beteiligten als fester Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs bewährt.

Nachdem im Chemiefaserwerk als Ergebnis des sozialistischen Massenwettbewerbs zu Ehren des 70. Geburtstages unseres Staatsratsvorsitzenden und Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, bereits am 20. Mai die Ziele im Aufholeprogramm erreicht und alle



Staatsplanpositionen erfüllt worden waren, konnte nun die Kraft in allen Bereichen des Werkes voll und ganz auf die Lösung der Hauptaufgaben konzentriert werden. Die Werktätigen des Chemiefaserwerkes gingen davon aus, daß die erfolgreiche Erfüllung des Planes 1963 die beste Voraussetzung für die Lösung auch der Aufgaben des folgenden Planjahres war. Unter diesem Gesichtspunkt und gestützt auf den Brief des Zentralkomitees der SED an alle Grundorganisationen zur Plandiskussion 1964 und auf den offenen Brief des Bundesvorstandes des FDGB an alle Gewerkschaftsmitglieder, begann die Diskussion zum Plan 1964. Damit die Brigaden ihren Anteil am Plan genau kannten, hatte die Werkleitung die von der VVB vorgegebenen Staatsplankennziffern auf die einzelnen Bereiche aufgeschlüsselt. Da zur gleichen Zeit die Wahlen zu den gewerkschaftlichen Leitungen begannen, beschloß die BGL, die Plandiskussion 1964 zum Hauptinhalt der Wahlen zu gestalten. In 240 Gewerkschaftsgruppen der Brigaden diskutierten die Gewerkschaftsmitglieder über das Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus und über den Planvorschlag ihres Bereiches für 1964. Eine Fülle von Vorschlägen kam aus den Reihen der Betriebsangehörigen. Sie bezogen sich darauf, wie durch bessere Ausnutzung der Anlagen und Maschinen die Arbeitsproduktivität gesteigert werden konnte, wie mit verbesserter Prozeßführung in der Produktion und durch sorgfältigen Umgang mit Material und Rohstoffen die Selbstkosten gesenkt und die Qualität der Erzeugnisse verbessert werden konnte.

Als Ergebnis der großen demokratischen Aussprache konnte die Werkdirektion die von der VVB vorgegebenen Kennziffern für das Planjahr 1964 erhöhen, zum Beispiel bei Viskose-Kunstseide um 105 Tonnen, bei DEDERON um insgesamt 100 Tonnen, davon bei DEDERON-Hohlprofil um 40 Tonnen. Zahlreiche Brigaden begannen bereits im Jahre 1963, nach den Kennziffern von 1964 zu arbeiten, darunter die Großbrigade „7. Oktober". Sie erreichte die Materialverbrauchsnorm Chloräthan, die für 1964 vorgesehen war, nicht nur bereits 1963, sondern senkte sie nochmals um fünf Kilogramm je Tonne Fertigprodukt. Am 70. Geburtstag von Walter Ulbricht rechneten die Chemiefaserwerker, wie vorgesehen, die Ergebnisse des Wettbewerbs und der Plandiskussion ab. Die Planerfüllung im ersten Halbjahr 1963 betrug 101,2 Prozent. Das war, gemessen an den Schwierigkeiten, die in den ersten Monaten des Jahres aufgetreten waren, ein hervorragendes Ergebnis, besonders wenn man berücksichtigt, daß darüber hinaus der VVB ein Vorschlag zur freiwilligen Planerhöhung für 1963 vorlag. Er sah eine Erhöhung der Plankennziffern für folgende Produkte vor: WOLPRYLA-Fasern um 30 Tonnen, DEDERON-Fasern um 10 Tonnen, Tetraäthylbleifluid um 190 Tonnen und Schwefelsäure um 600 Tonnen. Insgesamt überboten die Werktätigen den Gewinnplan um 1,4 Millionen Mark. [135]

Doch konnten solche großartigen Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch noch Mängel und Schwächen gab, die in den kommenden Monaten überwunden werden mußten. Es handelte sich speziell um das Erreichen der Qualitätskennziffern bei der Viskosekunstseide Suprema/Serona und bei WOLPRYLA-Fasern. Auch genügten die Maßnahmen im Plan Neue Technik noch nicht, um die Kostensenkung für die nächsten Jahre abzusichern. Die Erfüllung der Investitionsmaßnahmen sowie das Einhalten des Lohnfonds konnten ebenfalls nicht befriedigen. Im sozialistischen Wettbewerb im zweiten Halbjahr 1963 sollten Mängel solcher Art überwunden werden. Vor allen Leitungen stand jetzt die Aufgabe, mehr denn je das sozialistische Denken der Brigademitglieder anzuregen und das kulturelle Niveau aller Werksangehörigen zu heben.

Eine große Verantwortung trugen dabei die Wirtschaftsfunktionäre. Nicht nur die technischen und ökonomischen Probleme mußten gelöst, sondern in erster Linie die politischen Grundfragen geklärt werden, um eine enge Verbindung zwischen Politik, Ökonomie und Ideologie herzustellen. Die gesellschaftliche und kulturelle Betätigung sowie das Lernbedürfnis mußten gefördert werden. Die BGL organisierte Erfahrungsaustausche, in denen die fortge-

Werkdirektor Karl Kaiser

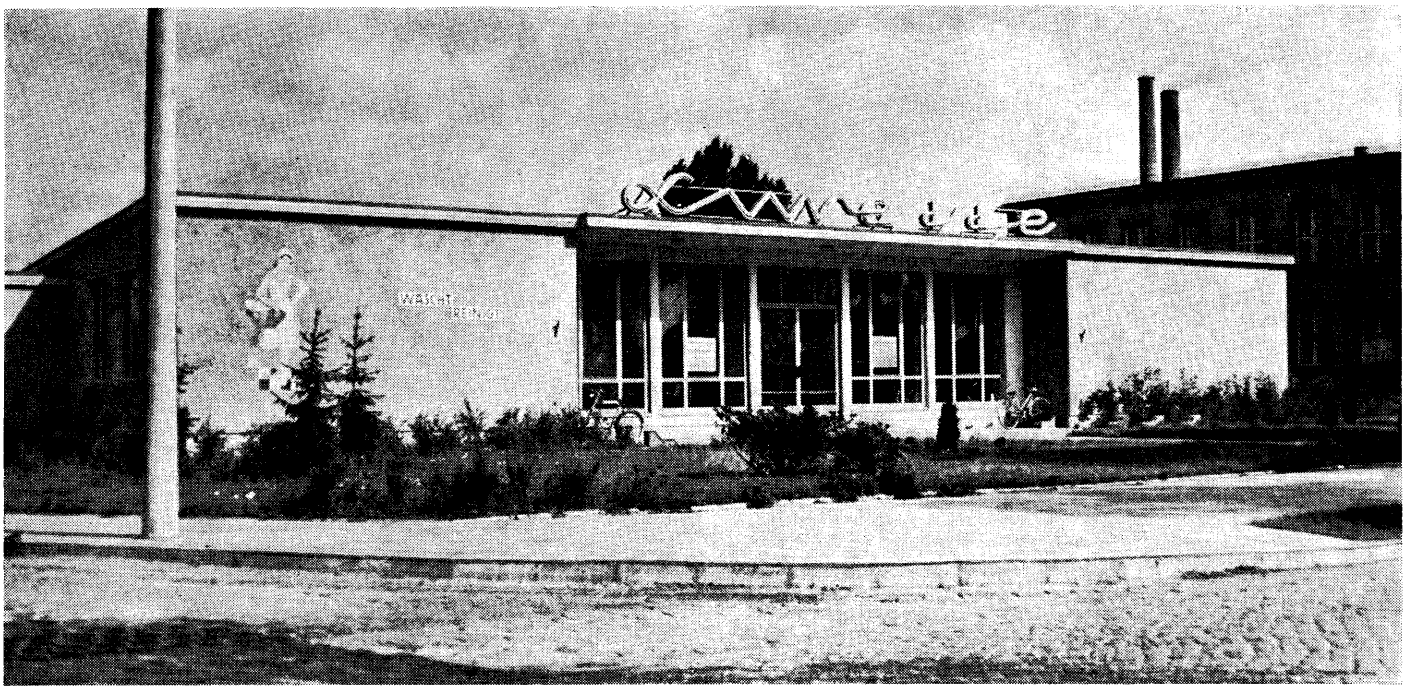
Messegold für Chemiefasern aus Premnitz 1963
(Bilder links)

schrittensten Brigaden anderen halfen, die den Kampf um den Staatstitel gerade erst aufgenommen hatten.

Den Überlegungen und Bemühungen um eine möglichst rasche Entwicklung der Wirtschaft gab die Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR, die am 24. und 25. Juni 1963 tagte, neue Impulse. Es ging darum, alle Kräfte auf die Schwerpunkte zu konzentrieren. Im Werk waren das vor allem die Bereichsanlagen für synthetische Fasern. Ferner war dem Gebiet Forschung und Entwicklung größere Aufmerksamkeit zu schenken als das bisher geschehen war. Besonders auf dem Gebiet der Prämierung und der Übereinstimmung der TAN mit dem Lohn beim Übergang zu neuer Technik wurde nach solchen Formen gesucht, die den Werktätigen materiell stärker am Produkt seiner Arbeit interessieren und von dieser Seite her Einfluß auf die stärkere Entwicklung seines politischen und ökonomischen Denkens nehmen sollten.

So sollte zum Beispiel der Prämienfonds in Zukunft verstärkt auf die Lösung von Maßnahmen im Plan Neue Technik orientieren. Im sozialistischen Wettbewerb ging es nicht mehr schlechthin um einfache Leistungsvergleiche, sondern darum, Bestwerte bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, bei der Senkung der Selbstkosten und in der Qualität zu erreichen. Die Brigaden, die um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" kämpften, überarbeiteten ihre Brigadeverträge und hoben dabei die Verantwortung jedes einzelnen und des gesamten Kollektivs für die Erfüllung aller Aufgaben auf ihrem Abschnitt der Produktion hervor. Darüber hinaus forderten sie aber auch von den Zulieferbetrieben für Rohstoff und Material eine termin- und qualitätsgerechte Belieferung als eine wichtige Voraussetzung, um die Kennziffern in der Produktion einhalten zu können.

Die Technologen und Chemiker wurden aufgefordert, den Produktionsprozeß wissenschaftlich zu durchdringen, um in der Produktion an die theoretisch möglichen Werte heranzukommen.



Die 240 Brigaden und 40 Arbeitsgemeinschaften, die es zu dieser Zeit im Chemiefaserwerk gab, waren eine große Kraft. Bei der Überarbeitung der Brigadeverträge kam zum Ausdruck, daß die Erkenntnis über das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, wie des Gesetzes der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität, des Wertgesetzes oder des Gesetzes der Ökonomie der Zeit bis in die kleinsten Einheiten der Produktion hinein, schon weit in den Erfahrungsschatz der Werktätigen unseres Betriebes eingedrungen war.

Die Betriebsparteileitung, die Betriebsakademie, das Lektorat, die KDT und andere gesellschaftliche Kräfte führten besonders in diesen Monaten zahlreiche Vorträge und Diskussionen durch, gaben Kurzlektionen, organisierten Lehrgänge und anderes mehr, um die Mehrheit der Werktätigen noch stärker mit der Thematik der politischen Ökonomie des Sozialismus vertraut zu machen.

Der Plan Neue Technik wurde nach der Wirtschaftskonferenz ein Instrument, mit dessen Hilfe den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts komplex Rechnung getragen wurde. Um ihn zu realisieren, bildeten sich Arbeitsgemeinschaften aus Angehörigen der Intelligenz und Arbeitern. Das gemeinsame Schaffen um die Entwicklung des Betriebes trug nicht unwesentlich dazu bei, das Bündnis zwischen den Arbeitern und der Intelligenz noch weiter zu vertiefen. Doch auch die Brigaden wirkten an der Realisierung der Maßnahmen im Plan Neue Technik mit. Zum Beispiel entschloß sich die Arbeitsgemeinschaft „Bleischlammvortrocknung", den von ihr gefundenen Lösungsweg vor einem sachkundigen Gremium der Brigade zu verteidigen. Die Arbeiter, Meister und Leitungskräfte nutzten die Gelegenheit und machten ihrerseits Vorschläge, wie dieses oder jenes Detail des Planes noch verbessert werden konnte.

Schließlich lag ein in jeder Hinsicht ausgereiftes und störungsfreies Projekt vor, das allen Anforderungen entsprach und mit dem diejenigen bereits vertraut waren, die es verwirklichen sollten.

Solche Arbeitsweise wurde als beispielgebend popularisiert, um sie für die anderen Arbeitsgemeinschaften im Chemiefaserwerk zu verallgemeinern.

Mit der schrittweisen Einführung des neuen ökonomischen Systems begann eine qualitativ höhere Etappe der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der VVB. Unter den Bedingungen der zentralen staatlichen Planung erhöhte sich die Verantwortung der sozialistischen Warenproduzenten für eine effektive Produktion. Der Gewinn wurde zur zentralen Kennziffer. Sie gibt darüber Auskunft, ob mit Hilfe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Arbeitsproduktivität gesteigert wurde, ob die qualitativen Kennziffern eingehalten und die Kosten gesenkt wurden.

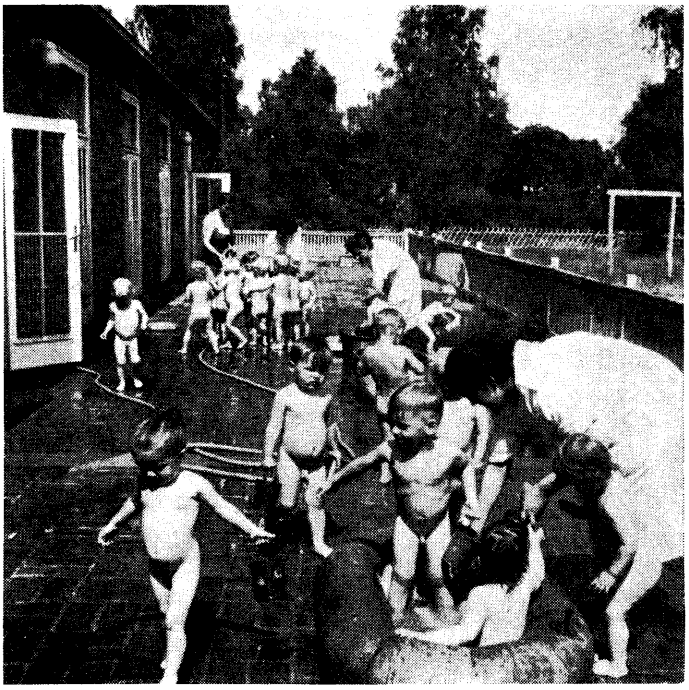
Eine wichtige Voraussetzung für die Einführung des neuen ökonomischen Systems war die Industriepreisreform. Das Preissystem mußte so geordnet werden, daß der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand zur Grundlage der Preisbildung wurde. Die Betriebe, die zur Produktion mit neuer Technik übergingen, hatten davon also den größten ökonomischen Vorteil zu erwarten. In Verbindung mit der Industriepreisreform mußte auch eine Neubewertung der Grundmittel vorgenommen werden. Doch orientierten Partei und Regierung von vornherein darauf, daß mit der Umbewertung der Grundmittel und mit der Industriepreisreform keine Preiserhöhung für Konsumgüter verbunden werden durfte.

Im Jahre 1964 begann die erste Etappe der Industriepreisreform in der Grundstoffindustrie, 1965 für Grundstoffe der Textilindustrie und ähnliche Industriezweige, 1967 schließlich wurde die Industriepreisreform abgeschlossen. [136]

Die neuen Preise für Materialien und Rohstoffe hatten zur Folge, daß vorübergehend die Selbstkosten bei einigen Erzeugnissen des Chemiefaserwerkes anstiegen. Doch die wissenschaftliche und ökonomische Durchdringung des Produktionsprozesses bewirkte in Verbindung mit der ständig steigenden Qualität in der Wettbewerbsführung, daß

Soziale Einrichtungen: Die „Lurette", Annahme- und Ausgabestelle für Wäsche- und Bekleidungsreinigung

Kinderstadt „Neues Leben"



solche Mehrkosten nach kurzer Zeit wieder abgebaut werden konnten.

Das neue ökonomische System wurde im Chemiefaserwerk nicht nur zu einer Sache der Wirtschaftsleiter und Funktionäre gemacht. Vielmehr wurden davon alle Mitarbeiter der Produktions- und Handwerkerabteilungen, der Verwaltungsbereiche sowie der Versorgungseinrichtungen und andere einbezogen. Alle Arbeitsbereiche und -vorgänge wurden unter den neuen Gesichtspunkten gründlich durchdacht und Schlußfolgerungen sowohl für die Leitungstätigkeit als auch für den sozialistischen Wettbewerb gezogen. Die Tätigkeit der Neuerer und Rationalisatoren wurde aktiviert und in stärkerem Maße als je zuvor die Verantwortung der einzelnen Werktätigen und der Kollektive für die quantitative und qualitative Planerfüllung geweckt.

Auf dem Gebiet der Entwicklung neuer Formen und Methoden im sozialistischen Wettbewerb leisteten die Werktätigen des Chemiefaserwerkes „Friedrich Engels" auch im Republikmaßstab einen wertvollen Beitrag, um insgesamt das Tempo beim umfassenden Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen.

Der Aufruf der Werktätigen des Chemiefaserwerkes zum sozialistischen Wettbewerb anläßlich des 15. Jahrestages der DDR

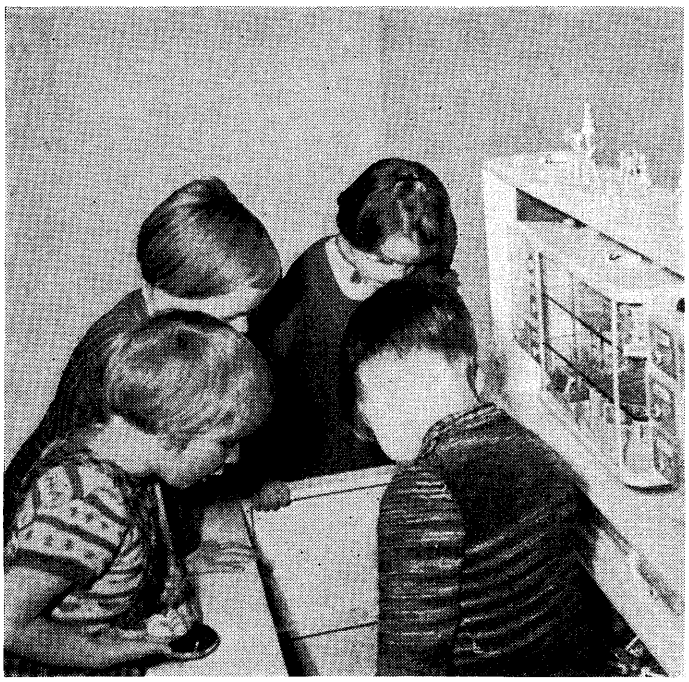
„Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse war die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR abgeschlossen. Die sozialistische Gesellschaft konnte sich nunmehr auf ihrer eigenen sozialökonomischen Grundlage entwickeln." [137]

Kein Gesellschaftssystem ist so wie das sozialistische in der Lage, die Schöpferkraft und den Ideenreichtum des werktätigen Volkes zu wecken und zum Nutzen der gesamten Gesellschaft zu mobilisieren. Die objektive Übereinstimmung der gesellschaftlichen mit den persönlichen Interessen jedes Werktätigen erschloß immer neue Reserven, um dem großen, vom VI. Parteitag gewiesenen Ziel, einer vollendeteren Stufe des Sozialismus, näherzukommen.

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung geht davon aus, daß der Mensch die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft ist. Das heißt, der Mensch mit seinem Können und Wissen und seinen Erfahrungen bereichert die Wissenschaft und Technik, beherrscht sie und gewinnt wiederum neue Erkenntnisse. Beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung bietet der sozialistische Wettbewerb die besten Möglichkeiten, um alle Fähigkeiten des Menschen auf die Lösung der Aufgaben zu konzentrieren, die für die Vollendung des Sozialismus und für das Meistern der wissenschaftlich-technischen Revolution notwendig sind. Wenn dieser Zusammenhang verstanden wird, ist es möglich, den sozialistischen Wettbewerb so zu organisieren und zu führen, daß er die Potenzen der Produktivkräfte maximal zum Nutzen der Gesellschaft mobilisiert.

Nach dem VI. Parteitag der SED war bei den Werktätigen des Chemiefaserwerkes dieser Erkenntnisprozeß bereits gut vorangeschritten. Im zweiten Halbjahr 1963 gingen die Montage- und Vorbereitungsarbeiten zum Anlaufen einer neuen Bandstraße im WOLPRYLA-Bereich dem Ende entgegen, und für den Schwefelsäurebereich war eine Großreparatur von längerer Zeitdauer vorgesehen. Das waren zwei Projekte, die bei sorgfältiger Überprüfung aller notwendigen Maßnahmen und bei Einhalten der Termine dem Chemiefaserwerk einen größeren Gewinnzuwachs und der Volkswirtschaft eine zusätzliche Zuführung zum Nationaleinkommen bringen konnten. Demzufolge lag hier auch der Schwerpunkt des sozialistischen Wettbewerbs, der politisch im Zeichen der für den Herbst ausgeschriebenen Volkswahlen stand.

Den Auftakt zur Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs im Chemiefaserwerk gab das Kollektiv aus dem Produktionsbereich Schwefelsäure. Nachdem sie alle Voraussetzungen für die Großreparatur, die mit 47 Tagen eingeplant war, gründlich geprüft hatten, entschlossen sich die Arbeiter, Handwerker und Ingenieure, zusätzliche Reser-



Gibt's was hinterm Ladentisch?

Die Suppe ist gleich fertig!

ven für eine Planerhöhung zu erschließen, indem sie sich um eine Verkürzung der Reparaturzeit bemühten. Mit den Handwerkern aus dem Hauptwerk, den Arbeitern und Ingenieuren der Produktion und anderen Beteiligten wurde ein Reparaturprogramm erarbeitet. Ein gut durchdachter Schichtrhythmus machte es möglich, die Großreparatur schon nach 31 Tagen zu beenden. Dieser Zeitgewinn schuf die Voraussetzung, daß gemeinsam mit einigen weiteren Maßnahmen aus dem Plan Neue Technik statt der vorgesehenen 700 Tonnen eine Mehrproduktion von insgesamt 1000 Tonnen Schwefelsäure gebracht werden konnte. Das Geheimnis des Erfolges lag in folgendem: Alle Arbeiten waren so aufeinander abgestimmt, daß die einzelnen Maßnahmen ohne Wartezeiten nach einem Zyklogramm ablaufen konnten.

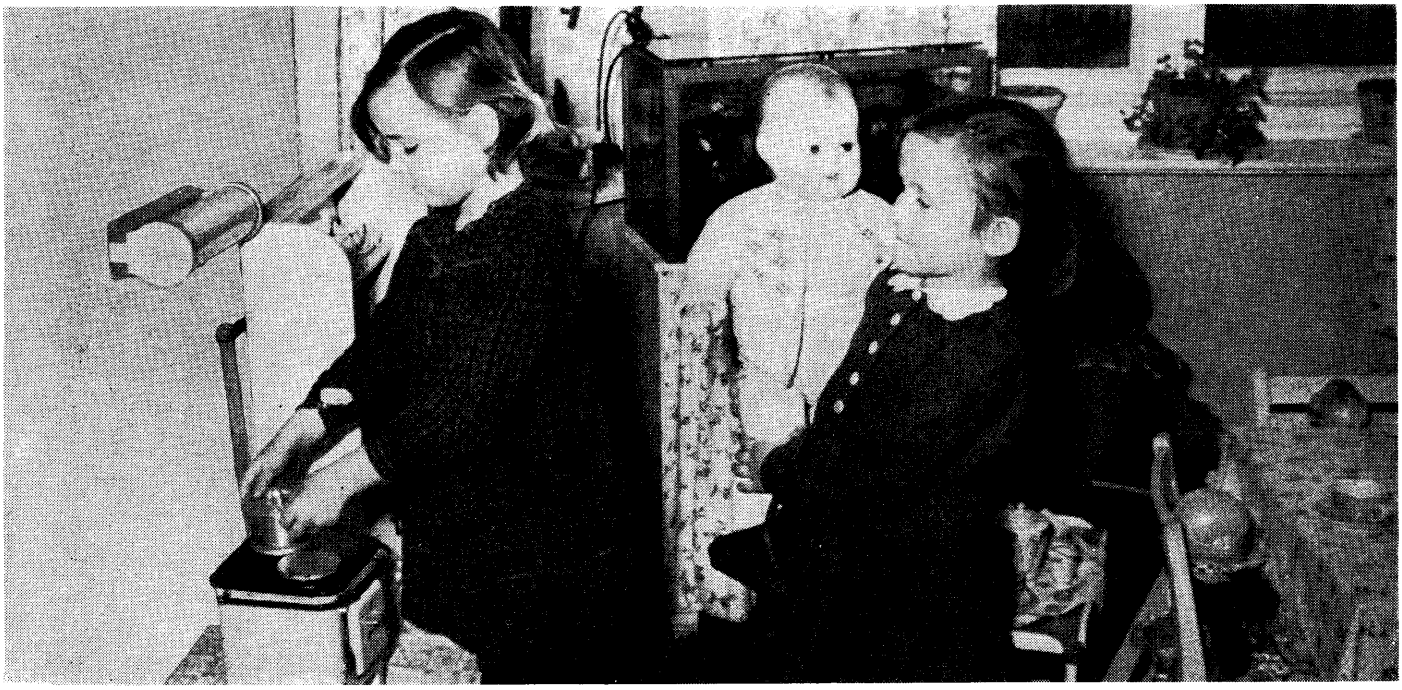
Doch die Schwefelsäurearbeiter betrachteten das Problem nicht ausschließlich von der technischen und ökonomischen Seite her. Vielmehr bemühten sie sich auch um ein reges politisches Leben. So bildeten sie ihre betriebliche Agitatorenkommission um und ersetzten sie durch Agitatorenkollektive in den einzelnen Schichten und Bereichen. Das Wichtigste ihrer Arbeit sahen die Agitatoren in dem ständigen Kontakt der Kollegen untereinander. Keine Frage sollte unbeantwortet bleiben. Und schließlich wurden auf dem Gebiet der materiellen Interessiertheit neue Wege im SO_3-Bereich beschritten. Fortan sollten Prämien nicht mehr obligatorisch, sondern nach Bestwerten gezahlt werden. Mit dieser Konzeption forderte die Belegschaft unseres SO_3-Bereichs auch die Schwefelsäurebetriebe in unserer Republick und die anderen Produktionsbereiche des Chemiefaserwerkes auf, den Leistungsvergleich nach Bestwerten zu führen.

In der Schwefelsäureanlage wurden die neu errechneten Werte für die Großreparatur in der Praxis noch einmal unterboten. Tatsächlich wurden die Arbeiten in 28 Tagen beendet, und es konnten 1200 Tonnen SO_3 über den Plan hinaus produziert werden. Einen hervorragenden Anteil an diesen Erfolgen hatten die Mitglieder der APO dieses Produktionsbereiches, unter ihnen der Bleilöter und Leiter des Agitatorenkollektivs Gerhard Bach und der junge Bereichsleiter, der Diplomchemiker Heinz Tauscher.

Unter der Losung „Mit 64er Tempo erfüllen wir die Planaufgaben 1963 mit hoher Qualität, niedrigen Kosten, moderner Technik und rationeller Organisation. Das ist Volksabstimmung durch die Tat zum Nutzen für uns und unseren Staat!" standen auch die Kollektive der Bereiche WOLPRYLA, Novoktan, CS_2, Suprema/Serona, Prezenta, DEDERON, GRISUTEN und Aktivkohle im sozialistischen Massenwettbewerb des zweiten Halbjahres 1963.

Besonders zum Tag des Chemiearbeiters hatten sich alle Werktätigen des Chemiefaserwerkes einiges vorgenommen. Anspornend wirkte dabei die Ankündigung, daß der Staatsakt zum Tag des Chemiearbeiters diesmal in Premnitz durchgeführt werden sollte. Es ist klar, daß die Vorbereitungen zu diesem Anlaß noch sorgfältiger waren als sonst, damit die Repräsentanten von Partei und Regierung sowie die vielen Delegationen aus den Chemiebetrieben der DDR würdig empfangen werden konnten. Dem Anfahren der neuen Bandstraße im WOLPRYLA-Bereich kam nun besondere Bedeutung zu, da diese Bandstraße einen Vorläufer für die vorgesehene Erweiterung der WOLPRYLA-Faser-Produktion des Chemiefaserwerkes in den späteren Jahren darstellte.

Zum Jahrestag der Republik zogen die Chemiefaserwerker noch einmal Zwischenbilanz, um zu überprüfen, was bis zum November noch getan werden mußte. Bisher war ein Planvorsprung von 4,4 Tagen erreicht worden. Zu diesem Ergebnis hatte auch das Kollektiv des WOLPRYLA-Bereichs wesentlich beigetragen. Durch zielstrebige Arbeit bei der Verbesserung der technologischen Verhältnisse und der Rezeptionen hatten sie zum Beispiel mit dem Einsatz von 980 Kilogramm PAN je Tonne WOLPRYLA-Faser den Weltstand auf diesem Gebiet unterboten. Die Jugendbrigade „Oskar Neumann", als „Hervorragende Jugendbrigade der DDR" ausgezeichnet, hatte daran hohen Anteil. [138]



Vier Wochen später war dann der große Tag für die Premnitzer da. Mit herzlichem Beifall begrüßten sie am Tor II den Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Minister Alfred Neumann, und zahlreiche andere Gäste. Unter ihnen befanden sich Dr. Rolf Steinert, damals Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates und Leiter der gesamten Chemieindustrie der Deutschen Demokratischen Republik, Günter Wyschofski, damals Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Kurt Seibt, Mitglied des Zentralkomitees der SED und damals Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED Potsdam, Dr. Keil, damals Generaldirektor der VVB Chemiefaser und Fotochemie, Roger Pascre, Vizepräsident der Internationalen Berufsvereinigung der chemischen, Erdöl- und artverwandten Industrien und Präsident der Chemiearbeitergewerkschaft Frankreichs, und viele andere mehr. [139] Alfred Neumann und seine Begleiter unterhielten sich dann mit Mitgliedern sozialistischer Brigaden und Arbeitsgemeinschaften im WOLPRYLA-Bereich. Der Minister fand Worte der Anerkennung und des Dankes für alle Chemiefaserwerker, die aus dem ehemaligen Kunstseidenbetrieb der I. G. Farben einen sozialistischen Großbetrieb aufgebaut und besonders in den letzten Monaten hervorragende Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb erarbeitet hatten.
Am Sonntag, dem 10. November, wurden die Spinnmaschinen der Bandstraße mit 20 000 Lochdüsen angefahren und den jungen Arbeitern als Jugendobjekt übergeben. [140] Werkdirektor Karl Kaiser würdigte bei der feierlichen Übergabe an die Jugendlichen die Inbetriebnahme der Bandstraße mit ihrer neuentwickelten Spinnmaschine als einen wichtigen Schritt in die Zukunft, denn mit dieser Spinnmaschine sollten die Aggregate für die zukünftige Großanlage getestet werden.
Und noch einen weiteren Erfolg konnten die Premnitzer Werktätigen zum Tag des Chemiearbeiters 1963 auf ihr Konto buchen. Im überbetrieblichen Wettbewerb innerhalb der VVB Chemiefaser und Fotochemie war das Kollektiv des Chemiefaserwerkes als Siegerbetrieb hervorgegangen. Eine Prämie in Höhe von 30 000 Mark, verbunden mit einer Urkunde, konnte aus den Händen von Generaldirektor Dr. Keil übernommen werden.
Nachdem die Feierlichkeiten vorüber waren, forderte der Alltag wieder sein Recht. Trotz aller Erfolge gab es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Wie die nächsten Aufgaben aussahen, hatte Walter Ulbricht in seinem Antwortschreiben an die Werktätigen des Chemiefaserwerkes auf ihre Grußadresse anläßlich des Tages des Chemiearbeiters 1963 mit folgenden Worten charakterisiert:
„Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit und Überwindung der ressortmäßigen Arbeit in der Forschung und Produktion ist es Euch gelungen, die Qualität Eurer Erzeugnisse weiter zu verbessern. Als entscheidender Betrieb für die Produktion von Chemiefasern trägt Euer Kollektiv eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Textilindustrie und damit für die stetige Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Vor den Arbeiterinnen und Arbeitern, Ingenieuren, Chemikern und Wissenschaftlern Eures Betriebes steht die Aufgabe, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit den Werktätigen der Textilindustrie noch enger zu gestalten und Erzeugnisse von bester Qualität zu entwickeln, die mit hoher Arbeitsproduktivität hergestellt werden können und als Spitzenerzeugnisse für den Export zur Verfügung stehen." [141]
Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, führte die Betriebsparteileitung noch vor Abschluß des Planjahres 1963 eine Beratung mit den Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionären durch und analysierte die Entwicklung im Chemiefaserwerk seit dem VI. Parteitag. Im abgelaufenen Planjahr war verstärkt damit begonnen worden, perspektivische Aufgaben zu lösen. Der sozialistische Wettbewerb hatte inhaltlich eine Wandlung durchgemacht. Die Wettbewerbsziele, die zunächst allgemein auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Arbeitszeit- und Kräfteeinsparung, Mengenplanerfüllung und Materialeinsparung orientiert hatten, mußten jetzt so konkret abgesteckt werden,

Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister Alfred Neumann zum Tag des Chemiearbeiters 1963 bei den Werktätigen in Premnitz (Bild rechts)

Margot Dittrich, BGL-Vorsitzende

daß die Verpflichtungen auf Mark und Pfennig abrechenbar waren.

Die Anstrengungen aller Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler, Ökonomen, Funktionäre der Partei und der Massenorganisationen, der Frauen und Jugendlichen sowie der Werkdirektion führten dazu, daß bereits am 20. Dezember alle Staatsplankennziffern erfüllt waren. Dreimal im Verlaufe eines Planjahres hatte das Werkkollektiv freiwillig seinen Plan erhöht, und die Ergebnisse waren planwirksam geworden. Die Bruttoproduktion stieg damit um 4 268 000 Mark. Die Selbstkosten wurden um 2 250 000 Mark gesenkt, und im Gewinnplan wurde ein zusätzlicher Nutzen von 2 876 000 Mark erzielt. Gegenüber 1962 betrug der Produktionszuwachs 9,5 Prozent. Die Arbeitsproduktivität stieg um 10,6 Prozent und lag mit 2,2 Prozent über den vorgegebenen Kennziffern. Auch die Selbstkosten waren um ein Prozent gegenüber der Vorgabe unterboten worden, und der Lohnfonds konnte eingehalten werden. Zur weiteren Verbesserung der Qualität senkten die Arbeiter die Seidenanteile mit Zweischeinigkeit bei Prezenta-Kunstseide von vorher acht bis neun auf 2,3 Prozent und bei Serona-Kunstseide von 1,5 auf ein Prozent. [142]

Doch wurden die Chemiefaserwerker dadurch nicht selbstzufrieden. Sie kannten genau ihre schwachen Stellen. Oft konnten ein- oder mehrmals erreichte gute Ergebnisse, zum Beispiel in der Qualität der Chemiefasern, nicht konstant gehalten werden und sanken wieder ab. Die Materialverbrauchsnormen unterlagen teilweise noch großen Schwankungen. Auch war es noch nicht in vollem Maße gelungen, die Methoden kollektiver Tätigkeit von den fortgeschrittenen Brigaden auf die gesamte Entwicklung der Brigadearbeit im Chemiefaserwerk zu übertragen. Hier lagen also noch Reserven, die erschlossen werden mußten.

Besonderes Augenmerk mußte weiterhin auf die Weltmarktfähigkeit der Erzeugnisse gerichtet werden. Das 1963 erarbeitete Dokument zum Weltstandsvergleich bei der Hauptproduktion, besonders der Chemiefasern, zeigte, daß vor allem auf dem Gebiet der Kosten und der Technologie

noch eine Menge zu tun war. Das Dokument bot eine wertvolle Hilfe für eine zielgerichtete Arbeit, die Produkte in Fragen der Technologie, des Materialeinsatzes, der Kosten und ähnlicher Faktoren an den Höchststand heranzuführen. Da das Chemiefaserwerk gleichzeitig Leitbetrieb für Viskoseseide, WOLPRYLA-Fasern und Schwefelkohlenstoff im Rahmen der VVB bzw. des Industriezweiges sowie Alleinhersteller von Antiklopfmitteln in der DDR war, mußten die Perspektivplankennziffern in dieser Richtung erarbeitet werden. Dazu gehörten Festlegungen der Kapazität nach Gesichtspunkten des Investaufwandes, der ökonomischen Betriebsweise und der Bereinigung des Produktionsprofils.

Mit diesen Arbeiten nahm das Chemiefaserwerk in kollektiver Arbeit koordinierenden und lenkenden Einfluß auf die Entwicklung der Forschung, der Technologie und des Apparatebaus für die Chemiefaserindustrie in der Deutschen Demokratischen Republik.

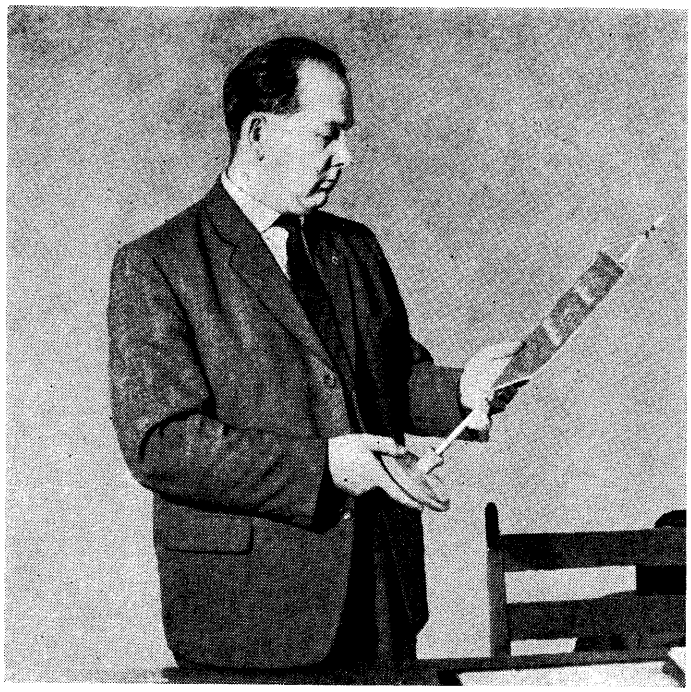
Den neuen Aufgaben trug auch die gemeinsame Losung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation für den sozialistischen Wettbewerb zum Plananlauf 1964 Rechnung. Sie lautete: „Weltniveau bei Technologie, Qualität und Selbstkosten für den Wohlstand des Volkes!"

Noch im Dezember 1963 fand im Chemiefaserwerk eine Vertrauensleutevollversammlung statt, die sich mit den Aufgaben des Planes 1964 beschäftigte. Unter anderem wurde auch über das Problem der Interessenvertretung der Werktätigen durch die Gewerkschaften diskutiert. Klar wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften den Interessen der Werktätigen am besten dienen, wenn sie sich mit um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, um die Verbesserung der Qualität und um die Senkung der Kosten mühen und den Fragen der materiellen Interessiertheit ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Denn nur, wenn die Arbeitsproduktivität ständig steigt, können auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen weiter verbessert werden. Zahlreiche Diskussionsredner aus sozialistischen Brigaden teilten der Vertrauensleutevollversammlung mit, daß sie ihre Brigade- und Wettbewerbsverträge entsprechend den höheren Anforderungen, die das neue ökonomische System und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an alle Mitarbeiter stellten, überarbeitet hätten.

Dabei hatten sie nach dem Grundsatz der Brigade „August Bebel" aus dem VEB Filmfabrik Wolfen gehandelt: „Was gestern noch richtig und gut war, reicht heute nicht mehr aus." Um höchste Ergebnisse in ihrem Abschnitt der Produktion zu erreichen, hatten sie Verbindung mit den vor- und nachverarbeitenden Bereichen aufgenommen. Das waren Anfänge, den sozialistischen Wettbewerb komplex, über die Grenzen des Betriebes hinaus, nach Erzeugnisgruppen zu führen. Viele Diskussionsredner kritisierten in diesem Zusammenhang Leitungen, die noch Mängel in der Technologie oder im Produktionsablauf duldeten und sich ungenügend mit den Brigaden beschäftigten. Die Vollversammlung der Vertrauensleute griff solche Kritiken auf und forderte von den Wirtschaftsleitern des Bereiches Kunstseide und von der Produktionsdirektion Maßnahmen, um in Zukunft zu vermeiden, daß zum Beispiel immer wieder hohe Anteile an Zweischeinigkeit bei der Kunstseidenproduktion auftreten. Die Technologie mußte so gestaltet werden, daß die Qualität der Kunstseide konstant gehalten werden konnte. Die Vertrauensleutevollversammlung bestätigte gleichzeitig den ersten Entwurf des Betriebskollektivvertrages 1964. Sie gab dem sozialistischen Wettbewerb wichtige Impulse, indem sie half, die objektiven Bedingungen für eine qualitative Verbesserung der Wettbewerbsführung zu finden, und Anregungen für neue Formen und Methoden gab.

Die Beratung der Vertrauensleute vom Dezember 1963 wurde in allen Gewerkschaftsgruppen und Brigaden des Chemiefaserwerkes ausgewertet. Entwürfe für neue Wettbewerbskonzeptionen der Produktionsbereiche entstanden, an denen die Mitglieder der Brigaden genauso mitwirkten wie die leitenden Funktionäre der APO und der AGL oder die Bereichsleiter. Die Werkdirektion setzte sich mit den Forderungen der Vertrauensleutevollversammlung auseinan-

Erich Dorn, Erster Sekretär der BPO der SED



der, und die Betriebsparteileitung lenkte über die Abteilungsparteiorganisationen und die Parteigruppen immer wieder die Aufmerksamkeit aller Belegschaftsmitglieder auf die wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Aufgaben sowie auf die Schwerpunkte in bezug auf die synthetische Faserproduktion.

Um die notwendige Verantwortlichkeit der staatlichen Leiter zu erhöhen und technische Fragen zu lösen, erteilte der Werkdirektor persönliche Aufträge an Leitungskräfte der zentralen Bereiche und an Produktionsbereichsleiter. Meist handelte es sich dabei um Aufträge, die in Verbindung mit Maßnahmen im Plan Neue Technik standen und dringend geklärt werden mußten. Die Produktionsbereichsleiter erteilten ihrerseits solche Aufträge an Abteilungsleiter, leitende Betriebsingenieure und Technologen. Um diese Aufträge zu erfüllen, bildeten sich zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, die sich mit technologischen, ökonomischen und organisatorischen Aufgaben befaßten. Aus der Vielzahl seien die Arbeitsgemeinschaften „Kapazitätsauslastung WOLPRYLA", „Ablauf der Prezenta-Spinnkuchen", „Bastspinnerei" und „Qualität Sorte I" bei Serona-Kunstseide als Beispiele genannt. Die meisten Kollektive arbeiteten nach Neuerervereinbarungen oder Zielsetzungsverträgen, in denen neben dem Lösungsweg und dem vorgegebenen Aufwand und Nutzen auch die Höhe der materiellen Vergütung vertraglich vereinbart war. Solche Formen der Arbeit entsprachen den Forderungen des neuen ökonomischen Systems, weil sie wissenschaftliche Planung und Leitung in Übereinstimmung mit den ökonomischen Hebeln und mit der materiellen Interessiertheit der Werktätigen brachten.

Das Büro für Neuererwesen bewirkte in enger Zusammenarbeit mit der BPO und der BGL des Chemiefaserwerkes, daß die Produktionsbereichsleiter mit ihrem Leitungskollektiv Pläne für die Neuerertätigkeit erarbeiteten, aus denen ersichtlich war, wo im Produktionsprozeß noch echte Probleme zu lösen waren. Damit wurde die Initiative in der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung auf nutzbringende Objekte gelenkt, die auch demjenigen eine hohe Vergütung brachten, der einen geeigneten Lösungsweg vorschlagen konnte.

Im Februar 1964 fand die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED statt, auf der weitere wichtige Schritte zum Ausbau des neuen ökonomischen Systems eingeleitet wurden. Vor allem wurde auf die Anwendung der ökonomischen Gesetze als zusammenwirkende und einheitliche Kraft für den gesamten Prozeß der erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft orientiert, in der die chemische Industrie einen vorrangigen Platz einnahm. Das Zentralkomitee der SED beschloß gleichzeitig, einen exakt begründeten und bilanzierten Perspektivplan durch die Staatliche Plankommission ausarbeiten zu lassen, der vom wissenschaftlich-technischen Höchststand ausging. Ferner forderte die 5. Tagung des Zentralkomitees, den Wettbewerb auf den politisch-ökonomischen Inhalt zu konzentrieren und die materielle Interessiertheit der Werktätigen wirkungsvoll damit zu verbinden. Dem Plan Neue Technik kam dabei entscheidende Bedeutung zu.

Auf dieser Grundlage entwickelten sich nun im Chemiefaserwerk neue Formen der Wettbewerbsführung. Sie waren durch die Bereitschaft der sozialistischen Kollektive gekennzeichnet, größere Verantwortung für die Qualität ihrer Produkte zu übernehmen. Und diese Verantwortung hörte ja nicht am Werktor auf. Die Erkenntnis, daß der Ausgang des friedlichen Wettstreits zwischen den beiden Weltsystemen im wesentlichen dadurch bestimmt wird, welche Gesellschaftsordnung Wissenschaft und Technik am besten voranbringt und welche die Möglichkeiten der technisch-wissenschaftlichen Revolution am besten zu nutzen versteht, spielte bei den Überlegungen um das Arbeitsprodukt eine wichtige Rolle. „Chemie bringt Brot, wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Wohlstand für das ganze Volk", diese Losung der Kollektive des VEB Filmfabrik Wolfen machten sich auch die Werktätigen des Chemiefaserwerkes zu eigen. Sie gaben dadurch zu verstehen, daß sie die weitere vorrangige Entwicklung der chemi-

schen Industrie in der DDR zu ihrer eigenen Angelegenheit gemacht hatten.

Das erste Kollektiv, das nach der 5. Tagung des ZK der SED im Chemiefaserwerk seine Wettbewerbskonzeption vorzuweisen hatte, in der sich der neue Inhalt des Wettbewerbs widerspiegelte, war der WOLPRYLA-Bereich. Die Werktätigen dieses Bereiches schlugen einen komplexen Wettbewerb mit dem Ziel vor, die Selbstkosten um 250 000 Mark zu senken, und zwar durch eine Mehrproduktion von 85 Tonnen WOLPRYLA mit einer Qualität von 88,5 Prozent Sorte I. Weiter sollten zwei Kilogramm PAN je Tonne Faser eingespart werden. In ihrer Wettbewerbskonzeption forderten die Produktionsbrigaden von den Handwerkerabteilungen, Reparaturen in drei Schichten auszuführen. Vom Kraftwerk wurde eine gleichbleibende Dampfmengenversorgung gefordert und von den Zulieferbetrieben VEB Chemische Werke Buna und VEB Farbenfabrik Wolfen das Sichern einer termin- und qualitätsgerechten Rohstoffbelieferung. Alle aufgeführten Bereiche waren in den Wettbewerbsvertrag einbezogen.

Ähnliche Wettbewerbsvereinbarungen wurden in der Folgezeit zum Beispiel zwischen dem GRISUTEN-Bereich, dem DEDERON-Bereich, den Kunstseidenbetrieben, dem Produktionsbereich Novoktan des Chemiefaserwerkes und dem VEB Chemische Werke Buna, dem VEB Geraer Kammgarnspinnereien und dem VEB Zellstoff- und Papierfabrik Crossen und dem VEB Leuna-Werk „Walter Ulbricht" getroffen. Der Grundgedanke solcher Vereinbarungen war, den komplexen Charakter des Wettbewerbs nach dem Produkt herauszubilden. In den führenden Brigaden hatte sich bereits das Bewußtsein durchgesetzt, daß die Friedenspolitik der DDR und die Lösung der politischen Grundfragen letztlich am Arbeitsplatz jedes einzelnen entschieden werden.

Die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse erforderten immer dringender die Koordinierung aller gesellschaftlichen Kräfte bei der Lenkung und Leitung der Produktionsprozesse und die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie in dieser Sphäre.

Der Grundsatz „Plane mit, arbeite mit, regiere mit", der schon in den Ständigen Produktionsberatungen, auf den ökonomischen Konferenzen, in den Brigadeverträgen und im sozialistischen Wettbewerb praktisch verwirklicht wurde, fand nun in einer weiteren demokratischen Einrichtung seinen Ausdruck. Entsprechend den Vorschlägen des Zentralkomitees der SED und des 6. FDGB-Kongresses wurde unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die im VEB Kunstseidenwerk „Siegfried Rädel" in Pirna gemacht worden waren, auf Initiative der Betriebsparteileitung und der BGL im Chemiefaserwerk Premnitz ein Produktionskomitee gebildet.

Es wirkte in der Folgezeit als Organ der bewußten und schöpferischen Teilnahme der Werktätigen des Chemiefaserwerkes an der Lösung der dringenden praktischen und perspektivischen Aufgaben mit. Politisch und fachlich gut ausgebildete Arbeiter und Meister waren im Produktionskomitee tätig, darunter der erste Schmelzer und Gruppenorganisator aus der Komplexbrigade „Walter Ulbricht", Rudi Porepp, die Meisterin Elfriede Meßmann aus der Zwirnerei und der Arbeiter Otto Theel von der Brigade „Oskar Neumann" des WOLPRYLA-Bereichs. Von den wissenschaftlich-technischen Kadern arbeiteten unter anderem der Diplomchemiker Eberhard Peter, Leiter der WOLPRYLA-Forschung, und der Diplomingenieur Winfried Weise, Leiter der Projektierung, mit. Dem Produktionskomitee gehörten auch die Vorsitzende des zentralen Frauenausschusses, Anni Frenzel, das Mitglied der Parteileitung, Günter Rohrlack, der gleichzeitig zum Sekretär des Produktionskomitees gewählt wurde, und der Direktor für Ökonomie des Chemiefaserwerkes, Gerhard Tauscher, an. Den Vorsitz übernahm nach seiner Wahl der erste Sekretär der Betriebsparteileitung, Erich Dorn, und als Stellvertreter wurde die Vorsitzende der BGL, Margot Bohn, gewählt.

Entsprechend seinem Arbeitsplan trat das Produktionskomitee regelmäßig zusammen und behandelte Probleme des

Planes, des sozialistischen Wettbewerbs, der Perspektive, des Plans Neue Technik und anderes. Es unterbreitete dem Werkdirektor Empfehlungen, die aus den Vorschlägen, Hinweisen und Kritiken der Werktätigen erarbeitet wurden. Diese neue Form der Leitungstätigkeit, die die sozialistische Einzelleitung des Werkdirektors noch besser mit der kollektiven Weisheit der Werktätigen verband, entsprach auch den neuen Anforderungen, die sich aus dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ergaben. [143]

So waren die ersten Monate des Jahres 1964 im Chemiefaserwerk durch eine umfassende und durchgreifende Veränderung gekennzeichnet, die sich auf allen Gebieten bemerkbar machte. In allen Versammlungen der Parteiorganisation zu den Neuwahlen der leitenden Organe, in Beratungen der Gewerkschaftsgruppen, bei den Ständigen Produktionsberatungen, auf Brigadeveranstaltungen und Jugendforen standen Fragen des komplexen Wettbewerbs, Probleme der Leitungstätigkeit durch die erhöhte Eigenverantwortlichkeit der Leiter, der Vervollkommnung der Produktionsdemokratie und andere auf der Tagesordnung. Besonders heiß wurde darüber diskutiert, wie die staatlichen Gütekennziffern des DAMW erreicht werden konnten. Aus einem Bericht des DAMW über die Ergebnisse des zweiten Halbjahres 1963 war zu ersehen, daß zwischen den erreichten Qualitäten und den neu festgelegten Gütekennziffern noch erhebliche Differenzen bestanden. Betriebe der weiterverarbeitenden Textilindustrie reklamierten die gelieferten Erzeugnisse wegen Farbungleichmäßigkeit, grober und deformierter Anteile und aus ähnlichen Gründen. [144]

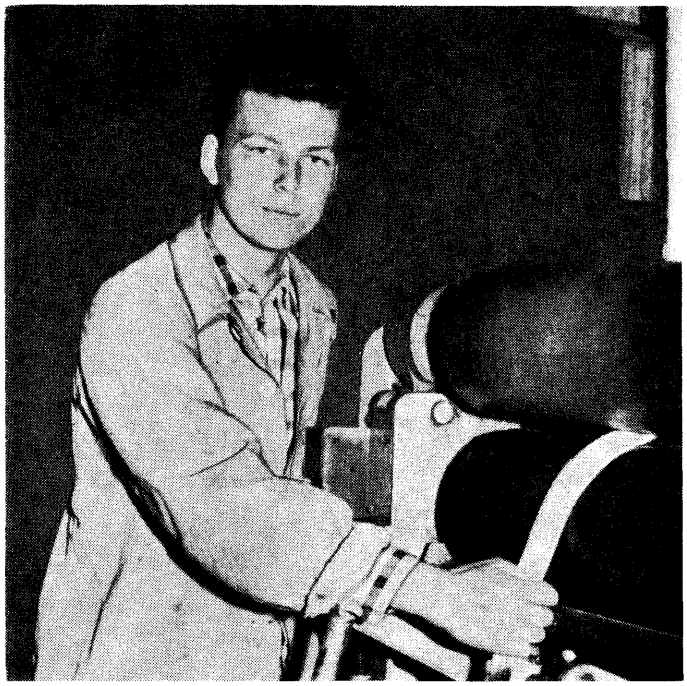
Die Chemiefaserbereiche führten daraufhin Qualitätskonferenzen durch. Von den Arbeitern und den Angehörigen der Intelligenz wurden gemeinsam Maßnahmen festgelegt, die dazu führen sollten, den Herstellungsprozeß in Zukunft so zu gestalten, daß die geforderten Qualitätskennziffern erfüllt wurden. Daraus ergaben sich oft auch Forderungen an die Rohstofflieferanten, da eine hohe Qualität der Rohstoffe eine wichtige Grundlage für die qualitätsgerechte Weiterverarbeitung darstellt.

In mehr als 150 Kollektivberatungen stand im gesamten Werkbereich der neue Inhalt des sozialistischen Wettbewerbs zur Diskussion. Über 5000 Belegschaftsmitglieder beteiligten sich an der großen kollektiven Beratung und stimmten den gemeinsam erarbeiteten Wettbewerbskonzeptionen, die nach Erzeugnissen der einzelnen Bereiche erarbeitet wurden, zu. Geführt wurden die Beratungen durch die Betriebsparteiorganisation, die von der Betriebsgewerkschaftsleitung, der FDJ-Organisation und auch von der Werkdirektion eng unterstützt wurde.

Im März 1964 trat das Produktionskomitee des Werkes zusammen, um die Ergebnisse der Diskussion zusammenzufassen. Auf Grund der vorliegenden Verpflichtungen der Bereiche stimmte das Produktionskomitee dem Vorschlag zu, die Werktätigen der DDR zum sozialistischen Komplexwettbewerb nach Erzeugnisgruppen anläßlich des 15. Jahrestages der DDR aufzurufen.

Der Aufruf erging am 31. März 1964. Sein Sinn bestand darin, die Planaufgaben 1964 mit dem höchsten Nutzen zu erfüllen und damit zur stetigen Verbesserung der Lebenshaltung aller Bürger unserer Republik beizutragen. Wörtlich hieß es in der Einleitung zu dem Wettbewerbsaufruf: „In wenigen Monaten feiern wir den 15. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Wir alle werden auf eineinhalb Jahrzehnte angestrengter Arbeit zurückschauen, in denen wir unsere Republik zu dem entwickelt haben, was sie heute ist: ein friedliebender sozialistischer Staat, der zu den entwickelten Industrieländern gehört und bei den Völkern der Welt eine hohe Achtung genießt.

Wir haben gewiß allen Grund, auf die Leistungen in diesen 15 Jahren stolz zu sein. Die Produktion unseres Werkes wird im Jahre 1964 mehr als das 10fache im Vergleich zu 1949 betragen. Zum Produktionsprogramm gehören heute synthetische Fasern, die wir 1949 zum Teil nur aus der Fachliteratur kannten. Viel wurde also erreicht, aber



Peter, einer von vielen,
die freiwillig zur NVA gingen.

noch mehr ist zu tun, um die Beschlüsse des VI. Parteitages zu erfüllen.

Aber, so meinen wir, der 15. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik sollte zugleich Anlaß sein, die enge Verbundenheit aller Werktätigen mit ihrem Arbeiter-und-Bauern-Staat durch gute Taten zum Nutzen des ganzen Volkes zu bekunden. Das können wir am besten, wenn jeder Arbeiter und Angestellte, jeder Wissenschaftler und Ingenieur an seinem Platz mit seinen Ideen, seinen Fähigkeiten und seiner Kraft zur Stärkung der Republik beiträgt. Worauf kommt es uns dabei als Chemiefaserwerker vor allem an? Unsere vordringlichste Aufgabe besteht darin, die Textilindustrie mit Fasern von hoher Qualität und ausgezeichneten Gebrauchseigenschaften zu versorgen.

Unsere Aufgabe ist jedoch nicht erfüllt, wenn unsere Ware das Werktor verlassen hat. Entscheidend ist vielmehr, daß die Textilindustrie unsere Chemiefasern mit dem größten Nutzen, mit hoher Produktivität verarbeiten kann und daß die Endprodukte – das fertige Kleid, der Anzug oder der Pullover – die Anerkennung der Verbraucher finden.

Wir wollen damit zu einer besseren und bedarfsgerechten Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen textilen Gebrauchsgütern beitragen. Wir wissen, daß das ein kompliziertes Problem ist, das den ständigen Kampf der ganzen Belegschaft erfordert und eine enge Zusammenarbeit mit den Verarbeitern und Verbrauchern unserer Erzeugnisse voraussetzt." [145]

Die Chemiefaserwerker richteten in diesem Wettbewerb ihr Hauptaugenmerk darauf, die qualitativen Kennziffern des Staatsplanes zu überbieten, bei bester Qualität mit niedrigsten Kosten zu produzieren, gute Ergebnisse im Außenhandel zu erzielen, kürzere Fristen in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu erreichen, die Rekonstruktion der vorhandenen Anlagen und den Aufbau neuer Kapazitäten vorzunehmen, das Prinzip „Was der Gesellschaft nutzt, soll auch dem einzelnen nutzen" anzuwenden und alle Werktätigen systematisch zu qualifizieren. Von den Zulieferbetrieben forderten sie eine termin- und qualitätsgerechte Bereitstellung der Rohstoffe, des Verbrauchsmaterials und der Ausrüstungen. Dem Volkswirtschaftsplan der DDR wurden 1964 auf der Grundlage dieses Aufrufes 120 Tonnen WOLPRYLA-Stapelfaser, 20 Tonnen GRISUTEN-Stapelfaser, 30 Tonnen Dedotex-Teppichfaser, 60 Tonnen Viskosebast und 1000 Tonnen Schwefelkohlenstoff zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Ein wichtiger Bestandteil des Wettbewerbs war die schnelle Überführung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in die Produktion. Sie war vor allem für die Haupterzeugnisse WOLPRYLA und GRISUTEN wertvoll. Zwei neuentwickelte Typen der WOLPRYLA-Faser sollten zum Beispiel nicht erst 1965, sondern schon im IV. Quartal 1964 in Großproduktion hergestellt werden. Mit dem VEB Textilmaschinenbau Aue wurden dafür im Rahmen eines Komplexwettbewerbs wichtige Voraussetzungen geschaffen, indem die erforderlichen Ausrüstungen bereits im September 1964 geliefert wurden. Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft stellte sich das Ziel, die für die Aufnahme der großtechnischen Produktion von GRISUTEN-Fasern im VEB Chemiefaserkombinat Wilhelm-Pieck-Stadt Guben notwendigen Entwicklungsarbeiten um ein Jahr zu verkürzen. [146]

Das Echo auf den Premnitzer Aufruf war groß. In allen Teilen der DDR überprüften Betriebskollektive – und das nicht nur in Chemiefaserbetrieben – ihre bisherige Wettbewerbsführung, um künftig nach den Methoden und Formen zu arbeiten, die das Chemiefaserwerk Premnitz vorgeschlagen hatte: komplex nach Erzeugnisgruppen. So sagte der Anlagenfahrer und Parteiorganisator Alfred Kreide aus dem Polyacrilnitrilbetrieb der Bunawerke im „Neuen Deutschland" vom 18. April 1964: „Wir haben sofort beraten und Maßnahmen festgelegt, wie wir den Forderungen der Premnitzer nach hohem Weißgehalt und richtiger Korngröße des Polyacrilnitrils nachkommen können. Immerhin sind wir die erste Stufe für eine hohe Qualität der Kleidungsstücke aus WOLPRYLA-Fasern. Auf diesem Gebiet bestimmen wir das Ansehen unserer Republik mit." Und der Produktionsleiter Berthold Trampler vom VEB Textil-

Das Kollektiv des CFW
hält engen Kontakt mit den Soldaten und Offizieren
aus den Pateneinheiten der NVA.

maschinenbau Aue, Produktionsbereich Oelsnitz (Vogtland), schrieb in der gleichen Ausgabe des „Neuen Deutschland": „Wie können wir den Premnitzer Kollegen Schlitzräder für Stapelfaserschneidmaschinen vorfristig liefern? Das ist es ja schließlich, was die Chemiewerker im Wettbewerb von uns erwarten! Nun, sie erhalten ihre Teile vier Monate vor dem Termin. Unsere Zulieferungen sind zwar nur ein winziges Rädchen im großen Getriebe dieser Anlage, aber wir haben trotzdem ein entscheidendes Wort für den vorfristigen Produktionsanlauf mitzureden. ... Am 8. April haben wir das mit den Kollegen des VEB Gummi-Werke Elbe, Wittenberg-Piesteritz, besprochen. Sie machen mit. Auch in Wittenberg laufen diese Schlitzräder unter dem Kennzeichen ‚Premnitz'."

Wie weit das Interesse für die Wettbewerbsinitiative ging, beweist eine Umfrage der Reporter B. Hogk und L. Renner in der „Märkischen Volksstimme" vom 21. April 1964. Auf eine Frage der Reporter antwortete unter anderem der Kraftfahrer J. Nowak: „Was die Premnitzer da machen, ist dufte. Ihr Plan macht uns optimistisch, daß wir bald nicht mehr so lange nach diesen begehrten Mäntelchen (gemeint sind Mäntel aus synthetischen Fasern, d. Verf.) umherlaufen müssen. Premnitz geht jetzt alle an, weil jeder gern schöne Ware kauft und weil die Premnitzer zeigen, wie man's machen muß."

Mit dem Komplexwettbewerb nach Erzeugnisgruppen knüpften die Produktionsbereiche des Chemiefaserwerkes zahlreiche Verbindungen zu den Betrieben der weiterverarbeitenden Textilindustrie. Solch eine Verbindung bestand zum Beispiel zwischen dem Kollektiv der GRISUTEN-Anlage und den Werktätigen des VEB Geraer Kammgarnspinnereien. Dabei ging es

1. um die Entwicklung einer GRISUTEN-Typ-Faser, die in ihren physikalisch-technologischen Eigenschaften und in den Verarbeitungseigenschaften keinen Schwankungen unterlag,
2. um die Entwicklung einer optimalen Verarbeitungstechnologie im VEB Geraer Kammgarnspinnereien.

Gleichzeitig hatten sich beide Betriebskollektive die Aufgabe gestellt, die für 1964 vorgegebenen Kennziffern sowie die gültige TGL für GRISUTEN-Fasern zu überbieten. Eine Arbeitsgemeinschaft, an der auch das Textiltechnikum des Chemiefaserwerkes teilnahm, bearbeitete spezifische Probleme dieses Komplexwettbewerbs.

Aus allen diesen Beispielen wird deutlich, daß mit dem Erzeugniswettbewerb eine neue Etappe der Wettbewerbsführung begann. Sie löste die bisherige Form des überbetrieblichen Wettbewerbs ab, bezog sich auf das Finalprodukt und brachte mehrere Industriezweige unter einen Hut. Auf diese Bedingungen baute sich später die Kooperationskette WOLPRYLA auf.

Die Rolle der Frauen bei der politischen und ökonomischen Entwicklung des Chemiefaserwerkes

Daß Frauen täglich den Weg zu den weiträumigen Werksanlagen in Premnitz zurücklegen und nach Beendigung ihrer Arbeitszeit wieder ihren Heimatorten und Familien zustreben, ist für den Ortsansässigen schon seit Jahrzehnten zu einem gewohnten Bild geworden. Von Anbeginn boten die Produktionsanlagen Arbeitsplätze für Frauen. Der gesellschaftliche Platz aber, den die Frauen heute im Werk einnehmen, ist von dem vergangener Jahre wesentlich verschieden. Heute ist die Frau Mitbesitzerin der Produktionsmittel.

Vor den Maitagen 1945, unter der Herrschaft der I.G. Farben, und noch früher unter der Köln-Rottweil-AG war die Frau in erster Linie ein billiges Ausbeutungsobjekt. Nach einer Lohnliste der I.G. Farben, gültig ab 1. Januar 1932, verdienten Arbeiterinnen 38,5 Pfennig je Stunde und Arbeiter 47 Pfennig. In der Gruppe Chemiebetriebe und Laborfacharbeiter verdienten Frauen über 21 Jahre 54 Pfennig, Männer dagegen 72 Pfennig je Stunde. An leitende Stellungen war für die Frau überhaupt nicht zu denken. Die Gleichberechtigung der Frau war der I.G. Farben ein fremder Begriff.

Unterzeichnung des Frauenförderungsplanes durch Werkdirektor Erich Winkler

Liesbeth Frey (Bild links)

Seit die I.G.-Farben-Bosse in unseren Werken nichts mehr zu melden haben, hat sich dieser Zustand grundlegend geändert. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist heute schon Selbstverständlichkeit, und daß Frauen als Meister, Hauptabteilungsleiter, Technologen und Schichtingenieure, also an verantwortungsvollen Plätzen im Werk, „ihren Mann" stehen, das wird ebenfalls nicht mehr als etwas Besonderes betrachtet.

Doch auch diese Wandlung war nicht im Selbstlauf vor sich gegangen. Manches Vorurteil, aus alter kapitalistischer Denkweise resultierend, galt es zu überwinden. Manche Männer waren unzufrieden, daß die Frauen das gleiche Geld verdienen sollten wie sie, und „die Frau gehört an den Kochtopf", meinten andere. Doch die Partei der Arbeiterklasse setzte sich mit solchen Argumenten auseinander und verwirklichte in der DDR die Befreiung der Frau aus ihrer zweitrangigen Stellung in der klassengespaltenen Gesellschaft.

Und die Frauen selbst? Sie bewährten sich schon in den ersten Tagen des Wiederaufbaus, arbeiteten in den antifaschistischen Frauenausschüssen, besorgten aus eigener Initiative in der ehemaligen „Agfa-Seide" Nähmaschinen, um eine Schneiderstube einzurichten, und begannen, die durch die antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffenen Möglichkeiten zu ihrer Qualifizierung zu nutzen. Schon an der 1949 im Werk gegründeten betrieblichen Volkshochschule war eine hohe Beteiligung von Frauen zu verzeichnen. Zunächst waren es Lehrgänge über Natur- und Gesellschaftswissenschaften, noch ohne Facharbeiterabschluß.

Eine wirklich zielgerichtete Ausbildung der Frauen setzte erst mit dem Einrichten der Technischen Betriebsschule 1953 ein, die 1959 in eine Betriebsakademie umgewandelt wurde. Bis 1965 qualifizierten sich an den betrieblichen Einrichtungen rund 3700 Frauen für ihre Arbeitsplätze, erwarben den Facharbeiter- oder den Meisterbrief oder das Ingenieurdiplom. Zahlreiche Frauen bereiteten sich für ein Fach- und Hochschulstudium vor oder besuchten Sonderlehrgänge.

Zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen für die Frauen und zu ihrer Entlastung, vor allem von den nebenberuflichen Aufgaben im Haushalt und bei der Erziehung der Kinder, wurden in den Jahren nach 1945, besonders aber mit Beginn des ersten Fünfjahrplanes, vorbildliche Einrichtungen geschaffen. So gibt es zum Beispiel im Chemiefaserwerk Kindergärten, Kinderwochenheime, Krabbelstuben, eine Kinderarztstation und ähnliche Einrichtungen mit einer Gesamtkapazität von 1163 Plätzen. Davon wurden allein in den Jahren 1962 bis 1965 insgesamt 466 Plätze geschaffen. Mit einer täglich geöffneten Annahmestelle für Haushaltswäsche zum Waschen und Bügeln oder zum Reinigen von Kleidungsstücken, mit Bestelldienst in HO-Betriebsverkaufsstellen, Automatendienst, mit Ausleihdienst und vielem anderen mehr haben die werktätigen Frauen und Mütter wesentliche Erleichterungen bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit durch das Chemiefaserwerk erhalten. Eine solche systematische Entwicklung fußte auf den Frauenförderungsplänen, die fester Bestandteil der jährlichen Betriebskollektivverträge wurden.

Als Organ für die Interessenvertretung der Frauen im Werk wurde ein zentraler Frauenausschuß gebildet, der sich bis in die Abteilungen und Bereiche in Abteilungsfrauenausschüsse gliederte. Die Betriebsparteileitung der SED, die die Frauenausschüsse anleitete und unterstützte, nahm in regelmäßigen Abständen zur Arbeit mit den Frauen Stellung und half dabei, Hemmnisse und Hindernisse zu beseitigen.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft macht seit dem Jahre 1947/48 im Durchschnitt rund 50 Prozent aus. Manche Frau und Mutter, die eigentlich mit der Arbeitsaufnahme im Werk zunächst nur eigenes Geld verdienen wollte oder die Absicht hatte, einen lang gehegten Wunsch der Familie zu erfüllen, kann heute ohne ihre berufliche Tätigkeit nicht mehr auskommen. Ohne die aktive Mitarbeit der Frauen wäre die gesamte Entwicklung des Chemiefaserwerkes nicht denkbar.

Die Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros der

SED vom 16. Dezember 1961 „Die Frau, der Friede und der Sozialismus" betrachteten die Frauen des Chemiefaserwerkes gleichzeitig als Dank und Anerkennung für ihre bisherigen Leistungen wie auch als Verpflichtung, die ihnen nun übertragene höhere Verantwortung mit ebenso großem Elan wie bisher zu meistern. Mit einer Aussprache der Betriebsparteileitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Werkdirektion mit dem zentralen Frauenausschuß wurde im Chemiefaserwerk die Auswertung des Kommuniqués eingeleitet. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, daß nicht nur die Frauen das Kommuniqué lasen und entsprechende Schlußfolgerungen zogen, sondern daß auch die Männer der Belegschaft darüber diskutierten. Von der Werkdirektion wurde in Zusammenarbeit mit dem zentralen Frauenausschuß ein Plan erarbeitet, der unter anderem vorsah, die Anzahl der weiblichen Meister von 45 auf 60 zu erhöhen. 16 Planstellen für Abteilungsleiter, Diplomchemiker, Assistenten, Schichtleiter usw. mehr als bisher sollten von Frauen besetzt werden. [147] Auch in der Betriebsparteileitung, in der Gewerkschaft und in anderen gesellschaftlichen Organisationen galt es, mehr Frauen in verantwortungsvolle Funktionen einzubeziehen. So ist zum Beispiel seit 1962 als Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung wieder eine Frau tätig. Die Funktion des Sekretärs für Agitation und Propaganda der Betriebsparteileitung wird seit 1963 ebenfalls von einer Frau bekleidet. Frauen aus dem Chemiefaserwerk finden wir in der Volkskammer, in den Bezirks- und Kreistagen, als Stadtverordnete und in den Gemeindevertretungen der umliegenden Dörfer.

Wenn wir den Weg des Chemiefaserwerkes noch einmal in einigen Entwicklungsetappen verfolgen, dann fällt auf, daß die Frauen bei allen wichtigen Entscheidungen an vorderster Stelle standen. Der erste Wettbewerb, der 1948 in der ehemaligen Agfa-Seide begonnen wurde und die Henneckebewegung in Premnitz auslöste, kam aus der Haspelei, einer ausgesprochenen Frauenabteilung.

Die erste Brigade, die 1951 im damaligen Kunstseidenwerk den Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität" errang, die Brigade „Tschutkich", war eine Frauenbrigade; ebenfalls die Brigade „Ethel Rosenberg", die 1959 als eine der ersten mit dem Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet wurde. Frauenbrigaden übernahmen oftmals die Führung im sozialistischen Wettbewerb. Die Brigaden „V. Parteitag" der Spinnerei II und Konerei II waren solche Initiatoren, die beispielsweise als erste auf den gemeinsamen Beschluß der Partei, der Gewerkschaft, der FDJ und der Werkleitung zur Weiterführung des Produktionsaufgebotes 1962 reagierten. Sie erarbeiteten sich auf der Grundlage des aufgeschlüsselten Planes eine Wettbewerbskonzeption, die zur Erhöhung des Anteils der hohen Qualität der Kunstseide die Produktion von Anfang bis Ende unter einheitliche Kontrolle brachte. Schließlich ist die Brigade „Otto Krahmann" aus der Zwirnerei noch heute Vorbild im sozialistischen Wettbewerb, besonders im ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleich. Diese Beispiele ließen sich beliebig erweitern.

In den Jahren 1964/65 ging die Verantwortung für die Tätigkeit der Frauenausschüsse in die Hände der Gewerkschaft über. Seitdem besteht nur noch ein zentraler Frauenausschuß. Die Probleme, die mit der weiteren Förderung und Interessenvertretung der Frauen zusammenhängen, werden unmittelbar mit der Arbeit der AGL in den einzelnen Bereichen verbunden. Das zeigt, wie durch die zielstrebige Arbeit der Partei und nicht zuletzt der unermüdlichen Einsatzbereitschaft der werktätigen Frauen und Mütter in der Produktion und auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens selbst sich die Prinzipien der Gleichberechtigung der Frau durchsetzen konnten, weil die Produktionsverhältnisse und damit die Gesellschaft sich verändert haben.

Die großartigen Leistungen der Frauen des Chemiefaserwerkes wurden mit zahlreichen hohen Auszeichnungen gewürdigt. Zu den Trägern der Verdienstmedaille der DDR gehören die langjährige APO-Sekretärin in der Spinnerei I, Steffi Haugk, die Leiterin der Abteilung Arbeit, Annemarie

Bartz, und die Zwirnerin Elfriede Werl. Für „ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb" wurden ebenfalls Frauen geehrt, unter ihnen bereits 1954 die Arbeiterin Lisbeth Frey, die Initiatorin der „Frida-Hockauf-Bewegung" im Kunstseidenwerk. Hunderte von Frauen des Werkes tragen den Ehrentitel Aktivist des Zweijahrplanes, des Fünfjahrplanes und des Siebenjahrplanes. Die Clara-Zetkin-Medaille tragen Erna Schmidt, Abteilungsleiterin der Zwirnerei, Lucie Herzig, Direktor für Kader und Bildung, und Hedwig Szymanski, APO-Sekretärin der Spinnerei II. Für hervorragende Gewerkschaftsarbeit wurden die BGL-Vorsitzende Margot Dittrich und die AGL-Vorsitzende der Konerei I, Martha Hausmann, mit der Fritz-Heckert-Medaille ausgezeichnet. Auch diese Liste könnte fortgesetzt werden; sie würde viele Seiten füllen.

Doch schauen wir uns diese Frauen, die so verdienstvoll am Wachsen des Chemiefaserwerkes und damit am Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik beteiligt sind, einmal näher an. Da ist zum Beispiel Erna Schmidt. Im November 1945 begann sie als Sortiererin in der damaligen „Agfa-Seide". Sie hat all die schweren und doch schönen Jahre des Aufbaus miterlebt, ja, diesen Aufbau selbst mitgestaltet. Heute lacht Erna Schmidt darüber, wenn sie daran denkt, wie schwer es oft an den Maschinen war, wenn die Seide flusig wurde, die Fadenbrüche sich häuften und die Kopsendeckel nicht heruntergehen wollten. Das hinderte sie manchmal, in der Henneckebewegung ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und oft hatten die Frauen deshalb Tränen in den Augen. Die Aufgaben wurden größer, und die Verantwortung wuchs. Erna Schmidt wurde Mitglied der SED; sie qualifizierte sich zum Meister, später zum Techniker und ist heute eine bei den Zwirnerinnen beliebte Abteilungsleiterin. Unermüdlich hat sie für das Werk und an sich selbst gearbeitet. Einst sollte sie anläßlich einer Verpflichtung dem Werkleiter die letzte Docke Kunstseide übergeben und eine kleine Rede halten. Um vor lauter Aufregung nicht durcheinander zu kommen, schrieb sie ihre kleine Rede auf einen Zettel und heftete ihn auf den Rücken einer ihrer Kolleginnen. Alle wunderten sich, als die Schichtmeisterin Erna Schmidt hinter diese Kollegin trat und ohne zu stocken ihre Rede hielt. Heute spricht Erna Schmidt ohne Zögern in Versammlungen, Delegiertenkonferenzen und in Beratungen mit den Werktätigen. Sie hat viele Erfahrungen gesammelt, viel gelernt und nutzt das zum Wohle der Gesellschaft aus. Sie kämpft mit den Angehörigen ihrer Abteilung um hohe Produktionsergebnisse in bezug auf Menge, beste Qualität und niedrige Kosten. Die Frauen des Chemiefaserwerkes delegierten Erna Schmidt 1963 zum Weltkongreß der Frauen nach Moskau und brachten damit ihr Vertrauen und ihre Anerkennung für diese Genossin zum Ausdruck. Sie ist, obwohl mehrfacher Aktivist und Träger hoher Auszeichnungen, immer bescheiden, verantwortungsbewußt und einsatzbereit. Eine Frau unserer sozialistischen Menschengemeinschaft, die der Sache der Arbeiterklasse treu ergeben ist.

Wir möchten noch eine zweite Frau nennen, die in Vertretung aller verdienstvollen Frauen hier vorgestellt werden soll: Helene Lange. Im Jahre 1902 wurde sie als Tochter eines Landarbeiters geboren und war als junges Mädchen selbst in der Landwirtschaft, später im Haushalt tätig. Als Zwirnerin begann Helene Lange 1928 im I. G.-Farben-Werk Premnitz. Schon wenige Jahre später erkannte sie, daß man zu den Ausbeutermethoden der I. G. Farben nicht schweigen durfte, und wurde deshalb 1931 Mitglied der „Freien Gewerkschaftsjugend". In der Nacht des Faschismus unterstützte Helene Lange die von der I. G. Farben zur Arbeit in Premnitz gezwungenen sogenannten Fremdarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidern. Sie war sich dessen bewußt, daß ihr bei einer Entdeckung härteste Bestrafung durch die Nazis drohte.

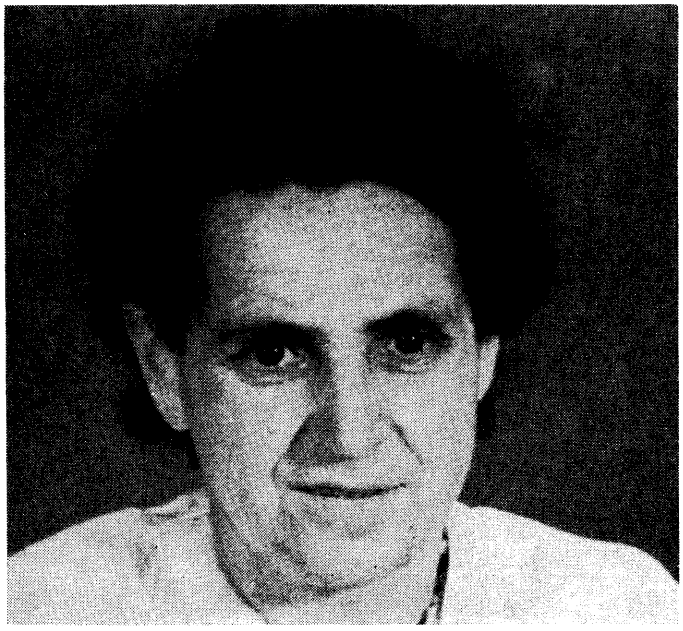
Nachdem der Faschismus zerschlagen war, arbeitete Helene Lange als AGL-Vorsitzende in der Haspelei. Durch ihre konsequente Haltung und ihr fortschrittliches Denken hatte sie sich das Vertrauen der anderen Frauen erworben. 1946 trat sie der SED bei. Das war das Ergebnis ihrer Erfahrungen im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse. Sie

Mitglieder der Brigade „Otto Krahmann" aus der Zwirnerei (Bild ganz links)

Lucie Herzig, Kaderleiterin (Bild links)

Helene Lange (Bild unten)

Erna Schmidt (Bild Mitte)



gehörte zu den Initiatoren der ersten Kettenbrigade im Werk, war selbst Brigadeleiterin und wurde 1950 als Brigadeinstrukteur im gesamten Kunstseidenbereich eingesetzt. Sie bildete 1952 im Werk den Frauenausschuß und wurde gleichzeitig Vorsitzende des ersten Frauenausschusses im Kunstseidenwerk. In dieser Funktion leistete Helene Lange wahre Pionierarbeit. Die Krönung ihres Lebens war aber wohl die Wahl zum Mitglied der Volkskammer im Oktober des Jahres 1950. Es würde zu weit führen, wollten wir alle Tätigkeiten, Verdienste und Leistungen von Helene Lange hier aufführen. Wir haben uns nur auf das Wesentlichste beschränkt. Neben vielen Auszeichnungen wurde Helene Lange 1960 mit der Verdienstmedaille der DDR geehrt. Sie war stets bereit, ihre ganze Kraft, ihre Fähigkeiten für den Sieg der sozialistischen Gesellschaft einzusetzen. Heute ist Helene Lange Rentnerin. Und wer in ihrem Wohngebiet nach aktiven Bürgern in der Nationalen Front des Wohngebietes sucht, Helene Lange findet er bestimmt unter ihnen.

So wie Erna Schmidt und Helene Lange gibt es viele Frauen im Chemiefaserwerk, aktive Erbauer des Sozialismus, die den Inhalt der sozialistischen Menschengemeinschaft in der Deutschen Demokratischen Republik verkörpern. Sie demonstrieren, daß die Gleichberechtigung der Frau bei uns kein Wunschbild ist, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit.

Die Frau, der Friede und der Sozialismus sind drei Dinge einer Sache, die untrennbar verbunden sind. Sie sind Grundpfeiler unseres sozialistischen Friedensstaates.

Wissenschaftlich-technische Revolution und sozialistische Gemeinschaftsarbeit

„Die Erfahrungen der Wettbewerbsbewegung nach dem VI. Parteitag der SED lehrten, daß in dem Maße, wie der Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den Mittelpunkt des Wettbewerbes rückte, auch die sozia-

Im Textiltechnikum
werden auch Eignungsprüfungen der Chemiefasern
für ihre Einsatzgebiete vorgenommen.

listische Gemeinschaftsarbeit im Wettbewerb an Bedeutung gewann." [148]

Im Wettbewerb des Chemiefaserwerkes zum 15. Jahrestag der DDR fand diese Feststellung volle Bestätigung. Ohne das Zusammenwirken der Arbeiter in der Produktion, der Ingenieure und Chemiker in Brigaden oder Arbeitsgemeinschaften waren solche Zielstellungen, die weit über die Aufgaben eines Produktionsbereiches hinausgingen, nicht möglich gewesen. Die neue Einstellung zur Arbeit und zu den Produktionsmitteln, die auch ökonomisches Denken und kluges Rechnen beinhaltete, setzte ein hohes Bewußtsein voraus, für den Sozialismus, für die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu wirken. Eine solche Bewußtseinsentwicklung ist nur als Ergebnis der Einwirkung sozialistischer Produktionsverhältnisse denkbar. Sie machen die Arbeit frei von allen Zwangsvorstellungen, wie sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen herrschen. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, in der ständigen politisch-ideologischen Arbeit der Parteimitglieder wurde auch den Werktätigen des Chemiefaserwerkes dieser Prozeß bewußt, der immer aufs neue die klare politische Entscheidung jedes einzelnen ebenso zu seinem Aufgabenbereich wie zu den Grundfragen der Politik fordert. Aus den Tagebüchern der Brigaden des Chemiefaserwerkes geht deutlich hervor, daß politisch-ideologische Klarheit eine wichtige Voraussetzung dafür ist, die Ergebnisse am eigenen Arbeitsplatz zu verbessern. Der komplexe Wettbewerb nach Erzeugnisgruppen verstärkte die Erkenntnis vom Wert der eigenen Arbeit für das Finalprodukt. Daraus resultierten wiederum Forderungen zur Lösung technisch-wissenschaftlicher oder ökonomischer und arbeitsorganisatorischer Probleme. Doch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit verlangte auch einen höheren Grad der Auseinandersetzung mit ideologischen Fragen. So waren beispielsweise ideologische Unklarheiten über notwendige Maßnahmen im Rahmen des neuen ökonomischen Systems Hemmnisse für die weitere Entwicklung. Es mußte klar sein, daß die Arbeitsproduktivität durch Anwendung der neuesten Technik weiter steigen oder daß die Kosten weiter sinken und die Waren qualitativ besser werden mußten. Deshalb durfte beim Kampf um den Weltstand der Erzeugnisse die politisch-ideologische Arbeit nicht vernachlässigt werden. Es gab auch zu jener Zeit genügend Auffassungen, die nicht dazu angetan waren, die hohen, von der Partei abgesteckten Ziele zum Wohle des ganzen Volkes zu erreichen. Zum Beispiel hieß es: „Die Qualität kommt und geht, bestimmen können wir das gar nicht" oder „Was geht uns die Herstellung von Kleidern und Anzügen an, das ist Sache der weiterverarbeitenden Industrie" oder „Den Weltstand erreichen wir nie, da sind uns andere Länder viel zu weit voraus."

Die Betriebsparteileitung ging, unterstützt von den Funktionären der Massenorganisationen, gegen solche Auffassungen offensiv vor. In Diskussionen und Versammlungen wurde der Belegschaft die Politik von Partei und Regierung eingehend erläutert. Der Betriebsfunk und der „Aufwärts" unterstützten die politische Arbeit der Funktionäre mit Kommentaren, Reportagen und Beispielen, in denen die Erfahrungen der fortgeschrittensten Kollektive vermittelt und die Vorteile herausgestellt wurden, die die sozialistische Gemeinschaftsarbeit für die Gesellschaft und jeden einzelnen bringt. Schon immer hatte die Betriebsparteiorganisation Wert darauf gelegt, allen Werktätigen begreiflich zu machen, daß die politische und ökonomische Stärkung der DDR eine Klassenkampfaufgabe in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ist. Deshalb wurde in der Agitations- und Propagandaarbeit ebenso wie in der Produktionspropaganda großer Wert darauf gelegt, die ökonomischen Aufgaben politisch zu begründen. Das wurde vom Lektorat genauso getan wie im Parteilehrjahr oder in anderen Schulungen. Eine gute Methode in der massenpolitischen Arbeit entwickelte dabei die APO des Produktionsbereiches Novoktan. Sie organisierte unter dem Motto „Die APO lädt ein" differenzierte Aussprachen mit Brigademitgliedern, Angehörigen der Intelligenz, Neuerern, Frauen, beantwortete ihre Fragen und kümmerte sich darum, daß

Hinweise und Kritiken beachtet wurden. Das war eine praxisverbundene politische Arbeit, die das Vertrauen aller Angehörigen des Bereiches zur SED und zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat festigen half und gleichzeitig die Werktätigen in die Lösung der Aufgaben einbezog.

Die Betriebsparteileitung verstand es auch, in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsorganisation und den anderen gesellschaftlichen Kräften, besonders der FDJ, der DSF und der KDT, den Umdenkungsprozeß in der Belegschaft zu beschleunigen. Das fand nicht zuletzt seinen Niederschlag in den Brigadeverträgen. Die dort festgelegten Maßnahmen zur Erhöhung des kulturellen Niveaus aller Brigademitglieder, Verpflichtungen zur sportlichen Betätigung, Mitarbeit im FDJ-Schuljahr, in der GST usw., wurden feste Bestandteile des Brigadelebens. Aus den Brigadeverträgen entwickelten sich später die Kultur- und Bildungspläne der Brigaden, die nicht mehr einfache Verpflichtungen darstellten, sondern mit denen das politisch-kulturelle Leben und die Qualifizierung der Brigademitglieder im persönlichen und gesellschaftlichen Interesse geplant wurden.

Im Laufe der Zeit sammelten die Chemiefaserwerker auch in der Brigadebewegung wertvolle Erfahrungen. Zum Beispiel stellte es sich heraus, daß solche Brigaden, die einmal nach dem Produktionsprinzip zusammengeschlossen waren, gleichzeitig eine Gewerkschaftsgruppe bildeten und dazu eine eigene Parteigruppe hatten, am schnellsten vorankamen. In diesen Brigaden kannten alle Mitglieder die Kennziffern ihres Bereiches, und jeder hatte seinen konkreten Auftrag im sozialistischen Wettbewerb. Die einzelnen Brigademitglieder wußten auch, auf welchem Gebiet und bis wann sie sich zu qualifizieren hatten, um ihren Arbeitsplatz voll auszufüllen. Da es eine einheitliche Leitung auf politischem und ökonomischem Gebiet gab, wurden die Brigadetage gut vorbereitet, unklare Fragen konnten schnell klargestellt werden, die koordinierte Arbeit zwischen Gruppenorganisator, Vertrauensmann und Brigadeleiter bzw. Meister war gewährleistet, wobei jeder sein eigenes Aufgabengebiet verantwortlich ausfüllte. Dazu kamen eine einheitlich gute und schnelle Information aller Brigademitglieder sowie eine straffe Führung der Brigade und das gemeinsame Herangehen an komplizierte Probleme. In dieser Richtung arbeiten im Chemiefaserwerk die Brigaden „Oskar Neumann", „German Titow", „V. Parteitag", „7. Oktober", „Juri Gagarin" und „8. März". Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und des sozialistischen Wettbewerbs.

Im April 1964 fand im Chemiefaserwerk die erste wissenschaftlich-technische Neuererkonferenz statt. Neben Wegen zum wissenschaftlich-technischen Höchststand und den Aufgaben der Neuerer und Rationalisatoren wurden in diesem Zusammenhang besonders Fragen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit beraten. Wichtige Vorschläge und Hinweise für die Lösung der perspektivischen Aufgaben waren das Ergebnis der Konferenz. Auf ihrer Grundlage wurde ein Programm für den Perspektivplan des Chemiefaserwerkes bis 1970 erarbeitet. Es wurde von der Betriebsdelegiertenkonferenz der SED am 24. April 1964 beraten und beschlossen. Auch hieran hatten zahlreiche Arbeitsgruppen mitgewirkt. Das Programm war, wie der komplexe Wettbewerb nach Erzeugnisgruppen, das Ergebnis enger kameradschaftlicher Zusammenarbeit der Leitung des Werkes mit den Produktionsbrigaden, den Arbeiterinnen und Arbeitern, Angehörigen der Intelligenz und den gesellschaftlichen Organisationen unter Führung der Betriebsparteiorganisation.

Bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben zur Lösung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution war tatsächlich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit die erfolgreichste Methode. So hatte zum Beispiel für die neue Technologie der WOLPRYLA-Faser-Produktion die Lösungspolymerisation entscheidende volkswirtschaftliche Bedeutung. Es kam nicht nur darauf an, das Verfahren schnell zu entwickeln, sondern es mußte auch schnell in die Produktion eingeführt werden. Das Faserforschungsinstitut Teltow-Seehof, der VEB Filmfabrik Wolfen und das Chemiefaserwerk Premnitz entwickelten eine fruchtbringende Zusam-

menarbeit, durch die es gelang, die für 1972 vorgesehene Produktionsreife des Verfahrens um drei Jahre vorzuverlegen. Noch ein anderes Beispiel sei erwähnt. In den Jahren 1963/64 machte ein neues synthetisches Faserprodukt aus dem Chemiefaserwerk von sich reden. Bereits 1959 hatten drei Mitarbeiter begonnen, eine neue Fasertechnologie für DEDERON-Garn zu schaffen, das in der weiterverarbeitenden Industrie nicht erst ersponnen zu werden brauchte. Es ging um einen endlosen Faden, der für die Herstellung von Teppichen oder Deko-Stoffen aus synthetischen Fasern geeignet war. Vorbilder gab es nicht. Institute konnten wegen anderer dringender Forschungsaufträge an dem Projekt nicht mitwirken, obwohl sie selbst großes Interesse daran hatten. Ungezählte Versuche waren notwendig, bis 1961 eine Vierzellenmaschine im Werk entwickelt und in Betrieb genommen werden konnte. Sie war der Grundbaustein aller weiteren Arbeiten. 1962 folgte eine Zehnzellenmaschine, die auch wieder selbst „zusammengebastelt" war. Eigentlich sollte sie nur zu Versuchszwecken dienen, aber dann wurde sie doch zur Produktion genutzt. Eine Planauflage von 28 Tonnen des neuen Produkts DEDERON-Dedotex war für 1963 vorgesehen. Im September war die Auflage erreicht. Die Kolleginnen und Kollegen der Anlage erhöhten ihren Plan freiwillig auf 34 Tonnen. Am 10. November 1963 war auch diese Verpflichtung anläßlich des Tages des Chemiearbeiters erfüllt. Für 1964 war nun eine Pilotanlage geplant. 90 Tonnen Dedotex sah der Plan vor. Im großen Wettbewerb „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren" gaben die Werktätigen des Bereiches die Verpflichtung ab, 30 Tonnen Dedotex über den Plan hinaus zu produzieren. Das sollte erreicht werden, indem die Pilotanlage nicht erst im Oktober, sondern bereits am 1. September 1964 den Betrieb aufnahm. Die Kosten je Tonne Dedotex konnten dabei um 145 Mark gesenkt und mit den zusätzlichen 30 Tonnen Dedotex konnte das Angebot an DEDERON-Dedotex-Teppichen um 23 400 Quadratmeter erweitert werden. Am 1. September wurden die ersten zwei Maschinen angefahren. Die Kolleginnen aus der Versuchsabteilung hatten gewissenhaft Lehrlinge zu Facharbeitern qualifiziert. 15 von ihnen standen beim Anfahren der Anlage bereit, um die Produktion aufzunehmen. Sie bildeten eine FDJ-Gruppe und bereiteten sich darauf vor, die Anlage am 7. Oktober als Jugendobjekt zu übernehmen. Im Laufe des Jahres 1964 wollten sie das Sortiment erweitern und einen hohen Anteil an bester Qualität produzieren. Sie haben ihr Ziel erreicht. [149]

Viele Beispiele, auch wenn sie nicht alle von so hohem Nutzen waren, könnten angeführt werden, um zu beweisen, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit keine großen und der Kampf um wissenschaftlich-technischen Höchststand im Chemiefaserwerk keine leeren Worte waren. Die Belegschaft des Chemiefaserwerkes konnte ihre Verpflichtungen im komplexen Wettbewerb nach Erzeugnisgruppen in Ehren erfüllen.

Im Frühjahr 1964 hatten die Chemiefaserwerker die ganze Republik zum sozialistischen Massenwettbewerb bis zum 15. Jahrestag der Gründung der DDR aufgerufen. Am 7. Oktober 1964 rechneten die Brigaden und Abteilungsbereiche auf einer Vertrauensleutevollversammlung ihre Verpflichtungen ab. Viele Gäste waren anwesend, unter ihnen der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke. Die Vertrauensleute schätzten bei dieser Gelegenheit die Wettbewerbsführung nach dem Erzeugnisprinzip als guten Schritt nach vorn ein. Die politisch-ideologische Klärung der Grundfragen unserer Politik in den Kollektiven bot den richtigen Ausgangspunkt für die Übernahme hoher Verpflichtungen. Die ökonomischen Aufgaben wurden politisch so begründet, daß sie von den Menschen begriffen und mit Einsatzbereitschaft erfüllt wurden.

In Zahlen ausgedrückt, konnten der Produktionswert 1964 um 5,1 Millionen Mark und der Gewinn um 3,2 Millionen Mark über den ursprünglich vorgesehenen Plan erhöht werden. Die Qualitätsrückstände aus dem ersten Quartal in Höhe von rund 360 000 Mark waren schrittweise aufgeholt worden. Darüber hinaus konnten auf der Leipziger Herbstmesse neue Erzeugnisse aus synthetischen Fasern an-

geboten werden. Dazu gehörten vollsynthetische Übergardinenstoffe, die zur Weltspitze zählten, und auch Dedotex-Erzeugnisse. [150]
Die FDJler des Werkes hatten gemeinsam mit allen anderen Jugendlichen an diesen Erfolgen wesentlichen Anteil. Ihre Wettbewerbsverpflichtungen waren besonders mit dem Blick auf das Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin abgegeben worden. Die Jugendlichen übernahmen 14 neue Jugendobjekte und gestalteten die Woche der Jugend und des Sports zu einem Höhepunkt im Jugendleben. Im Rahmen der Berufsausbildung und der Ausbildung für einen zweiten Beruf qualifizierten sich zahlreiche Jugendliche speziell auf den Gebieten Chemiefasern und Meß- und Regeltechnik weiter. Im Zirkel „Junger Sozialisten" erarbeiteten sie sich das Rüstzeug, um das Abzeichen „Für gutes Wissen" erwerben zu können. Unter der Leitung des ersten Sekretärs der FDJ-Organisation, Dieter Rapczynski, konnte die FDJ-Grundorganisation viele stolze Erfolge verbuchen. So wurde in Anerkennung und Würdigung ihrer Leistungen im Wettbewerb die FDJ-Grundorganisation „Philipp Müller" in das Ehrenbuch der FDJ-Bezirksleitung Potsdam eingetragen und mit der Artur-Becker-Medaille in Silber ausgezeichnet. [151]
Doch auf der Vertrauensleutevollversammlung wurde nicht nur von realisierten, sondern auch von künftigen Verpflichtungen gesprochen. Alle stimmten darin überein, daß die endgültige Erfüllung der Planaufgaben 1964 eine der wichtigsten Voraussetzungen für den künftigen Jahres- und Perspektivplan war.
Nach eingehender Beratung, wobei zahlreiche Mitglieder von sozialistischen Brigaden und auch Leitungskräfte sprachen, ergriff in der Vertrauensleutevollversammlung der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke, das Wort. Er sagte allen Werktätigen des Chemiefaserwerkes Dank für ihre hohen Leistungen und machte dann darauf aufmerksam, daß die Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs mit der Diskussion über den Perspektivplan verbunden werden mußte, weil die Jahre 1964 und 1965 die ersten beiden Jahre des Perspektivplanzeitraumes bis 1970 waren. Als Schwerpunkte des Wettbewerbs bezeichnete Herbert Warnke die Überbietung der Produktionsziele bei allen exportfähigen Erzeugnissen und die unbedingte Einhaltung der Termine und Sortimente bei hoher Qualität und niedrigen Kosten.
Die Vertrauensleutevollversammlung beschloß die Fortsetzung des sozialistischen Wettbewerbs „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren". Ihr Kampfziel bestand in der allseitigen Planerfüllung 1964 und in einem guten Planstart 1965. Der neue Inhalt der Wettbewerbsbewegung 1964, an dem das Kollektiv des Chemiefaserwerkes keinen geringen Anteil hatte, trug dazu bei, daß in Verbindung mit den Maßnahmen zur Einführung des neuen ökonomischen Systems erstmalig neben dem Produktionsplan wieder der Gewinnplan erfüllt werden konnte. [152]
Die Leistungen der Chemiefaserwerker wurden durch hohe Auszeichnungen gewürdigt. Brigaden erhielten den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit", unter ihnen die Brigade „German Titow" aus dem WOLPRYLA-Bereich und die Großbrigade „7. Oktober" aus dem Novoktanbereich. Der Erste Sekretär der Betriebsparteiorganisation, Erich Dorn, und die Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung, Margot Dittrich, wurden für ihre guten Leistungen bei der Führung der Belegschaft im sozialistischen Wettbewerb mit der „Verdienstmedaille der DDR" ausgezeichnet. Der höchste Lohn für die großen Anstrengungen des gesamten Werkkollektivs aber war die Auszeichnung durch den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Am 23. November 1964 erhielt das Werkkollektiv den Orden „Banner der Arbeit".
Im Namen des Zentralkomitees der SED übermittelte Walter Ulbricht den Dank und die Anerkennung für die Werktätigen des Chemiefaserwerkes. In dem langen Schreiben hieß es unter anderem: „Die Erfahrungen bestätigen, daß bei der Weiterführung des Wettbewerbes in den Brigaden sowie in den sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften die Schaffung eines wissenschaftlich-technischen

DER VORSITZENDE DES STAATSRATES

DER

DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

VERLEIHT

dem VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels" Premnitz

in Anerkennung besonderer Verdienste

beim Aufbau des Sozialismus und bei der Festigung und Stärkung der

Deutschen Demokratischen Republik

DEN ORDEN

BANNER DER ARBEIT

BERLIN, DEN 14. NOVEMBER 1964

Vorlaufes in Forschung, Entwicklung und Projektierung und damit eines maximalen Zeitgewinns auf dem Weg zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes im Mittelpunkt stehen muß. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die schnelle Überführung der gewonnenen Erkenntnisse in die Produktion." [153]

Die von den Premnitzern beschrittenen Wege, ihre Produktionsergebnisse mit dem Weltstand zu vergleichen und dementsprechend hohe Ziele für den Wettbewerb zu stellen, wurde in der Folge im gesamten Industriezweig zur Grundlage der Arbeit aller Leiter, gesellschaftlichen Organisationen und Kollektive.

„Es gibt keine Pause im Wettbewerb"

1965 jährte sich zum zwanzigsten Mal der Tag, an dem der Hitlerfaschismus, besonders unter den Schlägen der ruhmreichen Sowjetarmee, endgültig zur Kapitulation gezwungen wurde. Das deutsche Volk atmete befreit auf und konnte sich unter Führung der Kommunistischen Partei und anderer Antifaschisten einen neuen deutschen Staat aufbauen, der die Knechtschaft des Faschismus, die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung überwunden hatte und in der DDR eine wirklich demokratische, friedliche, auf Freunschaft und Verständigung basierende Zukunft gestalten konnte.

Die Anlagen der früheren „Agfa-Seide" Premnitz, ehemaliger Besitz des Kriegs- und Naziverbrecher-Konzerns I. G. Farben, waren von der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Intelligenz zu einem sozialistischen Großbetrieb entwickelt worden.

Das Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" in Premnitz ist ein charakteristisches Beispiel für den Entwicklungsweg, den das Staatsvolk der DDR in den vergangenen Jahrzehnten zurückgelegt hat. In den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Ordnung vollzogen die Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz mit der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung den Übergang zur langfristigen Planung der Produktion. Im ersten Fünfjahrplan der DDR legten sie den Grundstein zum Aufbau der Chemiefaserproduktion auf dem Gebiet der Kunstseide, und im zweiten Fünfjahrplan schafften sie die Voraussetzungen, daß schon ab 1960/61, besonders aber nach dem VI. Parteitag der SED, synthetische Fasern die Hauptrichtung der Produktion wurden. Die Betriebsparteiorganisation, die in all den Jahren Schrittmacher war, um eine Etappe nach der anderen zu meistern, gestaltete durch ihre Tätigkeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse von Partei und Regierung ein enges Vertrauensverhältnis zu allen Werktätigen. Fest an ihrer Seite stehend, wirkten die betrieblichen Gewerkschaftsorgane, die FDJ-Betriebsgruppe und andere gesellschaftliche Organisationen bei der Realisierung der einzelnen Vorhaben mit. In diesem Prozeß entwickelte sich die Leitungstätigkeit der Werkdirektion, die ihrerseits wieder die Arbeitsweise der mittleren und unteren Leitungskader bei der Lenkung und Leitung der Kollektive des Werkes sowie bei der Steuerung der ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Parameter positiv beeinflußte.

Die Werktätigen des Chemiefaserwerkes hatten mit wenigen Tonnen Kunstseidenproduktion, geringen Mengen Aktivkohle und Schwefelsäure nach den Maitagen 1945 die Produktion unter antifaschistischen Bedingungen aufgenommen. Die Arbeitsproduktivität war damals niedrig, die Kosten waren erheblich und die Bedürfnisse der Bevölkerung groß. Im Jahre 1946 folgte die Wiederaufnahme der Produktion von Schwefelkohlenstoff, und 1947/48 begannen die ersten Aktivisten der Produktion den Kampf um höhere Produktivität durch Mehrleistung. Von Anfang an hatten die sowjetischen Genossen mit Rat und Tat zur Seite gestanden und geholfen. Eine enge Zusammenarbeit war entstanden, auf der sich die feste Freundschaft zur Sowjetunion aufbaute. Nachdem 1949 die DDR gegründet wurde, ging es in Premnitz rasch aufwärts: 1952 Kunstseide II – 1954 DEDERON (Perlon) – 1959 Tetraäthylbleifluid (Novoktan) – 1960 WOLPRYLA – und 1961 GRISUTEN. Im

Bei der Überreichung
der hohen Auszeichnung
durch den Vorsitzenden des Staatsrates,
Walter Ulbricht

Gründungsjahr der DDR produzierten die Premnitzer in einem Wertumfang von rund 26 Millionen Mark, 1965 betrug der Produktionsumfang rund 321 Millionen Mark. Das sind nüchterne Zahlen, hinter denen sich ein fester politischer Standpunkt, Klugheit zum Leiten und viel Schöpferkraft und Initiative der Belegschaft verbergen. Parteitage der SED hatten dazu die Meilensteine gesetzt. Volkswahlen, Kongresse des FDGB, der 1. Mai und der Tag der Republik waren stets Anlaß, neue Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb zu übernehmen. Vom ersten Wettbewerb der Frauen aus der Haspelei hatte sich die Wettbewerbsbewegung auch im Chemiefaserwerk zu einer Massenbewegung entwickelt. Im sozialistischen Massenwettbewerb, in dem 1965 der Plan Neue Technik fester Bestandteil geworden war, zeichnete sich die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft am besten ab.

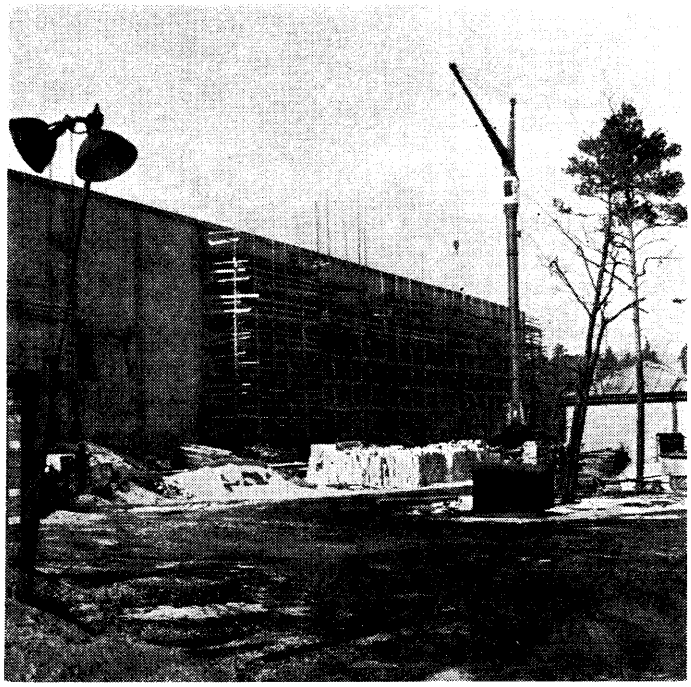
In Vorbereitung des 20. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus hatten die Premnitzer ihre Verpflichtungen mit den Worten überschrieben: „Es gibt keine Pause im Wettbewerb." In diesen Worten drückte sich die Erkenntnis aus, daß der sozialistische Wettbewerb und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit die den sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechenden Formen der Arbeit sind. [154] Kurze Realisierungszeiten bei der Überführung von Forschungsergebnissen in die Produktion, hohe Effektivität bei Neuinvestitionen und Prämienzahlungen nur bei optimalem Plan charakterisierten die neuen Zielstellungen der Chemiefaserwerker. Dabei rechneten zum Beispiel die Brigaden aus dem WOLPRYLA-Bereich so: Wenn es uns gelingt, den Herstellungsprozeß so zu verbessern, daß wir 16 Tonnen WOLPRYLA-Fasern mehr produzieren, dazu die Materialverbrauchsnorm senken und höchste Qualität erzielen, dann können aus diesen Fasern 32 000 Damenpullover zusätzlich von der Textilindustrie produziert werden. Dadurch erhöht sich unser Warenangebot, oder durch den Export kann größerer Nutzen für uns alle erzielt werden.

Gleich zu Anfang des Jahres 1965 beging der WOLPRYLA-Bereich ein Ereignis besonderer Art. Am 15. Februar wurde die 10 000. Tonne WOLPRYLA-Faser in Ballen gepreßt und stand für die Weiterverarbeitung bereit. 5000 Tonnen davon gingen als Exportlieferung in die Sowjetunion.

Während zu dieser Zeit am Tor VI bereits die baulichen Vorbereitungen für die Erweiterung der Prezenta-Anlage begannen, deren neue Technologie eine weitere Kapazitätserhöhung der Prezenta-Seide bringen sollte, diskutierten die Brigaden und Meisterbereiche mit den Mitgliedern und Kandidaten über einen Entschließungsentwurf in Vorbereitung der Betriebsdelegiertenkonferenz der BPO. Darin wurde der Volkswirtschaftsplan 1965 als umfassendes Aktionsprogramm der Betriebsparteiorganisation bezeichnet. Die industrielle Warenproduktion sollte gegenüber 1964 um über vier Millionen Mark, die Arbeitsproduktivität im gleichen Zeitraum auf 111 Prozent und der Gewinn auf 177 Prozent gesteigert werden. Die Selbstkosten sollten um zwei Prozent geringer werden. Der Entwurf der Parteileitung enthielt konkrete Zielstellungen, um die Qualitätskennziffern bei den Chemiefasern zu erreichen und die Materialverbrauchsnormen bei wichtigem Grundmaterial zu senken. Außerdem wurde der ständige Weltstandsvergleich bei WOLPRYLA und GRISUTEN sowie Viskoseseide gefordert.

Besondere Aufmerksamkeit war im Entschließungsentwurf dem Plan Neue Technik gewidmet. Als wichtigste Maßnahmen zur Sicherung der Planaufgaben wurden die Inbetriebnahme einer Pilotanlage für Lösungspolymerisation und Wasserspinnverfahren, der Nachweis zum Erspinnen von mindestens 80 Prozent Sorte I und andere bezeichnet. Bis 1970 sollte die Produktion von synthetischen Fasern auf 263 Prozent steigen.

Die Teilnehmer der Betriebsdelegiertenkonferenz waren sich einig, daß die politische Massenarbeit weiter verbessert werden mußte, wenn die hochgesteckten Ziele erreicht werden sollten. Sie orientierten auf die ideologische Auseinandersetzung mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland sowie auf die Notwendigkeit, die DDR ständig allseitig weiter zu stärken. [155]



Erweiterung der Prezenta-Anlage

Fundamente für den weiteren Ausbau des Chemiefaserwerkes (Bild rechts)

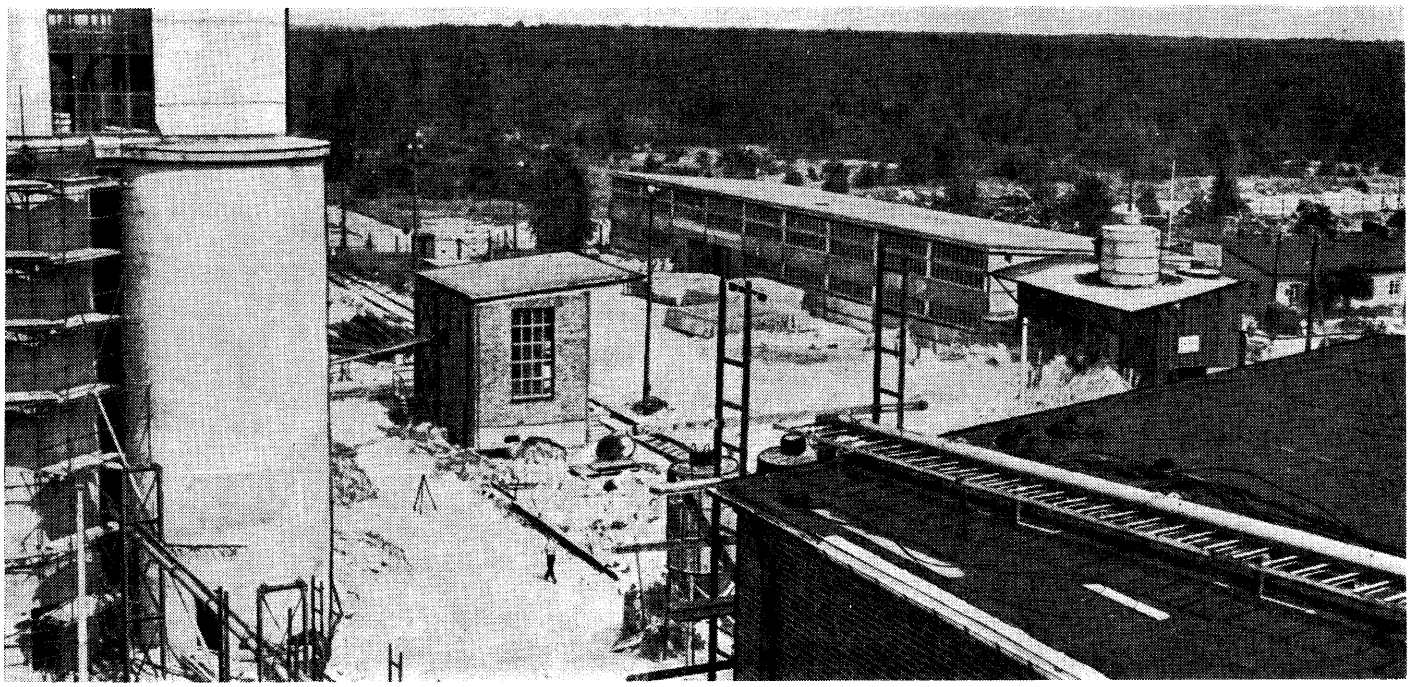
Im Mittelpunkt des Rechenschaftsberichts der Betriebsparteileitung, der vom 1. Sekretär Erich Dorn gehalten wurde, stand die Frage, wie die Parteiorganisation des Werkes es verstanden hatte, die politisch-ideologischen mit den ökonomischen Fragen zu verbinden. Das Mittel, das jeder Werktätige in der Hand hatte, um dem staatsmonopolistischen System in Westdeutschland einen Schlag zu versetzen und dem Sozialismus voranzuhelfen, hieß Kampf um niedrige Kosten, hohe Qualität und vorfristige Erfüllung aller mit dem Perspektivplan des Werkes zusammenhängenden Fragen. 23 Delegierte nahmen auf der Konferenz zu den aufgeworfenen Problemen Stellung und trugen die Ideen der Brigaden aus den einzelnen Bereichen vor. Die neue Leitung der BPO bestand zur Hälfte aus Frauen.

Der Beschluß der Betriebsdelegiertenkonferenz der BPO war eine Anleitung zum Handeln für alle Bereiche des Chemiefaserwerkes. Er gab Anregungen nicht nur zur Steigerung der Effektivität der Produktion, sondern vor allem zur weiteren Verbesserung der Leitungstätigkeit. Auf diesem Gebiet ging es darum, sozialistische Leiter zu erziehen, die in engem Kontakt mit den Brigaden standen, die Besten in der Produktion und im Neuererwesen genau kannten, sich stets auf das Kollektiv stützten und bereit waren, volle Verantwortung zu übernehmen. Die Werkdirektion ergriff Maßnahmen, um in dieser Richtung Leitungskader zu qualifizieren. Von der Gewerkschaftsleitung wurden auf Grund von Erfahrungen Prinzipien für die erfolgreiche Arbeit mit den Brigaden entwickelt. Zahlreiche Erfahrungsaustausche trugen dazu bei, die Methoden der besten Brigaden im sozialistischen Wettbewerb zu verallgemeinern.

Als am 7. Mai 1965, am 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee, die Wettbewerbsverpflichtungen abgerechnet wurden, zeigte es sich, daß die Premnitzer keine leeren Worte gemacht hatten. Die Brigaden und Arbeitsgemeinschaften hatten den Plan der Monate Januar bis einschließlich April mit 700 000 Mark wertmäßig übererfüllt; 2,3 Tage Planvorsprung waren erreicht, und der Nutzen, den die Neuererarbeit in dieser Zeit gebracht hatte, betrug bei 564 realisierten Neuerervorschlägen 1 359 000 Mark. Unter den Neuerern befanden sich 80 Frauen und 10 Jugendliche. Die Brigaden des Novoktanbereichs, die im Chemiefaserwerk zum Wettbewerb anläßlich des 8. Mai aufgerufen hatten, waren mit einer Selbstkostensenkung durch Materialeinsparung und Erhöhung der Durchschnittsausbeuten der Autoklavenchargen von 217 229 Mark würdig in dem Erfolgskollektiv des Werkes vertreten.

Im Verlaufe der nächsten Monate gelang es den Kollektiven des WOLPRYLA-Bereiches, durch die vorfristige Rekonstruktion der Bandstraßen den Plan der Faserproduktion um 26 Tonnen WOLPRYLA-Faser zu erhöhen. Die Arbeiter und Ingenieure der Aktivkohleanlage hatten durch Rekonstruktionsmaßnahmen aus dem Plan Neue Technik Voraussetzungen geschaffen, um den Produktionsplan für 1965 um 100 Tonnen zu erhöhen. Das Kollektiv des SO_3-Bereichs wollte 500 Tonnen SO_3 zusätzlich produzieren, und der Prezenta-Bereich war mit einer Mehrproduktion von Prezenta-Kunstseide und Prezenta-Bast mit einem Mehrerlös von rund 560 000 Mark dabei. Auch die Brigaden aus den übrigen Bereichen erfüllten ihre Verpflichtungen im Wettbewerb und trugen zur Erfüllung und Übererfüllung der Staatsplankennziffern des Chemiefaserwerkes bei.

Anläßlich der Volkswahlen zu den örtlichen Volksvertretungen im Herbst 1965 zogen die Arbeiter, Ingenieure und Chemiker des Chemiefaserwerkes erneut Bilanz. Sie werteten aber nicht nur die vergangene Wettbewerbsetappe aus, sondern hielten auf der Grundlage des Wahlaufrufs des Nationalrats der Nationalen Front Rückblick auf die letzten vier Jahre. Sie stellten fest, daß seit dem 13. August 1961 die Grenzen unserer Republik zuverlässig geschützt wurden und dem Klassengegner die Möglichkeit entzogen war, die Wirtschaft der DDR durch Schwindelkurs, Warenschiebung und Abwerbung zu schädigen. So war auch die Entwicklung schneller als in den Jahren zuvor vorangegangen. Viele Angehörige des Chemiefaserwerkes, die im Auftrag des Werkdirektors, der BGL und der Betriebs-



parteileitung solche Aussprachen in ihren Brigaden oder Haus- und Hofgemeinschaften führten, konnten das mit den eigenen guten Ergebnissen der Arbeit beweisen.

Das Produktionsvolumen des Werkes war in der Zeit von 1961 bis 1965 auf rund 154 Prozent gestiegen. 1965 wurden 300 Tonnen Viskosekunstseide, 200 Tonnen DEDERON-Fasern, 1500 Tonnen WOLPRYLA-Fasern und 28 Tonnen GRISUTEN-Fasern mehr produziert als 1962. Damit konnten von der Textilindustrie 1 800 000 zweiteilige Damengarnituren aus Kunstseide, 1 200 000 Damengarnituren aus DEDERON und 4 600 000 fein- oder 3 200 000 grobgestrickte Damenpullover aus WOLPRYLA mehr hergestellt werden. Mit der GRISUTEN-Faser konnten die weiterverarbeitenden Betriebe die Qualität der Anzug- und Kleiderstoffe wesentlich verbessern.

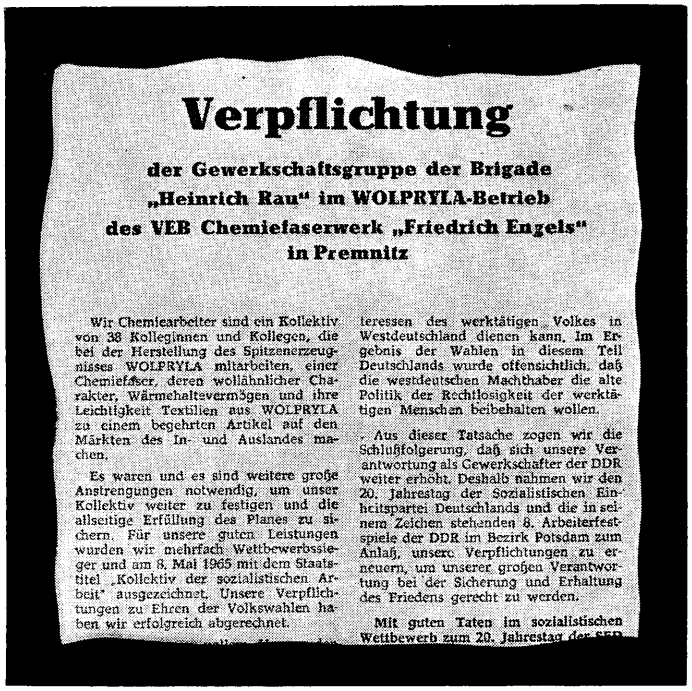
198 Brigaden, die nach dem technologischen Prozeß organisiert waren, und 79 Arbeitsgemeinschaften hatten hohe Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb übernommen. Dabei lösten sie wichtige Aufgaben des Plans Neue Technik zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. 25 Brigaden und Arbeitsgemeinschaften trugen bereits den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit".

Parallel mit der Erhöhung der Produktion wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen Schritt für Schritt verbessert. Erhebliche Verbesserungen gab es auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. So wurden die Luftverhältnisse in den chemischen Abteilungen wesentlich verbessert. Der Anteil der schweren körperlichen Arbeit ging weiter zurück. Während 1961 für Zwecke der Kultur, des Sportes, für soziale und gesundheitliche Einrichtungen, für Kinderbetreuung, Wohnungswesen und Berufsverkehr 5 100 900 Mark ausgegeben wurden, stieg dieser Betrag 1965 auf 6 734 600 Mark.

Der Durchschnittslohn stieg bis 1965 auf 198,6 Prozent und die Prämienausschüttung im Zeitraum 1962 bis 1965 von 284 auf 627 Mark. Zur besseren Pausenversorgung der Belegschaft wurden in Gemeinschaft mit der HO zu den Verkaufsstellen im Werk noch zusätzliche moderne Automatenkomplexe und Stützpunkte geschaffen. Der Bestelldienst konnte auch auf Industriewaren ausgedehnt werden. Belegschaftsangehörige bezogen allein während der vier Jahre von 1961 bis 1965 insgesamt 720 komfortable Neubauwohnungen im Wohngebiet Zentrum, 420 davon waren AWG-Wohnungen. 232 Plätze mehr in Kinderkrippen, Wochenheimen und Kindertagesstätten standen den werktätigen Frauen jetzt zur Verfügung. Am Tor II wurden ein modernes Gebäude, die „Lurette", für Wäsche- und Textilreinigungsannahme und -ausgabe eröffnet und ein Warteraum für Busfahrer eingerichtet. Schließlich konnte eine neue Sporthalle am Tor II im Wert von 1,3 Millionen Mark zur Nutzung durch alle Sportbegeisterten Frauen, Männer, und Jugendlichen fertiggestellt und übergeben werden.

Darüber hinaus legte auch die Entwicklung der Wohngebiete von Premnitz Zeugnis von den Erfolgen der Werktätigen in Stadt und Land ab. Natürlich stellen die angeführten Beispiele nur eine Auswahl aus der Vielzahl der Erfolge und Errungenschaften der Werktätigen des Chemiefaserwerkes dar.

Nicht zuletzt trugen auch diese sichtbaren Erfolge dazu bei, daß sich die Werktätigen des Chemiefaserwerkes anläßlich der Volkswahlen 1965 zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat, zur Partei der Arbeiterklasse und zur Freundschaft mit der Sowjetunion und allen anderen Staaten des Sozialismus bekannten und den Kandidaten der Nationalen Front mit überwältigender Mehrheit ihre Stimme gaben. Auf diesen Vertrauensbeweis gestützt, konnten im Chemiefaserwerk die Betriebsparteileitung, die BGL, die Werkdirektion, die zentrale FDJ-Leitung und das Produktionskomitee nach umfangreicher Diskussion mit der Belegschaft am 16. November 1965 eine neue Wettbewerbskonzeption bis zum 20. Jahrestag der Gründung der SED beschließen. Der Direktor für Ökonomie, Gerhard Tauscher, erläuterte dazu, daß es vor allem auf die sortiments- und qualitätsgerechte Planerfüllung 1965, auf das Erzielen eines wissenschaftlich-technischen Vorlaufs für die nächsten Jahre und auf die



Verpflichtung

der Gewerkschaftsgruppe der Brigade „Heinrich Rau" im WOLPRYLA-Betrieb des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" in Premnitz

Wir Chemiearbeiter sind ein Kollektiv von 38 Kolleginnen und Kollegen, die bei der Herstellung des Spitzenerzeugnisses WOLPRYLA mitarbeiten, einer Chemiefaser, deren wollähnlicher Charakter, Wärmehaltsvermögen und ihre Leichtigkeit Textilien aus WOLPRYLA zu einem begehrten Artikel auf den Märkten des In- und Auslandes machen.

Es waren und es sind weitere große Anstrengungen notwendig, um unser Kollektiv weiter zu festigen und die allseitige Erfüllung des Planes zu sichern. Für unsere guten Leistungen wurden wir mehrfach Wettbewerbssieger und am 8. Mai 1965 mit dem Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet. Unsere Verpflichtungen zu Ehren der Volkswahlen haben wir erfolgreich abgerechnet.

teressen des werktätigen Volkes in Westdeutschland dienen kann. Im Ergebnis der Wahlen in diesem Teil Deutschlands wurde offensichtlich, daß die westdeutschen Machthaber die alte Politik der Rechtlosigkeit der werktätigen Menschen beibehalten wollen.

Aus dieser Tatsache zogen wir die Schlußfolgerung, daß sich unsere Verantwortung als Gewerkschafter der DDR weiter erhöht. Deshalb nahmen wir den 20. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die in seinem Zeichen stehenden 8. Arbeiterfestspiele der DDR im Bezirk Potsdam zum Anlaß, unsere Verpflichtungen zu erneuern, um unserer großen Verantwortung bei der Sicherung und Erhaltung des Friedens gerecht zu werden.

Mit guten Taten im sozialistischen Wettbewerb zum 20. Jahrestag der SED

rechtzeitige Sicherung des Planes 1966 ankam. Die Betriebsangehörigen bemühten sich darum, bereits 1965 das Niveau der Kennziffern von 1966 zu erreichen. Eine wichtige Forderung an alle Arbeiterinnen und Arbeiter, Meister und Ingenieure war, sich auf politischem und fachlichem Gebiet ständig zu qualifizieren, um stets mit dem neuesten Stand der Wissenschaften und Erkenntnisse vertraut zu sein.

Wiederum ergriff die Belegschaft des WOLPRYLA-Betriebes die Initiative und stellte sich an die Spitze des Wettbewerbs im Chemiefaserwerk. Die Gewerkschaftsgruppe der Brigade „Heinrich Rau" rief alle Brigaden und Arbeitsgemeinschaften des Chemiefaserwerkes auf, den 20. Jahrestag der Gründung der SED und die 8. Arbeiterfestspiele, die 1966 im Bezirk Potsdam und damit auch in Premnitz stattfinden sollten, durch gute Ergebnisse am Arbeitsplatz und durch neue ökonomische Erfolge im sozialistischen Wettbewerb vorzubereiten. „Mit ganzem Herzen für unsere Republik", das war die Losung der 38 Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe „Heinrich Rau". Sie bemühten sich um die Entwicklung einer synthetischen Faser mit wollähnlichem Charakter, gutem Wärmehaltevermögen, geringem Gewicht und niedrigen Herstellungskosten mit dem Ziel, Textilien aus einer solchen WOLPRYLA-Faser zu einem begehrten Artikel auf dem Weltmarkt zu machen. Weltniveau, so sagten sie, verpflichtet zu guter Arbeit und zu höheren Leistungen und verlangt zugleich ein größeres Wissen. Aber auch Optimismus, Lebensfreude, Unterhaltung und Geselligkeit gehören zum Wesen unserer Gesellschaft. Unter diesem Gesichtspunkt wurde der Wettbewerbsvertrag der Brigade „Heinrich Rau" formuliert.

Die Initiative der Gewerkschaftsgruppe „Heinrich Rau" gab der sozialistischen Brigadebewegung im CFW einen noch tieferen Inhalt. „Es ist unsere Überzeugung", so schrieb die Brigade im „Aufwärts" vom 18. November 1965, „daß die Macht der Millionäre nicht den Interessen des werktätigen Volkes in Westdeutschland dienen kann. Im Ergebnis der Wahlen in jenem Teil Deutschlands wurde offensichtlich, daß die westdeutschen Machthaber die alte Politik der Rechtlosigkeit der werktätigen Menschen beibehalten wollen. Aus dieser Tatsache zogen wir die Schlußfolgerung, daß sich unsere Verantwortung als Gewerkschafter der Deutschen Demokratischen Republik weiter erhöht. Die Kraft unserer sozialistischen Demokratie besteht ja gerade darin, daß die Werktätigen durch ihrer Hände Arbeit, durch ihre klugen Ideen und Vorschläge unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat so formen, wie es für ein würdevolles Leben in Frieden und Wohlstand erforderlich ist. ... Wir sind stolz auf die bisherigen Ergebnisse unserer Arbeit. Unsere neuen Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb dienen der ganzen Gesellschaft und sind zugleich der Dank an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Ihre Politik betrachten wir als den Ausdruck unseres Willens."

Premnitzer Perspektiven

Als im Jahre 1945 die Aktivisten der ersten Stunde in den Anlagen der „Agfa-Seide" Ordnung schafften und auch im Ort Premnitz begannen, eine wirklich demokratische und friedliebende Ordnung aufzubauen, stand ihnen wenig Verwertbares zur Verfügung. Unter unendlichen Mühen gelang es ihnen, im Laufe der antifaschistisch-demokratischen Revolution, die sich im Osten Deutschlands vollzog und deren Ergebnis die Gründung der DDR war, ein Werk aufzubauen, das im volkseigenen Sektor der Volkswirtschaft einen bedeutenden Platz einnimmt. Die Werktätigen des damaligen Kunstseidenwerkes erfüllten die Aufgaben, die Partei und Regierung in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus stellten, und erreichten als Werktätige des Chemiefaserwerkes nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit dem Aufruf zum komplexen Wettbewerb nach Erzeugnisgruppen einen Entwicklungsstand, der in dieser Etappe der Stabilisierung der Volkswirtschaft das Tempo bei der Vollendung des Sozialismus und bei der Meisterung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der DDR mitbestimmte.

Die Werktätigen lernten in der ideologischen Auseinandersetzung mit alten bürgerlichen Auffassungen und Argumenten, die von den wieder an die Macht gelangten imperialistischen und militaristischen Kräften in Westdeutschland gegen die DDR verbreitet wurden, daß nur die sozialistische Ordnung dem werktätigen Volk eine sichere Perspektive eröffnet. Die Politik der SED und ihre theoretischen Voraussagen für die jeweils nächste Etappe beim Aufbau des Sozialismus wurden im Prozeß der Arbeit und im täglichen Leben immer wieder bestätigt.

Es ist deshalb eine logische Konsequenz, daß sich die Werktätigen des Chemiefaserwerkes an der Seite der Bürger der DDR fest und geschlossen hinter die Politik ihres Staates stellen und ihre Schöpferkraft und Einsatzbereitschaft voll und ganz nutzen, um ihn so stark und attraktiv wie möglich zu machen. Die Freundschaft zur Sowjetunion und zur sozialistischen Staatengemeinschaft ist dabei fester Bestandteil ihres Denkens und Handelns geworden.

In diesem Erkenntnisprozeß, der sich in der Auseinandersetzung zwischen dem Alten und dem Neuen sowie in ständiger Wechselbeziehung zwischen objektiver Notwendigkeit und subjektiver Überzeugungsarbeit und im Zuge der Lösung ökonomischer, technisch-technologischer und wissenschaftlicher Probleme vollzog, entwickelte sich ein moderner sozialistischer Großbetrieb. Hier wird darum gerungen, auch auf dem Gebiet der Chemiefaserproduktion den Weltstand zu erreichen und mitzubestimmen.

Die Konzentration auf strukturbestimmende Erzeugnisse der Volkswirtschaft, wie es die Chemiefasern WOLPRYLA und GRISUTEN sind, begann vor allem mit dem VI. Parteitag der SED und mit der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR im Jahre 1963. Eine solche Entwicklung war Bestandteil der zentralen ökonomischen Aufgabe der DDR. Die Erfolge, die im Chemiefaserwerk 1964/65 auf diesem Gebiet zu verzeichnen waren, bestätigten, daß das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft kontinuierlich zu qualitativ neuen Ergebnissen führt. Die SED hat durch die konsequente Verwirklichung ihrer Programme und durch die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen, die sich durch die Spaltung Deutschlands von seiten westlicher imperialistischer, reaktionärer und neofaschistischer Kräfte ergaben, immer mehr Vertrauen bei allen Werktätigen erworben. Von den Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren und Wissenschaftlern des Chemiefaserwerkes wurde ganz richtig erkannt, daß die SED die einzige Partei in Deutschland ist, die eine vollständige Konzeption für die gesellschaftliche Entwicklung der ganzen Nation besitzt. Deshalb ist es kein Wunder, wenn neben den Beschlüssen der Volkskammer, des Staatsrates oder des Ministerrates der DDR besonders die Parteitage der SED und die Tagungen und Konferenzen des ZK der SED mit großem Interesse von allen Werktätigen verfolgt werden.

So gab zum Beispiel die 11. Tagung des ZK der SED vom Dezember 1965 den Brigaden des Chemiefaserwerkes bei

der Führung des sozialistischen Wettbewerbs zur allseitigen Stärkung der DDR die Anregung, die Grundfonds besser zu nutzen und höchste Effektivität beim Einsatz der Arbeitskräfte und des Materials zu erzielen. Wie der höchste Zuwachs an Nationaleinkommen durch die Produktion weltmarktfähiger Erzeugnisse gesichert werden konnte, das wurde monatelang von allen Gewerkschaftsgruppen diskutiert. „Aus dem Groschen die Mark!", unter dieser Losung wurden Fragen der sozialistischen Rationalisierung behandelt. Es ging darum, lebendige Arbeit einzusparen sowie Material und Rohstoffe so einzusetzen, daß der höchste Ausnutzungsgrad erzielt wurde. Auf diese Weise ergaben die Qualitätsmerkmale der Erzeugnisse einen hohen Erlös für das Gewinnergebnis des Werkes, und dem Nationaleinkommen der DDR konnte eine hohe Zuwachsrate zugeführt werden. Das 11. Plenum des ZK der SED faßte auch wichtige Beschlüsse für die Eigenverantwortlichkeit der sozialistischen Warenproduzenten im Zusammenhang mit der zentralen staatlichen Planung der gesamten Volkswirtschaft. Diese Festlegungen hatten gerade für die perspektivische Entwicklung des Chemiefaserwerkes große Bedeutung, weil im Zuge der erweiterten Reproduktion im Perspektivplan bis 1970 und darüber hinaus bis 1975 wesentliche Investitionen vorgesehen waren, um ein neues Industriekraftwerk und eine GRISUTEN-Anlage zu bauen und die WOLPRYLA-Faser-Produktion wesentlich zu erweitern. „Die Beschlüsse über die Eigenerwirtschaftung der Investitionen, die Erhöhung der Fondsrentabilität, die Perspektivplanung auf der Grundlage von Prognosen, die Einführung der Jahresendprämie und die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems in der örtlichen Wirtschaft prägten die Spezifik der planmäßigen Warenproduktion und führten zu einer zunehmenden Effektivität der Volkswirtschaft." [156]

Von dieser Orientierung ausgehend, konkretisierte die Konferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR zu Fragen der sozialistischen Rationalisierung und Standardisierung im Juni 1966 die weiteren Aufgaben. Der Hauptweg, um die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern, bestand in der komplexen sozialistischen Rationalisierung. Alle neu herangereiften Probleme stellten das Kollektiv des Chemiefaserwerkes vor noch größere Bewährungsproben, als das in der Vergangenheit der Fall war. Vor allem war ein höheres Wissen auf allen Gebieten notwendig. Sowohl der Werkdirektor als auch der Produktionsarbeiter mußten weitere Kenntnisse auf naturwissenschaftlichem und technischem Gebiet, besonders über Kybernetik und Elektronische Datenverarbeitung, erwerben und ihr Wissen in Gesellschaftswissenschaften wie politische Ökonomie, marxistisch-leninistische Organisationswissenschaften und ähnliches erweitern. Mit den bisherigen Kenntnissen konnten die wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Aufgaben nicht gelöst werden. So sahen die perspektivischen Aufgaben für die Jahre 1965 bis 1970 eine wertmäßige Steigerung des Umfangs der industriellen Warenproduktion auf 194,4 Prozent vor. Die größte Zuwachsrate war für die Erweiterung der GRISUTEN- und der WOLPRYLA-Faser-Produktion vorgesehen. Dafür aber mußte es gelingen, einen Vorlauf in Forschung und Entwicklung zu erzielen, um neue Technologien oder Fasertypen in diesem Zeitraum so zu vervollständigen, daß sie in die Großproduktion überführt werden konnten. Bei REGAN-Kunstseidenerzeugnissen sah der Perspektivplan eine Steigerung von rund 20 Prozent vor, und bei der Produktion von Aktivkohle und Tetraäthylbleifluid betrug die Steigerungsrate im Durchschnitt rund 40 Prozent. Während im Perspektivzeitraum die Produktion von SO_3 etwa konstant blieb, war vorgesehen, die Schwefelkohlenstoffproduktion im Chemiefaserwerk einzustellen. Diese Vorhaben, die ohne Erhöhung der Arbeitskräfte und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn realisiert werden mußten, sollten eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirken. Das aber setzte die komplexe sozialistische Rationalisierung voraus.

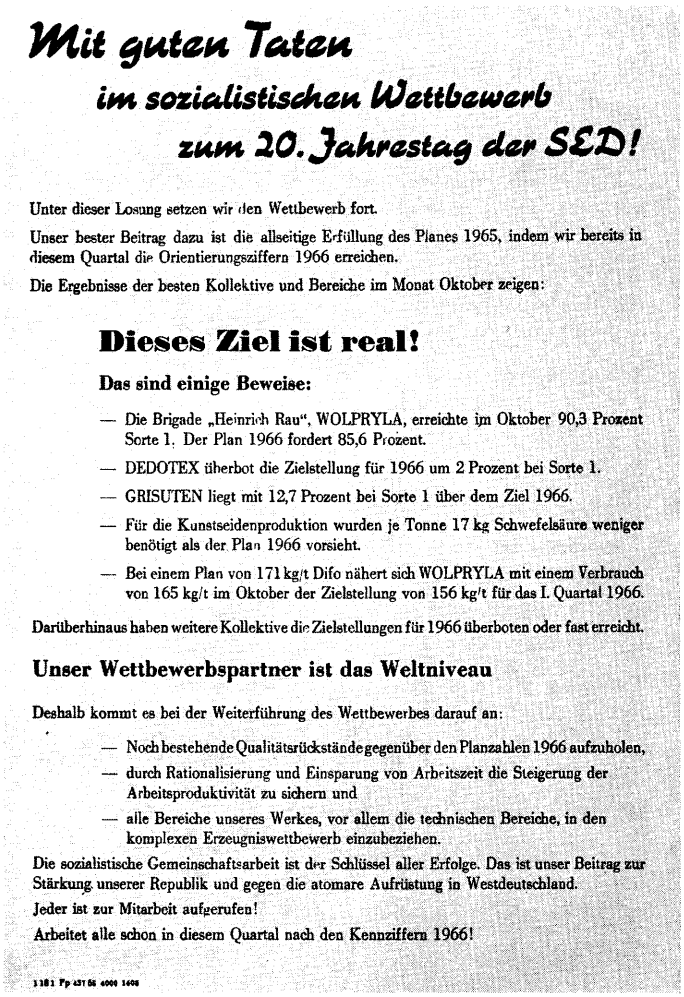
Die Betriebsparteiorganisation des Chemiefaserwerkes nutz-

Festveranstaltung in der Neuen Kantine zum 20. Jahrestag der SED

te in enger Zusammenarbeit mit der BGL, der FDJ und den staatlichen Leitungskräften im Jahre 1966 vor allem die Vorbereitung auf die Arbeiterfestspiele dazu, das gesamte Werkkollektiv mit der neuen Problematik vertraut zu machen. Abende, auf denen die Volkskunstgruppen ihre Programme zeigten, Neuererfeste und andere Veranstaltungen in dieser Zeit wurden anschließend oft zu Diskussionsabenden. Dabei wurden nicht nur die politischen, ökonomischen und technischen Probleme besprochen, sondern auch die kulturellen Aufgaben wurden noch stärker als bisher in die Gedankengänge einbezogen. Besonderes Augenmerk galt der aktiven Betätigung der Brigademitglieder in der Freizeit.

Im September 1966 berief das 13. Plenum des Zentralkomitees der SED den VII. Parteitag der SED für die Zeit vom 17. bis 22. April 1967 ein. Die Vorbereitung dieses Ereignisses löste eine Massenbewegung unter den Werktätigen aus, zu Ehren der SED und der DDR die herangereiften Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern. Diese Bemühungen waren in der Losung zusammengefaßt: „Rationeller produzieren – für Dich – für Deinen Betrieb – für unseren sozialistischen Friedensstaat." Bei den Diskussionen vor und während des Parteitages erkannten auch die Werktätigen des Chemiefaserwerkes, die mitten in dieser Bewegung standen, immer besser, daß der Frieden nicht durch die Existenz zweier deutscher Staaten gefährdet wird. Die europäische Sicherheit und der Frieden werden vielmehr durch das Streben der Bonner Machthaber nach Veränderung der Grenzen in Europa und durch die Versuche bedroht, in den Besitz von ABC-Waffen zu gelangen. Auch die immer stärker werdende Unterstützung Westdeutschlands von seiten der USA sowie die Aggression gegen das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk führten zu weiteren internationalen Spannungen, die die Gefahr eines nuklearen Krieges heraufbeschworen.

Wir, die Werktätigen der DDR, sind dem imperialistischen Westdeutschland um eine ganze Epoche in der gesell-



Mit guten Taten
im sozialistischen Wettbewerb
zum 20. Jahrestag der SED!

Unter dieser Losung setzen wir den Wettbewerb fort.

Unser bester Beitrag dazu ist die allseitige Erfüllung des Planes 1965, indem wir bereits in diesem Quartal die Orientierungsziffern 1966 erreichen.

Die Ergebnisse der besten Kollektive und Bereiche im Monat Oktober zeigen:

Dieses Ziel ist real!

Das sind einige Beweise:

— Die Brigade „Heinrich Rau", WOLPRYLA, erreichte im Oktober 90,3 Prozent Sorte 1. Der Plan 1966 fordert 85,6 Prozent.
— DEDOTEX überbot die Zielstellung für 1966 um 2 Prozent bei Sorte 1.
— GRISUTEN liegt mit 12,7 Prozent bei Sorte 1 über dem Ziel 1966.
— Für die Kunstseidenproduktion wurden je Tonne 17 kg Schwefelsäure weniger benötigt als der Plan 1966 vorsieht.
— Bei einem Plan von 171 kg/t Difo nähert sich WOLPRYLA mit einem Verbrauch von 165 kg/t im Oktober der Zielstellung von 156 kg/t für das I. Quartal 1966.

Darüberhinaus haben weitere Kollektive die Zielstellungen für 1966 überboten oder fast erreicht.

Unser Wettbewerbspartner ist das Weltniveau

Deshalb kommt es bei der Weiterführung des Wettbewerbes darauf an:

— Noch bestehende Qualitätsrückstände gegenüber den Planzahlen 1966 aufzuholen,
— durch Rationalisierung und Einsparung von Arbeitszeit die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sichern und
— alle Bereiche unseres Werkes, vor allem die technischen Bereiche, in den komplexen Erzeugniswettbewerb einzubeziehen.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist der Schlüssel aller Erfolge. Das ist unser Beitrag zur Stärkung unserer Republik und gegen die atomare Aufrüstung in Westdeutschland.

Jeder ist zur Mitarbeit aufgerufen!

Arbeitet alle schon in diesem Quartal nach den Kennziffern 1966!

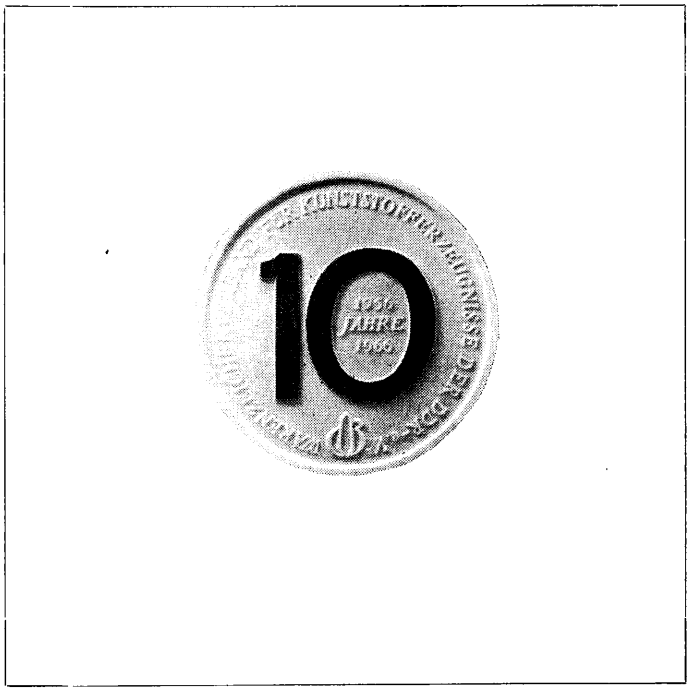
Kinderstadt „Neues Leben“

Unsere Jüngsten
fühlen sich in diesen behaglichen
Einrichtungen wohl.

Jugendklub am See

Aktive Erholung
wird auch in Premnitz groß geschrieben.
Modelle der Laienschneiderinnen (links oben)
Leistungsschau der Bastler (links unten)
Jagdtrophäen (rechts)

Annahme- und Ausgabestelle
für Haushaltswäsche und Bekleidung (links)
Automatenstraße
im alten Speisesaal (unten)



schaftlichen Entwicklung voraus. Das kam übereinstimmend in zahlreichen Erklärungen der Brigaden im Chemiefaserwerk zum Ausdruck, als sie anläßlich des VII. Parteitages ihre Brigadeverträge überarbeiteten und im sozialistischen Wettbewerb konkrete Verpflichtungen zur Lösung der Aufgaben auf dem Gebiet der komplexen sozialistischen Rationalisierung in ihrem Verantwortungsbereich übernahmen. Mit der Auswertung der Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees und Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht am 11. November 1966 vor dem Parteiaktiv des Bezirkes Halle durch die Betriebsparteiorganisation des Chemiefaserwerkes begannen die Kollektive aus allen Produktionsabschnitten den Kampf um Höchstleistungen. Besonders als der Meister Gerhard Kast aus dem Funkwerk Köpenick die Forderung erhob, keine Planschulden mehr zu dulden, nicht mehr auf Kosten anderer zu leben, und öffentlich Mängel in der Leitungstätigkeit kritisierte, die den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hemmten, zeigte sich, daß sich auch im Kollektiv des Chemiefaserwerkes sozialistische Persönlichkeiten entwickelten. So deckte zum Beispiel der Chemieingenieur Dietrich Riedel, Mitglied der SED, Schwächen und Mängel auf, die den Vorlauf in der WOLPRYLA-Forschung beeinträchtigten, und stellte seine Gedanken zum Verändern der Situation zur Diskussion. Seine Initiative gab im Chemiefaserwerk den Anstoß zur Entwicklung der Schrittmacherbewegung, die ganze Brigadekollektive, wie die Brigade „Heinrich Rau", „Otto Krahmann", „7. Oktober" und viele andere mehr, erfaßte.

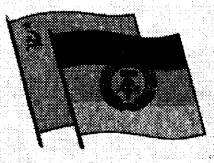
Aus dem komplexen Wettbewerb nach Erzeugnisgruppen, der im Jahre 1964 begonnen hatte, entwickelten sich echte Kooperationsbeziehungen mit den Zulieferbetrieben und Abnehmern der Erzeugnisse. So wurde das Chemiefaserwerk als Finalproduzent Leitbetrieb der Stufe Chemie in der Kooperationskette WOLPRYLA und seit dem VII. Parteitag verantwortlich für die strukturbestimmenden Chemiefasererzeugnisse WOLPRYLA und GRISUTEN in der DDR.

Der Auftrag lautet: Alleinhersteller dieser Chemiefasern in der DDR. Damit verbunden sind Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung durch Investitionen und das Schaffen eines Vorlaufs in Forschung und Entwicklung, um hochwertige und preiswerte Chemiefasern produzieren zu können. Der VII. Parteitag der SED, der eine neue historische Etappe bei der Vollendung des Sozialismus in der DDR einleitete, stellte die gesellschaftliche Aufgabe, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten. Der Parteitag tagte zu einer Zeit, die von dem ständig wachsenden Einfluß der Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und des Friedens auf die Entwicklung in der Welt und auch in Deutschland gekennzeichnet war. Unabhängig von der Entwicklung in Westdeutschland bauten die Werktätigen unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei am Werk des Sozialismus. Die sozialistische Verfassung, vom Staatsvolk der DDR diskutiert und mit übergroßer Mehrheit beschlossen, schuf für die neuen Aufgaben das staatsrechtliche Fundament. Die neue sozialistische Verfassung der DDR spiegelte aber gleichzeitig die Ergebnisse der Werktätigen beim sozialistischen Aufbau wider. 1949 lautete ein Satz in der Verfassung der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein." Jetzt konnte festgestellt werden: „Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes Eigentum."

Zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR ging der VII. Parteitag davon aus, daß die Arbeiterklasse in der DDR unter der Führung der SED und im Bündnis mit allen werktätigen Schichten die imperialistische Vergangenheit, die Auswirkungen des faschistischen Weltkrieges und die Folgen der Spaltung Deutschlands gemeistert hat. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse hatten gesiegt, das ökonomische System des Sozialismus war ausgearbeitet, auf dem Gebiet der sozialistischen Kulturrevolution war besonders das Bildungssystem im wesentlichen abgerundet, die DDR besaß eine starke Landesverteidigung, und die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Werktätigen hatten sich spürbar

verbessert. Die DDR hatte sich allseitig entwickelt. Im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus kam es nun darauf an, die Teilsysteme zu vervollständigen und sie zu einem Gesamtsystem zusammenzufügen. Dabei bestehen wechselseitige Beziehungen und Einwirkungen der einzelnen Teilsysteme untereinander. Das Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems bildet das ökonomische System. Es wird im wesentlichen gekennzeichnet durch:
die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft,
eine hocheffektive ökonomische Struktur,
die planmäßige prognostische Arbeit,
den wissenschaftlich-technischen Höchststand bei den entscheidenden Erzeugnissen sowie in der Technologie und Organisation der Produktion,
ein modernes Planungs- und Leitungssystem,
die aktive Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung und durch eine hochentwickelte sozialistische Gemeinschaftsarbeit.
Im ökonomischen System werden alle materiellen und finanziellen Mittel für alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Systems geschaffen. Daraus ergibt sich seine zentrale Stellung. Die weiteren wichtigsten Teilsysteme des gesamten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus sind:
- das System der Demokratie und des sozialistischen Rechts,
- Wissenschaft und Bildung,
- die Arbeits- und Lebensbedingungen und das System der Landesverteidigung.

Alle Teilsysteme und das Gesamtsystem des entwickelten Sozialismus werden durchdrungen von der sozialistischen Kultur und von der Ideologie des Marxismus-Leninismus. [157]
Die Beschlüsse und Dokumente des VII. Parteitages, die auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der DDR verändernd einwirkten, wurden auch für das gesamte Kollektiv des Chemiefaserwerkes Richtschnur für die Arbeit. So schrieb die Anfang 1967 gegründete Brigade „1. Mai", Schicht D, der Prezenta-Erweiterung in ihr Brigadetagebuch: „Die Beschlüsse des VII. Parteitages bewegen uns tief. Wir stimmen ihnen voll zu. Der Parteitag hat ein erregendes Bild unserer sozialistischen Zukunft entworfen. Das entwickelte System des Sozialismus in der DDR, das ist unser aller Sache. Mit ihm gestalten wir unser aller sinnerfülltes Leben ..., die ganze Persönlichkeit einzusetzen, das erfordern die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED. Wir beginnen sofort, sie zu verwirklichen. Wir kämpfen zielstrebig um den wissenschaftlich-technischen Höchststand. Wir entwickeln die Gemeinschaftsarbeit und tragen dazu bei, in unserem Betrieb das ökonomische System des Sozialismus Schritt für Schritt zu verwirklichen." [158]
Am 22. April 1967 heißt es im Tagebuch der Brigade „Völkerfreundschaft" aus dem DEDERON-Bereich: „Wiederum Diskussionen zum VII. Parteitag im Kreis von 9 Brigademitgliedern. Im Mittelpunkt stand das Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht. ... Natürlich war bei uns allen die Freude groß, als wir die Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vernahmen. In den Aussprachen erkannten wir aber auch, daß all diese Erfolge auf unsere tägliche gewissenhafte Arbeit aufbauen. Der Parteitag zeigte uns klar, wie wir durch unsere eigene Arbeit die Ausgangsbasis für eine friedliche und glückliche Zukunft schaffen. Welch ein gewaltiger Unterschied besteht doch zwischen unserer sozialistischen DDR und dem imperialistischen Westdeutschland. Dort muß der Arbeiter schon wieder um seine Existenz bangen, die herrschenden Kreise versuchen, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen und die Notstandsgesetze einzuführen. Bei uns dagegen wird eine konsequente Friedenspolitik durchgeführt, und die schöpferische Mitarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen wird mehr und mehr zum Bedürfnis unserer Werktätigen. Wir schätzen uns glücklich, im Bunde mit den Völkern der Sowjetunion und allen anderen sozialistischen Staaten eine Welt des Friedens aufzubauen. Die optimistische Schlußrede des Genossen Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag erfüllt uns mit großer Genugtuung und Freude ..." [159]
Am 8. Mai 1967 konnte diese Brigade mit dem Ehren-



Wer mit der Sowjetunion
im Bunde ist, der wird
in der Geschichte
immer zu den Siegern gehören

DEN WERKTÄTIGEN

des VEB Chemiefaserwerk Premnitz

FÜR AUSGEZEICHNETE LEISTUNGEN IM SOZIALISTISCHEN WETTBEWERB ZU EHREN DES 50. JAHRESTAGES DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Erster Sekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

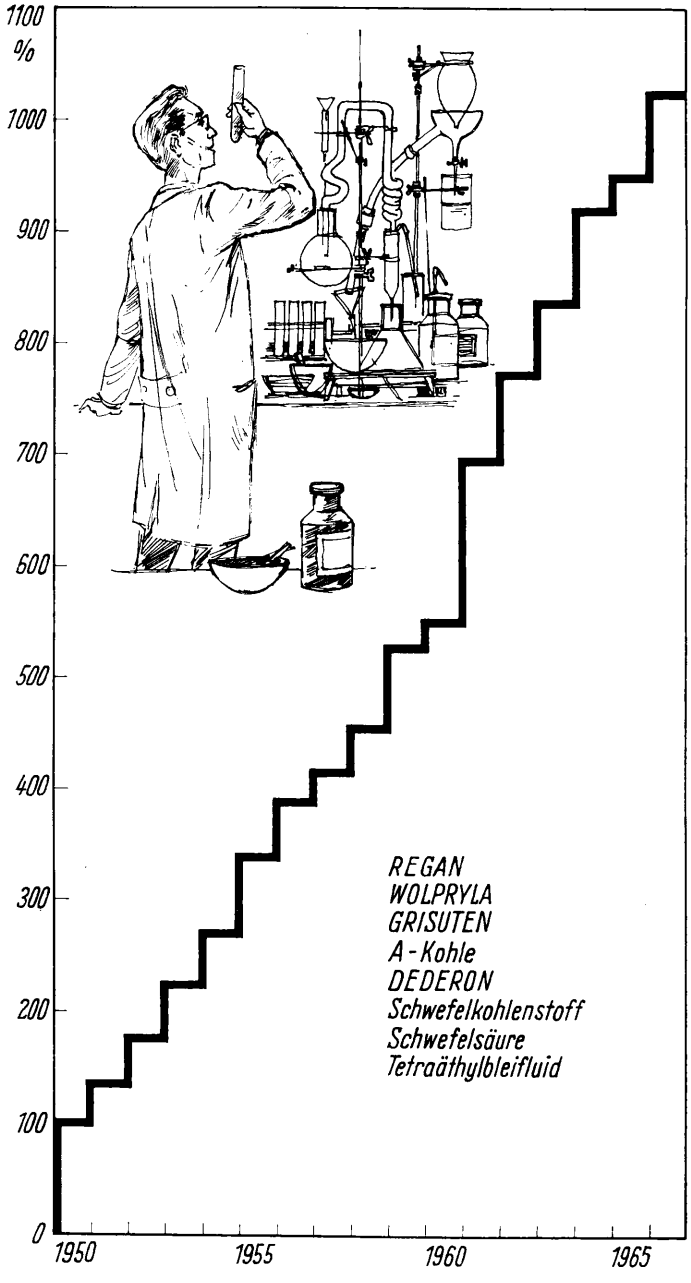
Berlin, Oktober 1967

namen „Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" ausgezeichnet werden.
Ebenso wie die Mitglieder der hier erwähnten Brigaden stellten sich auch die anderen Kollektive des Chemiefaserwerkes hinter die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED. Sie fühlten sich durch das Manifest des Parteitages an die Bürger der DDR direkt angesprochen. Hier hieß es unter anderem: „Wie immer die Entwicklung in Westdeutschland verlaufen mag, wir gehen – im festen Bündnis mit der Sowjetunion und allen sozialistischen Ländern – unbeirrt, zielklar und konsequent unseren guten sozialistischen Weg. Auf deutschem Boden, im Heimatland von Karl Marx und Friedrich Engels, vollenden wir den Sozialismus. Damit schaffen wir das große Beispiel auch für die Arbeiter, die Bauern, die Intellektuellen, für alle friedliebenden Menschen im westdeutschen Staat. Wir zeigen, was Deutsche vermögen, wenn sie sich vom Geist des Friedens leiten lassen, von den verändernden Ideen des Sozialismus." [160]
Die Werktätigen im Chemiefaserwerk haben an der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR keinen geringen Anteil. Im Perspektivplanzeitraum wird im Chemiefaserwerk endgültig ein völliger Strukturwandel vollzogen. Das Chemiefaserwerk wird in der DDR Alleinhersteller der strukturbestimmenden Erzeugnisse GRISUTEN- und WOLPRYLA-Faser. Während 1968 der Anteil der strukturbestimmenden Erzeugnisse etwa 30 Prozent am Gesamtvolumen der Warenproduktion des Chemiefaserwerkes ausmachte, stieg er bis 1970 auf über 50 Prozent, bis 1975 sollen es etwa 78 Prozent und bis 1980 ungefähr 90 Prozent sein. Das Gesamtproduktionsvolumen des Werkes zu Industrieabgabepreisen gegenüber 1967 wird zunächst auf etwa das 2,8fache und bis 1980 auf das 3,5fache ansteigen. Da die Kapazität der vorhandenen Energieanlagen für die neuen Produktionsanlagen nicht mehr ausreichte, entstand in den Jahren 1968 bis 1970 ein neues modernes Industriekraftwerk. Während die Produktionsbereiche Novoktan, Prezenta, SO_3, DEDERON, REGAN und Aktivkohle weiterproduzieren, wurde 1968 die Produktion von Schwefelkohlenstoff eingestellt. Nach 1970 läuft auch der Betriebsteil REGAN-Serona aus, und die Produktion von DEDERON-Dedotex wird vom Chemiefaserwerk in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben übernommen. Mit der Strukturveränderung im Chemiefaserwerk soll der erzielte Nettogewinn von 1967 bis 1975 versechsfacht und bis 1980 um das nahezu Neunfache erhöht werden. [161]
Am Vorabend des 1. Mai 1968 ging eine neue Anlage zur Herstellung von GRISUTEN-Fasern mit einer Kapazität von 4500 Tonnen im Jahr in Probelauf. Aus gleichem Anlaß wurde am 30. April 1968 bei strahlendem Sonnenschein der Grundstein für den Aufbau einer WOLPRYLA-Anlage gelegt, die 12 000 Tonnen im Jahr produzieren soll. Unter den Fahnen der Arbeiterklasse und der DDR führte der Minister für chemische Industrie der DDR, Günter Wyschofski, im Beisein der Bauleute, der Chemiefaserwerker und der Gäste die drei symbolischen Hammerschläge. Zuvor hatten Bauarbeiter eine Kupferkassette mit Urkunden, Tageszeitungen und Geldstücken in das Fundament gelegt. Schließlich deuten 1970/71 neue Baugerüste daraufhin, daß ab 1972 eine Anlage für GRISUTEN-Fasern mit einer Jahreskapazität von 20 000 Tonnen die Produktion aufnimmt.
Der neue Werkdirektor des Chemiefaserwerkes, Hermann Danz, der am 1. Januar 1968 seine Funktion antrat (der bisherige Werkdirektor Karl Kaiser wurde 1968 zum Präsidenten der Industrie- und Handelsbank und 1969 zum Staatssekretär im Ministerium für Chemie der DDR berufen), führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß die neue Anlage in Premnitz mit dazu beitragen werde, den Reichtum der Werktätigen der DDR zu mehren.
Heute nehmen die Konturen der neuen Industrieanlage an der Südostseite des Chemiefaserwerkes schon Gestalt an. Der neue Schornstein des Industriekraftwerkes grüßt aus seiner Höhe von 120 Metern bereits von weitem die Reisenden, die nach Premnitz kommen. Die neuen Produktionsstätten und die neuen Stadtteile von Premnitz künden davon, daß die Werktätigen des Chemiefaserwerkes die neue sozialistische Verfassung der DDR mit Leben erfüllen.

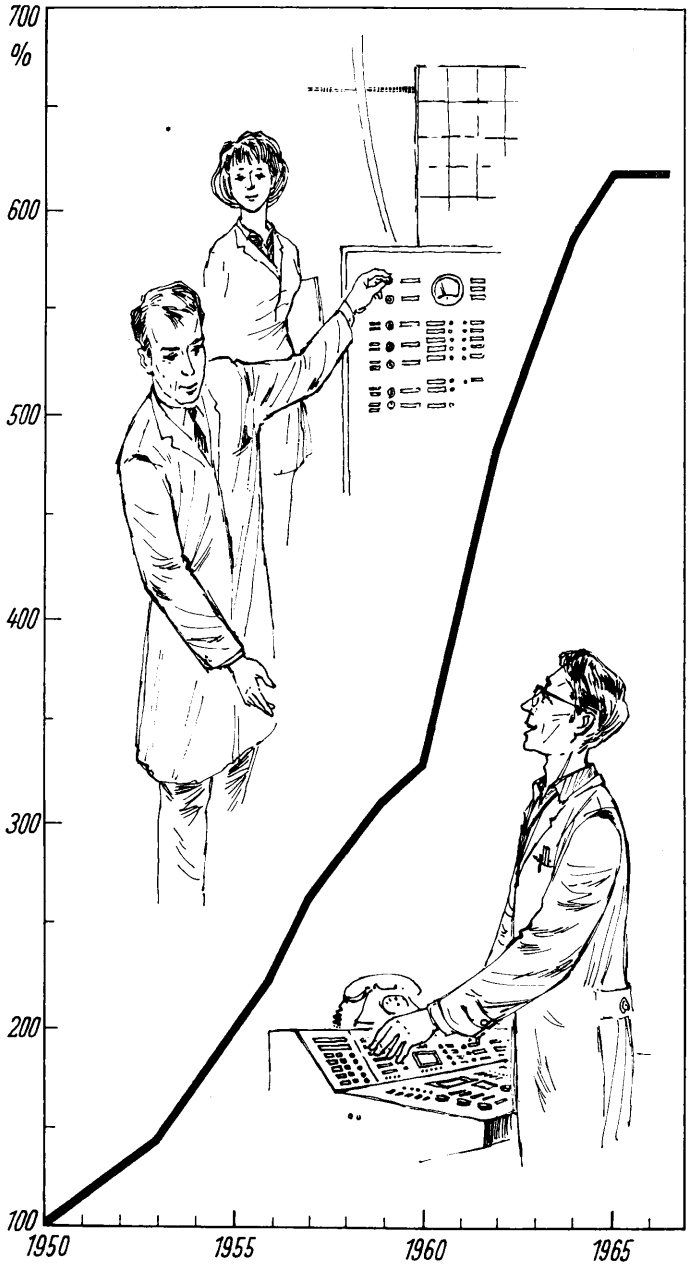
Dritter Teil
Statistiken und Berichte

Entwicklung der Produktion

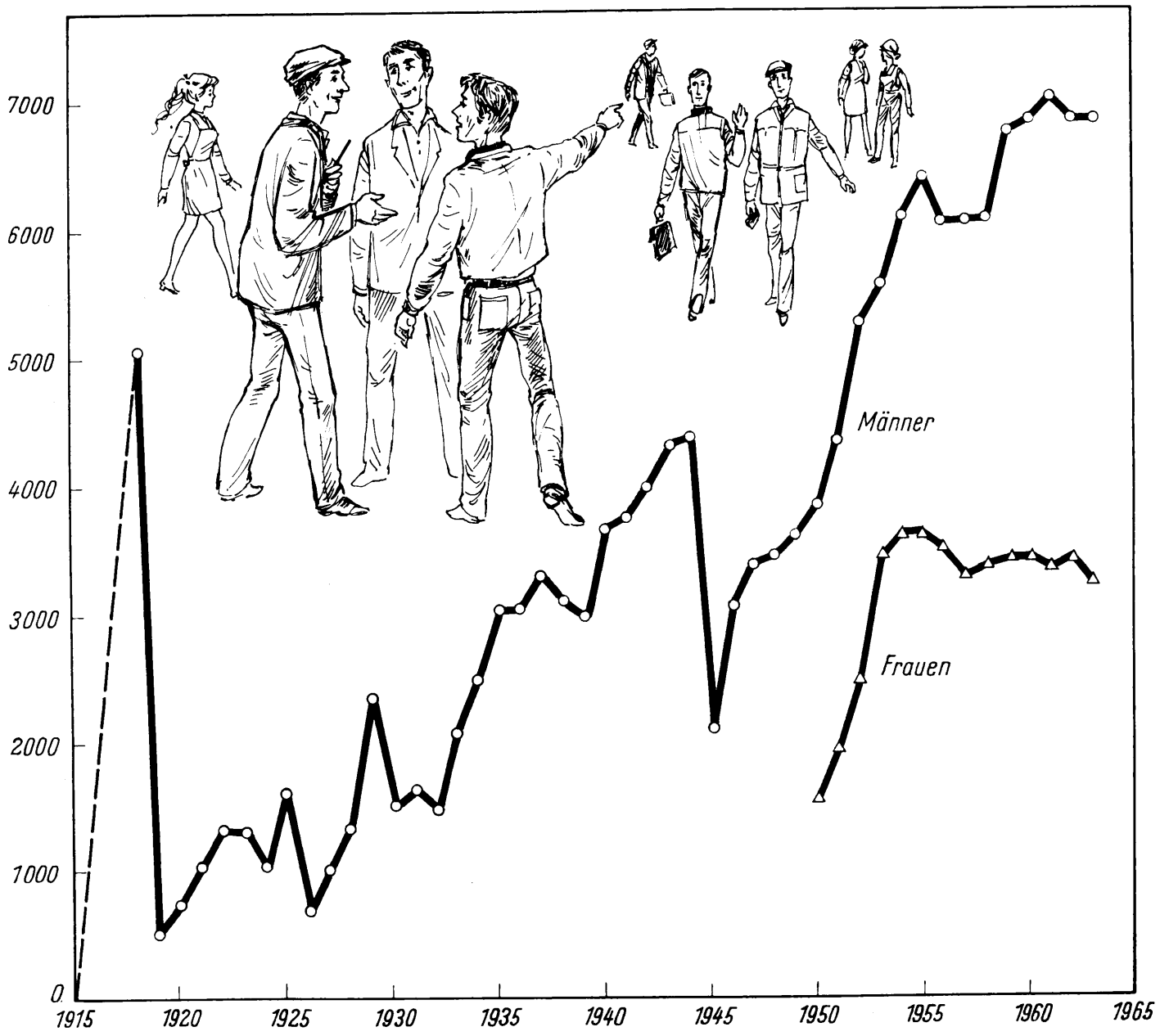
1. Entwicklung der Produktion nach Planpreisen [1]



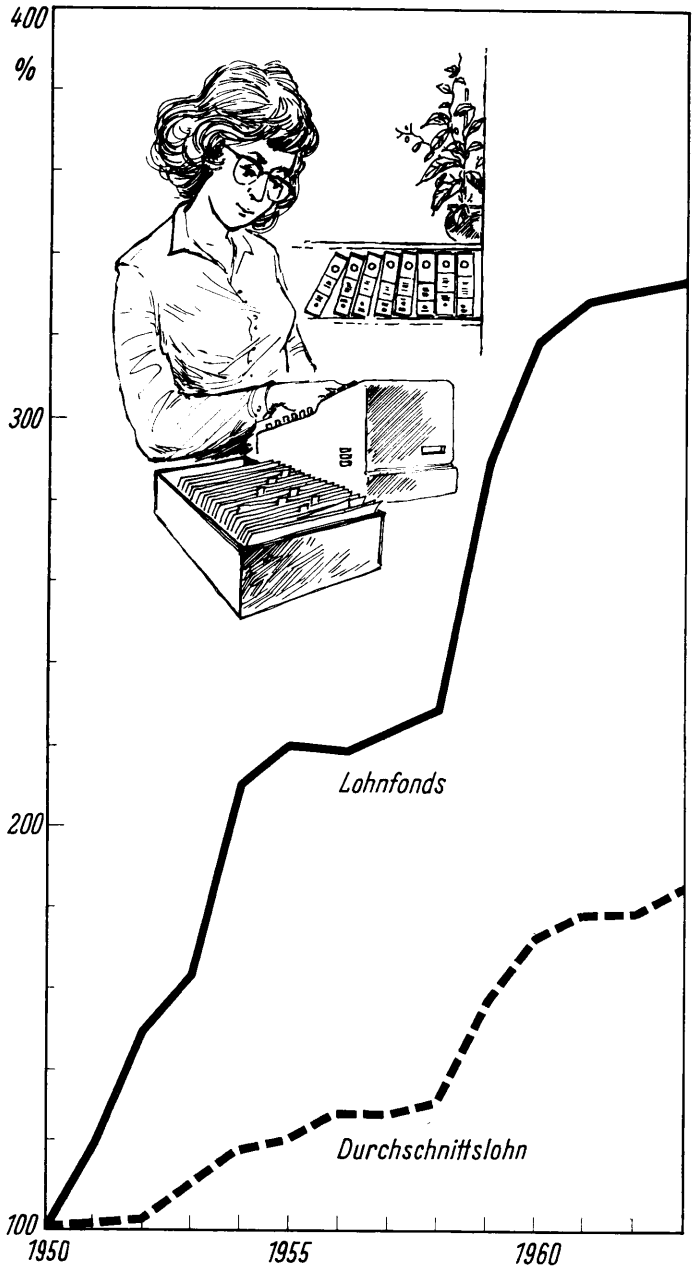
2. Steigerung der Arbeitsproduktivität [2]



3. Entwicklung der Arbeitskräfte [3]



4. Entwicklung des Lohnfonds und des Durchschnittslohnes



5. Investitionen 1945 bis 1965 [4]

Unter dem Begriff Investitionen verstehen wir im allgemeinen die Aufwendung finanzieller und materieller Mittel zur Errichtung neuer Anlagen, zur Erweiterung bestehender oder zum Ersatz nicht mehr funktionsfähiger Anlagen.
In der Vergangenheit stellte der Staat diese Mittel zur Verfügung, die aber selbstverständlich in den einzelnen Betrieben erst erwirtschaftet werden mußten. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Eigenerwirtschaftung der Mittel in den volkseigenen Betrieben obliegt diesen eine noch größere Verantwortung. In unserem Werk wurden und werden durch Investitionen große Veränderungen vollzogen. Hier sollen nur einige der wichtigsten Vorhaben genannt werden.

1952:
Mit einem Aufwand von 37,3 Millionen Mark geht die Prezenta-Anlage in Betrieb,
für die Kinderstadt am Tor II wird eine Million Mark aufgewendet.

1954:
Die Perlon-Anlage – später DEDERON – beginnt zu produzieren. 11,8 Millionen Mark wurden dafür bereitgestellt.
Für das Jugendklubhaus und die Sportanlage am Tor II werden 223 000 Mark ausgegeben.

1955:
Die Berufsschule am Tor I wird mit einem Aufwand von 1,3 Millionen Mark errichtet.
Die ehemalige Villa des I.G.-Farben-Direktors am See wird mit 150 000 Mark zum Nachtsanatorium ausgebaut.

1959:
16,8 Millionen Mark werden für die Neuanlage im Schwefelsäurebetrieb,
37 Millionen Mark für den neuen Tetraäthylbleibereich und

300 000 Mark für die Verkaufshalle am Tor II bereitgestellt.

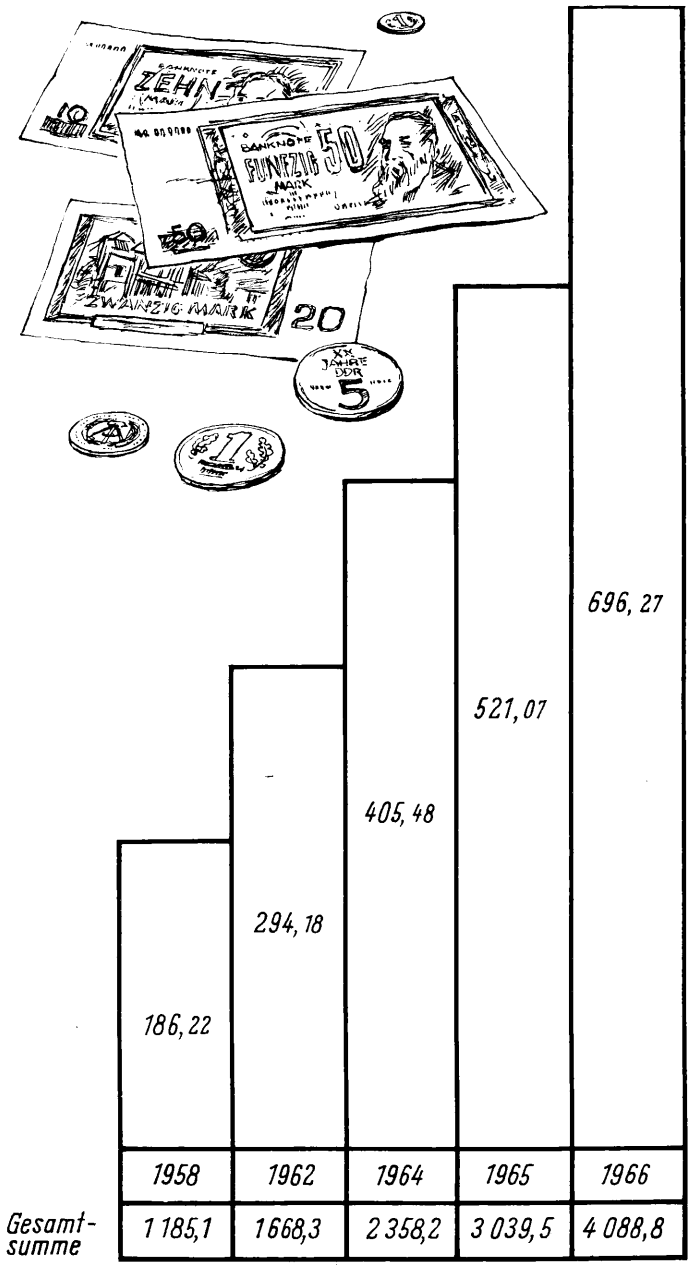
1960:
Mit 30 Millionen Mark Investmitteln wird der Prelana-Bereich – später WOLPRYLA – seiner Bestimmung übergeben. Die Errichtung der Lanon-Pilotanlage – später GRISUTEN – erfordert 8,7 Millionen Mark.

1962:
1,3 Millionen Mark werden für den Bau der Sporthalle am Tor II aufgebraucht.

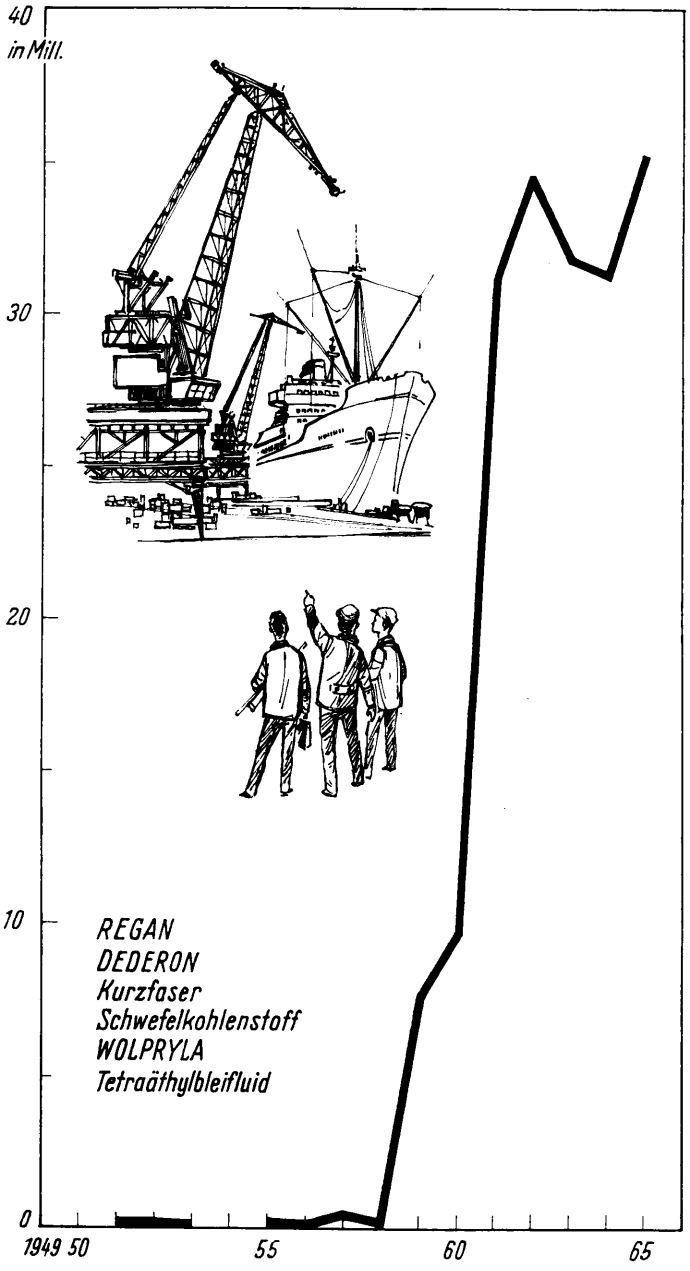
1965:
Mit 1,4 Millionen Mark wird die Aktivkohleproduktion erweitert.
Eine Million Mark wird für die Intensivierung der Schwefelkohlenstoffproduktion verausgabt.
Die Umstellung des Heizwerkes in Döberitz ist abgeschlossen. Dafür wurden 2,9 Millionen Mark benötigt. Weitere zwei Millionen Mark werden für die Errichtung sozialer Einrichtungen, den Neubau des Investlagers, das Heizprovisorium für das Zentrum und andere Vorhaben aufgewendet.

1966:
Über 12,25 Millionen Mark werden für die Erweiterung der WOLPRYLA-Anlage, das 110-kV-Umspannwerk, die Werkstätten, die Bitumenschmelze und das Flüssiglaktamlager bereitgestellt.
Die vorgesehenen Erweiterungen und die Errichtung von Neuanlagen für synthetische Fasern werden bis 1975 ein solches Ausmaß annehmen, daß der Grundmittelbestand nahezu verdoppelt wird und alle Aufwendungen bis 1966 zusammengenommen dagegen klein und bescheiden sind.

6. Entwicklung der Prämienzahlung [5]



7. Entwicklung des Exports in Mark [6]



1. Wohnungswesen

Ab 1934 entstand als gesonderter Ortsteil der Gemeinde Premnitz eine Kleinsiedlung. In vier Bauabschnitten wurden etwa 250 Siedlerstellen geschaffen. Das Werk selbst hatte bis 1945 Wohnhäuser errichtet und verwaltet, in denen etwa 270 Einzelwohnungen vorhanden waren. In den Jahren bis 1950 wurde die Anzahl der Wohnungen fast verdoppelt. 531 Werkswohnungen standen jetzt der Belegschaft zur Verfügung. Durch Neubauten im Gebiet Ernst-Thälmann-Straße – August-Bebel-Straße – Rosa-Luxemburg-Straße – Clara-Zetkin-Straße wurden die Werkswohnungen bis zum Jahre 1958 auf insgesamt 1231 erweitert. Am 20. August 1954 wurde die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) gebildet. Die Mitgliederzahl wuchs ständig und erreichte am 31. Dezember 1962 einen Stand von 940. Im Gebiet am Dachsberg, in der Karl-Marx-Straße, wurden bis 1958 die ersten 76 Wohnungseinheiten fertiggestellt. Am Ende des Jahres 1962 verfügte die AWG über insgesamt 378 Wohnungen, die bis 1967 um weitere 494 ergänzt wurden. In Gemeinsamkeit mit dem staatlichen Wohnungsbau entstanden neue Wohngebiete.

1957 bis 1958	am Dachsberg	Straße des Friedens
		Straße der Freundschaft
		Maxim-Gorki-Straße
		Makarenkostraße
1963 bis 1968	im Zentrum	Erich-Weinert-Straße
		Thomas-Mann-Straße
		Friedrich-Wolf-Straße
		Anne-Frank-Straße
		Johannes-R.-Becher-Straße
		Martin-Andersen-Nexö-Straße
1965 bis 1968	in der Waldstraße	
1952 bis 1953 und 1966 bis 1968	im Mühlenweg	

Allein in den Jahren 1962 bis 1967 wurden 564 Wohnungen fertiggestellt, die den Mietern höchsten Wohnkomfort bieten. In Premnitz und Rathenow unterhält das Chemiefaserwerk Wohnheime für ledige und alleinstehende Werksangehörige mit insgesamt 700 Plätzen. Für die Werterhaltung werden vom Werk jährlich etwa 450 000 Mark bereitgestellt.

2. Kindereinrichtungen

Im Jahre 1949 verfügte das Werk über
6 Krippenplätze (im Gebäude 401)
45 Plätze als Kindertagesstätte in der Siedlung (3 bis 6 Jahre)
124 Plätze als Kinderhortheim in der Liebigstraße (6 bis 14 Jahre)
Bis zum Jahre 1961 wurden die Plätze in den Kindereinrichtungen auf insgesamt 717 erweitert. In diesen Jahren wurde auch eine Kinderarztstation mit vorerst neun und später 20 Plätzen errichtet. Bis Ende 1966 kamen noch einmal 446 Plätze hinzu, darunter auch eine bestimmte Zahl von Wochenplätzen. Die bekanntesten Einrichtungen tragen Namen wie:
„Flax und Krümel", „Neues Leben", „Bummi".
Der Unkostenbeitrag der Eltern beträgt täglich:

Tageskrippe	0,90 Mark
Wochenkinderkrippe	1,30 Mark
Tageskinderbetreuung (3 bis 6 Jahre)	0,50 Mark
Wochenkinderbetreuung (3 bis 6 Jahre)	1,20 Mark
Tageskinderbetreuung (6 bis 14 Jahre)	0,50 Mark
Wochenkinderbetreuung (6 bis 14 Jahre)	1,50 Mark

3. Kinderferienlager

Nachdem das Ferienlager in Kuhlmühle aus vorwiegend hygienischen Gründen geschlossen werden mußte, fand man in Markgrafenheide einen geeigneten Platz, um ein entsprechendes Pionierlager zu errichten. Als Trägerbetrieb gibt das Chemiefaserwerk umfangreiche Unterstützung. Die ursprünglich vorhandene Unterbringungsmöglichkeit in Zelten wurde ab 1962 systematisch mit einem jährlichen Aufwand von rund 50 000 Mark durch massive Schlafhütten ersetzt. Heute hat das Pionierlager eine Kapazität von 800 Plätzen. Weitere 180 Plätze stehen für das Betreuungspersonal zur Verfügung. In der Vor- und Nachsaison können etwa 20 Plätze für die Belegschaft genutzt werden.
1962 wurde mit einem Aufwand von rund 240 000 Mark der erste Abschnitt im Betriebsferienlager Semlin errichtet. Mit weiteren Aufwendungen von etwa 250 000 Mark wurde das Ferienlager bis 1966 fertiggestellt. In Bungalows mit je 10 Kindern verleben in zwei Durchgängen etwa 400 Kinder unserer Betriebsangehörigen frohe Ferientage. In beiden Ferienlagern bestehen die vielfältigsten Möglichkeiten zur fachlichen, gesellschaftlichen und sportlichen Betätigung. Für das Betriebsferienlager in Semlin werden jährlich etwa 100 000 Mark bereitgestellt. Die Unkosten betragen für das erste und zweite Kind je 12 Mark, für das dritte Kind 9 Mark und für jedes weitere Kind je 6 Mark.

4. Werkküche

Noch 1949 gab es im Werk nur eine veraltete Küche im Gebäude 401. Die Kantine war viel zu eng und mit altem aus der I.G.-Farben-Zeit stammendem Mobiliar ausgestattet. Mit einem finanziellen Aufwand von 750 000 Mark wurde 1952 ein neuer Speisesaal mit 450 Plätzen zur Benutzung übergeben. Gleichzeitig wurde eine moderne Großküchenanlage geschaffen, die in der Lage ist, täglich rund 3500 Essenportionen herzustellen. 1958 wurden monatlich 77 700 Portionen verabreicht. Durch den Umbau von Küchen und Speisesälen im Tetraäthylbleibereich, im WOLPRYLA-Bereich, im Schwefelkohlenstoffbereich und durch Umbau und Erweiterung bestehender Einrichtungen standen 1965 etwa 1800 Plätze zur Verfügung.

Während 1949 täglich nur ein Essen verabreicht wurde, hatte die Belegschaft 1958 die Wahl unter vier verschiedenen Essen und ab 1963 unter sechs. Die Essenpreise belaufen sich auf 0,70, 0,90, 1,05, 1,45 und 1,85 Mark. Schonkost wird für 0,70 Mark verabreicht. Die schwierigen Bedingungen im Tetraäthylbleibetrieb bringen eine besondere Vergünstigung für die in den Gefahrenzonen 3 und 4 Beschäftigten. Sie erhalten kostenlos ein Frühstück und ein Mittagessen. Insgesamt wird für die Küchen ein jährlicher Betrag von etwa 570 000 Mark aufgebracht. 60 Prozent der Belegschaft nehmen regelmäßig am Werkküchenessen teil.
Dies ist der Speisezettel eines beliebigen Tages:
0,70 Mark Milchreis mit Apfelmus
0,90 Mark Hackbraten, Kartoffeln, Rotkohl
1,05 Mark Gemüsegulasch, Makkaroni, Krautsalat
1,45 Mark Zunge, Salzkartoffeln
1,85 Mark Leber, Kartoffelmus
Schonkost 0,70 Mark Gemüseplatte
Die Werkküche kochte lange Zeit auch das Mittagessen für die Premnitzer Schulen und Kindergärten und gab den Rentnern die Möglichkeit, am Werkessen teilzunehmen.

5. Nachtsanatorium

In einem am See gelegenen Gebäude, das früher dem Direktor des I.G.-Farben-Betriebes gehörte (2 Personen), wurde 1955 ein Nachtsanatorium für unsere Belegschaft eröffnet. In dieser Einrichtung finden für vier bis sechs Wochen Kolleginnen und Kollegen unentgeltlich Aufnahme, deren Gesundheitszustand besondere Ruhe, Pflege und Betreuung sowie ärztliche Aufsicht erforderlich macht. Das Nachtsanatorium hat eine Kapazität von 27 Plätzen. Davon sind sechs Plätze für Leichtkranke vorgesehen, da in Premnitz bisher eine dementsprechende Einrichtung fehlte. Alle Kolleginnen und Kollegen, die im Nachtsanatorium Aufnahme finden, werden für die entsprechende Zeit in die Tagschicht umgesetzt. Für die Betreuung stehen vier Schwestern und ein Arzt der Betriebspoliklinik zur Verfügung. Das Chemiefaserwerk stellt jährlich etwa 80 000 Mark bereit.

6. Versorgungseinrichtungen

Zur Erleichterung der Hausarbeit unserer Belegschaftsangehörigen wurde die im Werk vorhandene Wäscherei erweitert und bis zur Grenze ihrer Kapazität ausgelastet, um Haushaltswäsche mitwaschen zu können. Alle Möglichkeiten ausnutzend, wurde aber den Anforderungen nicht mehr Rechnung getragen. So wurde am 1. Februar 1965 eine Annahmestelle für Haushaltswäsche und chemische Reinigung durch den VEB Textilreinigung Rathenow eröffnet. Dieses Gebäude, in dem auch die Annahmestelle für 1000 kleine Dinge sowie eine Wartehalle für den Busbahnhof enthalten sind, trägt den Namen „Lurette". Allein im Jahr der Eröffnung wurden 10 150 Kilogramm Naßwäsche (0,42 Mark je Kilogramm), 50 300 Kilogramm Rollwäsche (0,96 Mark je Kilogramm) gewaschen und rund 9000 Kilogramm Bekleidungsstücke chemisch gereinigt. Der Belegschaft des Chemiefaserwerkes wurde die Möglichkeit gegeben, kleinere Reparaturen im Werk durchführen zu lassen oder auch selbst durchzuführen. Unter dem Begriff „1000 kleine Dinge" wird in etwa 15 Werkstätten des Werkes für diesen Zweck ein bestimmter Teil des Arbeitszeitfonds zur Verfügung gestellt. 1965 wurden etwa 20 000 Aufträge realisiert.
In einer früheren Unterkunftsbaracke in der Nähe des Tores II unterhält der HO-Spezialhandel Magdeburg seit 15. Februar 1963 einen Dienstleistungsbetrieb mit folgenden Unterabteilungen:
Maßanfertigung von Herren- und Damenoberbekleidung,
Anfertigung von Damen- und Kinderoberbekleidung,
Reparaturabteilung für Arbeitsbekleidung,
Gardinenabteilung, Reparaturdienst, Schuhreparaturen.
24 Kolleginnen und Kollegen arbeiten hier fast ausschließlich für Betriebsangehörige des Chemiefaserwerkes.
1949 wurde eine Verkaufseinrichtung der HO im alten

Speisesaal errichtet, die 1951 durch einen Kiosk ergänzt wurde. Durch Verkaufsstellen im neuen Speisesaal, im Speisesaal des Gebäudes 405, im Tetraäthylbleibereich, im WOLPRYLA-Bereich und in anderen Bereichen wurden die Verkaufseinrichtungen stark erweitert. Unmittelbar am Tor II wurde 1958/59 eine HO-Verkaufshalle für Lebensmittel, Fleisch und Industriewaren eröffnet. Außerdem wurden in den Jahren 1963 bis 1965 verstärkt Automaten zur kontinuierlichen Versorgung, besonders der Spät- und Nachtschicht, eingesetzt. Ab 1958 arbeitete der Versandhandel, zunächst probeweise mit 30 Kunden. In den folgenden Jahren wuchs der Bestelldienst stark an. Im Werk wurden verschiedene Annahme- und Auslieferungsstellen eingerichtet und 1965 ein besonders dafür hergerichtetes Gebäude in der Nähe vom Tor II dem Bestelldienst übergeben. Ab Juli des gleichen Jahres wurde der Bestelldienst auch auf Industriewaren ausgedehnt. Die Anzahl der Kunden für Lebensmittel wuchs bis Ende 1962 auf 241 und bis Ende 1966 auf 590 an. Der jährliche Umsatz nahm folgenden Aufstieg:

1960	70 000 Mark
1962	295 600 Mark
1965	479 700 Mark

Bei Industriewaren betrug der Umsatz

1962	34 500 Mark
1964	300 400 Mark
1965	862 900 Mark

Zur besseren Pausenversorgung organisierte die Werkküche einen Imbißverkauf. Im Angebot sind: Bouletten, Salate, belegte Brötchen, Bockwurst mit Salat oder Brötchen, Mixgetränke, alkoholfreie Getränke, Eierspeisen, Kaffee, Speiseeis und anderes. Verschiedene Betriebsabteilungen sind dazu übergegangen, im eigenen Bereich die Pausenversorgung zu organisieren. Beispielgebend in dieser Hinsicht war die Konerei I.

Die äußerst primitiven Verhältnisse in der ärztlichen Betreuung hatten die Konzernleitung der I. G. Farben im Jahre 1940 veranlaßt, eine Poliklinik zu bauen. Sie unterstand einem ständig im Betrieb tätigen Betriebsarzt. Außer der üblichen Ausrüstung waren eine Röntgeneinrichtung, Kurzwellen- und Diathermieapparate sowie ein medizinisch-technisches Labor neu geschaffen worden.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde die gesundheitliche Betreuung der Werksangehörigen durch einen praktischen Arzt der Gemeinde Premnitz übernommen. Heute sind in unserer Poliklinik fünf Ärzte und zwei Arzthelfer, zwei Zahnärzte und 16 Schwestern tätig. Mit dem Aufbau des Tetraäthylbleibereichs wurde dort eine gut ausgerüstete Betriebsambulanz eingerichtet und in Betrieb genommen. Für die Werksangehörigen wird die fachärztliche Betreuung in der Chirurgie und inneren Medizin täglich praktiziert. Hautarzt, Hals-Nasen-Ohren-Arzt, Augenarzt und Frauenarzt halten wöchentlich einmal ihre Sprechstunden im Werk ab. Außerdem werden in den Räumen der Poliklinik Bestrahlungen, Bäder, Heilgymnastik, Massagen, Fußpflege und Gehörprüfungen vom Fachpersonal durchgeführt. Nach einem festgelegten Rhythmus unterliegen die Beschäftigten der Reihenuntersuchung. Jährlich werden so etwa viereinhalbtausend Belegschaftsmitglieder auf ihren Gesundheitszustand hin überprüft.

Dem Wirtschaftsbetrieb sind eine Schweinemästerei und Gärtnerei unterstellt. Nach dem Bau von Ställen mit Futterküchen in den Jahren 1953 bis 1959 bestanden etwa 300 Mastplätze. Neben dem Eigenverbrauch wurden jährlich 550 Schweine auf Industriemastvertrag mit einer Fleischmenge von etwa 70 000 Kilogramm abgeliefert. Hier wurde ein Reingewinn von etwa 45 000 Mark erwirtschaftet. Die Gärtnerei betreibt in erster Linie den Anbau von Gemüse für unsere Werkküchen, Kindereinrichtungen und für die HO. 1963 konnte für 70 000 Mark Gemüse erzeugt und abgesetzt werden.

Nach der Arbeit können sich die Angehörigen des Werkes im Klubhaus „Freundschaft" erholen. Durch Gaststättenbewirtschaftung und Speisebetrieb sowie Tanzveranstaltungen finden 175 Gäste Freude und Entspannung.

Im Jahre 1956 wurde das Jugendklubhaus am See mit 110 Plätzen seiner Bestimmung übergeben.

Festlegung der Warenzeichen [8]

Die Warenzeichen für unsere Erzeugnisse wurden deshalb eingeführt, um für DDR-Erzeugnisse einheitliche Markenzeichen zu schaffen und rationeller und wirkungsvoller für Chemiefasererzeugnisse unserer Republik zu werben. Außerdem ging es darum, die Warenzeichen international eintragungs- und schutzfähig zu machen. Für den Verbraucher garantieren die Warenzeichen gleichbleibende bestimmte Eigenschaften und Qualitätsmerkmale des ausgezeichneten Erzeugnisses. Die Festlegung der Warenzeichen erfolgte für:

DEDERON	1959
WOLPRYLA	1961
GRISUTEN	1961
Premnitz Prezenta	1953
Premnitz Serona	1957
Premnitz Suprema	1953
REGAN	1966

Heldentum sozialistischer Arbeit – Ehre unseren Besten [9]

Die Werktätigen des Chemiefaserwerkes haben seit der Übernahme der Produktionsmittel in Volkes Hand wahre Heldentaten friedlicher Arbeit vollbracht.

Nachdem Adolf Hennecke im Oktober 1948 die Aktivistenbewegung ausgelöst hatte, brach sich auch in unserem Werk mehr und mehr die Erkenntnis von dem Zusammenhang „Mehr produzieren – besser leben" Bahn. Für ihre hervorragenden Leistungen wurden im Kunstseidenwerk 1949 zum erstenmal 14 Aktivisten ausgezeichnet.

Unter ihnen waren die Sortiererin Erna Altmann, die Spulerin Margarete Beiel, der Schlosser Walter Majunke, die Zwirnerin Liselotte Mühlenberg, der Glasbläser Willi Matthies, der Bleilöter Franz Kapfer und die Spulerin Anni Minks. Bis zum Jahresende 1966 wurde der Titel „Aktivist" bzw. die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen" 3357mal verliehen. Über 30 Kolleginnen und Kollegen tragen den ehrenden Titel „Verdienter Aktivist", unter ihnen die Konerin Magdalene Segrodnik, der Ingenieur Werner Schenker, der Schlosser Paul Neidler, die Konerin Leni Scheufler, der Diplomchemiker Willi Krause und die Kollegin Gertrud Boetig. Ein entscheidender Faktor sowohl für die Steigerung der Arbeitsproduktivität als auch für die Herausbildung sozialistischer Kollektive ist der Wettbewerb. Die Kolleginnen und Kollegen, die den größten Anteil an der Organisierung und Durchführung des Wettbewerbs hatten, wurden mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb" geehrt. Die Kolleginnen Marie Dammaschke und Inge Boveleth wurden 1953 erstmalig mit dieser hohen Auszeichnung geehrt. Heute sind es mehr als 20 Angehörige unseres Werkes, unter ihnen Willi Ginzel, Gertrud Holländer, Paul Liebsch, Dorothea Genge und Heinz Tauscher.

Neben der täglichen fachlichen Tätigkeit ist es vielen ein Bedürfnis, gesellschaftlich tätig zu sein. Unser Staat ehrte 22 Angehörige unseres Werkes mit der „Verdienstmedaille der DDR", unter ihnen Hans Melzer, Erna Schmidt, Vinzenz Nagel, Martha Scharrer, Richard Stage, Max Dorn und Alfred Bräutigam. Für ihre ausgezeichnete Arbeit und

den besonderen Einsatz in der Frauenarbeit wurden mit der „Clara-Zetkin-Medaille" ausgezeichnet: Erna Schmidt, Hedwig Szymanski, Kati Künzel und Lucie Herzig. Die „Fritz-Heckert-Medaille" tragen die Kolleginnen Margot Dittrich, Martha Hausmann und Elli Auth. Für ihren Kampf gegen den Faschismus und für hervorragende Leistungen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR erhielten vier Werksangehörige den „Vaterländischen Verdienstorden": Erich Winkler, ehemaliger Werkdirektor, den „Vaterländischen Verdienstorden" in Bronze 1959; Arthur Wilke, ehemaliger Technischer Direktor, den „Vaterländischen Verdienstorden" in Silber 1960; Karl Kaiser, Werksdirektor bis 1967, den „Vaterländischen Verdienstorden" in Bronze 1964; Arthur Franke, Schlosser im Kraftwerk, den „Vaterländischen Verdienstorden" in Bronze 1965.

Im November 1960 wurde Diplomingenieur Wilhelm Jugel mit dem Titel „Verdienter Techniker" geehrt.

Unsere Kollegen Dr. Rolf Steinert, Eberhard Seidler und Heinrich Fischer tragen den Titel „Held der Arbeit". Als „Verdienter Erfinder" wurden geehrt die Kollegen: Ingenieur Hans Bolle im Oktober 1952, Diplomingenieur Wilhelm Jugel im Oktober 1955, Ingenieur Vinzenz Nagel im Oktober 1953 und Otto Korb im November 1963.

Im Juni 1965 wurde der Direktor für Kader und Bildung, der langjährige Leiter der Betriebsakademie, Dr. Rudi Hüttner, für seine aktive Arbeit im Bildungswesen mit dem Ehrentitel „Verdienter Lehrer des Volkes" ausgezeichnet.

Für die bahnbrechende Arbeit zur Einführung der WOLPRYLA-Faser erhielt das Kollektiv Dr. Rolf Steinert, Ingenieur Eberhard Seidler und Diplomingenieur Heinrich Fischer 1963 den Orden „Banner der Arbeit". 1964 wurde das Autorenkollektiv „Organium", bestehend aus Dr. Berger und Dr. Müller, gleichfalls mit dem Orden „Banner der Arbeit" ausgezeichnet.

Für die ausgezeichneten Leistungen im Wettbewerb, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Herausbildung sozialistischer Kollektive wurde dem gesamten Kollektiv des Chemiefaserwerkes 1964 der Orden „Banner der Arbeit" verliehen.

Für umwälzende Neuerungen erhielten sieben Werksangehörige den Nationalpreis. Es sind: Dr. Werner Winkler im Oktober 1950, Dr. Ehrhard Fritzsche im Oktober 1952, Doktoringenieur Gustav Heintke im Oktober 1952, Diplomingenieur Heinrich Fischer im Oktober 1954, Diplomingenieur Arthur Wilke im Oktober 1954, Ingenieur Vinzenz Nagel im Oktober 1954 und Dr. Eberhard Roth im Oktober 1965.

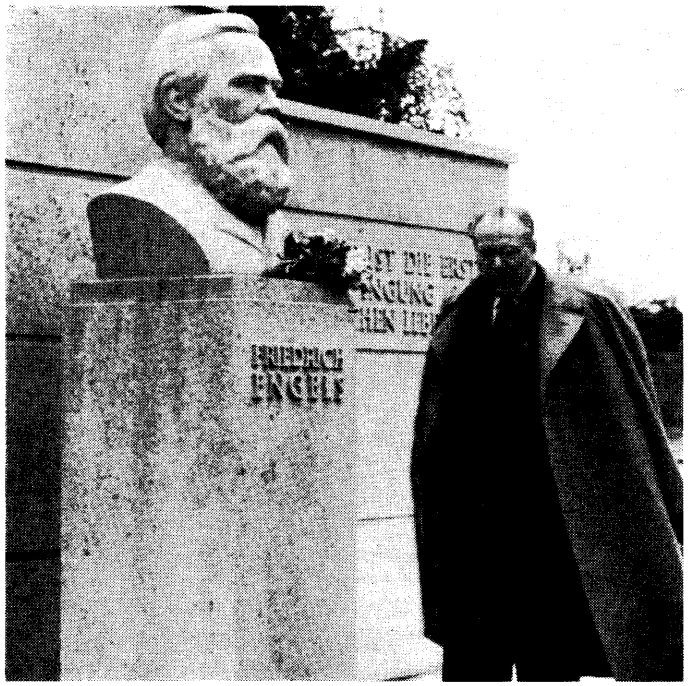
Für die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte sowie für die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit von einer besonderen Bedeutung. 1959 konnte die Brigade „Ethel Rosenberg" als erste mit dem Staatstitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet werden. Mehr als 40mal wurde dieser Titel bis 1967 verliehen, darunter zweimal an die Brigaden „7. Oktober", Tetraäthylbleibetrieb, „V. Parteitag", Konerei II, Schicht 2, „V. Parteitag", Konerei II, Schicht 1. 20 Arbeitsgemeinschaften konnten für ihre Forschungsarbeiten ebenfalls den ehrenden Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" erringen. Die herausragendsten Ergebnisse waren: Erhöhung des Spinngewichts REGAN, Prezenta-Spinnkuchen, Serona-Naßsulfidierung, Dedotex, Kontinuierliches Polyesterverfahren.

Die Jugendbrigaden „Oskar Neumann", WOLPRYLA, und „Otto Krahmann", Zwirnerei, tragen den Ehrentitel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR". 45 unserer Jugendlichen sind als Jungaktivisten ausgezeichnet worden, ein Jugendlicher als „Verdienter Jungaktivist". 18 Jugendliche tragen die höchste Auszeichnung des sozialistischen Jugendverbandes, die „Artur-Becker-Medaille".

28 Kämpfer der proletarischen Hundertschaften tragen die Medaille „Für treue Dienste" in den Kampfgruppen der Arbeiterklasse, neun Kämpfer die „Verdienstmedaille der Kampfgruppen".

Hohe Gäste im Werk und internationale Zusammenarbeit [10]

Im Verlaufe der Jahre nach 1945 haben namhafte Persönlichkeiten des In- und Auslands das Werk Premnitz zum Zweck des Erfahrungsaustausches und zur Information, aber auch anläßlich von Festveranstaltungen besucht.
Unter ihnen waren:
der erste Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Steinhoff; der erste Wirtschaftsminister im Land Brandenburg, Heinrich Rau, und dessen Nachfolger Falkenberg; der langjährige Oberbürgermeister von Berlin, Friedrich Ebert; der Begründer der Aktivistenbewegung, Adolf Hennecke; der langjährige Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Gerhart Eisler; die Mitglieder des Zentralkomitees der SED, Hermann Matern und Gerhard Grüneberg; der Stellvertreter des Ministers für Kultur, Hans Rodenberg.
Höhepunkte waren:
der Besuch des Mitglieds des Politbüros und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, zum Tag des Chemiearbeiters 1962, Alfred Neumann; der Besuch unseres unvergessenen ersten Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 3. Mai 1957, der sich von uns mit den Worten verabschiedete: „Vorwärts Premnitzer, zum Aufbau des Sozialismus!"; der Besuch des ehemaligen Präsidenten der Volkskammer, Professor Dr. Johannes Dieckmann, anläßlich der Inbetriebnahme des WOLPRYLA-Bereichs im November 1960 und die Besuche unseres ehemaligen Ministers für Justiz, Dr. Hilde Benjamin.
In den Gesprächen, die mit den Werktätigen meist an ihren Arbeitsplätzen geführt wurden, drückte sich die enge Verbundenheit der leitenden Mitglieder von Partei und Regierung aus. So schrieb uns die Genossin Dr. Hilde Benjamin: „Ich kann mir meine fachliche und politische Arbeit nicht vorstellen ohne lebendige wechselseitige Beziehungen zu verschiedenen Betrieben unserer Republik, und dabei nimmt Premnitz eine besondere Rolle ein. Das Chemiefaser-Werk „Friedrich Engels" ist ein Betrieb der Frauen, der Arbeiterinnen, und die große Bedeutung der Arbeiterin für den Aufbau und den Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung tritt dort in doppelter Hinsicht eindrucksvoll hervor: einmal zeigt sich die Unentbehrlichkeit und die vorwärtsweisende Kraft der Frauen beim Aufbau der sozialistischen Produktion – die erste sozialistische Brigade war, wenn ich mich recht erinnere, eine Frauenbrigade;
zum anderen beweist gerade Premnitz, daß die Arbeiterin die stärkste Kraft im Kampf aller Frauen für die volle Verwirklichung ihrer Rechte, die ihnen die sozialistische Gesellschaft gibt, im Sinne des Frauenkommuniqués des Politbüros ist.
Meine Beziehungen zum Chemiefaser-Werk Premnitz erstrecken sich nun schon über eine Reihe von Jahren, und meine Erinnerung bewahrt nicht wenige Erlebnisse: den Internationalen Frauentag 1960, die Jugendweihe 1961, die Beratung mit Schöffen und Mitgliedern der Konfliktkommissionen, die Aussprache über den Rechtspflegeerlaß des Staatsrates, und, nicht zuletzt, die Teilnahme an der ersten Aufführung des Arbeitertheaters mit der Bauernkantate, die mich sehr beeindruckte, und einem heiteren LPG-Spiel, auf dessen Titel ich mich nicht mehr besinnen kann und das mir großen Spaß machte.
Ich lernte die Frauen auch an ihrem Arbeitsplatz kennen und verstand so noch besser ihr Denken und Fühlen und das sich daraus ergebende Handeln. Ich erfuhr von ihren Sorgen in den vergangenen Jahren; es waren solche der Versorgung, es waren die Westberlinfahrten, Wohnungsprobleme, das Kulturhaus – und ihre schrittweise, manchmal sogar sprunghafte Überwindung. ...
Mit besonderem Interesse verfolge ich aber die Betriebszeitung. Durch ‚Aufwärts' bin ich stets mit dem Leben des Werkes verbunden. In ihm spiegelt sich die im Prozeß der Arbeit vor sich gehende Veränderung im Bewußtsein der Menschen deutlich wider. Das zeigte sich zum Beispiel im Verhältnis der Arbeiter zur Intelligenz – ich denke hier an die Kollektive von Arbeitern, Chemikern und Ingenieuren, die gemeinsam gestellte Aufgaben lösen; es zeigte sich in der Bereitschaft der Frauen und Jugendlichen, sich ständig weiter zu qualifizieren. ...



1957 weilte
Ministerpräsident Otto Grotewohl
in Premnitz.

Gäste zum Tag des Chemiearbeiters 1963.
An ihrer Spitze
das Mitglied des Politbüros des ZK der SED,
Minister Alfred Neumann
(Bild Mitte)

Jenny Matern (Bild unten)

Ich bin sehr froh darüber, daß mich enge kameradschaftliche Beziehungen mit den Werktätigen, im besonderen den Frauen, des Chemiefaser-Werkes verbinden. Sie tragen dazu bei, mir als Minister die Beziehungen zu den schaffenden Menschen stets lebendig zu halten, ohne die kein leitender Staatsfunktionär seine Aufgaben erfüllen kann, und sie bereichern Kenntnisse, Wissen und Fühlen. Sie geben mir als Frau den Gewinn herzlicher Freundschaft mit den Frauen von Premnitz." (Archiv der Betriebsparteileitung, CFW)

Die internationale Verbundenheit wurde durch den Besuch vieler Delegationen aus den sozialistischen Bruderländern, aus nationalen und internationalen Organisationen ausgedrückt. So besuchten zum Beispiel Delegierte folgender internationaler Organisationen das Chemiefaserwerk:
Internationale Demokratische Frauenföderation, Weltbund der Demokratischen Jugend, Weltgewerkschaftsbund, Internationale Vereinigung der Widerstandskämpfer.
Ferner waren zu Gast: der Minister für chemische Industrie der UdSSR, Federow (17. Mai 1960); der Minister für örtliche Industrie der Volksrepublik China, Scha Tien Li (11. Mai 1955); der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, A. Kossygin (10. Dezember 1955); der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bulgariens, Monoff (21. Mai 1960); der Stellvertretende Minister für Innen- und Außenhandel der Volksrepublik Ungarn, Halasz, der Ministerpräsident der CSSR, Joseph Lennart, und viele andere.
Doch die internationale Verbundenheit kam auch in der Beteiligung von Mitarbeitern des Chemiefaserwerkes an Projekten des Auslands zum Ausdruck:
Am Aufbau der ersten Kunstseidenfabrik der VR China in Paoting waren maßgeblich beteiligt die Kollegen Diplomingenieur Arthur Wilke und andere.
Am Aufbau des Kunstseidenwerkes Tschongsin in Indien hatte der Kollege Oberingenieur Vinzenz Nagel wesentlichen Anteil.
Am Projekt der Polyesteranlage in Kursk (UdSSR) war der Kollege Ingenieur Huth beteiligt.

Prof. Hans Rodenberg (Bild rechts)

Gäste aus Finnland (Bild links unten)

Gäste befreundeter internationaler Gewerkschaftsorganisationen im CFW (Bild links)

Die Kollegen Ingenieurökonom G. Paul, Diplomingenieur P. J. Kühne, Diplomingenieur R. Kuntze, Ingenieur Koßwig, Dr. Fritzsche, Ingenieur Beyer, Ingenieur R. Rühle und Kollege Dalchau arbeiteten mit ungarischen Kollegen zusammen am Aufbau der Polyamidfaseranlage „Magyar Viscosa Gyar" Nyergesujtalu. Nicht zuletzt zeigte sich der proletarische Internationalismus darin, daß unser Chemiefaserwerk maßgeblichen Anteil an der Ausbildung chinesischer, koreanischer und vietnamesischer Bürger zu Fachleuten auf dem Gebiet der Faserherstellung hat.

Abschließend einige Auszüge aus dem Gästebuch:

Am 1. Februar 1955 schreibt eine koreanische Delegation unter anderem: „Beim gemeinsamen Kampf unserer Völker um ihre nationale Einheit, Freiheit und Demokratie besuchten wir heute das Kunsteidenwerk ‚Friedrich Engels' in Premnitz. Das Werk ist sehr groß und modern, besonders die neu erbaute Betriebsberufsschule mit ihren Kabinetten. Unsere Kinder, die im September zur Lehrausbildung nach hier kommen werden, haben gute Ausbildungsmöglichkeiten."

Der Minister für örtliche Industrie der Volksrepublik China, Scha Tien Li, schreibt am 11. Mai 1955 ins Gästebuch:

„Mit Begeisterung und Stolz haben wir den chemischen Betrieb mit modernem und technisch hochentwickeltem Niveau gesehen. Da sich unser Land auf dem Wege der Industrialisierung befindet, ist dieser Betrieb ein leuchtendes Beispiel für unseren Aufbau und gibt uns volle Zuversicht. Wir wünschen dem Betrieb noch größere Erfolge. Es lebe die Freundschaft zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik."

Am 10. Dezember 1955 schreibt der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und jetzige Vorsitzende des Ministerrates, A. Kossygin: „Wir besichtigten mit großer Freude Ihren Betrieb, wie zählen ihn zu den fortschrittlichsten Betrieben auf dem Gebiete der Faser. Wir wünschen dem Kollektiv fernerhin große Erfolge, damit das Werk das fortschrittlichste in der Deutschen Demokratischen Republik wird."

Die sowjetische Delegation, die am 20. Oktober 1958 das Werk besuchte, schreibt:

„Liebe Kameraden und Freunde! Während der kurzen Zeit des Besuches in Ihrem Werke hatten wir die Möglichkeit, die Resultate der unentwegten schöpferischen Arbeit des vielköpfigen Kollektivs der Spezialisten und Arbeiter bei der Einführung neuer synthetischer Faserarten im Betrieb zu sehen. Vom Betrieb wird eine große Arbeit hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der kulturellen Betreuung der Arbeitenden durchgeführt. Ihrem Kollektiv sind große Aufgaben gestellt worden, in kurzer Zeit die Herstellung synthetischer Fasern um ein Mehrfaches zu erhöhen. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg. Dieses wird ein würdiger Beitrag Ihres Kollektivs sein für den Sieg des Sozialismus in der DDR."

Die Entwicklung der betrieblichen Bildungseinrichtung für Erwachsene vollzog sich in vier entscheidenden Etappen:
1. Bildung der Betriebsvolkshochschule
2. Bildung der Technischen Betriebsschule
3. Bildung der Betriebsakademie
4. Koordinierung des betrieblichen Bildungswesens

1. Betriebsvolkshochschule

Im Oktober 1949 wurde eine Außenstelle der Kreisvolkshochschule im damaligen Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" Premnitz eingerichtet, die mit dem Beginn des Jahres 1950 als Betriebsvolkshochschule in die Betreuung des Werkes überging. Sie nahm ihre Arbeit unter der Leitung des Genossen Erich Fröhlich auf. Aufgabe der Betriebsvolkshochschule war es, das allgemeine Niveau der Werktätigen zu heben. Bis zur Bildung der Technischen Betriebsschule, also bis zum 30. April 1953, wurden insgesamt durchgeführt:
55 gesellschaftswissenschaftliche Lehrgänge, 41 Lehrgänge für Sprachen, Literatur und Kunst, 111 naturwissenschaftliche und technische Lehrgänge, 39 Lehrgänge für Wirtschaft und Verwaltung, 23 Lehrgänge zur fachlichen Weiterbildung. Insgesamt waren hierfür 173 Lehrer und Dozenten tätig. Schon im Laufe der Jahre 1952 und 1953 wurde neben den allgemeinbildenden Lehrgängen besonderes Augenmerk auf die fachliche Weiterbildung unserer Werktätigen gelegt. So wurden zum Beispiel folgende Lehrgänge durchgeführt:
„Gesetze und Verordnungen", „Rechnungswesen unserer volkseigenen Wirtschaft", „Wir lernen von Aktivisten und Neuerern", „TAN, Leistungslohn und Buchhaltung", „Vollsynthetische Fasern", „Qualifizierung Kesselwärter", „Kesselspeisewasserchemie", „Autogenschweißtechnik", „Qualifizierung Neuererbewegung", „Qualifizierung Brigadiere mechanische Werkstätten" und andere. Die Betriebsvolkshochschule begann bereits mit einer systematischen Ausbildung zum Facharbeiter, die im Jahre 1953 abgeschlossen wurde. Zehn Kolleginnen des Textiltechnikums und 14 Lehrausbilderinnen erhielten im Jahre 1953 ihren Facharbeiterbrief für Chemiefaser. Insgesamt bildeten sich an der Betriebsvolkshochschule 6153 Werktätige. Davon waren 2624 (43 Prozent) Frauen. Die Entwicklung der Betriebsvolkshochschule war ein guter Start zur Technischen Betriebsschule.

2. Technische Betriebsschule

Durch Ministerratsbeschluß vom 1. Mai 1953 wurde mit der Bildung einer Technischen Betriebsschule eine höhere Entwicklungsetappe erreicht. Wie schon die Bezeichnung ausdrückt, galt es, die Weiterbildung der Werktätigen auf technischem Gebiet, also für ihren Arbeitsplatz und darüber hinaus, zu entwickeln. Als Leiter der Technischen Betriebsschule wurde Günter Damm vom Volksbildungsamt eingesetzt. Die innerbetrieblichen Lehrgänge wurden weitergeführt, jedoch erfolgten sie in Absprachen mit den einzelnen Betriebsteilen unseres Werkes. Es zeigten sich auch die Ansätze einer gewissen systematischen Qualifizierung. Jedoch bewegte sich diese zunächst nur in den niederen Lohngruppen. So wurden zum Beispiel alle neueingestellten Kolleginnen und Kollegen mit einer Einstellungsschulung für ihren Arbeitsplatz qualifiziert. Auch in Vorbereitung auf die Tätigkeit im DEDERON-Bereich wurden solche Schulungen durchgeführt.
Die allgemeinbildenden Lehrgänge liefen aus. Eingeleitet wurden systematische Qualifizierungen, wie zum Beispiel: Qualifizierung unserer Betriebsmeister für ihren Arbeitsplatz, Maschineschreiben für kaufmännische Lehrlinge als Ergänzungsfach für ihre kaufmännische Ausbildung, Qualifizierung von Angehörigen des DEDERON-Bereichs für ihren Arbeitsplatz, Qualifizierung der Gütekontrolleure, Qualifizierung betrieblicher Lenkungskräfte für ihren Arbeitsplatz, Einrichtung eines Lehrgangs „Autogenschweiß-

technik" für Handwerker mit dem Ziel der Aushändigung eines Schweißerpasses durch ZIS Halle, Einrichtung von Lehrgängen zur Vermittlung eines technischen Minimums, Russisch für Anfänger.

Im Jahre 1954 wurde die Ausbildung in Brigadeschulungen für neueingestellte Kolleginnen und Kollegen auf weitere Abteilungen unseres Werkes erweitert. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, allen die Erfahrungen der Aktivisten und Neuerer zu vermitteln. Mit großer Sorgfalt und nach eingehender Beratung mit Betriebsleitern und Normern wurden die ersten Aktivistenschulen eingerichtet. Durch den Besuch solcher Aktivistenschulen konnten 114 Frauen ihre Arbeitsproduktivität erheblich steigern. Erstmalig wurden Lohngruppenqualifizierungen vorgenommen (Qualifizierung für den derzeitigen Arbeitsplatz):

für die Lohngruppe III 11 Kolleginnen,
für die Lohngruppe IV 23 Kollegen
für die Lohngruppe V 2 Kollegen,
für die Lohngruppe VI 10 Kollegen.

Darunter befanden sich 16 Frauen. Neu war auch die Weiterbildung von Facharbeitern, die mit folgenden Ergebnissen abschloß:

Weiterbildung von Schlossern für die Lohngruppe VI, Ausbildung zum Autogenschweißer.

Um bei Bewerbern aus unserem Werk für ein Hoch- oder Fachschulstudium das Wissen in den Grundlagenfächern zu ergänzen, wurde 1954 der erste Vorbereitungslehrgang für ein solches Studium eingerichtet.

Er hatte eine Beteiligung von insgesamt 25 Kollegen, darunter 13 Frauen.

Die Arbeitskraft unserer Werktätigen durch Aufklärung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu erhalten, das war der Leitgedanke bei der Einrichtung einer Vortragsfolge durch eine unserer Betriebsärztinnen. Diese Einrichtung konnte sich eines großen Zuspruchs erfreuen. An 15 Vorträgen, die durch praktische Untersuchungen in unserer Betriebspoliklinik und reiches Film- und Bildmaterial unterstützt wurden, nahmen 1299 Kollegen, zu 98 Prozent Frauen, teil. Mit der Umbildung der Betriebsvolkshochschule zur Technischen Betriebsschule konnte das Bedürfnis der Werksangehörigen, sich Kenntnisse auf den verschiedensten Gebieten anzueignen, besser befriedigt werden. Im Jahre 1955 nahmen bereits 795 Kollegen, davon 473 Frauen, an Qualifizierungsmaßnahmen teil. Erstmalig wurde ferner eine Verbindung mit der Ingenieurschule für Textilindustrie in Karl-Marx-Stadt zur Einrichtung eines Meisterlehrgangs hergestellt. Für diesen Lehrgang wurden ehemalige Teilnehmer an Aspirantenlehrgängen und Meister angesprochen, die bereits im Betrieb tätig waren. Eine Delegierung durch die Kaderabteilung entsprechend den Erfordernissen erfolgte noch nicht.

Im Jahre 1956 begann der erste Meisterlehrgang, der 1958 mit einer Teilnehmerzahl von 17 Kollegen, darunter fünf Frauen, beendet wurde. Die weitere Ausbildung erfolgte unter den gleichen Aspekten wie in den beiden Vorjahren. Die Qualifizierungsmaßnahmen dehnten sich immer weiter auf die einzelnen Betriebsteile unseres Werkes aus. Es folgten weitere Lohngruppenqualifizierungen auf individueller Basis vorwiegend in den Handwerksbetrieben, im Kraftwerk und auch im Textiltechnikum.

Im Jahre 1957 wurden weitere Qualifizierungsmaßnahmen eingeleitet, um die Werktätigen für die Übernahme höherer Verantwortung zu befähigen und sie auf die neue Technologie vorzubereiten. Ein zweiter Lehrgang zur Ausbildung von Meistern der Fachrichtung Chemiefaser wurde mit 21 Teilnehmern, darunter vier Frauen, ebenfalls in Verbindung mit der Ingenieurschule Karl-Marx-Stadt eingerichtet. Eine bewährte ältere Meisterin aus der Konerei II legte vor der gleichen Schule ihre Sonderprüfung als Meister der volkseigenen Industrie ab, desgleichen sechs weitere Meister der Fachrichtung Chemie vor der Ingenieurschule Chemie in Leipzig. Insgesamt wurden in diesem Jahre 660 Kollegen, davon 439 Frauen, qualifiziert.

Im Jahre 1958 wurde die systematische Facharbeiterausbildung eingeleitet. Zunächst war die Fachrichtung Chemiefasern vorgesehen. Gleich der erste Lehrgang dieser lang-

fristigen Ausbildung erfreute sich eines großen Zuspruchs. Die Teilnahme an den Qualifizierungsmaßnahmen war besonders hoch. Am Ende des Jahres 1958 konnte ein Stand von 1165 abgeschlossenen und 351 eingeleiteten Ausbildungsmaßnahmen ausgewiesen werden. Das bedeutete, daß 38 Prozent der damaligen Belegschaft an der Qualifizierung teilnahm. Der Frauenanteil betrug 49 Prozent. Hier hatte die Technische Betriebsschule ihren Höhepunkt erreicht. Da jedoch die gesamte Ausbildung nach dem Gesichtspunkt einer technischen Weiterbildung erfolgte, sich vorwiegend also auf die Ausbildung für den damaligen Arbeitsplatz erstreckte, kann nicht in Zahlen oder Worten ausgedrückt werden, inwieweit sie zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beigetragen hat. Fest steht jedoch, daß durch die systematische Ausbildung und Qualifizierung der Facharbeiter für den Arbeitsplatz und darüber hinaus für eine höher bewertete Tätigkeit ein bestimmter positiver Einfluß auf die Arbeit und auf das Verständnis der Werktätigen für technische Probleme ausgeübt wurde. Die Qualifizierungsmaßnahmen konnten 1958 in unserem Werk einen so hohen Stand erreichen, weil auch 289 Lenkungskräfte unseres Werkes, darunter 34 Frauen, in Lehrgängen für Arbeitsschutz und für technische Sicherheit erfaßt wurden, die mit einem Befähigungsnachweis auf diesem Gebiet abgeschlossen wurden. Ferner schlossen in diesem Jahr drei Vorbereitungslehrgänge für das Abendstudium zum Meister der volkseigenen Industrie ab, desgleichen Speziallehrgänge für Turbinenmaschinisten, Dreher und Brigadiere der mechanischen Werkstätten.

Der erste Meisterlehrgang der Fachrichtung Chemiefaser schloß mit 17 Teilnehmern, darunter fünf Frauen, ab. Hervorzuheben ist, daß dieser Lehrgang mit 19 Teilnehmern, darunter fünf Frauen, begann, daß also eine konstante Beteiligung, vor allen Dingen der Frauen, zu verzeichnen war. 1959 wurden insgesamt 1165 Kollegen qualifiziert, darunter 500 Frauen. Die Technische Betriebsschule wurde in diesem Jahr zu einer Außenstelle der Ingenieurschule für Chemie, Leipzig, und der Ingenieurschule für Maschinenbau, Berlin. Das Jahr 1959 brachte eine weitere Steigerung in der Systematik der Qualifizierungsmaßnahmen durch die Bildung der Betriebsakademie. Letztere übernahm die Technische Betriebsschule und auch das Vortragswesen im Rahmen der Produktionspropaganda, das bisher der Gewerkschaft unterstand. Erstmalig dehnten sich die Qualifizierungsmaßnahmen über unser Werk hinaus auf textile Verkaufskräfte sämtlicher Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik aus. Die erste Ausbildung zur Aneignung von Fertigkeiten in einem zweiten Beruf (Hilfsschlosser) wurde in der Laktamrückgewinnung des Perlonbereichs und in der Viskoseabteilung des Kunstseidenbetriebes abgeschlossen. Die Technische Betriebsschule konnte am 31. August 1959 folgende Bilanz aufweisen: Insgesamt wurden 5871 Betriebsangehörige ausgebildet, davon waren 3366 Frauen.

Insgesamt erhielten also an der Technischen Betriebsschule das innerbetriebliche Zeugnis bzw. das staatliche Zeugnis 5871 Kollegen, davon 3366 Frauen; das ist ein Frauenanteil von mehr als 56 Prozent. Zu berücksichtigen ist aber, daß im Jahre 1959 die lohnpolitischen Maßnahmen auf Grund des neueingeführten Wirtschaftszweiglohngruppenkatalogs begannen, die sich in den Qualifizierungsziffern für den derzeitigen Arbeitsplatz und in der Weiterbildung von Facharbeitern, besonders bei den Handwerkern, ausdrückten.

3. Betriebsakademie

Wie bereits erwähnt, erfuhr unsere betriebliche Bildungseinrichtung mit der Gründung der Betriebsakademie am 1. September 1959 eine weitere Entwicklungsstufe. Die Systematik der Ausbildung wurde vertieft und gleichzeitig Lücken geschlossen, die in der Qualifizierung einzelner Werktätiger für ihren Arbeitsplatz noch vorhanden waren. Weitere Facharbeiterlehrgänge wurden eingerichtet. Beispielhaft war auch die Einführung eines Abend-Direkt-

studiums zum Meister der Fachrichtung Chemiefaser, das speziell für die Frauen eingerichtet wurde. Zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus wurde dem Abschluß der 8. bzw. der 10. Klasse besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es folgten die Einrichtung von Abendlehrgängen zur Ausbildung als Ingenieurökonom, Industrieökonom, Ingenieur für chemischen Apparatebau, Ingenieur für Chemiefaser und darüber hinaus die Weiterbildung unserer Kader zum Diplomchemiker an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam. Ein Sonderabkommen mit der Ingenieurschule für Textilindustrie Karl-Marx-Stadt ermöglichte die Qualifizierung zum Techniker, Fachrichtung Chemiefaser. Hieran nahmen 26 Kollegen, darunter elf Frauen, teil, die zum größten Teil aus den ehemaligen Meisterklassen kamen. Abgeschlossen wurde der Lehrgang von 20 Teilnehmern, darunter zehn Frauen. Wert wurde auch auf die pädagogische Weiterbildung der nebenberuflichen Dozenten gelegt.

Erfolgreich verlief die Ausbildung von Facharbeitern für einen zweiten Beruf. So konnten bisher acht Meßmechaniker und 39 Laboranten, darunter 37 Frauen, ihren zweiten Facharbeiterbrief in Empfang nehmen.

Daneben wurden allgemeinbildende Lehrgänge und Speziallehrgänge durchgeführt. Selbst die Fahrerlaubnis für Moped und für die Klassen I bis V konnten über die Betriebsakademie erworben werden.

Unter die Rubrik Speziallehrgänge fielen Lehrgänge wie: PVC-Schweißen, Brennschneiden, Lehrgang für Kranführer, Lehrgang für Aufzugführer, Lehrgang für Arbeitsschutzinspekteure, Lehrgang für Gerätewarte für Gasschutz, Lehrgang für Berufskraftfahrer, Arbeitspsychologie für Meister, Qualifizierungslehrgänge für Verwaltungsangestellte der Gehaltsgruppen A III – V und A VI – VIII, Ausbildung von älteren Meistern und Meisterinnen zu Betriebsmeistern in zwei Sonderklassen und einige andere mehr.

Zu den allgemeinbildenden Lehrgängen gehörten Lehrgänge wie: Russisch für Anfänger, Russisch für Fortgeschrittene, Englisch für Anfänger, Englisch für Fortgeschrittene, Englisch für Chemieberufe, Maschineschreiben, Steno für Anfänger, Steno Eilschrift, Qualifizierung Küchenpersonal und andere.

Dazu kamen werkfremde Teilnehmer an Speziallehrgängen, so zum Beispiel Studenten der Pädagogischen Hochschule, die in Produktionslehrgängen in eine praktische Ausbildung eingeführt wurden. Auch der erste polytechnische Unterricht wurde im Jahre 1960 durchgeführt.

Als Leiter der Betriebsakademie waren bisher tätig: der jetzige Direktor für Kader und Bildung, Dr. Rudi Hüttner, Karl Schuster, Gerhard Hillebrandt und Gotthold Fiedler.

4. Koordinierung des betrieblichen Bildungswesens

Die 4. Etappe der Entwicklung unserer betrieblichen Bildungseinrichtung war der Zusammenschluß der Betriebsakademie mit der Berufsausbildung zu einem betrieblichen Bildungswesen (1. Januar 1963).

Die Qualifizierung erfolgte von jetzt ab nach dem Plan der Qualifizierung für Werktätige und gliedert sich wie folgt auf:

Ausbildungsstufe I: Qualifizierung für den Arbeitsplatz – Bedienung einfacher Apparate mit 40 Ausbildungsstunden (theoretisch).

Ausbildungsstufe II: Qualifizierung für den Arbeitsplatz – Bedienung mehrerer Apparate und Maschinen im Arbeitsbereich mit 150 bis 175 Ausbildungsstunden (theoretisch).

Ausbildungsstufe III: Qualifizierung zum Facharbeiter mit staatlichem Abschluß, Einsatz in speziellen Fachrichtungen, mit 350 bis 385 Ausbildungsstunden.

Ausbildungsstufe IV: Weiterbildung von Facharbeitern mit Spezialkenntnissen, Einsatz für kompliziertere Arbeiten mit 265 bis 290 Ausbildungsstunden.

Ausbildungsstufe V: Qualifizierung zum Meister oder Meister-Facharbeiter der jeweiligen Fachrichtung.

Ausbildungsstufe VI und VII: Fachschulabschluß.

Bilanz der Betriebsakademie vom 1. 9. 1959 bis 31. 12. 1963

	1959		1960		1961		1962		1963	
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
1. Ausbildung	75	63	205	147	175	127	93	59	112	86
2. Ausbildung in Aktivistenschulen	2	2	9	9			77	77	74	65
3. Aneignung von Fertigkeiten aus einem 2. Beruf	4		24		9		10			
4. Qualifizierung für den Arbeitsplatz	126	75	355	219	100	11	126	31	40	30
5. Ausbildung zum Facharbeiter	43	1	182	49	61	29	95	37	22	4
6. Weiterbildung von Facharbeitern	29	3	61		92	2	19		55	
7. Ausbildung zum Meister			66	33	20		48	10	21	7
8. Ausbildung zum Techniker									20	10
9. Vorbereitung zum Fachschulstudium	42	20	62	18	38	12			30	9
10. Abschluß 8. Klasse			3	2					5	2
11. Abschluß 10. Klasse					5	1			6	1
12. Weiterbildung von Pädagogen							27	2		
13. Weiterbildung von Kadern									16	3
14. Sondermaßnahmen, Schulung Neueingestellter									225	93
15. Sonstige Schulungsmaßnahmen	36	25	413	104	60	24	49	39	27	27
16. Produktionslehrgänge für Werksfremde	18	18	91	85	115	96	103	81	52	41
	375	207	1471	666	675	302	647	336	705	378

Ausbildungsstufe VIII: Hochschulabschluß.
Ausbildungsstufe IX: Weiterbildung von Kadern.
Fachliche Sondermaßnahmen: Dieser Abschnitt schließt die Weiterqualifizierung in Spezialfächern auf allen Gebieten ein.
Allgemeinbildung: Abschluß der 8. und 10. Klasse, allgemeinbildende Lehrgänge.
Ab 1. Januar 1968 wurde der Direktionsbereich Kader und Bildung eingerichtet, dessen Leiter der „Verdiente Lehrer des Volkes" Dr. Rudi Hüttner ist. Die Ausbildung und Qualifizierung wird immer mehr den volkswirtschaftlichen und strukturbestimmenden Erfordernissen angepaßt. Deshalb wurden auch solche Lehrgänge wie Netzplantechnik, elektronische Datenverarbeitung oder sozialistische Wirtschaftsführung organisiert.
Die Ausgangsbasis für die Erwachsenenqualifizierung liegt allerdings in der Berufsausbildung. Während bis zum Jahre 1958 der Bedarf an Chemiefacharbeitern Textil überwog (das Höchste waren 61,2 Prozent der gesamten Lehrlinge), verändert sich seitdem der Bedarf an Chemiefaserfacharbeitern sprunghaft. Anfang der sechziger Jahre wurden bis zu 69 Prozent der Lehrlinge für diesen Beruf ausgebildet. Gleichzeitig gewann der Beruf des Meß- und Regelungsmechanikers mehr und mehr an Bedeutung. Jährlich werden etwa 20 junge Menschen in diesem Beruf ausgebildet. 1946 wurden in der damaligen Werkschule Schlosser, Elektriker und Chemiewerker ausgebildet. 1949 war die Vielfalt der Berufe wesentlich breiter geworden. So wurden bereits Chemiefacharbeiter, Maschinenschlosser, Elektriker, kaufmännische Lehrlinge, technische Zeichner, Säuglingspflegerinnen, Tischler, Maurer und Klempner ausgebildet. Entsprechend den Anforderungen wuchs die Breite der Berufsausbildung noch an, wurde aber auch spezieller. Neben den bereits erwähnten Berufsgruppen wurden 1965 auch Industriekaufleute, Maschinenbauzeichner, Chemiefacharbeiter mit Abitur, Maschinenfahrer und andere ausgebildet. Es war selbstverständlich, daß die räumlichen Bedingungen den Anforderungen nicht standhielten. Im Jahre 1955 wurde eine neue Berufsschule mit einem Aufwand von 1,3 Millionen Mark erbaut. Trotzdem mußte zehn Jahre später eine neue Ausbildungsstätte errichtet werden, die im Oktober 1967 den Schülern und Lehrern übergeben werden konnte. Modern eingerichtete Räume werden den Anforderungen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften gerecht. In diesem neuen Lehrwerk finden auch die Schüler der polytechnischen Oberschulen Aufnahme für ihren Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion. Auch die Betriebsschule für Marxismus-Leninismus, an der bewährte und erfahrene Mitglieder der SED ihre gesellschaftlichen Kenntnisse erweitern, ist hier untergebracht.

Kulturelle Entwicklung [12]

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus waren die Bedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten nach wahrhaft geistigen und kulturellen Gütern groß. Mit dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, in dem unter anderem die Entwicklung einer antifaschistischen demokratischen Kultur gefordert wurde, erfolgte gewissermaßen die Grundsteinlegung für die Kulturrevolution der befreiten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Die neue Premnitzer Kulturgeschichte begann im Juni 1945. Der damalige sowjetische Kulturoffizier, der Bürgermeister von Premnitz und weitere Mitglieder der antifaschistischen Gemeindeverwaltung setzten sich mit Premnitzer Bürgern zusammen und besprachen, wie das kulturelle Leben in Premnitz entfaltet werden sollte. Ein Ergebnis dieser Aussprache war der Auftrag an den Bürger Karl Wichmann, eine Laienspielgruppe zu gründen.

Unvorstellbar schwer war der Anfang, aber die Mitglieder der Laienspielgruppe, unter ihnen zahlreiche Jugendliche, hatten den Mut und zeigten die Einsatzbereitschaft, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Im „Lindenhof" begannen die Proben zum Schauspiel „Nachtasyl" von Maxim Gorki. Der Saal konnte nicht geheizt werden, das Dach war defekt, und die technischen Einrichtungen der Bühne waren stark beschädigt. Da nicht einmal ausreichende Sitzgelegenheiten vorhanden waren, wurde das erste Stück in drei Vorstellungen vor insgesamt 920 Besuchern im Kino aufgeführt.

Die Laienspielgruppe wurde fortan zum festen Bestandteil des Kulturlebens von Premnitz.

Von 1946 bis 1948 gelangten „Der goldene Helm" von Karl Hauptmann mit 13 Vorstellungen und 2827 Besuchern und das Stück „Die Illegalen" von Günter Weisenborn mit neun Vorstellungen und 2546 Besuchern zur Aufführung. Die Gruppe bekam den Namen „Dramatischer Zirkel Stanislawski" und wurde der im Rahmen des Kulturbundes im Jahre 1947 gegründeten „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" – der heutigen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft – unterstellt. Sie war als „Volksbühne Premnitz" bekannt. Die Tätigkeit der Premnitzer Laienspielgruppe war in den Jahren 1945 bis 1949 die einzige Einrichtung, in der sich die Bevölkerung kulturell betätigen konnte. Erwähnenswert erscheint die Tatsache, daß die Gruppe sich mit den Eintrittsgeldern und gelegentlichen Spenden selbst finanzierte. Erst im Jahre 1951 wurde die Gruppe vom damaligen Kunstseidenwerk übernommen.

Der Kollege Hermann Czimmek gründete im Jahre 1949 mit einigen Kollegen das heute unter der Leitung von Walter Schugardt stehende Blasorchester. Ein Jahr später wurde im Kunstseidenwerk der Werkschor geschaffen, der im Jahr 1953 mit der inzwischen entstandenen Tanzgruppe und dem Volksinstrumentalorchester zu einem Ensemble im Kunstseidenwerk vereinigt wurde.

Eine ausgezeichnete künstlerisch-politische Arbeit leistete der Dramatische Zirkel unter Leitung der Genossen Willi Blume und Karl Wichmann auch in den Jahren von 1952 bis 1956. Unter oftmals härtesten Bedingungen wurden solche Stücke wie „Schneeball" und „Der weiße Engel", Auseinandersetzungen mit dem amerikanischen Rassenterror, und „Das rote Halstuch" inszeniert.

Ein Auftritt im Leipziger Schauspielhaus während des IV. Parlaments der FDJ, der 2. Platz beim zentralen Ausscheid der besten Dramatischen Zirkel der DDR 1954 in Weimar und die persönliche Bekanntschaft der Zirkelmitglieder mit dem weltbekannten sowjetischen Autor des Stückes „Das rote Halstuch", Genossen Sergej Michalkow, waren der schönste Lohn.

Leitungsmäßig wurden diese Gruppen durch die damalige Kulturdirektion erfaßt. Besonders die Genossin Elli Hempel und der Genosse Herbert Wilde als Kulturdirektoren unterstützten und förderten die Tätigkeit der Laienschaffenden.

Schon in den Jahren 1952 und 1953 wurde der Wunsch laut, eine Kabarettgruppe zu bilden. Doch erst im Jahre 1954 wurde auf Initiative des Genossen Karl Wichmann das politisch-satirische Kabarett „Die Lanze" gegründet.

Die Singegruppe (Bild links)

Arbeiteroper –
Szenenbild aus
„Der Richter von Hohenburg"

Der Chor
zur Brieselanger Woche 1962 (Bild links unten)

Arbeitertheater –
Szenenbild aus „Alwin der Letzte"
(Bild rechts)

Mitwirkende des Kinderballetts
zeigen eine Probe ihres Könnens.
(Bild rechts unten)

In zahlreichen Vorstellungen fand das kabarettistische Kollektiv großen Anklang bei den Kolleginnen und Kollegen im Werk und erntete viel Beifall bei Auftritten in Premnitz und anderen umliegenden Ortschaften. Hemmnisse in der Produktion, Schlendrian und Bummelantentum, Gleichmacherei und Überheblichkeit waren die Zielscheiben der satirischen „Lanze". In diesen Jahren gestalteten die einzelnen Gruppen viele gemeinsame Estradenprogramme und zeigten bereits damals, daß das Zusammenwirken vieler kultureller Kräfte der volkskünstlerischen Arbeit großen Auftrieb geben kann.

Im Jahre 1953 konnten mit dem Bau des Kulturhauses am Tor II den künstlerischen Interessengemeinschaften ein Konzertsaal und zahlreiche Zirkel- und Arbeitsräume zur Verfügung gestellt werden. Noch vorher wurden das Klubhaus Bunsenstraße und der Kultursaal Liebigstraße dem Werk zur kulturellen Nutzung übergeben. Schließlich ging auch das Jugendklubhaus der Freien Deutschen Jugend in die Verwaltung des Werkes über. Darin befindet sich heute der Jugendklub am See.

Neben der Entwicklung der kulturellen Selbstbetätigung in Volkskunstgruppen und Zirkeln wurde auch großer Wert darauf gelegt, daß den Kolleginnen und Kollegen das kulturelle Erbe und neue Kunstwerke nahegebracht wurden. So wurde schon vor 1950 damit begonnen, mit vielseitigen Veranstaltungen das Interesse der Werktätigen an geistig-kulturellen Gütern zu wecken. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das Gastspiel des Piadnitzki-Chores aus der UdSSR im Jahre 1953, das Konzert der Dresdener Philharmoniker mit der weltbekannten Pianistin Elli Ney im Jahre 1954 und die vielen Gastspiele des Theaters der Stadt Brandenburg und des Theaters der Altmark aus Stendal.

In den künstlerischen Arbeitsgemeinschaften fanden die Werktätigen von Premnitz neue kulturelle Betätigungsfelder, so zum Beispiel im Filmzirkel, Fotozirkel und in ähnlichen Interessengruppen.

Die erste Kulturkonferenz der SED im Jahre 1958 stellte die

Die wissenschaftliche Bibliothek (Bild rechts)

Mitwirkender im Filmzirkel

Aufgabe, eine sozialistische Nationalkultur als Vorbild für ein künftiges, wiedervereinigtes, sozialistisches Deutschland zu schaffen. Dieser in die Zukunft weisende Gedanke wurde durch die erste Bitterfelder Konferenz, die unter dem Motto „Kumpel, greif zur Feder!" stand, unterstützt. Die Bitterfelder Konferenz war ein Wendepunkt in der gesamten Kulturarbeit, ging es doch darum, die schöpferischen Talente des Volkes zu wecken mit dem Ziel, eine sozialistische Nationalkultur zu schaffen. Im Ergebnis dieser Konferenz entstanden in Premnitz unter anderem der Mal- und Zeichenzirkel, der Plastikzirkel, der Zirkel „Schreibender Arbeiter", zeitweise auch der Zirkel „Komponierender Arbeiter", die Arbeiteroper, und aus dem damaligen dramatischen Zirkel Stanislawski wurde das Arbeitertheater unseres Werkes.

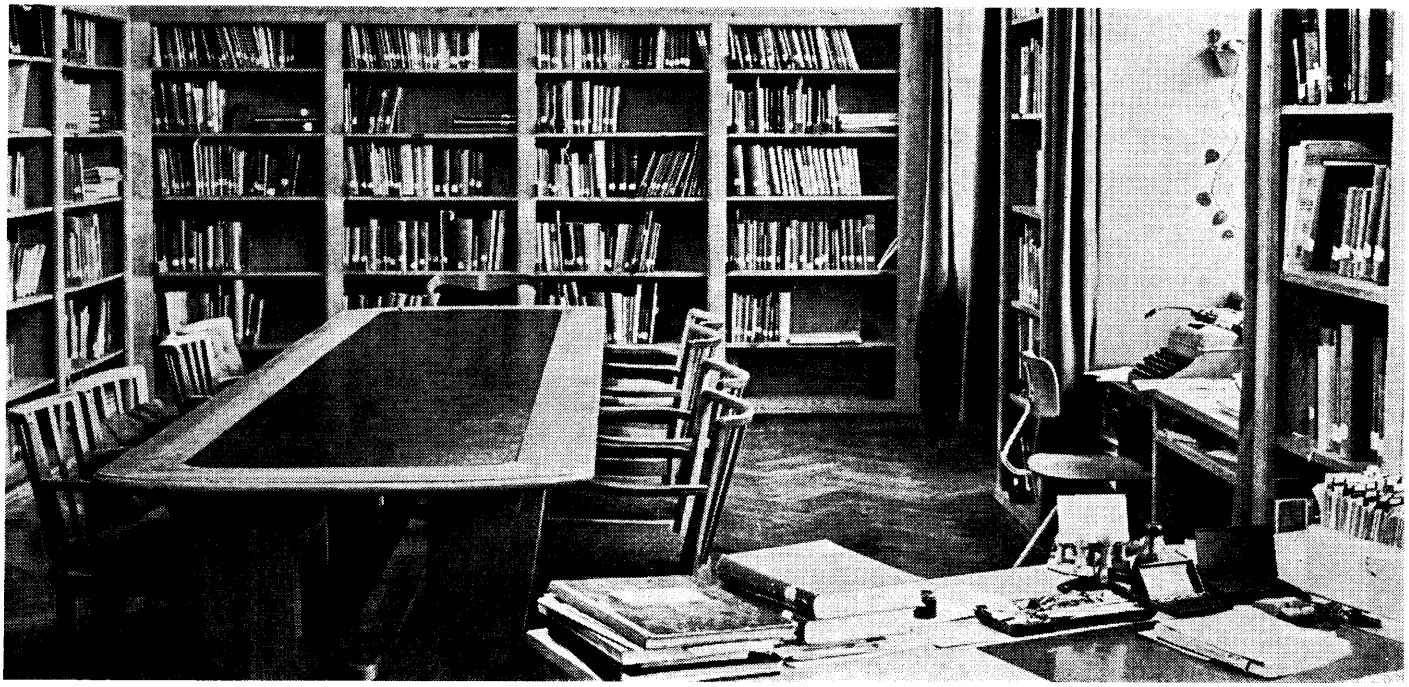
Das Arbeitertheater und die Arbeiteroper wurden im Jahre 1960 gegründet. Damals gehörten zum Arbeitertheater 15 Mitwirkende, 1964 waren es vier Regiegruppen mit rund 70 Mitspielern.

Berufskünstler kamen ins Werk und halfen den Laienschaffenden bei der Verwirklichung des Bitterfelder Weges. Der Grafiker Rainer Stuchlik und der Bildhauer Karl Mertens leiten zum Beispiel als Berufskünstler den Mal- und Zeichenzirkel bzw. den Plastikzirkel an. Der Oberspielleiter der Oper am Theater der Stadt Brandenburg, Klaus Barnikol, half bei der Inszenierung der Oper „Der Richter von Hohenburg". Diese Beispiele mögen ausreichen, um für andere Berufskünstler zu stehen.

Einen großen Aufschwung erreichte das Arbeitertheater mit seinem Lustspiel „Alwin, der Letzte", das in 49 Vorstellungen 4200 Besucher begeisterte. Es folgten die Vorstellungen „Der Keller" von Hans Lucke, „3 x klingeln" von Schmidt, „Standpunkte" von Mehlhausen, „Auf verlorenem Posten" von Freier, und 1965 wurden anläßlich des 20jährigen Bestehens der Sprechbühne als ein Höhepunkt dieser Entwicklung „Die Matrosen von Cattaro" von Friedrich Wolf aufgeführt.

Im Jahre 1962 begann eine neue Etappe. Die Kulturarbeit wurde auch unmittelbar in den Wohngebieten der Werktätigen begonnen. Hier gab es bisher wenig Erfahrungen. Mit Unterstützung der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front und der ständigen Kommission Kultur beim Rat der Stadt Premnitz wurde die Arbeit organisiert. Mitarbeiter der Klubleitung gingen in die Wohngebiete, um dort mitzuhelfen, die Kulturarbeit kontinuierlich aufzubauen. Es wurden zum Beispiel Wohnbezirksfeste veranstaltet, Vorträge in den Wohngebieten gehalten, oder der Mal- und Zeichenzirkel tagte im Wohngebiet am Dachsberg. Nach der 2. Bitterfelder Konferenz zogen auch unsere Volkskunstgruppen auf einer zentralen Kulturkonferenz des Chemiefaserwerkes Bilanz. Dabei konnten gute Ergebnisse volkskünstlerischer Arbeit erzielt werden. Der schreibende Arbeiter Horst Enke schuf zum Beispiel das Jugendstück „Kalle, König der Stadt", das erfolgreich durch unser Arbeitertheater aufgeführt wurde. Das schon zur Tradition gewordene Premnitzer Sommerfest wurde nach dem Beispiel des Festes des Liedes und des Tanzes von Aue zu einem gelungenen Volksfest. Die Bürger der Stadt Premnitz und die Werktätigen des CFW wurden selbst in die Vorbereitung und Durchführung des Sommerfestes einbezogen. Höhepunkte der kulturellen Tätigkeit aller Volkskunstgruppen und Laienschaffenden waren die jeweiligen Vorbereitungen auf die Arbeiterfestspiele der DDR. Premnitz gehörte 1966 selbst zu einem der zahlreichen Festspielorte, als die 8. Arbeiterfestspiele im Bezirk Potsdam durchgeführt wurden.

Ein völlig neuer Weg auf dem Gebiet des Premnitzer Musiktheaters wurde während der Vorbereitungen auf die 10. Arbeiterfestspiele in Halle begangen. Angeregt durch die Leistungen der Brigaden und ihre Entwicklung zu sozialistischen Kollektiven, in denen allseitig entwickelte Persönlichkeiten erzogen werden, entstand das Singspiel „Havarie nach Feierabend". Der Textautor und der Komponist, damals beide Bürger von Premnitz und im Chemiefaserwerk tätig, schufen – wiederum in Zusammenarbeit mit dem Theater der Stadt Brandenburg, – ein sehr popu-



läres Gegenwartsstück, das – aufgeführt von Premnitzer, Brandenburger und Rathenower Volkskünstlern – in Halle mit der Silbermedaille der 10. Arbeiterfestspiele ausgezeichnet wurde.

Die kulturelle Entwicklung der Werktätigen des Chemiefaserwerkes ging aber nicht nur auf dem Gebiet der Volkskunst vor sich. Seit der ersten Bitterfelder Konferenz entstanden nach dem Vorbild der Brigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld auch in unserem Werk sozialistische Brigaden. Heute gibt es 192, von denen fast alle ein Brigadebuch führen. Diese Bücher sind wichtige Dokumente, die aussagen, wie die Brigaden die Aufgabe des V. Parteitages: „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" in Angriff nahmen und meisterten. Nach dem VII. Parteitag der SED erarbeiteten sich die Brigaden Kultur- und Bildungspläne, die, ausgehend von den Interessen der einzelnen Brigademitglieder, dazu beitragen, das kulturelle Niveau der gesamten Brigade zu fördern. Mit ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleichen wird dabei eine sinnvolle Verbindung zwischen Ökonomie, Politik und inhaltsreicher Freizeitgestaltung hergestellt. Jährlich ermitteln die sozialistischen Brigaden in Wettbewerben die besten Brigadebücher. In den Brigaden regt sich ein vielseitiges geistig-kulturelles Leben.

In der Gewerkschaftsbibliothek, die im Jahre 1949 gegründet wurde, befinden sich über 17 800 Bände; rund 2100 eingetragene ständige Leser gehören zu dieser vorbildlichen bibliothekarischen Einrichtung unseres Werkes, die heute mit der Stadtbibliothek organisatorisch zur Zentralbibliothek Premnitz vereinigt wurde. Mehrere hundert literarische Veranstaltungen führte die Gewerkschaftsbibliothek seit ihrem Bestehen in Premnitz und in den Patengemeinden durch. Sie organisierte unter anderem musikalisch-literarische Abende, Buchdiskussionen, Buchausstellungen, Schriftstellerlesungen und führte jedes Jahr die Kunstpreisdiskussion zum Literaturpreis des FDGB durch.

In all den Jahren wurde die Kulturarbeit durch die Betriebsparteileitung und die BGL zielstrebig unterstützt. Ohne die Hilfe und Anleitung der Partei der Arbeiterklasse wäre der kulturelle Umschwung in Premnitz niemals möglich gewesen. Mitglieder der Klubleitung gehören den verschiedenen Kommissionen der BGL, wie der Kulturkommission und bei der Parteileitung zum Beispiel der Agitationskommission, an. In bestimmten periodischen Abständen werden Grundsatzaufgaben der Kulturarbeit in der Parteileitung und in der BGL ausführlich beraten und sinnvoll ergänzt. In fast allen Gruppen und Zirkeln schlossen sich die Genossen zu Parteigruppen zusammen und haben damit wesentlichen Anteil an den kulturellen Erfolgen in Premnitz. Die Parteiorganisation unseres Werkes sieht aber ihre Aufgabe in der kulturellen Unterstützung nicht nur darin, auf Leitungssitzungen zu beraten, sondern hilft auch vielfach Probleme in der kulturellen Praxis zu lösen. Zum Beispiel nehmen leitende Funktionäre des Parteiapparates unseres Werkes an Premierenveranstaltungen und Aufführungen des Arbeitertheaters und anderer Volkskunstgruppen teil, diskutieren anschließend über Erfolge und Mängel zur Inszenierung und beraten mit den Mitwirkenden Fragen der künstlerischen Qualität. Darüber hinaus luden Parteileitung und Werkdirektion in Verbindung mit der BGL in den letzten zwei Jahren mehrere Male die besten Mitglieder unserer Volkskunstgruppen und der Leitungsgremien der Kulturarbeit zu Aussprachen und kleinen Empfängen ein und trugen auch auf diese Weise dazu bei, die Gruppen und Zirkel zu festigen. Durch die Partei und Gewerkschaft wurden die besten Volkskunstschaffenden mit Prämien sowie mit Medaillen ausgezeichnet. Die Unterstützung der Partei wissen alle Volkskunstschaffenden zu schätzen. Indem sie ständig an der Erhöhung ihres Niveaus arbeiten, verwirklichen sie die Ziele der Partei der Arbeiterklasse und helfen mit, die sozialistische Kulturrevolution zum Siege zu führen.

Die Sozialversicherung – Ausdruck einer realen Sozialpolitik des Arbeiter-und-Bauern-Staates am Beispiel Raum Premnitz-Rathenow [13]

1. Sozialversicherung vor 1945

Wer die Sozialversicherung in der DDR betrachtet, kann nicht umhin, darüber nachzudenken, ob diese Großzügigkeit auf dem Gebiet des Sozialwesens immer bestanden hat. Es ist bekannt, daß die Entwicklung der Sozialversicherung und deren Charakter im jeweiligen Wirtschaftssystem selbst begründet liegen. Während in der DDR auf Grund des Potsdamer Abkommens mit der Entmachtung der Großgrundbesitzer, der Verurteilung der Kriegsverbrecher und durch andere demokratische Maßnahmen die Voraussetzungen für eine soziale Sicherheit des arbeitenden Menschen geschaffen wurden, ging man in Westdeutschland einen anderen Weg. Obwohl bereits einige Kassen und Landesversicherungsanstalten auch im Westen unserer Heimat mit der neuen Arbeitsweise begannen, hielten sie sich nicht an die getroffenen gemeinsamen Vereinbarungen und legten wieder den Grundstein für die Leistungsgewährung nach den Bestimmungen der alten Reichsversicherungsordnung. Die Vielzahl der einzelnen Versicherungsträger und die naturgemäß damit verbundenen hohen Verwaltungskosten wirkten sich auch auf die Höhe der Leistungen für die Mitglieder der Krankenkassen aus. So gab es Regel-, Kann- und auch Mehrleistungen. Alles richtete sich nach der finanziellen Lage der jeweiligen Krankenkassen. Dabei kann man ohne weiteres sagen, daß die Mehrzahl der Krankenkassen sogenannte Arme-Leute-Kassen waren. Hierzu sei noch bemerkt, daß bereits im Jahre 1913 eine besondere Versicherung für Angestellte geschaffen wurde und damit das Angestelltenversicherungsgesetz in Kraft trat. Wie sah es nun im damaligen Kreis Westhavelland mit unserer jetzigen Stadt Premnitz aus?

In Rathenow, der Kreisstadt des früheren Kreises Westhavelland, gab es allein fünf Krankenkassen, und zwar:

a) Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Rathenow
b) Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Westhavelland
c) Landkrankenkasse des Kreises Westhavelland
d) Betriebskrankenkasse der Firma Nitsche und Günther
e) Betriebskrankenkasse der Firma Busch

Premnitz selbst hatte keine Krankenkassen, die Arbeiter waren in der allgemeinen Ortskrankenkasse des Stadtkreises Rathenow versichert. Die Leistungen wurden, wie schon erwähnt, nach den Bestimmungen der alten Reichsversicherungsordnung gewährt und richteten sich nach der von der Kasse herausgegebenen Satzung. Besondere Härten gab es für die Versicherten insofern, als die Barleistungen, wie Krankengeld usw., für die Dauer von nur 26 Wochen gewährt wurden. Die Versicherungsleistung bei einer ambulanten Behandlung erlosch nach Ablauf dieses Zeitraumes ebenfalls. Darüber hinaus trat bei Arbeitsunfähigkeit die Barleistung für Versicherte erst nach drei Tagen in Kraft. Bei mitversicherten Familienangehörigen, wie Ehefrauen oder Kinder, waren die ambulanten Leistungen auf 13 Wochen beschränkt. Der Krankenschein mußte bezahlt werden, und bei einer ganzen Reihe von Medikamenten mußte der Patient zuzahlen. Ja, selbst das Rezept war gebührenpflichtig. Kurverschickungen gab es nur in ganz dringenden Fällen, und sie bedurften einer besonderen Einwilligung.

2. Sozialversicherung nach 1945

Als das neue Leben in den Maitagen 1945 begann und die Aktivisten der ersten Stunde Hand anlegten, die Trümmer, die der Faschismus hinterlassen hatte, beiseitezuräumen, gab es darunter auch Genossen, die sich besonders um die Neuordnung der Sozialversicherung bemühten. Wer erinnert sich heute noch daran, wenn er im Krankheitsfall seinen 90prozentigen Lohnausgleich in Empfang nimmt? Im damaligen Kreis Westhavelland wurden in Rathenow die ersten Schritte zur Reorganisierung der Sozialversicherung unternommen. Ziel war, eine einheitliche Sozialversicherung zu schaffen, die den Werktätigen Sicherheit bei allen auftre-

Zu einem kulturellen Höhepunkt wurden die 8. Arbeiterfestspiele in Premnitz. Arbeitervarieté Zwickau zu Gast in Premnitz (unten)

Angehörige des sowjetischen Armee-Ensembles,
anläßlich der 8. Arbeiterfestspiele in Premnitz

Das Blasorchester des CFW

Orchester des sowjetischen Armee-Ensembles

Zum Sport in Premnitz
gehört auch das Turnierangeln.

Früh übt sich, was ein Meister werden will.

tenden Notlagen des täglichen Lebens bot. Es waren vor allem die alten Arbeiterfunktionäre, die Genossen Weiß und Günther, die tatkräftig begannen, erste Aufräumungs- und Sichtungsarbeiten in den noch vorhandenen Unterlagen vorzunehmen. In den Räumen der ehemaligen Krankenkasse Rathenow, der ehemaligen Fabrikenstraße, Mittelstraße und Roonstraße gingen mit den genannten Genossen weitere alte Mitarbeiter und neue Kollegen daran, die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Rathenow und den Kreis Westhavelland aufzubauen. Die Kassen blieben zunächst leer. Mit der Entwicklung der Wirtschaft in Rathenow und auch im Kreisgebiet kamen dann wieder SV-Beiträge ein, die für die Leistungsgewährung dringend notwendig waren. Eine unendliche Kleinarbeit unter erschwerten Bedingungen wurde geleistet. Wie in vielen anderen Fällen arbeiteten die Kollegen, die bei der Sozialversicherung tätig waren, zunächst noch ohne Bezahlung. Am 3. Juni 1945 wurde in Rathenow bereits mit einer einheitlich geregelten Leistungsgewährung begonnen. Am 1. April 1946 trat eine Satzung der Sozialversicherungsanstalt Mark Brandenburg in Kraft. Sie wurde auf der Grundlage des Befehls der Sowjetischen Militärverwaltung der Provinz Mark Brandenburg in Potsdam vom 26. Juli 1945 und der Verordnung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg vom 7. Januar 1946 erarbeitet. Versicherungspflichtig waren nun alle ständig Beschäftigten, gewerbliche Unternehmer, Landwirte usw., also auch Personen, die früher versicherungsfrei waren. Ein grundlegender Wandel in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung war herbeigeführt worden. Was die Arbeiterschaft jahrzehntelang erstrebt hatte, war Wirklichkeit geworden. Mehr als zehn Millionen Menschen waren nun in der damaligen sowjetischen Besatzungszone versichert.

Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so war unsere gesamte Bevölkerung direkt oder indirekt sozialversichert. Es war eine wahre Volksversicherung, die den Versicherungsschutz der Werktätigen und ihrer Angehörigen übernommen hatte. Im damaligen Kreis Westhavelland wurde die Sozialversicherung zur besseren Betreuung direkt an die Zentren der Bevölkerung herangetragen. Nebenstellen wurden in Rhinow, Friesack, Gr. Behnitz, Plaue, Pritzerbe und auch in Premnitz eingerichtet. Diese Nebenstellen hatten die umliegenden Orte mit zu betreuen und dort Sprechtage abzuhalten. Dadurch war es möglich, daß alle Anliegen der Versicherten dort erledigt werden konnten, wo sie ihren Wohnsitz oder ihre Arbeitsstelle hatten, und weite Anmarschwege blieben erspart. Die Nebenstelle der Sozialversicherung in Premnitz befand sich zunächst im jetzigen Nachtsanatorium, wo auch die Bürgermeisterei untergebracht war. Zur weiteren Erleichterung, besonders für die Angehörigen des Werkes, wurde sie später direkt vor dem Tor II des Werkes untergebracht. Leiter der Nebenstelle bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1951 war der Kollege Maeß, der heute als Leiter der Sozialabteilung unseres Werkes tätig ist. Nach 1951 wurde im Werk der Rat für SV gebildet, der zunächst folgende Aufgaben zu lösen hatte:

1. Anleitung und Kontrolle der Tätigkeit der Bevollmächtigten für SV nach den Weisungen der BGL,
2. Entscheidungen über die Gewährung der Leistungen nach den Bestimmungen der Sozialversicherungsordnung,
3. Auswahl der Werktätigen für die Kuraufenthalte zum Zwecke der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge in Zusammenarbeit mit den Ärzten.
4. Mitarbeit an der betrieblichen Gesundheitsfürsorge.

Der Rat für SV untersteht der BGL und hat 21 Mitglieder, die sich aus dem Kreis der gewählten Bevollmächtigten der Abteilungen zusammensetzen. Im Rat werden die einzelnen Kommissionen gebildet, die zum Wohle der Kollegen ihre Tätigkeiten ausüben. So gibt es die Betreuungskommission, die Kurenkommission, die Kommission für Haushalt, Finanzen und Kontrolle. Alle haben über die Einhaltung der Richtlinien im Interesse der Werktätigen zu wachen. Im Betrieb wird der Haushaltsplan der SV aufgestellt, der die Höhe aller Mittel und ihre Aufteilung beinhaltet.

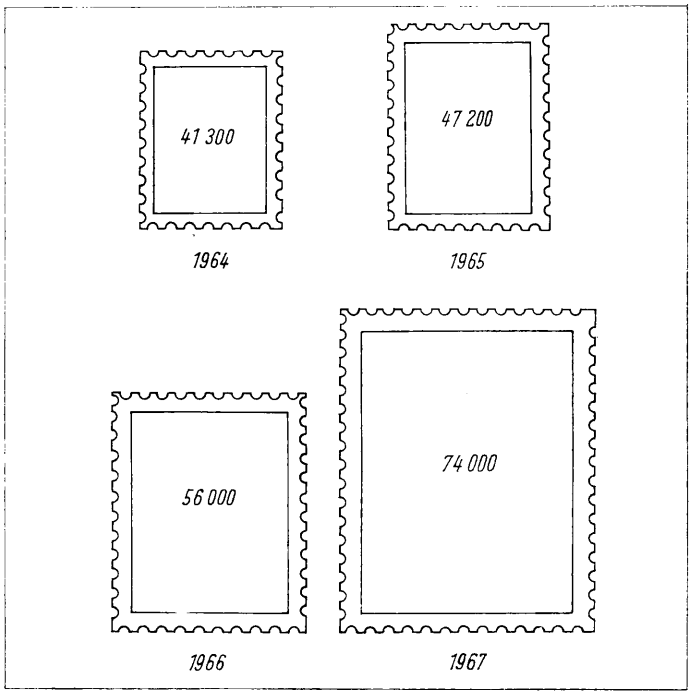
Beitragsaufkommen der Gewerkschaften und seine Verwendung [14]

Im Februar 1963 faßte der Bundesvorstand des FDGB einen Beschluß, demzufolge der Anteil aus dem Beitragsaufkommen zur Finanzierung für Leistungen aus der Gewerkschaftskasse auf 50 Prozent erhöht wurde. Seit 1963 betrugen die Ausgaben unserer Gewerkschaftskasse:

	Mark
politisch-ökonomische Propaganda, Agitation	35 000
Schulung, Qualifizierung	31 000
Broschüren, Zeitschriften	34 000
Arbeits- und Gesundheitsschutz	8 000
insgesamt für Bildung:	108 000
Zuschuß an Gewerkschaftsbibliothek	60 000
Kultur in den Brigaden	36 000
Zuschuß an die Klubleitung	87 000
insgesamt für Kulturarbeit:	183 000
Vormilitärische Erziehung der Jugend	16 500
polytechnische Bildung	8 000
Patenarbeit der Brigaden mit Schulen	28 000
Kinderferienlager Semlin	42 500
Kinderveranstaltungen (Jugendweihe)	24 000
BSG Chemie (einschließlich Angler)	164 400
insgesamt für Jugend und Sport:	283 400
zusätzliches Krankengeld bei langer Krankheit	173 000
Krankenbetreuung	29 000
Geburtenbeihilfe	56 300
Unterstützung in Notlagen	62 000
Jubilar- und Veteranenbetreuung	69 200
Anerkennung für gute gewerkschaftliche Arbeit	76 000
insgesamt für Unterstützung und Ehrungen:	465 500
Zuschüsse für Urlaub und Erholung (Differenzbeträge zu Ferienschecks)	335 300
Ausgaben insgesamt seit 1963	1 375 200

Solidaritätsaufkommen der letzten fünf Jahre

Das Bekenntnis der Werksangehörigen zur internationalen Solidarität widerspiegelte sich im Solidaritätsaufkommen der letzten fünf Jahre; es steigerte sich von Jahr zu Jahr:



Entwicklung der gesellschaftlichen Organisationen im Chemiefaserwerk [15]

FDJ

1946:
Aus den antifaschistischen Jugendausschüssen entstand 1946 die Freie Deutsche Jugend. Eine Betriebsgruppe der FDJ wurde im gleichen Jahr auf Initiative des Jungarbeiters Peter Kertz im Werk gegründet. Die Mitglieder der FDJ stellten sich dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zur Verfügung und verwirklichten die Beschlüsse des I. Parlaments der FDJ, das 1946 in Brandenburg stattfand.

1947/48:
1947 waren bereits 300 Jugendliche des Werkes Mitglied der FDJ. Die FDJ-Betriebsgruppe wurde nach FDJ-Gruppen in den einzelnen Bereichen gegliedert. Sie trugen die Namen hervorragender Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, zum Beispiel FDJ-Gruppe der Haspelei „Clara Zetkin", E-Werkstatt „Werner Seelenbinder". In den Abteilungen wurden Interessengruppen für kulturelle Betätigung der Jugendlichen geschaffen. Das waren besonders Tanz-, Musik- und Laienspielgruppen. Hierbei gelang es den FDJlern, guten Kontakt mit allen Jugendlichen des Werkes herzustellen. Beispielgebend wirkten die FDJler der Abteilungen in der Kunstseide und der E-Werkstatt. Das Jugendklubhaus befand sich damals im jetzigen Seidenlager. Die FDJler des Bereiches Haspelei beteiligten sich am ersten Wettbewerb im Kunstseidenwerk nach dem Vorbild von Adolf Hennecke.

1949/50:
Die Grundorganisation des Werkes wird für hervorragende Leistungen bei der Werbung zu den bewaffneten Organen mit dem Hans-Beimler-Pokal ausgezeichnet. Die Jugend des Werkes beteiligt sich am Wilhelm-Pieck-Aufgebot und bereitet sich auf das Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten 1950 in Berlin vor. Hunderte von Jugendlichen des Werkes fahren im Blauhemd und mit ihren blauen Fahnen nach Berlin. Die Kulturgruppen des Werkes treten dort mit eigenem Programm auf. Im Werkfunk wird jede Woche eine Sendung von der Jugend des Werkes gebracht. In den Brigaden ringen die Jugendlichen um hohe Planerfüllung und gute Qualität der Erzeugnisse.

1951/55:
Im Mittelpunkt der Tätigkeit der FDJ steht im Werk die Vorbereitung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Die FDJler der Zwirnerei erringen im Wettbewerb das Wilhelm-Pieck-Banner. Für die langjährige vorbildliche Tätigkeit der FDJ-Grundorganisation des Werkes zur Festigung der jungen Arbeiter-und-Bauern-Macht wird der FDJ-Grundorganisation der Name „Philipp Müller" verliehen. FDJler und Jugendliche haben hohen Anteil an der Erfüllung der Aufgaben des Kunstseidenwerkes im ersten Fünfjahrplan der DDR.

1956/58:
Auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros der SED „Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe" wird der Jugend des Werkes weitere großzügige Hilfe und Unterstützung gewährt. Zahlreiche Mitglieder der SED übernehmen Zirkel im FDJ-Schuljahr. 100 000 Mark werden für das neugegründete Jugendklubhaus am See zur Verfügung gestellt. Die Jugend beweist mit neuen Taten in der Produktion und in der gesellschaftlichen Arbeit, daß sich Partei und Regierung auf sie verlassen können. Die Jugendbrigaden „Woroschin" aus dem Bereich Kunstseide werden Sieger im Wettbewerb. Sie überbieten die Qualitätsnormen der Kunstseide und senken den Abfall und die Minderqualitäten. Das FDJ-Schuljahr wird in „Zirkel Junger Sozialisten" umgewandelt. Die FDJ hat eine enge Zusammenarbeit mit der GST entwickelt. Aus ihren Reihen gehen zahlreiche Jugendliche zu den bewaffneten Streitkräften und werden Kandidaten der SED. Mit dem Erlös von Sonderschichten unterstützen die Jugendlichen den Bau des Rostocker Hafens. So leisten zum Beispiel 110 Jugendliche am 17. Januar 1958 eine Sonderschicht und erarbeiteten 4806 kg Kunstseide.

Bei einer Sammlung in einer Schicht des Bereiches Kunstseide konnten 850 Mark für den Aufbau des Rostocker Hafens zugeführt werden. Die FDJ-Grundorganisation des Kunstseidenwerkes führte gemeinsam mit den anderen Jugendlichen 1958 erfolgreich den Kampf um das Lenin-Banner des Bezirks Potsdam.
Der Inhalt des Wettbewerbs in dieser Zeit bezog sich auf: Mitarbeit der Jugend im sozialistischen Wettbewerb; Verpflichtungen in Vorbereitung des V. Parteitages; Ablegen der Prüfungen für das Abzeichen „Für gutes Wissen"; Teilnahme am Zirkel Junger Sozialisten; Werbung von Jugendlichen als Soldaten auf Zeit; Kandidatengewinnung für die SED; Aufbaustunden im NAW; Mitwirkung in Kulturgruppen und in der GST.

1959/60:
Die Jugend des Werkes schließt sich dem Aufruf der Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld an. Beispielgebend ist dabei das Aktiv Synthesefasern aus der BBS. In allen Bereichen schaffen die FDJler Kontrollposten, um die Bewegung „Spare mit jedem Gramm, jedem Pfennig und jeder Minute" zu unterstützen. In der Kompaßbewegung stellen sich die FDJ-Gruppen in den einzelnen Betriebsteilen hohe ökonomische Verpflichtungen und Ziele zur gesellschaftlichen Mitarbeit auf allen Gebieten. Mit dem Lenin-Banner der Bezirksleitung der FDJ werden die Erfolge der Jugend mehrfach geehrt.
Im gleichen Zeitraum wird der Jugend des Werkes höhere Verantwortung für den weiteren Aufbau des Chemiefaserwerkes übertragen. So wird zum Beispiel die erste Bandstraße im WOLPRYLA-Bereich der FDJ-Grundorganisation als Jugendobjekt übergeben.

Ab 1960:
Als am 13. August 1961 die Grenzen der DDR durch die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls zuverlässig gesichert werden, verpflichten sich zahlreiche Jugendliche zur Aufnahme des Ehrendienstes in der NVA.
Hervorragende Jugendkollektive bewähren sich im Produktionsaufgebot 1961/62, darunter die Brigade „Oskar Neumann". Bei der Vorbereitung des VI. Parteitages finden wir sie auf den vordersten Plätzen im sozialistischen Wettbewerb. Sie leisten hervorragende Arbeit in der Produktion, sind in zahlreichen Volkskunstgruppen des Werkes zu finden und eignen sich durch die Teilnahme an Qualifizierungslehrgängen höheres Wissen auf allen Gebieten an. Einige Jugendkollektive, wie die Brigade der Elektrowerkstatt, tragen den Ehrentitel „Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft". Auch an der Entwicklung der Dedotex-Produktion sind FDJler und andere Jugendliche maßgeblich beteiligt. 1965 hatte die Jugend des Werkes 14 Jugendobjekte übernommen. Für ihre Leistungen konnte die FDJ-Organisation des Werkes im gleichen Jahr mit der Artur-Becker-Medaille ausgezeichnet und ins Ehrenbuch der FDJ-Bezirksleitung Potsdam eingetragen werden.
Ständig steigt die Zahl der Träger des Abzeichens „Für gutes Wissen". Während die FDJ-Organisation 1965 im Werk 13 Zirkel mit 200 Teilnehmern für die Prüfung zum Abzeichen „Für gutes Wissen" durchführte, waren es 1966/67 25 Zirkel mit 300 Teilnehmern.
Auch in Vorbereitung des VII. Parteitages der SED bewiesen die Jugendlichen des Werkes, daß sie zu den aktiven Erbauern des Sozialismus in der DDR gehören, die verantwortungsbewußt mithelfen, unser sozialistisches Vaterland allseitig zu stärken. Seitdem sind ständig 20 bis 22 Jugendobjekte in den Händen der Jugend. Zu den beständigsten Kollektiven gehört die 1965 mit dem Titel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR" ausgezeichnete Brigade „Otto Krahmann" aus der Zwirnerei, die bereits dreimal „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" wurden.
Seit dem VII. Parteitag stellten 115 Jugendliche den Antrag, Kandidat der SED zu werden, und rund 400 tragen das Abzeichen „Für gutes Wissen". Die Jugendlichen des Chemiefaserwerkes und an ihrer Spitze die FDJler haben heute hohen Anteil an der Lösung der strukturbestimmenden Aufgaben der Chemiefaserproduktion im Werk.

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Schon im Juli 1949 wurde auf dem II. Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin beschlossen, deren Namen in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) umzuändern. Damals waren bereits zahlreiche Angehörige der „Agfa-Seide" in dieser Gesellschaft organisiert.

Die Mitglieder der DSF wurden aber noch in den örtlichen Gruppen erfaßt. Um den Gedanken der Freundschaft zur sozialistischen Sowjetunion vor allem in den Betrieben der Arbeiterklasse zu vertiefen, wurde 1950 im Kunstseidenwerk die Betriebsgruppe der DSF mit rund 850 Mitgliedern gegründet.

Schon 1952 war die Mitgliederzahl auf 1650 gestiegen. In den Jahren bis 1955 waren bereits 1000 neue Freunde der Sowjetunion gewonnen, und 1960 wurde die Mitgliederzahl von 3000 überschritten.

Zum VI. Parteitag der SED konnte ein Mitgliederstand von 4160 registriert werden, und seit dem VII. Parteitag der SED sind rund 75 Prozent der gesamten Belegschaft Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Mit dem Wachsen der Betriebsgruppe nahm auch der Einfluß der DSF auf die massenpolitische Arbeit und auf die Steigerung der Produktion ständig zu. Die Mitglieder der DSF beteiligten sich, besonders nach 1953, an der Einführung von sowjetischen Neuerermethoden in die Produktion und waren oft führend auf diesem Gebiet. Dazu nutzte die Betriebsgruppe die Tage des Neuerers, die regelmäßig stattfanden. Hier diskutierten die Werktätigen des CFW „Friedrich Engels" über die Anwendung der Methoden solcher sowjetischen Neuerer wie Nina Nassarowa, Bykow, Kowaljow, Mamai und über die Methode der fehlerfreien Arbeit nach Saratow.

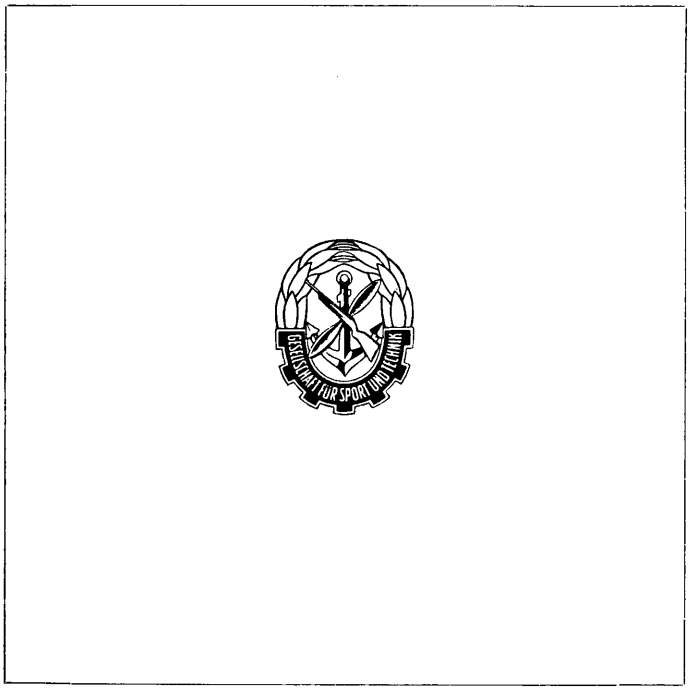
Die Einführung und Anwendung solcher Neuerermethoden in den textilen Abteilungen der Kunstseidenanlage, in den Betriebswerkstätten und in anderen Bereichen brachte vor allem in der Zeit große Erfolge, als im Chemiefaserwerk die sozialistische Brigadebewegung einsetzte. So konnten von 1959 bis 1964 dem Siebenjahrplanfonds 73 Schecks mit einer Gesamtsumme von fast vier Millionen Mark als Ergebnis von Verbesserungsvorschlägen bzw. Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen zugeführt werden. Diese Summe wurde ausschließlich von Brigaden erarbeitet, die den Titel „Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" tragen.

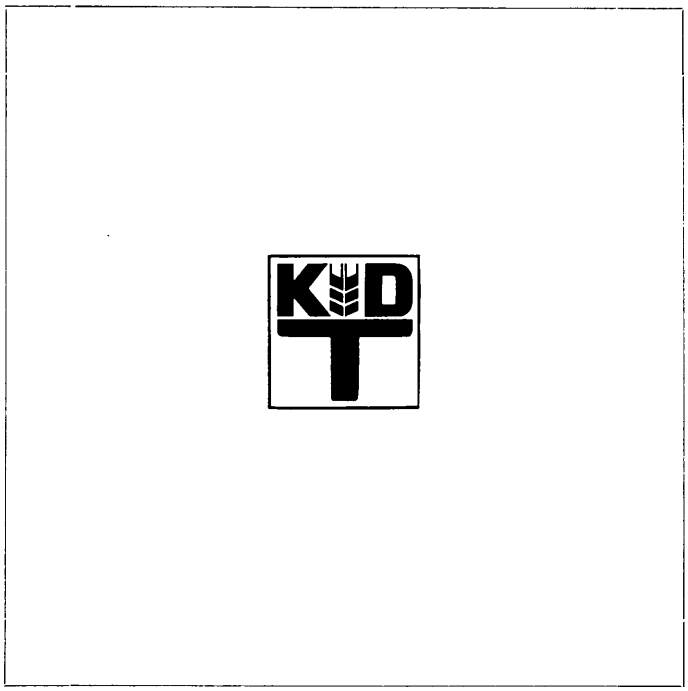
Seit Jahrzehnten hält die Betriebsgruppe der DSF eine enge Verbindung mit Einheiten der Sowjetarmee. Gemeinsame Tage der Freundschaft, die Woche der Kultur der Sowjetunion, der 8. Mai und der Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sind Höhepunkte und Anlaß zugleich, daß Angehörige des Chemiefaserwerkes ihre Freunde aus Heidefeld und Rathenow einladen. Die Soldaten und Offiziere nehmen an Veranstaltungen der Brigaden teil, und oft halfen sie mit Arbeitseinsätzen ihren Freunden vom Chemiefaserwerk.

Als Zeichen der weiteren Festigung und Vertiefung der Freundschaft zur Sowjetunion sind die Patenschaftsverträge zu erwähnen, die in jüngster Zeit von Kollektiven aus den Produktionsbereichen und anderen Brigaden mit Einheiten der Sowjetarmee abgeschlossen wurden. Auf dieser Grundlage gibt es einen regen Meinungsaustausch auf kulturellem, fachlichem und politischem Gebiet. Bei Sport und Spiel, beim Erfahrungsaustausch oder auch bei gemeinsamen Einsätzen im Nationalen Aufbau-Werk kommt unser gemeinsames Ziel, der Kampf gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden, Sozialismus und Kommunismus, zum Ausdruck.

Vier Betriebsbereiche des Chemiefaserwerkes und 71 Brigaden besitzen die Ehrenurkunde als Betrieb oder Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Zwölf Mitglieder der Betriebsgruppe tragen die Ehrennadel der DSF in Gold und 46 in Silber.

Für die Werktätigen des Chemiefaserwerkes ist die Freundschaft zur Sowjetunion eine Herzenssache geworden.





GST

Im September 1952 wurde auf Initiative der FDJ und mit Unterstützung der Betriebsparteiorganisation der SED der Grundstein für die Gesellschaft für Sport und Technik im CFW gelegt. Die Ausbildung erstreckte sich hauptsächlich auf praktisches Fahren mit Motorrädern. Es standen 32 Kräder, Typ AWO und EMW, zur Verfügung. 1953 wurden die Maschinen der GST übergeben.

Von den etwa 50 Kameradinnen und Kameraden, die die verschiedensten Interessengebiete hatten, wurden die Sektionen Schießsport, Seesport, Motorsport und Nachrichtensport gebildet. Von der Werkleitung wurden der GST Räumlichkeiten im alten Kraftwerk zur Nutzung übergeben. Die Räume wurden in freiwilligen Arbeitseinsätzen renoviert und als Ausbildungsstätten der Sektionen hergerichtet. Ein Nachrichtenkabinett, ein Schulungsraum für Seesport, eine Werkstatt und Garagen für Motorsport, ein Luftgewehr- und ein KK-Schießstand wurden errichtet.

Eine wichtige Aufgabe bestand in der zielgerichteten Gestaltung der Freizeit der Jugend. Dazu wurde in diesen Jahren mit dem Ablegen der Fahrerlaubnis Klasse I und später nach dem Selbstaufbau eines LKW der Klasse V ein nicht unwesentlicher Beitrag geleistet.

Die Mitgliederzahl stieg sehr schnell an und erreichte in den Jahren 1959/60 mit 400 bzw. 530 Kameradinnen und Kameraden ihren Höhepunkt. Diese Entwicklung widerspiegeln auch die Erfolge in den Sektionen.

So errangen die Kameradinnen und Kameraden mehrere Bezirksmeistertitel. Im Schieß- und Seesport wurden bei DDR-Meisterschaften gute Plätze belegt. Von den ehrenamtlichen Fahrlehrern wurden rund 800 Kolleginnen und Kollegen in vielen Ausbildungsstunden im Führen von Kraftfahrzeugen geschult und erhielten die Fahrerlaubnis.

Veranstaltungen aller Art, wie gemeinsame Ausflüge, Wanderfahrten und anderes mehr, waren immer Höhepunkte im Leben der GST. An Staatsfeiertagen, bei Demonstrationen und Sportveranstaltungen zeigten die Kameradinnen und Kameraden den Stand ihrer Ausbildung. Die Aufgaben wurden aber mit der Zeit zielgerichteter und konkreter. Sie konzentrierten sich darauf, die Jugendlichen für die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes vorzubereiten. Die Ausbildung in den Sektionen ist darauf ausgerichtet und vermittelt den Mitgliedern der GST das Wissen, das sie als junge Soldaten brauchen. Heute ist die patriotische Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen, besonders der im wehrpflichtigen Alter, die Hauptaufgabe der GST. So erhalten die zukünftigen Soldaten in der allgemeinen vormilitärischen Ausbildung ein Grundwissen vermittelt. In den Sektionen erwerben sie die Spezialkenntnisse als Seemann, Funker oder Kraftfahrer, je nachdem, für welches Gebiet sie sich interessieren. Einen Höhepunkt in der Ausbildung bilden die Prüfungen für das Abzeichen „Für vormilitärische und technische Kenntnisse" und für das Leistungsabzeichen der jeweiligen Sportart. Die GST-Mitglieder im Chemiefaserwerk eignen sich in den Sektionen Motor-, Schieß-, Nachrichten-, Flug- und Tauchsport fachliche und militärische Kenntnisse an. Zahlreiche Jugendliche aus den Brigaden des Werkes und aus der Berufsausbildung, die ihren Wehrdienst ableisten oder sich verpflichteten, als Soldat auf Zeit die sozialistischen Errungenschaften in der DDR zu schützen, haben sich in den Reihen der GST gute vormilitärische Kenntnisse angeeignet.

Kammer der Technik

Am 2. Juli 1946 wurde im Haus des FDGB in Berlin auf Vorschlag des FDGB die Kammer der Technik (KDT) gegründet. Ein reichliches Jahr später, am 5. August 1947, erfolgte die Gründung einer Ortssektion der KDT in Premnitz. Diplomingenieur Arthur Wilke war einer der Initiatoren, um auch in Premnitz die Ingenieure und Chemiker für diese Organisation zu gewinnen. Sie setzte sich das Ziel, die Angehörigen der Intelligenz zunächst für die Verwirklichung der Ziele der antifaschistisch-demokrati-

schen Ordnung und später für den Aufbau des Sozialismus zu befähigen, Wissenschaft und Technik im Interesse der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen einzusetzen.

Die Betreuung und Anleitung der Ortssektion der KDT Premnitz erfolgte in den ersten Jahren durch den Ortsvorstand des FDGB. 1947 gehörten 15 Mitglieder der Ortssektion an. Ein Jahr später zählte die KDT in Premnitz 27 Mitglieder. Da die Hauptaufgabe der Angehörigen der Intelligenz in Premnitz im Aufbau der Werksanlagen bestand, ist es nicht verwunderlich, daß Anfang der fünfziger Jahre eine Betriebssektion der KDT im Kunstseidenwerk entstand. 1958 hatte die Betriebssektion schon 142 Mitglieder; die Zahl der Mitglieder stieg jährlich weiter an, und 1965 waren schließlich 311 Ingenieure, Chemiker und Wissenschaftler organisiert.

Die Betriebssektion der KDT wird seit Jahren von einem Vorstand geleitet, der einen Ersten und Zweiten Vorsitzenden sowie einen Sekretär besitzt und im übrigen seine Aufgaben wie folgt verteilt: Anleitung und Betreuung der Fachgruppen, Aufgaben neue Technik, technische Berichterstattung, Neuererwesen, Qualifizierung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses, Vortrags- und Ausstellungswesen, Organisation und Kader, Klub Junger Techniker, internationale Zusammenarbeit, Einbeziehung der Werkteile Tetraäthylblei und Schwefelsäure Döberitz in die Arbeit der Kammer.

Des weiteren arbeiten Mitglieder des Vorstandes und der Betriebssektion in 48 überbetrieblichen Gremien der KDT, vor allem im Vorstand des Fachverbandes chemische Technik, in der Revisionskommission des Fachverbandes chemische Technik, im Vorstand des Industriezweigverbandes Chemiefaser und Fotochemie, im Vorstand des Bezirksverbandes der KDT Potsdam und im Vorstand des Kreisverbandes der KDT Rathenow. Die Betriebssektion der KDT ist entsprechend der Struktur des Werkes in 15 Gruppen aufgeteilt: allgemeine Chemie, Antiklopfmittel, Betriebsingenieurwesen, BMSR, Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Energetik, Kunstseide, Ökonomie, Projektierung, Konstruktion mit der Arbeitsgruppe Netzplantechnik, SO_3, synthetische Fasern, Textiltechnik, Verfahrenstechnik.

Grundlage der Arbeit der Betriebssektion der KDT ist eine Vereinbarung mit dem Werkdirektor, die jährlich neu abgeschlossen wird. Während sich die Betriebssektion anfänglich auf Qualifizierungsarbeit konzentrierte, ging sie bald dazu über, verstärkt operativ an wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgaben mitzuwirken. In der Ingenieur-Konten-Bewegung konnte bereits 1958 ein Wert von 464 800 Mark erbracht werden. Dabei ragte das Ingenieur-Konto „Spinnen von Webseide in der Suprema-Anlage" mit einem Nutzen von 160 000 Mark besonders hervor.

Um den Nutzen der KDT für den wirtschaftlichen Aufbau weiter zu erhöhen und die Arbeit aller Betriebssektionen auf ein höheres Niveau zu heben, riefen die Mitglieder der Betriebssektion der KDT unseres Werkes alle Betriebssektionen der KDT in der DDR zu einem Wettbewerb um den Titel „Beste Betriebssektion der Kammer der Technik" auf. Der Wettbewerb wurde unter der Losung: „Durch technisch-ökonomischen Fortschritt maximaler Zeitgewinn bei der Stärkung unserer Republik" in der Zeit vom 1. Januar 1959 bis 31. Dezember 1960 geführt. Nach Schätzungen des Präsidiums der KDT brachte dieser Wettbewerb unserer Volkswirtschaft einen ökonomischen Nutzen von rund 300 Millionen Mark. Anläßlich des 70. Geburtstages von Walter Ulbricht am 30. Juni 1963 wurden die Verpflichtungen der besten Fachgruppen als Geburtstagsgabe übergeben. Unter anderem hatten folgende Fachgruppen hervorragende Ergebnisse erzielt:

Fachgruppe Kunstseide: vorfristige Produktionsaufnahme einer neuen Viskosebastqualität zur Herstellung von hochmodischen Damenhüten; Nutzen: 10 000 Mark;

vorfristige Produktionseinführung der Waschwasserchlorierung in der Spinnerei II zur Vermeidung von Berieselungsunregelmäßigkeiten durch Algenbildung;

Nutzen: 2600 Mark;

generelle vorfristige Einführung der Vorpräparation im Viertel A, Spinnerei I, Nutzen: 4000 Mark.

Fachgruppe Elektrotechnik: Festlegung der im Werk für Notstromanlagen zu verwendenden Ersatzstromquellen; Nutzen: 12 000 Mark.
Fachgruppe Energetik: vorfristiger Abschluß von Maßnahmen zur Einsparung von Dampf und enthärtetem Flußwasser durch Kondensatrückgewinnung;
Nutzen: 35 900 Mark.
Weitere hervorragende Ergebnisse des aktiven Wirkens der Mitglieder der Betriebssektion der KDT im Chemiefaserwerk sind unter anderem: das im Werk gebildete gesellschaftliche Konstruktionsbüro und die Erarbeitung eines Lehrbuches über „Tetraäthylblei-Herstellung und Anwendung im VEB Chemiefaserwerk ‚Friedrich Engels'" durch ein Autorenkollektiv unter verantwortlicher Mitarbeit von Mitgliedern der KDT.
Der Aufruf des Produktionskomitees des Chemiefaserwerkes zum komplexen Erzeugniswettbewerb im Frühjahr 1964 unter der Losung „Dem Volke zum Nutzen, der Republik zu Ehren" fand bei den Staatstitelträgern und bei der wissenschaftlich-technisch und ökonomischen Intelligenz unseres Werkes großen Widerhall. Die Angehörigen der Intelligenz brachten in einer Erklärung die tiefe Verbundenheit zur Partei der Arbeiterklasse und zur Regierung der DDR zum Ausdruck, indem sie bedeutende Verpflichtungen zur politischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Stärkung unserer Republik im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs in den Jahren 1964/65 übernahmen.
Aus dem Arbeitsprogramm der übernommenen Verpflichtungen geht unter anderem hervor, daß die Fachgruppe, „Verfahrenstechnik" dafür verantwortlich gezeichnet hat, daß die im Plan Neue Technik für Dezember 1964 vorgesehene Aufgabe „Umbau des Lösers zum Umesterungsgefäß im GRISUTEN-Bereich" bereits im April 1964 abgeschlossen werden konnte. Diese vorfristige Lösung brachte einen Gewinn von rund 200 000 Mark.
Aus Anlaß der Volkswahlen im Herbst 1963 beschloß der Vorstand der Betriebssektion der KDT, als besonderen Beitrag der Angehörigen der Intelligenz des Chemiefaserwerkes eine Woche der KDT durchzuführen. Der Präsident der Kammer der Technik, Professor Doktoringenieur Peschel, eröffnete die Veranstaltung mit dem Thema: „Die Rolle der Kammer der Technik bei der Verwirklichung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts". Auf Grund der guten Erfolge der „I. Woche der Kammer der Technik" wurde beschlossen, künftig im Herbst eines jeden Jahres eine solche Woche der KDT mit entsprechendem Programm zu begehen.
Die erfolgreiche Arbeit der Betriebssektion der KDT unseres Werkes wurde anerkannt, als ihr Präsident der KDT, Professor Doktoringenieur Peschel, anläßlich der „I. Woche der KDT" in Premnitz 1963 die „Silberne Plakette der Kammer der Technik" verlieh. In Anerkennung der aktiven Mitarbeit bei der Erfüllung der Betriebsaufgaben, insbesondere bei der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts 1963/64, erhielt die Betriebssektion vom Präsidium der KDT zum 15. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik eine Geldprämie in Höhe von 2000 Mark.
Mitglieder unserer Betriebssektion wurden mit hohen Auszeichnungen geehrt. Die „Silberne Ehrennadel der Kammer der Technik" erhielten drei Mitglieder, die „Bronzene Ehrennadel der Kammer der Technik" zwei Mitglieder, die „Ehrenurkunde des Präsidiums der KDT" ebenfalls zwei Mitglieder, die „Urkunde des Fachverbandes chemische Technik" bekamen drei Mitglieder als Kollektivauszeichnung der Fachgruppe BMSR. Die „Urkunde des Fachverbandes Elektrotechnik" erhielt ein Mitglied, die „Ehrenurkunde des Bezirksverbandes der KDT" bekamen acht Mitglieder. Mit dem Titel „Oberingenieur" wurden drei Mitglieder ausgezeichnet.
Weiterhin erhielten in Würdigung der großen Verdienste auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik und der Förderung des Fortschritts Mitglieder unserer Betriebssektion folgende hohe Staatsauszeichnungen: Mit dem „Nationalpreis der Deutschen Demokratischen Republik" wurden sieben Mitglieder geehrt. Den „Vaterländischen Verdienst-

orden" in Silber erhielt ein Mitglied, den „Vaterländischen Verdienstorden" in Bronze bekamen zwei Mitglieder. „Held der Arbeit" wurde ein Mitglied, den Orden „Banner der Arbeit" erhielten sieben Mitglieder, die „Verdienstmedaille der DDR" sechs Mitglieder. Als „Verdienter Erfinder" wurden zwei Mitglieder, als „Verdienter Aktivist" sieben Mitglieder geehrt, und die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb" erhielten sechs Mitglieder. Abschließend kann festgestellt werden, daß die Betriebssektion der Kammer der Technik als gesellschaftliche Organisation der Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Ökonomen und Neuerer beachtliche Leistungen sowohl auf wissenschaftlich-technischem als auch kulturellem und gesellschaftlichem Gebiet aufzuweisen hat. Die Erfolge sind in erster Linie auf das Ergebnis einer verständnis- und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Betriebsparteileitung der SED, der Werkleitung sowie den anderen gesellschaftlichen Organisationen und der Betriebssektion der Kammer der Technik zurückzuführen.

Deutsches Rotes Kreuz

Die Tradition des Arbeiter-Samariter-Bundes findet in der Organisation des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Fortsetzung. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Mai 1945 wurden zunächst im Rahmen des Arbeitsschutzes und der Schaffung von Unfallschutzstellen in den Betrieben freiwillige Gesundheitshelfer einbezogen. Unter der Führung des FDGB wurden Maßnahmen eingeleitet, um freiwillige Helfer auszubilden, die in der Lage waren, bei Verletzungen und Unfällen Erste Hilfe zu leisten. Die Bemühungen des FDGB, den ehrenamtlichen Gesundheitshelferdienst weiter auszubauen, konnten aber auf die Dauer nicht ausreichen. Es erwies sich als zweckmäßiger, die weitere Entwicklung und den Ausbau dieser gesellschaftlichen Einrichtung einer eigenen Massenorganisation zu übertragen.

Im Oktober 1952 beschloß der Ministerrat der DDR die von einem Organisationskomitee vorbereitete Verordnung zur Bildung der Organisation des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR. Kurze Zeit später wurde auch im damaligen Kunstseidenwerk ein Betriebskomitee des DRK gegründet. Es stellte sich die Aufgabe, vor allem die in Arbeitsschutzordnungen angeführten Punkte zu erfüllen.
Zahlreiche Grundlehrgänge, Fortbildungslehrgänge und andere Qualifizierungsmaßnahmen schufen die Voraussetzungen dafür, daß die Mitglieder des DRK im Werk ihre Aufgaben in politischer Hinsicht und auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes wahrnehmen konnten.
Helfer des DRK gibt es in allen Abteilungen des Chemiefaserwerkes. Sie sind bei Sport- und Festveranstaltungen, bei Demonstrationen und Kundgebungen zugegen und immer bereit, Erste Hilfe zu leisten. Besonders in den letzten Jahren erfüllt das Betriebskomitee verantwortungsvolle Aufgaben auf dem Gebiet der Zivilverteidigung und bei der Verkehrssicherheit. Mitglieder, die im Betriebskomitee organisiert sind, erfüllen neben ihrer täglichen Arbeit eine wichtige Aufgabe bei der Gestaltung unserer sozialistischen Menschengemeinschaft, sie sind immer da, um die Menschen vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen.

Betriebssportgemeinschaft

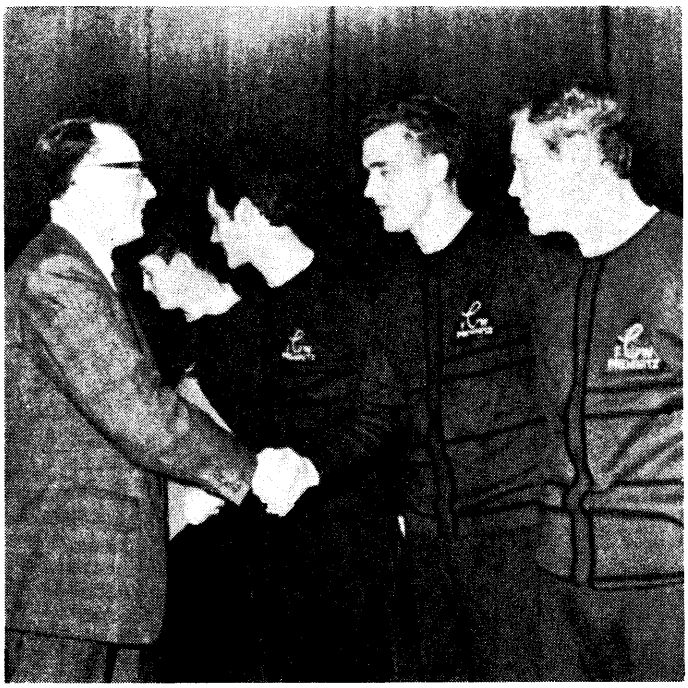
Gegen Ende des Jahres 1945, wenige Monate nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, begann in Premnitz auch eine neue Entwicklung in der sportlichen Betätigung. Anknüpfend an die Traditionen des Arbeitersports, fanden sich junge Menschen zusammen und spielten Handball. Sie organisierten zunächst einen Freundschaftsspielbetrieb. Später, als sich die Antifajugend in die sportliche Betätigung einschaltete, wurden dann auch Punktspiele organisiert.
Im Jahre 1949 begann mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein neuer Abschnitt in der Geschichte unserer Sportbewegung. Damals war eine Betriebs-

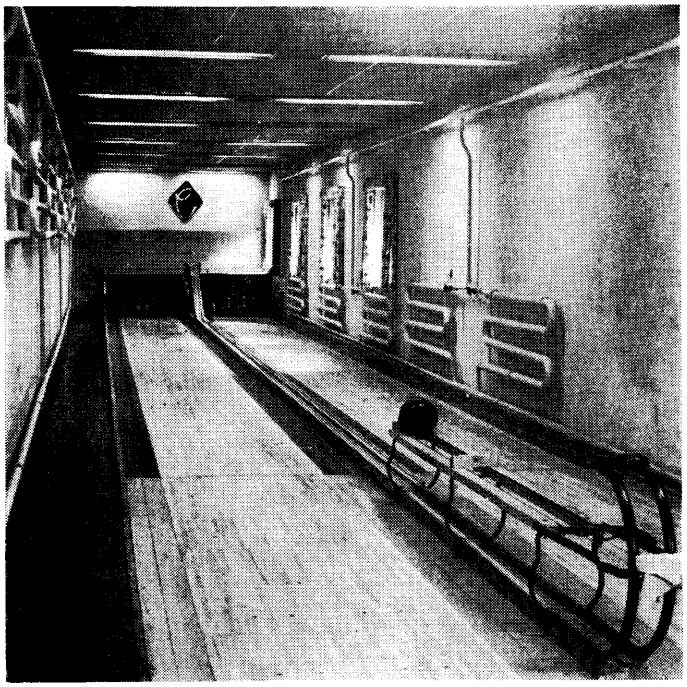
Sportler werten mit leitenden Funktionären den Staatsratsbeschluß zur Förderung von Kultur und Sport aus. (Bild unten)

Gratulation zum Aufstieg in die Handball-Oberliga der DDR durch den Werkdirektor (1967) (Bild rechts)

Deutsche Meisterin 1968 im Bowling-Kegeln (Bild rechts Mitte) Irene Haase aus Premnitz

Gesamtansicht der modernen Kegelbahn (Bild rechts außen)





sportgemeinschaft in den heutigen Ausmaßen undenkbar. Doch der unermüdliche Einsatz aktiver Sportler, die Unterstützung durch den Staat, die zunehmende Bereitschaft und das Bedürfnis der Betriebsangehörigen, Sport zu treiben, brachten die Entwicklung voran. Bei Gründung im September 1949 hatte die Betriebssportgemeinschaft (BSG) des Kunstseidenwerkes 125 Mitglieder. Zum Handball kamen die Sektionen Schwimmen, Fußball und Tischtennis hinzu. Für die sportliche Betätigung stand der alte Sportplatz am Hauptbahnhof zur Verfügung, der auch die ersten Erfolge sah. Ständig fanden mehr Menschen zum Sport. 1958 zählte die BSG schon acht Sektionen mit 523 Mitgliedern. Zum 15. Jahrestag unserer BSG, im Jahre 1964, gab es bereits vierzehn Sektionen mit 1202 Mitgliedern. Danach konnten weitere 248 Mitglieder für den DTSB geworben werden. Während 1949 nur drei Betreuer oder Übungsleiter in der BSG mitwirkten, sind es heute 75. Die zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter setzen ihre ganze Kraft für die sportliche Betätigung der Werktätigen und besonders der Jugend des Chemiefaserwerkes ein, die der Gesundheit, der Freude und der Entspannung dient.

Die BSG Premnitz handelt nach den Worten Walter Ulbrichts anläßlich der Begründung des Jugendgesetzes: „Die demokratische Sportbewegung muß ihre Grundlage in den Zentren der Arbeit und der politischen und kulturellen Tätigkeit der Werktätigen haben. Das sind die Betriebe. Nur auf dieser Grundlage ist eine gründliche Entwicklung der Volkssportbewegung möglich. Um jedoch die demokratische Sportbewegung zu einer breiten Volkssportbewegung zu entfalten, ist es wichtig, daß man dem werktätigen Menschen die Sportmöglichkeiten von seiner Arbeitsstelle aus organisiert. Deshalb werden die volkseigenen Betriebe das Fundament bilden." Mit der Losung „Jedermann an jedem Ort – jede Woche mehrmals Sport" organisiert und mobilisiert die BSG gemeinsam mit der Gewerkschaft auch die Volkssportbewegung. Sportfeste in den AGL-Bereichen, Stadtmeisterschaften im Hallenhandball, Fußball und Schach, Vergleichskämpfe im Kegeln sowie in der Leichtathletik zählen nun schon zur Tradition. Nach dem Staatsratsbeschluß ergeben sich weitere neue Perspektiven. Wettkämpfe in den Brigaden, von Brigade zu Brigade, von Brigade zur Patenklasse sind fester Bestandteil der Kultur- und Bildungspläne.

Umfangreich waren bisher auch die nationalen und internationalen Veranstaltungen. So wurden bisher mit westdeutschen Mannschaften im Handball, Fußball, Boxen, Kegeln, Tischtennis insgesamt 69 Vergleiche in Premnitz oder in Westdeutschland durchgeführt. Fünfmal trafen sich die Spielmannszüge von Premnitz und Lübeck. 43 Vergleiche endeten zugunsten der Sportler von der BSG Chemie. Einen besonderen Höhepunkt bildete ein Sportfest mit 300 Sportlern aus der BRD in Premnitz.

Auf dem internationalen Parkett ist Premnitz ebenfalls nicht unbekannt geblieben. Der absolute Höhepunkt war das Auftreten des Weltmeisters Rumänien im Hallenhandball. Weiterhin gab es Vergleiche mit Mannschaften aus der UdSSR, aus Schweden, aus der VR Polen, der ČSSR, aus Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn, Frankreich sowie aus Österreich.

Für die Entwicklung der Sportbewegung in Premnitz wurden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Summe aus Investitionen, aus dem Kultur- und Sozialfonds des Werkes und aus dem 50prozentigen Beitragsrücklauf der BGL gehen in die Millionen Mark. Die Mitglieder der BSG sahen jedoch nicht nur zu, wie Sportstätten gebaut wurden, sondern waren selbst aktiv am Entstehen beteiligt. So wurden in 20 Jahren rund 50 000 Aufbaustunden geleistet, die eine Einsparung von über 200 000 Mark bedeuten.

An Sportstätten entstanden in Premnitz:

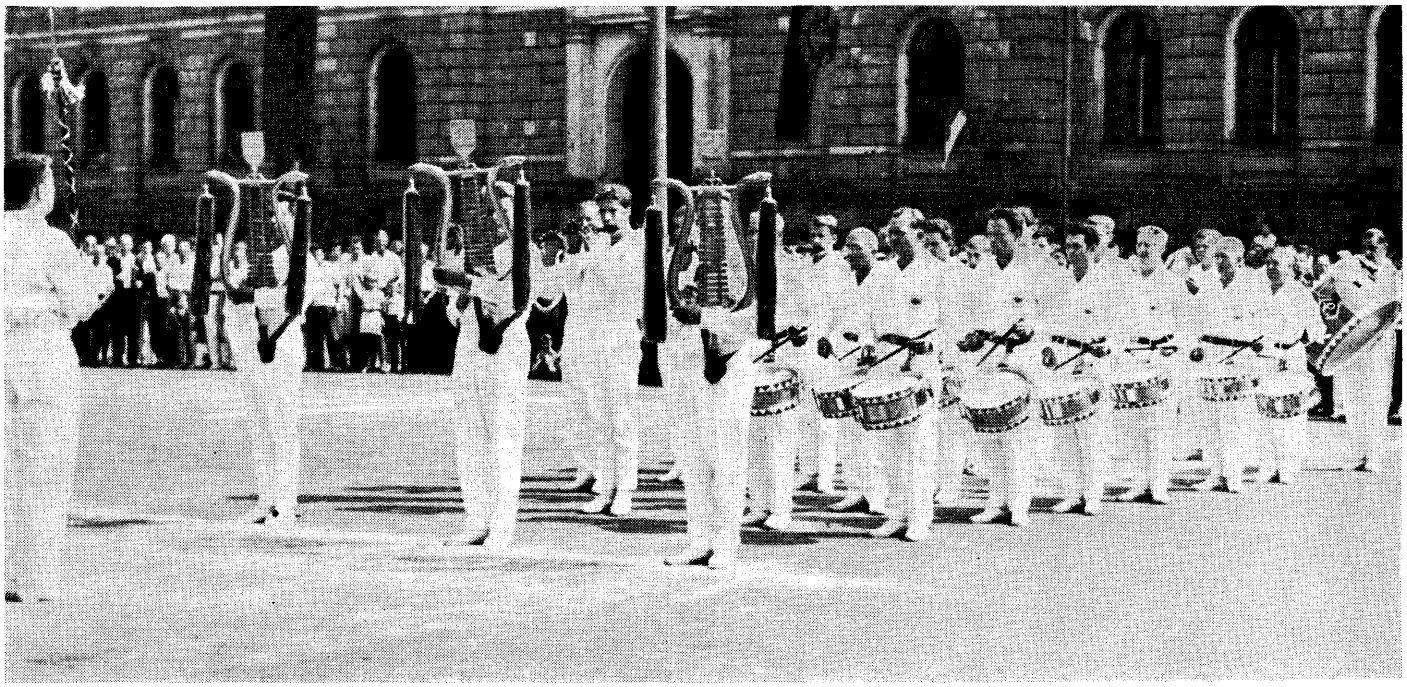
1949 ein Sportplatz am Hauptbahnhof in Premnitz, eine Kegelbahn;

1958 ein Sportstadion mit Nebenplätzen, eine Kegelbahn, ein Schwimmbad, ein Bootshaus;

1963 eine Kegelbahn (Bowling mit vier Bahnen), ein Schwimmbad an der Havel, drei Bootshäuser, eine Sporthalle und zwei Tennisplätze.

Kleine Friedensfahrt

Spielmannszug der BSG
1963 in Leipzig



Wir wollen an dieser Stelle an die größten Erfolge unserer BSG erinnern:

Handball:
1950 und 1951: Landesmeister des damaligen Landes Brandenburg im Feld- und Hallenhandball (Männer und Jugend); Platz 5 bei der DDR-Meisterschaft. 1951: Aufstieg zur höchsten Spielklasse im Feldhandball (Männer). 1956: Silbermedaille der männlichen Jugend beim II. Deutschen Turn- und Sportfest. 1960 bis 1969: Sechsmaliger Aufstieg der Männer zur höchsten Spielklasse im Hallenhandball. 1966 bis 1968: 3. und 4. Platz der männlichen Jugend bei der Deutschen Meisterschaft im Hallenhandball.

Fußball:
1967: Aufstieg in die DDR-Liga.

Turnen
1963: Bezirksmeister Erika Storbeck; Jugend Leistungsklasse II; Teilnahme an der Deutschen Meisterschaft. 1964: Bezirksmeister Erika Storbeck; Jugend Leistungsklasse I; Teilnahme an der Deutschen Meisterschaft. 1965: Bezirksmeister Lothar Neidler bei den Schülern Klasse II.

Boxen
1956: Mannschaftsmeister in der DDR-Liga.

Reiten
1965: 2. Platz Deutsche Jugendmeisterschaft Wolfgang Wendt; 2. Platz Deutsche Meisterschaft Renate Schiefer. 1966: Goldmedaille Deutsche Kinder- und Jugendspartakiade Wolfgang Wendt; Bronzemedaille Deutsche Kinder- und Jugendspartakiade Hans-Joachim Klingbeil; Bronzemedaille Deutsche Kinder- und Jugendspartakiade Olaf Christoph; Bezirksmeister Junioren und Senioren Olaf Christoph; Bezirksmeister Junioren und Senioren Hans-Joachim Klingbeil.

Schwimmen
1954: 3. Platz FDGB-Pokal im DDR-Maßstab Frauen und Männer. 1955: 3. Platz Hildegard Köpke, DDR-Jugendmeisterschaft 200 m Brust. Außerdem wurde sie Bezirksmeisterin über 100 m und 200 m Brust. 1959: Goldmedaille beim III. Deutschen Turn- und Sportfest über 4 × 200 m Brust Damen. Und das waren die Goldmädchen: Hildegard Köpke, Doris Wiese, Heike Stieler, Rita Kaiser. 1959: 3. Platz FDGB-Pokal im DDR-Maßstab Frauen. 1961: 3. Platz FDGB-Pokal im DDR-Maßstab Frauen 1962: 2. Platz FDGB-Pokal im DDR-Maßstab Frauen; 1. Platz FDJ-Wanderpokal weibliche Jugend im DDR-Maßstab. 1963: 2. Platz FDJ-Pokal weibliche Jugend im DDR-Maßstab; 3. Platz FDJ-Pokal männliche Jugend im DDR-Maßstab; Bezirksmeister Klaus Fichtner 200 m Brust Männer; Bezirksmeister Hannelore Rick über 200 m Freistil; 200 m Freistil und 100 m Delphin Mädchen; Bezirksmeister Hans-Joachim Stevens 100 m Rücken männliche Jugend; Bezirksmeister Rosemarie Fabig 200 m Rücken weibliche Jugend; Bezirksmeister Rosi Dodt 100 m Freistil weibliche Jugend.

Spielmannszug
1954: 5. Platz beim Deutschlandtreffen in Berlin; DDR-Sieger beim I. Deutschen Turn- und Sportfest. 1956: Goldmedaille beim II. Deutschen Turn- und Sportfest. 1959: Bronzemedaille beim III. Deutschen Turn- und Sportfest.

Kanurennsport
1960: Bezirksmeister männliche Schüler K II Wolfgang Käpernick/Dieter Hintze. 1961: Bezirksmeister männliche Jugend K II Peter Bogatzki/Eberhardt Meyer. 1962: Bezirksmeister weibliche Schüler K I Jutta Geipel; Bezirksmeister männliche Jugend K I H.-J. Hecke. 1965: Bezirksmeister männliche Jugend K II Wolfgang Käpernick/Dieter Hintze; Bezirksmeister männliche Jugend K IV Hartmut Kliemke / Norbert Porep / Wolfgang Käpernick / Dieter Hintze. 1966: Bezirksmeister 4×500 m männliche Schüler.

Sportler aus Premnitz zu Besuch in der VR Polen

Kegeln

1956 bis 1958: Bezirksmeister Henny Zäpernick. 1957: 2. Platz DDR-Meisterschaft Henny Zäpernick. 1960: Aufstieg zur höchsten Spielklasse Frauen und Männer auf Bohle. 1964: Bezirksmeister Männer Ole Behrend. 1965: Bezirksmeister Frauen Irene Haase; Bezirksmeister Männer Fritz Baumann; Bezirksmeister Senioren Otto Borchert; Bezirksmeister Jugend A Reinhold Belter; Bezirksmeister Jugend B Dieter Neumann; Deutscher Meister Jugend B Dieter Neumann; 3. Platz DDR-Meisterschaft Jugend A Reinhold Belter. 1966: Bezirksmeister Jugend B Wolfgang Wustrack. 1967: 1. Platz Werner-Seelenbinder-Gedenkturnier im DDR-Maßstab Männer Konrad Lange; 3. Platz FDGB-Pokal DDR-Maßstab I. Männer; Bezirksmeister Männer Siegfried Sommer; Bezirksmeister Paarkampf Männer Sommer/Sturm; 3. Platz DDR-Meisterschaft Männer Siegfried Sommer; 3. Platz DDR-Meisterschaft Paarkampf männliche Jugend Belter/Neumann.

1968: Aufstieg zur DDR-Sonderliga I. Männer; Deutscher Meister Frauen Irene Haase; Deutscher Vizemeister Männer Siegfried Sommer; 3. Platz DDR-Mannschaftsmeisterschaft I. Männer; Bezirksmeister Paarkampf Frauen Titze/Haase; Bezirksmeister Paarkampf Männer Sommer/Sturm; FDGB-Pokalsieger DDR-Maßstab I. Männer; 3. Platz DKV-Pokal DDR-Maßstab I. Männer.

1969: Aufstieg zur DDR-Oberliga II. Männer; 1. Platz DKV-Pokal DDR-Maßstab I. Männer; 2. Platz DDR-Mannschaftsmeisterschaft I. Männer; 3. Platz DDR-Paarkampfmeisterschaft Männer Sommer/Sturm; Bezirksmeister Frauen Hildegard Titze; Bezirksmeister Senioren Hermann Maigatter.

In Anerkennung ihrer Leistungen und Erfolge wurde die BSG Premnitz mit der höchsten Auszeichnung des DTSB, mit der Friedrich-Ludwig-Jahn-Medaille, geehrt.

Es gibt viele Sportfreunde unserer BSG, die deren Geschichte mitgeschrieben haben, viele, die in den zwei Jahrzehnten ehrenamtlich tätig waren, um den Sport auf den heutigen Stand zu bringen. Zu ihnen zählt auch Sportfreund Fritz Köpke. Hier ist seine Meinung zu der bisherigen Entwicklung und zu dem heute Erreichten: „Unter ganz anderen Bedingungen, als sie heute sind, wurde begonnen. Viele Entbehrungen mußten die Sportler auf sich nehmen, wenn es galt, freundschaftliche Begegnungen oder aber Punktspiele durchzuführen. Mit Gründung der BSG Chemie im Jahre 1949 änderte sich das. Dank der großzügigen Unterstützung des Chemiefaserwerkes war es möglich, den Sport auf breitester Grundlage zu entwickeln. Wer erinnert sich zum Beispiel noch daran, als mit ‚Eintracht Osnabrück' die erste westdeutsche Mannschaft in Premnitz zu einem Spiel antrat? Es war damals der Auftakt zu vielen sportlichen Vergleichen mit Mannschaften aus Westdeutschland. Diese Vergleiche dienten nicht nur dem Sport, auch viele persönliche Kontakte wurden geknüpft. Das paßte aber im Laufe der Zeit der westdeutschen Sportführung und vor allem Herrn Daume nicht. So kam es zu dem bekannten Düsseldorfer Beschluß, mit dem die DDR und ihre Sportbewegung isoliert werden sollten. Das Gegenteil trat ein. Mehr und mehr Länder erkannten, daß der Sport in der DDR einen Beitrag zur Völkerverständigung darstellt. Heute haben die Sportler unserer Republik durch gute Leistungen und hervorragendes Auftreten Schlagzeilen gemacht. Diese Entwicklung unterstreicht, daß wir in unserer Republik auf dem richtigen Wege waren und sind."

Die Wettbewerbsbewegung nach Jahreszahlen [16]

1948:
Im Dezember wird mit den Frauen aus der Haspelei der erste Wettbewerb mündlich abgesprochen. Das ist der Beginn des Henneckewettbewerbs in der damaligen „Agfa-Seide". Es geht in erster Linie darum, mehr zu produzieren.

1949:
1. März: Überführung der Werksanlagen in Volkseigentum. Der Wettbewerb dehnt sich auch auf andere Bereiche des Werkes aus. Eine Wettbewerbskommission aus Gewerkschaftsvertretern schafft Beispiele, die für die Bereichskollektive des gesamten Werkes ausgewertet werden. Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben, das ist das erklärte Ziel.

1950:
Durch die immer breiter werdende Mitarbeit der Belegschaft im Wettbewerb und durch die Bildung von Produktionsbrigaden wird es möglich, daß die Kunstseidenwerker von Premnitz ihren Zweijahrplan zu Ehren des III. Parteitages vorfristig erfüllen. Hier liegt auch der Beginn der Bewegung zur Verbesserung der Qualität der Kunstseide nach dem Beispiel von Luise Ermisch aus dem VEB Hallesche Kleiderwerke.
Auftrag zum Aufbau der Abteilung Kunstseide II

1953:
Alle Produktionsbetriebe stehen im Wettbewerb um die Wanderfahne des Werkdirektors; Wettbewerbspunkte sind: die Modernisierung des Produktionsablaufes, die Verbesserung der Qualität, die Senkung des Abfalls, die Einsparung von Rohstoffen, die volle Ausnutzung der Arbeitszeit. Im I. Quartal werden die Kunstseidenwerker Sieger im überbetrieblichen Wettbewerb und erhalten die Wanderfahne des Ministerrates.

1954:
Im Jahr der großen Initiative geben die Werktätigen des Kunstseidenwerkes 3200 Verpflichtungen im innerbetrieblichen Wettbewerb ab. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse, die Einhaltung der Rezepturen und die Senkung der Abfallquoten. Der Jahresplan wird mit 101,7 Prozent erfüllt, und die Selbstkosten werden um zwei Prozent gesenkt. Weitere Neuerermethoden, wie die Hockaufbewegung und andere, werden eingeführt. Die Abteilung Kunstseide II, Prezenta, ist vollständig mit HKZ-maschinen ausgerüstet.

1955:
Der erste Fünfjahrplan wird im Kunstseidenwerk erfolgreich beendet. Außerordentlich günstige Entwicklungen in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und bei der Senkung der Selbstkosten können erzielt werden. Daran hat die Wettbewerbsbewegung hervorragenden Anteil. So steigt die Arbeitsproduktivität im Verhältnis zu 1950 bei Produktionsarbeitern auf 240,8 Prozent. Der Gewinn erhöht sich im gleichen Zeitraum auf das 6,5fache.

1956:
Der Wettbewerb steht ganz im Zeichen der III. Parteikonferenz der SED. Nahezu alle Bereiche des Kunstseidenwerkes sind beteiligt. In Anerkennung der hohen Leistungen des Werkkollektivs in diesem Wettbewerb wird zum zweiten Male die Wanderfahne des Ministerrates der Fahnengruppe „Chemische Großbetriebe" verliehen. Die Kraftwerker gewinnen den überbetrieblichen Wettbewerb mit den Kollegen aus Schwarza.

1957:
Zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution kämpfen die Produktionsbrigaden, wie die Brigaden „Woroschin" I und II, „Clara Zetkin" und andere, um den Titel „Brigade der besten Qualität".

1958:
Zum V. Parteitag der SED und anläßlich der Volkswahlen 1958 übernehmen die Werktätigen in den einzelnen Bereichen neue Verpflichtungen im Wettbewerb. Ihr Ziel,

bis zum V. Parteitag 3,5 Tage Planvorsprung zu erreichen, wird mit 4,2 Tagen Planvorsprung erfüllt.
Verstärkt orientiert die Betriebsparteiorganisation auf Schwerpunkte im Kunstseidenwerk. Dazu gehört die Aufnahme des Probebetriebes in der SO_3-Neuanlage (Wirbelschichtverfahren). Am 13. November ist die Zielstellung durch den Einsatz von „Roten Brigaden" erreicht.
Auf der Grundlage der Beschlüsse des V. Parteitages und der Chemiekonferenz erarbeiten die Premnitzer ihre Zielstellungen für das Chemieprogramm. Auf dem Gebiet der Neuerermethoden werden mit der Bildung von Ludwigkollektiven, der verstärkten Anwendung der Mamai- und der Seifertmethode weitere Fortschritte erzielt.

1959:
In allen Bereichen setzt die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" ein. An der Spitze stehen die Kollektive in den Kunstseidenanlagen des DEDERON-Bereiches und in der am 28. Februar angelaufenen Novoktanproduktion. Im Mittelpunkt des Wettbewerbs stehen Maßnahmen zur Rekonstruktion der alten Anlagen, der Siebenjahrplan und die Verwirklichung des Chemieprogramms. 33 Brigaden kämpfen um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit".
Im Monat Juli wird das höchste Monatsergebnis in der Bruttoproduktion des Gesamtwerkes seit Bestehen des Kunstseidenwerkes erreicht. Alle Bereiche und Brigaden des Werkes bereiten sich auf den 10. Jahrestag der Gründung der DDR vor.

1960:
Im sozialistischen Wettbewerb wird die sozialistische Gemeinschaftsarbeit wichtiger Bestandteil zur Erfüllung aller Verpflichtungen. Erstmalig wird der Tag des Chemiearbeiters feierlich begangen.
Höhepunkt in diesem Jahr ist die Aufnahme der Produktion in der neuerrichteten WOLPRYLA-Anlage anläßlich des Tages des Chemiearbeiters. 240 Brigaden haben Verträge abgeschlossen mit dem Ziel, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben. 159 sozialistische Arbeitsgemeinschaften arbeiten an der Lösung technisch-wissenschaftlicher, ökonomischer und arbeitsorganisatorischer Aufgaben.

1961:
Die Maßnahmen von Partei und Regierung zur Sicherung der Staatsgrenzen der DDR am 13. August rufen eine neue Initiative der Werktätigen in der DDR hervor.
Nach dem Beispiel der Kumpel aus dem VEB Elektrokohle treten auch die Brigaden im Premnitzer Werk zum Produktionsaufgebot an. „In der gleichen Zeit mit dem gleichen Geld mehr produzieren!", das ist die neue Losung.
Das Durchsetzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird zum Hauptziel des sozialistischen Wettbewerbs. Die Pilotanlage GRISUTEN wird in Betrieb genommen.

1962:
Das Produktionsaufgebot wird weitergeführt. Mit dem Plan Neue Technik wird die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts planmäßig geleitet. Arbeitsgemeinschaften stellen sich das Ziel, Maßnahmen aus dem Plan Neue Technik vorfristig zu lösen. Elf Arbeitsgemeinschaften können bereits ihre Zielstellung erfolgreich abschließen.
Das Kollektiv des Chemiefaserwerkes erringt im überbetrieblichen Wettbewerb die Wanderfahne der VVB Chemiefaser und Fotochemie. Zum Tag des Chemiearbeiters erhält Premnitz das Stadtrecht. Im sozialistischen Wettbewerb konzentrieren alle Brigaden und Arbeitsgemeinschaften ihre Kräfte auf die Vorbereitung des VI. Parteitages der SED. Sie schließen Zielsetzungswettbewerbe ab.

1963:
Der VI. Parteitag der SED beschließt das Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus und stellt die Aufgabe, das neue ökonomische System der Planung und Lei-

Chemiefaserwerker rufen alle Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik zum sozialistischen Massenwettbewerb

Wir Arbeiterinnen und Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler und Meister des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" in Premnitz wenden uns mit diesem Brief an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik.

In wenigen Monaten feiern wir den 15. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Wir alle werden auf anderthalb Jahrzehnte angestrengter Arbeit zurückschauen, in denen wir unsere Republik zu dem entwickelt haben, was sie heute ist: ein friedliebender sozialistischer Staat, der zu den größten Industrieländern gehört und bei den Völkern der Welt eine hohe Achtung genießt.

Wir haben gewiß allen Grund, auf die Leistungen in diesen 15 Jahren stolz zu sein. Die Produktion unseres Werkes wird im Jahre 1964 mehr als das 10fache im Vergleich zu 1949 betragen. Zum Produktionsprogramm gehören heute synthetische Fasern, die wir 1949 zum Teil nur aus der Fachliteratur kannten. Viel wurde also erreicht, aber noch mehr ist zu tun, um die Beschlüsse des VI. Parteitages zu erfüllen.

Spinnmaschinen diese Qualitätsmängel weitestgehend zu vermindern.

Für die Lösung der wichtigsten Aufgaben bei der Erhöhung der Qualität werden sozialistische Arbeitsgemeinschaften gebildet, die nach einem vom Werkleiter bestätigten Arbeits- und Terminplan arbeiten, der auch Grundlage für die Festlegung des materiellen Anreizes ist.

Unser Bestreben ist es, die

beste Qualität

bei niedrigsten Kosten

zu erreichen. Fast zwei Drittel unserer Selbstkosten entfallen auf [illegible]

herstellen kann, verlangt auch die termingerechte und kontinuierliche

Bereitstellung

hochwertiger Grundstoffe

durch unsere Vorlieferanten. Wir wenden uns deshalb besonders an unsere Kollegen im VEB Chemische Werke Buna, im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht", im VEB Zellstoffwerk Crossen und im VEB Farbenfabrik Wolfen, ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität bei Polyacrylnitril, Caprolactam, Zellstoff und Farbstoffen zu erhöhen und so unsere Bemühungen im sozialistischen Wettbewerb wirkungsvoll zu unterstützen.

tung der Volkswirtschaft auszuarbeiten. Im ersten Halbjahr ringen die Kollektive in den Produktionsbereichen darum, die durch den harten Winter entstandenen Planrückstände aufzuholen. Am 30. Juni, zu Ehren des Geburtstags von Walter Ulbricht, sind diese Zielstellungen allseitig erfüllt. Nach dem Beispiel der Brigaden im WOLPRYLA-Bereich und im Kunstseidenbetrieb werden verstärkt Zielsetzungsverträge abgeschlossen, bei denen die vor- und nachproduzierenden Abteilungen und Betriebe einbezogen werden. Der Plan Neue Technik wird mit 105,7 Prozent erfüllt. Mehrmals wird der Staatsplan freiwillig erhöht. Zum Tag des Chemiearbeiters findet der Staatsakt der Regierung der DDR in Premnitz und Rathenow statt.

1964:

Mit der Losung „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren" rufen die Chemiefaserwerker alle Werktätigen der DDR zum komplexen sozialistischen Massenwettbewerb nach Erzeugnisgruppen auf. Die 1960 begonnenen Versuche zur Herstellung von DEDERON-Dedotex-Fasern sind erfolgreich abgeschlossen, und die Fasern können nunmehr großtechnisch produziert werden.

Auf einer Vertrauensleutevollversammlung rechnen am 12. Oktober die Werktätigen des Chemiefaserwerkes die Ergebnisse des Wettbewerbs im Besein des Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, öffentlich ab und rufen auf zum Weiterführen des komplexen Erzeugnisgruppenwettbewerbs bis zum 20. Jahrestag der Befreiung.

Am 23. November verleiht der Ministerrat der DDR dem Werkkollektiv für seine vorbildliche Initiative und für die weitere Vervollkommnung des sozialistischen Massenwettbewerbs den Orden „Banner der Arbeit".

Der Plan der Warenproduktion wurde mit 102,5 und der Absatzplan mit 101,7 Prozent erfüllt.

1965:

Der sozialistische Wettbewerb wird mit der Losung „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren" bis zum 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus weitergeführt. Dabei soll die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zur Lösung der wissenschaftlich-technischen Aufgaben entwickelt werden. Als Schwerpunkte im Wettbewerb werden das Überbieten der Produktionsziele bei allen exportfähigen Erzeugnissen und das unbedingte Einhalten der Termine und Sortimente bei hoher Qualität und niedrigsten Kosten bezeichnet. Am Tor 6 wird die Erweiterung der Kunstseidenanlage Prezenta gebaut.

Am 5. Oktober wird in einer Beratung der Betriebsparteileitung der Vorschlag unterbreitet, den sozialistischen Wettbewerb bis zum 20. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED fortzusetzen. Ziel ist die allseitige Planerfüllung 1965 und eine gute Vorbereitung des Planjahres 1966, des ersten Jahres im Perspektivzeitraum bis 1970. Die Losung lautet: „Wettbewerb zum 20. Jahrestag der SED". Am 23. Dezember erfüllt das Chemiefaserwerk die Staatsplanaufgaben 1965.

1966:

Im Wettbewerb zum 20. Jahrestag der Gründung der SED werden folgende Hauptaufgaben gestellt:

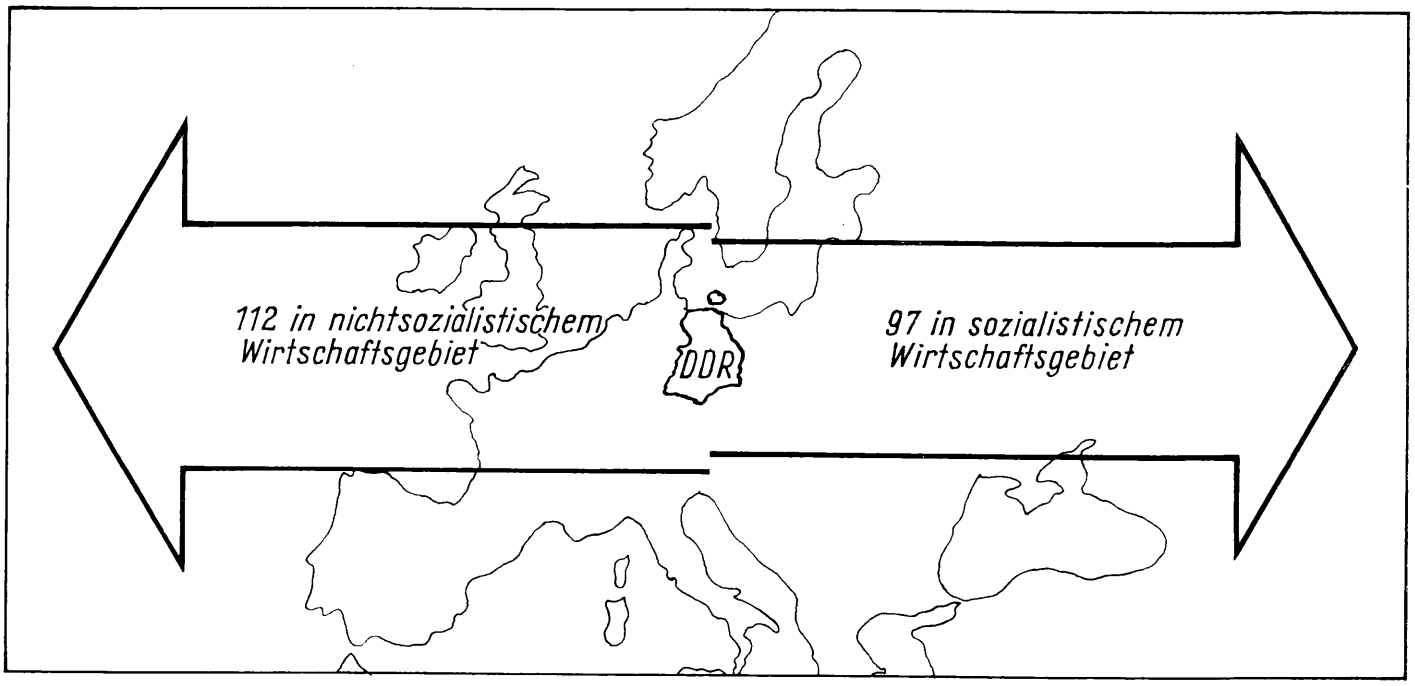
Produktion der Erzeugnisse mit niedrigsten Kosten und bester Qualität,

rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität durch verstärkte Rationalisierung der Produktion und wissenschaftliche Leitung der Produktionsprozesse,

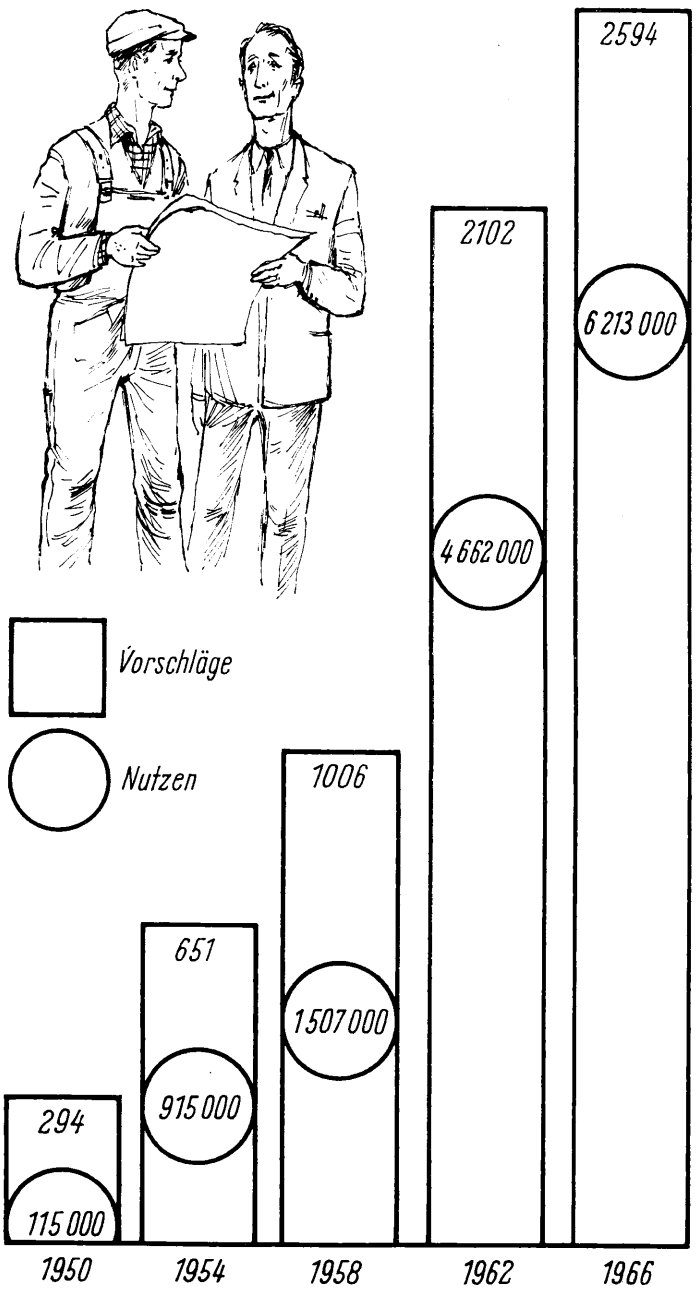
Schaffung eines wissenschaftlich-technischen Vorlaufs,

Sicherung des sparsamen Umgangs mit Material und des ökonomischen Einsatzes der Roh- und Hilfsstoffe.

Am 28. Juni wird in einer gemeinsamen Beratung der Betriebsparteileitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung, der Werkdirektion und des Produktionskomitees über den Entwurf des Perspektivplanes für das Chemiefaserwerk beraten. Dabei wird beschlossen, in Auswertung der Konferenz des ZK der SED in Leipzig zur Rationalisierung und Standardisierung die betriebliche Rationalisierungskonzeption zu überarbeiten. Die Hauptrichtung der Entwicklung



des Chemiefaserwerkes wird neben der Erweiterung der WOLPRYLA- und der GRISUTEN-Faser-Produktion vor allem auf die wissenschaftliche Durchdringung der Produktionsprozesse und auf die Einführung rationellster Verfahren in Verbindung mit der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen festgelegt. Der sozialistische Wettbewerb wird mit der Losung: „Durch sozialistische Rationalisierung zur Erhöhung des Nationaleinkommens – aus dem Groschen die Mark" weitergeführt. Mit dieser Losung setzt im September eine Massenbewegung im sozialistischen Wettbewerb zur Vorbereitung des VII. Parteitages der SED ein. Zu den Schrittmachern unter den Brigaden des Chemiefaserwerkes gehören die Kollektive „Otto Krahmann" und „WOLPRYLA-Erweiterung". Der Chemieingenieur Dietrich Riedel löst im Chemiefaserwerk die Schrittmacherbewegung der persönlichen Initiative aus.



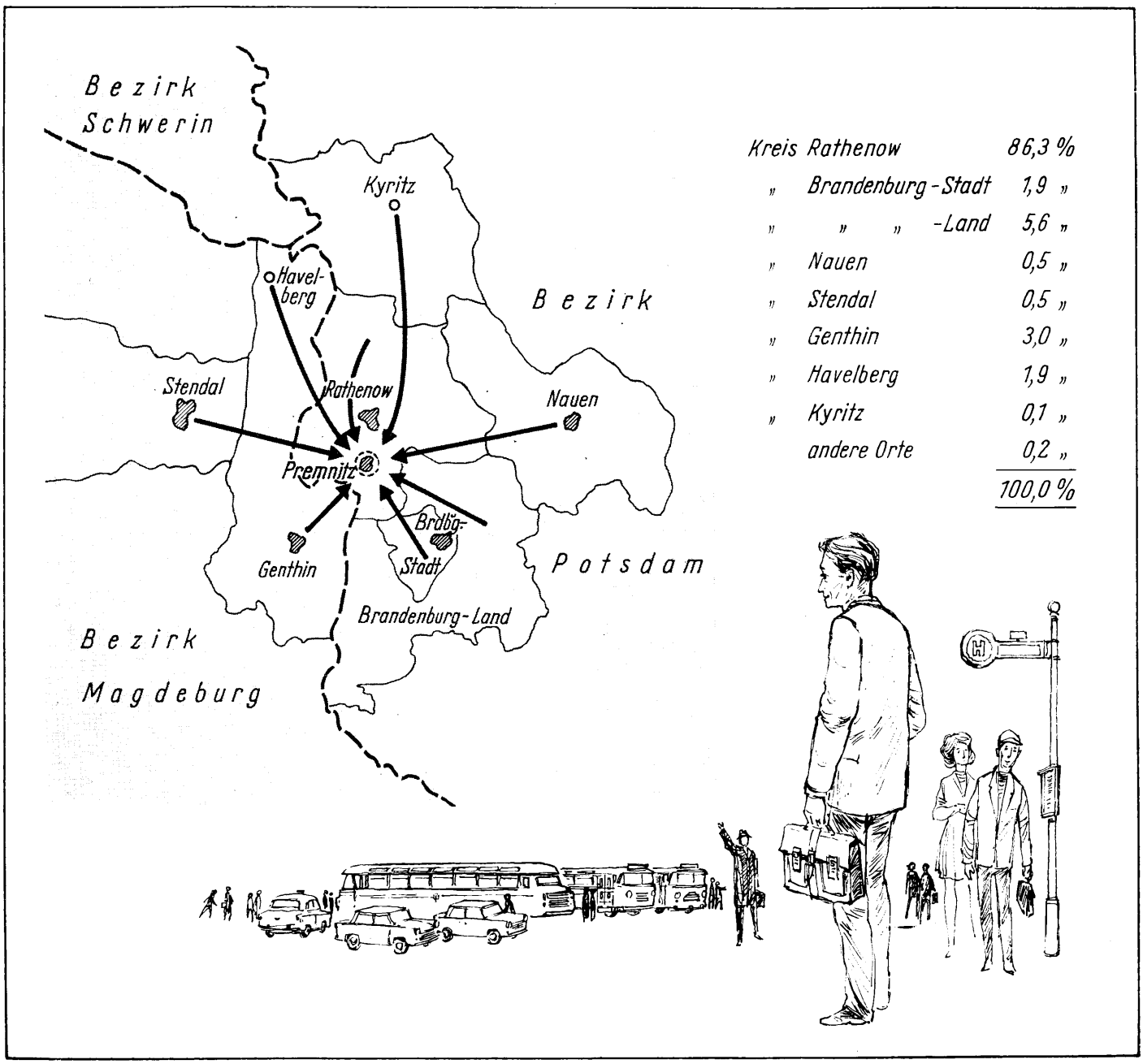
1967:
Der VII. Parteitag der SED beschließt die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Die Werktätigen ziehen erfolgreiche Bilanz der Etappe zwischen dem VI. und dem VII. Parteitag der SED. Die Warenproduktion konnte im gleichen Zeitraum um 20 Prozent und der Gewinn um 40 Prozent gesteigert werden. Beginn der Produktionserweiterung für GRISUTEN auf 4500 Tonnen im Jahr. Inbetriebnahme des Prezenta-Erweiterungsbaus. Dreimalige Erhöhung des Planes zur WOLPRYLA-Faser-Produktion. Baubeginn von mehreren Hallenschiffen für Werkstätten. 1965/66 Einführung der Jahresendprämien. Dem Werkkollektiv wird das Ehrenbanner des ZK der SED verliehen.

1968:
Alle Brigaden, Arbeits- und Forschungsgemeinschaften des Chemiefaserwerkes stehen im sozialistischen Wettbewerb. Ihre Losung: „Rationeller produzieren, für dich, für deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat – dem 20. Jahrestag der DDR entgegen!"

Patentanmeldungen von 1951 bis 1967
(Zeichnung links)

Neuererwesen [17] (Zeichnung links unten)

Einzugsgebiete der Arbeitskräfte [18]
(Zeichnung unten)



Kurzer Überblick über die einzelnen Bereiche des Chemiefaserwerkes

1. REGAN [19]

In der Verarbeitung zu Stoffen und Heimtextilien sowie auch als Beimischungen im Garn verschiedener Web- und Strickwaren beweist die Kunstseide ihre Nützlichkeit. Ausgangsmaterial ist Zellstoff, der als Zellulose Baustoff des pflanzlichen Lebens ist. Aus Kohlenwasserstoff- und Sauerstoffatomen bilden sich die kleinsten Moleküleinheiten der Zellulose. Entscheidend für die Fadenbildung beim Spinnen sind die kettenförmigen Großmoleküle. Kunstseide entsteht also unter Verwendung der natürlichen Zellulose, die chemisch verarbeitet wird. Seit fast 50 Jahren wird im Chemiefaserwerk Kunstseide erzeugt. Den wesentlichsten Aufschwung erhielt der Kunstseidenbetrieb nach 1945. Einige Daten der Entwicklung sollen das beweisen:

Suprema-Serona

1948 bis 1950:
Umbau der Kohornspinnmaschinen von 100 Spinnstellen auf 162 (Kapazitätserhöhung)

1951:
Umbau der Vorbehandlung von Saug- auf Druckwäsche, Umstellung der Produktion von Strang auf Konen (Etagenzwirnmaschinen – Qualitätsverbesserung)

1957 bis 1960:
Erhöhung der Spinngewichte von 180 auf 300 Gramm

1958 bis 1960:
Sämtliche Spinndüsen werden erneuert

1954:
CS_2-Wiedergewinnung wird in Betrieb genommen

1958:
Beginn der Umstellung auf Röllchenspinnen

1963:
Vollkommene Einführung des Spinnens mit Röllchen (Serona)

1954 bis 1965:
Qualitätsverbesserung von 50 Prozent Sorte II auf 81 Prozent

1961 bis 1962:
Einführung der Trockenigelwagen (Erhöhung der Arbeitsproduktivität)

Prezenta

1952:
Teilinbetriebnahme der Spinnerei II

1954:
Volle Inbetriebnahme der Spinnerei II

1954 bis 1963:
Erhöhung der Produktion von 9 auf 12,8 Tonnen täglich (Erhöhung der Abzugsgeschwindigkeit und der Kuchengewichte von 280 auf 350 Gramm)

ab 1960 bis 1964:
Verbesserung der Luftverhältnisse, Einkapselung von Spinnmaschinen

ab 1960:
Technische Verbesserung an den Spinnmaschinen (Schwungscheiben, Changierungen, Exzenterherzen, Zentrifugensicherungen)

1958 bis 1960:
Sämtliche Düsen erneuert

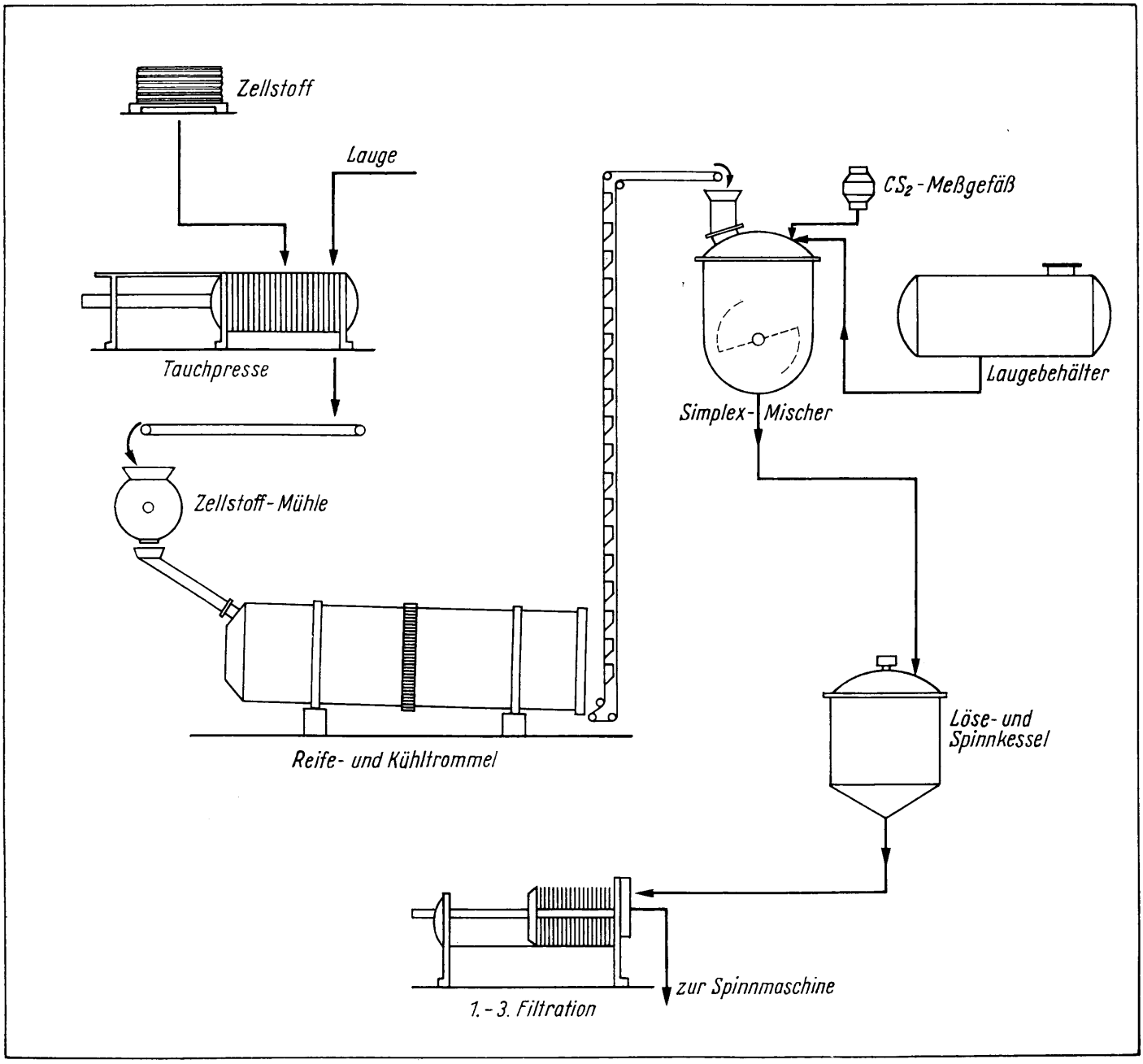
1963:
Beginn des Einsatzes großer Zentrifugentöpfe

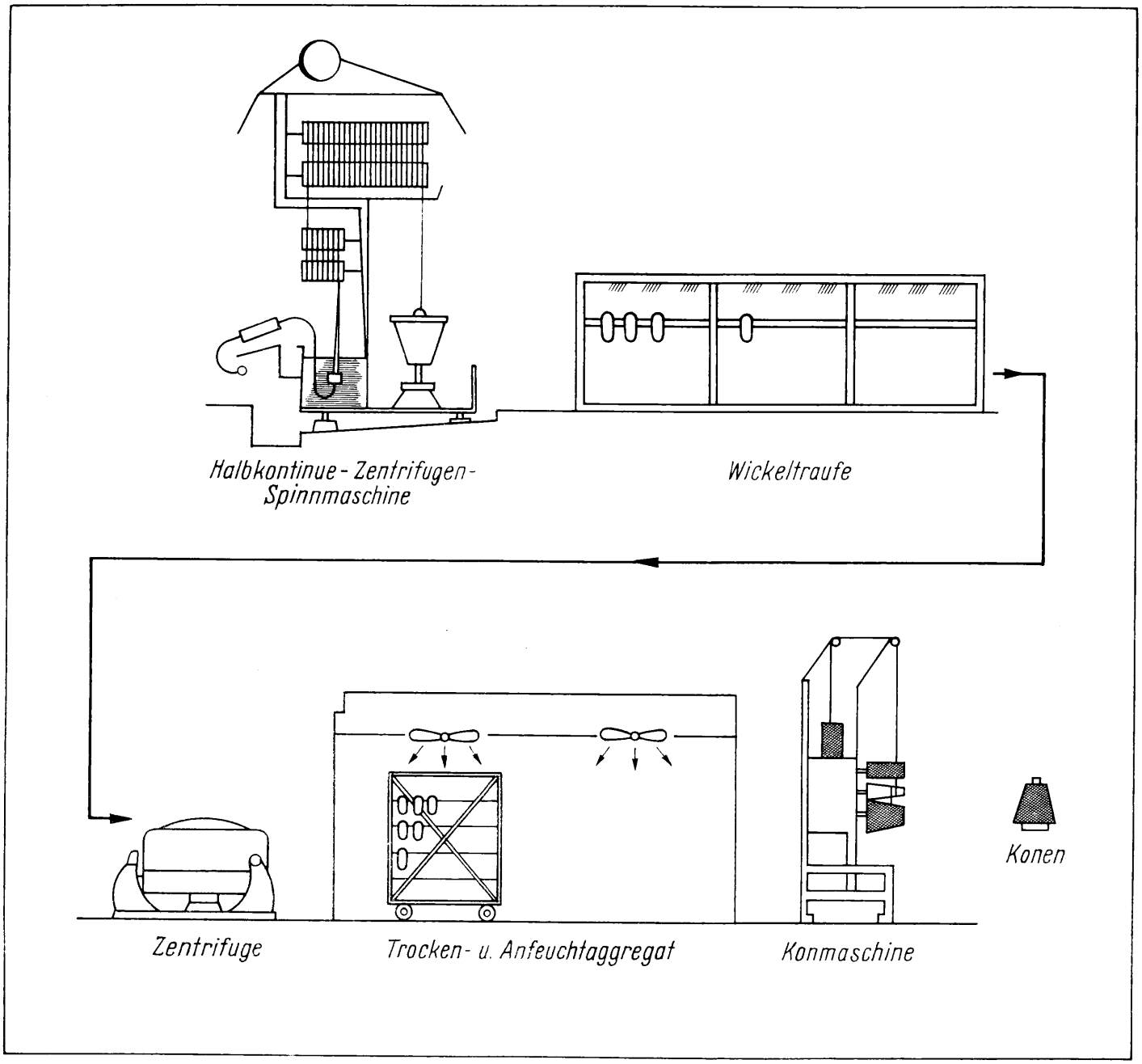
1965:
Beginn des Einsatzes von Umbindemaschinen

1966/67:
Erweiterung der Prezenta-Anlage

Nachbehandlung

1960:
Einführung der Vorsäuerung an den Traufen


Zellstoff
Lauge
Tauchpresse
Zellstoff-Mühle
Reife- und Kühltrommel
CS_2-Meßgefäß
Laugebehälter
Simplex-Mischer
Löse- und Spinnkessel
zur Spinnmaschine
1.-3. Filtration


Halbkontinue - Zentrifugen-
Spinnmaschine
Wickeltraufe
Konen
Zentrifuge
Trocken- u. Anfeuchtaggregat
Konmaschine

1962:
Verlängerung der Trockenschränke

1962/1963:
Anbau von Traufenstangenaufgaben an beiden Traufen

1963/1964:
Anbau von Traufenstangenabnahmen an beiden Traufen

1965:
Verbesserung der Präparation

Konerei

1963 bis 1965:
Erhöhung der Arbeitsproduktivität von einer Leistung von 60 auf 105 Kilogramm je Konerin

Viskoseanlage

1947:
Übergang vom ungereiften auf gereiftes Verfahren (Viskose)

1948:
Verbesserung des Reifeprozesses, Übergang von Bunker auf Reifetrommel

1948:
Stehende Vorlöser durch liegende ersetzt

1950:
Inbetriebnahme einer III. Filtration

1952:
Inbetriebnahme der Viskoseanlage, Gebäude 405, neue Filterpressen mit Ausstoßvorrichtung, Häckselmaschine, Mühlenzerfaserung, Reife- und Kühltrommeln; Simplexmischer, Nachlöser, III. Filtration (klein)

1956:
Häckselmaschine herausgenommen und durch Vorzerreißer ersetzt

1957:
I. Filtration stark vergrößert

1958:
Viskoseanlage, Gebäude 022, Zerfaserer außer Betrieb genommen und durch Mühlen ersetzt

1960:
Mischkessel im Gebäude 022 aufgebaut und in Betrieb genommen

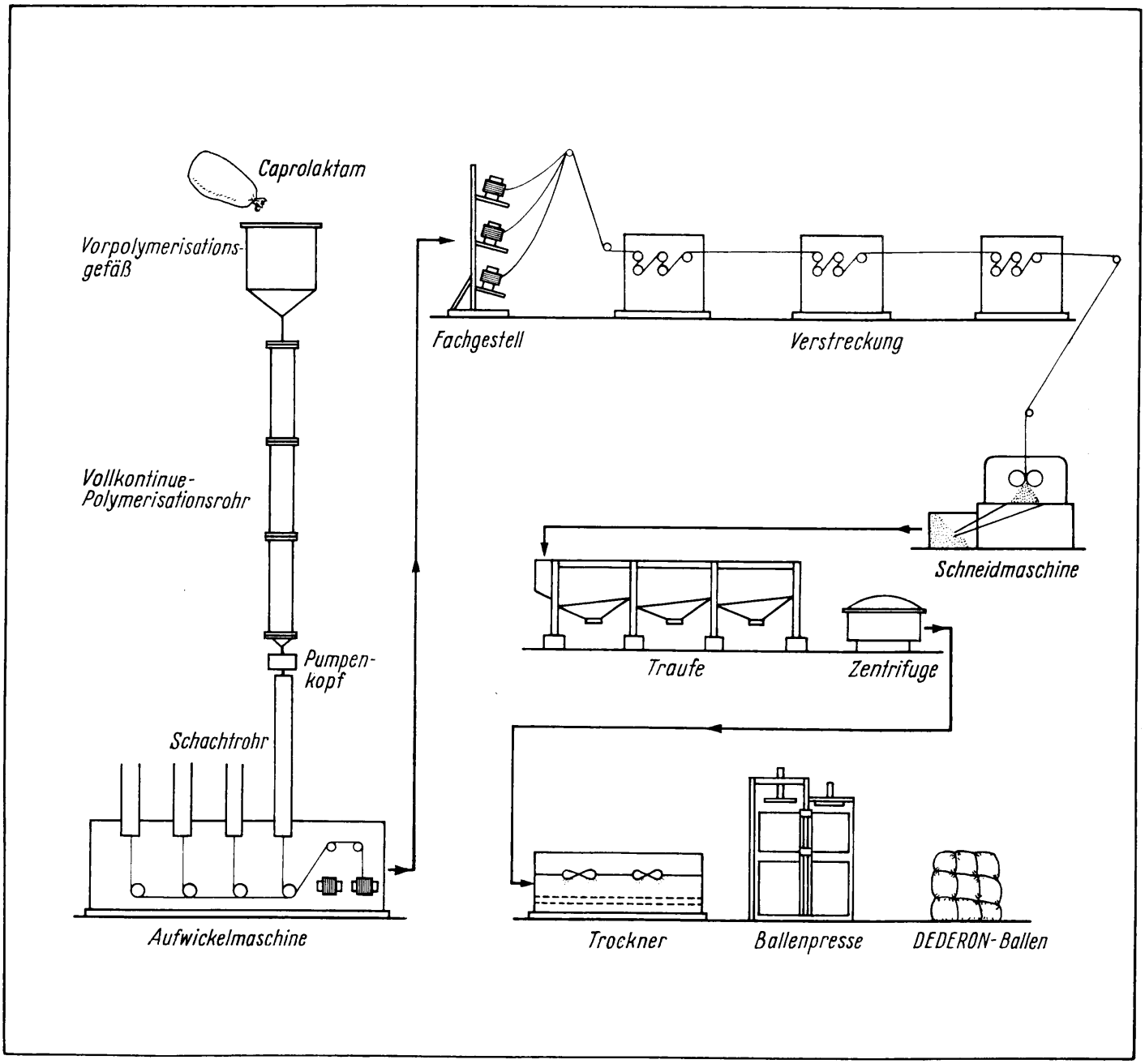
1961:
Spinnkessel und Sulfidierung klimatisiert

1964:
Mischkessel im Gebäude 405 in Betrieb genommen, Inbetriebnahme der Naßsulfidierung, Änderung der Viskoseleitungseinführung, Trennung Viertel C/D

2. DEDERON [20]

DEDERON ist ein international geschütztes Warenzeichen für Erzeugnisse, deren Rohstoff in der DDR synthetisch auf der Basis von Polyamid hergestellt wird. Andere Länder bezeichnen Produkte dieser Art als Kapron, Silon, Perlon, Nylon usw. Faserstoffe aus Polyamid haben ihren Ursprung in der chemischen Synthese.
Es bedurfte jahrzehntelanger Forschungsarbeit, bis im Jahre 1937 der Amerikaner Carothers und auf einem anderen Weg der deutsche Chemiker Dr. Paul Schlack in Berlin patentierungsfähige Arbeiten vorlegen konnten. Sie betrafen Fasern, die aus Spinndüsen in Form von Fäden austreten und anschließend kalt verstreckbar sind. Im Jahre 1942 wurde auch in unserem Werk mit der Herstellung von Perlon-Fasern begonnen. Eine Anlage für Fasern und Seide war projektiert. Den vorhandenen Einrichtungen lagen zugrunde:
Rostspinnverfahren, Schnitzelbandspinnverfahren, VK-Rohr mit unmittelbarem Laktameinsatz.
1945 wurden etwa 12 Tonnen Fasern monatlich hergestellt. Nach 1945 wurden zunächst die aus der Kriegszeit stammenden Abfälle verwertet. Im Gebäude 049 wurde dazu

Fließschema: DEDERON-Faser-Herstellung



eine Aufschmelzanlage gebaut, in der die Abfälle zu Borsten für Bürsten versponnen wurden. Die in dieser Anlage gesammelten Erfahrungen waren die Grundlage für den Bau der Produktionsversuchsanlage im Gebäude 021. Diese wurde im Jahre 1951 angefahren. Zunächst fuhr man mit einen VK-Rohr. Durch das Aufstellen eines zweiten VK-Rohres konnte die Produktion im Jahre 1952 im Vergleich zu 1951 von 138 auf 227 Tonnen erhöht werden. Mit der Umstellung auf Vorpolymerisationsgefäße in der Füllstation stieg die produzierte Menge 1953 auf 351 Tonnen an. Der ständig steigende Bedarf an Polyamidfasern drängte dazu, daß schnell eine Produktionsanlage größeren Ausmaßes in Betrieb genommen werden mußte. Im Januar 1954 konnte im Gebäude 756 die Produktion in einer größeren Anlage anlaufen. Die Jahresproduktion wurde dadurch auf 813 Tonnen gesteigert. Die unermüdlichen Bemühungen um eine weitere Auslastung der vorhandenen Kapazität führten von Jahr zu Jahr zu einem höheren Produktionsausstoß.

1955	1464 Tonnen	1958	2544 Tonnen
1956	2011 Tonnen	1959	2804 Tonnen
1957	2239 Tonnen		

Die erhebliche Produktionsleistung über die projektierte Kapazität der Anlage hinaus war vor allem auf folgende technologische Veränderungen im Produktionsprozeß zurückzuführen:

1. Umstellung in der Füllstation von Handdosierung auf automatische Dosierung,
2. Erhöhung der Düsenlochzahl von 75 auf 120 Löcher,
3. Erhöhung der Abzugsgeschwindigkeit an den Düsen, vor allem bei dem Sortiment B-Typ,
4. Verkürzung der Polymerisationszeiten durch die Erhöhung der Temperatur in den Vorpolymerisationsgefäßen.

Während in der Produktionsanlage Gebäude 756 von Jahr zu Jahr der Produktionsausstoß erhöht wurde, wurde in den Versuchsanlagen Gebäude 049 und Gebäude 021 an der Entwicklung neuer Sortimente und an der Erschließung weiterer Einsatzgebiete gearbeitet. Durch die erfolgreiche Forschung konnten folgende Sortimente in das Produktionsprogramm aufgenommen und hergestellt werden:

1955 B-Typ 469 Tonnen,
1957 T-Typ 524 Tonnen,
1960 W-Typ Hohlprofil 435 Tonnen

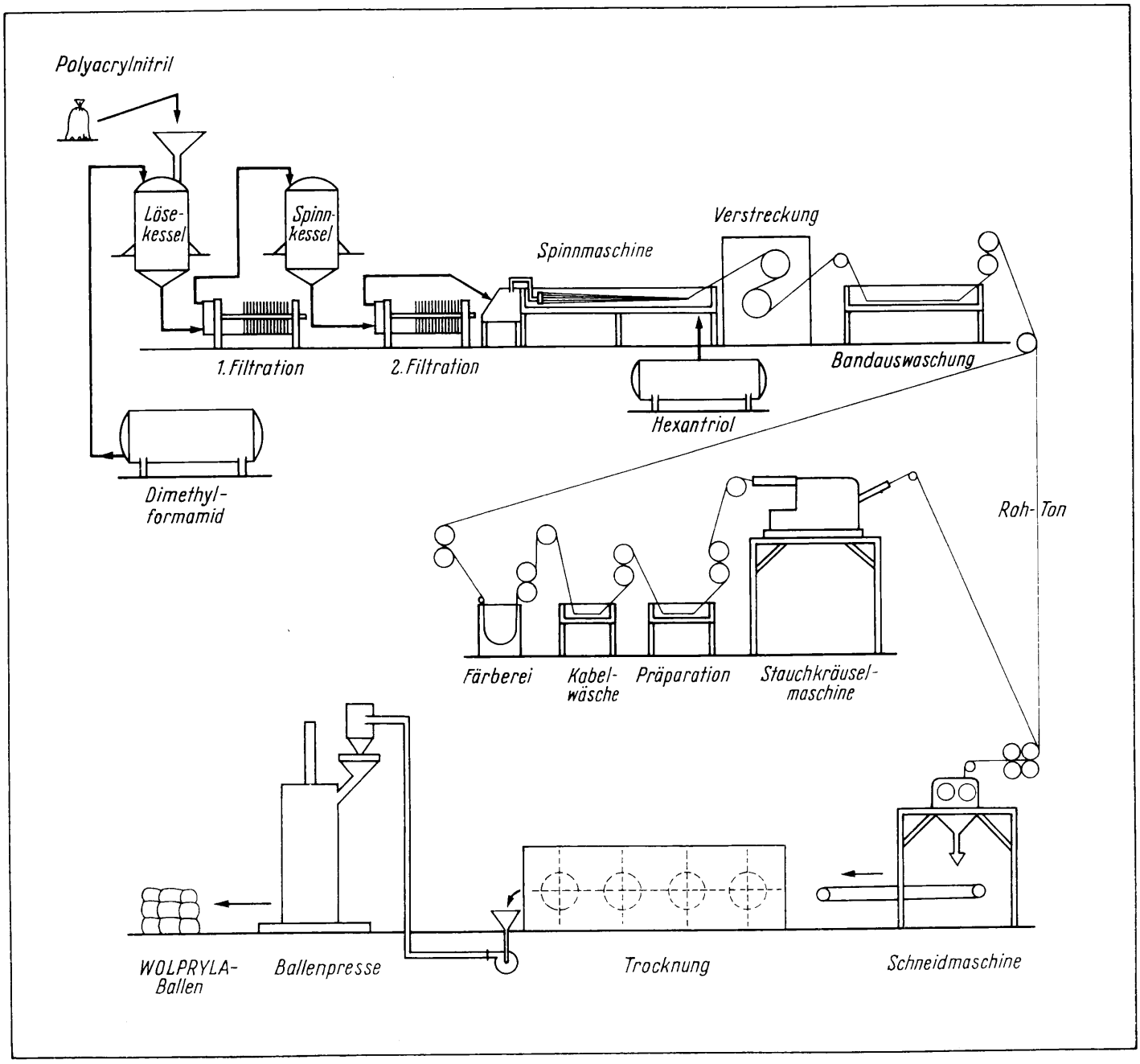
Das Spinnen von Hohlprofilfasern auf Polyamidbasis war erstmalig in der Welt. Mit der Umstellung der Füllstation von 20-Liter-VP-Gefäßen auf 100-Liter-Vorpolymerisationsgefäße konnte 1961 nochmals eine Kapazitätserweiterung erreicht werden. Als Folgemaßnahme wurde die Produktionsversuchsanlage im Gebäude 021 stillgelegt, und nach der Aufstellung eines VK-Rohres aus diesem Gebäude im Jahre 1962 konnte erstmalig die Produktionsmenge von 3000 Tonnen überschritten werden. Nach der Montage eines weiteren VK-Rohres 1963 stieg die Jahresproduktion auf 3097 Tonnen. 1964 wurde ein hervorragendes Ergebnis sozialistischer Gemeinschaftsarbeit in die Produktion eingeführt. Am 1. September 1964 konnte mit der Inbetriebnahme der DEDERON-Dedotex-Anlage die Herstellung von texturiertem Garn beginnen. Die Menge betrug anfangs 120 Tonnen. So konnte das Sortiment der DEDERON-Faser um einen weiteren Typ erweitert werden. In den Jahren bis 1963 stieg die Produktion weiter rasch an:

1960 2727 Tonnen,
1961 2877 Tonnen,
1962 3009 Tonnen,
1963 3059 Tonnen.

Bis 1966 wurde die Warenproduktion gegenüber 1963 um weitere neuneinhalb und die Arbeitsproduktivität um acht Prozent gesteigert. Mit Recht können wir davon sprechen, daß der Name DEDERON eine Auszeichnung ist.

3. WOLPRYLA

Zitieren wir eingangs aus einer kleinen Fibel des Warenzeichenverbandes für Kunststofferzeugnisse der DDR:
„Wolliges Wunder aus der Retorte!


Polyacrylnitril
Löse-kessel
Spinn-kessel
Spinnmaschine
Verstreckung
1. Filtration
2. Filtration
Bandauswaschung
Hexantriol
Dimethyl-formamid
Roh-Ton
Färberei
Kabel-wäsche
Präparation
Stauchkräusel-maschine
WOLPRYLA-Ballen
Ballenpresse
Trocknung
Schneidmaschine

Wie entsteht WOLPRYLA? Um darüber etwas zu erfahren, unternehmen wir einen kleinen Ausflug ins Zauberreich der Chemie. Zunächst begegnen wir dabei dem Azetylen, einem farblosen Gas, das aus Kalziumkarbid und Wasser gewonnen wird. Dieses wiederum entsteht aus Kohle und gebranntem Kalk. Durch Vereinigung von Azetylen mit Blausäure erhält man das Acrylnitril, das in Gegenwart von reaktionsbeschleunigenden Stoffen, den sogenannten Katalysatoren, zu dem eigentlichen Faserrohstoff, dem weißen, pulverförmigen Polyacrylnitril, umgewandelt wird. Bei entsprechenden Temperaturen und unter ständigem Rühren gewinnt man mit Hilfe des Lösungsmittels Dimethylformamid die zähflüssige, gelbliche Spinnlösung." Das liest sich beinahe wie ein Rezept zum Kuchenbacken. Doch wenn hier auch die Formelsprache der Chemiker beiseitegelassen wurde, muß betont werden, daß es sich hier um komplizierte chemische Vorgänge handelt, die in speziellen technischen Großanlagen ablaufen.

WOLPRYLA spricht für sich: „Als Ersatz für die sogenannten Naturfasern bin ich mir viel zu schade. Ja, im Gegenteil – einige meiner Eigenschaften übertreffen das, was beispielsweise Wolle bieten kann. Da wäre zunächst mein außerordentlich geringes Gewicht. Ich wiege nur 1,17 Gramm je Kubikzentimeter, Wolle dagegen 1,32 und Baumwolle sogar 1,52 Gramm. Meine Knitterneigung ist gering, und außerdem habe ich durch meine hohe Bauschelastizität ein besonders gutes Erholungsvermögen. Deshalb sehe ich immer wieder wie neu aus. Wenn ich mit Wasser in Berührung komme – das ist ja bei uns Textilfasern ein wichtiger Vorgang –, bin ich der Wolle überlegen. Ich nehme nur einen geringen Bruchteil meines Gewichtes an Wasser auf. Ganz schnell bin ich deshalb wieder trocken. Aber das ist noch nicht alles: Die Neigung zum Filzen kenne ich nicht. Und dann meine Formbeständigkeit: Bügel- oder Plisseefalten bleiben erhalten, auch wenn ich vollkommen im Wasser lag. Sonnenlicht, Insekten und manches andere können mir nichts anhaben. Und außerdem mache ich immer gern den bunten Wechsel der Mode mit. Kein Wunder, daß ich so viele Freunde und Freundinnen habe, unter Fachleuten ebenso wie unter den Verbrauchern. Sie werden sich selbst noch überzeugen können, daß ich nicht übertrieben habe. Auf Wiedersehen also!" [21]

Bereits 1953 begannen im Werk die Versuche zur Herstellung von Polyacrylnitrilfasern. Zuerst trugen diese Erzeugnisse den Tamen Te-Pe, dann Prelana, um dann zum einheitlich genutzten Warenzeichen WOLPRYLA zusammengefaßt zu werden. In der bis 1956 errichteten Pilotanlage wurde die Produktionsreife entwickelt. Zum Tag des Chemiearbeiters am 13. November 1960 gab der damalige Volkskammerpräsident Professor Dr. J. Dieckmann das Signal zum Produktionsanlauf unserer Großanlage. Eine steile Kurve der Entwicklung kennzeichnet die Arbeit des „Jugendbetriebes WOLPRYLA".

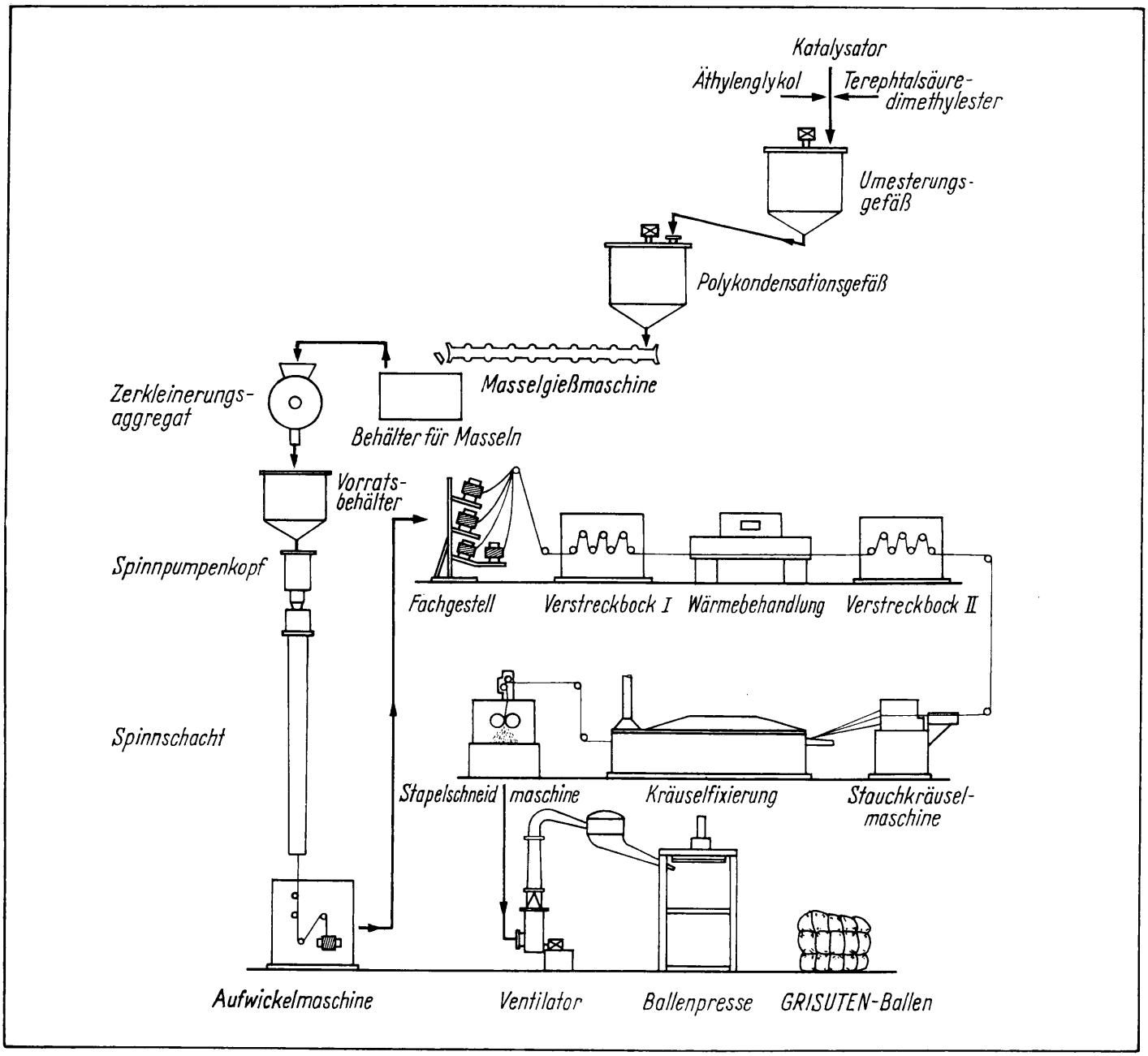
1961 wurden 1591 Tonnen, 1962 bereits 2118 und 1963 schon 2620 Tonnen Fasern erzeugt. Bis 1965 stieg die Warenproduktion gegenüber 1963 um 50,6 Prozent. Seitdem ist dieser steile Aufstieg weitergegangen. Die Vielseitigkeit und Anpassungsfähigkeit der Faser machen Erzeugnisse aus WOLPRYLA nicht nur unentbehrlich, sondern auch mehr und mehr begehrenswert. [22]

4. GRISUTEN [23]

GRISUTEN sind Polyesterfasern aus Hochpolymeren, die durch Veresterung von meist aromatischen Dikarbonsäuren mit Glykolen oder Glykolderivaten entstehen. Chemiefaserstoffe dieser Art haben solch günstige chemische und physikalische Eigenschaften, wie sie bisher noch keine andere Chemiefaser aufzuweisen hat. GRISUTEN findet aber nicht nur als Textilfaser Verwendung, sondern kann zum Beispiel auch als Blutgefäßersatz eingesetzt werden.

Nachdem bereits in den Jahren 1928 bis 1932 von Carothers die Grundlagen für Verfahren zur Herstellung von Fäden aus Polykondensationsprodukten geschaffen worden waren und Anfang der vierziger Jahre durch Whinfield und

Fließschema: GRISUTEN-Faser-Herstellung



Dickson die heute noch benutzten Rohstoffe in die Technik eingeführt wurden, konnten in Premnitz im Jahre 1951 im Labormaßstab entsprechende Forschungsarbeiten aufgenommen werden. In einigen kleintechnischen Apparaturen wurden dann ab etwa 1954 die in der Literatur beschriebenen Reaktionsbedingungen überprüft und daraus eigene Wege zur Weiterentwicklung des Verfahrens konzipiert. Dabei galt es, günstige Möglichkeiten zur Herstellung der Polymerisate, der optimalen Spinn- und Verstreckbedingungen sowie bereits zu diesem Zeitpunkt Wege zur Erweiterung des Sortiments zu untersuchen.

Die am 1. April 1961 in Betrieb genommene GRISUTEN-Pilotanlage im Chemiefaserwerk Premnitz ist von mehrfacher Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Für die Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung ist zunächst die planmäßig gebundene Warenproduktion von Bedeutung, die trotz des notwendigen Imports von Rohstoffen eine wesentliche Einsparung von Devisenmitteln, die sonst für den vermehrten Ankauf der wesentlich teureren Faser verwendet werden müßten, ergibt. Für die Jahre 1968 bis 1969 wurde dazu eine Erweiterung der Anlage mit einer Kapazitätserhöhung auf 600 Prozent vorgesehen.

Die gegenwärtig hergestellte Faser wird in erster Linie als Wolltyp für das Gebiet der Oberbekleidung (Anzug- und Kleiderstoffe) eingesetzt. Sie ist dafür besonders geeignet, weil sie in ihren Eigenschaften insgesamt der Wolle am nächsten kommt und neben so wertvollen Eigenschaften wie einer hohen Festigkeit und Scheuerbeständigkeit alle Naturfasern und Chemiefasern durch ihr außerordentliches Formhaltevermögen, vor allem in feuchtem Zustand, übertrifft In der Perspektive läßt das erhöhte Aufkommen eine starke Erweiterung auf dem Sektor der Mischverarbeitung als Baumwolltyp, zu deren Absicherung in Premnitz intensive Forschungsarbeiten durchgeführt wurden, sowie auf dem technischen Sektor zu.

Neben der Warenproduktion wird in der GRISUTEN-Pilotanlage Premnitz eine umfangreiche Forschungstätigkeit betrieben, die der Erweiterung und Vervollkommnung der in der DDR entwickelten Verfahrenstechnologie dient. Sie bildete die Grundlage für die Erweiterung der Anlagen im Jahre 1968, für den Aufbau der Großproduktion in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben sowie für den Verkauf von Verfahrenslizenzen ins sozialistische und kapitalistische Ausland. Auch die Herstellung einer für spezielle Anwendungsgebiete vorgesehenen Faser ab 1968 wurde durch die Verwertung dieser Erkenntnisse ermöglicht. Schwerpunkte waren dabei:

1. die Erprobung und Verbesserung eines kontinuierlichen Verfahrens zur Polyesterherstellung;
2. die Erprobung neuer Teiltechnologien sowie neuentwikkelter Aggregate des Maschinen- und Apparatebaus;
3. die Produktionseinführung und Testung der Verarbeitbarkeit von Spezialtypen für besondere Einsatzgebiete.

Diese Arbeiten sind Bestandteil staatlicher Forschungs- und Entwicklungspläne und darüber hinaus mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe abgestimmt. Auf diesem Wege und über eine Reihe von Lizenzverhandlungen mit ausländischen Unternehmern sind die Bedeutung und das Ansehen des Chemiefaserwerkes Premnitz und damit der GRISUTEN-Pilotanlage mit ihren Arbeitern, Ingenieuren und Chemikern in ständigem Wachsen begriffen. Das Vorhandensein einer hochentwickelten Chemiefaserproduktion kann als Ausdruck des technischen Entwicklungsstands eines Landes gewertet werden und unterstreicht im Falle der DDR einmal mehr deren wirtschaftliche und politische Stellung im Weltmaßstab.

5. Schwefelkohlenstoff [24]

Schwefelkohlenstoff (CS_2) ist eine farblose Flüssigkeit, die, meist infolge von Verunreinigungen, unangenehm riecht. CS_2 ist äußerst feuergefährlich und wirkt giftig. Man gewinnt CS_2, indem man Schwefeldämpfe über glühende Kohlen leitet. Verwendung findet CS_2 als Lösungsmittel, zum

Vulkanisieren von Kautschuk und ähnlichem. Aber auch zur Herstellung von Viskosekunstseide wird Schwefelkohlenstoff verwendet. Deshalb wurde parallel zum Aufbau der Zellwoll- und Kunstseidenanlage Anfang der zwanziger Jahre eine solche Fabrik in Premnitz errichtet. Durch die Entwicklung neuartiger Arbeitsverfahren für die Synthese, Destillation und Wiedergewinnung wurden eine beträchtliche Verbesserung der Ausbeuteziffern und der Einsatz von Rohstoffen minderer Qualitäten möglich. Damit entstand ein neuartiges Verfahren, das auch außerhalb des Premnitzer Werkes Anerkennung fand. Außer der eigenen Anlage wurden noch zwölf Lizenzwerke im In- und Ausland nach dem Premnitzer System entweder neu errichtet oder umgebaut.

Die höchste Produktion wurde in der Premnitzer I. G.-Farben-Anlage in den Jahren vor und während des zweiten Weltkrieges gebracht und von dem Konzern für die Expansionspolitik des Hitlerstaates eingesetzt. Noch vor dem 8. Mai 1945 wurde die Produktion, hauptsächlich wegen des Zusammenbruchs der Rohstoffversorgung, eingestellt.

Im Sommer 1946 begannen die Arbeiter und Ingenieure unter antifaschistisch-demokratischen Bedingungen wieder mit der Produktion von CS_2. Zunächst wurde der Eigenbedarf für die Kunstseidenherstellung in behelfsmäßiger Form durch Beheizung eines wieder hergerichteten Ofens mit Braunkohlenteeröl gedeckt. Später erfolgte die Umstellung der Anlage von Kokskohle auf Braunkohlenschwelkoks, nachdem Gasgeneratoren aufgestellt und in Betrieb genommen werden konnten. Durch die Errichtung eines weiteren Ofenblocks, mit der ständigen Verbesserung der Temperaturkontrolle durch Montage meßtechnischer Einrichtungen, durch Verbesserung der Schwefeldosierung und weitere Maßnahmen erhöhten die Werktätigen die Retortenhaltbarkeit und Durchsatzleistung beträchtlich. Außerdem wurde mittels umfangreicher Reparaturmaßnahmen der technische Zustand der Anlage entsprechend den Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen hergestellt und verbessert. Dies war um so notwendiger, als ja CS_2 ein äußerst giftiges und feuergefährliches Produkt ist. Nach 1955 erfolgten umfangreiche Rekonstruktionsmaßnahmen, die sich neben der weiteren Verbesserung des Arbeits- und Unfallschutzes vor allem auf die Erhöhung der Produktionsleistung der Anlage auswirkten. Durch die Erweiterung der Gasversorgungsanlage konnte zum Beispiel die gesamte Kapazität der Anlage produktiver genutzt und außerdem noch die Aktivkohleanlage mit Gas versorgt werden. Darüber hinaus wurden leistungsstärkere Retorten in Versuchen getestet und großtechnisch eingeführt. Letztlich war auch der Einsatz von reaktiverem Braunkohlenschwelkoks ein Beitrag zur Wirtschaftlichkeit des Schwefelkohlenstoffbetriebes. Die Premnitzer Schwefelkohlenstoffanlage ist auch als führender Betrieb dieser Erzeugnisgruppe im Rahmen der Deutschen Demokratischen Republik weit über Premnitz hinaus für seine guten Leistungen bekannt. Große Verdienste beim Wiederaufbau der Anlage, bei der Steigerung der Produktion, der Verwirklichung der Rekonstruktionsmaßnahmen und im sozialistischen Wettbewerb haben die Arbeiter, Meister, Ingenieure und Chemiker August Schekorr, Karl Schwarzlose, Hans-Joachim Leddin, Richard Buchwald, Bernd Mülller, Klaus Fichtner, Hans Seidel und Arthur Wilke sowie Dr. Jännicke und Dr. Heintke. Zahlreiche hohe Auszeichnungen sind Ausdruck der Anerkennung, die ihrer steten Einsatzbereitschaft und ihren Leistungen auf dem Gebiet der CS_2-Produktion der DDR zuteil wurde. Vier Zahlen sollen diesen Weg seit 1946 kurz skizzieren:

1946	432,5 Tonnen CS_2	1960	9540,0 Tonnen CS_2
1955	8206,4 Tonnen CS_2	1965	12 693,0 Tonnen CS_2

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Strukturpolitik der DDR im neuen ökonomischen System wurde 1968 in Premnitz die CS_2-Produktion eingestellt.

6. Aktivkohle [25]

Aktivkohle ist ein äußerst porenreicher Stoff, der als Pulver, Körnchen, Stücke oder Tabletten mit starker Adsorptionswirkung produziert wird. Aktivkohle wird durch Erhitzen von Holz, Sägespänen, Torf, Braunkohle, Knochen und anderer Zutaten unter Luftabschluß hergestellt. Zuvor werden die Rohstoffe mit Zinkchlorid oder Pottaschelösung getränkt. Nach der Behandlung mit Wasser und anschließendem Trocknen bleibt aktiver Kohlenstoff mit großer Oberfläche zurück. Die Einsatzgebiete von Aktivkohle sind sehr vielseitig. So dient zum Beispiel die grobkörnige Aktivkohle zum Reinigen und Isolieren von Gasen und Dämpfen. Sie wird bei der Stadtgaserzeugung verwendet und zur Wiedergewinnung von Lösungsmitteln in den Lack-, Kunstseide- und Gummifabriken benötigt.

Die Premnitzer Anlage zur Herstellung von Aktivkohle wurde 1934 durch die Deutsche A-Kohle-GmbH, Frankfurt (Main), gegründet. Ziel dieser Gesellschaft war die Produktion von Gasmasken- und Industriekohle, die Hitler für die Vorbereitung und Durchführung seines verbrecherischen Krieges dringend benötigte. Mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus versiegte auch diese Profitquelle des Monopolkapitals für immer.

Fast zur gleichen Zeit, als in der Kunsteide die Spinnmaschinen anliefen, setzten im Herbst 1945 die Arbeiter und Ingenieure in der Aktivkohle die Produktion wieder in Gang. In bescheidenem Maße wurden zunächst Lagerbestände an halbfertiger Gasmaskenkohle zu Medizinal- und Industriekohle aufgearbeitet.

In wenigen Jahren stieg die Produktion rasch an. Wurden 1946 nur 128 Tonnen A-Kohle erzeugt, waren es 1950 bereits 935 Tonnen. Der VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" erhielt nun den Auftrag, als alleiniger Produzent von Aktivkohle in der DDR Pulverkohle herzustellen. Dementsprechend begannen der planmäßige Umbau der alten Aggregate, der Aufbau neuer Rollöfen, die Änderung der Waschverfahren und andere Maßnahmen. Aus Torf, Sägespänen und Koks wurde eine aktivierte Kohle produziert, die in der Chemieindustrie und insbesondere auch in der Nahrungsmittelindustrie für Reinigungs- und Filtrationszwecke benutzt wird. Allein zwischen 1962 und 1966 konnten die dort tätigen Arbeiter und Ingenieure die Arbeitsproduktivität auf 118,5 Prozent steigern und die Qualität konstant halten. In diesem Produktionskollektiv haben sich der Produktionsarbeiter Oskar Eckert, der Forschungsleiter Peter Golücke und Konrad Göthling besonders hervorgetan. Ihre Vorschläge brachten für die Wirtschaftlichkeit der Anlage großen Nutzen. Während 1950 etwa 935 Tonnen Aktivkohle produziert wurden, war es 1966 fast das Doppelte.

7. Schwefelsäure [26]

Schwefelsäure (H_2SO_4) ist in reinem Zustand eine farblose, gewöhnlich aber durch Verunreinigungen oft braune, ölige, fast geruchlose Flüssigkeit. Sie kann technisch nach verschiedenen Verfahren gewonnen werden. Bekannt sind das Bleikammerverfahren, das Kieserit- und Kontaktverfahren oder das Müller-Kühne-Verfahren (Gipsschwefelsäure). Die Verwendungsgebiete von Schwefelsäure sind sehr umfangreich, und nicht zu Unrecht bezeichnet man H_2SO_4 als das Blut der Volkswirtschaft. Einige der Anwendungsgebiete sind die Kunstseiden- oder Faserherstellung, die Produktion von Düngemitteln, Waschmitteln, Explosivstoffen, Arzneimitteln sowie die Raffination von Erdöl usw. Schwefelsäure wird aus schwefelhaltigen Erzmineralien gewonnen, wie zum Beispiel Pyrit (Schwefelkies) oder Pyrrhotin (Magnetkies), kann aber auch aus flüssigem Schwefel hergestellt werden.

Bereits 1915/16 wurde von der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt (Main), in Döberitz, nur wenige Kilometer von Premnitz entfernt, eine Schwefelsäureanlage errichtet. 1917 wurde mit zwei Systemen nach dem Kontaktverfahren die Produktion aufgenommen. Im No-

vember 1918 wurde die Döberitzer Produktionsstätte stillgelegt. Erst im März 1923 ging die Produktion weiter. Wie die Köln-Rottweil-AG gingen 1926 auch die Döberitzer Anlagen der Firma Griesheim-Elektron durch Fusion an die I. G. Farben über. Nun erfolgte auch die Erweiterung der Schwefelsäureproduktion.

1928 wurde ein 3. System mit Herreshofföfen, 1929 ein 4. System mit Lurgiöfen und 1938/39 ein 5. System mit Lurgiöfen eingesetzt.

Damit ließen die I. G. Farben in dem Döberitzer Betrieb, der dem Premnitzer Werk angeschlossen war, Schwefelsäure für die Kriegsmaschine der Nazis produzieren. 1942 waren es nur 38 081 Tonnen Schwefelsäure.

Im Herbst 1945 nahmen die Arbeiter und Ingenieure mit einem System die Schwefelsäureproduktion wieder auf. 1946 konnten bereits 8850 Tonnen und 1950, im ersten Jahr des Fünfjahrplanes der DDR, 18 437 Tonnen Schwefelsäure produziert werden. Bis 1955 steigerte das Kollektiv in der Schwefelsäureanlage die Produktion um 5344 Tonnen im Jahr. Der zweite Fünfjahrplan der DDR und besonders das Chemieprogramm im Jahre 1958 sahen eine weitere Steigerung der Schwefelsäureproduktion in der DDR vor. In diesem Zusammenhang konnte am 13. November 1958 in Döberitz mit einer Neuanlage der Probebetrieb aufgenommen werden. Die neue Produktionsstätte arbeitete nach dem Wirbelschichtverfahren, das für die Schwefelsäuregewinnung völlig neuartig war.

Der Ideenreichtum und die Schöpferkraft der Arbeiter, Handwerker und Ingenieure sowie ihre klare politische Orientierung auf den Aufbau des Sozialismus brachten das neue Verfahren bald unter Kontrolle. Durch weitere Maßnahmen in den folgenden Jahren, die der vollen Ausnutzung der Kapazität, der Verbesserung der Technik und Technologie sowie der Arbeitsorganisation dienten, war es möglich, die Produktion des gesamten Schwefelsäurebetriebes ohne Neuinvestitionen weiter zu steigern.

1960 35 376 Tonnen
1965 39 246 Tonnen

Allein von 1962 bis 1966 steigerten die Arbeiter, Meister und Ingenieure in der Schwefelsäureproduktion die Arbeitsproduktivität auf 118,9 Prozent. Sie produzierten hochkonzentrierte Kontaktsäure. Aus diesem Kollektiv kamen oft neue Initiativen im sozialistischen Wettbewerb, die Gültigkeit für das gesamte Chemiefaserwerk hatten. Und nicht zuletzt die Neuerer und Rationalisatoren hatten an dieser Entwicklung seit 1945 einen hohen Anteil. Stellvertretend für viele sollen hier genannt werden: die Produktionsarbeiter Hermann Rümschüssel und Walter Hörsge, gleichzeitig Verdienter Aktivist und Inhaber des Neuererpasses, die Brigadiere Johann Oberth und Otto Brömme, mehrfacher Aktivist und hervorragendes Mitglied der Kampfgruppe, beide im Besitz des Neuererpasses, die Meister Philipp Schmalbach und Paul Sommer, der Bleilöter und damalige APO-Sekretär Gerhard Bach, ebenfalls im Besitz des Neuererpasses und mit der Ehrennadel der Rechtspflegeorgane ausgezeichnet, der Betriebsleiter Diplomchemiker Heinz Tauscher, der Abteilungsleiter Adolf Storbeck, ausgezeichnet mit der Medaille für ausgezeichnete Leistungen im sozialistischen Wettbewerb, der Betriebsingenieur Wilhelm Wolf und der ehemalige Betriebsleiter und jetzige Betriebsingenieur im Tetraäthylbleibetrieb Georg Spitzer, als Verdienter Aktivist ausgezeichnet.

8. Novoktan [27]

Novoktan ist ein Antiklopfmittel. Diese werden Vergaserkraftstoffen zugesetzt, um deren Klopfneigung herabzusetzen. Damit wird die Oktanzahl, das heißt auch die Qualität der Vergaserkraftstoffe, erhöht. Solche Produkte werden meist auf metallorganischer Basis hergestellt. Eines der bekanntesten Produkte und in den vergangenen Jahrzehnten am meisten verwendet ist Tetraäthylblei (TÄB). Das ist eine farblose, ölige Flüssigkeit mit unangenehm süßlichem Geruch. Sie wirkt stark giftig. Zur Herstellung von TÄB wird eine Blei-Natrium-Legierung in Autoklaven unter Zufüh-

rung von Wärme und Druck mit Chloräthan zusammengebracht und nach der Destillation und verschiedenen Waschvorgängen mit weiteren chemischen Zusätzen und Farbe vermischt. Dabei müssen umfangreiche Sicherheitsvorschriften eingehalten werden, die auch für den Transport und die weitere Verwendung gelten.

Die Geschichte der Premnitzer Produktionsanlagen für TÄB begann 1936. Der Erznazi Göring war durch die Aneignung der Hermann-Göring-Werke zu einem der reichsten Männer des faschistischen Deutschlands emporgestiegen. Wirtschaftlicher Reichtum und politische Macht sicherten ihm den ungestörten Aufbau der Naziluftwaffe. Da Göring davon überzeugt war, daß seine Luftwaffe allein den Ausgang des geplanten faschistischen Raub- und Eroberungskrieges bestimmen könnte, setzte er alle verfügbaren Kräfte und Mittel für den Aufbau seiner Luftstreitkräfte ein. Doch die in Deutschland produzierten Flugbenzine entsprachen nicht dem Leistungsniveau der Flugzeugmotoren. Mit dem Einsatz von TÄB konnte das aber erreicht werden. Es mußte wenigstens Flugzeugbenzin mit der Oktanzahl 96 zur Verfügung stehen.

Die Verantwortlichen des faschistischen Luftfahrtministeriums wußten aber genau, daß die Mengen TÄB, die aus den USA importiert wurden, keineswegs reichten, auch nicht für einen kurzen Krieg. Außerdem mußten für den Fall eines Krieges erhebliche Transportschwierigkeiten einkalkuliert werden.

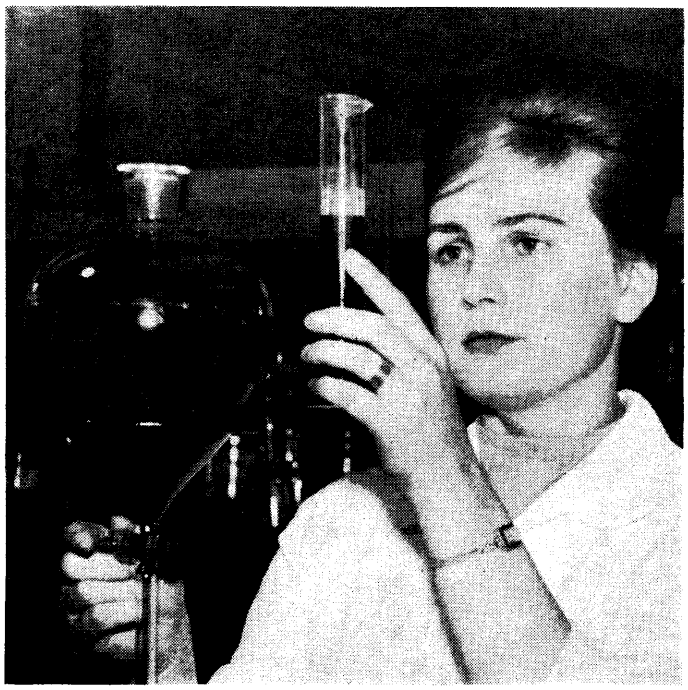
Wie fand Göring den Ausweg? Eines Tages tauchten in dem Dörfchen Gapel (heute Döberitz-Gapel) bei Premnitz Amerikaner auf. Kurze Zeit später wurde es unweit vom Dörfchen, mitten im Wald, wo Reste einer ehemaligen Fabrik lagen, lebendig. Die I. G. Farben hatten von der Äthyl-Cooperation, einem Betrieb des amerikanischen Dupont-Konzerns, die Lizenz zur Errichtung einer Tetraäthylbleianlage gekauft. Göring war einer seiner Sorgen enthoben. 1939 nahm eine zweite Anlage bei Frohße/Aschersleben die Produktion auf. Der Vertrag legte aber fest, daß für den Verkauf des TÄB eine spezielle Vertriebsorganisation, die Äthyl-GmbH, zuständig war. Die I.G. Farben, die Äthyl-Cooperation und die englische Vertretung teilten sich zu je einem Drittel in den Gewinn. An jedem Kilometer, den Görings Flugzeuge flogen, verdienten also die I. G. Farben, die Amerikaner und die Engländer. Und das geschah bald. Den ersten großen Profit erzielten die Beteiligten, als die faschistischen Bomber der Legion Condor in Spanien Tod und Verderben über Städte und Dörfer brachten.

Der zweite Teil der Geschichte dieses Produktionszweiges beginnt im zweiten Fünfjahrplan der DDR. Bis dahin war die Sowjetunion der einzige Produzent von Antiklopfmitteln im sozialistischen Lager. Sie versorgte die nach 1945 entstandenen volksdemokratischen Länder und die DDR. Der steigende Bedarf an hochwertigen Vergaserkraftstoffen und das Embargobestreben der imperialistischen Länder gegenüber dem sozialistischen Weltsystem erforderten Maßnahmen, um die Vergaserkraftstoffveredlung aus eigenem Aufkommen zu sichern.

Im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde deshalb entschieden, im ehemaligen Standort Döberitz-Gapel eine Neuanlage zur Herstellung von TÄB zu errichten. Das geschah in den Jahren 1957/58, und im Februar 1959 lief die Produktion an.

Den geschlagenen und entmachteten Gegnern des Sozialismus war die Errichtung dieser Produktionsstätte ein Dorn im Auge. Aus Berichten über die Aufbauzeit geht zum Beispiel hervor, daß Lieferungen von Spezialmeßgeräten aus der BRD bewußt verzögert wurden. Bei Arbeiten zur Absenkung des Grundwassers wurde ein Kabel zur Stromversorgung der Pumpen zerstört. Der Aufbau der Anlage wäre stark in Verzug geraten, hätten nicht Pioniere der Nationalen Volksarmee mit ihren Geräten schnell Hilfe gegeben.

Ein eindeutiger Beweis, daß hinter diesen Erscheinungen der Klassengegner stand, ist der Fall Kastner. Er war Angestellter des Konstruktions- und Ingenieurbüros Chemie Leipzig. Kastner wurde als Agent westlicher Diversions-



zentralen entlarvt, als er versuchte, die Produktions- und Konstruktionsunterlagen in die Hände westlicher Agentenzentralen zu spielen. Seine Absicht wurde von unseren Sicherheitsorganen vereitelt. 1959 wurde Kastner als Agent abgeurteilt.

Beim Aufbau, bei der Inbetriebnahme und beim Betreiben der neuen TÄB-Anlage bewährte sich erneut die Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Schon in der Aufbauzeit fuhren künftige Arbeiter, Meister und Ingenieure in die Sowjetunion, um an Ort und Stelle zu lernen, wie TÄB produziert wird. Beim Anfahren der Aggregate waren sowjetische Fachleute zugegen, um von Anfang an alle bisher auf diesem Gebiet gesammelten Erfahrungen für die Anlage zur Verfügung zu stellen.

Bis 1964 konnte durch Einsparung von Arbeitskräften, Senkung des Materialverbrauchs und Erhöhung der Durchschnittsausbeute die Arbeitsproduktivität auf 264 Prozent gesteigert werden, die Produktionsmenge hatte sich mehr als verdoppelt. Hervorragenden Anteil an diesem Ergebnis hatten die Mitglieder und Kandidaten der Betriebsparteiorganisation.

Alle elf Brigaden des Bereichs kämpfen um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit". Acht Brigaden haben ihr Ziel bereits erreicht. Unter ihnen ist die Großbrigade „7. Oktober", die den Staatstitel bereits zum drittenmal erringen konnte.

9. Kurzfasern [28]

Kurzfaser wird aus Viskosekunstseide hergestellt. Verwendung findet die Kurzfaser hauptsächlich für die Herstellung von Velourpapier; die sich wie Samt anfühlende Oberfläche dieses in vielen Farben angebotenen Papiers ist eine aufgetragene Schicht Kurzfaser.

Im Jahre 1955 wurde im Rahmen der Massenbedarfsgüterproduktion im Bereich Kunstseide des Chemiefaserwerkes eine solche Anlage errichtet und am 10. Januar 1956 in Betrieb genommen. Durch verschiedene technische und technologische Veränderungen konnte im Laufe der Jahre die Qualität verbessert und die Arbeitsproduktivität wesentlich gesteigert werden. Dazu gehörten die Verbesserung der Färberei, der Einbau einer neuen Schleif- und Schneidemaschine sowie eines neuen Trockners mit Dosierung und das Anbringen von Magnetplatten in der Siebmaschine. Besonderen Anteil hatten dabei die Neuerer Günter Haelm und Max Wartenberg, der gleichzeitig in der Kampfgruppe verantwortungsvolle Funktionen ausübte und leider viel zu früh verstorben ist.

Den Kolleginnen und Kollegen in der Kurzfaseranlage gelang es, die Arbeitsproduktivität um 100 Prozent zu steigern.

10. Viskosebast [29]

Bast ist ursprünglich das als sekundäre Rinde in Wurzeln und Sprossen bezeichnete Gewebe unter der Rinde. Von 1957 bis 1959 wurde in Premnitz ein Verfahren entwickelt und produktionsreif eingeführt, nach dem man Bast industriell herstellen konnte.

Im Prinzip handelt es sich um das gleiche Verfahren wie zur Herstellung von Viskosekunstseide. Der wesentliche Unterschied besteht in der Form der Düsenlöcher und in der Weiterverarbeitung nach dem Spinnprozeß. Die Bastfaser wird in Premnitz mit einer vielseitigen Farbpalette produziert, und das Erzeugnis selbst erfreut sich größter Beliebtheit, besonders auch bei den Bastlern.

Bei der Aufnahme der Bastfaserproduktion wurde eine Spinnmaschine im Viertel D der Spinnerei I auf diese Produktion umgestellt. Bereits 1960 wurde die Premnitzer Bastfaser kontinuierlich hergestellt. Während zu dieser Zeit der Spinnprozeß noch horizontal erfolgte, wurde 1961 zur vertikalen Spinnweise übergegangen. Das bedeutete eine Kapazitätserhöhung von 35 Prozent.

Eine kleine Statistik zeigt die kontinuierliche Aufwärtsent-

wicklung dieses neuartigen Produktionszweiges im Kunstseidenbetrieb.

	1960	1962	1964	1966
Menge in Tonnen	24,5	59,6	137,8	255,0
Qualität in Prozent				
NT	88	88	90	94
AS	12	12	10	6

Im Jahre des VII. Parteitages, 1967, gelang es den Arbeiterinnen und Arbeitern der Bastproduktion unter der Leitung ihres Abteilungsleiters Winfried Weinhardt und des Meisters Otto Korb, eine weitere Steigerung der Produktion auf 141,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu erzielen.

Premnitzer Bastfasern sind aber nicht nur innerhalb unserer Republik bekannt. Auch unsere Außenhandelsorgane wissen, daß dieses Produkt als Exportartikel von den Handelspartnern gern gekauft wird.

11. Zellin [30]

1961 begannen Versuche, Viskoseabfälle zu verarbeiten. Man stieß schnell darauf, daß sich ein brauchbarer Klebstoff herstellen läßt. Aufarbeitungskosten und Technologie waren aber so aufwendig, daß für das Enderzeugnis Zellin bald Pirnaer Buchenzellstoff eingesetzt wurde. Dieser eigentlich für den Massenbedarf produzierte Klebstoff fand bald sein Einsatzgebiet als Zusatzmittel für Farbstoffprodukte, in der seifen- und waschmittelherstellenden Industrie und als Klebstoff. Er hat eine hohe Klebefestigkeit, von der sich bereits jeder überzeugen konnte, der Zellin für Tapetenarbeiten verwendet hat. Auch hier eine kleine Übersicht zur kontinuierlichen Entwicklung der Produktion.

1961 450 Tonnen
1963 1500 Tonnen
1966 1750 Tonnen

Die Arbeitsproduktivität stieg im gleichen Zeitraum auf 109,3 Prozent. Das ist in der kurzen Zeit des Bestehens der Anlage eine recht positive Entwicklung, an der die Produktionsarbeiterin Christine Grabs, der ehemalige Meister Klaus Drygiel und der zeitweilig als Schichtleiter eingesetzte Kollege Adolf Arnold wohl den größten Anteil haben. Aus Gründen der Bereinigung des Produktionsprogramms im Chemiefaserwerk wurde die Produktionsstätte stillgelegt.

12. Forschung und Entwicklung [31]

Während des zweiten Weltkrieges lief eine Versuchsanlage für Polyamidfasern mit einer Tagesleistung von 300 Kilogramm. Die damalige I. G.-Farben-Leitung hatte Pläne zur Errichtung einer Polyamidfaseranlage mit einer Produktion von zehn Tagestonnen sowie einer Polyamidseidenanlage mit zwei Tagestonnen. Leider gelang es den dafür verantwortlichen Leuten, diese Unterlagen in den letzten Kriegstagen zu vernichten.

Die mit Laboruntersuchungen auf dem Polyamidgebiet beschäftigte Forschungsgruppe war jedoch noch arbeitsfähig und setzte mit Billigung und Unterstützung der sowjetischen Militäradministration die begonnenen Arbeiten ohne größere Unterbrechung fort.

Der erste Untersuchungsbericht über den „Abbau von Polyamidfasern durch ultraviolette Strahlen" wurde am 18. Mai 1945 vorgelegt. Weitere Arbeiten in jenem Jahr beschäftigten sich mit der „Verminderung des Monomerengehalts bei der Caprolactampolymerisation", mit der „Erhöhung der Beständigkeit von Polyamid gegen ultraviolette Strahlen" und mit der „Aufarbeitung von Polyamidabfällen". Alle Arbeiten dienten dem Ziel, die Unterlagen für die Errichtung einer Polyamidfaseranlage neu zu schaffen oder zu ergänzen.

Diese Arbeiten waren allerdings in jenem Jahr nicht die wichtigsten in der „Agfa-Seide". Vielmehr war es dringend

notwendig, die Stromerzeugung im Kraftwerk aufrechtzuerhalten und so schnell wie möglich die Kunstseidenproduktion in Gang zu bringen. An allen Überlegungen und Arbeiten waren auch Kollegen aus dem Forschungslabor beteiligt, die keine persönlichen Opfer und Mühen scheuten. Oft entluden sie mitten in der Nacht noch Waggons mit Kohle, damit im Kraftwerk die Kessel unter Dampf bleiben konnten.

In den Jahren 1946 bis 1950 liefen vor allem die Untersuchungen über die Herstellung und die Eigenschaften von Polyamidfasern weiter. Textilien und textile Rohstoffe waren knapp, die wenigen, dazu noch auf Punktkarte erhältlichen Textilien wiesen eine schlechte Qualität auf, so daß neben dem Auf- und Ausbau der Viskoseseidenproduktion auch die Herstellung hochwertiger synthetischer Fasern zu einer unüberhörbaren Forderung wurde. Vor 1950 hatte allein die Polyamidfaser Perlon (heute DEDERON) Aussicht auf industrielle Großproduktion, weil die wertvollen Eigenschaften der Faser, insbesondere ihre hohe Scheuerfestigkeit, die auch in Mischungen mit Wolle oder Zellwolle noch stark ausgeprägt war, gut bekannt waren.

Im Jahre 1947 wurde daher mit der Projektierung und Schaffung der Konstruktionsunterlagen für eine Polyamidfaseranlage begonnen. Neben den ihrem Umfang nach geringen Arbeiten auf dem Polyamidgebiet – es wurden unter anderem Probleme der Verspinnung von Polyamidabfällen, der Aufbereitung laktamhaltiger Abwässer und spezielle Fragen der Polymerisation bearbeitet – unterstützten die Kollegen der Forschung die Betriebe bei der Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten. Häufig leisteten sie auch für längere Zeit Produktionshilfe. Ein exakter Forschungsplan existierte damals nicht. Bedingt war dieser Zustand teilweise durch den Mangel an geeigneten Fachkräften – Fachleute mit Produktionserfahrung oder Forschungspraxis waren kaum zu finden, und Hochschulabsolventen gab es nicht, da die Universitäten gerade erst den Lehrbetrieb wieder aufgenommen hatten –, zum anderen fehlte der Forschung auch die notwendige straffe Leitung. Der Zweijahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft verlangte auch einen Ausbau der Textilindustrie, die wiederum von Lieferungen durch die Chemiefaserindustrie abhängig war. Anfang der fünfziger Jahre konnten durch die Initiative des damaligen Werkleiters, Dr. Winkler, erfahrene, fähige Fachleute für die Arbeit in Premnitz gewonnen werden, unter ihnen Dr. Fritzsche und Diplomingenieur Jugel. Sie wurden mit der Leitung der Forschung auf dem Gebiet der Synthesefasern betraut. Hier, aber auch auf dem Gebiet der Viskoseseide, wurden in den folgenden Jahren verhältnismäßig rasch entscheidende Erfolge erzielt.

DEDERON

Von dem verantwortlichen Kollektiv wurden alle Anstrengungen unternommen, um Schwierigkeiten bei der Beschaffung der erforderlichen Aggregate, bei deren Einbau und bei der schrittweisen Inbetriebnahme zu überwinden. 1952 lief eine Versuchsanlage mit einer Leistung von 500 Kilogramm je Tag an, deren Kapazität im folgenden Jahr verdoppelt wurde und die damit den ersten Bauabschnitt der Großanlage darstellt. Die folgenden Jahre waren durch laufende technologische und technische Verbesserungen des Verfahrens gekennzeichnet. Besonders die Einführung der Vorpolymerisation des Kaprolactams (die eine Kapazitätssteigerung von 14 Prozent zur Folge hatte) und die Vervollkommnung der Stauchkräuselmaschine verdienen, dabei hervorgehoben zu werden. Ferner wurden die Bedingungen für die Erspinnung des Baumwoll- und des Teppichtyps der DEDERON-Faser erarbeitet. Durch die Sortimentserweiterung wurden der Faser neue Einsatzgebiete erschlossen. Die strapazierfähigen DEDERON-Teppiche, die auch ein begehrter Exportartikel sind, wären ohne die Premnitzer Arbeiten nicht denkbar gewesen.

Im Jahre 1955 wurde ein entscheidender Abschnitt in der Weiterentwicklung der DEDERON-Faser begonnen – die Aufnahme von Versuchen zur Herstellung von Profil- und Hohlprofilfasern.

Mit der im Jahre 1960 begonnenen Entwicklung von DE-

DERON-Dedotex, dem sich durch hervorragendes Bauschvermögen auszeichnenden Polyamidgarn, wirkte das Forschungs- und Entwicklungskollektiv DEDERON bahnbrechend innerhalb der Chemiefaserindustrie des sozialistischen Lagers und teilweise auch des kapitalistischen Auslands. Der entscheidende Vorteil des Dedotex-Verfahrens besteht darin, daß unmittelbar beim Chemiefaserhersteller ein sofort verarbeitbares, grobes Polyamidgarn erzeugt wird und durch Wegfall der investitions- und arbeitskräfteintensiven Spinnerei erhebliche Mittel eingespart werden können. Zunächst wurde Dedotex für die Herstellung von Teppichen und Möbelbezugsstoffen entwickelt, jedoch haben die weiteren Erfahrungen gezeigt, daß es sich mit Erfolg auch im Wirkereisektor (zur Fertigung von Obertrikotagen) einsetzen läßt. Die auf diesem Gebiet erreichten Erfolge spiegeln sich darin wider, daß Verhandlungen über die Vergabe von Lizenzen für Dedotex-Maschinen und -verfahren mit dem kapitalistischen Ausland aufgenommen wurden.

Viskoseseide

Die Entwicklung auf dem Sektor Viskoseseide vollzog sich in ähnlich raschem Tempo wie auf dem DEDERON-Faser-Gebiet. In den Jahren 1950/51 wurde durch den Umbau der Spulenspinnmaschinen und entsprechende Veränderungen in den Nachfolgeeinrichtungen (Nachbehandlung, Konerei) die Leistung der gesamten Anlage auf 16 Tagestonnen erhöht. Trotz dieser beachtlichen Leistung war man sich bewußt, daß das bisher angewandte Spulenspinnverfahren wegen des im Anschluß an die Spinnerei notwendigen Zwirnprozesses sehr arbeitsintensiv und die auf diesem Wege erhaltene Seide dadurch mit hohen Lohnkosten belastet war. Konnte durch Verwendung von Zentrifugenspinnmaschinen der Spinn- und Zwirnprozeß in einem Arbeitsgang erfolgen, dann konnte die gesamte Zwirnerei eingespart werden. Daher wurde in Premnitz beschlossen, eine derartige Maschine selbst zu entwickeln und kurzfristig zur Produktionsreife zu bringen. So wurde eine HKZ-Spinnmaschine (Halbkontinuierliche Zentrifugenspinnmaschine) entwickelt. Innerhalb von zweieinhalb Jahren einschließlich der Entwicklungszeit wurde eine Spinnerei von 13 Tonnen Tagesleistung mit diesen HKZ-Maschinen ausgerüstet. In den folgenden Jahren standen im Viskoseseidenbetrieb Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Qualität sowie zur Senkung der Selbstkosten im Vordergrund. Zu solchen Maßnahmen gehörte auch die Verarbeitung von Viskoseseidenabfällen und von Seide aus minderer Qualität. Bereits im Jahre 1957 wurde das Problem der Verwendung von Abfallviskose und Abfallzellstoff in Angriff genommen. Daraus entstand billig Viskosebast. Der Bedarf an solchem „Kunstbast" war groß, da Naturbast nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stand. Rasch wurde die Herstellung von Viskosebast bis zur Produktionsreife entwickelt und damit vom Chemiefaserwerk ein entscheidender Beitrag zur Herstellung von Konsumgütern geleistet. Außerdem stellt die Posamentenindustrie aus Premnitz-Bast hochmodische Artikel her, die Schlager für den Export, auch in das kapitalistische Ausland, sind und unserer Wirtschaft wertvolle Devisen sichern. Für diesen großen Bedarf reichte die Abfallviskose natürlich nicht mehr aus.

1958 konnte aus Viskoseabfällen und aus Seide minderer Qualität ein weiteres Produkt, die Kurzfaser, hergestellt werden. Noch im gleichen Jahr wurde mit dem Bau einer entsprechenden Anlage begonnen. Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für eine Ausfärbung der anfallenden Produktion in einer ausgedehnten Farbpalette geschaffen. Größere Mengen an Kurzfasern konnten auch in die Sowjetunion und nach Bulgarien exportiert werden.

Eine weitere wichtige Entwicklung der Viskosekunstseidenproduktion war die Einführung des Röllchenspinnverfahrens an den Spulenspinnmaschinen. Die stufenweise Vervollkommnung dieses Verfahrens nach 1960 erlaubte eine Erhöhung der Spinngeschwindigkeiten und brachte gleichzeitig eine Verbesserung der Laufeigenschaften der Seide in den textilen Abteilungen (Zwirnerei und Konerei) mit sich, so daß Arbeitskräfte eingespart werden konnten.

Als letzte entscheidende Maßnahme im Bereich der Vis-

koseseide ist die Inbetriebnahme der Anlage zur Druckwaschnachbehandlung von Spinnkuchen zu nennen, eine weitestgehend automatisierte Anlage, in der die an den alten Nachbehandlungsaggregaten (Druckwaschkessel, Traufe) notwendigen, zum Teil schweren körperlichen Arbeiten weggefallen sind.

WOLPRYLA

Die Bedeutung einer wollähnlichen Faser für die Volkswirtschaft unserer Republik und die Möglichkeit, notwendige Wollimporte auf diese Weise einzuschränken und den entsprechenden Bevölkerungsbedarf trotzdem zu decken, waren die wichtigsten Faktoren dafür, neben der in der Filmfabrik Wolfen bereits in geringem Umfang produzierenden Acrylfaseranlage auch noch in Premnitz Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet aufzunehmen. Die ersten Polymerisations- und Spinnversuche wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Faserforschung in Teltow-Seehof durchgeführt, so daß unsere spätere WOLPRYLA-Faser zuerst den aus Teltow und Premnitz abgeleiteten Namen Te-Pe 1 trug.

1953 nahmen die Versuche in einer 5-kg-Anlage ihren Anfang, 1954 wurden sie in einer 50-kg-Anlage fortgeführt, und dort entschied sich die Frage nach der zukünftigen Technologie. Im Gegensatz zu der nach dem Wasserspinnverfahren arbeitenden Anlage in Wolfen entschied man sich für die Verwendung von Hexantriol als Koagulationsmittel. Die mit Hilfe eines von der Sowjetunion zur Verfügung gestellten Kredits gebaute WOLPRYLA-Großanlage wurde zum Tag des Chemiearbeiters im November 1960 in Betrieb genommen. Zahlreiche technologische und technische Verbesserungen haben in der Zwischenzeit die Rentabilität des Betriebes weiter erhöht und auch die Qualität der Faser ansteigen lassen.

Jedoch kann die weitere Verbesserung der Faser nicht mehr die Aufgabe von Premnitz allein sein. In der Reihe vom Hersteller des Faserrohstoffs Polyacrylnitril, den Chemischen Werken Buna, bis zu den die Faser verarbeitenden Textilbetrieben stellt der WOLPRYLA-Bereich gewissermaßen nur ein Zwischenglied dar. Das ist auch der Grund für die Bildung der Kooperationskette WOLPRYLA Ende 1966.

Die Erfahrungen beim Dauerbetrieb der WOLPRYLA-Anlage lehrten bald, daß trotz aller Verbesserungen das angewandte Verfahren keine Möglichkeiten zum Erreichen des Weltniveaus hinsichtlich der Kosten und der Arbeitsproduktivität bietet. Andere Wege mußten eingeschlagen werden.

Durch eine Lösungspolymerisation erhält man sofort eine verspinnbare Lösung und kann auf diese Weise eine Vielzahl von arbeitsaufwendigen Operationen einsparen. Hinzu kommt noch, daß die Verspinnbarkeit der durch Lösungspolymerisation erhaltenen Lösungen hervorragend ist und die Herstellung von Fasern mit einem hohen Weißgrad gestattet.

Die grundsätzlichen Vorteile des Lösungspolymerisationsverfahrens waren seit langem bekannt, jedoch war vor 1960 bisher nur im Labormaßstab polymerisiert worden. Ende 1961 lief in der Filmfabrik eine kontinuierliche Anlage mit einer Tagesleistung von 350 Litern Spinnlösung an. Das Entwicklungstempo dieses vielversprechenden Verfahrens war aber insgesamt gesehen zu langsam. Mitarbeiter des Chemiefaserwerkes traten 1963 der zwischen dem Institut für Faserforschung in Teltow und der Filmfabrik Wolfen bestehenden sozialistischen Arbeitsgemeinschaft bei und erarbeiteten gemeinsam mit den Wolfener Kollegen die Technologie sowie die Projektierungsunterlagen für eine Pilotanlage, insbesondere für einen Polymerisationsreaktor. Dieser konnte im Juli 1963 offiziell in Betrieb genommen und damit die für die erste Ausbaustufe des WOLPRYLA-Bereichs vorgesehene Entwicklungszeit verkürzt werden. Inzwischen ist das Kollektiv „Lösungspolymerisation" mit dem Nationalpreis ausgezeichnet worden. Der weitere Ausbau des WOLPRYLA-Bereichs auf der Grundlage des modernen Verfahrens bestimmt entscheidend die zukünftige Entwicklung des Chemiefaserwerkes. Zunächst aber war

vorgesehen, die Anlage auf der Basis des Hexantriolspinnverfahrens auf eine Kapazität von rund 4700 Tonnen im Jahr zu erweitern. Diese Aufgabe wurde einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft übertragen. Die erste Teilstufe des Erweiterungsprogramms, die ursprünglich am 1. Mai 1967 anlaufen sollte, begann zu Ehren des VII. Parteitages bereits am 17. April 1967 mit dem Probelauf.

GRISUTEN

Die erste Produktionsanlage zur Herstellung von Polyesterfasern war 1949 in England in Betrieb genommen worden. Kaum zwei Jahre später begann man schon in Premnitz mit Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet und gehörte damit, international gesehen, zu den führenden Betrieben.

Im Jahre 1951 wurde der Bau einer Versuchsanlage mit einer Tagesleistung von 50 Kilogramm in Angriff genommen, jedoch konnte sie wegen Rohstoffmangels erst im III. Quartal 1953 in Betrieb gehen. In der gleichen Größenordnung gingen die Versuche bis zum Jahre 1956 weiter, wobei insbesondere Fragen der Sortimentsbildung und der Einsatzgebiete der Polyesterfaser bearbeitet wurden.

An einer 1958 aufgestellten Faserbandstraße wurden Spinnversuche durchgeführt und die Unterlagen für das von der DDR für die Sowjetunion projektierte Polyesterfaserwerk in Kursk sowie für die in Guben geplante Großanlage ermittelt. In dem Auftrag der Sowjetunion für die Projektierung einer Polyesteranlage an die DDR und in der Übertragung der Spinnversuche an der Faserbandstraße an das Chemiefaserwerk spiegelt sich das Vertrauen des Partners zu den Leistungen unserer Forschungsabteilung wider. Es wurde alles getan, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Der sowjetische Auftrag ist nicht der einzige, durch den das Interesse des Auslands an unseren Forschungsarbeiten auf dem Polyestergebiet zum Ausdruck kommt. So haben die USA und Japan Lizenzen für das von Premnitz in Zusammenarbeit mit dem Institut für Textiltechnologie der Chemiefasern entwickelte Verfahren zur Herstellung von Polyesterhohlprofilfasern angekauft.

In den Jahren 1960/61 wurde eine Polyesterpilotanlage mit einer Tagesleistung von 1,6 Tonnen errichtet und in Betrieb genommen. In den folgenden Jahren konnten die vorhandenen Versuchsaggregate und -maschinen weiterentwickelt oder neue Aggregate entwickelt werden. Das wiederum führte zu einem starken Interesse des Auslands am DDR-Verfahren zur Polyesterfaserherstellung. Verschiedene Anfragen seitens ausländischer Firmen sowie Lizenzverhandlungen legen davon Zeugnis ab.

Die insgesamt gewonnenen Erkenntnisse werden für die vorgesehene Erweiterung der Anlage genutzt.

Zusammenfassung

Die bisherigen Ausführungen veranschaulichen die Bedeutung der im Chemiefaserwerk Premnitz geleisteten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Ein großer Teil der von unserer Textilindustrie benötigten Chemiefaserstoffe wird in Premnitz hergestellt, Umfang und Qualität der erzeugten Faserstoffe werden in den nächsten Jahren noch zunehmen und daher die Aufwendungen unserer Volkswirtschaft für Faserstoffimporte aus dem Ausland vermindert. Aber der Beitrag von Premnitz beschränkt sich nicht allein darauf. Von den hier entwickelten und erzeugten Faserstoffen waren das färberische Verhalten sowie die Verarbeitungseigenschaften in den Textilbetrieben unbekannt. Häufige Schwierigkeiten bei der Verarbeitung, vor allem dadurch bedingt, daß die neuen Fasern nicht unter den gleichen Verhältnissen wie die Naturfasern verarbeitet werden können, ließen bei der Textilindustrie mitunter wenig Interesse an den neuen Fasern aufkommen.

Gelegentlich waren die technologischen Bedingungen bei der Faserherstellung auch nicht den besten Verarbeitungsparametern in den Spinnereien, Webereien und Wirkereien angepaßt.

Zur Klärung dieser Probleme leistete das Textiltechnikum des Chemiefaserwerkes eine regelrechte Pionierarbeit, indem es die für die einzelnen Faserstofftypen und -sortimente optimalen Verarbeitungsbedingungen ermittelte und

bei der Überführung in die Praxis den Textilbetrieben mit Rat und Tat zur Seite stand. Darüber hinaus sind viele Anregungen für bisher unbekannte Einsatzgebiete von WOLPRYLA, GRISUTEN und DEDERON vom Textiltechnikum aus Premnitz gekommen.
Auf diese Weise leistete und leistet das Forschungs- und Entwicklungskollektiv in Premnitz seinen Beitrag zur ökonomischen und politischen Stärkung unserer Republik.

13. Energieversorgung [32]

Schon zur Zeit der Köln-Rottweil-AG hatten die Produktionsanlagen in Premnitz eine eigene Energieversorgung (Wasser, Dampf und Elektroenergie). Im Jahre 1917 brachte diese Anlage eine Gesamtleistung von rund 8600 Kilowatt. Sie war in der Nähe von Tor XI untergebracht. Als Folge der vermehrten Pulverproduktion wurde ein neues Kraftwerk errichtet und bis 1937 beträchtlich erweitert. Der damalige Heizer und heutige Wasseraufbereitungsmeister Otto Winning und der 1932 im Kraftwerk eingestellte Arbeiter und heutige Schichtmeister Gerhardt Richter berichteten, daß zu Beginn des zweiten Weltkrieges ihre Arbeitszeit 56 Stunden in der Woche betrug. Jeden dritten Sonntag mußte 16 Stunden lang gearbeitet werden. Später wurde dann sonntags die Zwölfstundenschicht eingeführt. Gerhardt Richter erzählte auch von der schweren körperlichen Arbeit aus dieser Zeit. Der Abtransport der Schlacke erfolgte in Feldloren. Mittels einer Seilwinde wurden die Loren aus dem Schlackekeller gezogen. Dabei war die Unfallgefahr groß. Es war keine Sicherung vorhanden. Wenn das Seil riß, rollten die Loren mit hoher Geschwindigkeit in den Keller und gefährdeten die dort beschäftigten Arbeiter.
In den Maitagen 1945 waren es die Arbeiter im Kraftwerk, die mit Unterstützung der Angehörigen der Sowjetarmee für die Aufrechterhaltung der Energieerzeugung sorgten. Als die ersten Kohlenzüge eintrafen, mußte noch mit der Hand entladen werden. Die bisher mit Steinkohle gefahrenen Kessel wurden auf Braunkohlenbriketts umgestellt. Mit dem Aufbau und der Erweiterung der Produktionsanlagen wurde auch die Energieversorgung ausgebaut und modernisiert. Eine moderne Bekohlungsanlage sorgte dafür, daß die schwere körperliche Arbeit mehr und mehr erleichtert wurde. 1968 begann der Aufbau eines neuen Kraftwerkes mit Ölfeuerung. Wenn es fertig ist, werden auch die Kraftwerksanlagen in den Döberitzer Produktionsbereichen überflüssig. Diese Bereiche werden mit einer Ferndampfleitung mit dem neuen Industriekraftwerk verbunden.
Durch Rekonstruktions- und Rationalisierungsmaßnahmen erhöhten die Werktätigen der Energieanlagen den Wirkungsgrad der Anlagen und die Ausnutzungskoeffizienten der Rohstoffe. Sie senkten die Reparaturzeiten für Dampfkessel und erhöhten die Turbinenlaufzeiten.
Die Belegschaft des Kraftwerkes umfaßte fünf Brigaden und zwei Meisterbereiche; sie waren mehrmals Quartalssieger im inner- und überbetrieblichen Wettbewerb um die Wanderfahne und konnten 1962, in Vorbereitung auf den Tag des Chemiearbeiters, 93 000 Mark auf das Konto des Siebenjahrplanes überweisen.
So wie sich Otto Winning und Gerhardt Richter in unserer Zeit zu verantwortungsbewußten Leitern qualifizieren konnten, gibt es viele im heutigen Energiebereich. Stellvertretend für alle, die durch ihre hohe Einsatzbereitschaft dafür gewirkt haben, daß die Kraftwerker zu jeder Zeit ihre Aufgaben erfüllten, seien hier noch Obermeister Alfred Lenz (vor 1945 Schlosser) und Schlosser Paul Schmidt (vor 1945 Entascher), beide Mitglieder der SED, genannt.
1970 soll das neue Industriekraftwerk, das nach modernen Gesichtspunkten arbeiten wird, den Probebetrieb aufnehmen. Schon heute haben sich zahlreiche Angehörige des Kraftwerkes auf ihren neuen Arbeitsplatz vorbereitet und einen Qualifizierungslehrgang absolviert. Damit werden sie auch den Anforderungen gerecht, die Wissenschaft und Technik im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution an uns alle stellen.

14. Instandhaltung [33]

Entsprechend der Ausrüstung der Pulverfabrik waren die Holzbearbeitungswerkstätten stark ausgebaut. Mit dem Aufbau der Kunstseiden- und Zellwollproduktion nahmen die metallbearbeitenden Werkstätten gleichfalls eine schnelle Entwicklung. In der technischen Abteilung unterstanden einem Abteilungsleiter mehrere Meisterbereiche (Schlosser, Rohrleger, Tischler, Elektriker, Maurer). Seit 1920 wurden im Werk Schlosserlehrlinge ausgebildet, zunächst ohne Lehrwerkstatt, ausschließlich in den Werkstätten. Erst in den dreißiger Jahren wurde eine Lehrwerkstatt errichtet.

Die Betriebsingenieure gehörten zur Instandhaltung. Für die Werkstätten waren fünf Kalkulatoren eingesetzt, die nach dem REFA-System arbeiteten. Nach der Wiederingangsetzung des Betriebes im Herbst 1945 hatten besonders die Handwerker alle Hände voll zu tun, um den heruntergewirtschafteten I.G.-Betrieb in Schwung zu halten.

Mit der Erweiterung der Produktion nahm auch die Anzahl der in der Instandhaltung Beschäftigten zu. Völlig neue Zweige der Instandhaltung wurden aufgebaut, andere spezialisiert.

Eine neue Werkstatt erhielten die Meß- und Regelungsmechaniker, eine neue Bitumenschmelzanlage und Metallwaschanlage wurde in Betrieb genommen. Neue Sozialgebäude wurden errichtet. Neue Werkstätten mit je 1000 Quadratmeter Fläche stehen unmittelbar vor ihrer Fertigstellung. Heute arbeiten etwa 1000 gut ausgebildete Facharbeiter in den verschiedensten Berufsgruppen in der Instandhaltung. Mit Hilfe moderner Technik, die hocheffektive Instandhaltungsmethoden gestattet, wird die Leistung ständig gesteigert. Allein in den Jahren von 1963 bis 1967 stieg die Betreuung der Grundmittel je Arbeitskraft von 426 400 Mark auf 530 000 Mark. Das ist eine Steigerung auf 124,4 Prozent, während das Instandhaltungspersonal auf 97,7 Prozent reduziert wurde. In den Jahren 1953 bis 1959 wurden in den Werkstätten Massenbedarfsgüter produziert. In der Tischlerei wurden Bücherzwerge (kleine Bücherregale), Klubtische, Nähtische und Flurgarderoben hergestellt. 1954 wurden Wäscheleinen für etwa 10 400 Mark erzeugt. Viele andere gebrauchsfähige Waren, die aufzuzählen diesen Rahmen sprengen würde, entstanden in unseren Werkstätten.

Beim Aufbau der neuen Anlagen waren es immer wieder die Handwerker unseres Werkes, die entscheidend mit dafür sorgten, daß sich alles zum Nutzen der Produktion bewegte.

In den Werkstätten werden auch Aggregate, Maschinen und Anlagen für die Forschung gebaut, verändert und entwickelt. Mit Präzision arbeiten solche Geräte, die in unseren BMSR-Werkstätten entwickelt wurden. In der täglichen Produktion stellen solche Apparate wie die elektrisch beheizte Plastabkantmaschine, die Messerschleifmaschine und -abziehmaschine für Schneidmesser in den synthetischen Faserbetrieben, die Wirbelsinteranlage oder der Extruder im GRISUTEN-Bereich die Fähigkeiten und das Können unserer Betriebshandwerker unter Beweis.

Junge Chemiestadt Premnitz

Wer die F 102 zwischen Brandenburg und Rathenow benutzt, lenkt unwillkürlich seinen Blick auf den unmittelbar an der Straße stehenden 120 m hohen Betonschornstein des neuen Industriekraftwerkes. Gleichzeitig wird der Blick frei auf die begonnenen Bauten, die das Ausmaß der neuen Anlagen für Chemiefasern nur ahnen lassen. Der Betrachter weiß schon nach wenigen Metern nicht mehr, wohin er schauen soll. Rechts und links der Straße sieht er zwischen und über den Kiefern neue, moderne Wohnblocks hervorleuchten. Unmittelbar danach wird seine Aufmerksamkeit auf eine der modernen Kaufhallen gelenkt, die, umgeben von mächtigen modernen Wohnblocks, das Gesicht unserer Stadt mitbestimmt. Unvermittelt sieht man sich 50 und mehr Jahre zurückversetzt, wenn man über die Heinrich-Heine- und die Hauptstraße nach dem Stadtausgang gelangt. So mag sich manch einer fragen, welche Entwicklung hat denn eigentlich Premnitz genommen?

Verfolgt man den geschichtlichen Werdegang unserer heutigen Stadt, so stößt man erstmalig im Jahre 1375 auf urkundliche Benennung. Im Landbuch Kaiser Karl IV. heißt es unter dem Jahre 1375: „Prednitz hat 26 Hufen, 13 Kossäten und 6 Hüfner, einen Krug und 2 Fischereien."

Auf dem Baugelände der jetzigen Siedlung, beim Bau der Eisenbahn, bei Bauarbeiten in der Havelaue und in der jetzigen Ernst-Thälmann-Straße fand man Urnen, deren Inhalt darauf hinweist, daß die Gegend um Premnitz seit etwa 3000 Jahren bewohnt ist. Im Jahre 1450 sind die Gutsrechte auf einen Lantin übergegangen, im 16. Jahrhundert auf einen von Arnstedt und um das Jahr 1610 auf Hans von Treskow. Der letzte von Treskow hat das Dorf Prednitz mit dem Gute Milow im Jahre 1754 an den Fürsten Moritz zu Anhalt-Dessau verkauft. Im Jahre 1760 hatte Prednitz 14 Bauern und 10 Kossäten. Die Zeit des 30jährigen Krieges hatte sich auch hier schwer ausgewirkt. Erbe von Prednitz war eine Wilhelmine von Anhalt. Damals nannte man unseren Ort Prämenitz. Durch den Fürsten Moritz zu Anhalt-Dessau wurden die Güter Leopoldsburg, Wilhelminental und Neudessau angelegt. Ende des 17. Jahrhunderts hatte Premnitz 9 Ganz- und 6 Halbbauern, 8 Ganzkossäten und 8 Kätner, 17 Einleger, einen Krug, 110 Morgen Holz, 43 Feuerstellen und 286 Einwohner. In den Jahren 1840 bis 1850 wurden durch Separationen (Flurbereinigung) 139 Morgen für gemeinnützige Zwecke festgelegt. 25 Höfe wurden in dieser Zeit neu aufgebaut. Im Juni 1828 wurde Premnitz von einer Feuersbrunst heimgesucht. Der größte Teil des Ortes wurde damals vernichtet. Um die Jahrhundertwende hatte Premnitz rund 600 Einwohner. Die Ziegelindustrie blühte besonders in den Jahren 1888 bis 1912. Die Reste der letzten Ziegelei wurden im Jahre 1915 von der Köln-Rottweil-AG abgetragen. Benutzt wurden im alten Premnitz nur die jetzige Haupt- und Bergstraße. Die Bergstraße wurde im Jahre 1816 angelegt, die Hauptstraße 1828/29 und die Döberitzer Straße 1844, die Chaussee Rathenow–Premnitz–Milow im Jahre 1869. 1897 wurde sie weitergeführt bis Brandenburg. Im Jahre 1901 wurde mit dem Bau der Brandenburgischen Städtebahn begonnen, und am 25. März 1904 wurde die Bahnstrecke eröffnet. Elektrisches Licht bekam Premnitz im Jahre 1913. Steuerregister des Bischofs von Brandenburg aus den Jahren 1727 bis 1729 erwähnen die Mutterkirche Prednitz. Am 2. Mai 1751 sollen Pfarre und Kirche abgebrannt sein. Kaum 30 Jahre hatten sie gestanden. Die heutige Kirche ist ein modern-romanischer Backsteinbau. Der Turm wurde 1828 erbaut. Auch große Teile der Ländereien unseres Kreises befanden sich im Besitz der Kirche. So gibt es auch heute noch bei uns den sogenannten Kirchenacker.

Die Niederlage des Volkes im Bauernkrieg verschlimmerte die Lage der Bauern, erhöhte ihre Lasten und Abgaben, bis die sogenannten Stein- und Hardenbergschen Reformen unter dem Zwang der geschichtlichen Entwicklung die persönliche Befreiung des einfachen Landvolkes herbeiführten. Die sachliche Lösung aus der feudalen Abhängigkeit erforderte einen erheblichen Mehraufwand der Landleute an materiellen Leistungen. Über die sogenannte Erleichterung der Premnitzer Landleute liegt aus dem Jahre 1842 ein Vertrag zwischen dem Herzog Leopold Friedrich zu An-

halt-Dessau als Besitzer des Rittergutes Milow und den bäuerlichen Hofwirten zu Premnitz, der Ehefrau des Schulzen Sternsdorf, Dorothee Karoline, geb. Schulz, und Konsorten vor, geschlossen am 13. und 26. Oktober sowie am 2. November 1842. Es heißt: „Die hierin geschehene Verwandlung sämtlicher von den zu Premnitz belegenen 9 Zweihüfnern, 6 Einhüfnern (Hufe = 120 preußische Morgen) und 10 Kossätenstellen an das Rittergut Milow bisher zu leisten gewesener Naturaldienste, mit Ausnahme des bei der Ausübung der Fischerei zu verrichtenden Herrenzugs und einiger besonderer auf den Gütern der verehelichten Schulz-Sternsdorf und des Ackermanns Lucke ruhenden Lasten in eine feste Geldrente, ist nach dem Dekret vom heutigen Tage im Jerichowschen Hypothekenbuche bei dem Rittergut Milow vermerkt."

Bisher mußten die Bauern folgende Arbeiten für den Gutsbesitzer leisten: den Winterroggen ernten und einfahren; Korn von allen Getreidesorten, die in Milow gewonnen und von Premnitz als Pacht entrichtet wurden, auf drei Meilen in die Mark fahren; auf Verlangen Vorspann hergeben, Pflügetage verrichten und in der Ernte mit Gespann und einem Lader einfahren. Die Kossäten mußten den Winterroggen mit einem Mäher und einem Harker abbringen, sechs Tage eine Person auf die Bannse (Scheune) schicken, 110 Scheffel und 10 Metzen Saatroggen ausdreschen. Jeder mußte außerdem jährlich zwei Schafe scheren, weitere nicht näher bestimmte Hilfsarbeiten verrichten und Briefe in die Mark tragen sowie jedes Jahr den Herrenfischereizug verrichten (Fischzug für den Gutsbesitzer). Sooft die Jagd ausgeübt wurde, hatte die Sternsdorf Speise und Trank zu geben, zu beherbergen und den Hunden Fressen zu geben. Alle von den Hofwirten zu Premnitz an das Rittergut Milow zu leistenden Naturaldienste wurden denselben von Martini 1842 an auf ewige Zeiten erlassen. Dem Rittergut Milow wurde aber weiterhin von den Hofwirten eine jährlich zu entrichtende Geldentschädigung zugesprochen: für den Erlaß der Erntearbeit 4 Taler, 14 Groschen; für den Wegfall der Getreidefuhren 3 Taler, 15 Groschen; für die Vorspannfuhren 7 Groschen und 3 Pfennig; für das Pflügen einen Taler; für das Dreschen 15 Groschen; für das Schafscheren 3 Groschen und 9 Pfennig; für das Briefetragen 15 Groschen. Hatte es schon sehr lange gedauert, bis man in Premnitz die Steinschen und Hardenbergschen Reformen in Angriff nahm, so wurden die Bauern auch danach zum Vorteil der Gutsbesitzer ausgeplündert. Alte Gebäude mit Stroh- und Rohrdächern, Fachwerken aus dem 17. und 18. Jahrhundert, sieht man immer noch im alten Ortsteil. Erst im Jahre 1915 begann die zweite Stufe der Formung des Ortes. Sie war eng mit dem Aufbau der damaligen Pulverfabrik verbunden. Gerade in Premnitz zeigte sich, wie die einfachen Menschen eingeschätzt wurden. Es war die Zeit der Ausbeutung des gesamten Volkes durch die großen Konzerne.

Die Arbeiter wohnten in Baracken mit Pappdächern und Zementfußböden, die Ledigenheime waren eingezäunt und von Wächtern mit Hunden bewacht. Besser waren die Wohnungen für die mittleren Angestellten. Sie lagen in der heutigen Liebigstraße und in der Waldkolonie. Doch die villenartigen Wohnungen wurden nur für leitende Mitarbeiter gebaut, sie wurden mit parkähnlichen Gärten umgeben und liegen rings um den Premnitzer See.

Während Premnitz 1905 nur 635 Einwohner zählte, waren es 1925 bereits 2154 und 1945 schließlich 5252. Angesiedelt wurden die Menschen in den von den Vereinigten Köln-Rottweiler-Pulverfabriken errichteten Häusern, in der von der I.G. Farben gebauten Kleinsiedlung, in den von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft geschaffenen Wohnungen und in einer Anzahl von Privathäusern in der Gartenstraße, Goethe-, Fontane- und Waldstraße. Die mit der Siedlungspolitik betriebenen Absichten der Konzerne wurden im ersten Teil des Buches bereits dargelegt.

Ob die heute 20 Jahre jungen Bürger von Premnitz, wenn sie durch die neuen Straßen ihrer Stadt gehen, wohl daran denken, daß zur Zeit ihrer Geburt an vielen jetzt bebauten Stellen nur Heide und Sand waren? Im Zeitraum von 1949 bis 1961 wurden in Premnitz 1135 Neubauwohnungen er-

richtet und von 1962 bis 1966 insgesamt (einschließlich AWG) 1058 Wohnungseinheiten. Und an der Ausfahrtsstraße nach Brandenburg sind inzwischen wiederum mehrehre Neubaublöcke fertiggestellt worden. Dazu kommen der Ausbtu von Altbauwohnungen und die Errichtung von vier Ledigenheimen am Dachsberg und am Zentrum Südbahnhof.

Mit dem Wohnungsbau wachsen auch die Versorgungseinrichtungen. Schon im Wohnungsbauprogramm 1954 bis 1957 entstanden in der Ernst-Thälmann-Straße und in der August-Bebel-Straße neue Geschäfte für Lebensmittel und Industriewaren. Im neuen Wohnzentrum am Dachsberg wurde 1959 eine Lebensmittelverkaufshalle errichtet. 1966 entstand hier eine moderne Verkaufshalle. Eine ähnliche Verkaufshalle wurde von der HO im Stadtzentrum zwischen Südbahnhof und Havel gebaut. Gaststätten wurden ausgebaut und modernisiert, wie die „Retorte" und der „Lindenhof". Die „Lurette" öffnete in dieser Zeit als Außenstelle des Dienstleistungsbetriebes Rathenow ihre Pforten. Zu den bereits bestehenden sportlichen Einrichtungen wie Sportstadien, Kegelbahn, Bootshaus, Schwimmbad, Tennisplätze und anderen kam 1963 noch eine moderne Sporthalle hinzu. Neue Straßen entstanden in den Wohnzentren, und die Wasserversorgung wurde mit dem Bau eines Wasserwerkes für die Stadt Premnitz gesichert.

Das Gesicht unserer Stadt wird auch durch die Schulen geprägt. 1949 wurde der damals einzigen Schule des Ortes der Name der aufrechten und mutigen Antifaschisten Hans und Sophie Scholl verliehen. 1953 öffnete eine Tagesheimschule in der Nähe des Südbahnhofs ihre Pforten. Das war ganz neu für Premnitz, denn hier konnten die Kinder ganztägig betreut werden und bekamen auch ihre Verpflegung. Das war eine spürbare Entlastung der werktätigen Eltern von Premnitz.

In Großblockbauweise wurde eine der modernsten Schulen am Dachsberg erbaut. Hochmoderne Lehrkabinette gewähren eine exakte zehnjährige polytechnische Ausbildung unserer Kinder. Im Beisein eines Kampfgefährten wurde der polytechnischen Oberschule am Dachsberg der Name des ehemaligen Funktionärs der Kommunistischen Jugend, „Artur Becker", verliehen. Wenn auch für die nächste Zeit keine großen Bauprogramme vorgesehen sind, so liegen doch für die Perspektive Pläne vor, die den Ausbau des Stadtkerns am Kino vorsehen. Auch ist der Bau eines Hotels und eines Mehrzwecksaales vorgesehen. Premnitz ist groß und schön geworden. Durch die Straßen pulsiert das Leben. Die Premnitzer Bürger sind aktive Erbauer des Sozialismus.

Mit Wirkung vom 3. November 1962 erhielt Premnitz das Stadtrecht. In seiner Rede anläßlich der Verleihung des Stadtrechts wurde vom Genossen Wunderlich (Rat des Bezirkes) zum Ausdruck gebracht, daß sich Premnitz zu einer sozialistischen Stadt entwickelte. Die gewählten Stadträte Walter Hacker (Stellvertretender Bürgermeister), Jutta Müller (Sekretär des Rates), Oskar Seifert (Haushalt und Finanzen), Karl Schäfer (örtliche Versorgung), Käthe Rietzsch (Handel und Versorgung), Anton Pfister (Bauwesen), Heinrich Belter (Ordnung und Sicherheit) und Bürgermeister Helmut Thiem unternahmen gemeinsam mit den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung und vielen ehrenamtlichen Helfern alles, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Zwischen den Leitungen des Chemiefaserwerkes und dem Rat der Stadt Premnitz gibt es eine enge Zusammenarbeit. So berichtete zum Beispiel der Werkdirektor anläßlich der Wahlen der örtlichen Organe 1965 vor dem Stadtparlament von Premnitz. Von 40 Abgeordneten des 1965 gewählten Stadtparlaments waren 27 Angehörige des Chemiefaserwerkes. Die Kommissionen wie Handel und Versorgung, Bauwesen usw. stehen ständig in Verbindung mit den verantwortlichen Stellen des Werkes. Bei der Ausarbeitung der „Generellen Stadtplanung" arbeiteten im Auftrage des Werkdirektors 60 Wirtschaftsfunktionäre vom Chemiefaserwerk mit. Keine kulturelle Veranstaltung in Premnitz wäre ohne die Mitwirkung der Klubleitung des Werkes und der Werktätigen des Chemiefaserwerkes selbst denkbar. Auch diese Beispiele könnten endlos fortgesetzt werden, be-

sonders im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front, mit der Veranstaltung von Kinderfesten, sportlicher Wettkämpfe oder auch der traditionellen Sommerfeste in Premnitz.

Eine erfolgreiche Arbeit entwickelte die Volksvertretung zur Hebung des internationalen Ansehens unserer Republik im kapitalistischen Ausland. 1964 wurden mit der französischen Stadt Petit-Quevilly freundschaftliche Beziehungen aufgenommen, die ihren Höhepunkt im Abschluß eines Patenschaftsvertrages fanden. Vertreter der Stadtverwaltung, unter ihnen der verstorbene Bürgermeister Spinneweber (KPF) und sein Stellvertreter Hubert (KPF), waren mehrere Male bei uns zu Besuch. Ein Höhepunkt der deutsch-französischen Beziehungen war das Auftreten des Chores und des Kammerorchesters der Musikschule aus Petit-Quevilly in Premnitz und Rathenow. 40 französische Kinder konnten sich im Betriebsferienlager des CFW, Semlin, erholen.

Eine ständige Aufwärtsentwicklung zeigten auch die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften „1. Mai" und „Havelland". Mit Erfolg wurden technisch-wissenschaftliche Methoden angewandt. 1963 wurden beispielsweise erstmalig 15 Hektar nach dem meliorativen Tiefpflügeverfahren bearbeitet. Von der ehemaligen RTS wurde ein Teil der Technik im Werte von annähernd 100 000 Mark übernommen. Damit konnten die Betriebskosten beim Pflügen auf 38 Mark je Hektar gesenkt werden. Von 1961 bis 1964 steigerten unsere Genossenschaftsbauern den Hektarertrag bei tierischen Erzeugnissen:

bei Rind	von 50,3 Kilogramm auf 58,5 Kilogramm
bei Schwein	von 183,5 Kilogramm auf 245,0 Kilogramm
bei Milch	von 687,0 Kilogramm auf 692,0 Kilogramm
bei Eiern	von 338 Stück auf 452 Stück.

Auch die Produktionsgenossenschaften des Handwerks sind aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Gemeinsam mit den privaten Handwerkern haben sie vorbildliche Leistungen für die Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft gebracht. Sie haben besonderen Anteil an der Befriedigung der Bedürfnisse unserer Einwohner auf dem Gebiet der Dienstleistungen und Reparaturen. Die PGH „Bauhütte" ist ein leistungsfähiger Betrieb, der im gesamten Kreis für die Werterhaltung eine entscheidende Rolle spielt. Auch die PGH „Friseure" zeichnet sich durch gute Arbeit aus. Im Leistungswettbewerb wurde sie mehrmals Bezirksmeister.

Bestimmend auf die Entwicklung der Stadt wirkt natürlich das Chemiefaserwerk. Erst nach 1950 wurde die Zahl der Einwohner allmählich größer als die Zahl der im Werk Beschäftigten. 1958 wohnten 7926 Menschen in Premnitz, 1963 waren es 9500 und 1968 etwa 11 400.

Heute, wo ein hoher Entwicklungsstand erreicht ist, fällt es oftmals schwer, sich an das zu erinnern, was wir seit Anbruch unserer neuen Zeit erlebten. Die Bürger von Premnitz haben sich immer klar und eindeutig zur Sache der Volksmacht bekannt. Das begann mit der ersten freien und geheimen Wahl zu den Gemeindevertretungen am 15. September 1946. 92 Prozent der Wahlberechtigten nahmen ihre Rechte wahr. 63 Prozent der Stimmen fielen auf die Kandidaten der SED und 27 Prozent auf die der CDU, der Rest auf andere Parteien. Bei der freien Entscheidung über die Annahme unserer sozialistischen Verfassung gaben 98,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Die Bürger der Stadt Premnitz gedenken stets derer, die, nicht zuletzt durch den Einsatz ihres Lebens, uns den Weg in eine glückliche, friedliche Zukunft geebnet haben. Ihnen setzten sie ein Denkmal. Am Vorabend der Volkswahl 1965 wurde nach den Entwürfen des Bildhauers Karl Mertens an Thälmannplatz ein VVN-Ehrenmal eingeweiht. Jedes Jahr zum Tag der Opfer des Faschismus bekunden die Bürger unserer Stadt an dieser Stelle ihren Willen, dem Vermächtnis der antifaschistischen Kämpfer gegen Krieg und Faschismus treu zu bleiben, indem sie geloben, immer treu und verantwortungsbewußt für den Frieden und den Sieg des Sozialismus einzutreten.

Anmerkungen

Anmerkungen zum ersten Teil

[1] Kreisblatt für das Westhavelland, amtlicher Teil, Jahrgang 1914, S. 200 ff., Rathenow

[2] Vgl. Edith Niepel, Ilona Schekorr, Die geschichtliche Entwicklung des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" in Premnitz. Hausarbeit zum Staatsexamen, Premnitz 1965, in: Betriebsarchiv CFW Premnitz – Dissertationen, Diplom- und Ingenieurarbeiten, Nr. 273, S. 8 ff.

[3] Vgl. Salings Börsenjahrbuch, 2. Teil, 1916/17, Berlin, S. 1153 ff.

[4] Vgl. ebenda, S. 1153 ff.

[5] Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 120, Bd. II. A 2, Nr. 1, Bd. 9

[6] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil I, Berlin 1966, S. 318 und 335.

[7] Im August 1916 wurde eine neue Oberste Heeresleitung unter E. Ludendorff und P. v. Hindenburg eingesetzt. Sie leitete Ende 1916 Maßnahmen ein, die unter der Bezeichnung „Hindenburg-Programm" bekanntgeworden sind. Ihr Ziel bestand darin, alle noch verbliebenen Kräfte der Nation den Raubkriegsinteressen der Monopole unterzuordnen. Um eine maximale Produktion von Waffen und Munition zu erreichen, wurde im Zusammenwirken mit den Monopolen das sogenannte Kriegsamt als kriegswirtschaftliche Zentralbehörde eingerichtet.
Durch das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" vom Dezember 1916 wurde das „Hindenburg-Programm" in der Weise unterstützt, daß alle Arbeiter vom 17. bis zum 60. Lebensjahr zur Arbeit in Rüstungsbetrieben verpflichtet waren. Dabei konnten die Arbeiter ihre Arbeitsstelle nicht mehr frei wählen. Ludendorff forderte, scharf gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, Streikende als Landesverräter abzuurteilen und den Arbeitern keinerlei Lohnerhöhung zu gewähren.
Treffend stellte die Spartakusgruppe in einem Flugblatt fest, das Hindenburgprogramm brachte „die Kasernierung des ganzen deutschen Proletariats . . ., die Einführung des mittelalterlichen Frondienstes, der Zwangsarbeit, des Zuchthauses".
Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1966, S. 291 f.

[8] zitiert nach Edith Niepel, Ilona Schekorr, Die geschichtliche Entwicklung . . ., a. a. O., S. 20

[9] Taschenbuch 1934, I. G. Farben AG, Pressestelle, o. O., S. 19 (in Privatbesitz)

[10] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Allgemeine Arbeiterangelegenheiten, o. Aktz.

[11] Vgl. ebenda, Mappe Allgemeine Arbeiterangelegenheiten, Aktz. 144/30.

[12] ebenda, Akte 178, S. 58

[13] ebenda, S. 78

[14] Vgl. Edith Niepel, Ilona Schekorr, Die geschichtliche Entwicklung . . ., a. a.O., S. 25/26.

[15] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 72

[16] W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 548 f.

[17] Die Kohlenzufuhr wurde immer schwieriger, so daß die Produktion auf 22 Tonnen Pulver reduziert werden mußte. Anfang November wurde im Pulverbetrieb ein Kartoffeltrocknungsversuch durchgeführt, der aber bald wieder aufgegeben wurde.
Am 16. November 1918 kam von der Generaldirektion aus Berlin der Bescheid, daß laut Abmachung mit dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (WUMBA) und dem Volkskommissar Göhre die gesamte Munitionsindustrie zu demobilisieren sei. Trotzdem wurde die Anweisung erteilt, die vorhandenen Halbfabrikate noch aufzuarbeiten. Da im alten Kraftwerk die fünf Turbinen völlig stillgelegt wurden, mußte zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung neben dem jetzigen Gaslager eine Lokomobile aufgestellt werden.

[18] Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 24 f.

[19] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 181

[20] zitiert nach Edith Niepel, Ilona Schekorr, Die geschichtliche Entwicklung . . ., a. a. O., S. 50

[21] Hans Dominik, Vistra – Das weiße Gold Deutschlands, Leipzig 1936, S. 106 ff. (Dominiks Buch wurde von der I. G. Farben und besonders von Gajewski persönlich zensiert.)

[22] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Allgemeine Arbeiterangelegenheiten, o. Aktz.

[23] Vgl. ebenda.

[24] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Arbeiterausschuß, o. Aktz.

[25] ebenda

[26] ebenda

[27] ebenda

[28] Vgl. ebenda.

[29] ebenda

[30] ebenda

[31] DZA Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Aktz. 19858 a, S. 361 ff.

[32] Vgl. Hans Dominik, Vistra, a. a. O., S. 106.

[33] DZA Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Aktz. 19858 a, S. 361 ff.

[34] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, a. a. O., S. 412.

[35] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Allgemeine Arbeiterangelegenheiten, S. 11

[36] Vgl. ebenda, S. 13.

[37] nach Angaben von Oskar Seifert, Karl Köpke und Otto Natschke, Premnitz

[38] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Arbeitgeberverband, o. Aktz.

[39] ebenda, Mappe Betriebsrat, o. Aktz.

[40] Vgl. ebenda.

[41] zitiert nach Edith Niepel, Ilona Schekorr, Die geschichtliche Entwicklung . . ., a. a. O., S. 61

[42] Vgl. Kurt Waldinger, Geschichte des Werkes Premnitz von 1915–1935, VEB Filmfabrik Wolfen, Betriebsarchiv A 6360.

[42a] Janis Schmelzer, Eberhard Stein, ORWO – Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, herausgegeben von der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin 1969, S. 64

[43] Vgl. Willi Kling, Kleine Geschichte der I.G. Farben, der Großfabrikation des Todes, Berlin, o. J., S. 21 ff.

[44] Vgl. Imperialismus heute, Berlin 1965, S. 46 ff.

[45] Vgl. Salings Börsenjahrbuch, II. Teil, 1927/28, S. 932 ff.

[46] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Schießwolle-Lagerung und Vernichtung, S. 52

[47] ebenda, S. 51

[48] ebenda, S. 19

[49] Vgl. ebenda, S. 53.

[50] Vgl. ebenda, S. 188.

[51] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 89

[52] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Sozialabteilung, o. Aktz.

[53] ebenda

[54] ebenda

[55] ebenda, Mappe Werkleitung, o. Aktz.

[56] zitiert nach Imperialismus heute, a. a. O., S. 50

[57] zitiert nach ebenda, S. 50/51

[58] Vgl. ebenda, S. 51.

[59] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Rote Spule

[60] ebenda, Mappe Sozialabteilung, o. Aktz.

[61] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Die Rote Fahne, 13. November 1932, 1. Beilage

[62] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 370 und 380.

[63] Erzeugnisse unserer Arbeit, I.G.-Farben-Industrie AG, o. O., o. J., S. 203 ff.

[64] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Werkleitung, o. Aktz.

[65] ebenda, Rote Spule

[66] Vgl. Archiv beim Rat der Stadt Premnitz, Loseblattsammlung, o. Aktz.

[67] Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Die Rote Fahne, Juli 1932.

[68] ebenda

[69] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Rote Spule

[70] Vgl. ebenda, Mappe Werkleitung, o. Aktz.

[71] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 364.

[72] Vgl. Imperialismus heute, a. a. O., S. 53.

[73] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Rote Spule

[74] ebenda, Bericht von Karl Köpke

[75] ebenda, Bericht von Alfred Bartz

[76] ebenda, Brief von Karl Schäfer

[77] ebenda, Sammlung von Zeitungsberichten über das Explosionsunglück im Dezember 1932, o. Aktz.

[78] ebenda

[79] ebenda

[80] ebenda, Bericht über das Explosionsunglück in Premnitz am 7. Dezember 1932, S. 1 ff.

[81] ebenda, S. 39 ff.

[82] Verhandlungen des Reichstages, VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, Berlin 1933

[83] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Die Rote Fahne, 17. Dezember 1932

[84] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Rote Spule

[85] ebenda

[86] ebenda, Alfred Fischer, Bericht über das zweite Explosionsunglück in Premnitz, o. Aktz.

[87] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, a. a. O., S. 324/325.

[88] Die Rote Fahne, 12. Juli 1932

[89] Vgl. ebenda; vgl. auch Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1955, S. 332.

[90] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, a. a. O., S. 390 ff.

[91] ebenda, Bd. 5, Berlin 1966, S. 11 f.

[92] zitiert nach Richard Sasuly, I.G. Farben, Berlin 1952, S. 111

[93] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 169.

[94] Erzeugnisse unserer Arbeit, I.G.-Farben-Industrie AG, o. O., o. J., S. 201

[95] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Allgemeine Arbeiterangelegenheiten, o. Aktz.

[96] ebenda, Betriebsordnung der I.G. Farben AG, S. 3 f.

[97] ebenda, Bericht von Otto Natschke

[98] ebenda, Betriebsordnung der I.G. Farben AG, S. 9

[99] Vgl. ebenda, S. 7.

[100] ebenda, Mappe Werkleitung, o. Aktz.

[101] Vgl. Kurt Waldinger, Geschichte des Werkes Premnitz, a. a. O., S. 40.

[102] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Industrieberichte 1923 bis 1937, Archiv-Nr. 1, S. 42 ff.

[103] Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen, Arbeiterfragen, A 3825, S. 169

[104] ebenda, S. 168

[105] Vgl. Imperialismus heute, a. a. O., S. 65, und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, von 1917 bis 1945, Berlin 1966.

[106] Deutsches Zentralarchiv Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Sekretariat Dr. Gajewski, Nr. 18563

[107] Vgl. Arthur Wilke, Bericht über die Entwicklung des Werkes, Privatbesitz.

[108] DZA Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Aktz. 19858 a, S. 353 ff.

[109] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Industrieberichte 1923 bis 1937, a. a. O., S. 2 ff.

[110] MOB – Mobilisierung

[111] Willi Kling, Kleine Geschichte der I.G. Farben, a. a. O., S. 35

[112] DZA Potsdam, a. a. O., MOB-Planungsarbeiten 1935, S. 2 ff.

[113] Vgl. ebenda, S. 8 ff.

[114] Vgl. Janis Schmelzer, Dies war ein Staatsgeheimnis, Herausgeber Filmfabrik Wolfen, Betriebsarchiv, S. 6.

[115] Vgl. DZA Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Vermittlungsstelle W, S. 578.

[116] Siedlungswerk der Betriebsgemeinschaft Berlin und Mitteldeutschland der I.G.-Farben-Industrie AG in den Jahren 1934/37, Dessau, o. J., S. 3 ff.

[117] Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, 1 b – 408 b, S. 1, Über soziale Kämpfe der Gegenwart in Spanien, Flix – Barcelona, 28. März 1936

[118] Vgl. DZA Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Vermittlungsstelle W, S. 602 ff.

[119] ebenda

[120] Vgl. ebenda.

[121] ebenda

[122] ebenda, I.G. Farben, Sparte III, Allgemeiner Schriftverkehr, Akte 1589, S. 109 ff.

[123] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Industrieberichte 1923 bis 1937, a. a. O., S. 2 ff.

[124] Vgl. DZA Potsdam, I.G. Farben, Sparte III, Tätigkeits- und Situationsberichte 1937, S. 16.

[125] Richard Sasuly, I.G. Farben, a. a. O., S. 134

[126] Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen, Tätigkeitsbericht der Feuerwehr und des Werkschutzes, o. Aktz., S. 4

[127] DZA Potsdam, a. a. O., Arbeiten für die Luftkreiskommandos 1915, S. 85

[128] Vistra-Information, Hausmitteilungen der I.G.-Farben-Industrie AG, Berlin, Heft 1/1939, S. 3

[129] Vgl. ebenda, S. 2.

[130] Vgl. Edith Niepel, Ilona Schekorr, Die geschichtliche Entwicklung . . ., a. a. O., S. 76.

[131] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Arbeiterbewegung, o. Aktz.

[132] ebenda

[133] im Privatbesitz von Armin Rapsch, Premnitz

[134] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Arbeiterbewegung, o. Aktz.

[135] Vgl. ebenda, Mappe Vertrauensrat, o. Aktz.

[136] Vgl. ebenda.

[137] Vgl. ebenda.

[138] Vgl. ebenda.

[139] Vgl. DZA Potsdam, a. a. O., Vermittlungsstelle W, S. 413.

[140] ebenda, S. 53

[141] ebenda. S. 336

[142] Vgl. Willi Kling, Kleine Geschichte der I.G. Farben, a. a. O., S. 40.

[143] Richard Sasuly, I.G. Farben, a. a. O., S. 135

[144] Vgl. ebenda.

[145] DZA Potsdam, a. a. O., Vermittlungsstelle W, S. 311

[146] Vgl. Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen, Mappe Sozialbüro, A 3880, S. 00077.

[147] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, a. a. O., S. 407, 442, 498.

[148] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Industrieberichte, 1937 ff., Archiv-Nr. 2, S. 74.

[149] ebenda, Mappe Berichte (Werkleitung), o. Aktz.

[150] ebenda

[151] ebenda

[152] ebenda, Mappe Arbeiterbewegung, o. Aktz.

[153] ebenda, Bericht von Otto Natschke, Premnitz

[154] Vgl. ebenda.

[155] ebenda

[156] Vgl. Archiv beim Rat der Stadt Premnitz, Mappe Steuern, o. Aktz.

[157] Vgl. ebenda.

[158] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bericht von Otto Natschke und Oskar Seifert, Premnitz.

[159] Vgl. SS im Einsatz, Berlin 1958, S. 422 ff.

[160] DZA Potsdam, a. a. O., Vermittlungsstelle W, S. 129 ff.

[161] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Gebäude und Unterkünfte, o. Aktz.

[162] ebenda, Mappe Werkschutz, o. Aktz.

[163] ebenda

[164] Vgl. DZA Potsdam, a. a. O., Vermittlungsstelle W, S. 1362.

[165] ebenda, S. 1361

[166] Vgl. ebenda, S. 296.

[167] Vgl. ebenda, S. 292.

[168] Vgl. Willi Kling, Kleine Geschichte der I.G. Farben, a. a. O., S. 5.

[169] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Mappe Betriebsschutz, o. Aktz.

Anmerkungen zum zweiten Teil

[1] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Erlebnisbericht von Paul Porschke

[2] Vgl. ebenda, Unterlagen von Diplomingenieur Arthur Wilke.

[3] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 14

[4] Handbuch der DDR, Berlin, o. J., S. 31

[5] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 40 bis 44.

[6] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen und Protokolle der Gemeinde bzw. Ortsgruppe der KPD Premnitz.

[7] Vgl. auch Anhang, Forschung und Entwicklung, S. 323 ff.

[8] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen von Diplomingenieur Arthur Wilke.

[9] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 62/65.

[10] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen von Diplomingenieur Arthur Wilke.

[11] Vgl. Gerhard Weidler, Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Belegschaft des VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" in Premnitz, Diplomarbeit 1961, S. 32/33.

[12] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen von Diplomingenieur Arthur Wilke.

[13] Vgl. ebenda.

[14] Vgl. ebenda und Bericht des Kollegen Weidenbach vom FDGB-Kreisvorstand Brandenburg (Havel).

[15] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil II, S. 151

[16] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen von Diplomingenieur Arthur Wilke und Unterlagen der BPO des CFW.

[17] nach Unterlagen der Gemeinde Premnitz

[18] Protokolle der Geschäftsstelle der KPD (SED), Premnitz 1945/46, und Resolution der gemeinsamen Versammlung KPD und SPD vom 17. Januar 1946

[19] Vgl. ebenda.

[20] Vgl. ebenda.

[21] ebenda

[22] Herbert Warnke, Überblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1954, S. 139

[23] Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Bericht Gustav Löwe, Premnitz, Eichenweg Nr. 10

[24] Vgl. Herbert Warnke, Überblick . . ., a. a. O., S. 145.

[25] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 170

[26] Vgl. Unterlagen der Gemeinde Premnitz.

[27] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen von Diplomingenieur Arthur Wilke.

[28] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., S. 224

[29] ebenda, S. 228

[30] Vgl. Gerhard Weidler, Die Entwicklung des Klassenbewußtseins . . ., a. a. O., S. 49 und 61.

[31] ebenda, S. 66

[32] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Unterlagen der BPO, 1948.

[33] Vgl. ebenda.

[34] Vgl. DZA Potsdam, Außenstelle Coswig, Ch – 730.

[35] Vgl. ebenda, Ch – 1609.

[36] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 9/10.

[37] Vgl. DZA Potsdam, Außenstelle Coswig, Ch – 1593.

[38] Vgl. ebenda, Ch – 835.

[39] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Aufwärts (Betriebszeitung des CFW), Dez. 1949.

[40] Vgl. DZA Potsdam, Außenstelle Coswig, Ch – 835.

[41] Handbuch der DDR, Staatsverlag der DDR, Berlin, o. J., S. 51

[42] Aufwärts, Januar/Februar 1950

[43] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, a. a. O., S. 251.

[44] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Aufwärts, September/Oktober 1950.

[45] ebenda

[46] Vgl. ebenda.

[47] Vgl. DZA Potsdam, Außenstelle Coswig, Ch – 834.

[48] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, S. 254

[49] Vgl. Betriebsarchiv CFW, Aufwärts, Februar 1951.

[50] Vgl. ebenda, Erzählung von Hans Bolle, Milow.

[51] Vgl. ebenda, Aufwärts, Oktober 1951.

[52] Vgl. ebenda.

[53] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 172

[54] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Jahresbericht der Werkdirektion des Kunstseidenwerkes, 1952.

[55] ebenda, Aufwärts, September 1952

[56] Vgl. ebenda.

[57] ebenda, Januar 1953

[58] Vgl. ebenda, Jahresbericht der Werkdirektion des Kunstseidenwerkes, 1952.

[59] Vgl. ebenda, 1953.

[60] Vgl. Gerhard Weidler, Die Entwicklung des Klassenbewußtseins . . ., a. a. O., S. 84.

[61] ebenda, S. 85

[62] Vgl. ebenda.

[63] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 229 bis 231.

[64] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Bestand Betriebsgeschichte, Unterlagen der Delegiertenkonferenz der BPO, Juli 1953.

[65] Vgl. ebenda und Bericht über die Jahresplanerfüllung der Werkdirektion 1953.

[66] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 253

[67] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, a. a. O., S. 407.

[68] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Unterlagen der BPO, 1953/54.

[69] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 287.

[70] Vgl. Betriebsarchiv CFW, Aufwärts, Nr. 17/1955.

[71] Vgl. ebenda, Nr. 19/1955.

[72] Vgl. ebenda, Nr. 34/1955.

[73] ebenda, Nr. 14/1956

[74] Vgl. ebenda, Nr. 15/1956.

[75] Vgl. ebenda, Nr. 1/1957.

[76] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1966, S. 19 bis 31.

[77] Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin 1956, S. 1022 und 1043

[78] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Akte Nr. A/Wl.

[79] Vgl. auch Anhang, S. 303.

[80] Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 177 und 178

[81] ebenda, S. 107

[82] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 72/73.

[83] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, S. 506.

[84] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 72 bis 82.

[85] Vgl. Wie führen Elsterberg und Premnitz den Betriebsvergleich?, Schriftenreihe der IG Chemie, Nr. 8/1958.

[86] Vgl. Aufwärts, Nr. 12/1957.

[87] ebenda, Nr. 15/1957

[88] Vgl. auch Anhang, S. 320.

[89] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, S. 598.

[90] Vgl. Aufwärts, Nr. 15/1958.

[91] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 129

[92] Vgl. ebenda, S. 135.

[93] Aufwärts, Nr. 26/1958

[94] Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit! Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958, Berlin 1958, S. 169

[95] Aufwärts, Nr. 38/1958

[96] Vgl. Kleine Chemiefaserstoffkunde, Warenzeichenverband für Kunststofferzeugnisse der DDR, e.V., Rudolstadt (Thüringen) 1963.

[97] Vgl. Betriebsarchiv CFW, Bestand Betriebsgeschichte.

[98] Aufwärts, Nr. 1/1960

[99] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Nr. 1/28.

[100] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, a. a. O., S. 699.

[101] Aufwärts, Nr. 21/1960

[102] Vgl. ebenda, Nr. 44/1960.

[103] Protokoll des V. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1959, S. 84/85

[104] Vgl. Aufwärts, Nr. 7 und 10/1960.

[105] Vgl. Anhang, S. 282.

[106] Vgl. Aufwärts, Nr. 2/1959.

[107] Vgl. ebenda, Nr. 12/1959.

[108] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 193.

[109] ebenda, S. 194

[110] Vgl. Aufwärts, Nr. 10/1960.

[111] Vgl. ebenda, Nr. 4/1960.

[112] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 197.

[113] Vgl. ebenda, S. 129.

[114] Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit! Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plan-

kommission in Leuna am 3. und 4. November 1958, Berlin 1958, S. 10

[115] I.G. Farben stoßen nach Afrika. Aus der Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, Heft 10/1960, S. 41

[116] ebenda

[117] Vgl. Meyers Neues Lexikon, Berlin 1962, Bd. 4, S. 300, I.G. Farben.

[118] Hans Müller, Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 330

[119] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, S. 747.

[120] Vgl. ebenda, S. 756 f.

[121] Vgl. Aufwärts, Nr. 35/1961.

[122] Vgl. ebenda, Nr. 34/1961.

[123] Vgl. ebenda, Nr. 37/1961.

[124] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 305.

[125] Vgl. Aufwärts, Nr. 14/1962.

[126] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, S. 785.

[127] Vgl. ebenda, S. 786.

[128] Vgl. Aufwärts, Nr. 21/1962.

[129] zitiert nach ebenda, Nr. 42/1962

[130] Hans Müller, Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 356

[131] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, S. 813.

[132] Vgl. Aufwärts, Nr. 44/1962.

[133] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 393 bis 431.

[133 a] Politische Ökonomie und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 186 und 187

[134] Vgl. Hans Müller, Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 365 bis 378.

[135] Vgl. Aufwärts, Nr. 23 und 38/1963.

[136] Hans Müller, Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 403

[137] ebenda, S. 464

[138] Vgl. Aufwärts, Nr. 38/1963.

[139] Vgl. ebenda, Nr. 46/1963.

[140] Vgl. ebenda, Nr. 48/1963.

[141] zitiert nach ebenda, Nr. 49/1963

[142] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Nr. 107.

[143] Vgl. Aufwärts, Nr. 2 und 4/1964.

[144] Vgl. ebenda, Nr. 10/1964.

[145] zitiert in: Neues Deutschland (Republikausgabe), 31. März 1964

[146] Vgl. ebenda.

[147] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Nr. 1/17.

[148] Waltraud Falk, Kleine Geschichte einer großen Bewegung, Berlin 1966, S. 229

[149] Vgl. Aufwärts, Nr. 3, 7, 12, 38/1964.

[150] Vgl. ebenda, Nr. 41/1964.

[151] Vgl. ebenda, Nr. 21/1964.

[152] Vgl. Hans Müller, Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 448.

[153] zitiert in: Aufwärts, Nr. 48/1964

[154] Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus . . ., a. a. O., S. 227.

[155] Vgl. Aufwärts, Nr. 5/1965.

[156] Hans Müller, Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, a. a. O., S. 467

[157] Vgl. ebenda, S. 470/471.

[158] Brigadevertrag der Brigade „1. Mai", Schicht D, der Prezenta-Erweiterung, Mai 1967

[159] Tagebuch der Brigade „Völkerfreundschaft", DEDERON-Bereich, Eintragung vom 22. April 1967

[160] Manifest des VII. Parteitages der SED an die Bürger der DDR, Berlin 1967, S. 14

[161] Vgl. Aufwärts, Nr. 18/1968.

Anmerkungen zum dritten Teil

[1] Vgl. Betriebsarchiv CFW Premnitz, Unterlagen der Planungsabteilung des CFW.

[2] Vgl. ebenda.

[3] Vgl. ebenda.

[4] Vgl. ebenda.

[5] Vgl. ebenda.

[6] Vgl. ebenda.

[7] Vgl. ebenda, Unterlagen und Angaben der Versorgungs- und Betreuungsbereiche des CFW.

[8] Vgl. ebenda, Angaben der Abteilung Absatz und Materialbeschaffung im CFW.

[9] Vgl. ebenda, Angaben der Kaderabteilung im CFW.

[10] Vgl. ebenda, Angaben des Büros des Werkdirektors im CFW.

[11] Vgl. ebenda, Unterlagen der Bildungseinrichtung im CFW.

[12] Vgl. ebenda, Darstellungen von Wolfgang Humbert, Klubleiter im CFW.

[13] Vgl. ebenda, Darstellung von Karl-Heinz Schwarzlose, Sachbearbeiter für Sozialversicherung im CFW.

[14] Vgl. ebenda, Angaben der BGL im CFW.

[15] Vgl. ebenda, Unterlagen der Vorstände und Leitungen der jeweiligen gesellschaftlichen Organisationen, unter Mitwirkung von Julita Hesse (FDJ); Werner Belka (KdT); Franz Kollei (DSF) und Ulli Hahn (BSG).

[16] zusammengestellt auf der Grundlage von Teil II der Betriebsgeschichte

[17] Vgl. ebenda, Betriebsarchiv CFW Premnitz, Angaben des Leiters des BfN, Günther Degner.

[18] Vgl. ebenda, Angaben der Kaderabteilung des CFW.

[19] Vgl. ebenda, Angaben des Produktionsbereiches REGAN, zusammengestellt von Kurt Stuf.

[20] Vgl. ebenda, Angaben des Produktionsbereiches DEDERON.

[21] Heinz Glade, Schönheit von Prelana, Berlin 1959, S. 41

[22] Vgl. Kleine Chemiefaserstoffkunde, Herausgeber Warenzeichenverband für Kunststofferzeugnisse der DDR, e. V., Rudolstadt (Thüringen), VEB Graphische Werkstätten Leipzig.

[23] unter Berücksichtigung eines Beitrages von Ingenieur Richter geschrieben

[24] Vgl. ebenda, Betriebsarchiv CFW Premnitz, Angaben des Produktionsbereiches.

[25] Vgl. ebenda, Angaben des Produktionsbereiches.

[26] Vgl. ebenda, Angaben des Produktionsbereiches.

[27] Vgl. ebenda, Unterlagen des Produktionsbereiches.

[28] Vgl. ebenda, Unterlagen des Produktionsbereiches REGAN.

[29] Vgl. ebenda.

[30] Vgl. ebenda.

[31] Vgl. ebenda, Unterlagen von Dr. Berger, Diplomchemiker Meißner, F- und E-Abteilung des CFW vom 13. Januar 1967, teilweise gekürzt.

[32] Vgl. ebenda, Unterlagen aus dem Energiesektor des CFW und Bericht des Chemieingenieurs Manfred Cech.

[33] Vgl. ebenda, Unterlagen der Abteilung Hauptmechanik im CFW.

[34] Vgl. ebenda, Unterlagen aus verschiedenen Bereichen der Gemeinde und Stadt Premnitz.

Inhalt

5 **Geleitwort**

7 **Vorwort**

ERSTER TEIL 1914 BIS 1945

10 **Premnitz in der Zeit des ersten imperialistischen Weltkrieges (1914 bis 1917/18)**

10 Die Pulverfabrik entsteht
11 Wer waren die „Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken"?
14 Pulver für den Krieg
17 Lage und Kampf der Arbeiter in der Pulverfabrik
21 Kriegswirtschaft fordert Menschenopfer

26 **Kampf für die Aktionseinheit, gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung durch die Konzernherren und gegen die wachsende faschistische Gefahr (1917/18 bis 1933)**

26 Die Große Sozialistische Oktoberrevolution – Vorbild für die deutsche Arbeiterklasse
27 In den Tagen der Novemberrevolution
28 Der Aufbau der Kunstfaserfabrik
30 Die Arbeiter im Kampf um ihre errungenen Rechte
31 Arbeitereinheit gegen Kapp-Putsch
32 Um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter
34 Einen Tagelohn für ein Brot
37 Kommunisten an der Spitze des Abwehrkampfes
44 Der Betrieb als Teil des I. G.-Farben-Konzerns
48 Aktionseinheit der Arbeiter bricht sich Bahn
51 Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung während der Weltwirtschaftskrise
56 Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler . . .!
59 Das Explosionsunglück im Dezember 1932

70 **Die Einbeziehung des Betriebes in Aufrüstung und Krieg und der Kampf der Arbeiter gegen die faschistische Terrorherrschaft (1933 bis 1945)**

70 Der Faschismus und die I. G. Farben
73 Die I. G. Farben auf Kriegskurs
80 Die Arbeiter im Kampf gegen den faschistischen Terror
83 Zwangsarbeit und internationale Solidarität in Premnitz
92 Untergang und Befreiung

ZWEITER TEIL 1945 BIS HEUTE

96 **Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein. – Kunstseide aus Premnitz für die antifaschistisch-demokratische Ordnung (Mai 1945 bis 1949)**

96 Im Kraftwerk bleibt Feuer unter den Kesseln, und die Befreier sind Helfer der ersten Stunde
98 Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 – Orientierung für alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte
101 Die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus eigener Initiative
103 Das Potsdamer Abkommen – Grundlage für die friedliche und demokratische Aufbauarbeit in Deutschland
104 Die erste Kunstseide aus Premnitz ohne I. G.-Farben-Konzession und die Veränderung der Besitzverhältnisse in der „Agfa-Seide"
108 Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse – sichere Grundlage für die weitere Aufbauarbeit
114 Mehr produzieren – gerecht verteilen – besser leben
116 Der Aufbauplan 234 unterstützt die Losung des II. Parteitages der SED

119 Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung
Die SED entwickelt sich zu einer Partei neuen Typs
123 Die „Agfa-Seide" Premnitz –
ein volkseigenes Kunstseidenwerk

127 **Der VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels"
im ersten Fünfjahrplan (Oktober 1949 bis 1955)**

127 Das Kunstseidenwerk im Gründungsjahr der DDR
131 Die Ergebnisse des Zweijahrplanes – Grundlage
für die Realisierung der Beschlüsse
des III. Parteitages der SED
136 Die Erweiterung des Kunstseidenwerkes
„Friedrich Engels" im ersten Fünfjahrplan der DDR
141 Die Festigung der führenden Rolle
der Betriebsparteiorganisation
145 Der Sozialismus wird aufgebaut – „Mehr,
besser und billiger produzieren!"
151 In Premnitz wird nie mehr die I. G. Farben herrschen
154 1954 – Jahr der großen Initiative
159 Die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes der DDR
im Kunstseidenwerk

165 **Synthetische Fasern geben dem Kunstseidenwerk
ein neues Gesicht
Premnitz und das Chemieprogramm der DDR
(1956 bis 1961)**

165 Die Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation der SED im Januar 1956
168 „Bahn frei für die vollsynthetische Faser!" –
Der zweite Fünfjahrplan der DDR
171 Die Entwicklung des Kunstseidenwerkes
bis zum V. Parteitag der SED
178 „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit!" –
unser Chemieprogramm
182 Chemiefasern prägen das Gesicht
des Kunstseidenwerkes
189 Das Beispiel der Brigade „Nikolai Mamai"
aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld
191 Unser Weg zur Bildung der Brigade „Legierung"
198 Die Hilfe der Kunstseidenwerker für die
sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft
201 Der „entflochtene" I. G.-Farben-Konzern
in Westdeutschland – Ausdruck
des staatsmonopolistischen Kapitalismus
203 Die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR
am 13. August 1961 und das Produktionsaufgebot
der Chemiefaserwerker

209 **Der VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" –
ein führender sozialistischer Großbetrieb
der Chemiefaserindustrie in der DDR
(Herbst 1961 bis 1965)**

209 Die erfolgreiche Weiterführung
des Produktionsaufgebotes im Jahre 1962
214 Der sozialistische Wettbewerb zum VI. Parteitag
der SED
219 Das neue ökonomische System im Chemiefaserwerk
227 Der Aufruf der Werktätigen des Chemiefaserwerkes
zum sozialistischen Wettbewerb anläßlich
des 15. Jahrestages der DDR
237 Die Rolle der Frauen bei der politischen und
ökonomischen Entwicklung des Chemiefaserwerkes
241 Wissenschaftlich-technische Revolution
und sozialistische Gemeinschaftsarbeit
248 „Es gibt keine Pause im Wettbewerb"

253 **Premnitzer Perspektiven**

DRITTER TEIL

STATISTIKEN UND BERICHTE

262 **Entwicklung der Produktion**

262 1. Entwicklung der Produktion nach Planpreisen
262 2. Steigerung der Arbeitsproduktivität
263 3. Entwicklung der Arbeitskräfte
264 4. Entwicklung des Lohnfonds
und des Durchschnittslohnes
264 5. Investitionen 1945 bis 1965
265 6. Entwicklung der Prämienzahlung
266 7. Entwicklung des Exports

266 **Entwicklung auf sozialem Gebiet**

266 1. Wohnungswesen
267 2. Kindereinrichtungen
267 3. Kinderferienlager
267 4. Werkküche
268 5. Nachtsanatorium
268 6. Versorgungseinrichtungen

270 **Festlegung der Warenzeichen**

270 **Heldentum sozialistischer Arbeit – Ehre unseren Besten**

272 **Hohe Gäste im Werk und internationale
Zusammenarbeit**

276 **Bildungswesen**

276 1. Betriebsvolkshochschule
276 2. Technische Betriebsschule
278 3. Betriebsakademie
279 4. Koordinierung des betrieblichen Bildungswesens

282 **Kulturelle Entwicklung**

288 **Die Sozialversicherung – Ausdruck einer realen
Sozialpolitik des Arbeiter-und-Bauern-Staates
am Beispiel Raum Premnitz-Rathenow**

288 1. Sozialversicherung vor 1945
288 2. Sozialversicherung nach 1945

290 **Beitragsaufkommen der Gewerkschaften und seine Verwendung**

290 Solidaritätsaufkommen der letzten fünf Jahre

291 **Entwicklung der gesellschaftlichen Organisationen im Chemiefaserwerk**

291 FDJ
293 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
294 GST
294 Kammer der Technik
297 Deutsches Rotes Kreuz
297 Betriebssportgemeinschaft

303 **Die Wettbewerbsbewegung nach Jahreszahlen**

306 **Neuererwesen**

307 **Einzugsgebiete der Arbeitskräfte**

308 **Kurzer Überblick über die einzelnen Bereiche des Chemiefaserwerkes**

308 1. REGAN
311 2. DEDERON
313 3. WOLPRYLA
315 4. GRISUTEN
317 5. Schwefelkohlenstoff
319 6. Aktivkohle
319 7. Schwefelsäure
320 8. Novoktan
322 9. Kurzfasern
322 10. Viskosebast
323 11. Zellin
323 12. Forschung und Entwicklung
328 13. Energieversorgung
329 14. Instandhaltung

330 **Junge Chemiestadt Premnitz**

334 **Anmerkungen**

Bilddokumentation

zur Entwicklung des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz

anläßlich des 165. Geburtstages von Friedrich Engels

Herausgeber:	BPL des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz
Arbeitsgruppenleiter:	Gen. Manfred Rietze
Gestaltung:	Genn. Rita Hübner
Mitarbeiter:	Genn. Petra Meißner Kolln. Ingrid Beckmann Gen. Werner Dittrich
Druck:	VEB (K) Dienstleistungen Rathenow, Bereich Druckerei

1-18-1 FpG 02/76/28-85 3 500 886

Geleitwort

Im Jahre 1985 begehen wir, mit uns die internationale Arbeiterklasse, den 165. Geburtstag von Friedrich Engels, Mitbegründer des wissenschaftlichen Kommunismus, dem Vorkämpfer und Lehrer des internationalen Proletariats, dessen stolzen Namen unser volkseigenes Chemiefaserwerk seit 1950 trägt.

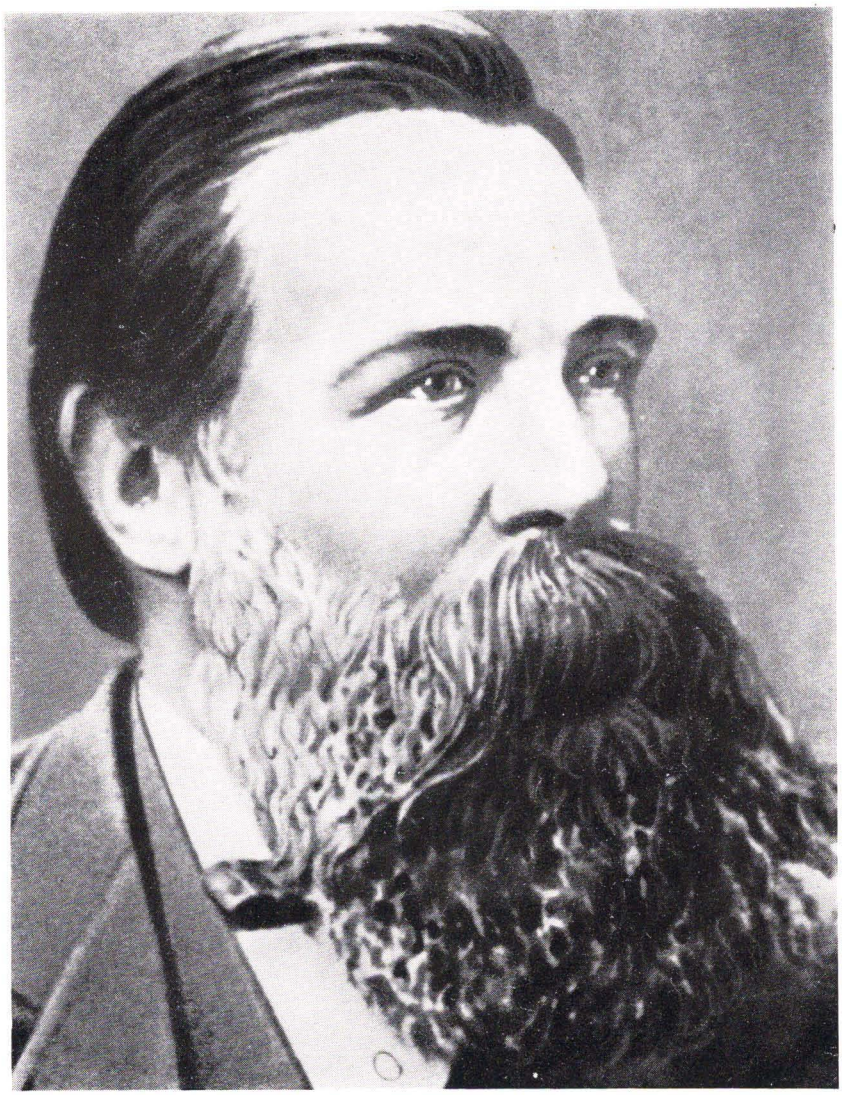
Dieses historische Ereignis ist für uns Anlaß, in einer Bildmappe zu zeigen, zu welchen großen Leistungen die von der Partei geführte und befreite Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen Werktätigen in der Lage ist, um somit sein Vermächtnis zu erfüllen.

Wir haben versucht, die Entwicklung des Chemiefaserwerkes und der Stadt Premnitz nach der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus 1945, die Erfolge, Errungenschaften, die gesamte Leistungsentwicklung in Bildern, Dokumenten sowie Grafiken darzustellen, diese mit Leitsätzen und Gedanken von Friedrich Engels zu verbinden, um damit die Richtigkeit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus zu beweisen.

Diese Bildmappe stellen wir den Agitatoren, Propagandisten, Abgeordneten, Lehrern, den Schulen zur Verfügung, als einen Beitrag zur Vorbereitung des XI. Parteitages der SED.

Sie soll uns helfen, bei allen Kommunisten und Werktätigen das Verständnis für die Politik der Partei zu vertiefen, in das Wesen unserer Politik einzudringen, den Stolz auf das Erreichte weiter zu entwickeln und den Gedanken zu vertiefen, daß nur der Sozialismus das wahre Glück für den Menschen im Frieden garantiert.

Das Autorenkollektiv



Am 28. November 1820 wurde Friedrich Engels geboren.
Gemeinsam mit Karl Marx begründete er die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus.

Neben Marx ist er der „bedeutendste Gelehrte und Lehrer des modernen Proletariats der ganzen zivilisierten Welt." (Lenin)

Vom revolutionären Demokraten und erbitterten Gegner des feudalabsolutistischen Preußenstaates wird er zum Mitbegründer und Verfechter der politischen und sozialen Befreiung des Proletariats.

Zentrales Meeting im VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz anläßlich des 160. Geburtstages von Friedrich Engels
Prof. Dr. E. Hahn, Direktor des Instituts für m l Philosophie der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, hält die Festansprache.

Zu Ehren des 160. Geburtstages von Friedrich Engels legt Genosse Dr. Günther Jahn, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Potsdam, am Ehrenmal ein Blumengebinde nieder.

30 Jahre VEB in Premnitz
Kolloquium am 21. März 1979 im großen Speisesaal

Aufnahme von Thälmann-Pionieren der Friedrich-Engels-Oberschule
Lehnin

Sein Name ist uns Verpflichtung

Durch unsere Leistungen verwirklichen
wir seine humanistischen Ideen
zum Wohle des Volkes
und zur Erhaltung des Friedens.

Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte

Urkunde über die militärische Kapitulation

Unterzeichnet am 8. Mai 1945 in Berlin.

Im Namen des deutschen Oberkommandos:

KEITEL, FRIEDEBURG, STUMPF

Bereits am 2. Mai 1945 wird Premnitz befreit. Dank des Einsatzes des Genossen Adolf Rapsch erfolgt der vorbereitete Artilleriebeschuß nicht. Premnitz wird kampflos von der Roten Armee besetzt.

3. Mai 1945. Die Stadt Rathenow ist zu großen Teilen zerstört.

Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

10. Juni 1945 *Berlin*

Am 2. Mai d. J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die obengenannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern.
2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisierung von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Programme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen.
4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der Durchführung des Besetzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Uebereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird.
5. In Uebereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw., die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerlichen Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Marschall der Sowjetunion **G. K. Shukow**

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst **W. W. Kurasow**

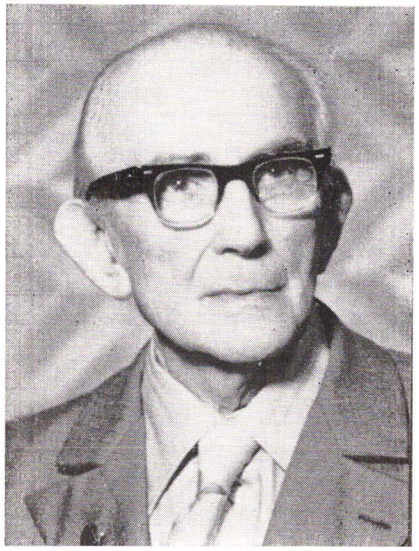
NIE WIEDER FASCHISMUS!
NIE WIEDER KRIEG!

Eine Zeit tiefer Schmach für die deutsche Nation, eine Zeit unsagbar schweren Kampfes für die deutsche Arbeiterklasse war vorüber.

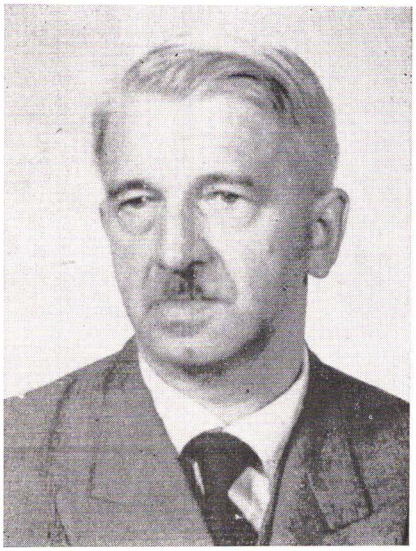
EINE NEUE ZEIT BEGANN.

PREMNITZER AKTIVISTEN DER ERSTEN STUNDE

Ihre Namen sollen für alle genannt sein, die selbstlos, oft nur mit einem Kanten trockenen Brotes in der Tasche, stets den Interessen und der Zukunft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten dienten.

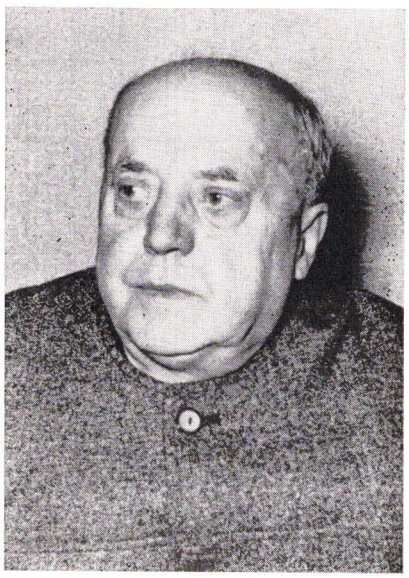


Arthur Bey



Artur Wilke

Karl Köppke



Oskar Seifert

Gustav Löwe

Paul Grade

April 1946 — Vereinigungsparteitag der SED

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands kennzeichnet den Beginn einer neuen Etappe in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Spaltung der Arbeiterklasse war endgültig überwunden.

WAS DES VOLKES HÄNDE SCHAFFEN,
SOLL DES VOLKES EIGEN SEIN!

SO HABEN WIR BEGONNEN!

28. 9. 1945 9.00 Uhr

Die erste Mischung Kunstseidezellstoff
wird in der Viskosestation getaucht.

ALLEN PESSIMISTEN ZUM TROTZ WURDE KUNSTSEIDE PRODUZIERT, AN DER – ERSTMALIG SEIT EXISTENZ DER ANLAGE – DER IG-FARBEN-KONZERN KEINEN PROFIT MACHTE.

DIE BEHÖRDEN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSMACHT
SCHAFFEN DAFÜR DIE GRUNDLEGENDEN VORAUSSETZUNGEN.

Fast zur gleichen Zeit setzen die Arbeiter und Ingenieure in der AKTIVKOHLE die Produktion wieder in Gang.
In bescheidenem Maße wurden zunächst Lagerbestände an halbfertiger Kohle zu Medizinalkohle u. Industriekohle aufgearbeitet.

1946 - Beginn der Produktion von Schwefelsäure

H_2SO_4

1946 - Beginn der Produktion von Schwefelkohlenstoff

CS_2

1946 — Der 1. Mai wird von den Premnitzer Werktätigen festlich begangen.

Die bisherigen Einzelaktionen in der wurden in allen Hennecke-Bewegung Bereichen zum Hennecke-Wettbewerb.

DIE ZEIT DER WETTBEWERBE BEGANN

Adolf Hennecke, Initiator der Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung, zu Gast in Premnitz.

Mit der Losung „Für vorfristige Erfüllung des Planes und der Verbesserung der Qualität" begann die Initiative zum Wettbewerb im Zweijahrplan.

FDGB

Erfolgreiche Bilanz im zweiten Halbjahr 1948

● Viskosekunstseide,	2 546,0 Tonnen
davon bereits	240,5 Tonnen Konenseide
● Schwefelkohlenstoff	2 395,0 Tonnen
● Schwefelsäure	12 789,0 Tonnen
● Aktivkohle	276,0 Tonnen

Am 1. März, mitten in der Entwicklung des ersten Wettbewerbes der Kunstseidenwerker, wurde der ehemalige IG-Farbenbesitz offiziell und endgültig aus der Treuhandverwaltung in die Hände der Werktätigen übergeben.

Mitinitiatoren des Wettbewerbes im Kunstseidenwerk, Brigade „Woroschin"

Auf der Aktivistenkonferenz am 12. Oktober 1949 wurde von dem Schlosser Walter Majunke der Vorschlag unterbreitet, dem Kunstseidenwerk den Namen des großen deutschen Klassikers des Marxismus-Leninismus Friedrich Engels zu geben.

Ab 1. Januar 1950 trug das Werk den Namen:

VEB KUNSTSEIDENWERK „FRIEDRICH ENGELS"
PREMNITZ, KREIS RATHENOW

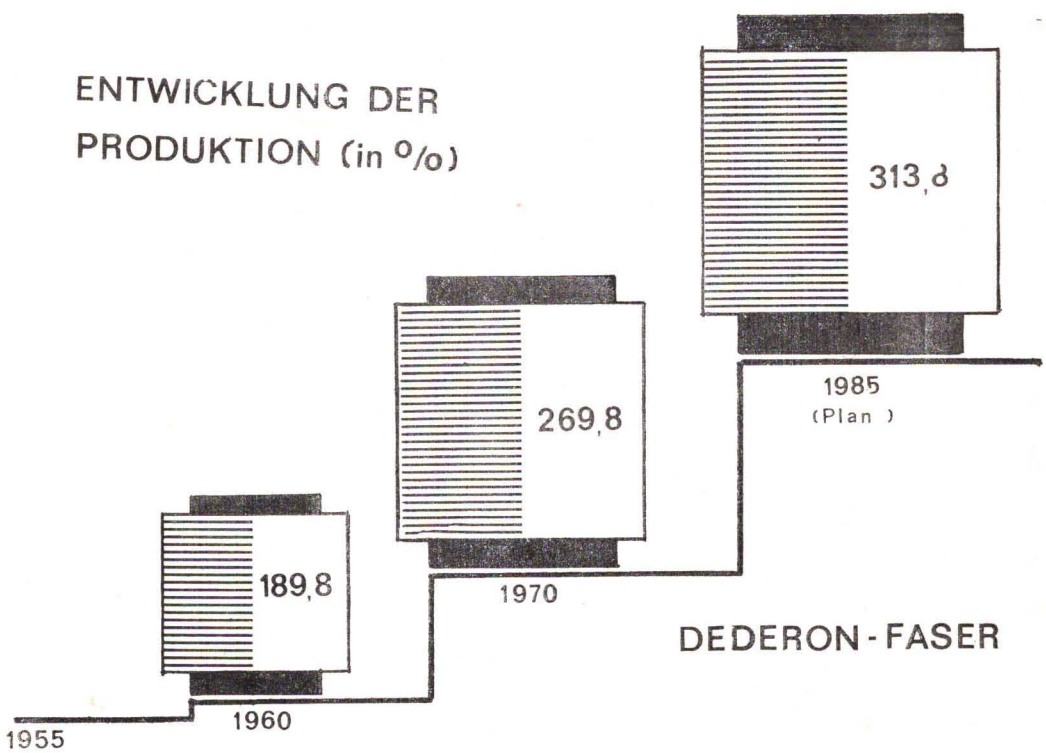
Die Gründung der DDR – Ein Wendepunkt in der Geschichte des Deutschen Volkes und Europas

Der 1. Arbeiterpräsident Wilhelm Pieck leistet den Eid auf die Verfassung.

Im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat erfüllte sich der Kampf von Millionen.
Die Deutsche Demokratische Republik, Sehnsucht der Alten, Wunschtraum der Jungen, war Wirklichkeit.

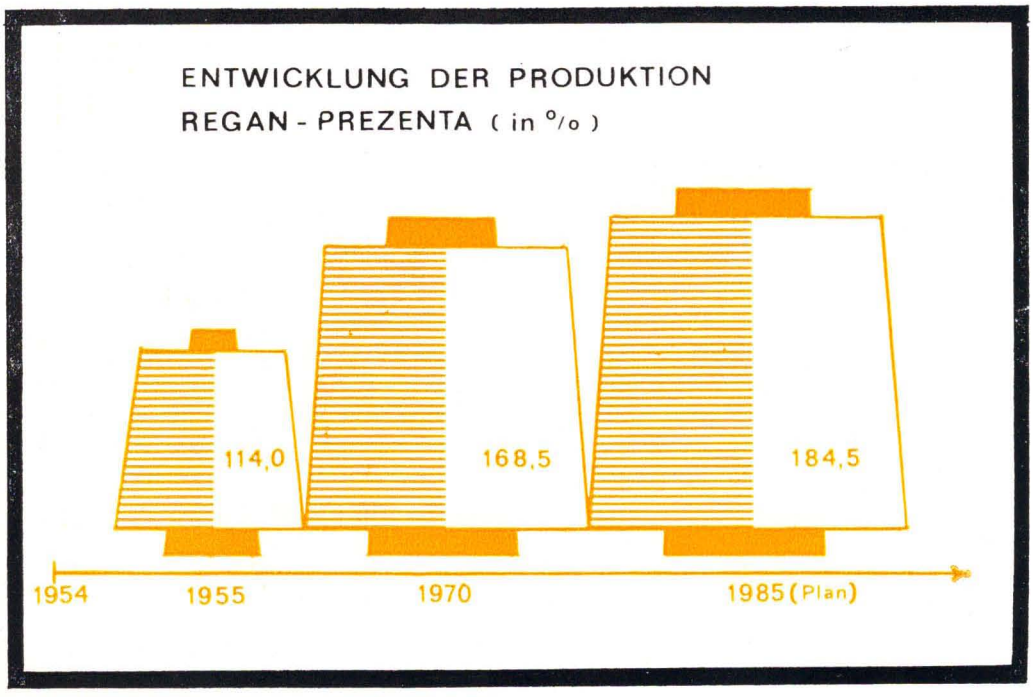
1952 lief eine DEDERON-Versuchsanlage mit einer Leistung von 500 kg täglich an, deren Kapazität im folgenden Jahr verdoppelt wurde und damit den ersten Bauabschnitt der Großanlage darstellte.

Der erste Fünfjahrplan wird im Kunstseidenwerk erfolgreich beendet



Genossin Brigitte Franke an der HKZ-Maschine

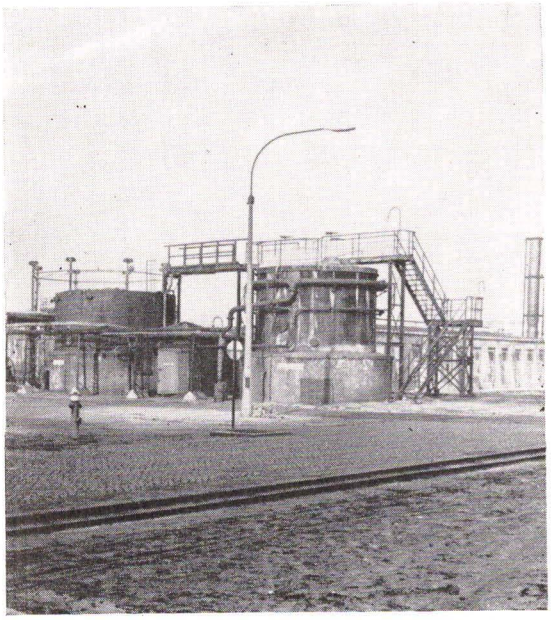
Mit diesen in Premnitz entwickelten Maschinen begann in der Neuanlage „Kunstseide II“ 1952 die Produktion in Premnitz von Prezenta-Viskosekunstseide.



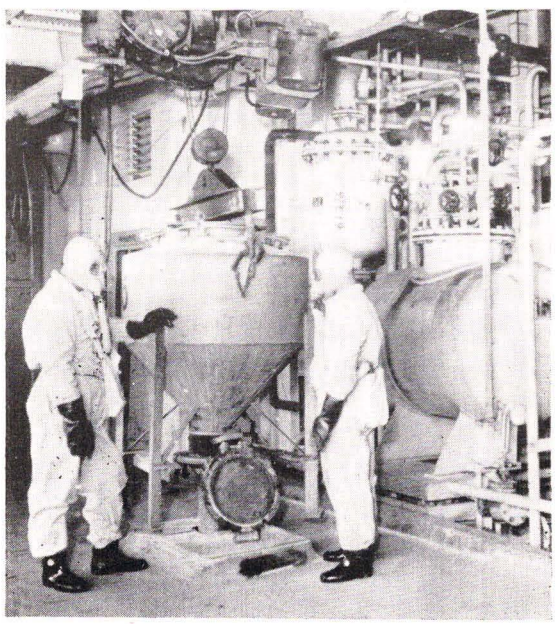
III. Parteitag

Die 2. Parteikonferenz beschließt den Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe in der DDR.

CHEMIE GIBT BROT, WOHLSTAND UND SCHÖNHEIT



1955 — Der SO_3-Betrieb wird rekonstruiert.



1959 — Mit Hilfe sowjetischer Fachleute erbaut:
Die Tetraethylbleianlage

V. PARTEITAG

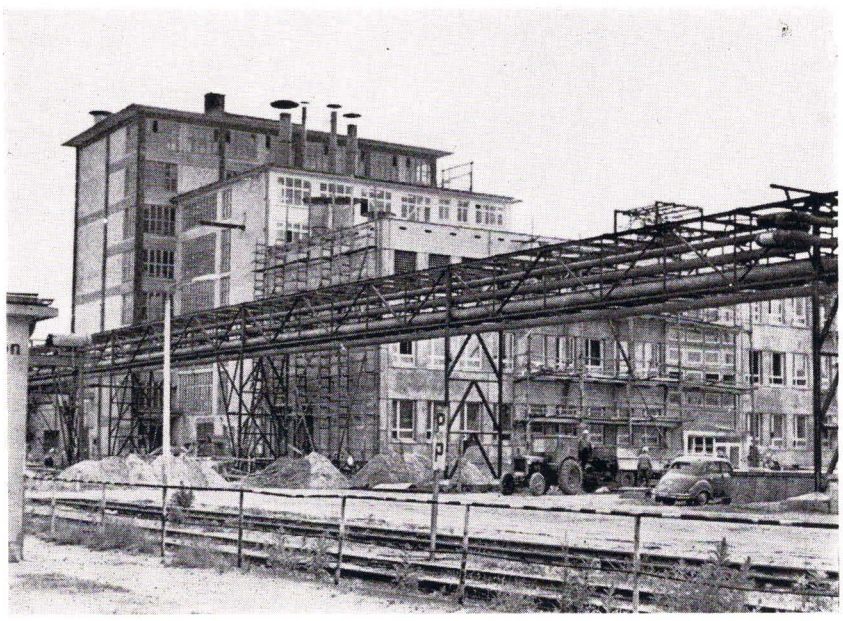
Die Sicherung der Staatsgrenze zu Westberlin und der BRD war eine entscheidende Voraussetzung, um den Aufbau des Sozialismus nunmehr ohne die direkten ökonomischen und politischen Störeinwirkungen des Imperialismus fortzusetzen.

PRODUKTIONSAUFGEBOT 1961/62

„In der gleichen Zeit, mit dem gleichen Geld mehr produzieren."

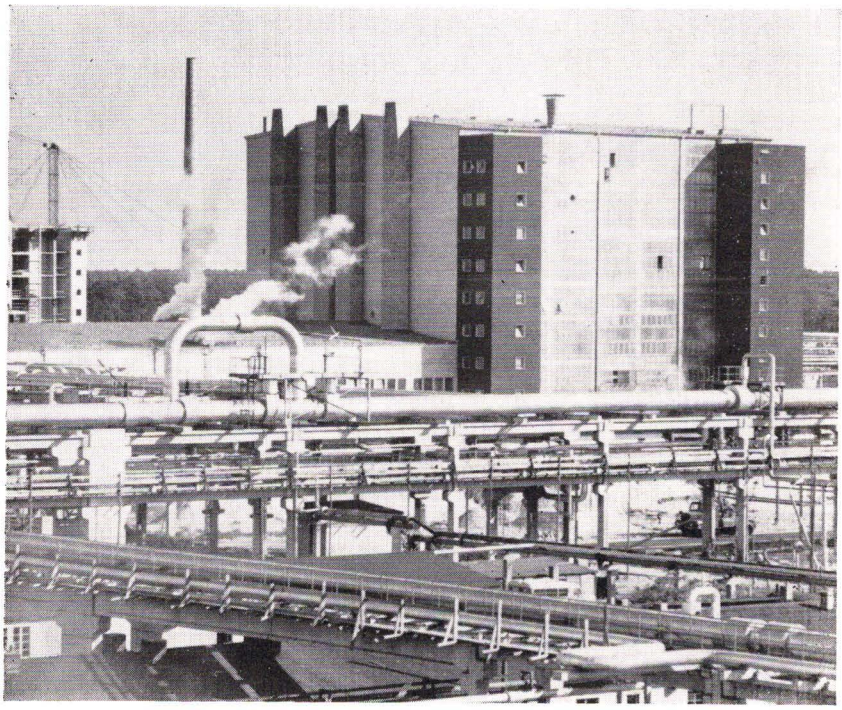
Mit der Losung: „Dem Volke zum Nutzen, der Republik zu Ehren!" rufen die Chemiefaserwerker anläßlich des 15. Jahrestages der DDR zum komplexen sozialistischen Massenwettbewerb nach Erzeugnisgruppen auf.

Der Präsident der Volkskammer, J. Dieckmann, übergibt die WOLPRYLA-ANLAGE.

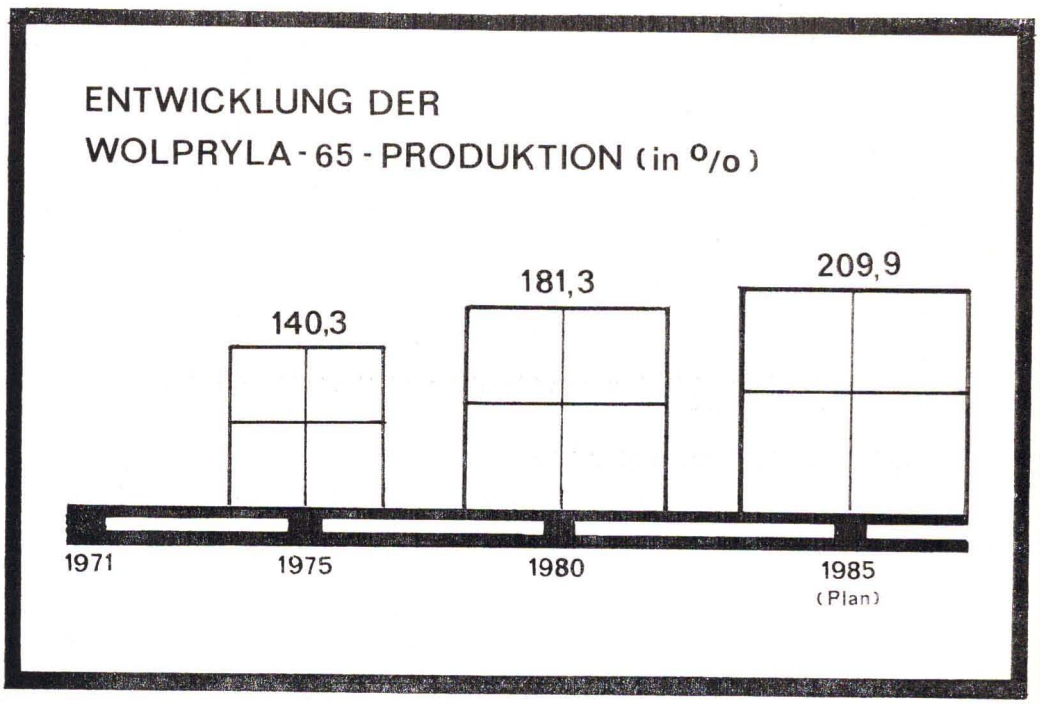


1961 — Inbetriebnahme der 1. Premnitzer Polyesterpilotanlage

Synthetische Fasern prägen das Gesicht unserer Zeit



13. März 1970 — erste WOLPRYLA-65-Faser aus der neuen Großanlage



VII. PARTEITAG

Das Chemiefaserwerk wird Alleinhersteller von synthetischen Fasern in der DDR

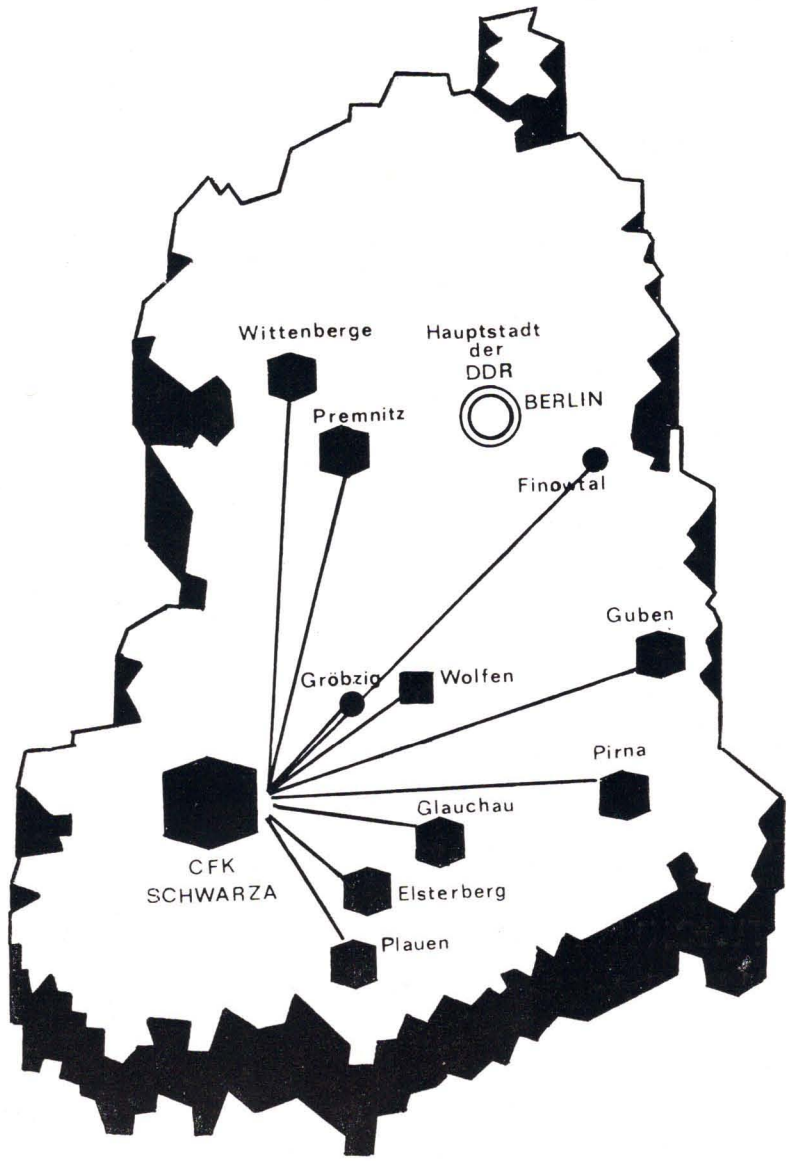
DEDERON®

WOLPRYLA®

GRISUTEN®

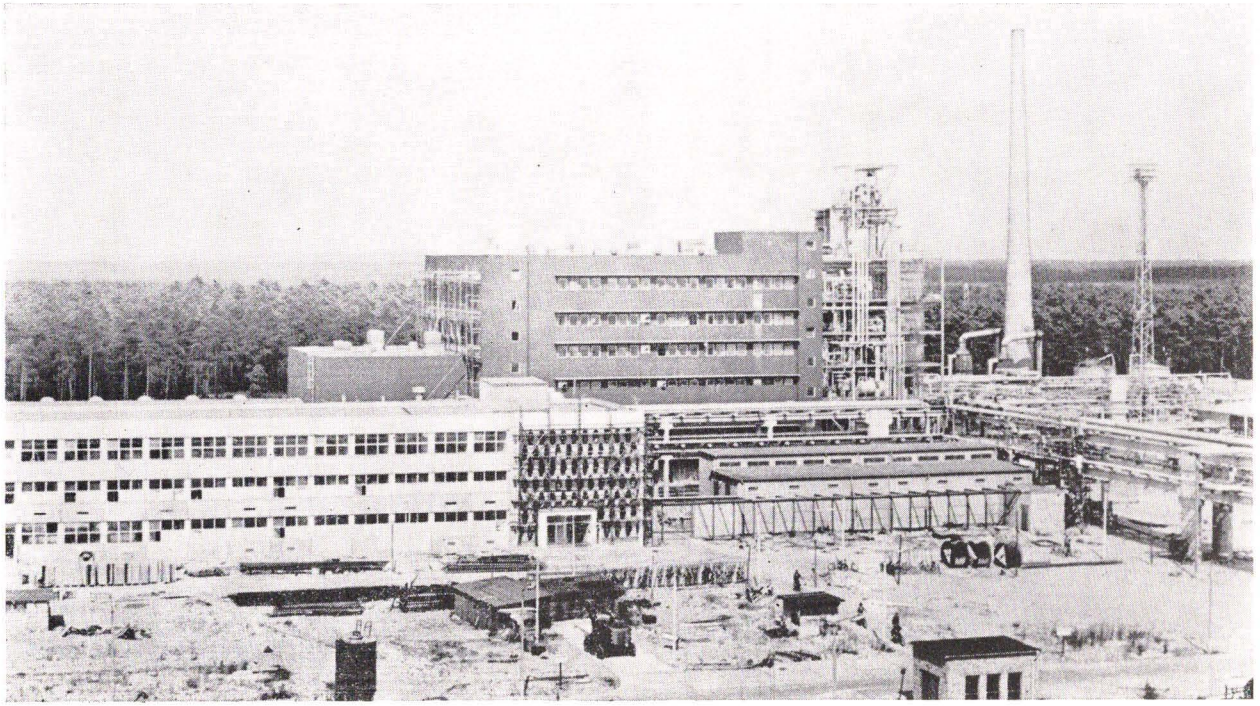
In den Jahren 1969/70 wurde der VEB Chemiefaserkombinat Schwarza „Wilhelm Pieck“ gebildet.

Das CFP ist ein Betrieb des 10 Werke umfassenden Chemiefaser-kombinates. In diesem Kombinat arbeiten ca 29000 Werktätige. Es ist verant-wortlich für die Produktion von Chemie-fasern und -seiden für die Textilindustrie der DDR und für den Export.

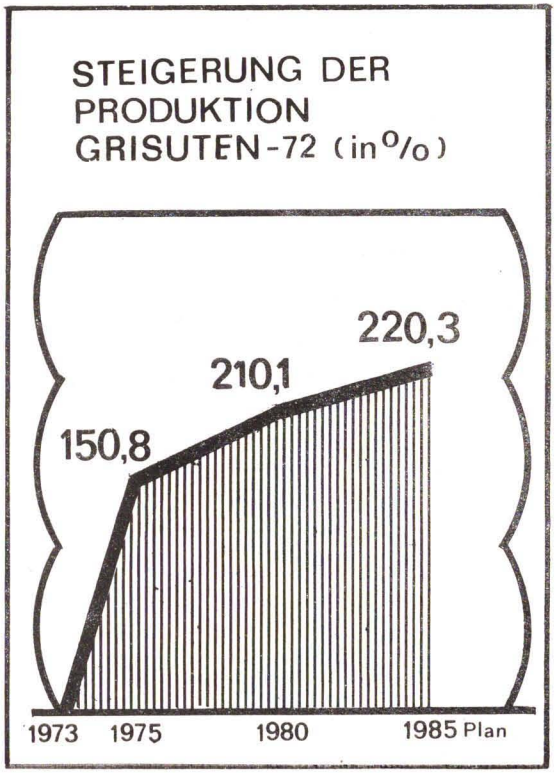


■ Entwicklung und Verkauf von Chemiefaserstoffen in Kooperation mit dem CFK Schwarza

● Dem CFK zugeordnete Betriebe



7. Oktober 1972, der Betrieb GRISUTEN-72 nimmt den Dauerbetrieb auf.



VIII. PARTEITAG

Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt; alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse.
Das ist der Sinn des Sozialismus, dafür arbeiten und kämpfen wir.

Hohe Leistungen und Ergebnisse unserer Werktätigen trugen dazu bei, daß wir unsere großen sozialpolitischen Vorhaben auch weiterhin kontinuierlich verwirklichen können.

1976 / 1977

- Erhöhung der Mindestbruttolöhne von 350,– M auf 400,– M
- Erhöhung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs auf 26 Wochen.
- Gewährung von 3 Tagen Zusatzurlaub bei regelmäßiger Schichtarbeit.
- Gewährung eines Hausarbeitstages für alleinstehende Frauen ab 40. Lebensjahr.
- Erstmalige Zahlung zusätzlicher Vergütung für Beschäftigte in der Volksbildung
- Erhöhung der Grundlöhne

1978 / 1979

- Einführung der H.- u. F.-Tarife für ausgewählte Betriebe
- Erhöhung des Urlaubs für jeden Werktätigen um mindestens 3 Tage

1984 / 1985

- Weitere wirksame sozialpolitische Maßnahmen für kinderreiche Familien
- Erhöhung der Renten
- XII. Parlament der FDJ stellt Antrag auf weitere Vergünstigungen für unsere Jugend, insbesondere der Lehrlinge

8. März 1975
Der Produktionsbereich MbK nimmt den Probebetrieb auf.

Seit 1979 werden viele Arbeitsgänge durch Automaten ersetzt.
Die Leistung des Produktionsbereiches wurde dadurch vervielfacht.

Die Vorbereitung und Inbetriebnahme des Konsumgütervorhabens Magnetbandkassette stand im direkten Zusammenhang mit der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe.

Der IX. Parteitag beschließt das Programm zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und der Schaffung grundlegender Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus.

„Im Zentrum der Gesellschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands steht unsere Ökonomie, die große Arbeit unseres Volkes für einen hohen wirtschaftlichen Leistungsanstieg."

GRUND LAGE

- Hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion.
- Erhöhung der Effektivität der Arbeit.
- Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.
- Wachstum der Arbeitsproduktivität.

April 1981 — Der Grundstein für eine neue Industrieversuchsanlage für hochveredelte Spezialsortimente von WOLPRYLA-Fasern wird gelegt.

20. 8. 1982 — Das Industriekraftwerk wird umgestellt auf Eigenerdgasversorgung.

Genosse Albrecht,
1. Sekretär der
SED-Kreisleitung
Rathenow, besucht die
Roboterwerkstatt.

Übergabe des neuen Rechners EC 1035

Grundorganisation
„Phillipp Müller"

Die Sozialisttsche Einheitspartei Deutschlands bringt der Jugend volles Vertrauen entgegen und überträgt ihr große Verantwortung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft...

AUSZEICHNUNGEN

1964 — Artur-Becker-Medaille (Silber)

1964 — Ehrenurkunde der FDJ-Bezirksleitung

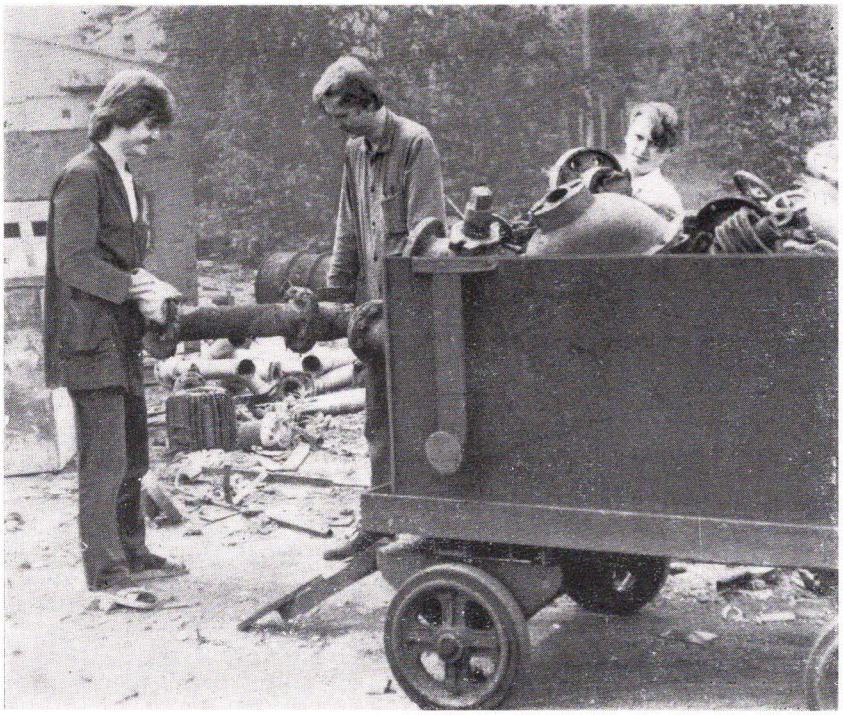
1970 — Lenin-Banner

1973 — Ernst-Thälmann-Banner

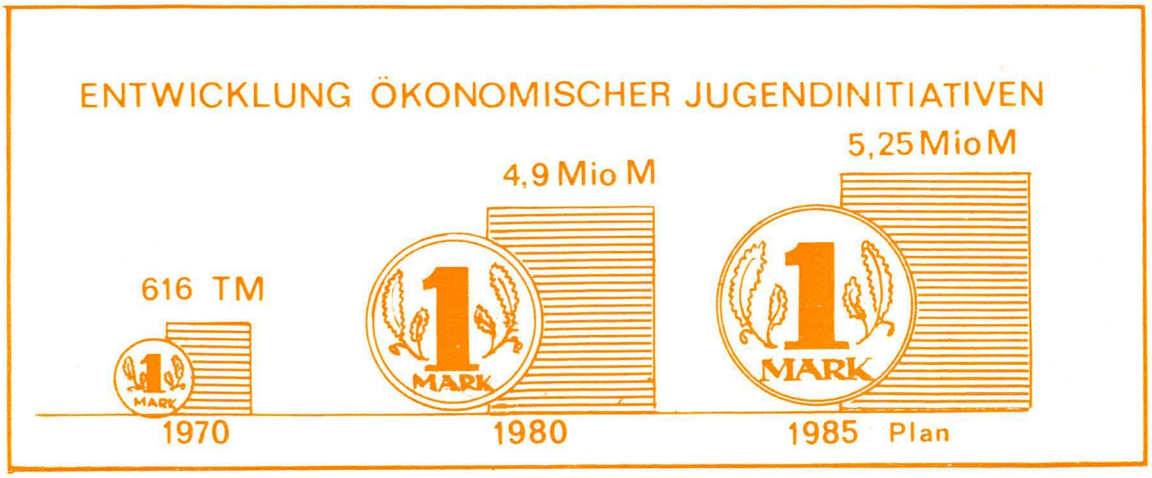
1979 — Ehrenbanner mit den Bildnissen von Wilhelm Pieck und Ernst Thälmann

1984 — Ehrenbanner des ZK der SED

1984 — Ehrenbanner des Zentralrates der FDJ, des MfC und des Zentralvorstandes des FDGB IG Glas und Keramik.



Unsere FDJ-ler bei der Bergung von Schrott



Beim Subbotnik werden finanzielle Mittel zur Absicherung des Pfingsttreffens in Berlin erarbeitet.

Genosse Eberhard Aurich zu Besuch unserer Betriebs-MMM im Jahr 1983

ERGEBNISSE IN DER MMM-BEWEGUNG

JAHR	ANZAHL EXPON.	BETEIL. JUGENDL.	NUTZEN TM	PWT in%	NVE in%	JFK	JUGEND-PATENTE
1963	8	80	–	–	–	–	–
1970	45	402	900	–	–	–	–
1980	132	1090	4900	56	29	–	–
1985	140	1282	5252	90	29	5	1

Das Jugendkollektiv der Hauptabteilung Anwendungstechnik arbeitet an dem MMM-Exponat „Entwicklung modischer Jugendoberbekleidungsmodelle".

Gen. Schabowski im Gespräch mit Jugendlichen anläßlich der Volkswahlen 1984

Der Jugend Vertrauen und Verantwortung

Übergabe von Jugendobjekten

1964 – DEDERON

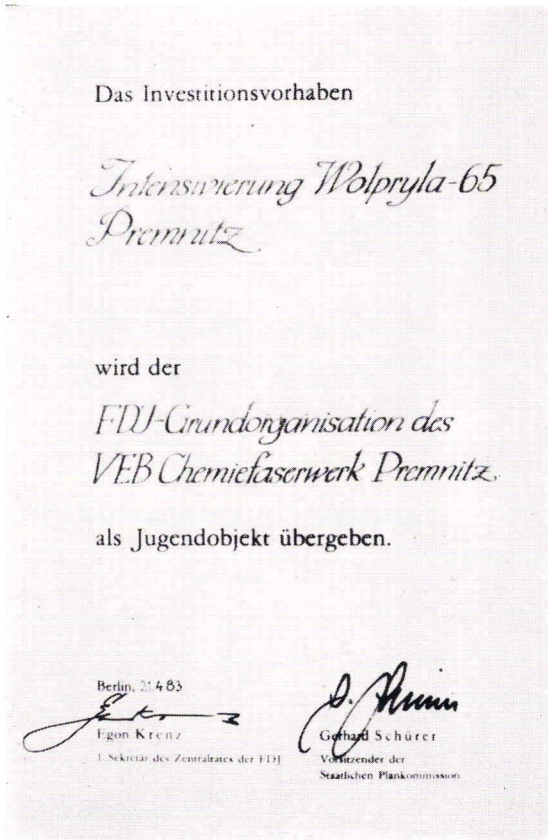
1968 – GRISUTEN

1975 – MbK

1980 – RMF

1984 – IVA-WOLPRYLA

Unsere ökonomische Strategie der 80er Jahre setzt an die Investitionspolitik neue Maßstäbe. Gerade die Investitionen müssen Motor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sein.



Das Investitionsvorhaben

Intensivierung Wolpryla-65 Premnitz

wird der

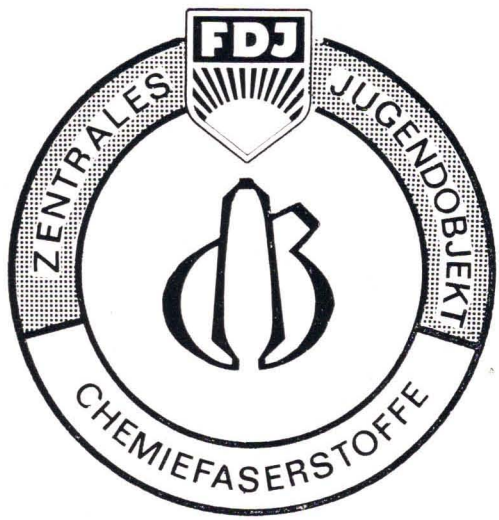
FDJ-Grundorganisation des VEB Chemiefaserwerk Premnitz

als Jugendobjekt übergeben.

Berlin, 25.4.83

Egon Krenz
1. Sekretär des Zentralrates der FDJ

Gerhard Schürer
Vorsitzender der Staatlichen Plankommission



„Intensivierung der Produktion hochveredelter Chemiefaserstoffe“

Gen. Norbert Grade übergibt die Aufgaben zu den Teilobjekten an unsere Jugend.

Unsere Teilobjekte

Intensivierung WOLPRYLA - 65

WOLPRYLA
26,7 kt/a

IVA-WOLPRYLA
1,5 kt/a

Polyamidkabel

- Erweiterung WOLPRYLA

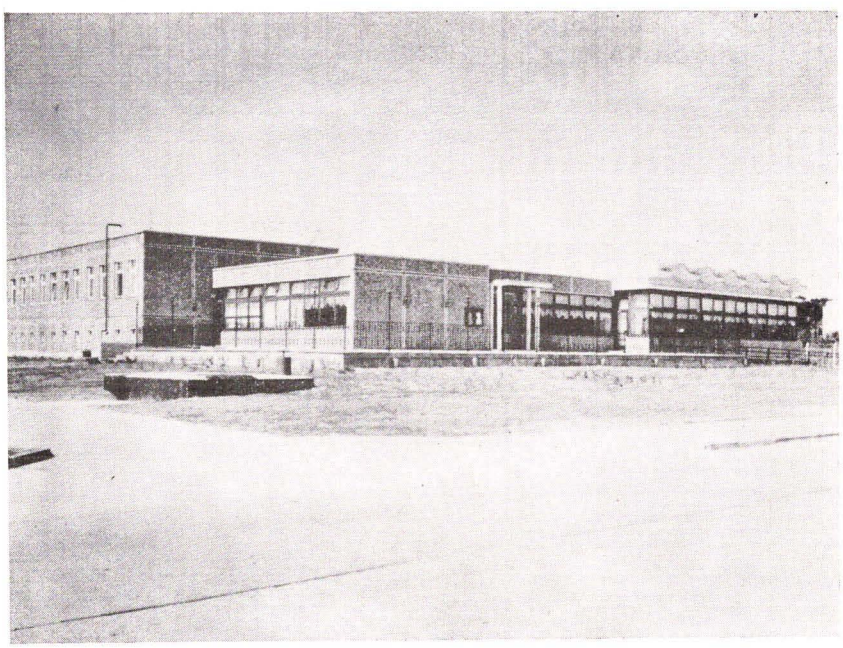
- Anpassung GRISUTEN

WIR LÖSEN UNSER VERSPRECHEN EIN.

6. 6. 1984 — Der Minister für chem. Industrie, Gen. Wyschowski, nimmt das Teilobjekt WP 26,7 kt/a 4 Wochen vorfristig in Betrieb.

6. 6. 1984 — Das Teilobjekt IVA-WOLPRYLA 1,5 kt/a wird der Jugend des Bereiches als Jugendobjekt übergeben.

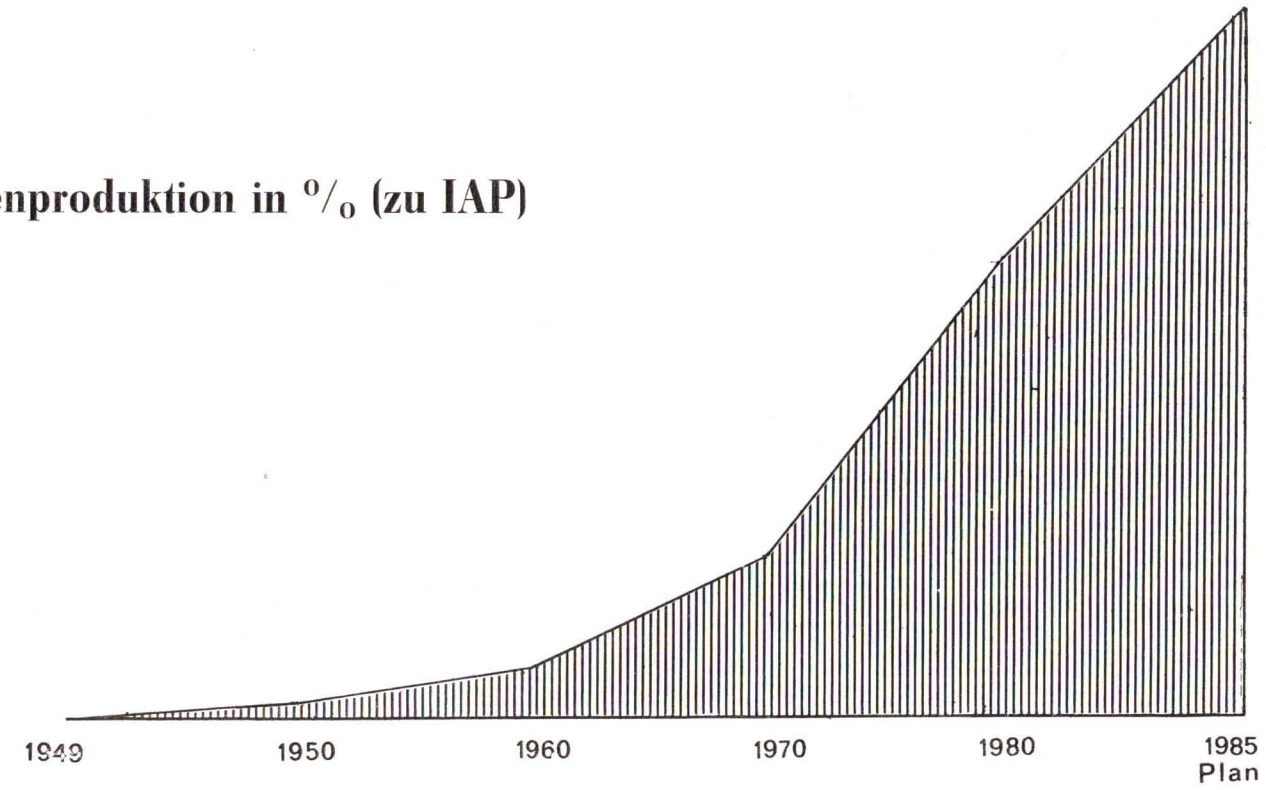
Im April 1985 wird die Polyamidkabelproduktion durch den Gen. Wunderlich, Sekretär für Wirtschaft der Bezirksleitung der SED, in Betrieb genommen.



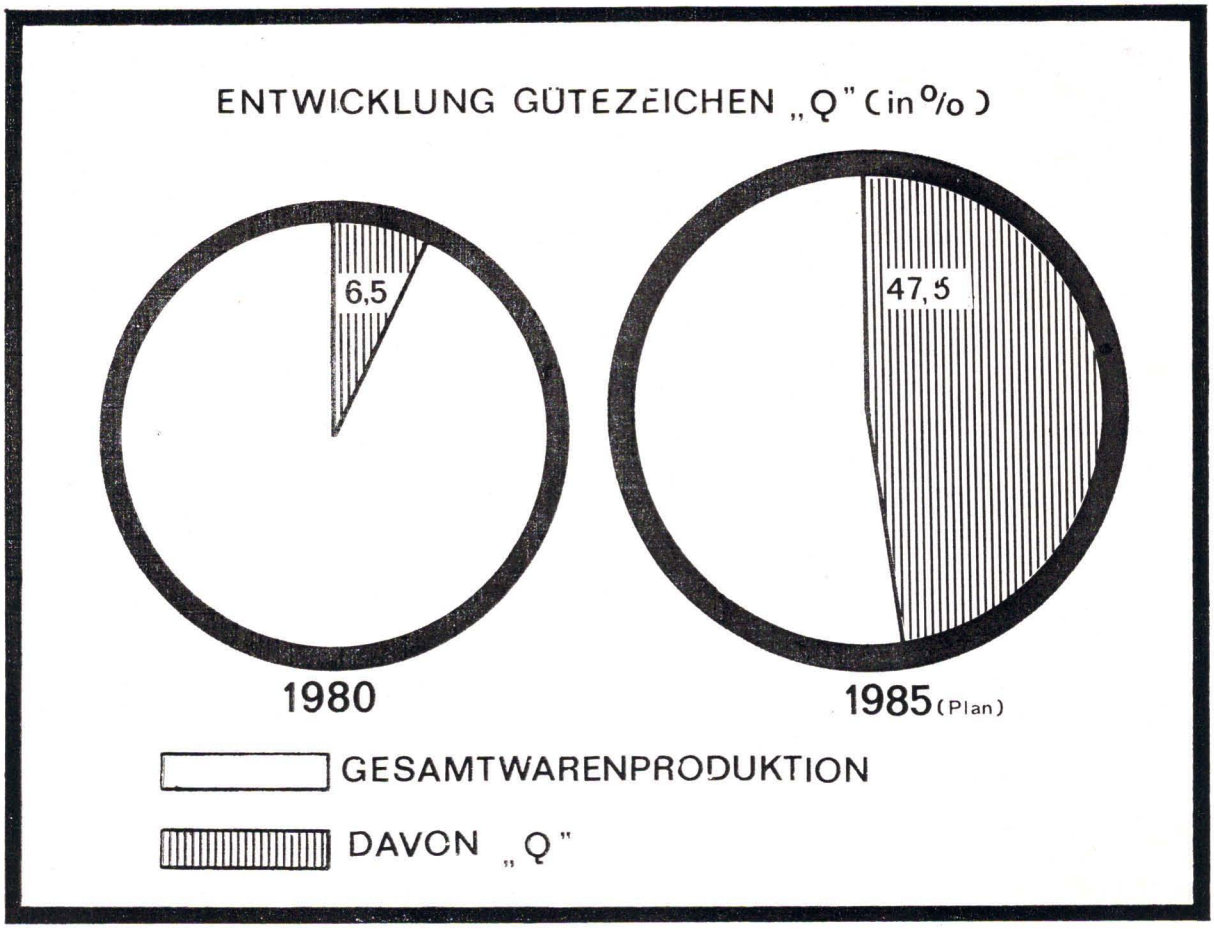
Das Versorgungsobjekt für Bau- und Montagearbeiter wird am 2. Mai 1985 übergeben.

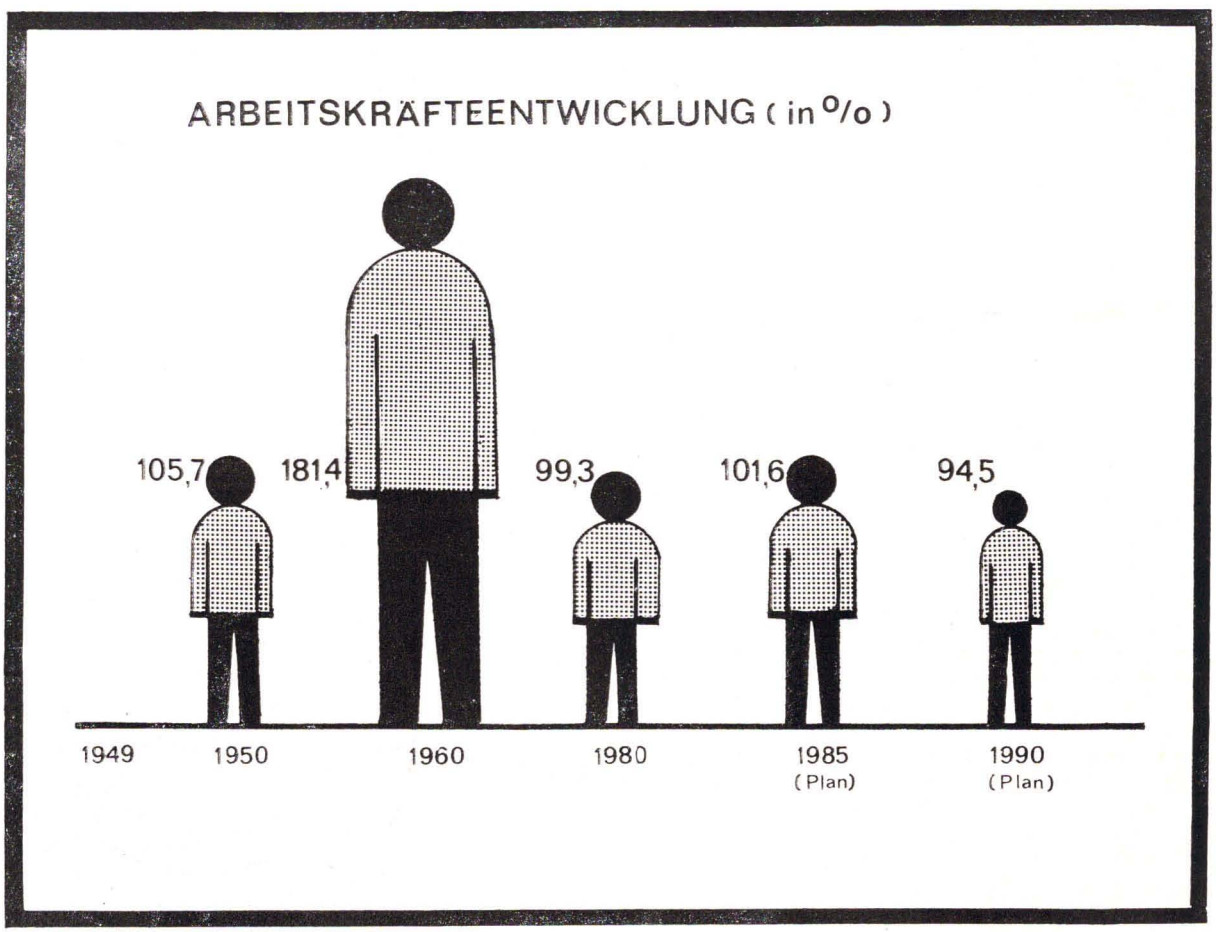
Wachstum der industriellen Warenproduktion in % (zu IAP)

1949 = 100
1950 = 11,9
1960 = 44,3
1970 = 128,9
1980 = 359,8
1985 = 562,3
Plan



Eine stolze Bilanz


ENTWICKLUNG GÜTEZEICHEN „Q" (in %)
6,5
47,5
1980
1985 (Plan)
GESAMTWARENPRODUKTION
DAVON „Q"


ARBEITSKRÄFTEENTWICKLUNG (in %)
105,7
181,4
99,3
101,6
94,5
1949
1950
1960
1980
1985 (Plan)
1990 (Plan)

Welthandelsplatz Leipzig

1963 — DEDERON, wt-hochpillarm

1974 — PAN-Synthesehaar

1975 — GRISUTEN 72, bt — optisch aufgehellt (für Gardinen)

1975 — WOLPRYLA 65, prod.-gefärbt, Sortiment bt und 0,56 tex RKK

1976 — PAN-F, Borstentyp für Pinsel

1976 — GRISUTEN 72, spinngefärbt, grau-grün

1977 — GRISUTEN 72, hochpillarm

1979 — WOLPRYLA, schwer entflammbar für Spielwarenplüsch

1980 — GRISUTEN 72, bt, 0,13 tex für Nähfäden

1981 — PAN-F, grobe Borsten

1983 — GRISUTEN 72, 1,7 tex — sfb — schwarz

1984 — GRISUTEN 72, bt — Spezialtyp für OE-Verarbeitung

1984 — Gasentschwefelungskohle SGR

Goldmedaillen für unsere Produkte

Vom Fischer- und Bauerndorf zur Chemiearbeiterstadt

Idyllisch gelegen ist die Stadt Premnitz.

Ehrendes Gedenken an die Opfer der faschistischen Hitlerbarbarei

„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht“

(Fr. Engels, 1872)

1952 — Neue Wohnungen entstehen am See für 32 Familien.

1952 — Im Thälmann-Gebiet entstehen Neubauten — 450 Familien halten Einzug.

1958 — Das Dachsberggebiet bietet 500 Familien ein neues Heim.

1960/67

304 Neubauwohnungen in der Straße der Befreiung

1960/67

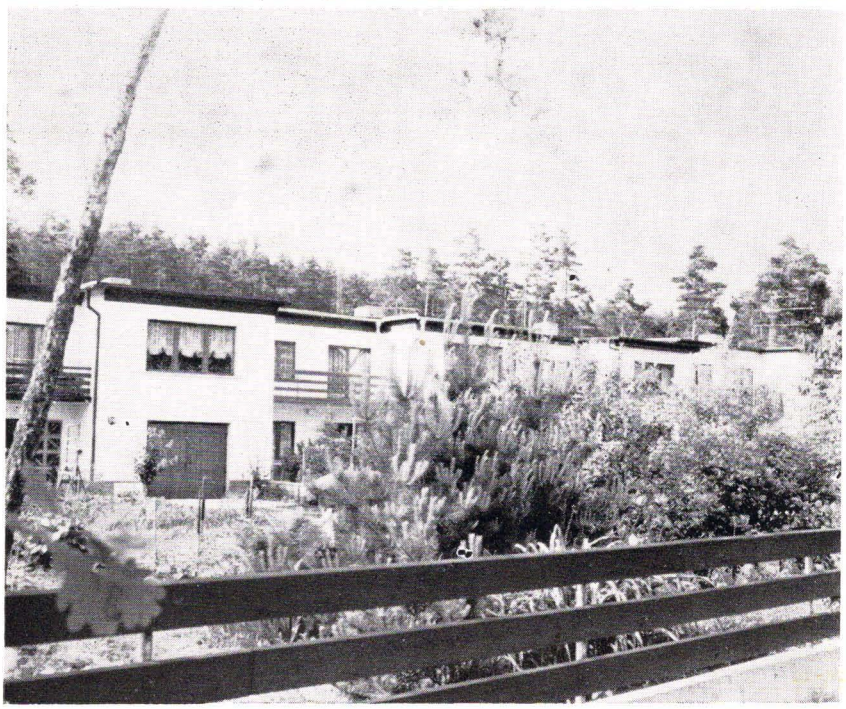
382 Neubauwohnungen in der Erich-Weinert-Str.

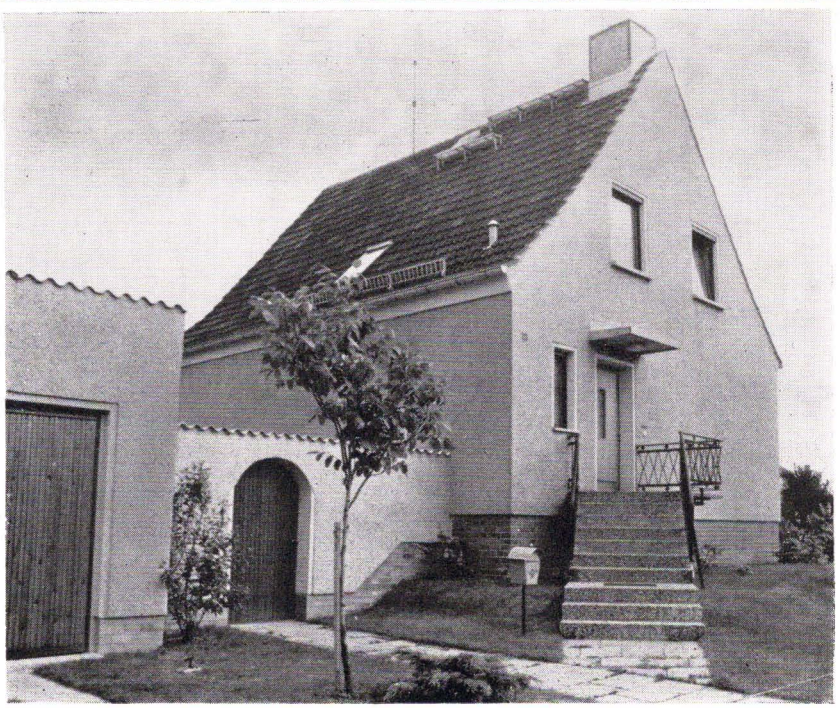
1978/1984

595 Neubauwohnungen in der Wilhelm-Pieck-Straße und Bunsenstraße

Im Stadtgebiet Premnitz konnten seit 1972 46 Eigenheime gebaut werden.

Zur Zeit befinden sich 4 Eigenheime im Bau.





Steigende Dienstleistungen – verringerter Aufwand an Hausarbeit

verbesserte Dienstleistungen seit 1979

- Reparaturen von:
  Quarzuhren, Taschenuhren, Schreibgeräten, Gasfeuerzeugen
- Erweiterung der Heißmangelkapazität
- Entwicklung von K-16-Filmen
- Reparaturen von Spielzeugpuppen

Insgesamt stehen durch die Betriebe aller Eigentumsformen der örtlichen Versorgungswirtschaft 226 Dienstleistungsarten auf Kreisebene zur Verbesserung der Lebensbedingungen zur Verfügung.

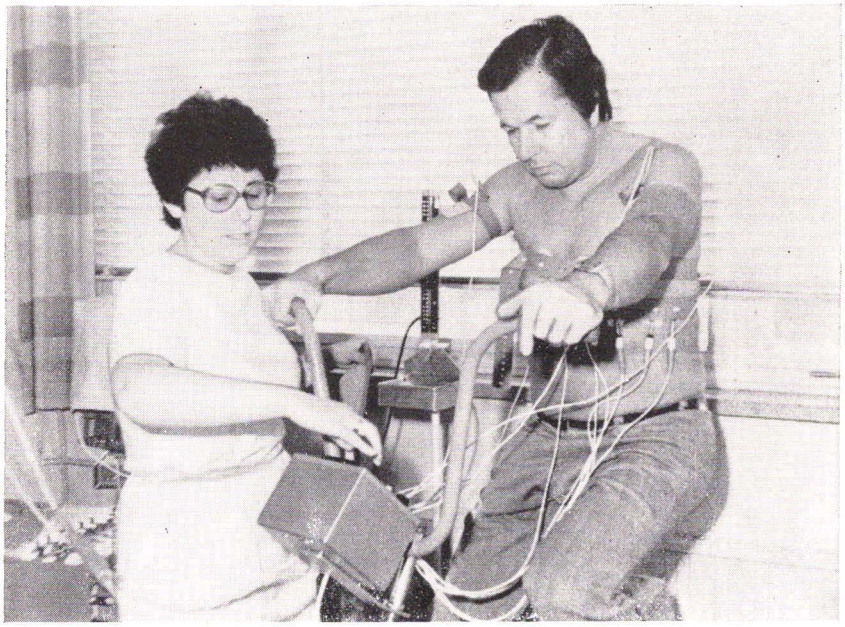
Die Kinder sind die Zukunft unseres Staates. Deshalb wird von der Gesellschaft alles getan, ihr Wohlergehen zu fördern.

Wohl behütet sind unsere kleinsten Bürger in unseren Kinderkrippen.

Spielend lernen — erfahrene Erzieher helfen.

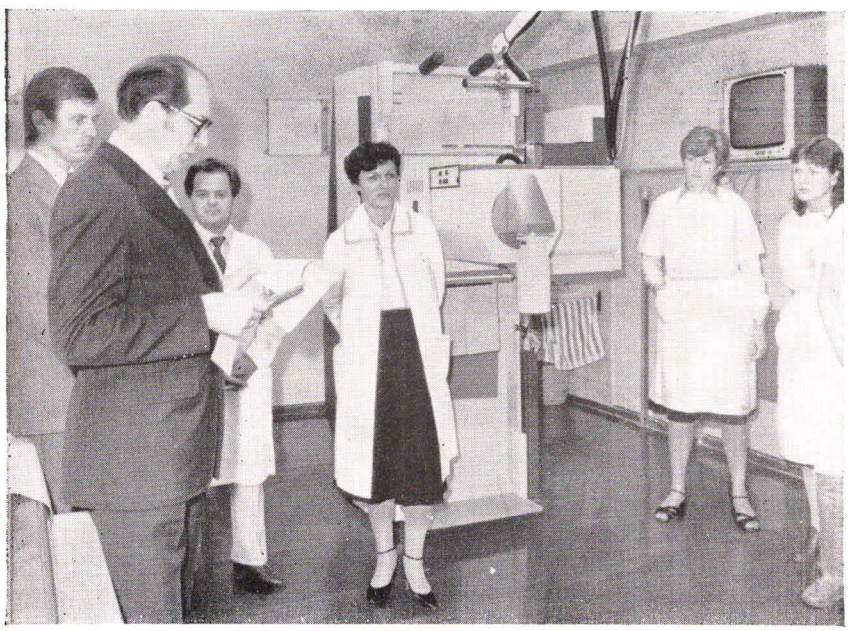
449
vorhandene Krippenplätze
1985

585
vorhandene Kindergartenplätze
1985



1972 wurde unseren Werktätigen und Bürgern eine neue Poliklinik mit modernsten medizinischen Einrichtungen übergeben.

27 Ärzte mit einem starken Mitarbeiterkollektiv bemühen sich um die Gesundheit unserer Menschen.



Der Werkdirektor, Gen. Danz, übergibt am 1. 10. 1984 eine neue Röntgenanlage.

Die Errungenschaften im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR sind untrennbar mit der ökonomischen Entwicklung verbunden.

In der Gewerkschaftsbibliothek – 1949 gegründet als Betriebsbibliothek – befinden sich über 41000 Bücher, Zeitschriften, Schallplatten und Kassetten. In der vorbildlichen Bibliothekseinrichtung unseres Werkes ist seit 1983 ein ständiger Benutzerkreis von über 4000 Personen registriert.

Freude am Lesen durch gute Beratung.

Der Schriftsteller Franz Fabian ist häufiger Gast in der Gewerkschaftsbibliothek.

1949 – **Der damals einzigen Schule des Ortes wurde der Name „Geschwister Scholl“ verliehen.**

1953 – **Übergabe der „Werner-Seelenbinder-Oberschule“**

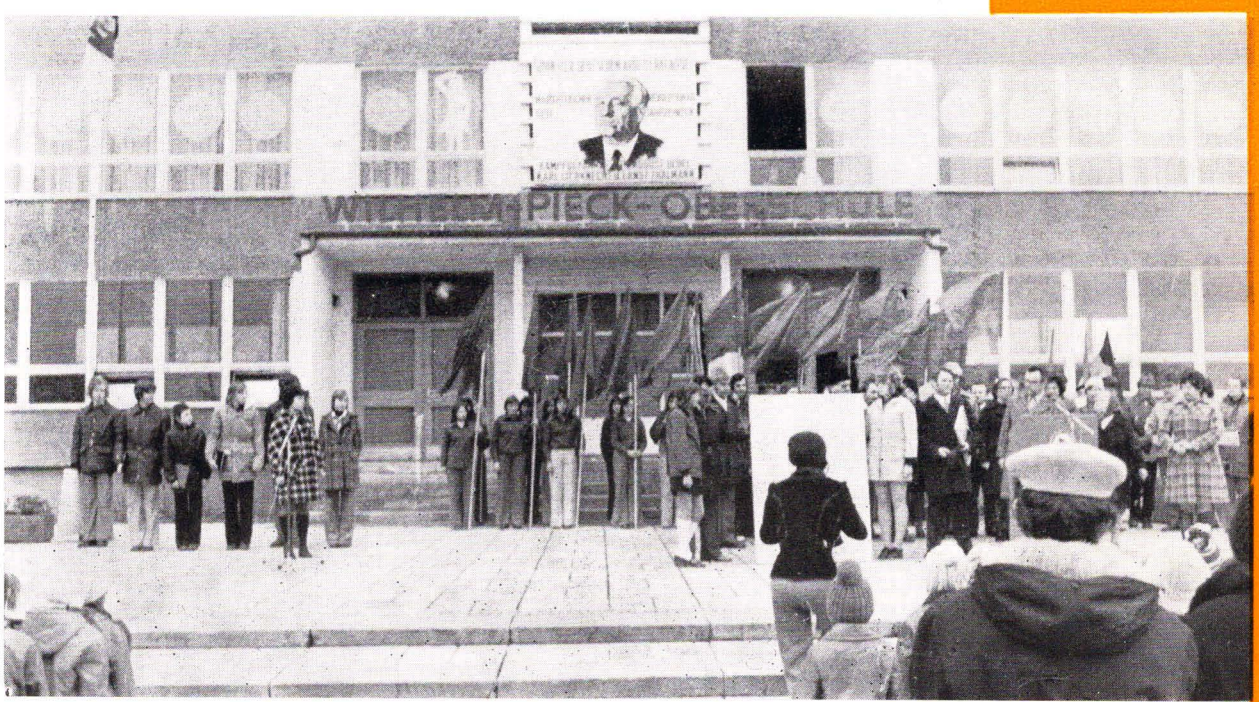
1953 – **wird die „Clara-Zetkin-Schule“ eingeweiht.**

1966 – **Die „Artur-Becker-Oberschule“ öffnet ihre Türen.**

1974 – **Mit der Übergabe der „Wilhelm-Pieck-Oberschule“ verfügt die Stadt perspektivisch über modernste Lehreinrichtungen.**

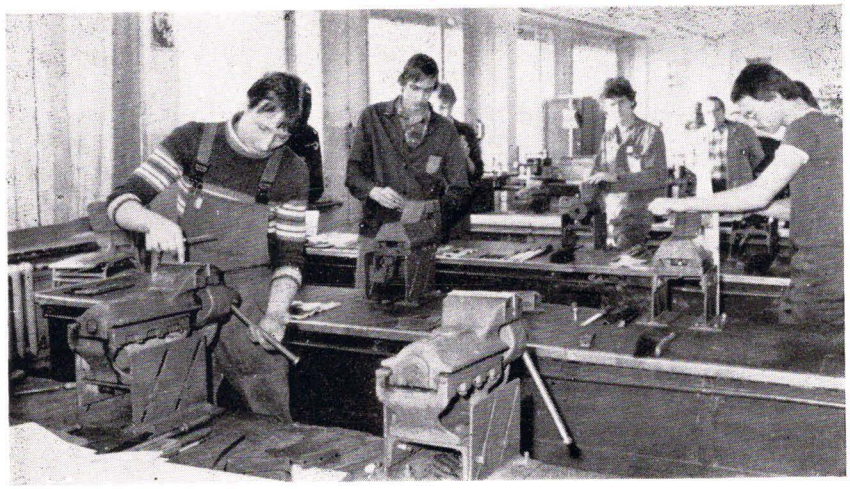
Das sozialistische Bildungswesen sichert die klassenmäßige Erziehung und wissenschaftliche Bildung der Jugend.

Dem wurde auch auf dem Territorium unserer Stadt Rechnung getragen.



Feierlicher Eröffnungsappell der Schule, die den Namen des ersten Arbeiterpräsidenten unserer Republik trägt.

Die Berufsausbildung in der DDR wird als fester Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens und in enger Verbindung mit unserer Volkswirtschaft ständig vervollkommnet.



1955 – Bau einer Betriebsberufsschule mit einem Aufwand von 1,3 Millionen M

1965 – Erweiterung durch eine hochmoderne Ausbildungsstätte

Das Feierabendheim
„Artur Bey“
wurde
am 8. März 1977
den Bürgern zum
Einzug übergeben.

Feierliche
Namensgebung
9. 9. 1979

Der Gemeinschaftsraum

Gemütliches Wohnen

Die besondere
Fürsorge der Partei
der Arbeiterklasse
gilt auch unseren
älteren Menschen.

Sie sollen überall
Geborgenheit
in der
sozialistischen
Gemeinschaft
spüren.

Bei der Gründung der Betriebssportgemeinschaft im Jahre 1949 waren es 125 Mitglieder.

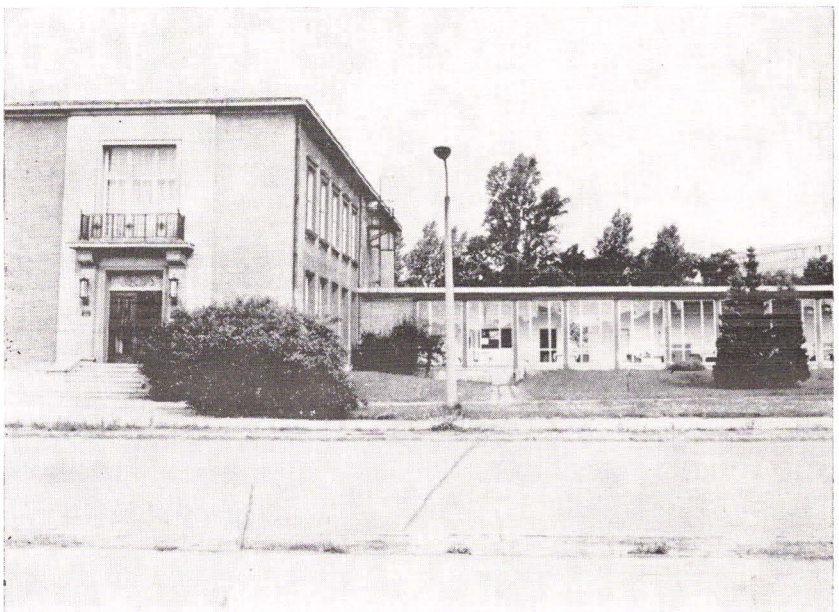
Heute zählt die BSG 2500 Mitglieder in 19 Sektionen.

Intensives Training auf einer modernen Bowlingbahn

Hervorragende Bedingungen in der Sporthalle

Zentrum sportlicher Begegnungen – unser Stadion der Chemiearbeiter

Von 1945—1949 war die Premnitzer Laienspielgruppe die einzigste Einrichtung zur volkskünstlerischen Betätigung.



Mit dem Bau des Kulturhauses 1953 wurden wesentlich bessere Voraussetzungen für die Arbeit der Gruppen und Zirkel geschaffen.

Unter der Losung: „Unsere Volkskunst dem Frieden" begann ein Kapitel sozialistischer Kulturgeschichte

In den Kultur- und Bildungsplänen unserer Brigaden spiegelt sich ein hohes geistig-kulturelles Niveau wider.

Immer besser wird es verstanden, nach den Grundsätzen „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ zu handeln.

Chor und Blasorchester bestehen bereits 35 Jahre.

Der Fotozirkel

Im Amateurfilmstudio

Das sowjetische Blasorchester aus Heidefeld findet stets begeisterte Zuhörer.

Die beliebte Country-Gruppe „Hufnagel“ erfreute jung und alt.

Betriebs- und Stadtfestspiele sind Höhepunkte im geistig-kulturellen Leben unserer Werktätigen.

PREMNITZ

„Die deutsch-sowjetische Freundschaft muß zur Sache des Herzens und der Vernunft aller Deutschen gemacht werden."

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Vertrag der Freundschaft unterzeichnet

VERTRAG

über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

NEUES DEUTSCHLAND

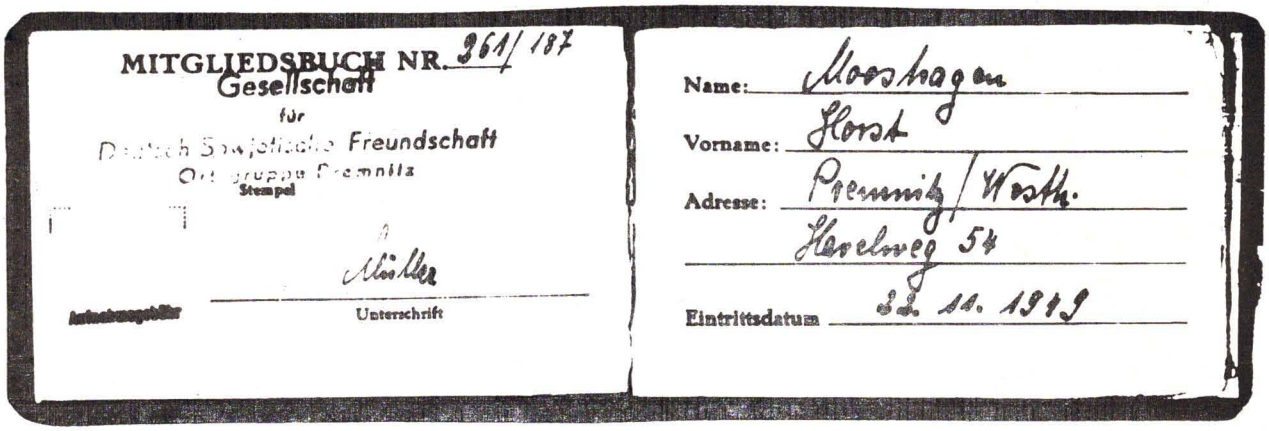
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

12. Juni 1964 im Kreml Ereignis von weltpolitischer und historischer Tragweite

Vertrag DDR—UdSSR macht unsere Freundschaft fest und unzerstörbar

Der Vertrag wurde anläßlich des 30. Jahrestages der DDR, am 7. Oktober 1979 erneuert.

1949 wurde die Betriebsgruppe der DSF mit 81 Mitgliedern gegründet.



MITGLIEDSBUCH NR. 361/187

Gesellschaft

für

Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Ortsgruppe Premnitz

Stempel

Müller

Aufnahmegebühr — Unterschrift

Name: Moorhagen

Vorname: Horst

Adresse: Premnitz / Westh.

Heerlweg 54

Eintrittsdatum 22. 11. 1949

Seit 1972 sind 90% aller Werktätigen des CFP Mitglieder der DSF.

Zu Besuch im Chemiefaserwerk: Generalleutnant d. Reserve, G. A. Below, 25 Jahre nach der Befreiung der Stadt Premnitz vom Hitlerfaschismus.

Seit Jahrzehnten hält die Betriebsgruppe der DSF eine enge Verbindung mit Einheiten der Sowjetarmee.

Die Soldaten und Offiziere nehmen an Veranstaltungen teil.

Oft halfen sie mit Arbeitseinsätzen ihren Freunden vom Chemiefaserwerk.

Sowjetische Freunde mit einem Kulturprogramm in unserem Betrieb zum 30. Jahrestag der DSF

Überreichung eines Gastgeschenkes durch Genossen der Garnison Heidefeld anläßlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Traditionsmäßige Frauentagsfeier. Die Genn. Steffi Haugh inmitten sowjetischer Frauen

Exkursion sowjetischer Freunde der Garnison Heidefeld im WOLPRYLA-65-Betrieb

Die Vorsitzende der Gesellschaft für Freundschaft und kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland, Sinaida Kruglowa, zu Besuch in unserem Werk

Mit der
Sowjetunion
für immer
fest verbunden

Auf einer Gedenkkundgebung anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung von Premnitz, am 2. Mai 1985, übergibt Genn. Brunhilde Gaede symbolisch einen Rosenstrauß zur Aktion „40 Rosen für unsere Freunde".

Weiter erfolgreich voran im sozialistischen Wettbewerb!

Das Ziel des Werkkollektivs zum 40. Jahrestag der Befreiung, ihre Verpflichtung mit 34 % abzurechnen, wurde in der Aktion „Effekt zum XI." mit 37,6 % erfüllt und zielgerichtet überboten.

Hohe Leistungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden!
Vorwärts zum XI. Parteitag der SED!

STÄRKUNG DER LANDESVERTEIDIGUNG – ZUVERLÄSSIGE SICHERUNG DES SOZIALISMUS UND DES FRIEDENS

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Warschauer Vertrag unterzeichnet

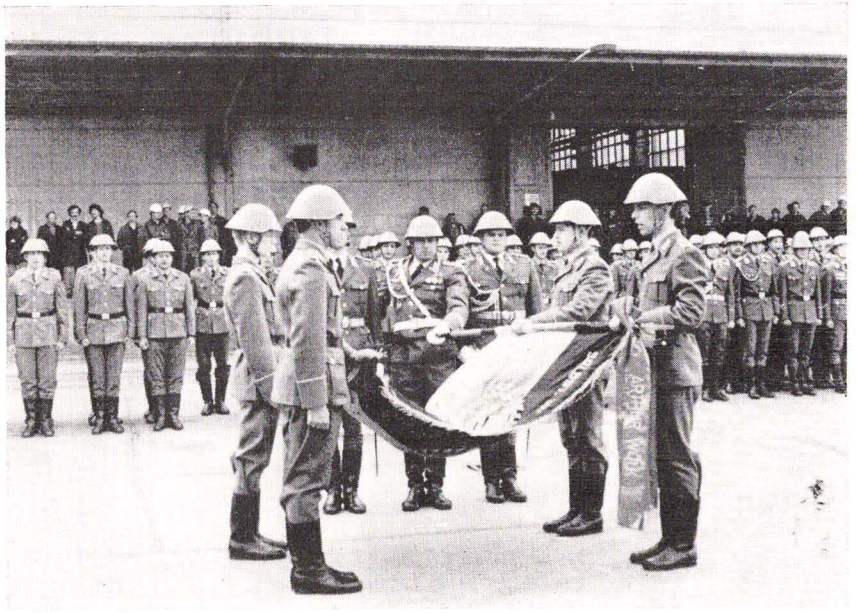
Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand

Dieser entscheidende Vertrag für die Sicherung des Friedens wird im Mai 1985 um weitere 20 Jahre verlängert.

Sozialistische Waffenbrüderschaft

Seit 10 Jahren werden Truppenteile der Landstreitkräfte der NVA im VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz vereidigt

Die Erste im Frühjahr 1975



16. Mai 1985, junge Soldaten leisten den Fahneneid.

TRADITIONEN DER VEREIDIGUNG

WIR SCHÜTZEN, WAS WIR SCHAFFEN!

1953 — Bildung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse
— Arbeiter übergeben ihren Genossen die Waffen.

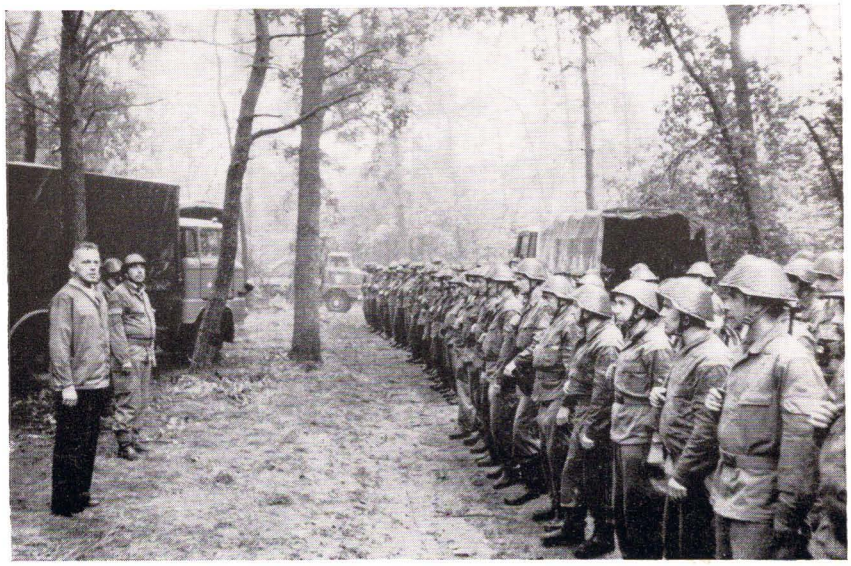
Vom Tage ihrer Gründung an war die DDR im besonderen Maße dem Druck und den aggressiven Bestrebungen des Imperialismus ausgesetzt.

30 JAHRE KAMPFGRUPPEN DER KLASSE

Die Maßnahmen vom 13. 8. 1961 waren ein Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt, besonders auf deutschem Boden.

Formation der Kampfgruppen des Kunstseidenwerkes „Friedrich Engels“

Genossen der Kampfgruppe bei der Beratung während einer Übung



Genossen der Kampfgruppen während der Ausbildung

Die Kampfgruppeneinheit „Arthur Bey“ während der Kampfdemonstration

Hohe Auszeichnungen für hervorragende Leistungen unserer Werktätigen

1964

1971

1974

- **Ehrenbanner des ZK der SED zum VII. Parteitag**
- **Ehrenbanner des ZK der SED zum 20. Jahrestag der DDR**
- **Ehrenbanner des ZK der SED zum IX. Parteitag**
- **Ehrenbanner des ZK der SED, des Ministerrates und des Bundesvorstandes des FDGB zum 35. Jahrestag der DDR**
- **Ehrenschleife der DSF**
- **Ehrenbanner des Zentralvorstandes der DSF zur Aktion „Freundschaft – Drushba – DDR – 30"**
- **Betrieb der sozialistischen Arbeit**
- **Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit**
- **Energiewirtschaftlich vorbildlich arbeitender Betrieb**
- **Wasserwirtschaftlich vorbildlich arbeitender Betrieb**

600 JAHRE PREMNITZ

1375 - 1975

VOM DORF
ZUR
CHEMIEARBEITERSTADT

INFORMATIONSSCHRIFT ÜBER DIE STADT PREMNITZ IN IHRER 600JÄHRIGEN ENTWICKLUNG INSBESONDERE BEIM AUFBAU DES SOZIALISMUS

Wer die Vergangenheit nicht weiß,
die Gegenwart nicht kennt,
kann die Zukunft nicht meistern!
(Karl Marx)

Liebe Einwohner der Stadt Premnitz!
Verehrte Gäste!

Im Namen des Rates der Stadt Premnitz, des Ortsausschusses der Nationalen Front der DDR und der Ortsleitung der SED begrüßen wir Sie zu unserer 600-Jahr-Feier auf das herzlichste.

Unser besonderer Gruß gilt den Gästen, die aus nah und fern gekommen sind, um mit uns gemeinsam die Festtage zu begehen.

Die Geschichte unserer Stadt ist die Geschichte des Kampfes ihrer fleißigen und talentierten Bürger für Freiheit, Frieden und ein glückliches Leben.

Hart und schwer war in der Vergangenheit die Arbeit unserer Bauern, Kossäten, Fischer, Handwerker und Arbeiter. Viele Opfer und Entbehrungen mußten sie unter der Herrschaft der Feudalherren und Kapitalisten bringen und ertragen.

Erst nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus im Mai 1945 hat die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit allen friedliebenden, demokratischen Kräften die Macht in ihre eigenen Hände genommen und von nun an das Leben lebenswert und zukunftsreich gestaltet.

Seit dieser Zeit ist unser Premnitz aufgeblüht. Wir haben gemeinsam große Werte geschaffen, die nicht mehr einer kleinen Oberschicht, sondern jedem einzelnen zugute kommen.

Der siegreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist anschaulicher Beweis für das Ergebnis befreiter Arbeit, für den Fleiß und die Mühen unserer arbeitenden Menschen. Jener großen Kraft also, die berufen ist, die Welt neu zu gestalten.

Wir sind uns gewiß, daß die Bürger unserer Stadt so wie bisher alles tun werden, um diesen Weg der Sicherheit, des Friedens und des sozialen Wohlergehens weiter zu beschreiten.

Reinhard Bärmann
Stadtausschuß der Nationalen Front

Werner Belka
Ortsleitung der SED

Jutta Bartz
Bürgermeister

STOLZE BILANZ DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei entstand auf dem Territorium der jungen Chemiearbeiterstadt Premnitz im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und allen Werktätigen das heutige Stadtbild.

Premnitz hatte:	1945	5 250 Einwohner
	1949	9 000 Einwohner
	1974	11 800 Einwohner

Mit der Entwicklung des VEB Chemiefaserwerk Premnitz zum größten Produzenten von synthetischen Fasern in der DDR und der Errichtung neuer Produktionsstätten stieg auch die Zahl der Arbeitskräfte und deren Unterbringung in neu errichteten Wohnungen.

Von 1949 bis 1974 wurden 2 574 neue Wohnungen in Premnitz gebaut.

Zur Förderung des individuellen Wohnungsbaus werden bis 1976 12 Eigenheime fertiggestellt.

Zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der Werktätigen wurde am 20. 8. 1954 die Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft des VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" gegründet.

1954 betrug der Mitgliederstand 12 Kollegen des CFP. 1974 betrug der Mitgliederstand 1138 Kollegen des CFP. Im August 1974 beging die AWG ihr 20jähriges Bestehen. Zum Wohnungsfonds der AWG gehören 994 Wohnungen.

Kinderkrippe im Zentrum von Premnitz

Kindereinrichtungen

Plätze

Entwicklung in Premnitz

Betrieb und Territorium

			Tagesplätze
0 bis 3 Jahre	1949	Kinderkrippe	6
	1953	Kinderkrippe Kinderstadt	71
	1953	Kinderkrippe Krabbelstube	82
	1963	Kinderkrippe Waldstraße	51
	1965	Kinderkrippe „Bummi"	56
	1966	Kinderkrippe Zentrum	64
	1972	Kinderkrippe Rathenow-Ost	40
	1973	Kinderkrippe „Pittiplatsch"	90
	1974	Kinderkrippe Rathenow Ost	56

			Tagesplätze
3 bis 6 Jahre	1948	Kindergarten Siedlung	62
	1953	Kindergarten Bergstraße	100
	1954	Kindergarten Rathenow	46
	1959	Kindergarten Liebigstraße	72
	1965	Kindergarten Heimstraße	74
	1966	Kindergarten Zentrum	100
	1972	Kindergarten Rathenow	80

			Wochenplätze
3 bis 6 Jahre	1949		—
	1955	Kinderwochenheim 1	106
	1961	Kinderwochenheim 2	45
	1966	Kinderwochenheim 3	90
	1969	Kinderwochenheim 4	80

Die neue Poliklinik

Die Errungenschaften im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR sind untrennbar mit der ökonomischen Entwicklung verbunden.

In der Entwicklung und den Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens spiegelt sich das auf dem Territorium der Stadt wider.

Für die ärztliche Betreuung unserer Bürger standen zur Verfügung:

1945	1 Werkarzt 2 Ärzte für die Stadt 2 Zahnärzte
1949	3 Werkärzte 2 Ärzte für die Stadt
1974	19 Ärzte 6 Zahnärzte

Die polytechnische Oberschule in der Bergstraße

Das sozialistische Bildungswesen sichert die klassenmäßige Erziehung und wissenschaftliche Bildung der Jugend, dem wurde auf dem Territorium unserer Stadt Rechnung getragen.

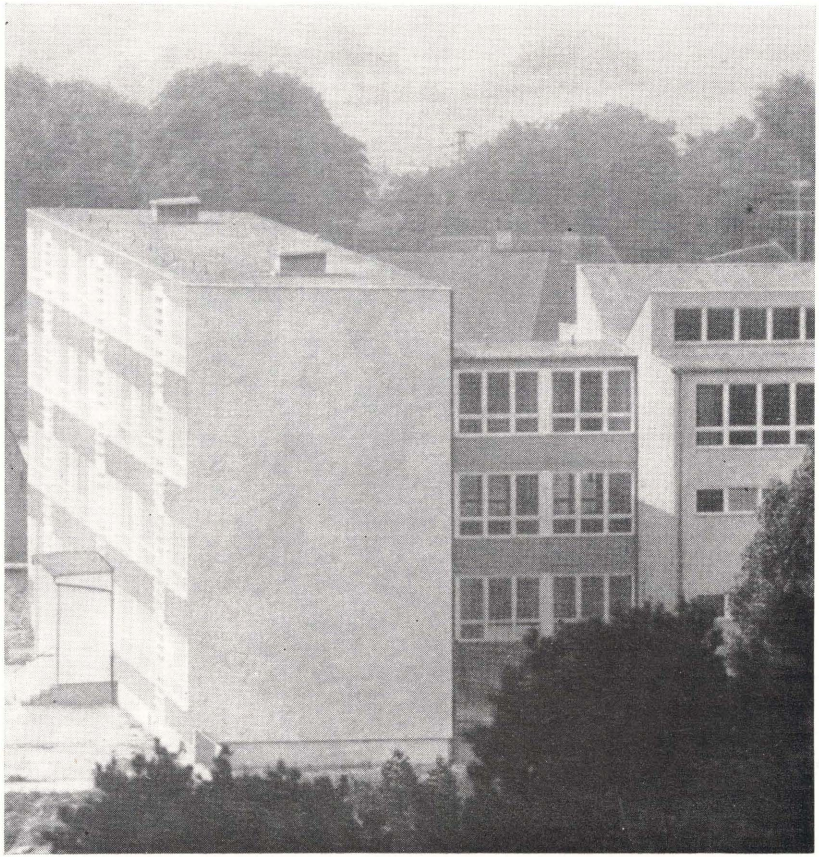
So hatte Premnitz 1949 1 Schule, die Geschwister-Scholl-Schule,

1954 die Tagesoberschule,

1955 die Betriebsberufsschule,

1966 die Artur-Becker-Oberschule,

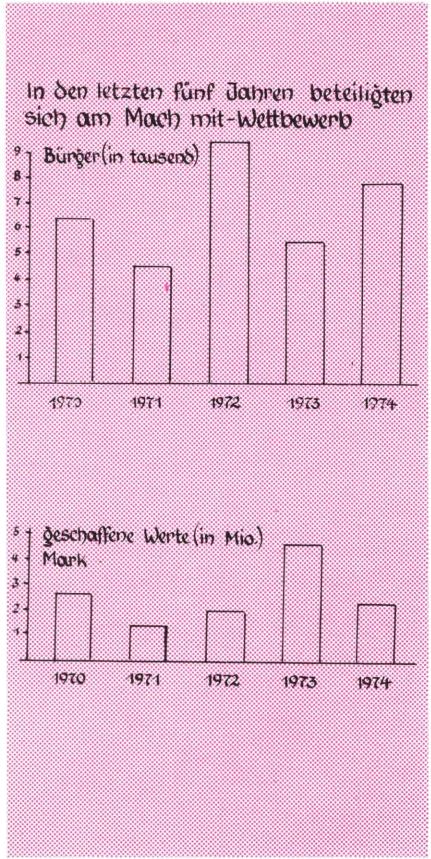
1974 die Schule in der Bergstraße.



Im Zusammenwirken mit den Ausschüssen der Nationalen Front und der Volksvertretung konnten im Mach-mit-Wettbewerb durch den Fleiß und die hervorragende Initiative unserer Bürger gute Ergebnisse erreicht werden.

In den letzten fünf Jahren beteiligten sich am Mach-mit-Wettbewerb

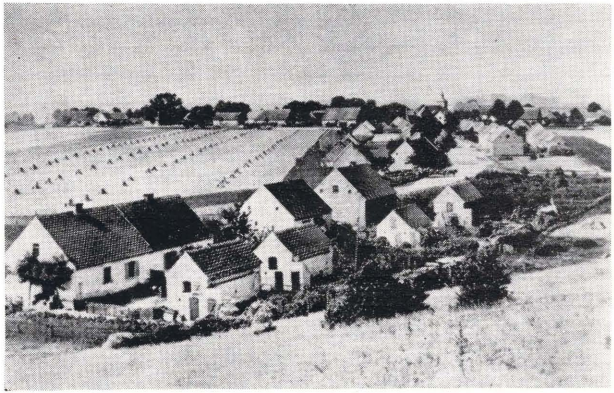
1970	6 350 Bürger	geschaffener Wert:	2 871 493,— M
1971	4 525 Bürger	geschaffener Wert:	1 300 000,— M
1972	9 634 Bürger	geschaffener Wert:	2 042 195,— M
1973	5 426 Bürger	geschaffener Wert:	4 778 242,— M
1974	12 560 Bürger	geschaffener Wert:	6 991 770,— M
	38 495 Bürger		17 983 700,— M



Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft schuf die Voraussetzung für eine niveauvolle und stabile Versorgung der Bevölkerung.

Die LPG „1. Mai", im Jahre 1955 gegründet, leistete ihren Beitrag dazu:

	1955	1964	1973
Bewirtschaftete Fläche	55 ha	121 ha	282 ha
Marktproduktion Schlachtvieh	48 dt	303 dt	1 409 dt
Marktprod. Schlachtvieh dt/ha	0,87 dt	1,43 dt	5 dt
Marktproduktion Milch	170 dt	911 dt	2 175 dt
Marktproduktion Milch dt/ha	3,09 dt	4,30 dt	7,71 dt
Milch je Kuh	1 300 kg	1 961 kg	3 651 kg
Rinderbestand	25 Stück	135 Stück	206 Stück
Schweinebestand	65 Stück	204 Stück	578 Stück
Traktoren	—	4 Stück	7 Stück
Großmaschinen	—	—	3 Stück
Mähdrescher/Kooperation	—	–	1 Stück



Das alte Premnitz

VOM FISCHER- UND BAUERNDORF ZUR CHEMIEARBEITERSTADT

Etwa 7,5 km von der Kreisstadt Rathenow in südlicher Richtung liegt die junge Stadt Premnitz (Stadtrecht seit 1962) mit dem modernsten und größten Chemiefaserwerk der DDR „Friedrich Engels". Premnitz ist eine alte wendische Siedlung, die Haupttätigkeiten der damaligen Bewohner waren Ackerbau, Viehzucht und Fischfang. Reiche vorgeschichtliche Urnenfunde beweisen, daß die Premnitzer Feldmark seit der Bronzezeit relativ dicht besiedelt war. Für Premnitz nicht uninteressant sind auch die hier ausgegrabenen Webstuhlgewichte und Spinnwirbel sowie Stoffabdrücke im Töpferton, da sie zeigen, daß die Faserverarbeitung ebenfalls bis in vorgeschichtliche Zeit zurückgeht.

Nach dem Landbuch von 1375 ließ Kaiser Karl IV. erstmalig alle Orte, die zu seinem Besitz gehörten, registrieren sowie Steuern eintreiben. Daraus geht hervor, daß Predenitz (der Name Premnitz taucht erst seit dem Jahre 1700 auf) 26 Hufen besaß. Davon besaß der Pfarrer 2 Hufen und 3 Hufen gehörten sogar zu einem Hof in Bamme. 2 Fischereien waren vorhanden. Das Obergericht für Premnitz besaß damals Bamme.

1473 gehörte das Gut Premnitz denen von Dequede

1527 war der Herr von Treskow sogenannter Patron (Schutzherr) von Premnitz

1610 erwarb Hans von Treskow das Gut. Ein Herrenhaus soll im Garten des ehemaligen Gemeindeamtes Hauptstraße 28 (heutige Hilfsschule) gestanden haben und war zuletzt von einem Fräulein von Treskow bewohnt.

Während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648), der auch in der Mark Brandenburg wütete, wird in Bekmanns Nachlaß u. a. über Premnitz berichtet:

„Schwedische Reiter brachen 1631 hier ein und haben aus Ruchlosigkeit das Dorf angestecket, so daß 14 Häuser in Asche gelegt worden . . . "

Zur gleichen Zeit hielt das Schreckgespenst, die „Pest", seinen Einzug. In den Jahren 1630–1631 und 1637 starben allein in Premnitz 162 Personen an dieser schrecklichen Krankheit.

Die Premnitzer Vergangenheit ist nicht arm an sonderlichen Begebenheiten, alte Chroniken und Unterlagen berichten, daß der Feuerreiter sein rotes Mäntelchen oft über Premnitz setzte. So brannte am 2. Mai 1751 durch Blitzschlag das ganze Dorf, die alte Kirche und Pfarre nieder. Hierbei gingen sämtliche historischen Dokumente über den Ort verloren. Durch diesen Brand sollen sogar die in einem Kirchenkasten aufbewahrten 70 Taler zu einem Goldklumpen von 1¼ kg zusammengeschmolzen sein.

Am 15. August 1816, nachdem die Landwirte ihre Ernte zum größten Teil in den Scheunen hatten, schlug nachmittags gegen 4.00 Uhr der Blitz in das Gehöft des Bauern Lucke ein. Dabei brannte dieses sowie das der Bauern Schünicke und Chr. Müller und das Wirtschaftsgebäude der Pfarrei gänzlich nieder. 3 Büdnerhäuser und das Gemeindehirtenhaus brannten am 28. 2. 1825 ab. Die größte Feuersbrunst brach am 20. Juni 1828 im Gehöft des Schmiedemeisters Käpernick (Hauptstr. 16) aus und verzehrte gegen Süden vordringend sämtliche Gehöfte des Ortes, außer Kirche und Pfarre. Durch Staatshilfe und Spenden baute man 25 Bauerngehöfte nach einer bestimmten Bauform (Krüppelwalmdach) wieder auf. Lediglich das Haus des Ortsvorstehers (Hauptstraße 35) baute man etwas größer. Gleichzeitig wurde die Hauptstraße verbreitert. Zur Erinnerung an jene Zeit zeigt heute noch die Wetterfahne des Kirchturms das Jahr 1828 an.

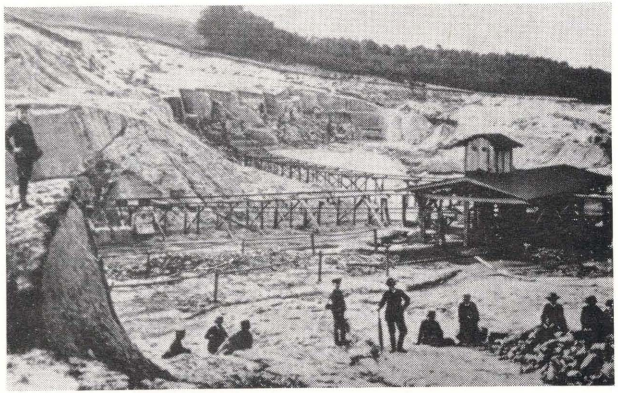
Nicht nur Feuer, auch das Wasser versetzte die Premnitzer Bevölkerung des öfteren in Angst und Schrecken. Große Wasserjahre, die für den Ertrag der hiesigen Wiesen sehr verderblich waren, waren die Jahre 1837, 1839, 1845, 1853, 1854 und ganz besonders das Jahr 1855. Das Wasser stand von Juli 1854 bis Mai 1856 ständig 1–1½ Fuß auf den Wiesen, also 22 Monate lang. Das Gras mußte im Wasser gemäht und auf Wagen und Kähnen herausgefahren werden.

Neben nassen Jahren gab es aber auch Jahre, in denen die Menschen unter Hitze, Trockenheit und Dürre litten. So wird u. a. berichtet, daß am 16. Juli 1903 angeblich das Thermometer in der Sonne + 52 °C, im Schatten + 37 °C anzeigte. Die Roggenernte war gut, das Sommergetreide dagegen hatte sehr gelitten. Das Obst fiel infolge der Dürre von den Bäumen. Der Wasserstand der Havel war so niedrig, daß die gesamte Schiffahrt eingestellt wurde. Im August gaben die meisten Brunnen kein Wasser mehr. Die Havel war bei Rathenow und Pritzerbe so niedrig, daß die Kinder beim Baden an einigen Stellen hindurchwaten konnten.

Zu dieser Zeit spielte die Flachsgewinnung und Flachsverarbeitung bereits eine große Rolle. Vor der Separation 1842 wurde in Premnitz ein Teil der Brache als Flachsland verwendet. Obwohl der Weg vom Flachs bis zur fertigen Leinwand sehr arbeitsaufwendig war, hatten drei Weber, die zum Teil mit Gesellen arbeiteten, das ganze Jahr über zu tun, um das von den Hausfrauen und Mägden gesponnene Garn zu verarbeiten. Nach Aussagen älterer Bürger soll der letzte Webstuhl in der Bergstraße, Ecke Franz-Mehring-Straße, im heutigen Lamprechtschen Haus gestanden haben.

1816 begann man mit dem Bau der heutigen Bergstraße. Sie reichte von der evangelischen Kirche bis zum heutigen Bahnhof. Die Verlängerung war ein Landweg und führte zur alten Heerstraße bzw. nach Bamme.

Obwohl sich die Premnitzer Bevölkerung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend noch mit Ackerbau, Viehzucht und Fischfang beschäftigte, kam es zu einer Umgruppierung der Beschäftigung der Bewohner, z. B. vom Ackerbau zur Ziegelindustrie. 1835 hatte man eine Bauernziegelei auf dem heutigen Gelände der sogenannten Havelaue (rechts von der nach Milow führenden Straße) in Betrieb genommen. Der dazu benötigte Ziegelton war in reichlichen Mengen und in unmittelbarer Nähe vorhanden. 1888 entstand dann eine größere Ziegelei mit 2 Ringöfen an der Havel (heutiges Zentrum). Da die Verkehrswege von bzw. nach Premnitz oft in einem schlechten Zustand waren, begann man 1886 und 1887 mit dem Chausseebau Rathenow–Premnitz–Milow. Erst 1895 erweiterte man diesen Chausseeabschnitt bis



Die alte Tongrube mit der Seilbahn – heutiger Premnitzer See

Pritzerbe und 1897 schließlich bis Brandenburg. Damit war die alte Heerstraße Rathenow–Försterei, Grünau–Seelensdorf–Brielow–Brandenburg überflüssig geworden. Am 25. März 1904 konnte man die ehemalige „Brandenburgische Städtebahn" einweihen, die heute noch von Neustadt/Dosse über Rathenow–Premnitz–Brandenburg und Treuenbrietzen befahren wird.

Premnitz hatte zu dieser Zeit etwa 500 Einwohner, eine evangelische Kirche, einen Bahnhof, eine zweiklassige Schule, drei Gasthöfe, drei Kaufläden, eine Fleischerei, eine Bäckerei, eine Postagentur, Telefonverbindung und seit 1913 elektrisches Licht von der Überlandzentrale Rathenow.

Das Wohnviertel Premnitz Zentrum

Ein großer Schritt wurde 1915 mit dem Bau einer Pulverfabrik gemacht. Die günstige Lage war erstens eine Eisenbahnlinie, zweitens war eine Land- und Wasserstraße vorhanden. Beim Ausbruch des 1. Weltkrieges ging die gesamte Ziegelei nebst großer Ackerflächen in die Hände der Köln-Rottweiler-Pulverfabrik über. Außerdem waren billige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft und Ziegelei vorhanden, so daß die Junker und Konzernherren durch die Herstellung von Schießbaumwolle mit einem hohen Profit abrechnen konnten. Man begann sofort mit dem Bau von 50 Wohnungen (heutige alte Kolonie), einem Konsum (Landambulatorium, heutiges Rathaus), verschiedenen hölzernen Wohnbaracken zwischen dem heutigen Werktor I und II, einer Kantine zwischen der heutigen Betriebsberufsschule, dem Bahnhof Premnitz-Süd. Es entstanden Steinbaracken als Ledigenheime, die heutige neue Kolonie und die Havelkolonie, für die Angestellten wurden 5 Doppelhäuser und ein Einfamilienhaus in der heutigen Karl-Marx-Straße gebaut.

Mit dem Anwachsen des Werkes vergrößerte sich auch das Dorf. Die erste Postagentur war vor dem ersten Weltkrieg in der heutigen Hauptstraße (Konsum-Industriewaren) eröffnet worden, nach dem Weltkrieg wurde die Post dann in einem Haus der alten Kolonie untergebracht, und zwar von der Heinrich-Heine-Straße aus gesehen, das erste Haus rechts. 1925 wurde dann in der Bergstraße ein neues Postamt einschließlich Wohnhaus für die Postangestellten errichtet.

Ganze Straßenzüge entstanden in den Jahren 1929–1942. So die Milower Straße, die Verlängerung der Gartenstraße, die Fontane- und Goethestraße, die Kleinsiedlung mit ca. 250 Einfamilienhäusern am Bahnhof Premnitz-Süd, ein Lichtspieltheater, außerdem verschiedene Handwerks-, Handels- und Gewerbebetriebe.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur beginnt 1933 in Deutschland eine Periode der finstersten Reaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Durch Erweiterungsbauten und neue Arbeitsverfahren wird die Kunstseidenfabrikation in Premnitz bis zum 2. Weltkrieg gewaltig gesteigert. Die Rüstungs- und Kriegswirtschaft, mit der Hitlerdeutschland den Krieg entfesselte, währte nicht lange. Durch den Überfall auf die Sowjetunion findet die wirtschaftliche Blitzkriegsstrategie 1945 ihr jähes Ende.

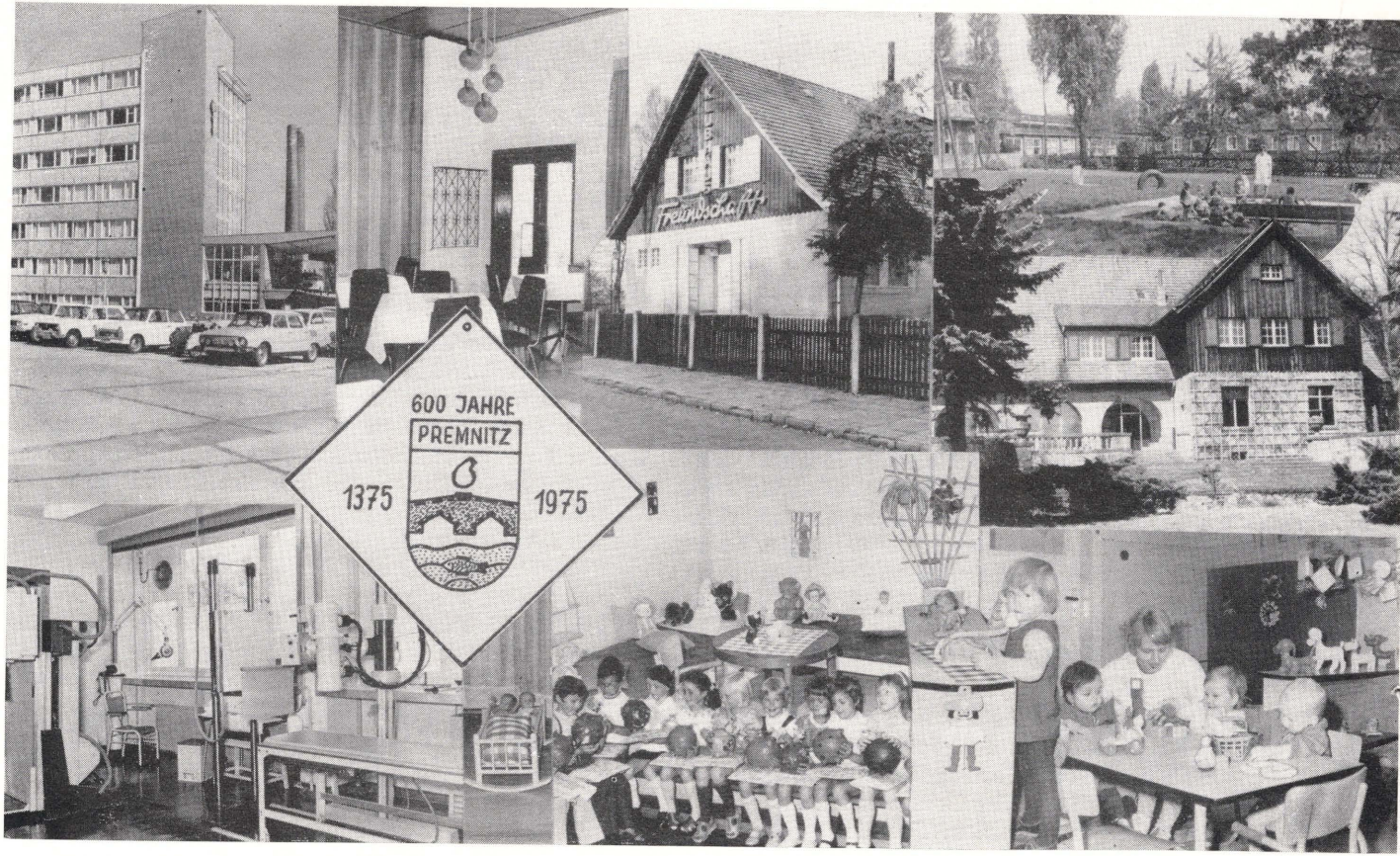
Am 18. April 1944 fand ein Bombenangriff auf Premnitz statt, es regnete Brand- und Sprengbomben. 6 Sprengbomben fielen auf das Fabrikgelände, ohne wesentlichen Schaden anzurichten. Eine Bombe fiel unmittelbar vor den Bahnübergang zur alten Kolonie und eine zweite in einen Garten der alten Kolonie, auch hier war kein Schaden angerichtet worden.

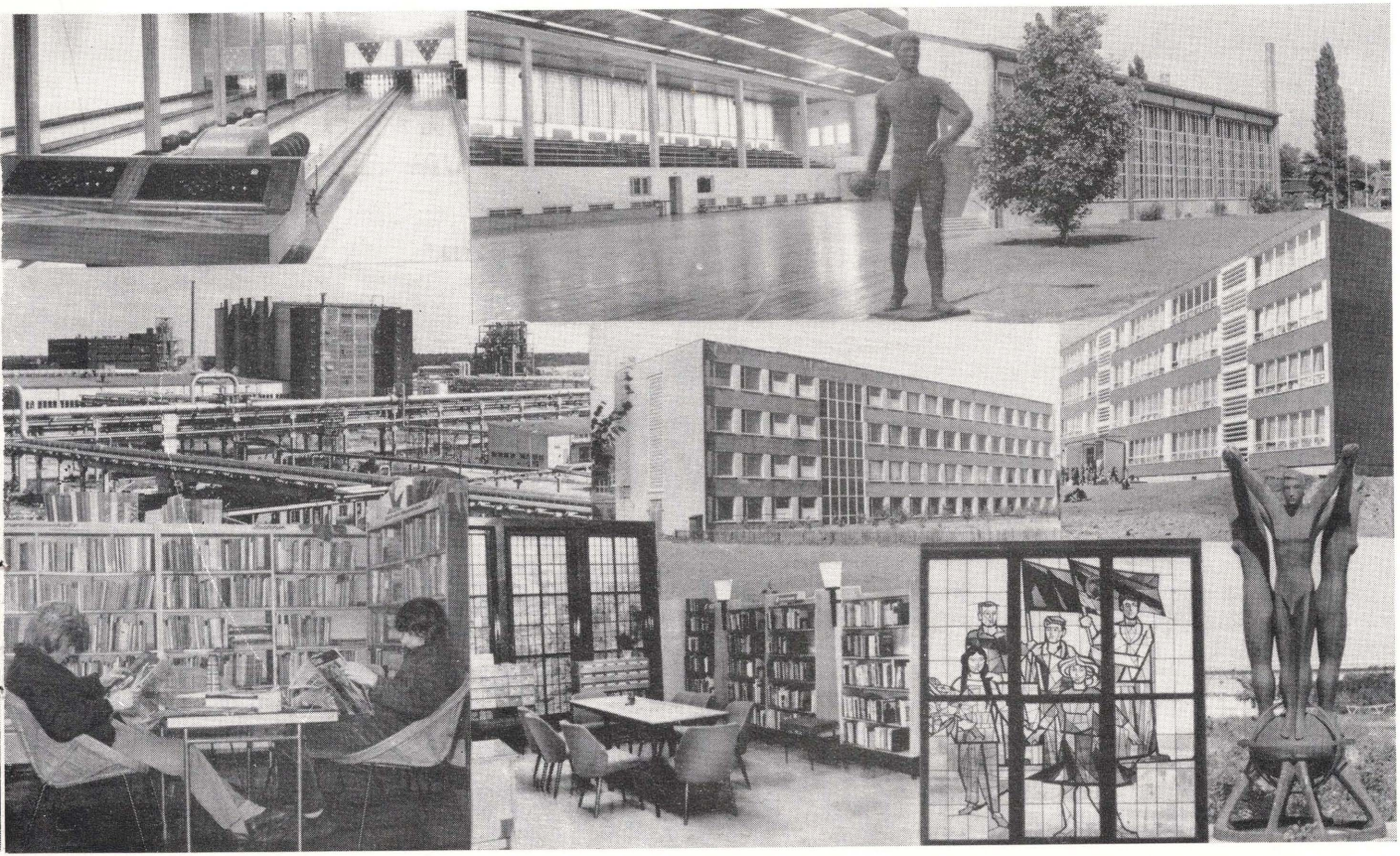
Premnitz wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Mai 1945 durch die Rote Armee vom Hitlerfaschismus befreit und kampflos eingenommen. Am 8. Mai 1945 wurde die Nachricht von der Kapitulation Hitlerdeutschlands bekanntgegeben. Durch die sowjetische Kommandantur wurde der KPD-Genosse Karl Köpke zum Bürgermeister ernannt.

Da es an den nötigen Fahrzeugen fehlte, war die Lebensmittellage katastrophal. Gesprengte Brücken blokkierten Straßen und Wasserwege, so daß es kaum möglich war, über Premnitz bzw. den Kreis hinaus zu kommen. Beherzten Männern gelang es, aus Auto- und Traktorenwracks einen Fuhrpark zu schaffen, ohne diesen hätten viele Menschen in Premnitz hungern müssen.

Auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 wurde im Werk der IG-Farben eine teilweise Demontage durchgeführt.

Die Bevölkerung stieg in Premnitz durch Zunahme von Umsiedlern im Jahre 1946 auf 6 425 Personen an. Massenbaracken wurden zu Wohnungen ausgebaut. Im Oktober 1945 begann man wieder, das Kunstseidenwerk in Betrieb zu nehmen.


600 JAHRE
PREMNITZ
1375
1975



MEINE STADT UND ICH

Helmut Jacobs

Ich wohne in einer Stadt,
die wie viele andere
viele Schlote hat.
Sehr verschieden
sind diese Schlote.
Einige speien Dampf,
andere mächtig schwarzen Rauch.
Stadt und Industrie,
so in die Landschaft gepflanzt,
haben sich verändert,
ihren Sinn und ihren Zweck.

So zeugt mein havelländisch Land
von stetem Kampf.
Hallen wuchsen neu empor
auf Halden von Schutt,
sie wuchsen schnell und mächtig.

So wuchs ein neues Fabrikrevier
und mit ihm die Stadt.
Es wuchsen die Menschen,
die hier wohnen und wirken.
Stadt und Werk,
ich kenne euch
seit meiner Kindheitstage.

Schau ich vom Postberg
auf euch hinunter,
dann seh' ich deutlich,
was sich verändert hat
seit meiner Jugendzeit.
Ein Wunsch wird in mir wach:
Möge kein Krieg jemals zerstören
dieses, unser Hände Werk.

Du, meine Stadt,
liegst an der Havel,
wie Berlin liegt an der Spree.
Bist umgeben von grünen Wiesen,
von blühenden Gärten
und dunklen Wäldern
und mittendrin
ein schöner See.
Bist umgeben
von kornwogenden Feldern,
auf denen moderne Maschinen
ihre Bahnen ziehn.
Niemand hat dich bisher besungen,
hat deine Schönheit je gepriesen.

Auf deinen Wegen, auf deinen
Straßen gehe ich spazieren.
Denke an Gestern dabei
und träume von Morgen,
träume von einer Welt,
wie ich sie sehe.
Ich kehr ein in ein Lokal,
bestelle ein Bier
und sehe eine festlich gedeckte Tafel.
Meine Gedanken wandern zurück –
nicht immer war es so.

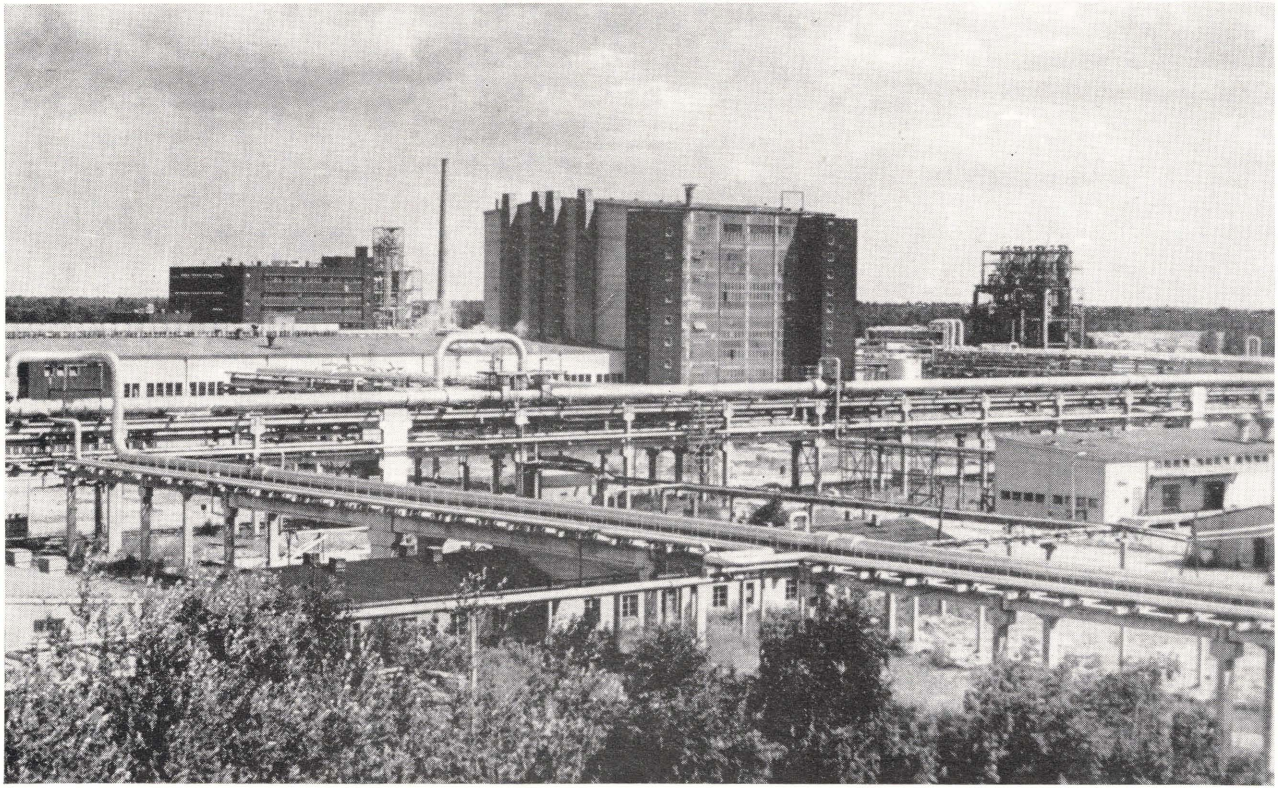
Ich spüre es, ja, ich weiß es,
daß die Alten sich wie die Jungen
erfreuen an dem, was ist,
wie alles gewachsen und gediehen.
Im Schein der Straßenlampe
steht ein Liebespaar,
fest umschlungen.
Sie küssen sich,
unbefangen und frei.
Heute ist eben längst
nicht mehr damals,
und mir wird so recht bewußt,
mit welchem Schwung du,
meine Stadt, heute erblühst.

Bewahre dir diesen Schwung
und laß mich an ihm teilhaben.
Ich liebe dich, Premnitz,
wie man ein junges Mädchen liebt.

DAS PREMNITZ DER NEUEN ZEIT

Der bekannte Schriftsteller Konrad Wolf befand sich am 17. Mai 1945 in Premnitz.
Seine Briefe aus den Maitagen wurden in Brandenburg (Havel) verfaßt.
In einem dieser Briefe charakterisierte er den schweren Beginn des Wiederaufbaus in Premnitz.

„Im übrigen spürt man besonders abends, daß der Krieg beendet ist, weil alle Fenster und sogar die Straßen hell erleuchtet sind. Überhaupt gibt es in unserem Städtchen alle Annehmlichkeiten des friedlichen Lebens: Elektrizität, Leitungswasser, Kanalisation usw. Die Betriebe und Werkstätten arbeiten, die Geschäfte sind geöffnet. Es gibt einen Magistrat und einen Bürgermeister. Mit einem Wort – das friedliche Leben ist voll im Gange. Ebenso sieht es jetzt schon in den meisten größeren Städten und Ortschaften aus, selbst in denen, die im Unterschied zu dieser zerstört sind. Nach und nach wird alles mit unserer aktiven Unterstützung wieder in Gang gebracht. Ihr könnt Euch also vorstellen, wieviel Arbeit wir bekommen haben."



Blick auf die WOLPRYLA-65-Anlage

Am 8. Mai, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerfaschismus, erließ der sowjetische Kommandant von Premnitz die Aufforderung an die Bevölkerung, sich wieder an ihre Arbeitsplätze zu begeben. Doch die Mehrheit der Premnitzer Bürger wartete resigniert ab, was da wohl noch kommen würde. Sie vermochte noch nicht einzuschätzen, daß die Niederlage des Faschismus den Weg für den demokratischen Neuaufbau eröffnete und erkannte auch nicht immer in den Soldaten und Offizieren der Sowjetarmee ihre Befreier.

Und doch war gerade jetzt die reale Chance der Arbeiterklasse für die endgültige Befreiung von Ausbeutung, Sklaverei und Krieg gegeben. Das Wirtschaftsleben im Ort und im Werk lag vollständig am Boden, und auch die Verkehrsverbindungen waren abgebrochen. Es gab keine Vorräte an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern. Die Schulen waren geschlossen. Das schlimmste aber war wohl die tiefe Resignation großer Teile der Bevölkerung, die ideologische Wirrnis in den Köpfen der Menschen, ihr Unglaube an die Zukunft.

Doch nicht alle Premnitzer Bürger unterlagen der Hoffnungslosigkeit, die in diesen Tagen um sich gegriffen hatte. Während die Arbeiter im Werk unter sowjetischer Leitung Energie für friedliche Zwecke produzierten, stellten sich andere Bürger für die Normalisierung der Verhältnisse im Ort zur Verfügung. Gemeinsam wurde die Ernährungslage und die gesundheitliche Betreuung, wo es eben ging, gesichert, die ersten Schritte zur Normalisierung des Lebens getan. Die Geschäfte wurden wieder geöffnet, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung nach den gegebenen Möglichkeiten geregelt. An der Spitze der neu zu schaffenden antifaschistischen Verwaltung standen solche bewährten Aktivisten der ersten Stunde wie Karl Köpke, der von der sowjetischen Kommandantur als Bürgermeister in Premnitz eingesetzt wurde, Artur Bey, Oskar Seiffert u. a.

Schon am 17. Mai 1947, dank der Initiative einiger Premnitzer Bürger und durch die Entscheidung der Gemeindeverwaltung, gestützt auf die Hilfe des sowjetischen Kommandanten, konnte ein Kindergarten in Premnitz eröffnet werden. Welche Freude herrschte unter den Kindern und ihren Tanten, wenn die sowjetische Kommandantur Milch lieferte, oder der damalige Helfer beim Rat der Gemeinde, Werner Dittrich, z. B. einen Korb Fleischknochen brachte, damit die Küche für die Kinder eine nahrhafte Suppe kochen konnte.

Nachdem der Befehl Nr. 2 der SMAD erlassen wurde und der historische Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni erschien, gründeten die Kommunisten in Premnitz am 1. Juli eine Ortsgruppe. Ihr 1. Sekretär war Horst Baumeister. Zur gleichen Zeit entstand auch eine Ortsgruppe der SPD. Ihr folgte die Konstituierung weiterer antifaschistisch-demokratischer Organisationen und fortschrittlicher Parteien. All diese Parteien und Massenorganisationen schlossen sich in der Folgezeit gemeinsam mit KPD und SPD zum antifaschistischen Block zusammen. Entgegen der sektiererischen Haltung von Wiesner und Konsorten verstanden die Premnitzer Arbeiter sehr wohl, daß die Überwindung der Spaltung der

Der GRISUTEN-72-Betrieb

Arbeiterklasse die sichere Grundlage für die weitere Aufbauarbeit ist. Die Genossen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei organisierten am 17. Januar 1946 eine gemeinsame Mitgliederversammlung. In der einstimmig beschlossenen Resolution hieß es u. a.:

„Alle hier anwesenden Genossinnen und Genossen der Premnitzer SPD und KPD begrüßen den Beschluß der Berliner Konferenz vom 20. und 21. 12. 1945 und fordern eine sofortige Verschmelzung beider Parteien ... Ab sofort verbindet uns eine innige Arbeitsgemeinschaft ... Wir brauchen keine zwei Arbeiterparteien mehr."

Das Vertrauen zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung wuchs ständig, das zeigte sich auch im Ergebnis der am 15. 9. 1946 durchgeführten freien und geheimen Wahl, in der die ersten antifaschistisch-demokratischen Gemeindevertretungen gewählt wurden. Bei einer Wahlbeteiligung von 92 Prozent der wahlberechtigten Bürger in Premnitz entfielen 63 Prozent der Stimmen auf die Kandidaten der SED, 27 Prozent auf die der CDU und der Rest auf die anderen Parteien. Unter den 25 Premnitzer Bürgern, die in das Gemeindeparlament gewählt wurden, befanden sich zahlreiche Angehörige der „Agfa-Seide". Die antifaschistisch-demokratische Ordnung hatte auch in Premnitz ihre Bewährungsprobe bestanden. Die wachsende Kraft der Arbeiterklasse fand ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Festigung des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft.

Die Arbeiter der „Agfa-Seide" und die Mitglieder der KPD und SPD Premnitz unterstützten die Durchführung der Bodenreform. So wurden in Premnitz Grund- und Bodenbesitz der IG-Farben enteignet. 384 ha Gesamtfläche konnte in Parzellen bis zu 4 Morgen den armen Bauern und Kleinsiedlern zur Nutzung übergeben werden.

1945 lebten in der Stadt Premnitz etwa 5 250 Bürger. Im Jahre 1958 betrug die Einwohnerzahl 7 926, und sie ist bis zum heutigen Zeitpunkt auf etwa 11 700 angestiegen. Diese Entwicklung ist sehr eng mit der Entwicklung des in unserer Stadt beheimateten VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" verbunden. Die steigende Einwohnerzahl erforderte natürlich, das Wohnungsproblem kontinuierlich zu lösen. So wurden in den Jahren 1949–1961 1 135 Neubauwohnungen errichtet, und in den Jahren von 1962–1966 waren es 1 058. Ende der 60er Jahre entstand ein weiteres Neubauviertel mit 337 Wohnungen, das seit dem 2. Mai 1975 den Namen „Straße der Befreiung" trägt.

Mit dem Wohnungsbau wuchsen auch Versorgungseinrichtungen. Bereits im Wohnungsbauprogramm von 1954–1957 entstanden in der Ernst-Thälmann-Straße und August-Bebel-Straße neue Geschäfte für Lebensmittel und Industriewaren. Im Wohnzentrum am Dachsberg wurde 1959 eine Lebensmittelverkaufsstelle errichtet. 1966 entstand hier eine moderne Kaufhalle. Eine ähnliche Einrichtung wurde im Zentrum vom Kaufhallenverband zwischen Südbahnhof und Havel gebaut. Die vorhandenen Gaststätten wurden den Bedingungen angepaßt, ausgebaut und modernisiert.

Als Außenstelle des Dienstleistungsbetriebes Rathenow wurde die „Lurette" eröffnet. Den Bürgern unserer Stadt wird hier die Möglichkeit gegeben, 21 verschiedene Dienstleistungsarten in Anspruch zu nehmen.

Zu den bereits bestehenden sportlichen Einrichtungen, wie Sportstadion, Bootshaus, Tennisplätze u. a., kam 1963 eine moderne Sporthalle und 1974 eine hochmoderne 10-Bahnen-Anlage für den Bowling-Kegelsport dazu.

In den Wohnzentren entstanden neue Straßen, die Wasserversorgung wurde mit dem Bau eines Wasserwerkes für die Stadt Premnitz gesichert.

Das Gesicht unserer Stadt wird auch durch die Schulen geprägt. 1949 wurde der damals einzigen Schule des Ortes der Name der aufrechten und mutigen Antifaschisten Hans und Sophie Scholl verliehen. 1953 eröffnete die Tagesheimschule in der Nähe des Südbahnhofes ihre Pforten. Die Kinder und das Lehrerkollektiv dieser Schule haben inzwischen ihr Kampfprogramm zur Erringung des Ehrennamens Werner-Seelenbinder-Oberschule erfolgreich abgeschlossen. Im Jahre 1974 konnte dieser Schule dieser verpflichtende Name übertragen werden.

In Großblockbauweise wurde am Dachsberg eine 10-klassige polytechnische Oberschule errichtet, die im Beisein eines Kampfgefährten den ehrenden Namen Artur Becker erhielt.

Am 4. März 1974 konnte nach einer einmalig kurzen Bauzeit eine weitere polytechnische Oberschule in der Bergstraße dem Schulbetrieb übergeben werden. In einem umfangreichen Kampfprogramm stellen sich die Schüler und das Lehrerkollektiv Aufgaben, um zum 100. Geburtstag Wilhelm Piecks, unseres ersten Arbeiterpräsidenten der DDR, seinen Namen zu erhalten.

Für die Berufsausbildung von Facharbeitern im VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" wurde 1955 eine Berufsschule mit einem Aufwand von 1,3 Mio M erbaut, welche 10 Jahre später durch eine neue hochmoderne Ausbildungsstätte erweitert wurde. Im Oktober 1967 konnte den Schülern und Lehrern dieses modern eingerichtete Lehrwerk übergeben werden. Gleichzeitig wird in diesem Lehrwerk durch die Betriebsakademie des CFP die Erwachsenenqualifizierung durchgeführt.

Wenn auch für die nächste Zeit keine großen Bauprogramme vorgesehen sind, so liegen doch für die Perspektive Pläne vor, die den Ausbau der Stadt Premnitz zu einer sozialistischen Stadt vorsehen.

Mit Wirkung vom 3. 9. 1962 erhielt Premnitz das Stadtrecht. In seiner Rede zum Tag des Chemiearbeiters anläßlich der Verleihung des Stadtrechtes wurde vom Genossen Wunderlich vom Rat des Bezirkes zum Ausdruck gebracht, daß sich Premnitz zu einer sozialistischen Stadt entwickelt.

Die gewählten Abgeordneten und mit ihnen Tausende Bürger unternahmen gemeinsam vieles, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Die enge Zusammenarbeit des Rates der Stadt mit dem CFP gab der Lösung der neuen Aufgaben großen Auftrieb. Im Wettbewerb „Schöner unser Premnitz – mach mit!" erarbeiteten die Bür-

ger unserer Stadt seit dem VIII. Parteitag der SED einen Wert von über 13 Millionen Mark.
Der Fleiß und die Mühen unserer Bürger drücken sich immer stärker an sichtbaren und spürbaren Ergebnissen aus. Zur Hebung des internationalen Ansehens unserer Republik entwickelte die Volksvertretung eine erfolgreiche Arbeit.
1964 wurden zu der französischen Stadt Petit-Quevilly freundschaftliche Beziehungen aufgenommen, die ihren Höhepunkt im Abschluß eines Patenschaftsvertrages fanden. Vertreter der Stadtverwaltung, unter ihnen der verstorbene Bürgermeister Spinneweber (KPF), waren mehrere Male bei uns zu Besuch. Jährlich erholen sich französische Kinder aus unserer Partnerstadt im Betriebsferienlager des CFP in Semlin.
Eine ständige Aufwärtsentwicklung zeigten auch die Ergebnisse der LPG. Mit dem Zusammenschluß der LPG „1. Mai" und „Havelland" wurden die Kräfte weiter konzentriert und die Aufgaben unserer sozialistischen Landwirtschaft nach besser gelöst.
Auch die PGH des Handwerks sind aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Gemeinsam mit den privaten Handwerkern haben sie vorbildliche Leistungen für die Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft gebracht. Sie haben hohen Anteil an der Befriedigung der Bedürfnisse unserer Einwohner auf dem Gebiet der Dienstleistungen und Reparaturen. So war lange Zeit die PGH Bauhütte ein leistungsfähiger Betrieb, der im gesamten Kreisgebiet für die Werterhaltung der Wohnbausubstanz eine entscheidende Rolle spielte. Vor wenigen Jahren wurde diese PGH in einen sozialistischen volkseigenen Betrieb umgewandelt, der heute seinen Stammsitz in der Kreisstadt Rathenow hat. Auch die PGH Friseure zeichnet sich durch gute Arbeit aus. Im Leistungswettbewerb wurde sie mehrmals Bezirksmeister.
Heute, wo auch in unserer Stadt ein hoher Entwicklungsstand erreicht ist, fällt es oftmals schwer, sich an das zu erinnern, was wir seit Anbruch unserer neuen Zeit erlebten. Die Bürger von Premnitz haben sich immer klar und eindeutig zur Sache der Volksmacht bekannt. Das begann mit der ersten freien und geheimen Wahl der Gemeindevertretungen am 15. 9. 1946 und fand krönenden Höhepunkt in den Wahlen für die Stadtverordnetenversammlungen und den Kreistag am 19. Mai 1974. 98,72 Prozent betrug die Wahlbeteiligung. Den 53 Kandidaten der Nationalen Front wurde das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen.
Stets gedenken die Bürger unserer Stadt Premnitz derer, die nicht zuletzt durch den Einsatz ihres Lebens uns den Weg in eine glückliche und friedliche Zukunft geebnet haben. Ihnen setzten sie ein Denkmal. Das am Vorabend der Volkswahl des Jahres 1965 eingeweihte VVN-Ehrenmal wurde zu Ehren des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus rekonstruiert und in seiner neuen Form am 2. Mai 1975 eingeweiht. Jedes Jahr bekunden die Bürger unserer Stadt an dieser Stelle ihren Willen, dem Vermächtnis der antifaschistischen Kämpfer gegen Krieg und Faschismus treu zu bleiben. Sie geloben, immer treu und verantwortungsbewußt für den Frieden und den Sieg des Sozialismus einzutreten.

VEB CHEMIEFASERWERK „FRIEDRICH ENGELS" PREMNITZ

30 Jahre Produktion für Frieden, Demokratie und Sozialismus

Werner Dittrich

Die Schläge der Sowjetarmee, das Heldentum der Völker der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates auf dieser Erde, bereiteten in den Maitagen 1945 den faschistischen Machthabern in Deutschland und mit ihnen den Großindustriellen und Junkern das langverdiente Ende. Das war die bis dahin größte Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Sieg der ruhmreichen Sowjetarmee gab aber auch den fortschrittlichen antifaschistischen Kräften die Chance, die Lehren aus der dunklen Vergangenheit zu ziehen und den Weg zu gehen, der im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 konzipiert war. Für die Premnitzer Bürger kam die Stunde der Befreiung am 2. Mai 1945. Aus Richtung Bamme kommend, rückten die Einheiten der Sowjetarmee in Premnitz ein und besetzten auch die Anlagen des Werkes. Damit wurde die dreißigjährige Herrschaft der Monopole, vor allem der IG-Farben-Bosse in Premnitz für immer beseitigt. Einige von ihnen hatten sich durch Selbstmord der Verantwortung für begangene Verbrechen entzogen, andere flohen vor den heranrückenden Befreiern. Nur wenige ehrliche Chemiker und Ingenieure

Wärmewarte des Industriekraftwerkes

blieben, so wie die Arbeiter im Kraftwerk, auf ihrem Posten. Dank des Einsatzes des Antifaschisten und Kommunisten Adolf Rapsch und anderer beherzter Einwohner gab es in Premnitz keine Kampfhandlungen und damit auch keine Zerstörungen. Im Werk ruhte die Arbeit. Nur aus den Schornsteinen des Kraftwerkes stieg Rauch. Auf Anordnung der sowjetischen Truppen wurde weitergearbeitet und die für das Leben so wichtige Energieversorgung gesichert.

„Aber wie soll es weitergehen?" Viele Premnitzer waren noch mißtrauisch. Jahrzehntelanger Antikommunismus saß tief. Die Premnitzer Anlagen hatten für den faschistischen Raubkrieg produziert und fielen als ehemaliges IG-Farben-Eigentum laut Potsdamer Abkommen unter die Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 des Alliierten Kontrollrates. Die SMAD erließ auf dieser Grundlage den Befehl 124 und stellte die Premnitzer Anlagen unter Treuhandverwaltung. Mit diesem Befehl wandten sich die sowjetischen Behörden, als Vertreter eines sozialistischen Staates, an alle aufbauwilligen und fortschrittlichen Kräfte, um eine Friedensindustrie ohne Monopole aufzubauen.

Langsam brach das Neue sich Bahn. Gemeinsam mit fortschrittlichen Fachkräften gingen die Arbeiterinnen und Arbeiter der „Agfa-Seide", an ihrer Spitze Kommunisten und Antifaschisten, an die Arbeit. Im Oktober 1945 wurden die ersten Maschinen der alten Kunstseide angesponnen. In der Viskosestation wurden dazu am 28. 9. 1945 die ersten Zellstoffplatten getaucht. Fast zur gleichen Zeit konnte auch wieder Schwefelsäure und in geringen Mengen Aktivkohle hergestellt werden. 163 t Strangseide und 662 t Schwefelsäure waren bis Jahresende produziert, erstes Ergebnis der Produktion unter den neuen Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Im Sommer 1946 nahmen dann die Anlagen des Schwefelkohlenstoffbetriebes die Produktion auf.

Trotz größter Schwierigkeiten, zuwenig Lebensmittel, keine Kleidung, Rohstoffmangel, Schwarzmarktgeschäfte und immer wieder Gerüchte gegen den Fortschritt, ging es vorwärts. KPD und SPD schlossen sich zur SED zusammen, und Mitte 1946 gab es in der „Agfa-Seide" bereits eine Betriebsgruppe der SED. Sie wurde zum politischen Zentrum der Werktätigen und unter ihrer Führung, im engen Zusammenwirken mit den Organen des FDGB, der größten Klassenorganisation der Arbeiterklasse sowie aller anderen fortschrittlichen Kräfte, entwickelten sich die Menschen, stiegen die erreichten Produktionsergebnisse. Wer erinnert sich noch daran, daß in jenen Jahren neben der Hauptproduktion in einer Versuchsanlage aus Abfallviskose Kunsthaar und Erntebindegarn hergestellt wurde? Zur damaligen Zeit wertvolle Nebenproduktion, deren Verkaufserlös u. a. das Werkküchenessen verbessern half.

Ein großer Aufschwung kam mit dem Befehl 234 der SMAD, auch Aufbauplan 234 genannt. Er war in Zusammenarbeit mit führenden Funktionären der SED und des FDGB vorbereitet und mit Arbeitern mehrerer Betriebe diskutiert worden. Dieser Aufbauplan orientierte auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der

Grundlage des Prinzips der materiellen Interessiertheit. Das bedeutete höhere Löhne, besseren Arbeitsschutz und ärztliche Betreuung, ein markenfreies Mittagessen im Betrieb und zahlreiche andere Vergünstigungen. Damit ging es noch besser, die vom II. Parteitag der SED geprägte Losung: „Mehr produzieren – gerecht verteilen – besser leben" zu verwirklichen. Dazu kam die Leistung des Aktivisten Adolf Hennecke im Kohlebergbau, und es begann die Zeit der Wettbewerbe.

Diese Ergebnisse gaben auch den Premnitzern neuen Auftrieb. Der erste Halbjahrplan 1948 und der Zweijahrplan 1949/50 wurden vorfristig erfüllt. In diesen Jahren gingen die Premnitzer Anlagen als Kunstseidenwerk Premnitz in die Verwaltung der VVB Kunstfaser Glauchau über und wurden am 1. 3. 1949 von der SMAD als Volkseigentum übergeben. Als dann die Aktivisten und Bestarbeiter des VEB Kunstseidenwerk Premnitz am 12. 10. 1949 zu einer Aktivistenkonferenz zusammentraten und mit neuen Überlegungen zur Erhöhung der Produktion ihre Treue dem 5 Tage jungen ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat bekundeten, unterbreiteten sie auch den Vorschlag, ihrem Werk den Namen Friedrich Engels zu geben. Die VVB erteilte dazu im Januar 1950 die Genehmigung, in Zukunft die amtliche Bezeichnung VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" Premnitz, Krs. Rathenow, zu tragen.

Der III. Parteitag der SED stellte dem Kollektiv des jungen VEB große Aufgaben. Im ersten Fünfjahrplan der DDR sollte in Premnitz die Produktion auf 400 Prozent steigen. Dazu wurden 70 Mio M Investitionen bereitgestellt; davon allein 3,7 Mio M für den Arbeitsschutz. Dieser erste Fünfjahrplanzeitraum ist in Premnitz besonders durch die Kunstseidenproduktion gekennzeichnet. Jedoch sollte nicht übersehen werden, daß bereits in diesen Jahren die Entwicklung der Produktion und Erforschung von synthetischen Chemiefasern, wie DEDERON (ehemals Perlon) und WOLPRYLA (ehemals Prelana), begann. Den ersten Fünfjahrplan erfüllten die Kunstseidenwerker bereits am 17. 11. 1955. Sie hatten die industrielle Warenproduktion auf das 4fache und den Gewinn auf das $6\frac{1}{2}$fache gesteigert.

Im Zeitraum des 2. Fünfjahrplans der DDR, besonders aber des Siebenjahrplans 1958–1965, begannen die synthetischen Chemiefasern den Vormarsch. Höhepunkte und Meilensteine setzte der V. Parteitag der SED, der mit der Losung: „Chemie bringt Brot, Wohlstand und Schönheit" das Chemieprogramm der DDR beschloß. Dieses Programm stellte auch an die Arbeiter, Ingenieure und Chemiker des Kunstseidenwerkes hohe Anforderungen, die schließlich auch mit großem Verantwortungsbewußtsein erfüllt wurden. Wertvolle Hilfe leistete dabei die Sowjetunion, die den Premnitzer Werktätigen mit Krediten, technischen Unterlagen und durch Vermittlung praktischer Erfahrungen zur Seite stand.

Da in diesen Jahren der Anteil an Chemiefasern, vor allem synthetischen, immer mehr die Produktionspalette bestimmte und um die weitere Entwicklung des Werkes zu kennzeichnen, wurde am 13. November 1960 das Kunstseidenwerk in VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" umbenannt.

1963 verkündete der VI. Parteitag der SED, daß in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben und beschließt das Programm für die umfassende Vollendung des Sozialismus in der DDR. Für die Chemiefaserwerker wurden damit neue Perspektiven sichtbar, die mit dem Ziel der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung des Lebensniveaus aller Werktätigen auf die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei der Produktion ihrer Erzeugnisse gerichtet sind. Wiederum werden neue Initiativen ausgelöst.

Zum 15. Jahrestag der DDR rufen die Chemiefaserwerker die Betriebskollektive zum sozialistischen Wettbewerb auf. Zu Ehren dieses gesellschaftlichen Höhepunktes wurde ein Planvorsprung von 4,4 Tagen erarbeitet. Herbert Warnke, der damalige Vorsitzende des FDGB, wohnte dieser Vertrauensleutevollversammlung der Gewerkschaftsorganisation des CFW bei.

Die Entwicklung des Chemiefaserwerkes und seiner Menschen in den letzten 10 Jahren wird besonders dadurch charakterisiert, daß Neuanlagen entstehen, die als Großanlagen für die Produktion von WOLPRYLA und GRISUTEN Ausmaße haben, wie sie Premnitz vorher nicht gekannt hat. Der VII. Parteitag stellte den Premnitzern die Aufgabe, das Werk zum Alleinhersteller von WOLPRYLA und GRISUTEN-Fasern in der DDR auszubauen. Diese verpflichtenden Forderungen sind erfüllt. Während 1968 der Anteil an Synthesefasern zum Volumen der Gesamtproduktion bei 30 Prozent lag, werden heute im CFP, als einem Betrieb des Chemiefaserkombinates „Wilhelm Pieck", ca. 80 Prozent synthetischer Chemiefasern produziert.

Seit 1971, da der VIII. Parteitag der SED die Hauptaufgabe beschloß, wirken die sozialistischen Brigaden und Kollektive aller Bereiche aktiv mit, um ihren Beitrag zu leisten, das Nationaleinkommen der DDR weiter zu erhöhen. Hier ist die einzige Quelle, um das materielle und geistig-kulturelle Lebensniveau aller Werktätigen weiter zu erhöhen. „Was der VIII. Parteitag beschloß, wird sein", so sagten die Chemiefaserwerker 1971/72.

Heute können sie eine stolze Bilanz ziehen. Die Arbeitsproduktivität, die Warenproduktion und das Betriebsergebnis sind gestiegen. Jeder einzelne im Werk und der Stadt Premnitz spürt die Ergebnisse sozialistischer Arbeit in der Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages. Im Sozialismus lohnt sich gute Arbeit für jeden.

Deshalb gehen die Werktätigen mit neuen Initiativen im sozialistischen Wettbewerb dem IX. Parteitag der SED entgegen. Fest an der Seite der Sowjetunion und im engen Bruderbund mit den Völkern der sozialistischen Staatengemeinschaft gehen sie diesem großen Ereignis im gesellschaftlichen Leben der DDR mit der Gewißheit entgegen, in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zu den Siegern der Geschichte zu gehören.

Herausgeber:	Rat der Stadt Premnitz
Redaktionskollegium:	
Adermann, Ernst	Direktor der Neuen Schule
Bölicke, Fritz	Archivar CFP
Dittrich, Werner I	Redakteur der Betriebszeitung „Aufwärts", CFP
Dittrich, Werner II	Meister im CFP
Gernitz, Rudi	Kreisbibliothekar
Jacobs, Helmut	Sachbearbeiter beim VEB Energieversorgung
Meißner, Petra	Mitarbeiterin der BPO im CFP
Müller, Karl-Heinz	Sekretär des Rates
Mulsow, Ullrich	Leiter der Sichtwerbung im CFP
Seiffert, Gerhard	selbständiger Handwerker
Zahn, Ursula	Lehrerin an der Neuen Schule
Mai, Jürgen	Ingenieur im CFP
Gestaltung:	A. Albrecht, Brandenburg
Graphische Mitarbeit:	U. Borchert
Fotos:	Archiv VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" J. Mai, G. Seiffert
Druck:	Druckerei „Wilhelm Bahms", Brandenburg (Havel), F 504/75 I-4-2-51 929
Redaktionsschluß:	30. 6. 1975
Verkaufspreis:	1,— M

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.

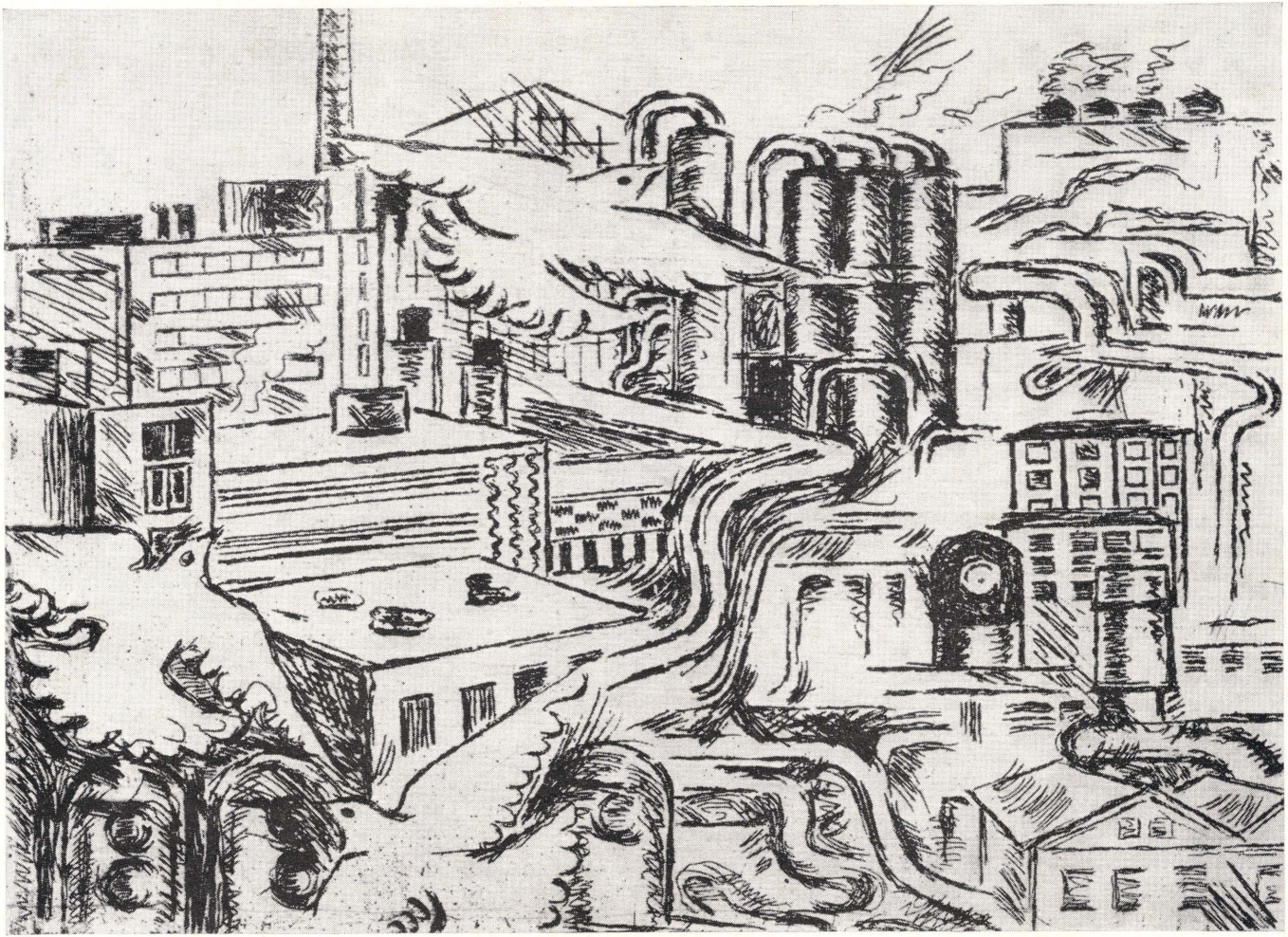
INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort
Bärmann, Bartz, Belka 2

Stolze Bilanz des sozialistischen Aufbaus 3

Vom Fischer- und Bauerndorf zur Chemiearbeiterstadt
G. Seiffert 9

Meine Stadt und ich
H. Jakobs 16

Das Premnitz der neuen Zeit
P. Meißner, K. H. Müller 17

VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels"
30 Jahre Produktion für Frieden, Demokratie und Sozialismus
W. Dittrich II 24